

# Marxistische Studien

Politische Ökonomie der BRD

Profitoratendiskussion

Soziale Lage der Arbeiterklasse

Krise — Arbeitskämpfe — Klassenbewußtsein

Jahrbuch des IMSF

1/1978

**Marxistische Studien**  
**Jahrbuch des IMSF 1/1978**

# Marxistische Studien

## Jahrbuch des IMSF

### Beirat:

Heinz Jürgen Axt, Hermann Bömer,  
Christoph Butterwegge, Bernd Güther,  
Johanna Hund, Kaspar Maase,  
Peter Marwedel, Bernd Moldenhauer,  
Hartmut Obens, Witich Roßmann,  
Walter Simon, Angelina Sörgel,  
Kurt Steinhaus, Harald Werner

### Redaktion:

Heinz Jung, André Leisewitz, Josef Schleifstein

Herausgegeben vom Institut für  
Marxistische Studien und Forschungen (IMSF)  
Frankfurt am Main

# Marxistische Studien

Politische Ökonomie der BRD  
Profitratediskussion  
Soziale Lage der Arbeiterklasse  
Krise — Arbeitskämpfe — Klassenbewußtsein

Jahrbuch des IMSF  
1/1978

© by Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF),  
6000 Frankfurt am Main, Liebigstraße 6.

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise nur mit schriftlicher  
Genehmigung des IMSF gestattet.

Gesamtherstellung: Fuldaer Verlagsanstalt GmbH, Fulda

# Inhalt

Vorwort .....	7
<b>Politische Ökonomie und Kapitalismustheorie</b>	
<i>Heinz Jung</i> , Die privatmonopolistische Entwicklungsvariante des staatsmonopolistischen Kapitalismus der BRD: Voraussetzungen, Inhalt, Perspektiven. Entwicklungstendenzen 1973 bis 1978 .....	9
<i>Christoph Butterwegge</i> , Markt, Plan und Profit. Zur politischen Ökonomie der Investitionslenkung .....	58
<i>Wolf-Dietrich Schmidt</i> , Verfassung und Monopole — Aspekte zur antimonopolistischen Diskussion in Westdeutschland 1945—1947 .....	82
<i>Jörg Goldberg</i> , Die Verwertungsbedingungen des Kapitals in der Bundesrepublik. Eine Darstellung und Kritik von empirischen Versuchen .....	106
<b>Probleme der Reproduktion der Arbeitskraft</b>	
<i>Eberhard Dähne</i> , Zur aktuellen Entwicklung der Verbraucherpreise und zum Preisindex der Lebenshaltung .....	164
<i>Klaus Priester</i> , Entwicklungstendenzen der Arbeitsbedingungen und -belastungen in der Bundesrepublik .....	192
<i>Ingeborg Nödinger</i> , Frauenemanzipation und Wirtschaftskrise in der BRD .....	226
<b>Soziale Bewegungen, Probleme der Gewerkschaftstheorie und -praxis</b>	
<i>Klaus Pickshaus</i> , Krisenbedingungen und Arbeitskämpfe. Zur Entwicklung sozialer Kämpfe in der Bundesrepublik 1975 bis 1978 .....	242
<b>Probleme der Entwicklung gewerkschaftlichen und politischen Bewußtseins in der Arbeiterklasse</b>	
<i>Johannes Henrich von Heiseler</i> , Arbeiterbewußtsein und Krise .....	273
<i>Frank Deppe</i> , Zu einigen Problemen der Bestimmung des gegenwärtigen gewerkschaftlichen und politischen Bewußtseins der Arbeiterklasse der BRD .....	292
<i>Klaus Priester</i> , Krisenentwicklung und Arbeiterbewußtsein. Bericht über ein Kolloquium des IMSF .....	309

## **Marx-Engels-Forschung**

*Winfried Schwarz*, Der Aufbauplan des „Kapital“, die Konkurrenzformen und die Kritiker der Monopoltheorie . . . . . 318

## **Wissenschaftsentwicklung in der BRD**

*Kaspar Maase*, Zur Diskussion um marxistische Kulturtheorie . . . . . 337

*Johanna Hund*, Das ‚Institut für sozialwissenschaftliche Forschung‘, München . . . . . 354

## **Ausländische Forschungseinrichtungen**

*S. L. Woronkow*, Über die Tätigkeit des Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR . . . . . 360

*Anna Morre/Walter Micheli*, Das ‚Institut für wirtschaftspolitische Studien‘ der IKP (CESPE) . . . . . 368

IMSF — 1978: Publikationen, Konferenzen, Kolloquien . . . . . 372

## Vorwort

Das Institut für Marxistische Studien und Forschungen hat sich zu seinem 10jährigen Bestehen entschlossen, künftighin ein Jahrbuch zu veröffentlichen, dessen erste Ausgabe wir dem an den Ergebnissen einer mit der Praxis der Arbeiterbewegung verbundenen marxistischen Forschung interessierten Leser hiermit vorlegen. Sinn der Jahrbücher des IMSF soll es sein, einen Überblick über die Hauptrichtungen unserer Arbeit zu geben und die vom IMSF vertretene Forschungsrichtung in der Auseinandersetzung mit anderen Positionen und Auffassungen auszubauen und zu vertiefen. Behandelt werden sollen vor allem Probleme der Analyse des staatsmonopolistischen Kapitalismus in der Bundesrepublik und der allgemeinen Kapitalismustheorie; Fragen der Reproduktion der Arbeitskraft; die sozialen Bewegungen und Probleme der Gewerkschaftstheorie und -praxis; die Entwicklung gewerkschaftlichen und politischen Bewußtseins in der Arbeiterklasse. Die Beiträge sollen sich aber nicht auf diese Thematik beschränken, sie sollen auch angrenzende und verwandte Themenbereiche einschließen. Ferner soll versucht werden, die Leser über die Marx-Engels-Forschung sowohl in der Bundesrepublik als auch im Ausland zu informieren und — nach Bedarf und Möglichkeit — auch über die Tätigkeit ausländischer marxistischer Institute und über die Wissenschaftsentwicklung in der Bundesrepublik (soweit sie die Arbeitsgebiete des IMSF berührt) zu berichten.

Das IMSF hat für das Jahrbuch einen Beirat aus jungen Wissenschaftlern verschiedener Disziplinen gebildet, die auf der Grundlage der Theorie und Methode des Marxismus arbeiten. Aufgabe des Beirates soll es sein, sowohl Anregungen für aufzugreifende Themen zu geben als auch wichtige Autoren über den Kreis der unmittelbaren oder bereits mit dem IMSF verbundenen Mitarbeiter hinaus zu gewinnen.

Wir hoffen, mit der Herausgabe von „Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF“ einem Bedürfnis vieler Wissenschaftler, Studenten und generell am Marxismus interessierter Leser zu entsprechen. Redaktion und Beirat würden es begrüßen, wenn sie aus dem Leserkreis Anregungen und Kritik erhielten, die zur besseren Gestaltung der folgenden Ausgaben beitragen können.

Institut für Marxistische  
Studien und Forschungen

Frankfurt am Main, Oktober 1978

# Die privatmonopolistische Entwicklungsvariante des staatsmonopolistischen Kapitalismus der BRD: Voraussetzungen, Inhalt, Perspektiven

Entwicklungstendenzen 1973—1978\*

Heinz Jung

*I. SMK- und Imperialismus-Theorie als Ausgangspunkt — II. Voraussetzungen, Ergebnisse und Besonderheiten der Überproduktionskrise 1974/75 in der BRD — III. Haupttendenzen 1976—1978 — Anhang: Statistische Kennziffern zur Entwicklung 1970—1978*

Der nachfolgende Beitrag versucht einige Gesichtspunkte des SMK in der BRD zu erörtern, die seit Ausbruch der zyklischen Überproduktionskrise 1973/74 und mehr noch für die nachfolgenden Jahre die Entwicklung charakterisieren. In verschiedenen Veröffentlichungen des IMSF war die Ansicht vertreten worden, daß etwa seit 1972/73 die Entwicklung der BRD durch das Vorherrschen privatmonopolistischer Entwicklungstendenzen bestimmt wird. Dies war als privatmonopolistische Entwicklungsvariante im Rahmen des SMK bezeichnet worden.<sup>1</sup> Wir halten die seither sichtbaren Entwicklungstendenzen für gewichtig genug, um diese These weiterhin zu vertreten. Freilich ist es zum Sommer 1978 angesichts der realen Entwicklung auch besser möglich, ihre Ursachen und Faktoren genauer zu bestimmen.

Im Rahmen der zyklischen Entwicklung des kapitalistischen Reproduktionsprozesses ist die Krise immer der Ausgangspunkt des folgenden Zyklus. Die in ihr und durch sie geschaffenen neuen Verwertungsverhältnisse des Kapitals, abhängig wesentlich vom Grad der Bereinigung der ökonomischen Disproportionen und Widersprüche, stellen die Grundlage für die weitere ökonomische Entwicklung dar.

Nun verweist gerade die nachfolgende Entwicklung darauf, daß die ‚Reinigungsfunktion‘ der Krise nur noch beschränkt wirksam ist. Diese beschränkte Wirksamkeit hängt of-

\* Im Anhang findet der interessierte Leser eine Zusammenstellung von Zeitreihen wichtiger statistischer Kennziffern zu verschiedenen Hauptgesichtspunkten der Entwicklung des SMK. Der Verfasser glaubt deshalb, im vorliegenden Text auf die statistische Illustration der dargestellten Tendenzen verzichten zu können.

1 Vgl.: Beiträge der IMSF 4, Wirtschaftskrise und Wirtschaftspolitik. Zu den Beziehungen zwischen Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftspolitik in der BRD in der Periode 1966/67 bis 1975/76, Frankfurt/Main 1976, S. 487 ff. (Der Verfasser dieses Beitrags stützt sich weitgehend in seinen Aussagen auf die Ergebnisse dieser Kollektivstudie, ohne sie an jeder entsprechenden Stelle als Quellenbeleg anzuführen.)

Gert Hautsch, Wirtschaftspolitik und Profitinteresse, Frankfurt/Main 1976, S. 77 ff.

derselbe, ‚Abschied von den Reformen‘ und seine Ursachen, in: Marxistische Blätter, Frankfurt/Main, Nr. 1/1977, S. 25 ff.

fensichtlich sowohl mit dem hohen Monopolisierungsgrad der Wirtschaft der BRD zusammen als auch mit der neuen Dimension der internationalen Verflechtungsprozesse der kapitalistischen Nationalwirtschaften und der Rolle, die kapitalistische Konzerne und Finanzgruppen unter diesen Verhältnissen spielen. Hierdurch sind neue Faktoren auch für den Reproduktionsprozeß kapitalistischer Nationalwirtschaften zur Geltung gelangt, in denen auch die wichtigste Ursache für die Krise der bisherigen Formen der staatsmonopolistischen Wirtschaftsregulierung und -politik zu suchen ist.

Versucht man einige der wichtigsten Aspekte der Situation der BRD im Sommer 1978 zu benennen, so ist vor allem auf folgende zu verweisen:

— Weder für die BRD noch für die kapitalistische Weltwirtschaft kann angegeben werden, ob und wie schnell die derzeitigen Stagnationstendenzen insgesamt vorherrschend werden.

— Unklar ist das Tempo der strukturellen Veränderung des Reproduktionsprozesses und damit des gesamtwirtschaftlich bestimmenden Reproduktionstyps unter den Bedingungen der Einführung und Anwendung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts.

— Eine relativ schwache Kapazitätsauslastung und eine demzufolge schwache Investitionstätigkeit korrespondiert mit hohen Arbeitsloskeitszahlen.

— Für die kapitalistische Weltwirtschaft und die Bundesrepublik bleiben nach wie vor die Währungs- und Energie- und Rohstoffkrise sowie die Umweltkrise ungelöst.

— Die Probleme der internationalen Arbeitsteilung und der internationalen Handelsbeziehungen setzen sich zunehmend in aktuelle Fragen der Außenwirtschaftsbeziehungen und der außenpolitischen Beziehungen um.

— Mit der privatmonopolistischen Entwicklungsvariante einhergehende politische Rechtstendenzen realisieren sich als Druck zur Einschränkung des „öffentlichen Korridors“, zur Privatisierung öffentlicher Betriebe und Einrichtungen, zum Abbau des „Sozial- und Wohlfahrtsstaates“, zum Verzicht auf strukturpolitische Direktprogramme.

— Die Orientierung der Regierungspolitik ist an der Anpassung an die Weltmarktverhältnisse ausgerichtet, an der Stärkung der Konkurrenzfähigkeit der BRD-Konzerne und damit an der sogenannten Stabilitätspolitik als gesamtwirtschaftlicher Strategie.

— Die politische Offensive des Monopolkapitals zielt nicht nur auf den weiteren Ausbau des „starken Staates“ als Repressionsorgan, sondern auch auf die grundlegende Revision des in der Vergangenheit entstandenen Systems der Klassenbeziehungen in der BRD und damit auf die gesellschaftliche Stellung der Gewerkschaften. Es handelt sich dabei vom Standpunkt des Monopolkapitals um Maßnahmen zur Erhaltung jenes internationalen Konkurrenzvorteils, der sich aus einem relativ geringen Grad offenen Klassenkampfes von unten ergibt und nun unter Bedingungen verschärfter Ausbeutung und sozialer Demontage weiter sichergestellt werden soll.

Diese und andere Momente sind im Verlauf dieses Beitrages weiter zu betrachten. Sie weisen darauf hin, daß in die Dominanz der privatmonopolistischen Entwicklungsvariante des SMK ökonomische und politische Tendenzen eingeschlossen sind, die ohne eine grundlegende Änderung der Kräfteverhältnisse nicht zurückgedrängt und gebrochen werden können. In ihr drücken sich aber nicht nur die Reaktionen des Monopolkapitals auf veränderte innere Verwertungsbedingungen aus, sondern auch die Interessen, die sich aus der internationalen Stellung und Position des westdeutschen Imperialismus ergeben. Die Strategie der sogenannten Stabilitätspolitik kann deshalb nur aus der Wechselwirkung der beiden Seiten der Existenz des westdeutschen Imperialismus analysiert werden.

Betont werden soll, daß mit der Analyse der Entwicklungstendenzen des SMK in der BRD jene Konfliktfelder und -linien schärfer umrissen werden können, die sich schon mit der Entwicklung der letzten Jahre abzeichneten. Dies betrifft besonders jene ökonomischen und sozialen Disproportionen, die sich nahezu zwangsläufig aus dem Verzicht oder, genauer gesagt, dem Unvermögen des SMK ergeben, eine Strukturpolitik durchzusetzen, die den langfristigen Kapitalverwertungsinteressen zu entsprechen vermag.

Die Frage muß jedoch aufgeworfen und beantwortet werden, was die Analyse der BRD als System des SMK und als imperialistisches Teilsystem bedeutet.

## **I. SMK- und Imperialismus-Theorie als Ausgangspunkt<sup>2</sup>**

Wir gehen nicht davon aus, daß der SMK nur eine bestimmte Sphäre oder Ebene der kapitalistischen Gesellschaft von heute ist. Er wird nicht schlechthin als Überbau über dem einfachen Monopolkapitalismus oder als institutioneller Verflechtungsmechanismus der Interaktionen von Staat und Monopolen angesehen. Vielmehr werden diese Erscheinungen als charakteristische Merkmale des heutigen Kapitalismus betrachtet, in denen der Gesamtzustand der kapitalistischen Gesellschaftsformation zum Ausdruck kommt. Die Bestimmung als SMK bezieht sich deshalb auf die Gesamtheit der sozialökonomischen und politischen Beziehungen, also auf Basis, Überbau und Klassenbeziehungen. Dies schließt die Fassung des SMK als Herrschaftssystem und Ausbeutungsverhältnis gesamtgesellschaftlicher Dimension ein. Die SMK-Theorie sieht unter der Dominanz monopolistischer und finanzkapitalistischer Strukturen in der Vermittlung der Kategorien und Gesetze der kapitalistischen Warenproduktion und -zirkulation über und durch den Staat das wesentliche ökonomische Kennzeichen des SMK. Damit ist freilich weder etwas über die konkrete Form des staatsmonopolistischen Mechanismus noch über seine konkrete Entwicklungstendenz ausgesagt. Es wird festgehalten, daß in der Betrachtung des Reproduktionsprozesses und seiner strukturellen sozialökonomischen Grundlagen auf der heutigen Entwicklungsstufe von der Einheit kapitalistischer Warenproduktion, monopolistischer Profitproduktion und -realisierung und dem vermittelnden staatlichen Wirtschaftsmechanismus auszugehen ist.

Um die innere Dynamik dieses Systems nicht aus dem Blick zu verlieren, ist es notwendig — auf der höchsten Stufe historisch-materialistischer Verallgemeinerung — auf den Grundwiderspruch der Produktionsweise des Kapitals und seinen sozialen Ausdruck, den Gegensatz und Konflikt zwischen Lohnarbeit und Kapital, zu verweisen. Hieraus ergibt sich, daß der SMK im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsformation die Anpassung der kapitalistischen Warenproduktion und der ihr zugrunde liegenden Produktionsverhältnisse an den zunehmend gesellschaftlichen Charakter des Produktions- und Reproduktionsprozesses bedeutet und damit bei allen darin eingeschlossenen Änderungen die Fortsetzung und Sicherung der entsprechenden grundlegenden Eigentums- und Klassenverhältnisse. Die Ausweitung der ökonomischen und sozialpolitischen Funktionen des bürgerlichen Staates und die Entstehung eines staatsmonopolistischen Wirtschafts- und

<sup>2</sup> Die Aussagen dieses Abschnitts fußen auf der Darstellung in: H. Jung, J. Schleifstein, *Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus und ihre Kritiker in der BRD*, Frankfurt/Main 1978, Abschnitt I. Dort sind auch die Textstellen in den Werken von Marx, Engels und Lenin ausgewiesen. Es wird gezeigt, daß diese Konzeption der Analyse des heutigen Kapitalismus die Anwendung der marxistischen Theorie auf den gegenwärtigen Kapitalismus bedeutet.

Sozialmechanismus erscheint somit als Bedingung und Moment der Akkumulation des Kapitals, also der Sicherung, Herstellung und Wiederherstellung ihrer objektiven und subjektiven Elemente.

Wenn wir bei der aktuellen Analyse und der Charakterisierung der Haltung des Monopolkapitals und seiner Repräsentanten immer wieder die Begriffe Anpassung und Strategie verwenden, so drückt sich darin das widersprüchliche Verhältnis von Spontaneität und Bewußtheit im SMK aus. Das Monopolkapital ist zwar — nicht zuletzt vermittelt des staatsmonopolistischen Mechanismus — das im heutigen Kapitalismus herrschende Verhältnis und dementsprechend üben seine Repräsentanten auch in dieser Gesellschaft Macht und Herrschaft aus, aber sie beherrschen damit nicht die Entwicklung des Kapitalismus. Diese bleibt ein in ihren Grundlagen spontaner Prozeß, weshalb sich die Entwicklung zum und des SMK als Reaktion oder als Anpassung der herrschenden Klasse auf die durch die Widersprüche des spontanen Prozesses ausgelösten und hervorgerufenen Krisen darstellt. Sobald diese Reaktionen jedoch über Willensverhältnisse vermittelt — und nur über diese ist das möglich — und in praktische Handlungen umgesetzt werden, entstehen auf der Grundlage der Klasseninteressen und ihrer Erkenntnis und Verarbeitung — was immer auch die Verarbeitung der gegebenen nationalen und internationalen Kräfteverhältnisse einschließt — mehr oder weniger klare Zielsetzungen und Orientierungen, wie und in welcher Richtung auf die Krisensituation reagiert werden soll. Die Formulierung dieser Zielsetzung vollzieht sich nicht isoliert auf der Ebene atomisierter Einzelkapitale, sondern im Klassenzusammenhang, über die Organisationen und Parteien, auf der ökonomischen, politischen und ideologischen Ebene. Sie schlägt sich schließlich nieder in der Politik der Konzerne und Finanzgruppen, der kapitalistischen Organisationen und des Staates bzw. seiner legislativen und exekutiven Organe. Dieser Prozeß kann nicht frei von Widersprüchen und Interessengegensätzen sein, die in der Konkurrenz, auch der monopolistischen, der Kapitale und kapitalistischen Gruppen ihre ökonomische Grundlage haben. Hinzu kommen gegensätzliche Gruppierungen und Strömungen, die sich auf politischer und ideologischer Ebene formieren und in denen die unmittelbaren ökonomischen Interessen nur noch vermittelt zur Geltung kommen. Monopolistische Kapitalverwertungsinteressen sind deshalb keine ökonomischen Konstanten und mehr noch ist die Strategie der herrschenden Klasse, die sie über das System des SMK realisiert, keine einfache lineare Verlängerung derartiger Konstanten auf die staatlich-gesellschaftliche Ebene. Vielmehr handelt es sich um die Formulierung und Durchsetzung von Klasseninteressen unter gegebenen Umständen und die Entwicklungsergebnisse sind das Ergebnis der verschiedenen in der Gesellschaft wirksamen objektiven und subjektiven Faktoren und Kräfte. Dies bedeutet auch, daß nicht ausschließlich die Verwertungsinteressen des Kapitals und die ‚Logik des Kapitals‘ den konkreten Gang der Entwicklung bestimmen, sondern hier auch der Druck der Arbeiterklasse wirksam werden kann und wirksam wird; oder anders ausgedrückt: Die Formulierung und Durchsetzung kapitalistischer Interessen erfolgt unter den Bedingungen des Klassenantagonismus und des Klassenkampfes.

Die strategische Hauptrichtung der herrschenden Klasse wird also nicht nur durch die unmittelbaren ökonomischen Interessen der Kapitalverwertung bestimmt, sondern sie bedeutet die Durchsetzung der herrschenden Klasseninteressen über die Orientierung und Politik des staatsmonopolistischen Systems. Die privatmonopolistische Entwicklungsvariante bedeutet nicht, daß die herrschende Klasse einen Abbau des staatsmonopolistischen Mechanismus in die Wege leiten könnte oder würde. Sie bedeutet aber mit der

völligen Orientierung der staatlichen Wirtschaftspolitik auf die Förderung der Konzerne und, unter dem Diktum der Weltmarktkonkurrenz, auf die Stärkung ihrer ökonomisch-politischen Potenz den Verzicht auf die Entwicklung und ein Konzept, in dem der Ausbau der unmittelbaren Wirtschaftsaktivitäten des Staates aktuelle Priorität hat.

Die Untersuchung der Entwicklungstendenzen des SMK bedeutet die Untersuchung der kapitalistischen Gesellschaftsformation auf ihrem heutigen Entwicklungsniveau als Ganzes, wobei sich die Haupttrichtung vor allem aus der Beziehung von Monopolen und Staat erschließt und demzufolge dieser Beziehung als Einheit und als Wechsel- und Widerspruchsverhältnis Aufmerksamkeit zu widmen ist.

Daß die BRD als nationales Teilsystem des imperialistischen Teils der Welt und des Gesamtsystems internationaler Beziehungen anzusehen ist, bedarf im Rahmen und in der Tradition der marxistisch-leninistischen Imperialismustheorie keiner näheren Begründung. Notwendig ist es jedoch, auf die neuen Strukturen dieses Systems zu verweisen, weil sich in ihnen die internationale Stellung der BRD realisiert und die entsprechenden Interessengegensätze auf die innere Politik einwirken, und sie eine wesentliche Determinante der Strategiebildung der herrschenden Klasse sind.

Ohne die Konstellation des kalten Krieges in der Nachkriegsperiode und ohne die spezifischen Hegemonialinteressen des US-Imperialismus wäre die Rekonstruktion und Expansion des westdeutschen Monopolkapitals nahezu undenkbar gewesen. Der Zugang zum Weltmarkt, der Warenexport und die Rohstoffversorgung wären ohne diese Bedingungen nicht zu realisieren gewesen. Diese Momente spielten für den inneren Akkumulationsprozeß eine erstrangige Rolle.

Heute wird in der marxistischen Literatur von der Existenz dreier Weltzentren des Imperialismus (USA/Kanada, kapitalistische Länder Europas mit den EG-Ländern als Kern, Japan) ausgegangen<sup>3</sup>, wodurch die ökonomisch-politische — nicht die militärische — Hegemonialposition der USA eingeschränkt wurde. Für den BRD-Imperialismus ist die Stellung in der EG — und damit die Beziehungen vor allem zu Frankreich und Großbritannien — und in Westeuropa von erstrangiger Bedeutung. Schon die außenwirtschaftliche Verflechtung mit diesem Raum und die Einbindung in die EG-Abkommen und -Institutionen schafft bei allen Sonderbestrebungen und imperialistischen Rivalitäten eine Interessenlage, die auf die Strategiebildung als vorrangiger Faktor einwirkt. Die Realität des westeuropäischen Zentrums des Imperialismus zeigt sich gerade darin, daß der BRD-Imperialismus seine spezifischen Interessen in vieler Hinsicht nur über die Beeinflussung der Politik dieses Blocks verwirklichen kann. Dies gilt nicht zuletzt für die aktuellen Probleme der Währungs-, Handels-, Zoll- und Rohstoffversorgungsbeziehungen.

Es ist heute nicht allein das relative ökonomische Gewicht, das in Produktionsziffern zum Ausdruck kommt, das der BRD in diesem Block als Einzelland das stärkste Gewicht verleiht, sondern auch ihre Stellung am Weltmarkt, die in dem Maße gefestigt und ausgedehnt werden konnte, wie es der herrschenden Klasse der BRD gelang, in der Periode von Dauerinflation und Wirtschaftskrise ihre Strategie der sogenannten Stabilitätspolitik

3 Eine neue, knappe Zusammenfassung dieser Problematik liegt vor mit: D. Melamid, W. Shenajew, L. Maier: Westeuropa — Grundprobleme seiner Entwicklung als imperialistisches Zentrum und Region der internationalen Beziehungen. in: Institut für internationale Politik und Wirtschaft, Berlin/DDR (Hrsg.): IPW-Berichte, Nr. 6/1978, S. 1 ff.

L. Maier, Besonderheiten der Entwicklung Westeuropas zu einem imperialistischen Zentrum; in: IPW-Berichte, Nr. 9/1977, S. 10 ff.

durchzusetzen. Damit verschärfte der BRD-Imperialismus zwar die weltwirtschaftlichen Disproportionen, konnte dabei aber seine eigene Position festigen. Wie die jüngste Entwicklung allerdings zeigt, stößt dieser Kurs zunehmend an die innerimperialistischen Kräfteverhältnisse.

Über den kapitalistischen Weltmarkt an das System des Imperialismus angeschlossen ist auch die Gruppe der nichtimperialistischen Länder, die nicht der sozialistischen Staatengemeinschaft angehören. Zwar hat sich ihre Stellung seit den Zeiten des nackten Kolonialismus wesentlich verändert und vielleicht kann rückblickend die im Zuge veränderter weltpolitischer Kräfteverhältnisse und der Energiekrise durch die OPEC-Länder seit 1973 gewonnene Position als das einschneidendste Ereignis für die Existenzbedingungen des Imperialismus in diesem Jahrzehnt angesehen werden, aber insgesamt gesehen vollzieht sich nach wie vor über den Mechanismus des Nicht-Äquivalentaustauschs und besonderer Diskriminierungsbestimmungen die Ausbeutung dieser Länder durch den Imperialismus und nach wie vor hat sich die Beziehung der ökonomischen Abhängigkeit nur wenig gelockert.

Der BRD-Imperialismus als ökonomisch relativ starker Imperialismus vertritt auch gegenüber diesen Ländern die Position des kapitalistischen Freihandels, deklariert als Prinzipien der freien Marktwirtschaft, und agiert gewissermaßen auf dem rechten Flügel des Weltimperialismus. Gleichwohl ist auch er gezwungen, den neuen Kräfteverhältnissen Rechnung zu tragen, die innere Differenzierung dieser Ländergruppe zu fördern und mehr und mehr die am weitesten entwickelten Länder in Verhältnisse imperialistischer Partnerschaft und Rivalität zu integrieren. Die Notwendigkeit hierzu ergibt sich aus den eigenen Expansions- und Versorgungsinteressen und die Möglichkeit dazu aus dem rasch wachsenden Industrialisierungsgrad und damit den schnell wachsenden inneren Märkten für Waren und Kapitalanlagen in diesen Ländern. Die eingeleitete Verflechtung macht allerdings im Gegenzug die Öffnung der eigenen Märkte erforderlich und wirkt so als Druck des Weltmarktes zur beschleunigten Umstrukturierung und ‚Modernisierung‘ der westdeutschen Wirtschaft.

Das System des Imperialismus besteht nicht nur aus Staaten und ihren Beziehungen, sondern auch aus internationalen kapitalistischen Vereinigungen, aus internationalen Monopolen und Finanzgruppen, deren Interessen auch heute noch in der Regel eine nationalstaatliche Ausgangsbasis haben und deshalb auch die nationalstaatliche imperialistische Expansion wesentlich bestimmen und formulieren, die jedoch in dem Maße, wie die internationale Arena, der Weltmarkt, ihr Aktionsfeld wird und sich von diesem Aktionsfeld ihre monopolistischen Verwertungsinteressen definieren, in Gegensatz zur nationalstaatlichen Begrenzung geraten. Die gegenüber früher gewaltig angewachsene Auslandsproduktion dieser Konzerne<sup>4</sup>, über die sich die Internationalisierungsprozesse der kapitalistischen Produktion zum großen Teil vollziehen, sowie die neue Dimension und

4 Folgende illustrativen Zahlen seien dazu angeführt: 1960 exportierten die USA Waren für 20,4 Mrd. Dollar, die auswärtigen Töchter ihrer Konzerne setzten Waren für 64 Mrd. Dollar ab. 1971 betragen die entsprechenden Zahlen 43,5 Mrd. und 172,0 Mrd. Dollar.

1960 exportierte die BRD für 11,4 Mrd. Dollar, die auswärtigen Töchter ihrer Konzerne setzten Waren für 1,6 Mrd. Dollar ab. 1971 betragen die entsprechenden Zahlen 39,0 Mrd. und 14,5 Mrd. Dollar.

(Zit. nach: Wilhelm Hankel, *Der Ausweg aus der Krise*. Düsseldorf 1975, S. 199.)

Vgl. ebenfalls: E. Sanio, F. Siebels, K. Unger: *Internationale Konzerne und Arbeiterklasse*, Frankfurt/Main 1976.

Qualität der internationalen Geld- und Kapitalmärkte<sup>5</sup> wirken unmittelbar und mitunter äußerst massiv auf nationalstaatliche Entwicklungen ein, entziehen sich jedoch weitgehend dem Einfluß der nach wie vor nationalstaatlich organisierten staatsmonopolistischen Regulierung und auch den staatsmonopolistischen Maßnahmen im Rahmen bestimmter Integrationsgebilde wie der EG.<sup>6</sup>

Die Weltmarktprozesse unterliegen somit nahezu absolut der Spontaneität monopolistischer Konkurrenz und Kapitalbewegung. Die internationale Preis- und Zinsentwicklung und die dem entsprechenden Waren-, Geld- und Kapitalbewegungen wirken gegenüber der nationalen Wirtschaftsentwicklung in weit höherem Maße als früher als objektive Daten, auf die die nationalstaatliche Wirtschaftspolitik zu reagieren gezwungen ist. In gewisser Hinsicht erfolgt also ein qualitativer Sprung der Monopolisierung, der sich in Abhängigkeit vom Monopolisierungsgrad, der Größe der internationalen Konzerne und der Größe des Binnenmarktes vollzieht. Je mehr also die nationalstaatliche staatsmonopolistische Regulierung die Konzentrations- und Monopolisierungsprozesse unter dem Druck der Weltmarktbedingungen fördert, desto mehr untergräbt sie selbst ihre Wirkungsmöglichkeiten zur Beeinflussung der binnenwirtschaftlichen Entwicklung. Seit Ende der 60er Jahre erlangen diese Momente verstärkt Geltung für die Wirtschaftsentwicklung und sind zu einer wesentlichen Ursache der ‚weltweiten‘ Krise der staatsmonopolistischen Regulierung und Wirtschaftspolitik geworden.

Auch bürgerliche Analysen kommen in der Betrachtung der jüngeren Wirtschaftsentwicklung, mit unterschiedlichen Intentionen, kaum umhin, diese Erscheinungen zu beachten.<sup>7</sup> Eine marxistische Betrachtung ist jedoch in der Lage, sie von der Position der Imperialismustheorie einzuordnen und die zugrunde liegenden Triebkräfte zu erkennen. Für die jüngere Entwicklung der BRD kann sie insbesondere nachweisen, daß die nationalwirtschaftlichen Entwicklungsbelange in der Strategie der herrschenden Klasse dem monopolistischen und imperialistischen Expansionsstreben untergeordnet sind und daß nicht zuletzt hier der Ausgangspunkt reaktionärer innenpolitischer Tendenzen liegt.

Wenn der Zeitabschnitt seit der Krise 1974/75 hier näher betrachtet werden soll, dann ist es klar, daß die sichtbaren Entwicklungstendenzen ihre Grundlage nicht ausschließlich in den Veränderungen dieser Periode haben. Das Ende der sozialliberalen Reformpolitik und der Umschlag zur privatmonopolistischen Entwicklungsvariante muß auf die Jahre 1972/73 gelegt werden. Die politische Symbolik des Rücktritts des Bundeskanzlers *Brandt* im Mai 1974 ist nur das äußere Zeichen dieses Umschlags. Der Zusammenbruch des Währungssystems von Bretton Woods, der offene Ausbruch der Energiekrise und das

5 Nach Schätzungen der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich entwickelte sich das Nettovolumen des Eurodevisenmarktes (in Mrd. US-Dollar) wie folgt: 1965 — 10, 1970 — 57, 1972 — 91, 1973 — 132, 1974 — 177, 1977 — 277.

Das Volumen der Eurowährungskredite entwickelte sich nach Angaben der Weltbank wie folgt (in Mrd. US-Dollar): 1970 — 4,7, 1972 — 22,0, 1973 — 22,0, 1977 — 40,1.

(Zit. nach: Katja Nehls: Der ‚Eurodollarmarkt‘ — internationaler Leihkapitalmarkt im staatsmonopolistischen Kapitalismus, in: IPW-Berichte, Nr. 4/1978.)

6 Umfassende Analysen dieser Problematik von Autoren aus der BRD liegen vor mit: F. Deppe (Hrg.): Arbeiterbewegung und westeuropäische Integration, Köln 1976; H.-J. Axt: Staat, multinationale Konzerne und politische Union in Westeuropa, Köln 1977.

7 So etwa W. Hankel (a. a. O., S. 72 ff., S. 195). Er sieht in den internationalen Konzernen allerdings jenen Faktor, der gewährleistet, daß die internationalen Währungsgräben übersprungen werden und der Protektionismus Grenzen findet — einen im Sinne der kapitalistischen Wirtschaft positiven Effekt.

wirksame Auftreten der OPEC-Staaten fällt in diese Jahre. Die Durchsetzung einer Strategie der Stabilitätspolitik wird in diesen Jahren erst mit dem Übergang zu flexiblen Wechselkursen möglich. Die Preisgabe einer fiskalpolitischen Orientierung zugunsten einer traditionelleren Notenbankpolitik (Monetarismus) steht eng in diesem Zusammenhang. Die damit angelegte Politik setzt sich in der Phase der unmittelbaren Überproduktionskrise fort und ist auch für die Jahre danach charakteristisch. Deshalb müssen die genannten Ereignisse und Momente in die Betrachtung einbezogen werden.

## II. Voraussetzungen, Ergebnisse und Besonderheiten der Überproduktionskrise 1974/75 in der BRD

### Von der Inflation zur Stagflation

Die Überproduktionskrise 1966/67 wurde vor allem deshalb relativ schnell überwunden, weil eine Exportoffensive möglich war. Die Stärke des folgenden Aufschwungs drückte sich in hohen Investitionsraten aus. Die Krisenüberwindung wurde durch die staatliche Wirtschaftspolitik der Globalsteuerung unterstützt. Sie konnte unter den damaligen Bedingungen die Aufschwungstendenzen nachhaltig verstärken.

Der zyklische Abschwung Anfang der 70er Jahre mündete nicht in eine offene Überproduktionskrise, sondern realisierte sich als Stagnationstendenz bei gegenüber früher hohen Preissteigerungsraten. Die Inflation entwickelte sich auch in der BRD von einer Begleitererscheinung des Wirtschaftsaufschwungs zu einem Krisentyp des zeitgenössischen Kapitalismus.<sup>8</sup> An der Oberfläche erscheint die Inflation als kontinuierliche Verzerrung des Preismaßstabes der Waren und damit als Entwertung des nominellen Geldwertes. Diese Erscheinung ist vermittelt durch die Aufblähung der Geldzirkulation, ein Prozeß, der sich unmittelbar über den Verbund von Banksystem, Zentralbank und öffentlichen Haushalten vollzieht. Ihr innerer Antrieb ist jedoch in erster Linie die Preis- und Profitpolitik des Monopolkapitals. Das inflationsantreibende Gebaren der öffentlichen Haushalte muß vom Standpunkt der Gesamtanalyse als Reaktion auf die durch monopolistische Preispolitik hervorgerufenen Disproportionen angesehen werden. Mit dem Inflationsmechanismus vollzieht sich im Rahmen des SMK ein kontinuierlicher und lautloser Umverteilungsprozeß, der vor allem jene begünstigt, die in der Lage sind, den ‚Inflationmotor auf Touren zu bringen‘. Das Monopolkapital verbessert damit seine Verwertungsbedingungen und ist in der Lage, Entwertungsdruck von sich abzuwälzen. Zu diesen inneren Ursachen der Inflation kommt Anfang der 70er Jahre die Krise des US-Dollars und damit des IWF-Währungssystems<sup>9</sup> hinzu, wodurch die Inflation in der BRD wesentliche äußere Impulse erhält. Unter diesen Bedingungen entwickelte sich in der BRD der Treibhausboom der Jahre 1972/73. Die Inflation hatte die zyklische und strukturelle Verzerrung der volkswirtschaftlichen Proportionen außerordentlich vorangetrieben.

<sup>8</sup> Vgl. G. Bessau, E. Dähne u. a.: *Inflation heute. Hintergründe der Preissteigerungen und Geldentwertung in der BRD*. Frankfurt/Main 1975/1977.

L. Müller, F. Rische: *Krise — Inflation — Arbeitslosigkeit*, Frankfurt/Main 1975.

<sup>9</sup> Vgl. E. Sanio, *Geld und Währung. Aktuelle Probleme in der Sicht der marxistischen Geldtheorie*, Frankfurt/Main 1978, S. 33 ff.

Vom Standpunkt der Gesamtinteressen des westdeutschen Monopolkapitals entstand mit der überschäumenden Inflation eine Situation, die zwar aus der aggressiven Profitstrategie der Einzelkapitale resultierte und somit auch den unmittelbaren Verwertungsinteressen der Einzelkapitale entsprach, jedoch die Stellung am Weltmarkt gefährdete und die Verwertungsbedingungen des Gesamtkapitals untergrub. Zwar besteht eine Wirkung der Inflation darin, daß sie das Anwachsen der Disproportionen überdeckt und in ihrem Klima Spekulationswellen der verschiedensten Art in Gang kommen. Die Unternehmergewinne geraten jedoch zunehmend unter den Druck steigender Zinsen für Fremdkapital und Kredite. Hinzu kommen die Nettoprofiten einschränkende Steuerabgaben. Dies trifft zwar die Konzerne nur am Rande, schränkt jedoch den ökonomischen Spielraum des nichtmonopolistischen Kapitals und der Mittelschichten ein. Wie die Entwicklung zeigte, ist es in dieser Situation für das Kapital nicht möglich, gegenüber der Arbeiterklasse eine wesentliche Einschränkung der Lohnentwicklung durchzusetzen. Mit der Inflation wird auch ein Automatismus der Steuerprogression in Bewegung gesetzt, der zur Ausweitung der Umverteilungsfunktion des Staates führt. Dies trifft zwar in erster Linie die Arbeiterklasse, läßt aber auch die Unternehmer nicht ungeschoren. Die mit den Überwälzungsprozessen in Gang gekommene „Entkoppelung“ der Kosten- und Einkommensfunktion der Preise betrifft vor allem das nichtmonopolistische Unternehmertum negativ.

Für die Konkurrenzfähigkeit am Weltmarkt spielt das Verhältnis von relativen nationalen Werten und internationalen Werten eine zentrale Rolle. Ihr Vermittlungsglied sind die Währungsparitäten. Die Herausbildung des Weltmarktes bedeutet die tendenzielle Herausbildung von Weltmarktpreisen, in denen sich der gesellschaftlich notwendige Arbeitsaufwand im Weltmaßstab niederschlägt. Diese Tendenz ist in dem Maße gebrochen, wie der Welthandel durch staatliche Maßnahmen und monopolistische Strukturen beeinflusst wird. Weltmarktpreise drücken sich nicht in beliebigen nationalen Währungen aus, sondern in Goldgeld bzw. in jenen Währungen, die im internationalen Währungssystem dessen Stellvertreterrolle einnehmen. Von allem anderen abgesehen, begünstigt der internationale Handel vor allem jene Länder, deren nationale Werte unter den internationalen Werten liegen. Dies trifft i. d. R. nicht für alle Warengruppen zu. Das relative Preisniveau wird jedoch wesentlich vom Entfaltungsgrad der Produktivkräfte bestimmt. Das gilt vor allem für Industriewaren. Bei Rohstoffen u. dgl. spielen die Naturbedingungen eine erstrangige Rolle. Preise drücken tendenziell den Wert und damit die gesellschaftlich notwendige Arbeit über das Geld aus. Die Erscheinung des Wertes erfolgt über seine Äquivalentform, über das Geld, über seinen Preisausdruck.<sup>92</sup> Die Inflation ändert zwar nicht die Wertverhältnisse, verzerrt aber den Preismaßstab.

<sup>92</sup> Vgl. ebenda, S. 104 ff.

Die Beziehungen zwischen den nationalen Währungen finden ihren Ausdruck in den Paritäten, den Wechselkursen. Eine relativ unproblematische automatische Anpassung der ‚inneren Wertbewegungen‘ und der Außenwerte der Währungen wäre nur denkbar bei frei konvertibler Goldstandardwährung der Beteiligten. Ein solcher Zustand ist heute jedoch nur eine theoretische Fiktion.

Auch bei Papiergeldwährungen ist die ökonomische Bindung an das Gold nicht aufgehoben. Dies kommt auch darin zum Ausdruck, daß sich auch bei Papiergeld die jeweiligen nationalen Währungseinheiten in einem bestimmten (für den Binnenmarkt fiktiven, weil nicht einlösbaren) Goldgehalt ausdrücken, den Regierung und Zentralbank festlegen. Entsprechend dem Goldgehalt ergeben sich die Austauschrelationen der Währungen im internationalen Verkehr. Auf- und Abwertungen einzelner Währungen gegenüber anderen drücken letztlich eine unterschiedliche Tendenz oder ein unterschiedliches Tempo der Bewegung der Währungen gegenüber dem Gold aus.

Abgesehen von anderen Faktoren gilt, daß sich für Länder mit relativ niedrigeren Inflationsraten die Exportchancen günstiger gestalten als für die anderen. Bei unveränderten Währungsparitäten ist für den Auslandskäufer die Ware um den Differenzbetrag der Inflationsraten billiger.<sup>10</sup> Dies begünstigt den Exportboom. Die inflationäre Wirkung der Exportüberschüsse hält sich nur dann in Grenzen, wenn das inländische Lohnniveau relativ niedrig bleibt.

Die Exportfähigkeit erhöht sich, wenn aus historischen und aktuellen Gründen der Außenwert der Währung niedrig oder unterbewertet ist. Dies war und ist — wenn auch heute in abgeschwächtem Maß — für die BRD der Fall. Die Entwicklung der Ausbeutungs-, Produktivitäts-, Preis- und Kostenverhältnisse ist dafür die entscheidende Grundlage. Die ungleichmäßige Entwicklung der einzelnen Länder führt dazu, daß die realen Verhältnisse nicht mehr in den Währungsverhältnissen ausgedrückt werden bzw. ein Status-quo-Zustand nicht aufrechterhalten werden kann.

Unterbewertung der Währung führt zu Aufwertungsdruck, der sich über die Bewegung der Geld- und Kapitalmärkte und über den politischen Druck der Handelspartner geltend macht. Solange das Bretton-Woods-System bestand, also bis 1973, war hier nahezu ein Automatismus gegeben. Aufwertungsverdacht führte zur Geldbewegung in die DM, was die Bundesbank zwecks Stützung der Dollarparität zu Stützungskäufen zwang. Diese Stützungskäufe waren solange erforderlich, bis die Spekulation abebbte oder durch die Aufwertung ein neues Gleichgewicht hergestellt war. Dieser Automatismus ist zwar bei frei oszillierenden Wechselkursen (floating) abgeschaltet, die wirksamen Grundtendenzen bleiben jedoch die gleichen.

Diese skizzierten Zusammenhänge machen deutlich, daß sich im Außenwert der Währung und in der Inflationsrate die Interessen des Monopolkapitals in konzentrierter Form ausdrücken können. Sie werden zu strategischen Kennziffern einer 'stabilitätsorientierten' Wirtschaftspolitik des SMK. Die Orientierung auf diese Strategie ist freilich kein Zufall, sondern entspringt der objektiven Situation des westdeutschen Imperialismus.

Der hohe Industrialisierungsgrad, die Rohstoffabhängigkeit, die Devisenabhängigkeit in der ersten Nachkriegsperiode, der Verlust von Rohstoffquellen und Absatzmärkten durch die Niederlage des faschistischen Deutschen Reiches räumte dem Export von vorn-

Der Kurs der Währungen, ihr Preis, reguliert sich über die Bewegungen der Devisenmärkte. Devisen sind die Forderungen an eine ausländische Zentralbank in deren Währung. Devisen sind somit im internationalen Verkehr nichts anderes als Kreditscheine, deren Besitz Gläubiger-Schuldner-Verhältnisse begründet. Gegenüber Ländern mit Zahlungsbilanzdefizit bestehen entsprechende Forderungen der ausländischen Besitzer ihrer Währungen. Eine Abwertung des Defizit- bzw. Schuldnerlandes verringert das Forderungsvolumen der ausländischen Devisenbesitzer. Eine Aufwertung des Gläubigerlandes erhöht demgegenüber das Forderungsvolumen der ausländischen Besitzer seiner Währung, bzw. verteuert seine Währung für den Besitzer ausländischer Währungen.

Der Außenwert einer Währung ist eine komplizierte politökonomische Kategorie. Er wird nicht nur durch rein ökonomische Faktoren im engeren Sinn bestimmt, sondern ebenso durch die Stellung des jeweiligen imperialistischen Landes im imperialistischen Gesamtsystem, seine spezifische Interessenlage, seine ökonomischen und politischen Reaktionsmöglichkeiten, seine wirtschaftspolitische Hauptlinie usw.

<sup>10</sup> Dies stellt für die BRD anhand der aktuellen Zahlen dar: W. Glasstetter: Das Dollarproblem — Grundsätzliche und aktuelle Probleme, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Nr. 6/1978, S. 321 ff. Nach Glasstetter betrug seit Ende 1972 trotz der beträchtlichen Erhöhung des nominalen Außenwertes der DM (vgl. auch Anhang dieses Beitrags) infolge niedrigerer innerer Preissteigerungsraten der reale Aufwertungseffekt bis März 1978 nur etwa 6 Prozent.

herein eine hervorragende Rolle ein. Die staatsmonopolistische Wirtschaftsregulierung entwickelte sich in den 50er Jahren gerade auf diesem Feld.<sup>11</sup> Die Stimulierung und Abstützung des Exports war ein Hauptfeld staatsmonopolistischer Aktivitäten jener Periode. Auf eine knappe Formel gebracht: Ohne Außenexpansion und Weltmarktverflechtung kein Wiederaufstieg des westdeutschen Imperialismus und kein ‚Wirtschaftswunder‘. Der Neomerkantilismus war deshalb nur plausibel. Die außenwirtschaftliche Freihandelsorientierung nahm in dem Maße zu, wie der innere Konzentrations- und Monopolisierungsgrad wuchs und die westdeutschen Konzerne die Lücken in Technologie, Management und Größenordnung überbrücken konnten.

Die Orientierung auf Außenexpansion und Förderung der privaten Kapitalakkumulation hatte bis Mitte der 60er Jahre zu Infrastrukturdysproportionen<sup>12</sup> großen Ausmaßes geführt, deren Ausweitung unter den Bedingungen der Systemkonkurrenz und der imperialistischen Rivalität die Gefährdung der internationalen Stellung des BRD-Imperialismus heraufbeschwor. Diese Situation führte zu einer gewissen Umorientierung, deren äußerer Ausdruck der Regierungswechsel in Bonn und der Kurs der inneren Reformen wurde. Die Außenexpansion bedurfte also der Abstützung durch den Ausbau des staatsmonopolistischen Regulierungssystems und die Überwindung jener Disproportionen, die langfristig die Verwertungsbedingungen des westdeutschen Kapitals beeinträchtigen mußten. Letzteres bezog sich vor allem auf die Gebiete Wissenschaft, Bildung, Ausbildung, soziale Versorgung.

Der Abbau der nachkriegsbedingten positiven Sonderfaktoren der Entwicklung war mit der Krise 1966/67 schon offenkundig geworden. Die Normalisierung verstärkte sich mit den 70er Jahren. Angesichts der Dollarkrise war der westdeutsche Imperialismus gezwungen, seine Interessen im Verbund mit seinen EWG-Partnern neu zu definieren und ökonomisch aus der Rolle der Juniorpartnerschaft gegenüber den USA endgültig herauszuschlüpfen. Die Dollarkrise war und ist der offene Ausdruck für den Verlust der ökonomischen Hegemonie des US-Imperialismus. Durch den Gang der Entwicklung und die Interessen der anderen Staaten wurde die Reservewährungsfunktion des US-Dollar zunehmend in Frage gestellt, was schließlich seitens der USA zur Aufhebung der Einlösepflicht des Dollar in Gold führte. Dies bedeutete allerdings nicht das Ende der politisch-militärischen US-Vorherrschaft, sondern nur, daß die Zeit, in der die anderen imperialistischen Staaten ihre ökonomischen Interessen in Übereinstimmung mit den USA definieren mußten, vorbei ist.

Trotz der Wirksamkeit gemeinsamer Interessen der westeuropäischen Staaten gegenüber Dritten und vor allem gegenüber den USA, war deren Umsetzung in gemeinsame Politik durch gravierende Interessengegensätze gekennzeichnet. Das zeigte 1971 das Scheitern des Versuches, über eine Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) den Vereinheitlichungsprozeß und die Integration voranzutreiben. Auch in der Reaktion auf den Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems 1973 wurde keine einheitliche Haltung erreicht. Sehr schnell reduzierte sich die sogenannte Währungsschlange auf einen DM-Block ohne die anderen größeren EG-Staaten. Seither verfolgte die Regierung der BRD

<sup>11</sup> Vgl. IMSF-Beiträge 4, a. a. O., Abschnitt 2.2.

<sup>12</sup> Vgl. generell zur Infrastrukturproblematik und zur Infrastrukturlücke: B. Güther: *Infrastruktur und Staat. Zur Entwicklung der allgemeinen Produktionsbedingungen in der BRD 1950—1975*, Marburg 1977, S. 244 ff.

unter dem Banner der Stabilitätspolitik die Linie, von den anderen EG-Staaten als Vorleistung die Gleichrichtung ihrer Wirtschaftspolitik im Sinne dieser Linie für eine weitere Vereinheitlichung der Währungspolitik und generell der Integration zu verlangen. Erst mit dem Bremer EG-Gipfel im Sommer 1978 zeichnet sich eine Wende zum integrationspolitischen Monetarismus ab.

Der endgültige Zusammenbruch des IWF-Währungssystems wurde durch die Maßnahmen der OPEC-Staaten 1973, mit denen die Energiekrise offen ausbrach, beschleunigt. Im Gefolge ergab sich eine Um- und Neuverteilung der internationalen Devisenreserven. Hierdurch wurde die alte Währungsordnung erschüttert und es entstanden internationale neue Gläubiger-Schuldner-Verhältnisse. Jedoch erwies sich der internationale kapitalistische Geld- und Kapitalmarkt als wesentlich elastischer als ursprünglich von den Regierungen der kapitalistischen Industriestaaten befürchtet. Freilich mußten mit diesen neuen Verhältnissen die Pläne der IWF-Teilnehmer zur Kontrolle der internationalen Kapitalmärkte ad acta gelegt werden, da ihre Funktionsfähigkeit die einzige Möglichkeit für das recycling der Devisenreserven der OPEC-Länder in den internationalen Wirtschaftskreislauf darstellte. Eine Alternative zur Orientierung auf die spontanen Mechanismen des internationalen Geld- und Kapitalmarktes war für die imperialistischen Industriestaaten nicht vorhanden. Diese Situation mußte die internationalen Monopol- und Finanzgruppen wesentlich begünstigen und die Rolle des Finanzkapitals in der Wirtschaft noch erhöhen. Die objektiven Möglichkeiten nationalstaatlicher staatsmonopolistischer Wirtschaftspolitik wurden damit weiter eingeeengt.<sup>12a</sup>

Beide Ereignisse wurden zu wichtigen Faktoren der Synchronisierung der nationalen Krisenzyklen und zur Herausbildung der kapitalistischen Weltmarkt- und Weltwirtschaftskrise.<sup>13</sup> Die Ölpreiserhöhungen bedeuteten für die Einzelkapitale und für das Gesamtkapital eine Werterhöhung eines wichtigen Elements des konstanten zirkulierenden Kapitals, freilich mit unterschiedlichem Gewicht entsprechend der stofflichen Struktur des fungierenden Kapitals. Dies wurde bedeutsam für den Umschlag ‚inflationärer Überhitzung‘ in die Überproduktionskrise. Der allgemeinen Überproduktionskrise eilten Branchen wie die Automobilproduktion voran, weil für diese Branche u. a. die Benzin-

12a Zu berücksichtigen ist vor allem, daß die Hauptträger der kapitalistischen Internationalisierungsprozesse die internationalen Konzerne und Finanzgruppen sind. Das gilt heute mehr oder weniger für alle kapitalistischen Länder. Ihre Einbeziehung in den internationalen Wirtschaftsprozess erfolgt also über die Tätigkeit der internationalen Konzerne. Eine an den Interessen der nationalen Gesamtkapitale ausgerichtete Wirtschaftspolitik der Regierungen stößt sich unter diesen Bedingungen hart an den Expansionsinteressen der internationalen Konzerne bzw. der Druck der internationalen Konzerne erfolgt in Richtung der Unterordnung der Wirtschaftspolitik der nationalen Regierungen. Eine ihren Interessen unterordnete Wirtschaftspolitik trägt jedoch zur Verschärfung der ökonomischen Disproportionen bei. Dies wird besonders deutlich bei strukturpolitisch orientierter Investitionspolitik, die durch Kapalexport und Produktionsverlagerung unterlaufen werden kann und wird. Bekannt ist auch die Rolle der internationalen Konzerne und Finanzgruppen beim Anheizen der Devisenspekulationen, die die nationalen Notenbanken unter Zugzwang setzen. Eine große Rolle spielen schließlich zum Unterlaufen der Steuerpolitik die Transferpreise innerhalb der Konzerne. Die Verhältnisse des kapitalistischen Weltmarktes, die als Exekutor gegenüber den binnenwirtschaftlichen Entwicklungen auftreten, sind in der Realität durch monopolistische Konkurrenz bestimmt. (Vgl. u. a. I. Bolschakowa, E. Korschetow, Die Strategie der Monopole und die Widersprüche der kapitalistischen internationalen Arbeitsteilung, *deusch.* in: *Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge*, Nr. 5/1978, S. 478 ff.)

13 Vgl. E. Rehtziegler u. a.: *Energie- und Rohstoffprobleme im heutigen Kapitalismus*, IPW-Forschungshef. 2/1978, bes. Kapitel II.

preiserhöhungen als Einschränkung der Massennachfrage wirksam wurden (ebenso aus anderen konkreten Gründen die Bauwirtschaft). Gleichwohl handelte es sich nicht — wie in der offiziellen Propaganda der BRD dargestellt — um die Ursachen der Überproduktionskrise von 1974/75. Diese lagen in der zyklischen Verzerrung der volkswirtschaftlichen Hauptproportionen — zugespitzt durch die Inflation. Der Bauboom und sein Zusammenbruch ist dafür ein typischer Ausdruck.

Als krisenverstärkender Faktor fungierte ebenfalls die Stabilitätspolitik und insbesondere die Geld- und Kreditpolitik der Bundesbank.<sup>14</sup> Unabhängig davon, ob 1973/74 Fehleinschätzungen vorlagen, — der Vergleich der offiziellen Erklärungen mit der tatsächlichen Entwicklung weist darauf hin — oder ob es sich um taktische Täuschungsmanöver zur Abstützung der Stabilitätspolitik handelte, so zeigt dies nur, wie weit sich die Regierung den Konsequenzen dieser Orientierung unterworfen hatte und sie auf Biegen und Brechen, unabhängig von den sozial- und arbeitsmarktpolitischen Folgen, durchzusetzen bestrebt war. Die Geld- und Kreditpolitik<sup>15</sup> konnte im Inneren jedoch nur deshalb ‚greifen‘, da die Aufgabe des Systems fester Wechselkurse und der entsprechenden Interventionsverpflichtungen dafür objektive Möglichkeiten geschaffen hatte. Die Kredit-schraube wurde erst 1974/75 gelockert, als sich Schwierigkeiten in Großunternehmen andeuteten, was ebenfalls darauf verweist, daß ‚strukturpolitische Reinigungseffekte‘ einkalkuliert waren, die vor allem auf Kosten nichtmonopolistischer Kapitale gingen.

Angesichts der Tatbestände muß auch in Zweifel gezogen werden, daß es sich bei Erklärungen der Krisenursachen und den entsprechenden Therapievorschlägen, wie sie etwa von *Kanzler Schmidt* vorgetragen worden waren<sup>16</sup>, um mehr als um Täuschungsmanöver handelte — um Täuschungsmanöver freilich, bei denen sich ‚ökonomische Vernunft‘ auf nackte Anpassung an monopolistische Interessen reduziert. Dies bezieht sich vor allem

14 Am 17. 2. 1973 verabschiedete die Bundesregierung das sog. erste Stabilitätsprogramm (Stabilitätzuschlag auf die Einkommens- und Körperschaftsteuer, Erhöhung der Mineralölsteuer, Aussetzung der degressiven Abschreibung auf Gebäude). Im März erfolgt der faktische Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems. In dieser Periode fällt auch eine weitere Anhebung der Diskont- und Lombardsätze und der Mindestreservesätze der Banken. Erstmals geht die Bundesbank zur sog. Offenmarktpolitik über, d. h. sie kauft am Markt Handelswechsel zwecks Einschränkung des Gesamtkreditvolumens.

Anfang Mai folgt seitens der Bundesregierung das zweite Stabilitätsprogramm (Investitionssondersteuer, Ausweitung des Stabilitätzuschlags, Aussetzung der degressiven Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter, Kürzungen bei den Gemeinschaftsaufgaben, bei den Bundesausgaben u. a.). Erst Ende 1973 nimmt die Bundesregierung geringfügige Kurskorrekturen vor. Und erst Ende 1974 erfolgt seitens der Bundesbank eine Lockerung der restriktiven Kreditpolitik.

15 Zu ihren Instrumenten und deren aktueller Ausrichtung und zu ihren Möglichkeiten und Grenzen vgl.: IMSF-Beiträge 4, 2. a. O., S. 79 ff.

16 Aufschlußreich ist in dieser Hinsicht die Ausarbeitung, die der damalige Finanzminister und stellvertretende SPD-Vorsitzende seinem Parteivorstand vorlegte. (Veröffentlicht unter: H. Schmidt: Der Politiker als Ökonom, in: H. Schmidt: Kontinuität und Konzentration, Bonn-Bad Godesberg 1975, S. 128 ff.)

Hierin dokumentiert sich, aus welchen Motiven und mit welchen Zielsetzungen das Umschwenken auf den Stabilitätskurs erfolgte. Die nachfolgend durch die Regierung propagierte Krisenerklärung — der Verteilungskampf zwischen Industrie- und Rohstoffländern — ist hier schon vorgestanz. Freilich gab Schmidt noch die Marschroute vor: „Wir werden der Preisstabilität wegen nicht so weit gehen, eine ‚Stabilitätskrise‘ der Beschäftigung auszulösen.“ (Ebenda, S. 139.) Zum Jahresende gab es fast 1 Million registrierte Arbeitslose.

Der wichtigste Ratschlag an seine Parteifreunde: auf antikapitalistische Kritik — wie sie etwa z. Z. der Ölkrise gegenüber den Erdölkonzernen aufgekommen war — müsse bewußt verzichtet werden. Vielmehr müsse man die eigene positive Leistung herausstreichen. (Ebenda, S. 138 ff.)

auf die von der offiziellen Wirtschaftsideologie durchgängig vertretene These, daß zu hohe Löhne an den niedrigen Investitionen Schuld seien. Da die Aufteilung des Neuwerts in Lohn und Profit das entscheidende Verteilungsverhältnis der kapitalistischen Gesellschaft ist, liegt es auf der Hand, daß für das Kapital die Löhne in jeder Phase des Zyklus zu hoch sind. Für das Kapital handelt es sich naturgemäß immer darum, die Löhne als Variable zu deklarieren<sup>17</sup>, deren Korrektur nach unten zum Nutzen der Wirtschaftsentwicklung sei. Aber wie die Tatsachen des Krisenverlaufs zeigen, sind hohe Profite keine hinreichende Grundlage, um die Investitionstätigkeit in Gang zu bringen. Für die Bereinigung der Disproportionen ist die Erhöhung der Ausbeutung und die Verbesserung der Profitproduktion eben nur ein Aspekt.

Die Fixierung auf diesen Zusammenhang findet ihre Erklärung darin, daß man sich bei Stagnation der inneren Märkte Möglichkeiten der Außenexpansion verspricht, für die die Ausweitung der inneren Konsumtionskraft der Gesellschaft in der Tat nur als Belastung erscheint.

Die ideologische Frontstellung macht auch deutlich, welche Faktoren — abgesehen von den neuen objektiven Momenten — der Preisgabe des konzentrierten Einsatzes der Instrumentarien der Globalsteuerung zur Abflachung der Krise zugrunde lagen. Die Durchsetzung der Stabilitätsorientierung hängt in hohem Maße von der sozialen und politischen Stabilität des jeweiligen Systems des SMK ab. Dies zeigt sich u. a. an der jüngsten Entwicklung in Frankreich, wo erst nach der Niederlage des Linksbündnisses in den Frühjahrswahlen 1978 die Regierung *Giscard-Barre* einen scharfen Restriktionskurs, der ebenfalls bewußt Massenarbeitslosigkeit und Reallohnsenkungen sowie Massenbankrotte einplant, in die Wege leiten konnte. Die Entscheidung des Monopolkapitals für diesen Kurs hängt aber ebenfalls vom Grad der Weltmarktverflechtung ab. In den USA gab die Regierung den monetaristisch inspirierten Restriktionskurs schon während der *Ford-Administration* auf und das nicht wegen des Drucks der Arbeiterklasse, sondern wegen der stärkeren Binnenmarktorientierung ‚ihrer‘ Konzerne.

Obwohl die Stabilitätspolitik die Krise vertieft hat, hat sie auch in der Krise Exportüberschüsse und damit das weitere Anschwellen der Devisenreserven ermöglicht. Dies verlieh der BRD als Gläubigerland eine starke Position in den internationalen Beziehungen. Die Öl- und Rohstoffpreiserhöhungen konnten damit ohne Zahlungsbilanzschwierigkeiten ‚verkräftet‘ werden. Sie schuf ebenso die Voraussetzung zur Fortführung des Kapitalexports und der Auslandsinvestitionen auf hohem Niveau. Sie war deshalb vom Standpunkt des westdeutschen Monopolkapitals ein erfolgreicher Kurs zur Erhaltung und weiteren Festigung seiner internationalen Position. Nach innen bedeutete sie freilich die Hinnahme von Massenarbeitslosigkeit und einer sozialen Restriktionspolitik. Die Lösung dieser Probleme wäre nur in der für die heutigen Bedingungen extremen Situation denkbar, daß ein starker Exportboom die Auslastung der inländischen Kapazitäten herbeiführen könnte. Dies würde anstatt der verstärkten Ungleichmäßigkeit der Entwicklungstendenzen der imperialistischen Hauptländer und -zentren einen allgemeinen starken Aufschwung der kapitalistischen Weltkonjunktur zur Bedingung haben. Da dies nicht der Fall ist, trägt der Kurs des westdeutschen Imperialismus in erster Linie zur Verschärfung der internationalen Disproportionen bei.

17 Vgl. hierzu eine aktuelle Polemik: J. Goldberg, Die Rolle von Prognosen in den Wirtschaftsgutachten, Marxistische Blätter, Nr. 2/1978, S. 44 ff.

### Besonderheiten der Krise<sup>18</sup>

Nachdem schon 1973 in einigen wichtigen Branchen Krisenerscheinungen um sich ge-griffen hatten, wurde die Krise 1974 in der BRD allgemein und erreichte 1975 ihren Tief-punkt. Gegen Ende 1975 wurden — betrachtet man die Industrieproduktionskennziffern — wieder Aufschwungstendenzen wirksam. 1976 kann als das Jahr angesehen werden, in dem die aktuelle Überproduktionskrise überwunden wurde. Freilich setzte damit kein ‚sich selbst tragender Aufschwung‘ ein. Wir gehen hierauf in Abschnitt III ein. An dieser Stelle seien die Besonderheiten der Krise und ihre Bedeutung für die weitere Entwicklung angesprochen. Die Besonderheiten wie auch die Ergebnisse zeigen, daß wir es nicht mit einer ‚klassischen‘ Krise zu tun haben. Denn diese Überproduktionskrise entfaltet sich unter Bedingungen monopolistischer und staatsmonopolistischer Strukturen und einer in-ternationalen Situation, die durch neue Momente der allgemeinen Krise des imperialisti-schen Weltsystems und Verwerfungen und neue Strukturen dieses Weltsystems gekenn-zeichnet ist.

Als Besonderheiten der Krise können hervorgehoben werden: 1. ihre Eingliederung in einen internationalen Zyklus und die Krise des kapitalistischen Welthandels; 2. ihre Ver-flechtung mit der Inflation; 3. ihre Erscheinungsform als Überakkumulationskrise; 4. das stärkere Hervortreten des unterschiedlichen Kapitalverwertungsniveaus der sozialökono-mischen Sektoren; 5. die Verflechtung mit und die Verschärfung ‚überzyklischer‘ nation-aler und internationaler Strukturkrisen; 6. die Krise der bisherigen Formen staatsmono-polistischer Regulierung und Wirtschaftspolitik.

1. Zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte kommt es zu einer *Stagnation des Welt-handels*. Die zyklische Überproduktionskrise ergreift im gleichen zeitlichen Rhythmus die wichtigsten kapitalistischen Länder und die ‚Peripherie‘. Dies führt auch erstmals in der Nachkriegsgeschichte zu einem Rückgang des westdeutschen Exports.

2. Die *Inflation* bleibt auf einem hohen Sockel und schwächt sich erst mit dem Auslau-fen der Krise in der BRD etwas ab. Die Abschwächung des Gesamtindex hängt auch mit krisenbedingt sinkenden Tendenzen der Rohstoff- und Nahrungsmittelpreise und damit für die BRD des Importpreisniveaus zusammen. Allerdings bleiben die Steigerungsraten unter dem Niveau der Hauptkonkurrenten.

Diese Tendenz belegt, daß die Reinigungsfunktion der Krise auf dem Preissektor einge-schränkt ist. Dieser Sachverhalt ist in jenen Ländern noch ausgeprägter, in denen aus un-terschiedlichen Gründen eine aktive Politik der Krisenabschwächung betrieben wird. In Ländern mit niedrigerem ökonomischen Entwicklungsgrad ist die Inflation allerdings noch stärker ausgeprägt und sie scheint dort in erster Linie durch die staatliche Geld- und Finanzpolitik hervorgerufen. Hierin drückt sich jedoch die Reaktion auf eine durch impe-rialistische Herrschaft und monopolistische Ausplünderung hervorgerufene Situation dieser Länder aus. Der Druck der Außenverhältnisse beschleunigt in diesen Ländern die

18 Diese Besonderheiten werden im Zusammenhang der Gesamtanalyse und der Darlegung ihrer methodi-schen und theoretischen Grundlagen auch herausgearbeitet in:

IMSF-Beiträge 4, a. a. O.

J. Huffscheid, H. Schui (Hrg.), *Gesellschaft im Konkurs*, Köln 1976.

J. Goldberg, H. Jung: *Die Wirtschaftskrise 1974—1976 in der Bundesrepublik Deutschland. Ursachen — Auswirkungen — Argumente*, Frankfurt/Main 1976.

Inflation ungemein. Dies widerspricht aber nicht der These von der monopolistischen Preis- und Profitpolitik als Antriebsaggregat der modernen Inflation.

3. Eine Haupterscheinungsform der Überproduktionskrise ist die Überakkumulation, oder: die *Überproduktionskrise* erscheint hauptsächlich als Überakkumulationskrise. Die Kapitalentwertung vollzieht sich nicht mehr in erster Linie über den Preisverfall des Warenkapitals, obwohl auch diese Form der Kapitalentwertung — vor allem im nichtmonopolistischen Wirtschaftssektor — auftritt. Die Überakkumulation äußert sich im geringen Auslastungsgrad der Produktionskapazitäten, verbunden mit einer monopolistischen Strategie der Produktionseinschränkung, um auf relativ geschrumpften Märkten den Preisverfall abzuwehren oder Preiserhöhungen auch in der Krise durchsetzen zu können. Die Überakkumulation ist eine Ausdrucksform der Disproportion von Produktion und Markt und der Hauptabteilungen der Produktion unter Bedingungen eines hohen Monopolisierungsgrades. Sie ist in der BRD auch deshalb so ausgeprägt, weil die Produktionskapazität der Industrie und vor allem in den hochmonopolisierten Bereichen nicht nur am Binnenmarkt orientiert ist, sondern an den Außenmärkten. Soweit diese Erscheinung nur mit dem Investitionsboom nach 1966/67 erklärt wird, ist dies nur zutreffend, insofern das Ausmaß der Disproportionen immer auch mit der Stärke des Aufschwungs — im Falle der BRD zusätzlich verzerrt durch die Inflation — zusammenhängt. Die Widersprüche des Investitionszyklus können jedoch nicht losgelöst von der allgemeinen Entfaltung der Widersprüche der zyklischen Entwicklung erklärt werden.

4. Obwohl auch in der BRD die Überproduktionskrise die Verschlechterung der Verwertungsbedingungen des Gesamtkapitals ausdrückt, ist der *Verschlechterungsgrad für die einzelnen sozialökonomischen Sektoren unterschiedlich*. Wie alle vorliegenden empirischen Analysen<sup>19</sup> belegen, bleibt das Profitratenniveau der Konzerne wesentlich höher als das des Gesamtkapitals bzw. des nichtmonopolistischen Kapitals. In wichtigen Konzernbereichen kann von einer ‚Profitkrise‘ nicht gesprochen werden. Das finanzkapitalistische Bankkapital verzeichnet in der Krise einen ausgesprochenen Gewinnaufschwung. Zusammenbrüche von Konzernen finden nicht statt. Demgegenüber wächst die Anzahl der Fusionen und der Insolvenzen. Die Krise wirkt also als Hebel der Kapitalzentralisierung und der Stärkung der Position der monopolistischen Wirtschaftsstruktur.

5. Die Überproduktionskrise 1974/75 in der BRD ist mit einer Reihe von *Krisenprozessen* verknüpft — und wird durch diese verschärft —, die *nichtzyklischen Ursprungs* sind.

In der Währungskrise drückt sich vor allem die ungleichmäßige Entwicklung der einzelnen Länder und Machtgruppen im Rahmen des Imperialismus aus. Selbst ihre partielle Überwindung ist nicht an die Bereinigung der zyklischen Disproportionen gebunden.

In der Energie- und Rohstoffkrise<sup>20</sup> aktualisiert sich unter Bedingungen der Veränderung des Kräfteverhältnisses zwischen Entwicklungsländern und kapitalistischen Industriestaaten eine Unterproduktionskrise im Maßstab der imperialistisch beherrschten Länder. Sie wirkt über die Preissteigerung für die entsprechenden Preise am Weltmarkt in

19 Vgl. dazu auch den Beitrag von J. Goldberg in diesem Band und den Anhang zu seinem Beitrag; detailliert in der neuesten vorliegenden Untersuchung: Hans Tammer: Profite und Profitraten in der BRD-Industrie, in: IPW-Berichte, 6/1978, S. 12 ff.

20 Vgl. E. Rechziegler u. a., Energie- und Rohstoffprobleme, a. a. O. Zum Energieproblem in der BRD: K. Steinhaus: Einige Grundfragen der Energiewirtschaft und der friedlichen Nutzung der Kernenergie; in: Unsere Zeit (UZ), Düsseldorf, vom 14. 7. 1978.

Richtung der Werterhöhung des notwendigen Kapitals. Damit entsteht ein Druck auf die Profitrate. Vom Standpunkt des Gesamtkapitals wird damit eine Veränderung seiner stofflichen Struktur erforderlich, d. h. die Verlagerung von Ressourcen in die Sektoren der Energie- und Rohstoffproduktion oder in entsprechende Substitutionsbereiche. Damit werden zwar neue Anlagebereiche der Kapitalverwertung erschlossen oder erweitert, ihre unmittelbare Rentabilisierung per entsprechender marktwirtschaftlicher Preisgestaltung stößt jedoch mit den Profitinteressen der übrigen Wirtschaft zusammen. Deshalb besteht nach wie vor die Haupttendenz zur Überwindung dieser Unterproduktionskrisen in der Mobilisierung der erforderlichen Mittel durch den Staat und der staatlichen Finanzierung.

Als Unterproduktionskrisen<sup>21</sup> können auch die Disproportionen in verschiedenen Bereichen der gegenständlichen Produktionsbedingungen und der sozialen Infrastruktur angesehen werden. Auch hier wird deutlich, daß der ohnehin monopolistisch gesteuerte Mechanismus der Kapitalwanderung unzureichend zu ihrer Überwindung ist. Dies gilt gegenwärtig vor allem für die Umweltprobleme, die Regeneration und Erhaltung der Naturbedingungen der Produktion und der Reproduktion der Arbeitskraft. In diesen Disproportionen sind allerdings nicht nur engere ökonomische Ursachen wirksam. Ob z. B. der Lärmpegel des Straßenverkehrs oder industrieller Produktion, ob der Luft- und Wasserverschmutzungsgrad oder ob die Umweltbelastung der Ballungsgebiete durch neue Kraftwerke usw. einschneidende Änderungen erforderlich macht, die die Kapitalverwertung berühren, hängt auch vom historischen Bedürfnisniveau der Bevölkerung ab oder ihrer ‚Sensibilisierung‘ für diese Interessen. Diese neuen Bedürfnisse und Interessen sind selbst Ausdruck des erreichten industriellen und zivilisatorischen Entwicklungsgrades. Je mehr sie sich als sozialer und politischer Druck realisieren, desto mehr beeinflussen sie auch die Verwertungsbedingungen des Kapitals. Die Umweltprobleme spielen in der BRD seit Beginn der 70er Jahre eine zunehmende Rolle. Ihre Aktualisierung macht die Unterproduktion auf den Gebieten der Naturregeneration sichtbar und zieht tendenziell die Verlagerung von Ressourcen in diese Bereiche nach sich.

Als Strukturkrisen wirksam werden auch jene Disproportionen in der Verteilung der Ressourcen und der gesellschaftlichen Arbeit, die durch Strukturveränderungen der Wirtschaft unter dem Einfluß der Entwicklung der Produktivkräfte im allgemeinen und der wissenschaftlich-technischen Revolution im besonderen hervorgerufen sind. Ihre Existenz stellt keine Besonderheit der jüngsten Periode dar. Ihre relativ lange Dauer ist jedoch offensichtlich durch monopolistische Blockierungen des Kapitalwanderungsmechanismus verursacht. Derartige Strukturkrisen treten nicht nur in alten Industriebranchen und -regionen auf, sondern auch in jenen, für die der Druck der Änderungen der internationalen Arbeitsteilung als Konkurrenz der ‚Billiglohnländer‘ wirksam wird oder Sprünge in der Anwendung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts bei geringer Marktdynamik auftreten. Beispiele dafür sind sowohl die Eisen- und Stahlindustrie als auch die Uhrenindustrie. Das ‚Gesundshrumpfen‘ dieser Branchen vollzieht sich vor allem über den Prozeß der beschleunigten Konzentration und Monopolisierung.

21 In diesem Sinne versuchte der Verfasser eine Bestimmung. Vgl. H. Jung, Monopol — Wirtschaftskrise — Wirtschaftspolitik. Aktuelle Gesichtspunkte, in: Hrg. ISMF, Das Monopol — ökonomischer Kern des heutigen Kapitalismus. Theoretische und aktuelle Gesichtspunkte der marxistisch-leninistischen Monopolttheorie, Frankfurt/Main 1976, S. 184.

6. Vordergründig erscheint die *Krise der staatsmonopolistischen Wirtschaftspolitik*<sup>22</sup> der BRD durch die Notwendigkeit hervorgerufen, gleichzeitig Rezession und Inflation zu bekämpfen oder gleichzeitig für Wirtschaftswachstum und Preisstabilität sorgen zu müssen. Auf die Orientierung, die der SMK der BRD unter diesen Bedingungen eingeschlagen hatte, wurde schon vorn verwiesen und wird weiter unten noch näher eingegangen. Die Maßnahmen der Stabilitätspolitik erhielten ihre Begründungen vor allem mit marktwirtschaftlichen Doktrinen, die die monopolistische Struktur ignorieren und dementsprechend die inneren Triebkräfte der Entwicklung und der Krise verschleiern. Wo marktwirtschaftliche Maßnahmen zur Lösung der Probleme ergriffen wurden, erfolgte tatsächlich nur die Begünstigung der Konzerne und die Verlagerung der Krisenkosten auf die werktätige Bevölkerung.

Die keynesianistisch inspirierten Lösungswege entsprechen nicht der genannten Orientierung des westdeutschen Imperialismus. Deshalb wurden die Instrumentarien der Fiskalpolitik in einen für die Wirtschaftspolitik unteren Rang verwiesen und in der Krise weitgehend ‚auf Eis gelegt‘. Hierin besteht ein wichtiger Unterschied zur Krise von 1966/67.

Die Umorientierung vom Einsatz der Fiskalpolitik auf die Bevorzugung der Geld- und Kreditpolitik drückte sich ideologisch im erneuten Vormarsch neoklassischer Marktwirtschaftsideologie aus.

Die Krise des gesamten Regulierungssystems kommt nicht zuletzt darin zum Ausdruck, daß es auch für den staatlichen Bereich selbst nicht möglich ist, die Investitionsquoten zu erhöhen. Spezifische Widersprüche zwischen den Gebietskörperschaften verhinderten die Durchsetzung entsprechender Zielsetzungen.<sup>23</sup> Eine kompensatorische Ausweitung des Staatsbereichs blieb auf der Strecke der stabilitätspolitisch verordneten Haushaltssanierung.

Mit der Vorherrschaft der privatmonopolistischen Entwicklungsvariante kommt es im Gegensatz zu wachstums- und beschäftigungspolitischen Erfordernissen in der Krise zu einem Druck auf den ‚öffentlichen Korridor‘.

22 Zur Analyse der grundsätzlichen und aktuellen Gesichtspunkte dieser Frage im engeren Sinne sei verwiesen auf:

K.-H. Schwank: *Staatsmonopolistische Wirtschaftsregulierung in der Gegenwart*, Berlin 1974.

dieselbe: *Probleme der Wirtschaftsregulierung im Imperialismus*, in: *IPW-Berichte*, Nr. 3/1977, S. 24 ff.  
R. Kowalski: *Die Krise der Wirtschaftsregulierung durch den imperialistischen Staat*, in: *IPW-Berichte*, Nr. 10/77, S. 14 ff.

G. Hautsch, *Wirtschaftspolitik und Profitinteresse*, a. a. O.

H. Jung: *Bankrott der Globalsteuerung — Krise staatsmonopolistischer Konjunkturpolitik*, in: *Marxistische Blätter*, 1/1976, S. 47 ff.

23 Die rückläufige Tendenz der Staatsinvestitionen ist allerdings schon vor 1974 festzustellen. So ging der Anteil der staatlichen Anlageinvestitionen an allen Anlageinvestitionen von 1967 = 16,3 % über 1970 = 15 % auf 1973 = 13,5 % zurück. Man konnte also schon damals feststellen: „Auch die staatsmonopolistische Regulierung hat nicht dazu geführt, den öffentlichen Sektor strukturbestimmend auszuweiten, um eine Lenkung der privatkapitalistischen Investitionen in bestimmte Bereiche zu bewirken.“ Und: „Eine erhöhte Staatsquote ist also noch keine Garantie für erhöhte Staatsinvestitionen . . .“ (So: *ISMF-Informationsbericht* Nr. 18, Verfasser B. Güther, *Investitionslenkung und Investitionskontrolle*, Frankfurt/Main 1975, S. 16, 24.)

Diesen Sachverhalt für die nachfolgenden Jahre hält auch das ansonsten regierungsnah Westberlin DIW fest: „Seit 1965 sind jedoch in den meisten Jahren die realen Anlageinvestitionen der Gebietskörperschaften hinter dem Sozialproduktwachstum zurückgeblieben. Der Anteil der Investitionen an den Gesamtausgaben des Staates hat ebenfalls abgenommen.“ (1965 = 25 %, 1976 = 18 %) „Auch das Modell der antizykli-

Massenarbeitslosigkeit, zunehmende Kapitalkonzentration, Produktionsausfall, entgangener gesellschaftlicher Reichtum gewaltigen Ausmaßes sind Merkmale auch dieser Krise. Ihnen setzte die durch die Deklamationen des Sachverständigenrates gespeiste Wirtschaftsideologie und -propaganda ihr stupides ‚ceterum censeo‘ zur Lohnsenkung entgegen. Das System staatsmonopolistischer Wirtschaftspolitik demonstrierte somit auch auf dieser Ebene, worin im Inneren ihre wesentliche Zielsetzung besteht: in einer staatsmonopolistischen Lohnpolitik, die die Wirkung der industriellen Reservearmee auf die Verteilungsverhältnisse verstärken soll. In dieser Hinsicht war die staatsmonopolistische Regulierung allerdings auch in der Krise nicht erfolglos.

### Staat und Wirtschaftskrise

Für die jüngste Entwicklung ist es offensichtlich, daß der bürgerliche Staat der BRD auch im Rahmen des SMK nicht in der Lage ist, die Widersprüche der Ökonomie unter Kontrolle zu halten und dementsprechend den Ablauf des Reproduktionsprozesses unter Vermeidung gravierender volkswirtschaftlicher Disproportionen und Krisen zu beeinflussen. Die theoretischen Gründe dafür waren seitens der marxistischen Kritik in jüngerer Zeit vor allem in der Analyse des nach der Krise 1966/67 installierten Interventionssystems der Globalsteuerung aufgedeckt worden.<sup>24</sup> Der auf der Grundlage der Gesetze der kapitalistischen Warenproduktion spontane Ablauf der ökonomischen Entwicklung wird wesentlich in der ‚Mikroökonomie‘ ‚gemacht‘. Die Ausrichtung staatlicher Eingriffe an volkswirtschaftlichen Globalgrößen muß deshalb immer mehr oder weniger reaktiv bleiben. Dies muß in desto höherem Maße zutreffen, je höher der Monopolisierungsgrad der Wirtschaft ist, je schwächer der staatliche Sektor der Warenproduktion entwickelt ist und je geringer somit der unmittelbaren staatlichen Programmen unterliegende Sektor der Warenproduktion ist. Hinzugefügt werden muß, daß die westdeutsche Form der Globalsteuerung für die Privatwirtschaft auch zu keinem Zeitpunkt den Anspruch der unmittelbaren Eingriffe erhoben hatte, sondern voll und ganz an marktwirtschaftlichen Kategorien und Abläufen orientiert blieb.

Hinzu kommt, daß weltwirtschaftliche Entwicklungsprozesse noch weniger als die binnenwirtschaftlichen Entwicklungen dem Einfluß staatlicher Beeinflussung unterliegen und daß dem Einfluß selbst einer starken imperialistischen Handelsmacht enge Grenzen gezogen sind. Vielmehr wirken die äußeren Verhältnisse als ein objektiver Rahmen, an dem sich die nationale Wirtschaftspolitik ausrichten muß.

Gleichwohl ist staatsmonopolistische Wirtschaftspolitik damit nicht in den Status einer Randfunktion des kapitalistischen Reproduktionsprozesses verbannt, sondern spielt für diesen mehr und mehr eine zentrale Rolle — nur eben nicht im Sinne eines wirksamen kri-

schen Investitionspolitik ist nicht realisiert worden. In nahezu allen Konjunkturphasen haben sich die öffentlichen Haushalte in ihrer Investitionstätigkeit ausgesprochen prozyklisch verhalten.“ (DIW-Wochenbericht Nr. 36/1977 vom 7. 9. 1977, S. 317)

Für die Entwicklung der Staatsquote (Verfügungsanteil am BSP = Summe aller Staatsausgaben) macht das gleiche Institut folgende Angaben: 1960 = 32,5 %, 1973 = 40,9 %, 1975 = 47,8 %, 1976 = 47,2 %.

(DIW-Wochenberichte Nr. 31/1977 vom 4. 8. 1977, S. 267)

Wir können also optimistisch sein, denn nach F. J. Strauß beginnt jenseits der 50-%-Marke der Sozialismus.

<sup>24</sup> Vgl. etwa: W. N. Schenajew: Die Krise der ‚sozialen Marktwirtschaft‘ — ‚Theorie‘ und Wirklichkeit, Frankfurt/Main 1973.

senregulierenden Faktors. Dies ergibt sich vor allem aus dem Gewicht des Staates im volkswirtschaftlichen Umverteilungsprozeß. Hierdurch werden sowohl Bedingungen der Kapitalverwertung als auch der Reproduktion der Arbeitskraft gesetzt. Dem entspricht ein wachsendes Eigengewicht des Staates in der Konsumtion und Verwendung des Nationalinkommens, so daß eine oberflächliche Betrachtung zum Ergebnis kommen kann, daß der Staat zum Parasiten am Wirtschaftskörper geworden sei und mehr und mehr Einkommen der produktiven Klassen an sich saugt. Dieser Eindruck muß sich vor allem in Krisensituationen steigern, weil nun die Verwendungsfestlegung gesellschaftlichen Reichtums die Manövrierfähigkeit des Staates und damit seine Reaktionsmöglichkeiten auf die Ursachen und Folgen der Krise einschränkt. Die Ausweitung des 'öffentlichen Korridors' erscheint so — vor allem für das Kapital und die Mittelschichten — als Last, die die Wirtschaft zu Boden drückt. Aber auch für die Arbeiterklasse wird die Steuer- und Abgabenquote — vor allem mit der Progressionswirkung der Inflation — eine zunehmende Bürde. Nahezu alle produktiven Klassen und Gruppen können eine wirksame Entlastung nur durch die Beschneidung des 'Molochs Staat' erwarten.

Wie jeder Schein, trägt auch dieser.<sup>25</sup> Es ist erforderlich, die tatsächlichen Interessenlagen und die Funktion des Staates näher zu bestimmen. Die wachsende Staatsaktivität im Wirtschafts- und Sozialprozeß bewirkt nicht nur ein größeres Eigengewicht des Staates im Reproduktionsprozeß, sondern mit der wechselseitigen Verflechtung mit der Privatwirtschaft auch eine größere Abhängigkeit eben von diesem Bereich. Wachsendes Eigengewicht kann deshalb nicht als größere Autonomie interpretiert werden — dieser Fall könnte nur im Rahmen gesellschaftlicher Umgestaltungsprozesse eintreten —, sondern ist eine größere Abhängigkeit von der Wirtschaft, von den durch die Konzerne geprägten Wirtschaftsprozessen. Diese Abhängigkeit drückt sich im Widerspruch aus zwischen den Anforderungen an den Staat zur Systemsicherung und Krisenregulierung und seinen jeweils faktischen Möglichkeiten dazu, die in erster Linie durch seine Finanzkraft und die Kräfteverhältnisse der Klassen bestimmt sind. Dieser Widerspruch muß sich in Krisensituationen zuspitzen, weil sich die Anforderungen zur Krisenregulierung und zur Bewältigung der ökonomischen und sozialen Folgen erhöhen und sich andererseits die Finanzkraft relativ vermindert. Die Aufgabenfinanzierung wird zu einer Schlüsselfrage. Als Ausweg bleibt jeweils die Verschuldung oder die Beschneidung der Verpflichtungen. Ersteres bedeutet einen expansiven Kurs und damit die Förderung der Inflation, letzteres spitzt sich auf einen Kurs der sozialen Restriktion zu, einen Kurs der Krisenverlagerung auf die Bevölkerung und der Hinnahme der Massenarbeitslosigkeit. Vom Standpunkt der Profitproduktion erscheinen diese Kosten ohnehin als unproduktiv. Somit wächst vor allem der Druck des Kapitals in dieser Richtung. Dieser Druck muß in dem Maße zunehmen, wie in einer niedrigen Inflationsrate die strategische Kennziffer des internationalen Konkurrenzkampfes gesehen wird.

25 Freilich drückt sich in diesem 'Schein' auch ein durchaus reales Moment aus: der wachsende Parasitismus des Staatsapparates, der allerdings vom Standpunkt der verschiedenen Klassen eine unterschiedliche Beurteilung erhält. So ist die Forderung nach dem 'billigen Staat' bei allen Klassen populär, aber sie verbinden damit jeweils andere Zielrichtungen aufgrund unterschiedlicher Interessenlagen. Derartige Stimmungen versucht das Monopolkapital auch gegenwärtig für seine Kampagnen auszunutzen. Für die Lage der Arbeiterklasse ist es gegenwärtig ein gravierendes Moment, daß heute die absolute Lohnsteuerbelastung je Abhängigen um 32,6mal höher ist als 1950, während ihr Bruttoeinkommen nur um das 8,8fache stieg. Entsprechend beträgt heute die durchschnittliche Lohnsteuerquote fast 17 Prozent — gegenüber 4,6 Prozent 1950.

In Erinnerung zu rufen ist, daß sich die Klassenfunktion des bürgerlichen Staates im Rahmen des SMK — entsprechend der unmittelbaren Zielsetzung — auf folgenden Feldern verwirklicht:

— der politisch-ideologischen Herrschaftsausübung im inneren und der Interessenwahrnehmung für die herrschende Klasse nach außen. Dem entspricht der politisch-ideologische Staatsapparat — im Kern der Repressionsapparat.

— der Sicherstellung und Förderung der Voraussetzungen und des Ablaufs des ökonomischen Reproduktionsprozesses. Dem entsprechen die ökonomischen Aktivitäten des Staates im weitesten Sinne.

— der Wahrnehmung von Aufgaben zur Reproduktion der Arbeitskraft im weitesten Sinne und hiermit die unmittelbare Beeinflussung der Existenzbedingungen der arbeitenden Klassen und ihrer Angehörigen.<sup>26</sup>

Wir hatten eingangs darauf verwiesen, daß die Ausweitung dieser Tätigkeitsfelder des bürgerlichen Staates auf die Wirksamkeit des Grundwiderspruchs und seines sozialen Ausdrucks, des Klassengegensatzes, zurückzuführen ist. Nur so erschließen sich die inneren Triebkräfte der Veränderungen. Hierzu gehört auch, daß sie ein immer stärkeres Hereinwachsen des Staates und seiner Funktionen in die Gesellschaft bedeuten, daß der Staat also diese Tätigkeiten immer weniger als vorgeblich über der Gesellschaft schwebende Instanz zu verwirklichen vermag.

Dieses Hereinwachsen vollzieht sich als Herausbildung des staatsmonopolistischen Mechanismus, der Verflechtung mit den ‚privaten‘ und gesellschaftlichen Organisationen des Kapitals, mit den bürgerlichen Parteien, mit den gesellschaftlichen Einrichtungen und Organisationen der verschiedensten Art. In diesen Mechanismus sind auch die Organisationen der Arbeiterklasse unvermeidlich einbezogen. Diese Erscheinung des SMK stand deshalb auch in den ersten marxistischen Definitionen und Analysen des SMK stark im Vordergrund.<sup>27</sup> Wenn auch in kapitalistisch verzerrter Form, realisiert sich hier der Zwang zur Vergesellschaftung und zur gesellschaftlichen Lenkung und Leitung. Deshalb werden die Ideologen der Bourgeoisie auch nicht müde, diese Entwicklung zu beklagen, von der Zurücknahme des Staates aus der Gesellschaft, vor allem seiner Sozialaktivitäten, zu träumen und ihre Hoffnungen auf die Selbstregulierung des Marktes und die gesellschaftliche Verantwortung und Initiative der Bürger zu setzen. Dies ist der reale Kern ihrer Parole ‚Freiheit oder Sozialismus‘. Aber dieser Reflex bürgerlichen Klasseninteresses auf die Realitäten des SMK muß letztlich ein frommer Wunsch bleiben, weil ja die Entwicklung des SMK Produkt jener Widersprüche ist, die die ‚kapitalistische Marktwirtschaft‘ naturnotwendig hervortreibt.

Auf der konkreten Ebene der Staatstätigkeit sind die oben genannten Felder eng miteinander verbunden und durchdringen sich die einzelnen Staatsfunktionen. Greift man sich z. B. das Gesundheitswesen der BRD und seine staatsmonopolistische Regulierung heraus, so kann dies gut illustriert werden. Seine Hauptaufgabe besteht in der Sicherung und Verbesserung des Gesundheitsstandes der Bevölkerung und damit im Kern der Erhaltung und Wiederherstellung der Arbeitskraft für den Wirtschaftsprozeß. Sein Ausbau

26 Hierzu vgl.: H. Jung: Zur ‚Sozialfunktion‘ des bürgerlichen Staates der BRD, in: Marxistische Blätter, Nr. 1/1977, S. 16 ff.

27 Vgl. etwa: Autorenkollektiv: Imperialismus heute. Der staatsmonopolistische Kapitalismus in Westdeutschland, Berlin 1965, z. B. S. 219 ff.

und seine Steuerung fällt in den Bereich der Sozialfunktion des Staates. Die Interessen der Klassen berühren sich hier unmittelbar. Das Gesundheitswesen hat aber auch eine ökonomische Grundlage. Es muß durch die Versicherungen, den Staat und unmittelbar durch die Konsumenten finanziert werden. Es ist ein nicht unbedeutender Markt für die kapitalistische Industrie und für Kapitalanlagen. Es ist Reproduktionsgrundlage für eine wichtige Gruppe der Intelligenz, die Ärzteschaft. Es ist Anwendungsgebiet von Lohnarbeit, Anwendungsgebiet der Arbeitskraft von Gruppen der Arbeiterklasse, der lohnabhängigen Mittelschichten und der Intelligenz.<sup>28</sup> Die Organe des Staates — hierzu gehören auch die Sozialversicherungen — treten als Kontrollinstanzen auf. Sie regulieren nicht nur die ökonomischen Bedingungen — per Gesetze und Gebührenordnungen —, sondern üben auch die politisch soziale Kontrolle über die dort Beschäftigten und partiell auch über die Patienten aus. Für die Kostenexplosion, die Finanzierungskrise und die darauf folgende Restriktionspolitik sind in erster Linie jene Kräfte verantwortlich, deren Produkte, Vorleistungen und Leistungen in das Gesundheitswesen eingehen und die an hohen Preisen interessiert sind: die Bauwirtschaft, die pharmazeutischen und die medizinisch-technischen Konzerne, die Ärzteschaft als privilegierte Gruppe. Es liegt auf der Hand, daß es keine interessenneutrale Lösung dieser Krise geben kann. Welcher Weg aber immer auch beschritten wird, er kann sich nur über die staatsmonopolistische Regulierung vollziehen.

In ähnlicher Weise sind auch auf anderen staatlichen Aktivitätsgebieten die einzelnen Staatsfunktionen miteinander verflochten. Freilich sind die im Vordergrund stehenden Triebkräfte unterschiedlicher Natur.

Für die nach der unmittelbaren Zielsetzung ökonomischen Aktivitäten stehen die Interessen ‚der Wirtschaft‘ und damit des Monopol- und Finanzkapitals im Vordergrund. Je mehr sie marktwirtschaftlich orientiert sind, desto mehr bedeuten sie die Begünstigung der in dieser Marktwirtschaft strukturbestimmenden Kräfte.

Im Gegensatz — besser in Ergänzung — zum Angriff auf das Sozialsystem wächst in der Krise der Ruf der Bourgeoisie nach dem politisch starken Staat und nach dem Ausbau seiner Macht- und Repressionsorgane. Dies erfolgte in der BRD unter dem Schlagwort der ‚inneren Sicherheit‘. Zweifellos führt die ökonomische Krise auch zur weiteren Zerrüttung von Normen der bürgerlichen Gesellschaft, weshalb vom Standpunkt der Bourgeoisie die Disziplinierung durch die ökonomischen Verhältnisse auch der stärkeren Ergänzung und Abstützung durch die politische Gewalt bedarf. Akte des individuellen Terrors politisch isolierter kleiner Gruppen und Personen fungierten dabei als Trendverstärker, sind aber keinesfalls als Ursache anzusehen. In der Hauptsache handelt es sich um die Reaktion der herrschenden Klasse auf sich ankündigende soziale und politische Destabilisierungstendenzen, auf eine mögliche Verschärfung des Klassenkampfes auch in der BRD. Diesem Antrieb verdanken die Repressions- und Sicherheitsorgane der BRD auch oder gerade in der Krise eine nahezu unbegrenzte Erweiterung ihrer Stellen- und Finanzpläne.<sup>29</sup> Dies trifft auch auf den Militärhaushalt zu. Der Ausbau der Repressionsorgane und -funktionen des Staates ist somit die ultima ratio eines Systems, das sich selbst als freiheitlich-demokratische Grundordnung versteht, gegenüber Krisenprozessen, die es

28 Zur Bestimmung dieser Kategorie vgl.: IMSF-Beiträge 3, Teil II (Klassen- und Sozialstruktur der BRD 1950—1970. Sozialstatistische Analyse.) Frankfurt/Main 1973/74.

29 Vgl. ISMF-Informationsberichte Nr. 29: J. Blau: Zum Ausbau des staatlichen Repressionsapparates seit Ende der sechziger Jahre, Frankfurt/Main 1977.

sich nicht unter Kontrolle zu nehmen mehr in der Lage fühlt und deren von ihnen freigesetztes Konfliktpotential es offenbar mehr fürchtet als die ökonomische Krise selbst. Die ideologische Legitimierung für diesen Kurs versucht sich die herrschende Klasse nicht zuletzt durch antisozialistische und antikommunistische Kampagnen der verschiedensten Art zu verschaffen.

Freilich war in der Krise und ist gegenwärtig die politisch-soziale Infragestellung des SMK nur potentieller Natur und existiert gegenwärtig mehr in den Ängsten der Bourgeoisie als in der Realität. In der Realität handelt es sich vielmehr um den konzentrierten Einsatz des SMK zur Durchsetzung der Stabilitätspolitik und der privatmonopolistischen Entwicklungsvariante, um die Durchsetzung des sozialen Restriktionskurses im staatlichen Bereich und um den Angriff auf die Löhne und die Gewerkschaften. Man muß in diesem Zusammenhang an den Kanzlerwechsel im Mai 1974 erinnern, für den die Guillaume-Affäre nur der Auslöser, nicht aber die Ursache war. Als symbolischer Akt signalisierte er den Abschied von der Politik der inneren Reform und des Ausbaus des Sozialstaates. Diese Wende war freilich schon unter *Kanzler Brandt* selbst längst vollzogen worden, aber sein Abschied war vom Standpunkt des Monopolkapitals vor allem deshalb unvermeidlich, weil es seiner Regierung nicht möglich war, die Gewerkschaft ÖTV im Frühjahr 1974 zu Lohnabschlüssen zu zwingen, die ihrer stabilitätspolitischen Linie entsprachen.

Wie sich vor allem in den Jahren der Krise gezeigt hat, drückt sich die Realität des SMK auch in der gegenüber früher stark gewachsenen Rolle der Wirtschaftsideologie und der sie programmierenden und vermittelnden Instanzen aus.<sup>30</sup> Für die Durchsetzung der stabilitätspolitischen Orientierung, die die faktische Vorgabe von Lohnleitlinien einschließt, hatten die Gutachten des Sachverständigenrates und der großen bürgerlichen Wirtschaftsinstitute, die Wirtschaftsberichte, Leitlinien und Zielangaben der Bundesregierung und der Bundesbank, die ökonomischen Debatten des Parlamentes und die Wirtschaftsprogramme der Bonner Parteien und ihre Propaganda durch die Massenmedien, die in den Grundsatzfragen kaum kritische oder gewerkschaftsfreundliche Stimmen zu Wort kommen ließen, vor allem während der Krise eine große Bedeutung. In den nachfolgenden Jahren zeigte sich infolge der immer offenkundigeren Profitorientierung und der sich häufenden Fehlprognosen und -diagnosen ein zunehmender Abnutzungseffekt.

Wir hatten weiter vorn auf die Gründe verwiesen, die prinzipiell eine antizyklische und Wachstumspolitik des SMK hinsichtlich ihrer Wirksamkeit in enge Grenzen bannen.

Die Stabilitätspolitik setzt demgegenüber auf die Ausnutzung spontaner Krisenmechanismen und ist nicht an einer schnellen Krisenüberwindung orientiert. Dementsprechend lagen die Belebungsprogramme der Regierung in der Krisenphase im Volumen weit unter jenen der Krise 1966/67.<sup>31</sup> Infolge des hohen Verschuldungsgrades der unteren Gebietskörperschaften, vor allem der Großstädte, konnten von der öffentlichen Investitionstätigkeit keine kompensatorischen Effekte ausgehen. Die Förderungsprogramme für Privatinvestitionen gingen völlig an den Realitäten der Überakkumulation vorbei. Sie bedeuteten zwar eine Abstützung der Profitraten, konnten aber Erweiterungsinvestitionen

30 Vgl. ISMF-Informationsberichte Nr. 14: H. Schäfer, H. Schumacher: Der Sachverständigenrat — ein Instrument staatsmonopolistischer Lohnregulierung, Frankfurt/Main 1974.

31 1967 wurden zwei Investitionsprogramme im Volumen von 7,8 Mrd. DM in Gang gesetzt. Die Zusatzinvestitionen des Staates 1974—77 waren — unter Berücksichtigung der Inflationsrate — niedriger.

nicht anregen. Ebenso wie die Prämien zu Technologieförderungen stimulierten sie die Rationalisierung und damit selbst bei wachsender Produktionskapazität die Arbeitsplatzvernichtung. Die Entlastungsprogramme für die Lohnsteuer konnten bestenfalls eine gewisse kompensatorische Wirkung für reale Lohneinbußen zeitigen. Sie dienten dazu, die Gewerkschaften zu niedrigeren Lohnabschlüssen zu zwingen und damit die Profitproduktion der Unternehmen zu verbessern. Freilich kann nicht übergangen werden, daß soziale Transferleistungen des Staates, die Zahlungen der Arbeitslosenversicherungen, die damals noch gültige dynamische Rentenanpassung einer Talfahrt der Masseneinkommen und -kaufkraft entgegenwirkten, wie sie — nur bezogen auf die Lohn- und Gehaltssumme — stattfand.

Als Alternative zur praktizierten Stabilitätspolitik hätte die Weiterentwicklung der staatsmonopolistischen Regulierung zu einem System der Strukturpolitik, das sich auf Investitionslenkung und -kontrolle und verbindliche Entwicklungsprogramme stützt, gestanden. Diese Alternative stand im Gegensatz zur inzwischen in Gang gekommenen privatmonopolistischen Entwicklungslinie. Entsprechende in der Sozialdemokratie und in den Gewerkschaften vorgetragene Konzeptionen stießen deshalb auf den massiven Widerstand der Bourgeoisie. Die Führung der SPD hatte die Anpassung an die Monopolinteressen, wie die Debatten um das SPD-Programm OR '85<sup>32</sup> 1974/75 und seine Verabschiedung im Herbst 1975 auf dem Parteitag in Mannheim zeigten, allerdings schon längst vollzogen.

Im Rahmen des staatsmonopolistischen Wirtschaftssystems führte, stimuliert durch die Krise, die stabilitätspolitische Linie zu einem Machtzuwachs der Bundesbank und generell des Bank- und Kreditsystems. Damit erfolgte die Preisgabe des Konzepts einer fiskalpolitischen Steuerung, d. h. einer Steuerung über die öffentlichen Haushalte und ideologisch die Wende von der Vorherrschaft des Keynesianismus zu einer Art neoklassisch inspiertem Monetarismus, der die Interessen des Monopolkapitals ohne die Neigung zum Kompromiß mit der Arbeiterklasse definiert.

Das Konzept der Anpassung und Modernisierung der westdeutschen Wirtschaft an die neuen Weltmarktbedingungen und an die Tendenzen der wissenschaftlich-technischen Revolution wird zunehmend als eine Linie definiert, bei der dieser Wandel vor allem der privatmonopolistischen Aktivität vorbehalten bleibt, in den Kernbereichen der Wissenschaft, Forschung und Entwicklung allerdings abgesichert und finanziert durch staatliche Subsidien. Dem Kapitalexport kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Wie z. B. der Fall des staatlich kontrollierten VW-Konzerns zeigte, wird diese Linie in allen ihren Konsequenzen von der Regierung getragen und abgesichert. Im Rahmen dieser Gesamtorientierung reduzierten sich auch die Raumordnungsprogramme auf die Funktion der Feuerwehr in besonders zugespitzten Krisensituationen. Obwohl sich in der Vergangenheit herausgestellt hatte, daß ein indirektes Anreizsystem zur regionalen Kapitalverteilung nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten unzureichend ist, wird auf diesem Gebiet weiterhin die Priorität der Marktkräfte und des privaten Unternehmertums anerkannt.

Die Richtung staatlicher Aktivitäten wird weder durch wissenschaftliche Programme noch durch das Parlament festgelegt. Parlament und Regierung fungieren — auch im

32 Vgl. ISMF-Informationsberichte Nr. 17: Der SPD-Orientierungsrahmen '85. Analyse und Kommentar zum zweiten Entwurf des SPD-Parteivorstandes eines ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens für die Jahre 1975—1985. Frankfurt/Main 1975; ebenso den Beitrag von Chr. Butterwege in diesem Band.

Selbstverständnis — als Vollstrecker wirtschaftlicher Sachzwänge, in denen monopolistische Interessen, von allem anderen abgesehen, kraft ihres objektiven Gewichts den Ausschlag geben. Versucht man diese ‚Zwänge‘, die bei der Durchsetzung und Fortsetzung der Stabilitätsorientierung walteten und die eine staatliche Reaktion erzwangen oder hervorriefen, kurz zu benennen, so kann zusammenfassend verwiesen werden auf den Zwang zur Reaktion:

- auf die Währungskrise in dem Bestreben, ein hohes Exportniveau beizubehalten;
- auf die Energie- und Rohstoffkrise sowohl zur Sicherung der laufenden Versorgung als auch zur möglichst kurzfristigen Umstrukturierung der eigenen Energie- und Rohstoffbasis;
- auf die neuen Dimensionen des kapitalistischen Internationalisierungsprozesses und des internationalen Monopolisierungsprozesses;
- auf die Verschuldung der Gebietskörperschaften durch krisenbedingte Einnahmeausfälle und erhöhte gesetzlich fixierte Transferzahlungen;
- auf die Entwicklung der Finanzierung der Sozialversicherungen. Die durch krisenbedingte Einnahmeausfälle und Mehrausgaben zustande gekommene Situation macht Transferzahlungen der Haushalte notwendig;
- auf die zunehmenden Unterhaltungskosten des Staatsapparates, die die Finanzkrise zuspitzen;
- auf die verschlechterten Verwertungsbedingungen des Gesamtkapitals, den Rückgang der Wirtschaftsaktivitäten und die dadurch bedingten Einnahmeausfälle;
- auf die Massenarbeitslosigkeit, die Verknappung des Ausbildungsplatzangebots usw.

Was allerdings den ‚Zwang zur Reaktion‘ auf die Massenarbeitslosigkeit betraf, war sie unter der beschriebenen ökonomischen und politischen Situation mehr verbaler denn aktiver Natur. Die Monopolbourgeoisie hatte von Anfang an erkannt, daß ihr mit der Arbeitslosigkeit wieder ein Disziplinierungsinstrument zuwächst, auf das z. B. ihre ‚Klassenbrüder‘ in den USA noch nie zu verzichten brauchten und das wirksamer als alle Appelle der Regierung und als die Konzertierte Aktion ist. Mit ihr wird gegenüber der Arbeiterklasse wieder das traditionelle Zwangsinstrument des kapitalistischen Lohngesetzes installiert. Es fungiert nicht nur für die Lohnpolitik im engeren Sinne, sondern ist generell eine Waffe zur Senkung des nach Ansicht der Bourgeoisie zu hohen Erwartungs- und Anspruchsniveaus der Bevölkerung. Die Massenarbeitslosigkeit hat tief in die Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung eingegriffen und ihre Existenzunsicherheit verschärft.<sup>33</sup> Sie führte notwendigerweise zu einer zugespitzten Konkurrenzsituation auf dem Arbeitsmarkt und in den Unternehmen, auf die sich die Lohnabhängigen und ihre Angehörigen einstellen mußten. Gegenüber der Krise 1966/67 war der Umfang und Anteil ausländischer Arbeiter wesentlich größer. Nach den Konzepten der Behörden stellen sie in der Krise eine handhabbare Masse zur Regulierung der Arbeitslosigkeit der Inländer dar. Infolge verschiedener Gründe ist diese Möglichkeit jedoch begrenzt — wegen des Interesses der Unternehmer, für die nicht die Nationalität, sondern die Verwendbarkeit der

33 Vgl. zur Gesamtenwicklung und -situation: J. Goldberg, B. Güther, H. Jung: Arbeitslosigkeit. Ursachen — Entwicklung — Alternativen, Frankfurt/Main 1977.  
ISMF-Informationsberichte Nr. 28: B. Güther: Arbeitslosigkeit von Hoch- und Fachhochschulabsolventen in der BRD, Frankfurt/Main 1977.

Arbeitskraft im Vordergrund steht, aber auch wegen der politischen und außenwirtschaftlichen Beziehungen zu den Herkunftsländern.

Die Arbeitsmarktpolitik war weniger darauf orientiert, zur Schaffung neuer Arbeitsplätze beizutragen als durch entsprechende Maßnahmen den Abzug bestimmter Gruppen von Arbeitslosen in die ‚stille Reserve‘ zu fördern und der Reservearmee durch Förderung der Mobilität, durch Verschärfung der Zumutbarkeitsklauseln u. a. jene Kondition aufzuzwingen, um sie im Interesse des Kapitals voll als Konkurrenz gegenüber den Beschäftigten ins Spiel bringen zu können.

Wahrscheinlich hat zu Beginn der Krise die Bourgeoisie dieses Spiel als politisch gefährlicher eingeschätzt, als es dann tatsächlich geworden ist. Während der Krise hatten die neuen Realitäten für die Arbeiterklasse eher als Schock zur Anpassung, denn als Anlaß zu Kritik und Protest gewirkt. Im Gegenteil, mit der Krise haben sich unter den Bedingungen der Vorherrschaft der privatmonopolistischen Entwicklungsvariante und der in der BRD bestehenden politischen und ideologischen Verhältnisse Rechtstendenzen in allen Bereichen der Gesellschaft verstärkt, deren ökonomische Zielrichtung die Stärkung der Stellung des Privatkapitals und der spontanen Mechanismen der kapitalistischen Warenproduktion ist.

#### Privatmonopolistische Entwicklungsvariante und politische Rechtstendenzen

Die Krisensituation führte nicht zu einer Stärkung der Linkskräfte, sondern aus ihr heraus entwickelten die Rechtskräfte mit ihrem Zentrum, der CDU/CSU, Offensivkraft, obwohl sie zum Wirtschaftskurs der Regierung keine Alternative entwickeln konnten und ihr Programm lediglich in einer noch strikteren Befolgung der Erfordernisse der privatmonopolistischen Entwicklungsvariante bestand und besteht. Zum Verständnis dieser Entwicklung vermag die Orientierung auf die ökonomischen und sozialökonomischen Grundlagen allerdings nur Hinweise zu vermitteln.<sup>34</sup>

Im Kurs der staatsmonopolistischen Reformpolitik, wie er nach der Krise 1966/67 bis Anfang der 70er Jahre vorherrschend war, waren die Interessen unterschiedlicher und gegensätzlicher sozialer Kräfte zusammengefloßen. Sie fanden in dieser damals von der SPD und FDP getragenen Politik eine Plattform. Für das Monopol- und Finanzkapital war es um die Bereinigung der gravierendsten ökonomischen und sozialen Disproportionen gegangen, vor allem dort, wo die internationale Konkurrenzposition berührt war. Das traf auf die Bereiche Bildung, Wissenschaft, Forschung u. a. besonders zu. Gleichzeitig ging es um den Abbau des ‚Steuerungsdefizits‘ des staatsmonopolistischen Systems und um die Anpassung des außenpolitischen Kurses an die neuen Realitäten, besonders um die Neuorientierung der Ospolitik. Die Neudefinition der Rolle des westdeutschen Imperialismus in einer gewandelten internationalen Arena war in jener Periode unaufschiebbar geworden und konnte mit einer CDU/CSU-Regierung nicht bewältigt werden.

Die Intelligenz und die lohnabhängigen Mittelschichten konnten gerade von der Erweiterung der staatlichen Aktivitäten verbesserte ökonomische und soziale Bedingungen erwarten. Für die Arbeiterklasse und für die Gewerkschaften verband sich mit diesem Sy-

34 Entsprechende Versuche wurden schon unternommen in: E. Dähne, Chr. Kievenheim, H. Jung: Zur Klassenstruktur des staatsmonopolistischen Kapitalismus in der BRD, in: Hrg. ISMF: Klassenstruktur und Klassenbewußtsein, Frankfurt/Main 1974, S. 11 ff.

stem der Ausbau der staatlichen Sozialfunktionen, die Sicherung von Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung und die Demokratisierung verschiedener gesellschaftlicher und staatlicher Bereiche, die partiell auch im Rahmen einer staatsmonopolistischen Reformpolitik erforderlich war.

Das nichtmonopolistische Unternehmertum und die selbständigen Mittelschichten konnten diesen Kurs solange tolerieren, wie der Ausbau des Staatsbereiches nicht für sie zu erhöhten Steuerbelastungen und der Gesamtkurs nicht zu einer wesentlichen Stärkung der Gewerkschaften führte.

Die unterschiedlichen Interessen mußten sich schärfer gegeneinander richten und die Tragfähigkeit der sozialliberalen Plattform infrage stellen, je mehr sich herausstellte, daß ein krisenfreies Wachstum und Preisstabilität nicht zu erreichen waren, deshalb die Realisierungsschritte dieser Konzeption, soweit sie ökonomische Aspekte aufwiesen, zu Lasten der einen oder anderen Klasse oder Schicht gehen mußten. Dies wurde vollends offenkundig mit dem Übergang zur Stabilitätspolitik und mit der Wirtschaftskrise. Die Inflation konnte die Interessenantagonismen noch zeitweise und partiell überdecken, nicht mehr aber die Krise.

Um das Monopolkapital gruppieren sich vor allem das nichtmonopolistische Unternehmertum und die selbständigen Mittelschichten, die in der Lohnpolitik der Gewerkschaften und in den Kosten der Reformpolitik eine größere Bedrohung ihrer Verwertungs- und Existenzbedingungen sahen als in der mit der Stabilitätspolitik verstärkten Konzentrations- und Monopolisierungswelle.<sup>35</sup> Für die Intelligenz und die lohnabhängigen Mittelschichten traten vor allem in der Krise wieder stärker ihre Privilegieninteressen gegenüber der Arbeiterklasse in den Vordergrund, was sich vor allem in der Bildungs- und Demokratisierungsfrage zeigte. Die konservativen Interessen dieser Schichten wirken infolge ihrer sozialen Interaktionen bis tief in die Arbeiterklasse. Für die Arbeiterklasse schließlich wurden die Verheißungen der Reformpolitik mit der Krise völlig hinfällig, was Tendenzen der politischen Apathie begünstigte.

Die SPD-Führung vollzog schon frühzeitig die Anpassung an die veränderten Interessen des Monopolkapitals und wurde deren Erfüllungsgehilfe in der Regierung. Sie mußte sich damit aber mehr und mehr von den Prämissen ihrer eigenen Politik abwenden — auf nahezu allen wichtigen Gebieten mit Ausnahme der Außenpolitik. Dies mußte zwangsläufig zur Demobilisierung der Anhängerschaft der Reformpolitik führen und Freiraum für die Entfaltung konservativ-reaktionärer Kräfte schaffen, die ihr Zentrum in der CDU/CSU hatten und haben und die an die Ideologie der Adenauer-Erhard-Periode anknüpfen konnten, die nun wieder den Erfordernissen des Großkapitals entsprach.

Die Schwerpunktverlagerung nach rechts in der westdeutschen Gesellschaft wurde durch den Anpassungskurs der sozialliberalen Koalition begünstigt und gefördert. Dieser Kurs ließ ihr aber noch hinreichende politische Mobilisierungschancen zur Erhaltung der parlamentarischen Basis ihrer Regierung, da die CDU/CSU außer einer wenig überzeugenden personellen Alternative in den Grundfragen der Monopolinteressen und des imperialistischen Systems nur eine militantere Akzentuierung anbieten kann. Nach wie vor besteht deshalb der Vorzug der sozialliberalen Koalition darin, daß sie gegenüber der Ar-

<sup>35</sup> Es ist dies eine Form, in der die widersprüchliche Position dieser Schichten unter heutigen Bedingungen hervortreten kann. Denn es muß ja berücksichtigt werden, daß vor allem sie die Nutznießer einer aktiven Konjunkturpolitik und der Ausweitung der Staatsaktivitäten wären.

beiterklasse und den Gewerkschaften eine größere integrative Flexibilität entfalten kann, als dies von einer CDU/CSU-Regierung zu erwarten ist.

Sollte diese Fähigkeit hinfällig werden, stünde umgehend die Aufkündigung des Mandats durch das Monopolkapital ins Haus, was wahrscheinlich über die Umorientierung der FDP nach dem Saar- und Niedersachsen-Modell in die Wege geleitet würde.

Somit bestätigt sich eine Grundaussage der marxistisch-leninistischen Monopol- und SMK-Theorie, daß die reaktionären Tendenzen im Kapitalismus ihr Zentrum und ihren Ausgangspunkt in monopolistischen Interessen und Bestrebungen haben, daß hier die Grundursache des gegenwärtigen Abbaus der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie und verfassungsmäßiger Grundrechte zu suchen ist, daß die privatmonopolistische Entwicklungsvariante diese Tendenzen auf allen Gebieten verstärkt und den Kampf um eine demokratische Wende zur aktuellen Hauptaufgabe der Arbeiterklasse und aller Kräfte der Demokratie gemacht hat. Dieser Kampf um die Verteidigung sozialer und demokratischer Rechte und Errungenschaften schließt freilich als Kern die Durchsetzung einer anti-monopolistischen Alternative auf den Gebieten der Wirtschafts- und Sozialpolitik ein.<sup>36</sup> Sie bedeutet also nicht zuletzt die Brechung der gegenwärtig vorherrschenden privatmonopolistischen Entwicklungsvariante und — falls sie nicht die Kräfte für tiefgreifendere gesellschaftliche Änderungen freisetzt — den Ausbau der staatlichen Aktivitäten auf wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiet im Rahmen des SMK. Diese Situation ist auch für die Jahre nach der Krise bis heute bestimmend geblieben. Ihre Konturen sind jedoch in den Nachkrisen Jahren noch schärfer hervorgetreten.

### Die Ergebnisse der Krise

Einzugehen ist jetzt auf die Frage, welche Ergebnisse die Krise vor allem auf ökonomischem Gebiet gezeitigt hat. Unsere Hauptthese war, daß unter den Bedingungen des SMK und des derzeitigen Internationalisierungsgrads der Wirtschaft die klassischen Reinigungsfunktionen der Krise nur noch eingeschränkt und modifiziert wirksam sind. Darauf verwiesen schon die Besonderheiten der Krise 1974/75. Darauf verweist aber besonders auch die nachfolgende Entwicklung, die verschiedene Autoren<sup>37</sup> mit den Begriffen ‚melancholische Periode des Kapitals‘ und ‚Depression besonderer Art‘ zu charakterisieren versuchten.

Die strukturellen Ursachen der eingeschränkten Reinigungsfunktion waren schon in verschiedenen Zusammenhängen dieses Beitrags angesprochen worden. Sie bewirken und drücken letztlich die modifizierte Durchsetzungsweise des Wertgesetzes unter den heutigen Bedingungen des SMK aus. Ein annäherndes relatives Gleichgewicht der volkswirtschaftlichen Proportionen, also eine den Erfordernissen des Wertgesetzes entsprechende Verteilung von Kapital und Arbeit, wird durch die spontanen Marktmechanismen in der Krise nicht mehr hergestellt. Die entsprechenden Tendenzen setzen sich nur mit mehr oder weniger großen zeitlichen Verzögerungen durch. Sie setzen sich vor allem unter fortwirkenden Inflationsprozessen nur unter Herbeiführung neuer Disproportionen durch. Selbst wenn im Bereich der unmittelbaren Mehrwertproduktion durch Erhöhung der

36 Diese Konzeption und Alternative ist entwickelt im ‚Programmmentwurf der Deutschen Kommunistischen Partei‘, Hrg. DKP-Parteivorstand, Düsseldorf 1977.

37 So Jürgen Kuczynski in Anlehnung an Karl Marx und Eugen Varga (siehe: IPW-Berichte, Nr. 12/1975, S. 2 ff.: Wirtschaftsperspektiven des Kapitals).

Ausbeutung die Verwertungsbedingungen verbessert werden, ist dies keine hinreichende Grundlage, um einen die Konjunktur ‚hochziehenden‘ Investitionszyklus in Gang zu setzen. Die Disproportion zwischen Produktion und Markt wird offensichtlich dadurch noch verschärft, wenn das Schwergewicht auf ‚Rationalisierungsinvestitionen‘ liegt, die zwar die Produktionskapazität bei gleichem Wertumfang des Kapitals erhöhen, aber gleichzeitig den relativen Umfang des variablen Kapitals und damit die Konsumtionskraft der Gesellschaft einschränken. Dementsprechend bleibt auch trotz steigender Produktionsziffern die Kapazitätsauslastung auf niedrigem Niveau.

Zu beachten ist, daß die Bankrotte vieler tausend Kleinunternehmen zwar Kapitalvernichtung und die Reduzierung des Umfangs des fungierenden Gesamtkapitals bedeuten und damit den Konzentrationsgrad erhöhen. Aber dieser Prozeß berührt kaum die hochgradig monopolisierten Bereiche, in denen die Überakkumulation dadurch nicht reduziert wird. Das Hauptindiz dafür sind die gespaltenen Profitraten. Diese Überakkumulation tritt um so mehr in Erscheinung — auch nach der Krise —, je weniger eine Überbrückung durch eine kräftige Außenexpansion möglich ist. Der Sachverhalt der ‚Überindustrialisierung‘ wirkt somit als Stagnationsdruck auf die binnenwirtschaftliche Entwicklung.

Wenn von den ungelösten Disproportionen die Rede ist, muß ebenfalls auf die Strukturkrisen (Energie, Rohstoffe, Umwelt, bestimmte Branchen, Raumökonomie) verwiesen werden, die auch nach Überwindung der Phase der aktuellen Überproduktion auf der Tagesordnung bleiben.

Wesentlich ist vor allem, daß die Krise keine Bedingungen zum Beschäftigungsaufschwung und damit zum Abbau der Arbeitslosigkeit geschaffen hat, sondern nach der Krise der ‚Auslastungsgrad‘ oder die Beschäftigungsquote des in der BRD vorhandenen Arbeitspotentials noch abgenommen hat. Die Ursachen dafür liegen nicht nur in den Bedingungen der Privatwirtschaft, sondern auch im Restriktionskurs des Staates.

Vom Standpunkt der Interessen des Monopolkapitals der BRD zeitigt demgegenüber die Krise unter der stabilitätspolitischen Orientierung für es folgende positiven Ergebnisse:

— Die Inflation wird relativ eingeschränkt und damit die außenwirtschaftliche und außenpolitische Position des westdeutschen Imperialismus gefestigt.

— Die Auswirkungen der Rohstoffpreiserhöhungen für die BRD werden in relativ engen Grenzen gehalten. Es gelingt, eine stärkere Orientierung des SMK zur Lösung dieser Probleme durchzusetzen.

— Die Bedingungen der Profitproduktion werden verbessert. Die Arbeitsproduktivität erhöht sich, ebenso der Ausbeutungsgrad der Arbeitskraft. Es gelingt eine stärkere Umsetzung der Ergebnisse der wissenschaftlich-technischen Revolution in die Produktion, vor allem des monopolisierten Sektors.

— Die Stellung der Monopole und des Finanzkapitals in der Wirtschaft wird gefestigt und ausgeweitet.

— Das Wachstum der staatlichen Umverteilungsquote und der staatlichen Aktivitäten, vor allem im Bereich der Sozialfunktion, wird gebremst. Der Ausbau des Repressionsapparates macht Fortschritte. Die Neuverschuldung der öffentlichen Haushalte und der Sozialversicherungen wird angesichts der durch die Krise hervorgerufenen Probleme in engen Grenzen gehalten.

— Die Sozialpartnerschaft als ideologische und praktische Form der Klassenbeziehungen

gen in der BRD bleibt in der Krise trotz der Angriffe des Kapitals auf den Lohn- und Sozialstandard und trotz der Massenarbeitslosigkeit im wesentlichen intakt. Erosionserscheinungen zeigen sich erst in den folgenden Jahren. In der Krise selbst bleibt der Umfang der Abwehr- und Kampfaktionen der Arbeiterklasse gering.

Zusammengefaßt: Dem westdeutschen Monopolkapital gelingt es trotz einer tiefgreifenden Wirtschaftskrise seine Orientierung der Stabilitätspolitik ohne größere soziale Erschütterungen durchzusetzen. Dies freilich um den Preis, daß entscheidende ökonomische Disproportionen aufrechterhalten bleiben, daß die Krise der staatsmonopolistischen Regulierung fort dauert, ein neuer starker zyklischer Aufschwung nicht in Gang kommen kann und somit die Fortdauer wichtiger Krisenerscheinungen für die Arbeiterklasse einprogrammiert ist.

### III. Haupttendenzen 1976—1978

#### Schwacher Aufschwung auf labiler Grundlage

1976 ist für die BRD das Jahr, in dem die wirtschaftlichen Aktivitäten — gemessen an den Kennziffern des Sozialprodukts, der Industrieproduktion u. a. — wieder zunehmen. Der Aufschwung bleibt jedoch schwach und erreicht im Jahresdurchschnitt beim produzierenden Gewerbe noch nicht wieder das Niveau des Jahres 1973. Der relativ schwache Aufschwung wird nicht durch die Ausweitung der Investitionen getragen, sondern durch den Export und den in Gang kommenden Lagerzyklus — also die Auffüllung der Lagerbestände der Wirtschaft —, der durch die Preistendenzen am Weltmarkt begünstigt wird. Auch die Ausdehnung des Privatverbrauchs spielt für die Belebung der Aktivitäten eine große Rolle.

1977 wird zwar insgesamt das Niveau von 1973 überschritten, aber in der zweiten Jahreshälfte werden wieder Stagnationstendenzen wirksam, und das Wort von der Gefahr der gespaltenen Konjunktur macht wieder die Runde. Die insgesamt labile Situation ist auch für das Jahr 1978 charakteristisch. Damit ist offenkundig, daß das Wachstumstempo des vorhergehenden Zyklus nicht erreicht wird. Die mittel- und langfristigen Wachstumsperspektiven erscheinen in einem düsteren Licht.<sup>38</sup>

Die Kalkulation des westdeutschen Imperialismus, daß die Exportkonjunktur wie nach 1966/67 zur Lokomotive des Aufschwungs werden könne, ist damit nicht aufgegangen. Die relativen Erfolge der Stabilitätspolitik konnten zwar zur Festigung der Position am Weltmarkt beitragen und damit den inneren Strukturwandel unter der Dominanz der privatmonopolistischen Entwicklungslinie absichern, sie ergaben sich vor allem in der ersten Nachkrisenperiode aus den Impulsen, die von den Ländern mit starkem Expansionskurs ausgingen<sup>39</sup>, so z. B. den USA, sie verstärkten damit jedoch die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte auf dem kapitalistischen Weltmarkt beträchtlich. Damit stieß

38 Vgl.: Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1977, Frankfurt/Main 1978, S. 40 ff.

39 Vgl.: A. Gretschichin: Die kapitalistische Wirtschaft im Jahre 1977, dtsh. in: Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, Berlin, Nr. 6/1978, S. 609 ff.; sowie: Institut für Weltwirtschaft, Kiel (Hrsg.): Die Weltwirtschaft, Nr. 1/1978 (E. Lengfeld, N. Walter: Weltkonjunktur: Belebung bei deutlicher Differenzierung, ebenda, S. 1 ff.).

diese Politik sowohl an die Grenzen der Gesamtentwicklung des kapitalistischen Weltmarktes als auch an die bestehenden Kräfteverhältnisse der Staaten und Staatengruppen im Rahmen des imperialistischen Weltsystems.

Die Hauptgefahr des Außenexpansionskurses der BRD mußte in dieser Situation reale Konturen annehmen. Die Ankündigungen handelspolitischer Restriktionsmaßnahmen seitens der Länder mit negativer Handels- und Zahlungsbilanz häuften sich. Im Rahmen des GATT stellten die Entwicklungsländer Forderungen nach Festquoten und Festpreisen zur Debatte. Damit wurde der Stabilitätskurs unter den außenwirtschaftlichen Gesichtspunkten immer mehr zu einer Gratwanderung zwischen der Belastbarkeit der ‚Partner‘ auf der einen und dem Nachgeben gegenüber ihren Forderungen auf der anderen Seite. Der Druck auf die BRD dürfte vor allem, nachdem nach der kurzen Beruhigungsperiode 1977 die Preisauftriebstendenzen wieder zunehmen — dies ist vor allem in den USA der Fall —, die Grenzen der Stabilisierungspolitik noch stärker sichtbar machen.

Auch nach 1975 konnte die BRD, trotz der größeren Abwehrmöglichkeiten bei flexiblen Wechselkursen, dem Aufwertungsdruck auf die DM nicht entgehen. Es ist dies die Konsequenz einer Orientierung auf ein relativ niedrigeres inneres Preisniveau. Die weitere Verfolgung des Stabilitätskurses verlangt die Fortsetzung der Nichtausschöpfung der inneren Wachstumsmöglichkeiten.

Freilich zeigte sich auch in dieser Situation, daß die Verwertungsbedingungen des Gesamtkapitals nicht identisch sind mit den Verwertungsbedingungen des monopolistischen Sektors.<sup>40</sup> Hierin sind Widersprüche eingeschlossen, die für den SMK charakteristisch sind. Begünstigt die Orientierung auf Außenexpansion vor allem die Profitraten der Monopole unmittelbar — vom relativ hohen Niveau der Profitrealisierung dieses Sektors zeugt die Fortsetzung der privaten Auslandsinvestitionen im großen Stil, ebenso aber auch der Umfang von Finanzanlagen und spekulativer Kapitalgeschäfte —, so beeinflusst doch mittel- und langfristig — und auch kurzfristig, wenn es zur Zuspitzung der Disproportionen kommt — die Proportionalitäts- oder die Disproportionalitätsstruktur des Gesamtkapitals auch die Verwertung im monopolistischen Sektor. Das Beispiel mit der aktuellsten Brisanz ist der Energiesektor. Eine wachsende Ressourcenfixierung erfordern aber nach wie vor auch Forschung, Wissenschaft und Entwicklung. Es sind vor allem diese Bereiche, die eine staatliche Dauerintervention nötig machen und in denen sich die Widersprüche der gegenwärtigen Entwicklungsvariante des SMK weiter entfalten müssen.

Auf der Erscheinungsebene ist die ökonomische Entwicklung der Nachkrisenjahre durch folgende Momente gekennzeichnet: eine gegenüber dem vorhergehenden Zyklus niedrigere Quote der volkswirtschaftlichen Anlageinvestitionen, ein niedriger Auslastungsgrad der Industriekapazitäten und des volkswirtschaftlichen Produktionspotentials, ein absolut gesunkenes Niveau der Industrieinvestitionen und vor allem der Erweiterungsinvestitionen bei rückläufiger Beschäftigung im produzierenden Gewerbe und gleichzeitig hohem Niveau der Arbeitsproduktivitätssteigerung. Daß damit die Diskrepanz zwischen Produktionspotenz und gesellschaftlicher Konsumtionskraft, zwischen Produktion und Markt, zwischen Profitproduktion und Profitrealisierung zum Ausdruck kommt, darauf war schon in anderen Zusammenhängen verwiesen worden.

<sup>40</sup> Diesen Gedanken heben auch hervor: P. Heß, H. Maier: *Wissenschaftlich-technische Revolution und gesellschaftliches System*, in: Internationales Autorenkollektiv: *Wissenschaftlich-technische Revolution und ideologischer Klassenkampf*, Frankfurt/Main u. Berlin 1978, S. 120 ff.

Es ist jedoch die Frage aufzuwerfen, inwieweit dies im Zusammenhang mit den Änderung der Struktur des produktiven bzw. des fungierenden Kapitals steht, oder; welche Tendenzen der Typ der intensiv erweiterten Reproduktion unter den heutigen Verhältnissen einschließt.

### Tendenzen des Reproduktionstyps

Der Übergang der BRD-Wirtschaft zu einem Typ der intensiv erweiterten Reproduktion konnte schon für Ende der 50er Jahre festgestellt werden.<sup>41</sup> Er herrscht bis heute vor. In der Krise selbst verwandelt er sich in einen Typ der einfachen und der eingeschränkten intensiven Reproduktion.

Was bedeutet dies für die Verwertungsbedingungen und die volkswirtschaftlichen Proportionen? Oder noch zugespitzter: Was bedeutet unter diesen Bedingungen die verstärkte Einführung der Ergebnisse des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und ihre kapitalistische Anwendung in der Produktion?

Analog kann diese Frage auch für den Verwaltungs- und Distributionsapparat gestellt werden. Die kapitalistische Anwendung erfolgt erst dann, wenn sie Ökonomisierungseffekte beim konstanten und / oder variablen Kapital zeitigt bzw. per Saldo für den Kapitalisten zur Senkung der Produktionskosten je Einheit und der Erhöhung seines Profits führt. Unter Ökonomisierungseffekt wird hier auch verstanden, wenn dieses Ergebnis infolge der Änderung der technischen und wertmäßigen Struktur des Kapitals auftritt.

Die Einführung neuer Technologien setzt Revolutionierungen vor allem in der Grundstoff- und Investitionsgüterproduktion voraus. Als gegenwärtig strategischer Bereich der Technologieentwicklung kann vor allem die Elektronik angesehen werden. Ihre Produkte erreichten einen derartigen technologischen und ökonomischen Reifegrad, daß ihre kapitalistische Anwendung in anderen Bereichen rentabel wurde. Sie revolutionieren Produktions-, Handels- und Verwaltungsabläufe, wo Prozeßsteuerungen möglich sind, d. h. vor allem dort, wo Abläufe sich wiederholen und massenhaft auftreten und anfallen. Gegenwärtig ist allerdings noch nicht genau zu übersehen, ob sich von den gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen diese Veränderungen im 'üblichen Rahmen' halten oder ob qualitative Sprünge auftreten. Für Einzelbereiche ist dies zweifellos der Fall.

Unter diesen Bedingungen ist die Ausweitung des stofflichen Produktionsvolumens bei gleichem oder sinkendem Kapitalvorschuß denkbar und möglich. Die Effektivität der Kapitalfonds erhöht sich. Ein Teil dieser neuen Verfahren bedeutet arbeits- und kapitalsparenden technischen Fortschritt. Beachtlich ist, daß die Fondsintensivierung selbst unter Bedingungen insgesamt niedriger Kapazitätsauslastung in Gang kommt. Ein gleiches Kapitalvolumen repräsentiert eine größere Produktionskapazität. Wie die gegenwärtige Entwicklung zeigt, ist dieser Prozeß mit Verdrängung lebendiger Arbeit verbunden.<sup>42</sup>

Unter diesen Bedingungen setzt die kapitalistische Produktion verstärkt jene Tendenzen frei, die dem Widerspruch zwischen Produktion und Markt zugrunde liegen, und zwar mit um so größerer Intensität, je mehr die Industriekonzerne in der Lage sind, die Er-

41 Vgl. u. a. Beiträge des IMSF 3, Teil II, a. a. O., S. 91 ff. (IMSF-Ausgabe).

42 Die Auswirkungen der intensiv erweiterten Reproduktion unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution, besonders hinsichtlich der Reproduktion der Arbeitskraft und des variablen Kapitals, wird untersucht in: H. Petrak u. a.: Proletariat in der BRD. Reproduktion — Organisation — Aktion, Berlin 1974.

gebnisse des Produktionsfortschritts zu fixieren und zu monopolisieren. Die Ungleichmäßigkeit des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in den einzelnen Zweigen und Sektoren der Wirtschaft wird dadurch verstärkt und in ihrem Gefolge die Verzerrung der Disproportionen.

Hiermit könnten die sich widersprechenden Phänomene — geringe Kapazitätsauslastung, niedriges Investitionsniveau, steigende Industrieproduktion — eine Erklärung finden, eine Erklärung, die durch die empirische Struktur der Industrieinvestitionen gestützt wird.

Ob sich aus diesen Tendenzen der verarbeitenden Industrie für das Gesamtkapital verbesserte oder verschlechterte Verwertungsbedingungen ergeben, bedürfte einer intensiveren Untersuchung, die vor allem auch den Umfang der staatlichen Finanzierung dieser Entwicklungen<sup>43</sup> und die durch Monopolstrukturen bewirkten Umverteilungseffekte einbezüge. Wie auch immer die Antwort ausfällt, bestimmen diese Tendenzen nicht allein die Verwertungstendenz des Gesamtkapitals.

Dies gilt auch für die Entwicklungstendenzen des kommerziellen Kapitals, dessen Ökonomisierung und Effektivierung unter dem Einsatz der Ergebnisse des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zugenommen hat. Daß diese Tendenzen in und nach der Krise verstärkt wirksam wurden, kann nicht bezweifelt werden, der Umfang läßt sich allerdings gegenwärtig noch nicht überblicken. Trifft dies zu, dann gehen hiervon Tendenzen der Verbesserung der Verwertungsbedingungen des Gesamtkapitals aus. Für die Gesamtentwicklung bedeutsam ist jedoch, daß es nun auch in dieser Sphäre der Wirtschaft zur Freisetzung von Arbeitskräften in größerem Umfang kommt, ohne daß hier kompensatorische Effekte wirksam würden.

Am Rande ist hier auch zu vermerken, daß in den letzten Jahren auch der Bereich, dessen 'Produktion' sich in sozialen Diensten darstellt, die vorwiegend der Reproduktion der Arbeitskraft dienen, durch die Restriktionspolitik des Staates eingeschnürt wird, was in stagnierenden und rückläufigen Beschäftigtenziffern zum Ausdruck kommt. Das gilt auch für Bereiche staatlicher Produktions- und Zirkulationstätigkeit (Bahn, Post u. a.).

Die Entwicklung des gesamtgesellschaftlichen Reproduktionstyps erfolgt allerdings nicht nur durch die Veränderung innerhalb der einzelnen Bereiche, sondern die wissenschaftlich-technische Revolution involviert auch unmittelbar die Veränderung der volkswirtschaftlichen Proportionen. Dies betrifft nicht nur das Aufkommen oder den Bedeutungsverlust von Branchen, die sich als Glied in der Kooperationskette darstellen oder deren Produkte einen Sektor des Gesamtprodukts repräsentieren, sondern auch jene vertikalen Bereiche, die — von der Forschung bis zur Wasserversorgung — mehr oder weniger unmittelbar die Verwertungsbedingungen eines größeren Ausschnitts des Gesamtkapitals beeinflussen. Die Notwendigkeit ihrer Entwicklung macht eine Umleitung und Fixierung beträchtlicher Ressourcen erforderlich.<sup>44</sup> Infolge langer Umschlagsperioden und Anlaufzeiträume und — soweit sie sich vor allem als oder im Bereich der gegenständlichen Bedingungen der Produktion entwickeln — überdurchschnittlicher organischer Kapitalzusammensetzung, verschlechtern sie den Verwertungsgrad des Gesamtkapitals, obwohl ihre Entwicklung für die Profitproduktion unabdingbar ist.

43 Dies würde die Erfassung der Auswirkungen des allgemeinen Investitionsförderungsprogramms 1974/75 ebenso erforderlich machen wie der Wissenschafts- und Technologieförderung u. a.

44 Vgl. P. Heß, H. Maier, a. a. O.

### Internationalisierung der staatsmonopolistischen Regulierung?

In der neueren marxistischen Diskussion<sup>45</sup> wird hervorgehoben, daß die Tendenz zur Internationalisierung des SMK eine charakteristische Reaktion auf die jüngste Weltwirtschaftskrise und die mit ihr verbundenen Krisenprozesse sei. Weil die Rückwirkung der Weltmarktentwicklung beim gegenwärtigen Verflechtungsgrad auf die Nationalwirtschaften so gravierend sei, daß nationalwirtschaftliche Regulierungsversuche durchkreuzt würden, sei dieser Weg unabdingbar. Im Prinzip gehe es um eine Zügelung der Spontaneität des kapitalistischen Weltmarkts, dessen Träger die internationalen Konzerne und Finanzgruppen sind.

Unter diesen Gesichtspunkten soll hier auf die jüngste Entwicklung auf diesem Gebiet eingegangen werden.

Im globalen Maßstab hat seit 1973 der sogenannte Nord-Süd-Dialog an Bedeutung gewonnen, worin sich das stärkere Gewicht der Entwicklungsländer in den internationalen Beziehungen ausdrückt. Neben der UNO spielen sich die Auseinandersetzungen vor allem im Rahmen des GATT und seiner Untergliederungen ab. Im Jahr 1978 waren dies vor allem die Auseinandersetzungen in der Tokio-Runde, einem Gremium des GATT zur Festlegung der Konditionen der internationalen Handelsbeziehungen. Die BRD, die ihre spezifischen Interessen auf dieser Ebene nicht im Alleingang, sondern nur im Rahmen der Blöcke der kapitalistischen Industriestaaten und der EG-Länder, zwischen denen infolge der EG-Verträge eine engere Abstimmung stattfindet, zur Geltung bringen kann, orientiert auf die Offenhaltung des Welthandels von protektionistischen Beschränkungen und auf seine Abwicklung im Rahmen marktwirtschaftlicher Mechanismen. Die Durchsetzung dieser Linie verlangt eine stärkere Öffnung der eigenen Märkte, die in den Agrarmarktornungen der EG Grenzen findet und den Widerstand jener EG-Länder mit starkem Agraranteil hervorruft. Nicht zuletzt aus diesen Gründen hat die westdeutsche Kritik an der EG in den letzten Jahren zugenommen.

Im Rahmen ihrer Gesamtorientierung setzt die BRD in der Frage der Rohstoffversorgung auf die Aktivität des Privatkapitals und mißt zwischenstaatlichen Abkommen nur flankierende Bedeutung zu, vor allem für die Sicherung des monopolistischen Privateigentums. Wie auch immer die konkreten Abkommen der Tokio-Runde ausfallen werden, sie können immer nur Ausdruck der derzeitigen Kräfteverhältnisse der einzelnen Gruppen sein, jedoch keine stabilen internationalen Handelsbeziehungen oder die Einleitung einer ‚gerechten Welthandelsordnung‘ gewährleisten.

Hinsichtlich der EG hat der westdeutsche Imperialismus 1978 eine taktische Umorientierung vollzogen, die im Vorfeld und auf der Bremer EG-Ministerratstagung Anfang Juli 1978 deutlich wurde. Hatte die westdeutsche Regierung nach dem Scheitern des Projekts der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) der EG 1971 die Gleichschaltung der Wirtschaftspolitik der einzelnen Länder unter den Auspizien der Stapilitätspolitik als Voraussetzung weiterer Integrationsschritte gefordert und sich in der später auf den DM-Block reduzierten Währungsschlinge verschanzt, so stimmte sie nun wieder Schritten zur Schaffung einer einheitlichen Währungspolitik der EG-Länder zu. Diese Umorientierung muß

45 Vgl.: L. Maier: Neue Internationalisierungstendenzen des staatsmonopolistischen Kapitalismus, IPW-Berichte, Nr. 8/1977, S. 18 ff.

W. Kusnezow: Die siebziger Jahre und die Tendenzen der weiteren Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus, in: IPW-Berichte, Nr. 7/1977, S. 2 ff.

im Zusammenhang mit der anhaltenden Krise des US-Dollar, deren Druck sich 1978 verstärkte, und den trotz flexibler Wechselkurse begrenzten Möglichkeiten einer nationalen Stabilitätspolitik zur Abwehr des Aufwertungsdrucks gesehen werden.<sup>46</sup> Hinzu kommt, daß sich die mit der Stabilisierungspolitik verbundene Hoffnung, die BRD könne zum stabilisierenden Element der kapitalistischen Weltwirtschaft werden und trotz des damit verbundenen Restriktionskurses nach innen per Exportexpansion die Rolle einer internationalen Konjunkturlokomotive übernehmen, nicht realisieren ließ. Wenn man so will, wurde der BRD-Imperialismus von seinen hochfliegenden weltwirtschaftlichen Ambitionen auf die EG und das westeuropäische Zentrum des Weltimperialismus zurückgeworfen, als jenen realen Raum, über den er seine Außeninteressen zur Geltung bringen oder scheitern muß. Der Zwang dazu war verstärkt durch den anstehenden Bonner Gipfel.

Die auf dem Bremer EG-Treffen anvisierte und beschlossene schrittweise Schaffung eines EG-Währungsfonds gekoppelt an einen bestimmten Interventions- und Kreditmechanismus der Nationalbanken und der Übergang zu einem System fester Wechselkurse, also eine Art Bretton-Woods-System im kleinen, allein läßt die ‚Harmonisierung‘ der nationalen Wirtschaftspolitiken als unwahrscheinlich und damit eine Lösung der handelspolitischen Disparitäten im EG-Raum als unmöglich erscheinen.<sup>47</sup> Die Realisierung der ersten Schritte hängt wesentlich vom Interessenkompromiß zwischen Frankreich, Großbritannien und der BRD ab. Sollte vor allem die derzeitige stabilitätspolitische Achse Bonn—Paris, aus welchen Gründen auch immer, zerbrechen, müßte auch dieses Abkommen das Schicksal der WWU teilen.

Die sogenannten Weltwirtschaftsgipfel sind eine neue Art Veranstaltung der führenden imperialistischen Wirtschaftsmächte, die durch die Krise, durch das Energieproblem und die internationalen Währungsfragen geboren wurden. Ein damaliger Führer des Imperialismus wie *Henry Kissinger* sieht neben den unmittelbar drängenden praktischen Fragen die Einheit des Imperialismus gegenüber dem sozialistischen Weltsystem als Hauptmotiv.<sup>48</sup> Nach den Gipfelkonferenzen im November 1975 bei Paris, im Juni 1976 in Puerto Rico, im Mai 1977 in London folgte im Juli 1978 Bonn.

46 So vermerkte die Neue Zürcher Zeitung (vom 6. 7. 1978): „Der schwache Dollar als Ausdruck einer kraftlosen amerikanischen Wirtschafts- und Energiepolitik ist übrigens auch der Bundesrepublik zunehmend lästig geworden. Nach einer verbreiteten Interpretation hat dies die Schwerpunktverlagerung der deutschen Europawährungspolitik erleichtert.“ „Schmidt dürfte allerdings der begrenzte Realitätsgehalt des ‚ökonomistischen Konvergenzkonzeptes‘ seit längerem klargeworden sein.“

47 In dieser Richtung kommentiert Christian Lutz, Leiter der Volkswirtschaftsabteilung des Schweizerischen Bankvereins, Basel, das EG-Währungsprojekt (Nach: Neue Zürcher Zeitung vom 13. 7. 1978): Auch dabei seien Spekulationskrisen unvermeidlich, weil es ja nicht zu einer Harmonisierung der Wirtschaftspolitik komme. „Mit anderen Worten bedarf es eines Grades an wirtschaftspolitischer Konvergenz, der in einer nichtsupranationalen Gemeinschaft auf die Dauer fast unvorstellbar erscheint. Daran ändert auch eine Erweiterung der zulässigen Schwankungsmargen nicht viel. Die geplante Poolung der Währungsreserven und die mit ihr voraussichtlich verbundene Erhöhung der Kreditfazilitäten ändert ebenfalls nichts, wenn man davon ausgeht, daß die Stabilisierung der Wechselkurse letztlich vom Grad der Harmonisierung der nationalen Geldpolitiken . . . abhängt.“ Faktischer Effekt könnte sein, daß eine Alternative zum Dollar als Anlagewährung entstehen könne.

48 *Henry Kissinger* erklärte nach dem Pariser Gipfel zu diesem Typ Veranstaltung (nach: Handelsblatt, Düsseldorf, vom 30. 6./1. 7. 1978): „Die Idee von Wirtschaftsgipfeln geht auf die Überlegung zurück, daß die Führer des Westens ihren Völkern Vertrauen einflößen, ihren Völkern das Gefühl geben müssen, daß sie die Entwicklung im Griff haben, die demokratischen Industrienationen immer noch Herren ihres Schicksals, nicht die Opfer blind wirkender Kräfte sind.“ Sie seien „erstens notwendig, weil die politische und weltwirtschaftliche Zusammenarbeit der demokratischen Industrieländer zentral für die Stärke der nicht-

Auf dem Londoner Gipfel kam es insofern zu konkreteren Festlegungen, da sich die Teilnehmer infolge einer wiederbelebten Konjunktur zu quantitativen Festlegungen in der Lage sahen. Die BRD legte sich für 1977 auf ein reales Wachstum des BSP von 5 Prozent fest (Ist = 2,4 Prozent). Diese Differenz zwischen Soll und Ist schlug sich in der zunehmenden Ablehnung der Lokomotiv-These — d. h. von den wirtschaftlich stärksten Ländern müsse der Anstoß für die Belebung ausgehen — durch den BRD-Imperialismus nieder und dem Übergang zur Konvoi-These — d. h. alle müßten im Gleichklang aktiv werden. Demgegenüber konnten die USA die Realisierung der Lokomotiven-These für sich reklamieren und dementsprechende Forderungen gegenüber der BRD formulieren.<sup>49</sup> Um diese Angriffe zu parieren, verzichtete *Kanzler H. Schmidt* selbst nicht auf statistische Tricks und Täuschungsmanöver.<sup>50</sup> Der eigentliche Hintergrund der Differenz besteht darin, daß unter dieser Konstellation der US-Dollar unter Zugzwang bleibt und seine außenwirtschaftliche Konkurrenzposition unter Druck kommt. Dies muß sich für die USA in Defiziten der Außenbilanzen niederschlagen, die ohnehin durch die Zunahme der Erdölimporte im Konjunkturaufschwung Rekorddimensionen annahmen.

Die Position der BRD vor dem Gipfel wurde nur dadurch entlastet, daß die aufschießenden Inflationstendenzen und das Abflauen der Konjunktur in den USA eine Umorientierung ihres Kurses notwendig machten und somit ein massiveres Vorgehen der *Carter-Administration* einschränkten. Somit kommt es auf dem Bonner Gipfel zu den bekannten Kompromissen<sup>51</sup>, bei denen sich die BRD verpflichten mußte, ein zusätzliches Konjunkturprogramm im Umfang von einem Prozent ihres BSP (= 13 Mrd. DM) in Gang zu setzen, über dessen Modalitäten allerdings Festlegungen nicht erfolgten. Ohne die vorherigen Kompromisse der Bremer EG-Ministerratskonferenz wären seitens der BRD zweifellos weitergehende Zugeständnisse notwendig gewesen.

Diese hier kurz skizzierten Gipfelkonferenzen machen deutlich, daß heute die wirtschaftspolitische Orientierung der einzelnen imperialistischen Staaten als wesentliches Moment innerimperialistischer Rivalität anzusehen ist. Dies drückt aber gleichzeitig aus, daß eine ‚Harmonisierung‘ über die Durchsetzung von Hegemonialinteressen auf ökonomischem Gebiet nicht mehr oder nur noch auf Einzelgebieten möglich ist. Die internationalen Kräfteverhältnisse beeinflussen somit auch in stärkerem Maße als früher die innere

kommunistischen Welt ist; zweitens weil die Interdependenz der Volkswirtschaften isolierte Lösungen unmöglich machen, und drittens, weil eine Reihe konkreter Probleme besteht, die es auf höchster Ebene anzupacken gilt und wo gemeinsame Aktionsprogramme unerlässlich sind.“

49 Dementsprechend klagten die Stimmen ‚der‘ deutschen Wirtschaft (so das Handelsblatt vom 30. 6./1. 7. 1978): „Mit der Politisierung der Wachstumsraten unter heftigen Angriffen auf die Bonner Wirtschaftspolitik haben im großen Stil jedoch erst Carter und sein Team begonnen, nachdem die Deutschen allerdings bereits seit vielen Jahren wegen fortgesetzter hoher Außenüberschüsse am Pranger stehen.“

50 So erklärte H. Schmidt gegenüber dem Londoner ‚Economist‘, um Forderungen nach einer stärkeren Fiskalpolitik der BRD abzuwehren: 1 Prozent BSP-Wachstum in der BRD könne ohnehin für die EG-Länder nur einen Folgeeffekt von 0,05—0,07 Prozent haben. Dabei ergeben jedoch die Minimalzahlen der OECD einen Effekt von mindestens 0,15—0,14 Prozent. Gegen die Bonner Politik formierte sich vor allem in den internationalen Gremien (EG, OECD) Kritik, da hier die keynesianische Strömung die Interessenlage der Mehrheit der Teilnehmerländer ausdrückt. So kritisierte die EG-Kommission im März 1978 die BRD wegen zu geringer Handhabung der Fiskalpolitik und der Fixierung ihrer Wirtschaftspolitik auf die privatwirtschaftlichen Kräfte.

(Angeführt und kommentiert bei: K. Kühne: Verpaßte Reflation als internationales Problem, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Nr. 6/1978, S. 334 ff.)

51 Das Abschlußkommuniqué ist veröffentlicht in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19. 7. 1978.

Komponente der Entwicklung des SMK. Damit stößt aber auch die derzeitige Stabilitätsorientierung des westdeutschen Monopolkapitals an äußere Grenzen.

Welche währungs- und handelspolitischen Vereinbarungen, welche Kompromißabkommen zur wirtschaftspolitischen Abstimmung im einzelnen auch durchgesetzt werden mögen, die Möglichkeiten zur Kontrolle der monopolistisch beherrschten internationalen Waren-, Geld- und Kapitalmärkte sind weder in Sicht noch beabsichtigt. Selbst die Verträge und Institutionen der EG haben den internationalen Monopolisierungsprozeß nicht einschränken können, im Gegenteil, sie wurden dazu ein nicht unwesentliches Vehikel. Eine Kontrolle oder gar Regulierung der monopolistisch getragenen Weltmarktspontaneität ist deshalb noch weniger in Sicht als im binnenwirtschaftlichen Rahmen.

### Tendenzen in den Hauptbereichen der ökonomischen Aktivitäten des Staates

Betrachtet man die aktuellen Tendenzen der verschiedenen Ebenen oder Bereiche des ökonomischen Mechanismus des SMK, die sich als Staatsaktivitäten darstellen<sup>52</sup>, dann können für die jüngste Zeit folgende Aussagen getroffen werden:

1. *Staatseigentum und Staat als Unternehmer:*<sup>53</sup> Abgesehen von der Energie- und Wasserwirtschaft, dem Bergbau und dem Transport- und Kommunikationswesen spielt Staatskapital in der Warenproduktion und -zirkulation nur eine geringe Rolle. Im Bank- und Versicherungssektor ist der Staatsanteil beträchtlich.

In der jüngsten Zeit hat sich die Dienstfunktion des Staatseigentums für die monopolistische Verwertung noch stärker ausgeprägt. Dies kommt mit folgenden Tendenzen zum Ausdruck:

— Verstärkung der Konzentrationsbewegung im staatlichen Bereich, die auf Schaffung größerer, weltmarktfähiger Unternehmenseinheiten abzielt. Eine Einbindung in ein staatliches Gesamtkonzept ist nicht vorhanden. Die marktwirtschaftliche Funktionsfähigkeit gilt als oberste Priorität. Konzeptionen des Einsatzes des öffentlichen Sektors zur Verstärkung des Wachstums, zur Beschäftigungssicherung und als Gegengewicht gegen privatmonopolistische Marktbeherrschung, wie sie in der sozialdemokratischen Programmatik bestanden und z. T. noch bestehen, wurden fallengelassen.

— Verstärkung der Umwandlung in gemischtwirtschaftliches Eigentum in privater Rechtsform. Diese Form wird vor allem bei Neugründungen gewählt. Neben dem Wert-

52 In der neueren sowjetischen Literatur zum SMK wird der ökonomische Mechanismus des SMK durchgängig als Bestandteil der Gesamtheit der Produktionsverhältnisse angesehen und in den auch in diesem Beitrag berücksichtigten Komplexen analysiert. So bei:

L. G. Chodow, W. S. Pankow: *Problemy gosudarstwenno — monopolistscheskogo regulirowanija ekonomiki FRG*, Isd. Mosk. Uni. Moskwa 1977.

Autorenkollekt.: *Gosudarstwenno-monopolistscheskij kapitalizm: obschtschije tscherry i osobennosti*, Isd. pol. Lit., Moskwa 1975.

IMEMO (Hrg.): *Leninskaja teorija imperialisma i sowremenost*. Isd. Mysl, Moskwa 1977 (Kap. IX).

S. I. Tjulpanow, V. L. Scheinis: *Aktuelle Probleme der politischen Ökonomie des heutigen Kapitalismus*, Berlin-Frankfurt/Main 1975, Kap. 2 u. 3.

A. Anikin, W. Kusnezow: *Der staatsmonopolistische Kapitalismus der 70er Jahre*, dtsh. in: *Sowjetwissenschaft, Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge*, Berlin, Nr. 3/1976, S. 242 ff.

53 Zu der Entwicklung und den aktuellen Tendenzen in der BRD vgl.: H. Jung: *Die Privatisierungsoffensive als Form des Klassenkampfes von oben*, in: *Marxistische Blätter*, Nr. 2/1978, S. 58 ff.

transfer an das Privatkapital über den Preismechanismus wird damit der Zugang zur unmittelbaren Profitbeteiligung geöffnet. Die Atomwirtschaft wie generell die Bereiche Forschung und Entwicklung sind dafür auch heute die typischsten Beispiele.

Dem entspricht die Privatisierungs- und Entstaatlichungskampagne des Monopolkapitals und der Bourgeoisie in dieser Periode. Sie bezieht sich generell auf den öffentlichen Sektor und besonders auf rentable Dienstleistungs- und Versorgungseinrichtungen, auf die Nutzung staatlicher Anlagen, Gebäude usw. als Grundlagen privater Kapitalverwertung. Damit sollen vor allem für das vom Finanzkapital zentralisierte kleine Kapital neue Anlagemöglichkeiten erschlossen werden. Zum zweiten soll die Sanierung der Staatsfinanzen durch Ausgliederung dieser Aufgabenbereiche aus den öffentlichen Haushalten befördert werden. Dies bedeutet faktisch eine Zusatzbelastung der Bevölkerung, die Einschränkung und Reprivatisierung des über den Staat vermittelten gesellschaftlichen Konsums.

Die Verstaatlichung privaten Eigentums stößt unter der Dominanz der privatmonopolistischen Entwicklungslinie auf den massiven Widerstand der Bourgeoisie<sup>54</sup>, selbst dort, wo sie im Gesamtinteresse rentabler wäre, selbst dort, wo es sich nur um die ‚Sozialisierung der Verluste‘ handeln würde. Wo also die Vergesellschaftung in Form des kapitalistischen Staatseigentums als logische Reaktion auf bestimmte Krisenprozesse notwendig erschiene, erzwingt die Furcht der Bourgeoisie vor dem ‚Sozialismus‘ die staatliche Finanzierung des privaten Unternehmertums zu Lasten der öffentlichen Haushalte — entgegen aller marktwirtschaftlichen Prinzipien —, an deren Finanzierung ja auch die Bourgeoisie beteiligt ist.

2. *Umverteilung des Nationaleinkommens*: Trotz der Hauptorientierung der Bourgeoisie auf eine wesentliche Senkung der Umverteilungsquote konnte dieses Ziel nicht erreicht werden. Freilich muß unter den gegebenen Umständen die Tendenzabschwächung als Erfolg im Sinne der Monopole angesehen werden. Dies betrifft besonders die Kennziffer des Staatsverbrauchs.

Es liegt auf der Hand, daß hier selbst für eine privatmonopolistische Linie — angesichts der Notwendigkeit des staatlichen Einsatzes zur Bereinigung der Disproportionen und der sozialen Krisenfolgen sowie des Kräfteverhältnisses der Klassen — nur ein geringer Spielraum besteht. Aber man muß beachten, daß z. B. eine Verringerung des Anteils am BSP um 1 Prozentpunkt eine Reduzierung um 13 Mrd. DM bedeutet und damit statistisch eine Erhöhung der Nettoundernehmereinkommen um 5 Prozent oder der Industrieinvestitionen um ein Drittel ermöglicht. Das Schwergewicht liegt nicht nur auf der Eindämmung der Umverteilungsquoten, sondern auf der Veränderung der Belastungen und der Verteilungsströme. Hier ist vor allem auf den Abbau der Sozialausgaben zu verweisen, der 1975/76 mit dem Haushaltsstrukturgesetz seinen ersten und 1976/78 mit der Redu-

54 Dabei geht auch die sogenannte seriöse bürgerliche Wissenschaft zu einer scharfen Agitationsgangart über. Symptomatisch dafür etwa H. C. Recktenwald, ansonsten durch Interpretationen Adam Smith' bekannt: „Der Roststift ist aber immer noch weit besser als ein Ausweichen auf die Kreditfinanzierung...“ „Ernsthaftes Überprüfen und Infragestellen aller öffentlichen Leistungen nach Höhe und Dringlichkeit, ohne Rücksicht auf Einwände wie soziale Demontage oder (in der Sprache des Ostens) Reduzierung von sozialen Ertungenschaften.“ „Bei dieser Sachlage erscheint jede politische Forderung nach noch mehr Staat aus ökonomischer Sicht zumindest anachronistisch.“ usw. usw.

(H. C. Recktenwald: Unwirtschaftlichkeit und Staatssektor, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik — Hrg. H. D. Ortlieb, B. Molitor, W. Krone, 23. Jahr, Hamburg/Tübingen 1978, S. 163, 165.)

zierung der dynamischen Rente seinen zweiten Höhepunkt erreichte. Die Tendenz zur Entlastung der Unternehmen und der Profite hat sich weiter, wenn auch in kleinen Einzelschritten, entfaltet. Die in diesem Zuge fälligen Senkungen der Lohnsteuer und damit die Anhebung der Nettolöhne müssen auch als Bestandteil der staatsmonopolistischen Lohnpolitik gesehen werden, die vor allem zur Entlastung der Unternehmer beitragen soll. Sie nehmen sich allerdings angesichts der kaum — oder nur zeitlich — gebremsten absoluten und relativen Höhe dieser Steuer als minimal aus. Gleichzeitig erfolgte die Orientierung auf die Erhöhung der Verbrauchsteuern (Tabaksteuer, Mehrwertsteuer u. a.). Das von der Regierung nach dem Bonner Gipfel verkündete Steuerpaket ist ein Beispiel für eine derartige Balance der Steuerpolitik. Dabei sorgt die Wirtschaftslobby der Konzerne in Bonn dafür, daß entsprechende Ausnahmebestimmungen für ihre Interessenten eingebaut werden, was die Steuergesetzgebung zu einem nur noch mit Hilfe von Steuerberatungsfirmen durchdringbaren Dickicht gemacht hat.

Die Neugliederung des Steueraufkommens zwischen den Gebietskörperschaften scheiterte bisher immer wieder an den inneren Widersprüchen des Staatsapparates und ging jeweils zu Lasten des schwächsten Gliedes, der Städte und Gemeinden (siehe die beabsichtigte Beseitigung der Lohnsummensteuer). Sie wäre bei gegebenen Kräfteverhältnissen nur denkbar unter Bedingungen stark sprudelnder Steuereinnahmen. Diese inneren Disproportionen der Staatsfinanzen stellen nach wie vor — ein Beispiel ist das Scheitern des von Bonn initiierten Investitionsprogramms während der Krise an der hohen Verschuldung der unteren Gebietskörperschaften — für die Verwirklichung eines Gesamtkonzepts der Wirtschaftspolitik ein ernsthaftes Hindernis dar.

Die immer wieder angekündigte durchgreifende große Steuerreform ist bisher auf der Strecke geblieben.

Vom Standpunkt des Monopolkapitals bleibt der Sozialhaushalt nach wie vor das große Bleigewicht der Akkumulation. Die fortgesetzten Angriffe der politischen und ideologischen Repräsentanten des Monopolkapitals belegen<sup>55</sup>, daß sich die Konflikte auf diesem Gebiet in den kommenden Jahren noch zuspitzen werden.

55 So etwa H. Friderichs, vormalig Bundeswirtschaftsminister und jetzt Vorstandspräsident der Dresdener Bank, in einem Vortrag in der Schweiz: Die Bedrohung gehe vom „sozialen Wohlfahrtsstaat aus“; die Wirtschaftspolitik habe sich zu sehr von einer liberalen Ordnungspolitik auf die Ebene der Verhaltenskontrolle der Wirtschaftssubjekte verlagert. „Das Netz der sozialen Sicherheit ist für jene, die es mißbrauchen wollen, längst zu einer bequemen Hängematte geworden.“ Die Advokaten einer extensiven Sozialpolitik gingen von einem fragwürdigen Menschenbild aus. usw. usf. (Nach: Neue Zürcher Zeitung vom 7. 7. 1978.)

Hysterische Töne schlägt der Professor H.-D. Ortlieb an:

Nach seiner Ansicht ist eines der Grundübel, daß die Einsicht in die Bedingtheit von Rechten und Pflichten verlorengehe. Allerdings sei es für „die dauerhafte Existenz einer Gesellschaft weniger gefährlich (—), wenn diejenigen, die ihre Funktion erfüllen, mehr erhalten, als ihnen vielleicht zustände, als wenn diejenigen, die nichts oder fast nichts leisten wollen und können oder gar den sozialen Zusammenhalt zu unterminieren suchen, das gleiche zugemessen erhalten. Geht diese Einsicht verloren, so muß der gesellschaftliche Fortschritt in Rückschritt umschlagen, weil an die Stelle der Ausbeutung von oben die Vorherrschaft des Neides von unten und die Ausbeutung aller durch alle tritt.“

Wenn man den Mitgliedern der Gesellschaft nicht schon sehr früh die Anpassung an die Normen des Kapitalismus eintrichtere — so nicht die Worte von H. D. Ortlieb, aber der Sinnzusammenhang und das, was er meint —, dann „wird der von uns allen finanzierte Sozialstaat zum Gegenstand der Ausbeutung durch eine wachsende Anzahl neurotisch Kranker, Fauler und Aggressiver. Dann wird der Unterschied von Verbrechern und terroristischen Weltverbessern immer fließender.“

Sein Rezept: „Um einem solchen Schicksal zu entgehen, müßten alle Übertreibungen und Widersprüchlichkeiten, die sich in unserem Sozial- und Bildungswesen an allen Reformen der letzten zehn Jahre heraus-

3. *Wirtschaftslenkung und -programmierung*: Die mittelfristige Finanzplanung und die Globalsteuerung stellen für die BRD die entwickeltste Form zentraler staatsmonopolistischer Einflußnahme auf den Wirtschaftsprozess dar. Unter den Bedingungen von Inflation und Krise hat sich im Sinne ihrer Zielsetzung ihre relative Wirkungslosigkeit herausgestellt. Mit der Umorientierung der Wirtschaftspolitik erlangten gegenüber den Haushalten die Bundesbank und die Instrumente der Geld- und Kreditpolitik eine größere Bedeutung. Aber freilich erreichte auch damit die Wirtschaftspolitik keine größere Annäherung zwischen Zielsetzung und Realität. Das beweist die Diskrepanz zwischen den Daten der Wirtschaftsleitlinien und der realen Entwicklung. Diese Diskrepanz gilt selbst, sieht man von einigen Jahren ab, für die neu ins Spiel gebrachte Kennziffer, die Zentralbankgeldmenge.

Alle diese Kennziffern sind nur der zusammengefaßte Ausdruck der wirtschaftlichen Haupttendenzen, die in der ‚Mikroökonomie‘ ‚gemacht‘ werden. Diese Ebene entzieht sich aber unter den gegebenen Bedingungen nicht nur der verbindlichen Beeinflussung, sondern infolgedessen auch einer verbindlichen Planung und zutreffenden Prognose. Trotz des im Vergleich zu früheren Perioden heute gewaltigen Apparates der Wirtschaftsbeobachtung und Prognose, als dessen oberstes Orakel der Sachverständigenrat fungiert, hat sich in den letzten Jahren der Umfang der Fehlerquote nicht verringert. Die in prinzipiellen Ursachen begründete Unfähigkeit zu treffenden Prognosen muß allerdings in dem Maße zunehmen, wie das nackte bourgeoise Klasseninteresse mögliche analytische Einsichten verdrängt. Dies ist nun in der Tat beim SVR und der Mehrzahl der bürgerlichen Wirtschaftsinstitute der Fall.

Fehlerhafte Einschätzungen, die sich die Regierung zu eigen macht, schlagen nun aber auch unmittelbar über die Haushalts- und Finanzplanung auf die Orientierung der Staatsaktivitäten zurück. In der Folge kommt es für die Öffentlichkeit zum Wechselbad von Horror- und Erfolgsmeldungen über die Situation der Staatsfinanzen.

Auch in der Krisen- und Nachkrisensituation überschreitet die Strukturpolitik, soweit sie mehr oder weniger unmittelbar die private Kapitalverwertung tangiert, nicht den Rahmen der Mechanismen der kapitalistischen Marktwirtschaft und verzichtet auf Eingriffe in die ‚Autonomie‘ der Unternehmerentscheidungen.

Als der Situation insgesamt und besonders den Sicherheits- und Umweltinteressen der Bevölkerung unangemessen hat sich das Energieprogramm der Bundesregierung erwiesen. Es ist nicht nur verstärkt unter den Druck der konkurrierenden Monopolgruppen gekommen, sondern auch der Protestbewegungen der Bevölkerung. Als besonders belastend stellt sich gerade hier der Verzicht auf eine durchgehende Verstaatlichung vor allem des Atombereichs heraus. Hier schlägt aber auch die Konzeptionslosigkeit für die Entwicklung des öffentlichen Sektors generell durch. Eine zentrale Planung, Leitung und Lenkung dieses Sektors ist unter der Dominanz der privatmonopolistischen Entwicklungslinie blockiert.

Auch auf dem Gebiet der Umwelt- und Raumordnung ist unter diesen Bedingungen

gestellt haben, rasch und nachhaltig beseitigt werden. Eine solche Notwendigkeit wird heute bereits von vielen erkannt. Doch die Angst, für unsozial, autoritär oder reaktionär gehalten zu werden, läßt sie weiter schweigen.“

Der Herr Professor gehört allerdings zu den Mutigen in diesem Lande.

(H.-D. Ortlieb: Die mißverständene Freiheit oder woran eine egalitäre Gesellschaft zugrunde geht, in: Hamburger Jahrbuch, a. a. O., S. 20, 21.)

noch nicht entschieden, welcher Weg der Lösung im Rahmen der kapitalistischen Gesamtverhältnisse beschritten wird. Der Zwang der Widersprüche erforderte auf der einen Seite die Durchbrechung des kapitalistischen Markt- und Akkumulationsmechanismus, der Zwang der gegenwärtigen Gesamtkonstellation wirft auf der anderen Seite entsprechende Programme in diesen Bannkreis zurück. Bei den Umweltfragen findet deshalb das Verursacherprinzip nur verwässerte Anwendung, die Folgekosten fallen für den Staatsbereich und die Steuerzahler an. Auf der anderen Seite unterbleibt aber auch der Übergang zu einer vollen Infrastrukturalisierung, also die volle Verwandlung in einen an die öffentlichen Haushalte angeschlossenen öffentlichen Bereich.

Trotz der vielfältigen Aktivitäten für die Technologie- und Wissenschaftsförderung, die sich auch unter gegebenen Verhältnissen am ehesten als Hebel strukturpolitischer Weiterentwicklung im Sinne verbindlicher staatlicher Einflußnahme anböte, sind entsprechende Programme, die notwendigerweise die Bildung entsprechender zentraler Fonds erforderlich machten, durch das Veto der Kapitalinteressen blockiert worden. Bei dem einzigen Fall, bei dem gesetzliche Regelungen zur Bildung eines ähnlich gelagerten Fonds — nämlich bei der Berufsausbildungsabgabe — verabschiedet worden waren, wurde die Anwendung des Gesetzes auf Druck der Unternehmerinteressen storniert.

Auch beim Programm für Zukunftsinvestitionen, das 1977 verabschiedet wurde und eine Laufzeit über mehrere Jahre hat, deutet sich nicht an, daß es zum Hebel für die vielbeschworene ‚Strukturpolitik aus einem Guß‘ werden könnte.<sup>55a</sup> Vorherrschend wird vielmehr auch in den nächsten Jahren das ‚Gießkannenprinzip‘ bleiben, das ausschließlich auf die Begünstigung der Monopolisierungsprozesse hinausläuft.

Zusammenfassend: in der Realität der BRD gibt es gegenwärtig keine Anhaltspunkte dafür, daß sich der Übergang zu einer neuen Entwicklungsstufe des ökonomischen Regulierungsmechanismus des SMK vollzogen hätte oder unter der Dominanz der privatmonopolistischen Entwicklungsvariante bei gegebenen Kräfteverhältnissen vollziehen könnte.

### **Die Erosion des Systems der Sozialpartnerschaft<sup>56</sup>**

Sinkende und niedrige Wachstumsraten verschärfen nicht nur den Klassenkampf zwischen Arbeit und Kapital um Löhne und Arbeitsbedingungen, sondern der Verteilungskampf wird auch zwischen dem SMK als Gesamtsystem und der Arbeiterklasse auf der Ebene der Sozial-, Steuer- und Wirtschaftspolitik ausgetragen.

Vom Klassenstandpunkt der Bourgeoisie und des Monopolkapitals erscheint die Lohnpolitik als Kettenglied der Wirtschaftsentwicklung. Die Sicherung der bisherigen Konkurrenzvorteile veranlaßt sie zum Spiel mit der Preisgabe des bisherigen ‚sozialen‘ Konkurrenzvorteils, d. h. eines im Vergleich zu den Konkurrenzländern niedrigeren Niveaus des offenen sozialen Konflikts und Klassenkampfes von unten. Ermutigt durch die im

<sup>55a</sup> Dies trifft auch für das sogenannte neue Konjunkturpaket zu, das die Bundesregierung nach dem Bonner Gipfel in die Wege zu leiten gezwungen war. In wesentlichen Partien läuft es auf eine Steuerentlastung der Unternehmen hinaus (Aufhebung der Lohnsummensteuer). Trotz eines Finanzministers (Matthöfer), der als Verfechter strukturpolitischer Konzepte gilt, mußten unter dem Druck der privatmonopolistischen Entwicklungslinie sowohl fiskalpolitische als auch strukturpolitische Konzepte in der Schublade bleiben.

<sup>56</sup> Dieser Gesichtspunkt kann hier sehr kurz abgehandelt werden, da auf ihn andere Beiträge dieses Bandes ausführlich eingehen.

Verhältnis zu den aufbrechenden Übeln geringe Intensität des Widerstandes der Arbeiterklasse in der Krise, mitbedingt durch die Schockwirkung der Massenarbeitslosigkeit, hat die Monopolbourgeoisie den Weg der Offensive gegen die wichtigste Massenorganisation der Arbeiterklasse, gegen die Gewerkschaften beschritten. Offensichtlich kalkuliert sie mit der disziplinierenden Wirkung der ökonomischen Verhältnisse, vor allem der Massenarbeitslosigkeit, und der Rechtsverschiebung im politischen und gesellschaftlichen Leben der BRD.

Für diese Tendenz zeugen vor allem die Massenaussperrungen während des Druckerstreiks 1976, die Klage gegen das Mitbestimmungsgesetz 1977, die Null-Linie in der Tarifrunde 1978, die Offensivaussperrungen im Frühjahr 1978, die verstärkten politischen Angriffe gegen die Gewerkschaften, bis zum gewissen Grad auch der Bruch der Konzentrierten Aktion, der mit der Mitbestimmungsklage einkalkuliert wurde.

Diese Situation hat aber auch den Linkskräften in den Gewerkschaften Auftrieb verliehen, zur Orientierung der Kader und z. T. auch des ‚Apparats‘ auf die eigentliche Stärke der Gewerkschaften, nämlich ihrer Fähigkeit der Mobilisierung der Basis beigetragen. Der Klassenkampf von oben verengte zunehmend den Raum zum Lavieren.

Infolge der Fortdauer der Krisenerscheinungen für die Arbeiterklasse, der sich häufenden offenkundigen Fehlprognosen der Regierung und der Wirtschaftspropaganda, der verschärften sozialen Folgen der kapitalistischen Anwendung der Ergebnisse der wissenschaftlich-technischen Revolution für Kerngruppen der organisierten Arbeiterschaft u. a. hat die integrative Wirkung der Wirtschafts- und Sozialideologie des westdeutschen SMK auf die Arbeiterklasse offenkundig abgenommen, ist also für das staatsmonopolistische System eine ‚ideologische Lücke‘ entstanden, die freilich derzeit nur beschränkt auf den sozialökonomischen Raum die Formierung des Widerstandes begünstigt.

Wie kritisch vom Standpunkt der Reproduktionsinteressen der Arbeiterklasse die Ergebnisse der Lohnrunden 1978 auch beurteilt werden müssen, so zeigen sie gleichwohl die Grenzen der an den Monopolinteressen orientierten Wirtschaftspolitik.

Vor allem im Rahmen der Gewerkschaften formierten sich 1978 verstärkt auch jene Kräfte, die für eine demokratische Alternativpolitik gegen den derzeitigen Stabilitätskurs der Regierung auftreten und die Ausweitung der staatlichen Aktivitäten, die Arbeitszeitverkürzung, die Stärkung der Massenkaufkraft zur Einschränkung und zum Abbau der Arbeitslosigkeit fordern. Die Konsequenzen dieser Alternativorientierungen verleihen auch den Forderungen nach Investitionskontrolle und -lenkung und nach Verstaatlichung wieder neues Leben. Die Forderungen nach ‚Demokratisierung der Wirtschaft‘ erhalten nun aus der unmittelbaren Situation der Arbeiter heraus stärkeren Rückhalt. Eine systematisierte Form haben diese Alternativforderungen im Memorandum 1978 demokratischer Wirtschaftswissenschaftler und Gewerkschaftler erhalten.

Die unmittelbar gegen die privatmonopolistische Entwicklungsvariante des SMK formulierten Alternativforderungen, deren Vehikel und Nahziel die Abschwächung der Krisenlasten und -folgen für die Arbeiterklasse und für die werktätige Bevölkerung insgesamt ist, finden nicht nur Rückhalt in der Arbeiterklasse, sondern auch in einem Teil der keynesianisch orientierten Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Die Forderungen dieses Flügels werden durch die schon skizzierte internationale Konstellation begünstigt, zu der auch gehört, daß die internationalen kapitalistischen Organisationen (OECD, EWG u. a.) in der Regel für eine aktive nachfrage- und wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik plä-

dieren. Vom Standpunkt dieser Organisationen, die auch den Klassenauseinandersetzungen in der Gesamtheit der ihr angeschlossenen Länder und im Weltmaßstab stärker Rechnung tragen müssen, erscheint der Frontalangriff auf den ‚Sozial- und Wohlfahrtsstaat‘ ein kaum gangbarer Weg.

Die ökonomischen und sozialen Widersprüche machen auch vor dem bisherigen politischen System der BRD nicht halt. Wie wir schon weiter vorn skizzierten, verstärkt sich die Tendenz zum ‚starken Staat‘, zum Ausbau der Repressionsorgane und -funktionen, zur Einschränkung der demokratischen und sozialen Rechte. Zum anderen wird im Bereich der Bürgerinitiativen, an der Umwelt- und Kernenergiefront ein soziales und politisches Protestpotential entbunden, das sich — trotz aller widersprüchlichen Tendenzen — vorab beim Aufbrechen der Konflikte der Kontrolle des Bonner Parteikartells zumindest zeitweise entzogen hat. Die Furcht vor der Staatsverdrossenheit der Bürger reflektiert die abnehmende Integrationskraft des politischen Systems des SMK in dieser Periode.

Für die Gesamttendenz bleibt allerdings die auch im Sommer 1978 noch ungebrochene Dynamik der Rechtstendenzen bestimmend, die sich auf der Grundlage der privatmonopolistischen Entwicklungsvariante des SMK formiert haben und auf die weitere Durchsetzung dieser Linie orientiert sind. Mit den Frühjahrskämpfen 1978 der Arbeiterklasse zeichnen sich aber auch die Konturen jener Kräfte ab, die diese Tendenz brechen können.

\* \* \*

Abschließend wollen wir auf die Frage eingehen, ob sich in der derzeitigen Vorherrschaft der privatmonopolistischen Entwicklungsvariante des SMK nur spezifische Besonderheiten der Situation des westdeutschen Imperialismus ausdrücken und ob dadurch nur eine zeitweilige Blockade, also eine zeitliche Verzögerung des Übergangs zu weiterentwickelten Formen des ökonomischen Mechanismus des SMK erfolgt oder nicht.

Verschiedene Autoren<sup>57</sup> erinnern daran, daß die Tiefe der großen Weltwirtschaftskrise zu Beginn der 30er Jahre mit der Krise des privatmonopolistischen Regulierungsmechanismus der kapitalistischen Wirtschaft zusammenhing, wodurch sich in der Krise nicht mehr die spontanen Kräfte zur Bereinigung der Disproportionen entsprechend den Erfordernissen des Wertgesetzes durchsetzen konnten. Eine Lösung sei nur durch den Übergang zu einer nachfrageorientierten staatsmonopolistischen Wirtschaftspolitik und durch die Ausweitung der staatlichen Aktivitäten möglich gewesen. Dies trifft sowohl auf die fa-

57 So A. Anikin, W. Kusnezow, *Der staatsmonopolistische Kapitalismus der 70er Jahre*, a. a. O., S. 249 ff. Beide Autoren orten Tendenzen („allgemeine Gesetzmäßigkeiten“), die unseres Erachtens gegenwärtig für die BRD keinen Realitätsgehalt haben:

— Die Einmischung des Staates in die Verteilung des Nationaleinkommens nehme weiter zu.

— Es gebe eine „Tendenz zur Verlagerung des Schwergewichts von den indirekten auf die direkten Methoden der staatlichen Einmischung, von der Zirkulationssphäre auf den Bereich der Produktion, von der konjunkturellen auf die strukturelle Regulierung“.

— Erneut gewinne „die staatliche Programmierung“ „Populartät“.

(Ebenda, S. 254.)

Kusnezow formuliert auch später (vgl. IFW-Berichte, 7/1977, S. 8): „Somit pocht die Forderung nach dem Übergang zur Strukturpolitik, zur direkten Einmischung des Staates in den Produktionsprozeß buchstäblich an die Türen der Institutionen, die für die Regulierung der Ökonomie zuständig sind.“

International sieht er eine „Tendenz zur ‚Supranationalität‘ der staatsmonopolistischen Regulierung“ (Ebenda, S. 9).

schistische kriegswirtschaftliche Variante als auch auf das New Deal der Roosevelt-Ära in den USA zu. Per Saldo: Die Überwindung der Krise sei nur durch die Entwicklung des SMK, durch den Übergang zu einem neuen ökonomischen Regulierungsmechanismus möglich gewesen.

Die Weltwirtschaftskrise 1974/75, ebenso die Inflation und die Krise des kapitalistischen Währungssystems sowie die Labilität der nachfolgenden Periode beruhen auf der Krise des staatsmonopolistischen Systems der Wirtschaftsregulierung, wie es sich in der Nachkriegsperiode mehr oder weniger in allen imperialistischen Ländern gefestigt habe. Dabei wird die Wirksamkeit der Gesetze des Zyklus in beiden Fällen nicht in Abrede gestellt. Jedoch wird aus der Krise des Regulierungsmechanismus die Tiefe, der umfassende Charakter und die nachfolgende Labilität erklärt. Als strukturelle Hauptursache wird der neue innere Grad der Monopolisierung der einzelnen Nationalwirtschaften und die in ihren Ausmaßen neue internationale Dimension des Monopolisierungs- und Verflechtungsprozesses angesehen. Wenn man so will, der Erfolg der staatsmonopolistischen Regulierung, der in relativ hohen Wachstumsraten vieler imperialistischer Länder und einer wachsenden internationalen Verflechtung zum Ausdruck kam, hebt mit der Förderung des nationalen und internationalen Monopolisierungsprozesses seine eigenen Grundlagen auf. Die globalwirtschaftliche Steuerung greift nicht mehr und verwickelt sich in zunehmende Widersprüche, die ihre Maßnahmen durchkreuzen, weil zum einen die durch monopolistische und finanzkapitalistische Profitpolitik hervorgerufene Inflation die zyklische Entwicklung überlagert und weil zum zweiten für die Monopole unter diesen Bedingungen kein hinreichender ökonomischer Zwang besteht, auf die ‚Signale‘ der Globalsteuerung zu reagieren, wenn sie nicht ihren unmittelbaren ökonomischen Interessen entspricht.

Unter diesen Gesichtspunkten erscheint die stabilitätspolitische Orientierung des SMK der BRD, wie in diesem Beitrag gezeigt, als Reaktion auf die Krisensituation zur Sicherung ihrer Konkurrenzposition, d. h. der ‚ihres‘ Monopolkapitals. Dieser Kurs hat nach innen einen sozialreaktionären und nach außen einen expansiven Charakter. Er kann im wesentlichen nur unter zwei Bedingungen durchgehalten werden: erstens, wenn und solange die inneren sozialökonomischen und politischen Kräfteverhältnisse stabil bleiben und sie kein Umschalten auf einen nachfrageorientierten Expansionskurs, der höhere Inflationsraten in Kauf nehmen müßte, erzwingen und solange ein relativ niedriges Lohnniveau erhalten werden kann; zweitens, solange die Handelspartner die Gläubigerposition der BRD und ihre expansive Handelspolitik hinnehmen oder sie aus Eigeninteressen hinnehmen gezwungen sind und nicht mit protektionistischen Maßnahmen reagieren. Gleichwohl kann diese Politik selbst unter den gegebenen Bedingungen die negativen Krisenauswirkungen nicht beseitigen. Ihr für das Monopolkapital positiver Effekt besteht aber darin, daß die Größenordnung und Internationalisierung der westdeutschen Konzerne und Finanzgruppen beschleunigt vorangetrieben werden kann und daß sich auf diesem Weg die ‚Modernisierung‘ der westdeutschen Wirtschaft vollzieht. Dies realisiert sich in der privatmonopolistischen Entwicklungsvariante des SMK in der BRD.

Wie wir in diesem Beitrag ausführten, sehen wir in der Realität der BRD gegenwärtig keine Anhaltspunkte und unter der Dominanz der privatmonopolistischen Variante auch keine zwingenden Gründe, daß in Kürze der Übergang zu einer neuen Form staatsmonopolistischer Regulierung in Richtung einer mehr oder weniger geschlossenen Strukturpolitik mit den Hebeln der staatlichen Investitionslenkung im Interesse des Monopol-

kapitals erfolgen würde und könnte. So sehr sich von der inneren Logik der Entwicklung dieser Übergang auch als notwendig erweisen mag, so bedeutet er damit jedoch noch nicht den Vollzug in der historischen Realität. Neben den angeführten Verwertungs- und Expansionsinteressen des Monopolkapitals sprechen dagegen auch die derzeitigen sozial-ökonomischen und politischen Kräfteverhältnisse, also der Entwicklungsgrad des Klassenkampfes.

Sicher erscheint es uns demgegenüber, daß die Fortsetzung dieser Entwicklungslinie für die Arbeiterklasse und die werktätige Bevölkerung der BRD zunehmende Krisenprobleme mit sich bringt. Die neuen Konfliktfelder und -fronten treten schon in den letzten Jahren zunehmend hervor und bestimmen auch die Situation in der Arbeiterbewegung.

Auf der internationalen Ebene des Imperialismus hat zweifellos, wie die Entwicklung zeigt, die Notwendigkeit der Entwicklung der staatsmonopolistischen Regulierung in die Breite zugenommen. Im Rahmen der imperialistischen Rivalität — und unter dem Druck antiimperialistischer Tendenzen im Weltmaßstab — ist die Beeinflussung der nationalen Wirtschaftspolitik durch die imperialistischen ökonomischen und politischen Kräfteverhältnisse eine neue Erscheinung. Es erscheint jedoch zweifelhaft, ob dies als Übergang zu Formen staatsmonopolistischer Regulierung im internationalen Maßstab interpretiert werden kann. Daß eine solche Tendenz in der Logik der Entwicklung liegt, ist ebenso unbestreitbar wie die Tendenz zum Weltmonopol. Aber die kapitalistische Konkurrenz und die imperialistische Rivalität rufen Gegentendenzen hervor, die diese Tendenzen nicht aufheben, aber doch den Grad ihrer Realisierung im historischen Prozeß bestimmen.

Für die BRD ist die Brechung der privatmonopolistischen Entwicklungsvariante ohne eine im Kampf um eine demokratische Wende herbeigeführte Änderung der Kräfteverhältnisse nicht zu erwarten.

# Anhang: Statistische Kennziffern zur Entwicklung 1970—1978

Kennziffern	Anmerkungen	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	Quellen
<b>1. Allgemeine Wirtschaftsentwicklung</b>											
<b>1.1 Bruttosozialprodukt lfde. Preise</b>											
— in Mrd. DM		679,0	756,0	827,2	920,1	986,9	1030,3	1123,2	1193,3	—	2, 4
— in v. H. zum Vorjahr		—	+ 11,3	+ 9,4	+ 11,2	+ 7,3	+ 4,4	+ 9,0	+ 6,2	—	
<b>1.2 Bruttosozialprodukt Preise von 1970</b>											
— in Mrd. DM		679,0	701,7	727,3	763,0	765,7	746,5	789,4	808,0	—	2, 4
— in v. H. zum Vorjahr		+ 3,3	+ 3,6	+ 4,9	+ 0,4	— 2,5	+ 5,7	+ 2,4	—	—	
<b>1.3 Produzierendes Gewerbe</b>											
— Index (1970 = 100)	<sup>1</sup> Mai	100,0	101,5	106,2	112,8	110,5	103,6	110,7	113,5	120,9 <sup>1</sup>	1, 4
— in v. H. zum Vorjahr		+ 5,9	+ 1,6	+ 4,5	+ 6,2	— 2,0	— 6,2	+ 6,9	+ 2,5	+ 2,3 <sup>1</sup>	
<b>2. Struktur der Wirtschaftsentwicklung</b>											
<b>2.1 Produktionsergebnis je Arbeiterstunde</b>											
— Index (1970 = 100)	<sup>1</sup> März	100,0	106,1	114,6	122,7	128,3	134,0	144,7	151,9	156,3 <sup>1</sup>	2, 3
— in v. H. zum Vorjahr		—	+ 6,1	+ 8,0	+ 7,1	+ 4,6	+ 4,4	+ 8,0	+ 5,0	+ 1,7	
<b>2.2 Kapazitätsauslastung der verarbeitenden Industrie in v. H.</b>											
		90,8	87,5	85,6	86,7	81,7	77,1	81,7	82,7	—	1
<b>2.3 Gesamtwirtschaftliche Anlageinvestitionen</b>											
— Anteil am BSP in v. H. (lfde. Preise)		25,6	26,9	26,3	25,0	21,9	20,8	20,7	20,8	—	4, 5
— in v. H. zum Vorjahr (Preise von 1970)	<sup>1</sup> 1. Qu.	—	+ 6,4	+ 3,5	+ 0,2	— 10,0	— 4,2	+ 5,1	+ 3,7	— 0,2 <sup>1</sup>	2, 3
<b>2.4 Anteil der Erweiterungsinvestitionen an allen Industrieinvestitionen in v. H.</b>											
		55,1	48,9	39,1	41,0	34,1	23,9	23,9	25,1	—	1
<b>2.5 Index der Industrieinvestitionen (1970 = 100)</b>											
— alle Industrieinvestitionen		100,0	99,2	90,1	87,3	79,9	74,9	76,0	79,1	—	1
— Erweiterungsinvestitionen der Industrie		100,0	88,0	64,0	65,0	49,5	32,5	33,0	36,0	—	1
<b>2.6 Insolvenzen (Anzahl)</b>											
		4201	4437	4619	5515	7722	9195	9361	9562	—	1
<b>2.7 Meldepflichtige Fusionen (Anzahl)</b>											
		291	219	267	243	318	448	453	554	—	1
<b>2.8 Abhängig Beschäftigte des produzierenden Gewerbes (ohne Energie- und Bauwirtschaft) in Betrieben über 20 Beschäftigten</b>											
— in Tsd.	<sup>1</sup> April	8379	8327	8134	8158	7960	7449	7250	7185	7117 <sup>1</sup>	4
— in v. H. zum Vorjahr		— 0,6	— 2,3	+ 0,3	— 2,4	— 6,4	— 2,7	— 0,9	— 0,5	—	
<b>2.9. Registrierte Arbeitslage in Tsd.</b>											
	<sup>1</sup> Juni	149	185	246	273	582	1074	1060	1030	877 <sup>1</sup>	4

Kennziffern	Anmerkungen	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	Quellen
<b>3. Einkommensentwicklung und -verteilung</b>											
3.1 Nettolohn- und -gehaltssumme in v. H. zum Vorjahr	<sup>1</sup> 1. Qu.	+ 15,7	+ 10,3	+ 9,3	+ 9,0	+ 8,4	+ 3,5	+ 3,6	+ 6,0	+ 6,1 <sup>1</sup>	4
3.2 Masseneinkommen (Nettolöhne und -gehälter, Sozialrenten und -unterstützungen, Nettopensionen) in v. H. zum Vorjahr	<sup>1</sup> 1. Qu.	+ 13,6	+ 10,8	+ 10,4	+ 9,8	+ 10,3	+ 9,5	+ 4,6	+ 6,4	+ 7,0 <sup>1</sup>	4
3.3 Reallöhne der beschäftigten Lohnabhängigen in v. H. zum Vorjahr		—	—	—	+ 1,2	+ 2,6	+ 1,2	- 0,3	+ 1,8	—	1
3.4 Anteile der Nettoeinkommen am Volkseinkommen in v. H.											
— der Nettolöhne und -gehälter		44,4	—	—	43,1	43,3	43,2	41,0	41,0	—	1
— der Nettoeinkommen aus Unternehmer Tätigkeit und Vermögen		26,2	—	—	22,9	21,4	21,7	22,4	21,0	—	1
— Differenz zu 100 (Staat, Sozialversicherung, Außenbeitrag)		29,4	—	—	34,0	35,3	35,1	36,6	38,0	—	1
<b>4. Außenwirtschaft</b>											
4.1 Veränderung des Welthandels (ohne RGW-Länder, aber mit Rumänien) zum Vorjahr in v. H. (wertmäßig auf Basis des US-Dollar nach Vierteljahresdurchschnitten)											
— Gesamtausfuhr		—	+ 12,3	+ 18,9	+ 39,1	+ 47,1	+ 3,3	+ 13,9	+ 12,9	—	6
— Gesamteinfuhr		—	+ 11,7	+ 17,2	+ 37,8	+ 46,5	+ 4,0	+ 13,4	+ 13,7	—	6
4.2 Exportpreise auf dem kapitalistischen Weltmarkt Index (1950 = 100) für											
— Fertigwaren		147	154	166	196	238	268	270	292	—	7
— Rohstoffe		105	116	131	189	323	317	326	365	—	7
— Brennstoffe		121	151	169	229	696	710	744	809	—	7
4.3 Ausfuhr der BRD											
— in Mrd. DM (lfde. Preise)		158,6	174,2	190,2	226,2	276,2	272,2	310,4	328,0	—	4, 5
— in v. H. zum Vorjahr		+ 11,8	+ 9,9	+ 9,1	+ 18,9	+ 28,6	- 1,5	+ 14,1	+ 5,7	—	
— in v. H. zum BSP (lfde. Preise)		23,4	23,0	23,0	24,6	28,0	26,4	27,6	27,5	—	
4.4 Ausfuhrüberschuß der BRD in Mrd. DM		+ 22,4	+ 23,3	+ 27,3	+ 40,7	+ 58,7	+ 44,5	+ 42,1	+ 45,9	—	5
4.5 Währungsreserven der Deutschen Bundesbank (Gold, Sonderziehungsrechte, Devisen) in Mrd. DM	<sup>1</sup> Juni	—	55,0	70,0	86,3	69,6	72,7	73,9	79,0	81,2 <sup>1</sup>	5
4.6 Private BRD-Direktinvestitionen ins Ausland in Mrd. DM	<sup>1</sup> 1. Qu.	3,2	3,7	5,0	4,4	5,0	4,9	6,2	6,4	1,1 <sup>1</sup>	4, 5

Kennziffern	Anmerkungen	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	Quellen
<b>5. Preise der BRD</b>											
5.1 Industriepreise in v. H. zum Vorjahr	<sup>1</sup> Mai	+ 5,1	+ 4,3	+ 2,6	+ 6,6	+ 13,4	+ 4,7	+ 3,9	+ 2,6	+ 1,0 <sup>1</sup>	4
5.2 Ausfuhrpreise in v. H. zum Vorjahr		+ 3,1	+ 3,4	+ 2,0	+ 6,4	+ 17,0	+ 3,9	+ 3,8	+ 1,4	—	4
5.3 Lebenshaltungskosten aller Haushalte in v. H. zum Vorjahr	<sup>1</sup> April	+ 3,4	+ 5,3	+ 5,5	+ 6,9	+ 7,0	+ 6,0	+ 4,5	+ 3,9	+ 2,9	1, 4
<b>6. Währung, Geld, Zinsen</b>											
6.1 Entwicklung des uenwertes der DM (Ende 1972 = 100) am Ende des Berichtszeitraumes											
— zum US-Dollar	<sup>1</sup> Ende Juni	—	—	100	121,4	131,1	122,8	135,1	149,7	154,6 <sup>1</sup>	4, 5
— zu den am Gruppenfloating mit der DM beteiligten Währungen	<sup>1</sup> Ende Juni	—	—	100	107,9	106,3	106,1	107,8	111,5	111,2 <sup>1</sup>	4, 5
— zu den Währungen aller EG-Länder	<sup>1</sup> Ende Juni	—	—	100	112,5	118,7	116,1	138,2	146,5	147,1 <sup>1</sup>	4, 5
6.2 Diskontsatz der Deutschen Bundesbank (jährlicher Schwankungsbereich)		7 1/2—6	5—4	3—4 1/2	5—7	6 1/2—6	5 1/2—3 1/2	—	3 1/2—3	—	5
6.3 Geldmengenentwicklung in v. H. zum Vorjahr											
— Zentralbankgeldmenge M 3 (Bargeldumlauf, Sichteinlagen, Termineinlagen unter 4 Jahren, Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist)		—	+ 13,1	+ 13,9	+ 9,0	+ 8,4	+ 8,5	+ 8,4	+ 11,0	—	4, 5
— Bargeldumlauf und Sichteinlagen		—	+ 11,9	+ 13,9	+ 1,7	+ 11,1	+ 13,5	+ 3,9	+ 11,2	—	4, 5
6.4 Kredite der Kreditinstitute der BRD und der Deutschen Bundesbank (in v. H. zum Vorjahr)											
— an inländischen Nichtbanken (Private, Unternehmen, ff. Haushalte)		—	+ 13,2	+ 14,5	+ 9,8	+ 8,0	+ 9,8	+ 10,9	+ 9,8	—	4, 5
— an Unternehmen (ohne Wohnungsbau)		—	—	—	—	+ 7,3	+ 2,5	+ 8,6	+ 6,7	—	4, 5
<b>7. Staat</b>											
7.1 Staatsverbrauch nach der Verwendungsseite des BSP in lfdn. Preisen											
— in Mrd. DM		109,0	130,6	146,5	168,6	194,0	215,5	227,5	240,2	—	4, 5
— in v. H. zum Vorjahr		—	+ 19,8	+ 12,2	+ 15,1	+ 15,1	+ 10,9	+ 5,7	+ 5,6	—	
— in v. H. zum BSP		16,1	17,3	17,7	18,3	19,7	20,9	20,2	20,1	—	
7.2 Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften und des Lastenausgleichsfonds in Mrd. DM		154,1	172,4	197,0	224,8	239,6	242,1	268,1	299,4	—	4, 5
7.3 Kassendefizite der öffentlichen Haushalte und der Sozialversicherungen in Mrd. DM		—	—7,2	—13,1	—2,4	—22,9	—68,0	—50,6	—38,0	—	4, 5

Kennziffern	Anmerkungen	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	Quellen
7.4 Verschuldung der öffentlichen Haushalte											
insgesamt											
— in Mrd. DM	<sup>1</sup> März	125,9	140,4	156,1	170,9	192,4	256,4	296,7	327,8	339,1 <sup>1</sup>	4, 5
— in v. H. der Steuereinnahmen		81,7	81,4	79,2	76,0	80,5	105,9	110,7	109,5	—	

#### Quellen

- 1 Hrg. IMSF, Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse, Frankfurt/Main, vierteljährlich, Nr. 1/1975 ff. Die dort verwendeten Zahlen sind offiziellen Quellen entnommen, die im Text ausgewiesen sind.
- 2 Hrg. Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch 1977 für die Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart/Mainz 1978.
- 3 Hrg. Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik, Monatszeitschrift, Nr. 6/1978.
- 4 Hrg. Deutsche Bundesbank, Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Frankfurt/Main, Juli 1978.
- 5 Hrg. Deutsche Bundesbank, Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1977, 1976, 1974, 1972, Frankfurt/Main.
- 6 Hrg. Institut für Weltwirtschaft, Kiel, Die Weltwirtschaft, Nr. 1/1978, 2/1977, 2/1975.
- 7 Hrg. IPW, Berlin/DDR, IPW-Forschungshefte 2/1978, Energie- und Rohstoffprobleme im heutigen Kapitalismus (verf. E. Rechtziegler u. a.).

## Markt, Plan und Profit Zur politischen Ökonomie der Investitionslenkung

Christoph Butterwegge

*Investitionslenkung, Klassenkampf und Krise — Modelle der Investitionskontrolle und -lenkung — Staatsmonopolistische Programmierung in Frankreich und Schweden — Perspektiven der Investitionslenkungsdiskussion*

Die nach dem Konjunkturumbruch 1973/74 mit großer Leidenschaft geführte, mit dem Mannheimer SPD-Parteitag (November 1975) ihren Höhepunkt erreichende Diskussion über Modelle der Investitionskontrolle und -lenkung hat einen vorläufigen Abschluß gefunden. Praktisch über Nacht waren Formen staatlicher Wirtschaftsregulierung, für viele Beobachter überraschend, in den Blickpunkt der westdeutschen Öffentlichkeit, ins Zentrum sozialwissenschaftlicher Fachdispute wie auch des innenpolitischen Parteienstreites gerückt. Genauso schnell verschwanden die Vorschläge zur Straffung oder Ausweitung der Staatseingriffe in den Wirtschaftsprozess wieder, ohne Eingang in die Regierungspraxis gefunden zu haben. Schon der zeitliche Ablauf dieser Planungsdebatte macht deutlich, daß ihr Schicksal wesentlich durch taktische Überlegungen derjenigen gesellschaftlichen und politischen Kräfte bestimmt wurde, deren ökonomische Machtposition bei konsequenter Umsetzung der Diskussionsergebnisse berührt worden wären.

Die Schärfe der Auseinandersetzung um Investitionslenkung bzw. -kontrolle hängt mit den unterschiedlichen Motiven der an ihr beteiligten Kontrahenten zusammen: Einmal löste das aufgrund der schweren zyklischen Überproduktionskrise 1974/76 offen zutage tretende Versagen der staatlichen Interventionstätigkeit unter monopolkapitalistischen Bedingungen einen Bewußtwerdungsprozeß aus, der zur Entwicklung systemkritischer Planungsmodelle im Gewerkschaftsbereich führte. Zum anderen sahen sich die Ideologen der herrschenden Klasse in Anbetracht der stagnativen Tendenzen des Kapitalismus im Weltmaßstab gezwungen, Konzeptionen für einen weiteren Ausbau des staatlichen Lenkungsinstrumentariums zu offerieren. Demgemäß fand die Intensivierung der Debatte über Möglichkeiten einer krisenlindernden bzw. -verhindernden Wirtschaftspolitik ihren Niederschlag zunächst im Schnittpunkt beider Klassenlinien: die SPD als führende Regierungspartei mit proletarischer Massenbasis reagierte früh, wenn auch widersprüchlich auf das Scheitern der von ihrem früheren Wirtschaftsminister *Karl Schiller* kreierten „Globalsteuerung“.

Im Kreise der marxistischen Linken erfuhren Investitionskontrolle und -lenkung lange wenig Beachtung. In der Diskussion überwogen rechtssozialdemokratische und reformistische Vorstellungen. Wie unausgereift die meisten Lenkungsmodelle sind, läßt bereits die Tatsache erkennen, daß die einschlägige Literatur in den letzten Jahren zwar lawinenähnlich answoll, aber immer noch von oftmals holzschnittartig gehaltenen Zeitschriftenartikeln beherrscht wird. Überdies muß es zu denken geben, daß sich Pro und Contra vorwiegend programmorientiert in der als theoretisches Organ der SPD apostrophierten „Neuen Gesellschaft“ artikulierten. Die Planungsdebatte verlief jedenfalls deshalb äu-

berst kontrovers, weil hier nicht nur konkurrierende Schulen der bürgerlichen Nationalökonomie aufeinanderprallten und gemeinsam einer ähnlich zersplitterten Fronde von Systemkritikern gegenüberstanden, sondern auch zentrale Streitpunkte der auf seiten der Linken erörterten Strategiekonzepte tangiert wurden, was zur Differenzierung der Positionen und zur Diversifikation der Modelle erheblich beitrug. Denn die Staatsfrage spielt in die Haltung zur Investitionslenkung ebenso hinein wie die Fassung des Vergesellschaftungsbegriffs, die Gewerkschaftsfrage ebenso wie die Krisenproblematik, die Bündnisfrage ebenso wie das Verhältnis von Reform und sozialer Umwälzung.<sup>1</sup>

„Investitionslenkung wird heute in der BRD in großem Umfang betrieben. Zwar nicht dem Namen, aber der Sache nach.“<sup>2</sup> Die gegenwärtige Geschichtsperiode, in der die allseitigen Fortschritte des Sozialismus merkwürdig kontrastieren zur allgemeinen Krise des Kapitalismus, die sämtliche Bereiche des gesellschaftlichen Lebens durchdringt, ist wesentlich gekennzeichnet durch das Bemühen der systemtragenden Kräfte, den Status quo durch die Einführung planerischer Elemente auf mehreren Ebenen des Wirtschaftsgeschehens zu stabilisieren. Daß sich die Intervention des Staates in den kapitalistischen Reproduktionsprozeß formal eng an die Planungsprinzipien der sozialistischen Ökonomie anlehnt und auf diesem Weg — wenn auch nicht ohne Widersprüche, Rückschläge und gegenläufige Entwicklungen — weiter voranschreitet, haben die Begründer des Marxismus bereits vor hundert Jahren richtig analysiert: „In den Trusts schlägt die freie Konkurrenz um ins Monopol, kapituliert die planlose Produktion der kapitalistischen Gesellschaft vor der planmäßigen Produktion der hereinbrechenden sozialistischen Gesellschaft. Allerdings zunächst noch zu Nutz und Frommen der Kapitalisten. Hier aber wird die Ausbeutung so handgreiflich, daß sie zusammenbrechen muß.“<sup>3</sup>

Daraus resultiert die Notwendigkeit, den marxistischen Planungsbegriff gegenüber staatsmonopolistischen Regulierungspraktiken abzugrenzen und alternative, über das bestehende System hinausweisende Forderungen zu erheben. Um den marxistischen Vorstellungen Geltung zu verschaffen, muß an die tagtäglich erfahrbare Irrationalität der herrschenden Produktionsweise angeknüpft und überzeugend nachgewiesen werden, daß Maßnahmen monopolistischer Wirtschaftssteuerung weder die Zyklicität der Kapitalreproduktion, die Periodizität der Krise, noch die Subsumtion der Lohnarbeit unter das Kapital aufheben (können). Die Planungstätigkeit des bürgerlichen Staates, der unter imperialistischen Bedingungen primär im Interesse übermächtiger Monopolgruppierungen agiert, „befreit die Arbeiter nicht davon, Sklaven zu sein, die Kapitalisten streichen ihre Profite ‚planmäßiger‘ ein.“<sup>4</sup> Jene Ambivalenz, die darin besteht, daß staatsmonopolistische Programmierungstechniken sowohl die kapitalistische Ausbeutung effektivieren als auch die materiellen Voraussetzungen des Übergangs zum Sozialismus verbessern können, erfordert eine differenzierte Beurteilung des Angebots an Investitionslenkungsmodellen wie der von Bund, Ländern und Gemeinden unter dem Stichwort „Investitionspro-

1 Vgl. auch Christoph Butterwegge, Alternativen der Wirtschaftslenkung. Zur Begründung eines Konzepts gesamtgesellschaftlicher demokratischer Planung. Mit einem Vorwort von Prof. Dr. Gerhard Kade, Köln 1976; ders., Investitionslenkung als Kampfaufgabe. Zum aktuellen Stand der Planungsdiskussion in der BRD, in: Marxistische Blätter 4/1976, S. 84 ff.

2 Welter Meißner, Investitionslenkung, Frankfurt am Main 1974, S. 45.

3 Friedrich Engels, Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, in: MEW 19, S. 220 f.

4 Siehe Wladimir I. Lenin, Rede zur Resolution über die gegenwärtige Lage, gehalten auf der Siebenten Gesamtrussischen Konferenz der SDAPR (B), 29. April (12. Mai) 1917, in: LW 24, S. 299.

gramme der öffentlichen Hand" betriebenen Akkumulationsförderung. Was als „vorausschauende Strukturpolitik" firmiert, reproduziert jene durch die Anarchie der kapitalistischen Warenproduktion bedingten Disproportionalitäten sektoraler und regionaler Natur, die zu eliminieren das sozial-liberale Regierungslager intendiert.

Dagegen spiegelt sich in den verschiedenen Modellvarianten der Investitionskontrolle und -lenkung, „die bei veränderten Kräfteverhältnissen ein Instrument zur Entmachtung der Monopole sein können",<sup>5</sup> entweder das Bedürfnis der monopolistisch organisierten Industrie unseres Landes nach größerer Planmäßigkeit des Reproduktionsprozesses oder das — oftmals durch reformistische Illusionen in bezug auf einen krisenfreien Wohlfahrtskapitalismus verkörperte — Interesse der Lohnabhängigen an der Überwindung des bestehenden Wirtschaftssystems wider. Unter den gegebenen Umständen leistet „Planung", d. h. monopolistische Programmierung des Kapitalverwertungsprozesses über den Staatsapparat, einen wichtigen Beitrag zur Systemstabilisierung. Doch erst im Sozialismus „tritt an die Stelle der gesellschaftlichen Produktionsanarchie eine gesellschaftlich-planmäßige Regelung der Produktion nach den Bedürfnissen der Gesamtheit wie jedes einzelnen".<sup>6</sup>

Im folgenden wird versucht, die Aktualität der Planungsthematik vor dem Hintergrund des kapitalistischen Krisenverlaufs aufzuzeigen, also die sozioökonomischen Determinanten der Investitionslenkungsdebatte herauszukristallisieren und den Gründen nachzugehen, weshalb es gelang, die zunächst voller Vehemenz geführte Diskussion über alternative Formen der Wirtschaftsregulierung im Sinne der Herrschenden zu kanalisieren. Dabei werden, um weiterführende Perspektiven aus marxistischer Sicht eröffnen zu können, vor allem solche Aspekte behandelt, die bislang vernachlässigt worden sind. Beispielsweise schien die Planungsdebatte in der BRD „etwas frohgemut über die Eigentumsverhältnisse hinwegzusehen."<sup>7</sup> Außerdem empfiehlt es sich, ausländische Modelle staatsmonopolistischer Regulierung (Frankreich, Schweden), die in der westdeutschen Planungsdebatte eine Rolle gespielt haben, kurz vorzustellen und Überlegungen zur Typologie der Lenkung von Investitionen im Kapitalismus wie zur Begründung unserer Konzeption gesamtgesellschaftlicher demokratischer Planung anzuschließen. „Zusammen mit der Errichtung der politischen Macht der Werktätigen, der Nationalisierung von entscheidenden Bereichen der Wirtschaft, der immer aktiveren Mitwirkung der Werktätigen bei der Entscheidung über öffentliche Angelegenheiten ist die demokratische Planung eine der notwendigen Voraussetzungen für die Umgestaltung der Gesellschaft im Dienste der Mehrheit des Volkes."<sup>8</sup>

Obwohl selbst nur Teil einer Produktion und Zirkulation, Distribution und Konsumtion übergreifenden Volkswirtschaftsplanung, wie sie die sozialistischen Staaten Osteuropas mit Erfolg praktizieren, gewinnt die Investitionslenkung auf der Schwelle zur Übergangsgesellschaft eine herausragende strategische Bedeutung für die Arbeiterklasse dadurch, daß sie an jener Nahtstelle des Akkumulationsprozesses ansetzt, wo der den produktiv Schaffenden abgepreßte Mehrwert in Kapital rückverwandelt wird. *Wolfgang*

5 Siehe Heinz Jung, Investitionslenkung und -kontrolle, Neue Stufe staatsmonopolistischer Regulierung oder Ansatzpunkt antimonopolistischer Politik, in: Marxistische Blätter 1/1975, S. 74.

6 Siehe Friedrich Engels, Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, a. a. O., S. 223.

7 Gerhard Kade, Kriterien einer gesamtwirtschaftlich orientierten Investitionssteuerung, in: Manfred Krüper (Hrsg.), Investitionskontrolle gegen die Konzerne?, Reinbek bei Hamburg 1974, S. 39.

8 Georges Marchais, Die demokratische Herausforderung, Frankfurt am Main 1974, S. 66.

*Abendroth* verlangt denn auch nach einer Planungstheorie des Übergangs kapitalistischer in sozialistische Gesellschaften, die voranzutreiben er für um so dringlicher erachtet, „als die Geschichte durch die Entwicklung von Atomkraft und Automation und durch das Erfordernis rascher Hilfe für den industriellen Aufbau ehemals kolonial beherrschter Nationen und heute noch neokolonial abhängiger Länder im Rahmen der (stets bedrohten) Ansätze zur Politik der ‚friedlichen Koexistenz‘ die internationalisierte Planung in Richtung auf eine nicht mehr antagonistische, also klassenlose Gesellschaft zur Bedingung für die Erhaltung der Zivilisation und für die Vermeidung politischer Katastrophen zu machen droht.“<sup>9</sup>

Will man die Grundlagen eines marxistischen Steuerungskonzepts skizzieren, bedarf es zuvörderst einer Klärung der Wechselbeziehung zwischen verschiedenen von den konsequentesten Kräften der Arbeiterbewegung erhobenen Forderungen. Entgegen der Neigung reformistischer Autoren, Investitionskontrolle bzw. -lenkung und Vergesellschaftung als Alternativen darzustellen<sup>10</sup>, muß konstatiert werden: Bei Investitionskontrolle und demokratischer Nationalisierung handelt es sich keineswegs um ein Konkurrenz-, sondern um ein Komplementärverhältnis. Statt einander auszuschließen, bedingen sich beide gegenseitig. Folglich haben wir es auch nicht mit einem Prioritäts-, wohl aber mit einem Interdependenzproblem zu tun: Investitionskontrolle und -lenkung eignen sich als Hilfsmittel der sozialen Emanzipation nur, wenn ihre Verschränkung mit anderen demokratischen Reformen (Mitbestimmung, Nationalisierung strukturbestimmender Wirtschaftsbereiche, Verstaatlichung des Bank- und Kreditwesens) die Brechung der in den monopolistischen Zentren konzentrierten Kapitalmacht ermöglicht. Daraus ergibt sich die Aufgabe, Investitionskontrolle und -kontrolle nicht abgelöst vom Stand der Klassenauseinandersetzungen zu erörtern, sondern sie in ein politisches Gesamtkonzept einzubetten, ihren Stellenwert im Rahmen einer antimonopolistischen Strategie und Taktik zu verorten und Planung als Prozeß, als Produkt des sich tagtäglich vollziehenden Klassenkampfes zu begreifen. Die Gretchenfrage der sich allzu leicht in Modellhuberei und intellektuellen Sandkastenspielen auflösenden Planungsdiskussion lautet: kapital- oder arbeitsorientierte Wirtschaftslenkung? „Solange die Macht der Monopole und ihr bestimmender Einfluß auf den Staat nicht zurückgedrängt werden, kann es keine Planung im Interesse eines — in der antagonistischen Gesellschaft nicht existenten — ‚Allgemeinwohls‘ und des gesellschaftlichen Fortschritts geben.“<sup>11</sup>

## Investitionskontrolle, Klassenkampf und Krise

Die gegenwärtige Entwicklungsetappe der bürgerlichen Gesellschaft ist gekennzeichnet durch einen hohen Konzentrationsgrad, den Führungsanspruch einer aufgrund der Verschmelzung von Bank- und Industriekapital entstandenen Finanzoligarchie sowie die systematische Interventionstätigkeit des Staates zugunsten der Monopole, seine Einbeziehung in den ökonomischen Reproduktionsprozeß. Im Kapitalismus der freien Konkurrenz entlud sich die Widersprüchlichkeit des auf dem Privateigentum an Produktionsmitteln beruhenden Systems in periodischen Krisen, denen eine gewisse „Reinigungswirkung“ dadurch zukam, daß überakkumuliertes Kapital vernichtet bzw. brachgelegt, die Monopolisierung vorangetrieben und ein neuer konjunktureller Aufschwung eingeleitet wurde. „Die Krisen sind immer nur momentane gewaltsame Lösungen der vorhandenen

Widersprüche, gewaltsame Eruptionen, die das gestörte Gleichgewicht für den Augenblick wiederherstellen."<sup>12</sup>

Im Gefolge der Weltwirtschaftskrise 1929/32 gingen die fortgeschrittensten kapitalistischen Länder zu einer antizyklischen Konjunktursteuerung mittels haushalts- und steuerpolitischer Maßnahmen über, für die der englische Ökonom *John Maynard Keynes* die theoretische Begründung lieferte. Unmittelbare Eingriffe des Staates in die kapitalistische Reproduktion, von US-Präsident *Roosevelt* mit seinem New Deal vorexerziert, waren nicht mehr zu vermeiden, seit die „klassische“ Überproduktionskrise ihre Funktion der Kapitalentwertung wegen des erreichten Monopolisierungsgrades nur noch partiell zu erfüllen vermochte und sich die imperialistischen Widersprüche systemgefährdend verdichteten. Dem aus der wachsenden organischen Zusammensetzung des Kapitals (Zunahme des konstanten gegenüber dem variablen Kapitalanteil) resultierenden tendenziellen Fall der Durchschnittsprofitrate entgegenwirkend, griff der sich personell und strukturell mit dem hochkonzentrierten Kapital verflechtende Interventionsstaat schließlich zum Mittel einer mehr oder weniger versteckten Finanzierung der privaten Großproduktion (Staatsaufträge besonders im Rüstungssektor, Subventionen, Steuervergünstigungen, Billigkredite, Staatsbürgschaften, Forschungsfinanzierung) und organisierte die Regulierung des durch monopolistische Verwertungsstrukturen geprägten Reproduktionsprozesses. „Verluste und Disproportionen als Folgeerscheinungen der Überakkumulation von Kapital bringen vielfältige Verzerrungen in die Produktion: Unbeständigkeit im Geschäftsablauf, Verluste auf Grund der Anarchie in der Konkurrenz, Störungen beim Einsatz technischer Mittel, Verschärfung der sozialen Spannungen sowie des ideologischen und politischen Kampfes. Die ständige Aufgabe des Staates besteht nun darin, zu versuchen, dieses Durcheinander zu entwirren, zum Nutzen der Monopolbourgeoisie und vor allem der mächtigsten Konzerne. Die kapitalistische Planung dient folglich dem Zweck, die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnisse so zu gestalten, daß die Rentabilität des Monopolkapitals gewährleistet wird.“<sup>13</sup>

Die Reife der Produktivkräfte, die Auswirkungen der wissenschaftlich-technischen Revolution und die bei Fortbestehen der privaten Aneignung unaufhaltsam vorwärtsdrängende Vergesellschaftung der Produktion machen die Anwendung neuer Steuerungstechniken zu einem objektiven Erfordernis, dem sich das Monopolkapital, wiewohl einzelne Fraktionen ihm — momentane Möglichkeiten der eigenen Profitmaximierung im Auge und längerfristige Verwertungsinteressen des gesellschaftlichen Gesamtkapitals außer acht lassend — allen erdenklichen Widerstand entgegensetzen, nicht wird verschließen können. Nicht zu unterschätzen ist auch die Rolle der RGW-Länder, die aufgrund ihrer stetigen Wachstumsraten im Rahmen der Systemkonkurrenz eine indirekte Art des

9 Siehe Wolfgang Abendroth, *Die Alternativen der Planung: Planung zur Erhaltung des Spätkapitalismus oder Planung in Richtung auf eine klassenlose Gesellschaft?*, Einige marxistische Bemerkungen zum Problem der Planung, in: ders., *Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie. Aufsätze zur politischen Soziologie*, 2. Aufl. Neuwied/Westberlin 1972, S. 493.

10 So Albert Schunk, *Vergesellschaftung und Investitionslenkung als Alternativen*, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 12/1973, S. 743: „Die Idee der Investitionslenkung ist hier als Alternative zur Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien zu verstehen. Welcher Vorschlag geeigneter ist, hängt von der Beeinflussbarkeit und Kontrollierbarkeit privatwirtschaftlicher Machtpositionen ab (...).“

11 Anneliese Werner, „Politische Planung“ im Imperialismus, in: *IPW-Berichte* 6/1973, S. 8.

12 Karl Marx, *Das Kapital* III, in: *MEW* 25, S. 259.

13 Paul Boccarda u. a., *Der staatsmonopolistische Kapitalismus*, Frankfurt am Main 1972, S. 58.

Planungsdrucks auf die Wirtschaftspolitik westlicher Industrienationen ausüben. „Die staatsmonopolistische Programmierung schränkt die spontane Wirkung bestimmter ökonomischer Gesetze ein und nutzt ökonomische Gesetze im Interesse der Monopole aus. Ihre Ergebnisse zeigen jedoch, daß das kapitalistische System unfähig ist, die gewünschten Fernwirkungen zu erzielen, da das System der ökonomischen Gesetze nicht beherrscht und von der Gesellschaft nicht kontrolliert wird.“<sup>14</sup> Andererseits glaubt *Robert Katzenstein*, es müsse unter Einsatz entsprechender Kampfmittel der Arbeiterklasse möglich sein, „den Zwang zur staatsmonopolistischen Regulierung auch hinsichtlich einer Verbesserung der Lebensbedingungen der Werktätigen auszunutzen. Allerdings sind dafür Grenzen gesetzt, die nur durch die Beseitigung des kapitalistischen Systems fallen können.“<sup>15</sup> Entscheidend ist in jedem Fall der Klasseninhalt des betreffenden Planungsmodells, auf den die politischen Kräfteverhältnisse einen nicht zu unterschätzenden Einfluß haben.

Neben den allgemeinen Entwicklungsgesetzen des Kapitalismus und ihrer spezifischen Manifestation in der BRD muß man sich vor allem „die Nachkriegsgeschichte der Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit genauer ansehen, um den heutigen Stellenwert einer Forderung nach gesamtwirtschaftlicher Investitionssteuerung richtig zu bestimmen.“<sup>16</sup> Dabei tritt zutage, daß die Planungsforderung nicht nur von den Notwendigkeiten der Anpassung des staatlichen Lenkungsinstrumentariums an die veränderten Bedingungen der kapitalistischen Ausbeutung diktiert, sondern auch vom Klassenkampf, von den Organisationen der um Erhalt und Ausbau ihrer sozialen und demokratischen Rechte kämpfenden Arbeiterbewegung auf die Tagesordnung gesetzt worden ist. Die westdeutsche Planungsdiskussion gliedert sich in drei Abschnitte, die insbesondere den ursächlichen Zusammenhang von Krise und Lenkungsschüben hervorstechen lassen:

Nach der Befreiung vom Hitlerfaschismus waren sich alle relevanten politischen Gruppierungen des zerstörten Deutschland in ihrer Option für eine geplante, die sozialen Ungerechtigkeiten des Kapitalismus bezwingende Wirtschaftsordnung einig. Davon zeugen nicht zuletzt die meisten Länderverfassungen<sup>17</sup>, deren antimonopolistischer Tenor jedoch schnell in Vergessenheit geriet, als die Führungseliten aus Wirtschaft und Politik unter dem Schutz vornehmlich der USA die Kommandohöhen des Systems zurückeroberten. Selbst die CDU hatte 1945 in ihrem Berliner „Aufruf der Christlich-Demokratischen Union an das deutsche Volk“ nicht nur weitreichende Sozialisierungsforderungen aufgestellt, sondern auch — unter dem Eindruck der Massenstimmung — ein Bekenntnis zu „straffer Planung“ abgelegt.<sup>18</sup> Doch mit der Währungsreform vollzog sich in den Westzonen die Restauration der überkommenen Besitz- und Machtverhältnisse, nicht ohne durch das Konzept der „Sozialen Marktwirtschaft“ eine ideologische Absicherung zu erfahren. Die

14 Alfred Bönnisch, *Wirtschaftsprogrammierung im Kapitalismus*, Berlin (DDR) 1969, S. 175.

15 Siehe Robert Katzenstein, *Die Investitionen und ihre Bewegung im staatsmonopolistischen Kapitalismus, Zu einigen Fragen der Reproduktion des fixen Kapitals, der zyklischen Bewegung der Gesamtproduktion und des technischen Fortschritts in Westdeutschland nach dem Kriege*, Berlin (DDR) 1967, S. 185.

16 Siehe Gerhard Kade, *Kriterien einer gesamtwirtschaftlich orientierten Investitionssteuerung*, a. a. O., S. 34.

17 Vgl. Udo Mayer, *Normative Aspekte einer demokratischen Investitionskontrolle*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 11/1975, S. 1262. Zur Vereinbarkeit mit dem Bonner Grundgesetz siehe auch Hans Joachim Böhlk u. a., „Kapitalismus als Beruf“ oder Verfassungsrechtliche Bemerkungen zur Frage der Investitionslenkung, in: *Die Neue Gesellschaft* 12/1976, S. 998 ff.

18 Zitiert nach Hans Karl Rupp, *Sozialismus und demokratische Erneuerung. Die ersten Konzeptionen der Parteien in den Westzonen nach 1945*, Köln 1974, S. 31.

das materielle Elend der großen Bevölkerungsmehrheit spürbar lindernde Nachkriegskonjunktur drängte die organisierte Arbeiterbewegung endgültig in die Defensive, zumal weder die SPD noch der DGB bereit waren, von wirtschaftsdemokratischen Illusionen abzulassen, den Aktionsvorschlägen der KPD zu folgen und die abhängig Beschäftigten für ihre Interessen zu mobilisieren. Hatte die Kampfbereitschaft der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften noch ausgereicht, die Mitbestimmung in der Montanindustrie gegen die Regierung *Adenauer* durchzusetzen, so markiert die Verabschiedung des Betriebsverfassungsgesetzes von 1952 den Punkt, wo sich die Waage des gesellschaftlichen Kräfte messens der Kapitaleseite zuneigte. Die Zeit des „Wirtschaftswunders“, ganz im Zeichen des Ordoliberalismus der „Freiburger Schule“ *Walter Eucken*s und ihres politischen Protagonisten *Ludwig Erhard* stehend, ließ planungstheoretische Vorstöße als Verrat an Volk und Vaterland erscheinen, identifizierte die veröffentlichte Meinung doch „Wettbewerb“ mit „freiheitlicher Demokratie“ und Planwirtschaft mit „kommunistischer Diktatur“. Im Kalten Krieg geriet die notorische Planungsfeindlichkeit der maßgebenden Bonner Wirtschaftspolitiker zur Staatsdoktrin. Aller Ideologie von der „freien Verkehrswirtschaft“, für die der Staat nur den rechtlichen Rahmen bereitstellt, zum Trotz flossen die als Unterstützungsleistungen an „die Wirtschaft“ deklarierten Steuermittel in Milliardenhöhe natürlich auch damals schon regelmäßig — und zwar in die Kassen der größten Konzerne.

Erst als die Krise 1966/67 das Ende der Rekonstruktionsperiode des westdeutschen Kapitalismus signalisierte, die völlige Hilflosigkeit der Erhard'schen Laissez-faire-Haltung demonstrierte und das liberale Dogma von der Selbstregulierungsfähigkeit des Marktes als Wunschdenken entlarvte, setzte sich innerhalb der Finanzoligarchie die Einsicht durch, daß nur radikale Staatseingriffe den ökonomischen Kollaps würden verhindern können. Damit schlug für die von *Karl Schiller* auf neoklassischen Kurs gebrachte SPD die Stunde der Bewährung. „Nach den Vorstellungen der Sozialdemokratie muß der Kapitalismus nicht abgeschafft, sondern geplant werden, und diese Konzeption ist es schließlich, die die SPD zu dem Zeitpunkt an die Macht bringt, als die Notwendigkeit einer besseren Planung des Kapitalismus sich in den Rezessionserscheinungen von 1966/67 unübersehbar Ausdruck verschafft.“<sup>19</sup> Die Verschiebung der politisch-parlamentarischen Kräftekonstellation, wie sie sich mit dem Eintritt der Sozialdemokratie in die Große Koalition und ihrer Regierungsübernahme 1969 vollzog, war Reflex auf das eklatante Planungsdefizit einer von den Christdemokraten zwanzig Jahre lang mehr oder weniger sich selbst bzw. dem privaten Gewinnstreben überlassenen Volkswirtschaft, die auf dem Weltmarkt nach Ansicht ihrer Führungskräfte nur dann konkurrenzfähig bleiben konnte, wenn neue Steuerungstechniken die Realisierung von Monopolprofiten reibungsloser gestalteten und die Systemloyalität der arbeitenden Bevölkerung sicherstellten. *Schiller* erklärte denn auch eine als „gesellschaftliche Kommunikation und Kooperation“ ausgegebene Abstimmung der Zielprojektionen zwischen Monopolverbänden und Gewerkschaften zum Grundgedanken der unter dem Etikett „Globalsteuerung“ firmierenden Wirtschaftspolitik: „Das heißt, je größer Rationalität und Einsicht in den autonomen gesellschaftlichen Gruppen sind, desto weniger wird der Staat in Zukunft direkt in das Wirtschaftsleben eingreifen, und um so mehr kann er sich künftig in einen Aufklärungs- und Orientierungsstaat verwandeln, der mit Argumenten statt mit Befehlen regiert und der

19 Jörg Huffschild u. a., Die Widersprüche des westdeutschen Kapitalismus und die Wirtschaftspolitik der SPD, in: Kursbuch 21 (1970), S. 55.

seine Argumente an jene gesellschaftlichen Gruppen adressiert, die zu Trägern und Vollstreckern seiner aufgeklärten Wirtschaftspolitik avancieren. Der Staat tritt hierbei aus ordnungspolitischen Motiven heraus in einen ständigen Dialog mit den Verbänden der Unternehmer, Arbeitnehmer und der Finanzwelt ein, um über sie und mit ihrer Hilfe seinen Aufgaben gerecht zu werden."<sup>20</sup>

Als 1967 das „Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft“ in Kraft trat, hatten die neuen Instrumente staatsmonopolistischen Krisenmanagements ihren ersten Einsatz schon hinter sich. Während die mittelfristige Finanzplanung die Konzentration wirtschaftspolitischer Entscheidungskompetenzen beim Bund implizierte und die föderative Natur des westdeutschen Regierungssystems weiter aushöhlte, wurde mit der Konzentrierten Aktion ein Gremium institutionalisiert, das einzig dem Koordinations- und Kooperationsbedürfnis der Kapitalisten diene und sich gerade im Hinblick auf die Disziplinierung der Lohnabhängigen bzw. ihrer Gewerkschaften als äußerst effizient erwies. „Das Stabilitätsgesetz schafft die Kompetenzen und Voraussetzungen für eine reibungslose und wirkungsvolle Planung der gesamtwirtschaftlichen Größen durch die Bundesregierung, indem es entscheidende Machtbefugnisse von den Ländern auf den Bund verlagert und Möglichkeiten einer steuerlichen Gewinnmanipulation, also zur Beeinflussung unternehmerischer Investitionsentscheidungen, bereitstellt. Es hält sich — gemäß der Konzeption der Globalsteuerung — fest im Rahmen der bestehenden Kapitalverwertungswirtschaft und erkennt die Autonomie der Unternehmerentscheidung prinzipiell als wirtschaftspolitisch oberstes Gebot an. Die Stabilisierung, die das Gesetz meint, ist die Stabilisierung der Herrschaft des Kapitals, und das Wachstum, das das Gesetz fördern will, ist die Expansion des konzentrierten Kapitals über die gesamte Gesellschaft.“<sup>21</sup>

Zu dem 1968/69 von einem Rekordanstieg der Unternehmereinkommen begleiteten Aufschwung haben die Schillerschen Regulierungsmaßnahmen entscheidend beigetragen, eine längerfristige Konjunkturverfestigung bewirkten sie nicht. Im Gegenteil; während der anschließenden Boomphase blieben die Waffen des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes merkwürdig stumpf. Die Ziele des „magischen Vierecks“, Preisstabilität, hoher Beschäftigungsgrad, außenwirtschaftliches Gleichgewicht und stetiges Wachstum, waren unter kapitalistischen Vorzeichen auch nicht annähernd zu realisieren. „Die Globalsteuerung hat ihre selbstgesetzten, gesetzlich fixierten Ziele nicht erreicht. Die fiskalpolitische Nachfragesteuerung hat selbst im Sinne des staatsmonopolistischen Kapitalismus versagt. Nach ihr sollte durch Beeinflussung des volkswirtschaftlichen ‚Datenkranzes‘ eine Gleichrichtung des Unternehmerverhaltens erfolgen, vor allem in der Investitionstätigkeit. Statt dessen haben die kapitalistischen Unternehmer eine Situation herbeigeführt, die die Staatsaktivitäten mehr und mehr stranguliert hat.“<sup>22</sup>

Es zeigte sich, daß eine Strakkato-Planung des „stop and go“ zwar geeignet ist, bestimmte Friktionen des kapitalistischen Reproduktionsprozesses abzumildern, gesetzmäßige Vorgänge (wie den Wirtschaftsaufschwung nach der zyklischen Überproduktionskrise 1966/67) zu beschleunigen oder zu verlangsamen und die gesamtgesellschaftlichen Fol-

20 Karl Schiller, Zukunftsaufgaben der Industriegesellschaft, Vorwort, in: Andrew Shonfield, Geplanter Kapitalismus, Wirtschaftspolitik in Westeuropa und USA, Köln/Westberlin 1968, S. XX.

21 Jörg Huffschmid, Die Politik des Kapitals, Konzentration und Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik, 3. Aufl., Frankfurt am Main 1970, S. 160.

22 Heinz Jung, Investitionslenkung und -kontrolle, a. a. O., S. 68.

geschäden der kapitalistischen Wildwuchsproduktion zu verringern, wenn auch nur um den Preis der Krisenverlagerung in benachbarte Gesellschaftsbereiche (Währungs- und Finanzsystem) bzw. der Krisenverschärfung (Bildungs- und Gesundheitswesen), nicht aber der Problemfülle Herr zu werden vermag. „Der grundlegende Widerspruch des Kapitalismus zwischen dem Stand der Vergesellschaftung der Produktion und der privaten Aneignung kann durch die staatliche Regulierung bestenfalls verdeckt und für eine gewisse Zeit gedämpft werden — endgültig aufzuheben ist dieser Widerspruch jedoch nur durch die Beseitigung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Die Irrationalität des gesamten Systems kann durch die Einführung partieller Rationalität nicht aufgehoben werden.“<sup>23</sup>

Spätestens die schwerste Nachkriegskrise des Kapitalismus in den Jahren 1974 bis 1976 führte das Konzept der Globalsteuerung, eben noch als Rezessionsbezwinger und Wachstumsgarant gefeiert, ad absurdum. Obwohl es bei Ausbruch der Krise so schien, als würde das westdeutsche Monopolkapital mit rigideren Formen staatlicher Regulierung auf die Zunahme seiner Verwertungsrisiken antworten, setzte sich unter der Regierung *Schmidt/Genscher* eine Richtung durch, die auf die „Selbstheilungskräfte des Marktes“ vertraute und auf Staatseingriffe weitgehend verzichtete. Das stabilisierende Moment des Hin- und Herschwankens zwischen neokeynesianischer Krisenbekämpfung und einer Austeritätspolitik à la *Brüning* bestand darin, die Vormachtstellung des BRD-Kapitals auf dem Weltmarkt zu Lasten eines Millionenheeres von Arbeitslosen und Kurzarbeitern, von Schülern und Studenten, Rentnern und Sozialhilfeempfängern zu erhalten. Der die wirtschaftspolitische Diskussion aller hochindustrialisierten kapitalistischen Staaten beherrschende Kampf zwischen Neokeynesianismus und Monetarismus wurde in der BRD zugunsten des letzteren entschieden. Die monetaristische Wende, personell durch den frei-demokratischen Wirtschaftsminister und heutigen Vorstandssprecher der Dresdner Bank, *Hans Friderichs*, sowie seinen Nachfolger *Otto Graf Lambsdorff*, nach dem Kanzlerwechsel *Brandt/Schmidt* im Frühjahr 1974, aber auch vom Regierungschef selbst repräsentiert, gab dem Krisenmanagement der SPD/FDP-Koalition sein Gepräge. Wegen des eingeschlagenen Restriktionskurses, der auch die Geld- und Kreditpolitik der Bundesbank prägte, muß die Wirtschaftspolitik der Regierung „insgesamt als ein in den Ergebnissen krisenverschärfendes Moment bezeichnet werden.“<sup>24</sup>

Die sozialdemokratische „Krisenbewältigung“ ist durch einen eklatanten Widerspruch zwischen sozialstaatlichem Anspruch und promonopolistischer Wirklichkeit, zwischen linkskeynesianischer Theorie und deflationistischer Praxis nach Friedmanschen Rezepten gekennzeichnet. In den Parteiorganen erschienen eindringliche Appelle, mittels einer expansiven Haushaltspolitik die Konjunktur zu beleben, wohingegen die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung ein weiteres Ansteigen der Arbeitslosenquote bewußt in Kauf nahm, um durch Senkung der Inflationsrate die Konkurrenzfähigkeit der westdeutschen Konzerne auf Weltmarktebene zu verbessern. In demselben Maße, wie dies gelang und trotz Dollarverfalls riesige Außenhandelsüberschüsse erzielt wurden, verschärfte sich die innerimperialistische Konkurrenz so sehr, daß es nicht nur zu ernststen politischen

23 Wilhelm M. Breuer, Der geplante Kapitalismus — Garant für Stabilität und Wachstum?, in: Friedrich Hitzer/Reinhard Opitz (Hrsg.), Alternativen der Opposition, Köln 1969, S. 105 ff.

24 Siehe Jörg Goldberg/Heinz Jung, Die Wirtschaftskrise 1974—1976 in der Bundesrepublik Deutschland, Ursachen — Auswirkungen — Argumente, Frankfurt am Main 1976, S. 44.

Spannungen im Verhältnis BRD—USA kam, sondern auch immer schwerer wurde, der Krise durch eine Exportoffensive auszuweichen. Die Synchronität der nationalen Zyklen und das Zusammentreffen von konjunkturellen und Strukturkrisen in wichtigen Industriezweigen (Bauwirtschaft, Textil- und Bekleidungsindustrie, Stahlerzeugung) trugen zur Vertiefung der wirtschaftlichen Labilität entscheidend bei.

Das als „Stagflation“ oder „Slumpflation“ bekannte Phänomen des anhaltenden Preis- auftriebs in Rezessionsphasen lieferte den Beweis dafür, „daß es der ‚Globalsteuerung‘ nicht gelingt, den Krisenzyklus aufzuheben, und daß sie Prozesse fördert, durch die neben zyklischen Krisen der Kapitalverwertung Erscheinungen einer permanenten Krise des kapitalistischen Wirtschaftssystems treten.“<sup>25</sup> Die Forderung, sich — wie in der Rezession 1966/67 — auf *Keynes'* Vorschläge zur Konjunkturankurbelung über die Erhöhung der Staatsnachfrage zu besinnen, verhalte ungehört, weil sie der Interessenlage des stark exportorientierten BRD-Monopolkapitals nicht (mehr) entsprach: „*Keynes* ist noch lange nicht tot, wie manche Monetaristen hoffen: er hat uns heute mehr zu sagen als zuvor.“<sup>26</sup> Einer der Diskussionsteilnehmer, die solche Überlegungen anstellten, bekannte, er komme sich „seit Jahren wie ein Rufer in der Wüste vor.“<sup>27</sup>

Angesichts einer zum Dauerproblem für Millionen Bundesbürger gewordenen Massenarbeitslosigkeit mußte die Berufung der Regierung auf den „Primat der Geldwertstabilität“, verbunden mit Maßhalteappellen an die Adresse der Gewerkschaften, zunehmend obsolet erscheinen, zumal eine wachsende Zahl demokratischer und sozialistischer Wirtschaftswissenschaftler alternative Möglichkeiten der Krisenbekämpfung empfahl.<sup>28</sup> Daß auch die Mehrheit der Lohnabhängigen nicht länger bereit war, den Ratschlägen des „Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ zu folgen und Reallohnseinbußen zwecks angeblicher Anregung der unternehmerischen Investitionstätigkeit hinzunehmen, zeigte die Tarifrunde 1978 mit Streiks der Hafenarbeiter, Drucker und Metallarbeiter.

Obwohl Maßnahmen zur Steigerung der Massenkaufkraft, sofern sie aus dem Zusammenhang eines umfassender angelegten strategischen Konzepts herausgerissen werden, reformistische Illusionen in bezug auf die schrittweise Transformation des Kapitalismus durch Korrekturen im Distributionsbereich (gerechtere Verteilung des als „Kuchen“ vorgestellten Sozialprodukts auf die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen) hervorrufen können, wäre eine Abschwächung der Krisenfolgen auch unter Beschränkung auf „systemkonforme“ Mittel durchaus möglich gewesen. Was sich jedoch heute in den Prognosen des Sachverständigenrates ungeachtet zweckoptimistischer Aufschwunghoffnungen

25 Siehe Klaus Franke, „Globalsteuerung der Wirtschaft“ oder „Investitionskontrolle und -lenkung“?, in: IPW-Berichte 5/1975, S. 29.

26 Uwe Jens, Ökonomie in der Krise, in: Die Neue Gesellschaft 3/1978, S. 215.

27 Siehe Karl Kühne, Konjunkturlabilität durch Haushaltszuwachsdtrosselung, in: Die Neue Gesellschaft 6/1977, S. 468.

28 Vgl. Memorandum von Wirtschaftswissenschaftlern „Für eine wirksame und soziale Wirtschaftspolitik“, vorgelegt am 4. November 1975 in Bonn, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 11/1975, S. 1287 ff.; Vorschläge zur Beendigung der Massenarbeitslosigkeit, vorgelegt im Namen von 75 Wirtschaftswissenschaftlern von Prof. Dr. Edgar Uherek (Berlin), Prof. Dr. Axel Zerdick (Berlin), Prof. Dr. Herbert Schui (Bremen) und Prof. Dr. Rudolf Hickel (Bremen) auf einer Pressekonferenz am 29. April in Bonn, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 5/1977, S. 625 ff.; Memorandum '78: Alternativen der Wirtschaftspolitik, vorgelegt im Namen von 158 Wirtschaftswissenschaftlern auf einer Pressekonferenz am 27. April 1978 in Bonn, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 5/1978, S. 624 ff.

niederschlägt, das ist die Permanenzklärung der Depression, die Kapitulation der bürgerlichen Nationalökonomie vor der Krisengesetzlichkeit des kapitalistischen Systems!

## Modelle der Investitionskontrolle und -lenkung

Die westdeutsche Planungsdiskussion wird nur verständlich auf dem Hintergrund der sich Ende des Jahres 1973 bereits deutlich abzeichnenden Krisenentwicklung, ebenso wie die ökonomischen, politischen und sozialen Verhältnisse nicht ohne Einfluß auf die konkrete Ausgestaltung der verschiedenen Modelle zur Investitionskontrolle und -lenkung blieben. Im folgenden bestimmten unausgelastete Produktionskapazitäten, Konkurse vor allem kleinerer Unternehmen, Massenarbeitslosigkeit, Reallohnsenkungen, der Abbau staatlicher Sozialleistungen, die Einschränkung demokratischer Rechte und andere Krisensymptome das Fiasko der monopolistischen Regulierungsmethoden. Versuche der verantwortlichen Politiker, die „Globalsteuerung“ durch eine Differenzierung, Regionalisierung und Sektoralisierung ihres Instrumentariums fortzuentwickeln, scheiterten an den schwerwiegenden Interessengegensätzen innerhalb der herrschenden Klasse, begegneten aber auch dem Unwillen derjenigen, die regelmäßig die Lasten staatlicher Programmierungsexperimente zu tragen haben. Im Gewerkschaftsbereich häuften sich kritische Stimmen, die nach zumindest tendenziell antimonopolistischen Reformschritten rufen, weil erkannt wurde, daß die beschönigenden Konjunkturvorhersagen der Bundesregierung, ihres Sachverständigenrates und der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute von den eigentlichen Ursachen des Dilemmas, der Unfähigkeit des Kapitalismus zur Lösung seiner Probleme, zur Befriedigung der elementarsten Bedürfnisse des arbeitenden Menschen, ablenkten. Die krisenbedingte Enttabuisierung der Lenkungsthematik hätte, das lehrt die Erfahrung anderer Länder, von einer starken, kämpferischen und bewußten Arbeiterbewegung zur Verankerung des sozialistischen Planungsgedankens in den Massen genutzt werden können — zweifellos ein wichtiger Beitrag zur Bildung proletarischen Klassenbewußtseins.

Beim gegenwärtigen Kräfteverhältnis zwischen den Klassen fing die Investitionslenkungsdebatte die wachsende Unzufriedenheit weiter Teile der arbeitenden Bevölkerung auf und diente als „theoretische Spielwiese“ für Systemkritiker in den Regierungsparteien. Jörg Huffs Schmid zufolge hatte die Investitionslenkungsdiskussion zwei Funktionen: „Zum einen sollte sie ablenken und hat wirksam abgelenkt von den unmittelbar anstehenden wirtschaftlichen Problemen und wirtschaftspolitischen Aufgaben, von der Arbeitslosigkeit und den möglichen und notwendigen Maßnahmen zu ihrer Behebung. (...) Zum anderen sollte das vorläufige parteioffizielle Ergebnis dieser Diskussion alle Befürchtungen zerstreuen, daß die SPD sich auch nur einen Schritt weiter nach links und von der unbedingten Verteidigung marktwirtschaftlicher Steuerung der Wirtschaft fortbewegen würde.“<sup>29</sup> Auslösendes Moment der Planungsdiskussion ist die sozialökonomische (krisenhafte) Entwicklung des Kapitalismus; über Verlauf und inhaltlichen Rahmen der Debatte entscheiden die Konstellation der Klassenkräfte, die politischen Machtverhältnisse und die Kampfkraft der abhängig Beschäftigten bzw. ihrer Organisationen. Probleme der Wirtschaftslenkung sind keine technischen, sondern Machtfragen.

29 Jörg Huffs Schmid, Alternativen und Perspektiven im Kampf gegen die Krise, in: ders./Herbert Schui (Hrsg.), Gesellschaft im Konkurs?, Handbuch zur Wirtschaftskrise 1973—76 in der BRD, Köln 1976, S. 528.

Im Laufe der Investitionslenkungsdiskussion wurden folgende Vorschläge unterbreitet:

1. Die Investitionsmeldestelle (IMS). Um drohende regionale und sektorale Ungleichgewichte rechtzeitig diagnostizieren zu können, beschloß der Mannheimer SPD-Parteitag 1975, „die Einführung einer Meldepflicht für geplante gewerbliche und öffentliche Investitionen von einer bestimmten Größenordnung an zu befürworten.“<sup>30</sup> Eine nähere Spezifizierung blieb aus, während der im selben Jahr abgehaltene Hamburger DGB-Bundeskongreß genaue Angaben über die Voraussetzungen machte, unter denen Investitionen einer Meldepflicht unterliegen sollen. Er entschied sich für dieselben Bedingungen, wie sie der Gewerkschaftsvorschlag zur paritätischen Mitbestimmung in Großunternehmen vorsieht: „Der 10. Ordentliche Bundeskongreß des DGB fordert die Bundesregierung auf, eine öffentliche Investitionsmeldestelle einzurichten, die über Investitionen von Großunternehmen und -konzernen rechtzeitig und vollständig zu unterrichten ist. Meldepflichtig sollen alle Unternehmen bzw. Konzerne sein, die zwei der drei folgenden Kriterien erfüllen: Mindestens 2000 Beschäftigte, 75 Millionen DM Bilanzsumme, 150 Millionen DM Jahresumsatz.“<sup>31</sup> Natürlich bewirkt die Investitionsmeldestelle für sich allein keinerlei Veränderungen im Wirtschaftsablauf; eine Offenlegung der Investitionspläne erleichtert allenfalls die Marktstrategie der Konzerne. Damit werden zwar die Verwertungsbedingungen des Großkapitals verbessert, Umstrukturierungen des Wirtschaftssystems ergeben sich aber nicht. Vielmehr bleibt die IMS ganz und gar im Rahmen der herrschenden Privateigentums- und Verfügungsverhältnisse. Ihre Befürworter stellen sich vielfach auf den Boden der marktwirtschaftlichen Ordnung und streben lediglich eine Informationsverbesserung der Unternehmen an: „Die Erhöhung der Transparenz durch die Offenlegung der unternehmerischen Investitionspläne zielt zunächst einmal auf die Verbesserung der Voraussetzungen für die Selbstregulierung der Märkte.“<sup>32</sup>

2. Sektorale Investitionskontrolle (Selektive Branchensteuerung). Aufgrund sektoraler Überproduktionskrisen in der Aluminium- und Kunstfaserindustrie forderte die IG Chemie-Papier-Keramik 1973, drittelparitätisch mit Vertretern des Kapitals, der Gewerkschaften und des Staates besetzte Branchenausschüsse zu bilden, die mittels Empfehlungen und Warnungen die Investitionstätigkeit der Unternehmen eines von Überkapazitäten bedrohten Wirtschaftszweiges beeinflussen, ein Mitspracherecht über die staatlichen Subventionsleistungen erhalten und evtl. Investitionsverbote aussprechen sollen. Der von *Manfred Krüper* entwickelte Dreistufenplan<sup>33</sup> macht zwar auf den ersten Blick den Eindruck eines durchdachten und ausgewogenen Konzepts, weist aber entscheidende Schwächen auf, die ihn ungeeignet erscheinen lassen, die Disproportionen zwischen Produktion und Markt zu beheben. Wohl können Fehl- und Überinvestitionen verhindert oder vermindert werden, in Depressionsphasen erweist sich die sektorale Investitionskontrolle jedoch als unwirksam, weil ihr das Mittel des Investitionsangebots nicht zur Verfügung steht. Darüber hinaus besteht die Gefahr, daß die Gewerkschaften — ähnlich wie bei der Konzentrierten Aktion — integriert und für branchenegoistische Kapitalinteressen instrumentalisiert werden. Schließlich sind die Macht der Monopole und die Bewegungsgesetze

30 Siehe Vorstand der SPD (Hrsg.), *Ökonomisch-politischer Orientierungsrahmen für die Jahre 1975—1985* in der vom Mannheimer Parteitag der SPD am 14. November 1975 beschlossenen Fassung, Bonn o. J., S. 46.

31 Antrag 59 zum Bundeskongreß des DGB in Hamburg, Mai 1975, in: *WSI-Mitteilungen* 1/1976, S. 48.

32 Klaus Mehrens, Zum Problem der Investitionsmeldestelle (IMS), in: *WSI-Mitteilungen* 12/1976, S. 745.

33 Vgl. Manfred Krüper, Sektorale Investitionslenkung in der Aluminium- und Kunstfaserindustrie, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 12/1973, S. 774 ff.

des Kapitals nicht auf Branchenebene zu überwinden. „Erst wenn die entscheidenden Kommandohöhen, wenn die monopolistischen und staatlichen Entscheidungszentren über die wichtigsten Investitionen von der Arbeiterklasse und ihren Organisationen erobert sind, besteht berechnete Aussicht darauf, daß die zyklische Entwicklung der Kapitalakkumulation, deren wesentliche Erscheinungsform die Überakkumulation ist, einer planvollen proportionalen und kontinuierlichen ökonomischen Entwicklung weicht.“<sup>34</sup>

3. Die Investitionskontrolle. Von den sozialdemokratischen Ökonomen *Werner Meißner*, *Norbert Wieczorek* und *Karl Georg Zinn* wurde ein Modell ausgearbeitet, in dem eine nach Vorbild des Bundeskartellamtes konzipierte Behörde (Bundesamt für Investitionskontrolle) auf der Grundlage einer vom Bundestag beschlossenen Bedarfsrangskala über Großinvestitionen im Zuge eines Genehmigungsverfahrens entscheidet. Mit der sektoralen Investitionskontrolle teilt dieser Ansatz die Beschränkung auf Möglichkeiten zur negativen Selektion von Investitionsvorhaben. Die monopolkapitalistische Wirtschaftsstruktur wird als restriktives Moment planerischer Eingriffe unterschätzt. Gerade am Bundeskartellamt hat sich jedoch gezeigt, daß die staatliche Exekutive den Entscheidungsspielraum der Konzerne nicht antastet. Im seltenen Konfliktfall bieten sich dem Großkapital genügend Chancen, die Weisungen der Staatsadministration zu unterlaufen. Das größte Manko des Investitionskontrollmodells, nämlich die Tendenzen zur Verflechtung von Staat und Monopolen zu verstärken, statt sie aufzulösen, wie es das Ziel einer demokratischen Wirtschaftspolitik ist, mißdeutet *Zinn* infolge seiner Ignoranz gegenüber dem Klassencharakter des Staates als Vorteil: „Die Investitionskontrollen dürften in wachsendem Maße zu einer Konzentration der Zusammenarbeit von Kontrollbehörden und Großunternehmen führen. (...) Staat und Großunternehmen weisen bereits heute im Verhältnis zu mittleren und kleineren Unternehmen einen längeren Planungshorizont auf. Eine institutionalisierte Koordination der bereits praktizierten Langfristplanung von Staat und Großunternehmen stellt somit keinen Widerspruch, sondern eine sinnvolle Fortentwicklung der bisher gehandhabten Praxis dar.“<sup>35</sup>

4. Indirekte Investitionslenkung. Auf dem rechten Flügel der Regierungsparteien dominierten Konzeptionen, die einen Ausbau und eine Verfeinerung des Instrumentariums der „Globalsteuerung“ bezweckten. In erster Linie sind hier die Arbeiten des heutigen Arbeitsministers *Herbert Ehrenberg* und des Staatssekretärs im Wirtschaftsministerium, *Otto Schlecht*, zu nennen. Beide lehnten Eingriffe in die Investitionsautonomie der privaten Unternehmer strikt ab und empfahlen stattdessen, notwendige Korrekturen der Anlagestruktur durch Subventionen, Investitionszulagen, Steueranreize einerseits und finanzielle Belastungen andererseits herbeizuführen. Ein ausgeklügeltes Prämierungssystem soll dafür sorgen, daß dort investiert wird, wo es volkswirtschaftlich sinnvoll erscheint. Nicht das Kapital hat sich nach den Bedürfnissen der Bevölkerungsmehrheit zu richten, sondern diese den Profithunger des Kapitals zu stillen. „Die staatliche Wirtschaftspolitik hat immer dort einzugreifen, wo die Marktkräfte allein nicht ausreichen: Konkret bedeutet das, daß dort, wo die gegebene Datenkonstellation keine ausreichende Investitionstätigkeit der Unternehmen bewirkt, durch staatliche Maßnahmen der Datenkranz so verän-

34 Bernd Güther, Investitionslenkung und Investitionskontrolle (Informationsbericht 18 des IMSF), Frankfurt am Main 1975, S. 46.

35 Karl Georg Zinn, Investitionskontrollen und -planung, in: Wirtschaftsdienst 6/1973, S. 305 f.

dert werden kann, daß die Investitionen in die gewünschte Richtung gelenkt werden.“<sup>36</sup> Die Widersprüche, Strukturängel und Disproportionalitäten der Profitwirtschaft durch Profitstimulierung beheben zu wollen, heißt Teufel mit Beelzebub austreiben. — Man unterwirft sich den Bewegungsgesetzen des Kapitals, die für Störungen und Stockungen der gesellschaftlichen Reproduktion, für Überproduktion und Krisen verantwortlich sind. Indikative Planvorgaben führen sich, strenggenommen, selbst ad absurdum, lassen sie doch die Kapitaleigentümer, deren Handeln nach gesellschaftlich sinnvollen Kriterien beeinflußt werden soll, autonom über die Realisierung oder Boykottierung der gewählten Ziele entscheiden. Am deutlichsten wird dies, wenn der sozialdemokratische „Orientierungsrahmen '85“ erklärt: „Die letztverantwortliche Investitionsentscheidung innerhalb des gesetzten Rahmens verbleibt (...) beim Unternehmen.“<sup>37</sup>

5. Direkte Investitionslenkung. Neben der Investitionskontrolle, die ein Modell direkter Steuerung darstellt, sind auch andere Formen imperativer Investitionsplanung erörtert worden. Besondere Beachtung verdienen die Überlegungen *Ulrich Stegers*, der sich am Planungssystem der Volksrepublik Ungarn orientiert, dabei allerdings die sozialistischen Eigentumsverhältnisse als Grundlage der ungarischen Volkswirtschaftsplanung vernachlässigt. *Steger* plädiert für eine zentrale Investitionslenkung auf der Basis eines gesamtwirtschaftlichen Rahmenplanes, schränkte jedoch ein, daß sie „aufgrund der mangelnden Planungserfahrung, der völlig unzureichenden Datengewinnungs- und Informationsverarbeitungsbasis sowie den pluralistischen Blockierungen im Konsensbildungsprozeß (...) nicht ad hoc eingeführt werden kann.“<sup>38</sup>

6. Gesamtgesellschaftliche demokratische Planung. Marxistische Autoren stellten die Investitionslenkung in den Zusammenhang einer demokratischen Wirtschaftspolitik, die umfassende Mitbestimmungsregelungen für Arbeiter und Angestellte sowohl auf Unternehmens- als auch auf gesamtwirtschaftlicher Ebene (Wirtschafts- und Sozialräte) ebenso einbegreift wie die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien und die Verstaatlichung des Bank- und Kreditwesens. „Eine gesellschaftliche Regulierung der privaten Investitionstätigkeit ist mit den Prinzipien der privaten Kapitalverwertung unvereinbar. Im Rahmen einer antimonopolistischen Gesamtstrategie muß die machtmäßige Voraussetzung für eine weitestgehende Substitution des Kapitalverwertungsprinzips durch eine planmäßige Entfaltung der ökonomischen Gesetzmäßigkeiten im Interesse der Gesellschaft geschaffen werden.“<sup>39</sup> Damit die Investitionslenkung aus einem Hilfsmittel des Monopolkapitals zur Versterkung seines Profitaufkommens zur Fessel seines Bedürfnisses nach ungezügelter Akkumulation werden kann, bedarf es einer grundlegenden Veränderung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse. Nur unter einer antimonopolistischen Regierung, die von der Arbeiterklasse und den übrigen werktätigen Schichten getragen wird, läßt sich die Umgestaltung der Produktion im Interesse des Volkes verwirklichen, und in diesem Prozeß kann die Investitionslenkung — begriffen als Kampfaufgabe — eine wichtige Rolle bei der Wirtschaftsneuordnung spielen.

36 Otto Schlecht, Investitionssteuerung über den Markt oder über Wirtschaftsräte, in: Manfred Krüper (Hrsg.), Investitionskontrolle gegen die Konzerne?, a. a. O., S. 31.

37 Vorstand der SPD (Hrsg.), Ökonomisch-politischer Orientierungsrahmen für die Jahre 1975—1985 in der vom Mannheimer Parteitag der SPD am 14. November 1975 beschlossenen Fassung, a. a. O.

38 Siehe Ulrich Steger, Alternative Konzepte der Investitionsplanung — Ansatzpunkte, Probleme und Effizienzvergleich —, in: Jahrbuch für Sozialwissenschaft 1/1975, S. 101.

39 Manfred Zöllmer, Möglichkeiten und Grenzen der Investitionslenkung im Rahmen einer demokratischen Wirtschaftspolitik, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 5/1975, S. 522.

## Staatsmonopolistische Programmierung in Frankreich und Schweden

Erstaunlicherweise haben die Erfahrungen anderer imperialistischer Länder mit einem hoch- bzw. höherentwickelten Lenkungssystem im Rahmen der jüngsten Planungsdebatte in der BRD kaum eine Rolle gespielt. Zwar bauten auch dritte Staaten (Großbritannien, USA, Niederlande) ihr Steuerungsinstrumentarium während der fünfziger und sechziger Jahre aus, das Musterland monopolistischer Wirtschaftsregulierung aber war und ist Frankreich. Die Planification, ursprünglich auf Vorstellungen des antifaschistischen Widerstandes (*Résistance*) basierend, „wurde zum Instrument der Überwindung der relativen Schwäche des französischen Kapitalismus. Dies zeigt sich deutlich in den Zielsetzungen der verschiedenen Wirtschaftspläne. Die Themen ‚Unter-Industrialisierung‘, ‚internationale Konkurrenzfähigkeit‘, ‚Konzentration des Kapitals‘ gehören mit unterschiedlicher Akzentuierung zu den Leitmotiven aller bisherigen Wirtschaftspläne.“<sup>40</sup> Die Pervertierung der emanzipatorischen Planungsidee im Sinne des Großkapitals und der Hochfinanz führte zwei Jahrzehnte nach Kriegsende infolge nun auch in der BRD spürbar werdender Verwertungsschwierigkeiten des gesellschaftlichen Gesamtkapitals zu einer ersten Aufweichung der hierzulande herrschenden Planungsphobie, die sich in vorsichtig formulierten Vorschlägen zur Übernahme des „französischen Modells“ manifestierte.<sup>41</sup>

Trotz der von den ersten Nachkriegsregierungen ergriffenen, in erster Linie den Energiesektor, das Transportwesen sowie Banken und Versicherungen betreffenden Verstaatlichungsmaßnahmen scheiterten die Bemühungen der fortschrittlichen Kräfte in Parteien und Gewerkschaften, den Übergang zu einer sozialistischen Planwirtschaft einzuleiten.

Ausschlaggebend für den Sieg des Kapitalismus war freilich keineswegs „der sprichwörtliche französische Individualismus“, wie *Eberhard Rhein* glauben machen will,<sup>42</sup> sondern die ungebrochene ökonomische und politische Macht der einheimischen Bourgeoisie. Mit der Zeit kristallisierte sich auf dem Weg über eine stärkere Ausdifferenzierung der Mehrjahrespläne eine signifikante Bevorzugung des monopolistischen Kapitals heraus, die kleine und mittlere Unternehmen an den Rand des Ruins brachte. Die Monopolisierung der staatlichen Entscheidungsprozesse ließ die französische Wirtschaftslenkung zu einer Planung „durch die Großindustrie für die Großindustrie“ werden.<sup>43</sup> Gefördert wurden vorrangig sog. Wachstumsindustrien, d. h. solche Unternehmen, die im internationalen Konzert der Konzerngiganten mithalten konnten. Das Nachsehen hatten die Lohn- und Gehaltsempfänger, die selbständigen Zwischenschichten und unterprivilegierte Teile des Bürgertums. So beklagen selbst Befürworter der Planification „die Tendenz, Investitionen, die besonders eng mit der Entwicklung des industriellen Wachstums verbunden sind — dies gilt auch für das gesamte Verkehrs- und Nachrichtenwesen —, auf Kosten von Projektionen zur Verbesserung der sozialen Lebensqualität (Bildung, Umschulung, Gesundheitswesen, Sport, Justiz) bevorzugt zu fördern.“<sup>44</sup> Der Klassencharakter der Pla-

40 Derlev Albers u. a., *Klassenkämpfe in Westeuropa*, England, Frankreich, Italien, Reinbek bei Hamburg 1971, S. 22.

41 Vgl. z. B. *Planung in der freien Marktwirtschaft*, Bergedorfer Protokolle, Bd. 7, Hamburg/Westberlin 1964.

42 Siehe *Eberhard Rhein*, *Möglichkeiten und Probleme staatlicher Investitionsplanung in der Marktwirtschaft*, Dargestellt am Beispiel Frankreichs, Köln/Opladen 1960, S. 19.

43 Siehe *Stephen S. Cohen*, *Modern Capitalist Planning: The French Model*, Cambridge (Mass.) 1969, S. 66 f.

44 Siehe *Joachim Volz*, *Investitionslenkung in Frankreich*, in: *Gerhard Fleischle/Manfred Krüper* (Hrsg.), *Investitionslenkung, Überwindung oder Ergänzung der Marktwirtschaft?*, Frankfurt am Main/Köln 1975, S. 176.

nification wird jedoch „vor allem an der ‚Einkommensplanung‘ sichtbar. Obwohl die Einkommenszunahme aller Schichten als staatliches Ziel propagiert wurde, führte die staatsmonopolistische Planifikation in Frankreich zu einer Verschärfung der bestehenden Einkommensunterschiede.“<sup>45</sup>

Solange das monopolkapitalistische Eigentum die Grundlage der Planifikation bildet, steht diese zu den Bedürfnissen der arbeitenden Bevölkerung im Widerspruch. Die Wirtschaftspolitik des imperialistischen Staates kann keine Übel heilen, deren Produkt sie ist. Das Dilemma der staatsmonopolistischen Programmierung besteht darin, daß sie trotz raffiniertester Versuche, das Verhalten von Staat und Privatindustrie abzustimmen und antizyklisch zu beeinflussen, Sklave des zyklischen Verlaufs der Kapitalreproduktion als Zwangsgesetz der herrschenden Ökonomie bleibt. Die französische Finanzoligarchie „verwandelte das seiner Natur nach gesellschaftliche Instrument der volkswirtschaftlichen Planung, der ökonomischen Regulierung des gesellschaftlichen Gesamtsystems, in ein spezifisch staatsmonopolistisches Instrument zur einheitlicheren, konsequenteren, d. h. programmierten Durchsetzung ihrer Interessen. Dabei verstand sie es wohl, die Planifikation mit dem üblichen staatlichen Instrumentarium zur Regulierung der Reproduktionsbedingungen geschickt zu verbinden, ohne daß die Teilsysteme innerhalb des Gesellschaftssystems in langfristiger Perspektive von ihr zu entwickeln wären. Daher treten auch in der Ausübung der ökonomischen Teilfunktionen des Monopolstaates: staatlicher Unternehmensfunktion, Funktion der Einkommensverteilung und juristisch-administrativer Regulierungsfunktion Unstimmigkeiten aller Art ein, obwohl die Planifikation gerade die Einheit der Ökonomie und Politik im Kapitalismus sichern soll.“<sup>46</sup>

Ein wesentliches Merkmal der Planifikation stellt die Unverbindlichkeit ihrer Projektionen zumindest für den Bereich der Privatwirtschaft dar. Planvorgaben imperativer Natur richten sich ausschließlich an staatliche Unternehmen, während das Verhalten des Kapitals durch indikative Rahmensetzung synchronisiert werden soll. Aufgrund des Zwittercharakters dieses Regulierungsmechanismus ergeben sich zwangsläufig immense Probleme bei der Planrealisierung. Erkannt wurde hingegen die überragende Bedeutung der Investitionsstruktur für die Entwicklung des Wirtschaftswachstums: „Die Bestimmungen über die Investitionen bilden den Schwerpunkt des französischen Plans.“<sup>47</sup> Die beiden wichtigsten Organe der Planifikation sind das Plankommissariat, dem die Aufstellung der Pläne obliegt, und die ad hoc eingesetzten Modernisierungskommissionen, deren Aufgabe in der Ausarbeitung von Investitionsprogrammen für einzelne Wirtschaftszweige besteht. In den per Regierungserlaß berufenen Kommissionen stellen die Gewerkschaftsvertreter gegenüber den Repräsentanten von Monopolverbänden, Staatsbürokratie und Management nur eine kleine Minderheit. „Der nationale französische ‚Plan‘ ist nichts anderes als eine besondere und spezifische Form der öffentlichen Phase der monopolistischen Planung.“<sup>48</sup>

Es entspricht dieser Einschätzung, daß die unternehmerische Entscheidungsautonomie im Rahmen der französischen Regulierungskonzeption strikt respektiert wird. Das war

45 Siehe Alfred Bönisch, *Wirtschaftsprogrammierung im Kapitalismus*, a. a. O., S. 166.

46 Lola Zahn, *Die französische Planifikation als Modellfall staatsmonopolistischer Programmierung*, in: *Marxismus Digest 1/1970*, S. 143 f.

47 Michel Fromont, *Öffentliche Unternehmen als Instrumente der französischen Planifikation*, in: Joseph H. Kaiser (Hrsg.), *Planung III, Mittel und Methoden planender Verwaltung*, Baden-Baden 1968, S. 395.

48 Paul Boccarda u. a., *Der staatsmonopolistische Kapitalismus*, a. a. O., S. 527.

freilich nicht immer so. Bis 1949 wurden Maßnahmen direkter Lenkung ergriffen: „Zu ihnen gehörte die staatliche Prüfung von privaten Investitionsvorhaben zum Zweck der Zuteilung von Kontingenten für Rohstoffe und Ausrüstungsmaterial, die im Bereich der Schlüsselindustrien vom Plankommissariat und im übrigen von den zuständigen Direktionen der Ministerien durchgeführt wurde.“<sup>49</sup> Wegen des Gegensatzes, in den das französische Planungsmodell zur Intention seiner geistigen Väter geraten ist, kann nicht oft genug auf jene historischen Modifikationen hingewiesen werden, denen es unterlag: „An die Stelle einer Investitionslenkung in den ersten Nachkriegsjahren trat immer stärker ein bloßes Orientieren der Investition, das auf jede Anwendung von Zwang verzichtet.“<sup>50</sup>

Die Geschichte der Planung in Schweden weist zahlreiche Parallelen auf. Auch hier hat sich das Gewicht „von direkten Eingriffen des Staates auf indirekt beeinflussende Mittel verschoben.“<sup>51</sup> Die Einbettung von Nationalbudgets in den prognostischen Rahmen längerfristiger Pläne folgt der französischen Programmierungskonzeption. Planungsorganisatorisch stützt man sich einerseits auf den Planungsrat, ein der Konzentrierten Aktion entsprechendes Expertengremium, dem auch Vertreter von Wirtschaftsforschungsinstituten angehören, andererseits auf ein dem Finanzministerium (Wirtschaftsabteilung) angegliedertes ständiges Sekretariat, das mit der Planerstellung und -revision befaßt ist.

Schwedens Regulierungsinstrumentarium unterscheidet sich von demjenigen anderer imperialistischer Staaten durch eine Reihe konjunktur- und strukturpolitischer Ziele dienender Fondseinrichtungen, die hier mit Ausnahme des Investitionsreserve-Fonds, der die größte Bedeutung hat, nicht im einzelnen dargestellt werden können. Industrieunternehmen können bis zu 40 Prozent ihrer Bruttoeinnahmen steuerfrei einem Investitionsfonds übertragen. Während 54 Prozent dieser Summe dem Unternehmen als Kapital verbleiben, werden die restlichen 46 Prozent auf ein Sperrkonto bei der schwedischen Reichsbank überwiesen. „Diese Einzahlung entzieht die Gelder zunächst der Verfügungsgewalt der Unternehmer und unterstellt sie der Aufsicht des staatlichen Amtes für Arbeitsmarktfragen, das auf Antrag der Unternehmen entscheidet, wo, in welcher Höhe und für welchen Zweck die Fonds mobilisiert werden sollen. (...) Mit diesem Programmierungsinstrument wurden konjunkturstimulierende, -dämpfende, beschäftigungs- und strukturpolitische Wirkungen erzielt. Der entscheidende Effekt besteht jedoch darin, daß die schwedischen Unternehmen große Steuerbegünstigungen erhalten und ihre Akkumulationskraft entscheidend verstärken können.“<sup>52</sup> Bei der Investitionsrücklagenbildung „tritt der gleiche Effekt ein wie bei einer beschleunigten oder sofortigen Abschreibung; deshalb kann die Fondsbildung auch als vorweggenommene Abschreibung auf spätere Investitionen bezeichnet werden.“<sup>53</sup>

Kein Wunder also, daß rechtssozialdemokratische Kreise in der BRD Gefallen am Planungsmodell des „Wohlfahrtsstaates“ Schweden gefunden haben. Sogar der Wirtschaftswissenschaftler *Werner Meißner* hebt die „Flexibilität“ des Investitionsfonds hervor, der

49 Siehe Lotte Müller-Ohlsen, *Wirtschaftsplanung und Wirtschaftswachstum in Frankreich*, Tübingen 1967, S. 63.

50 Eberhard Rhein, *Möglichkeiten und Probleme staatlicher Investitionsplanung in der Marktwirtschaft*, a. a. O., S. 62.

51 Siehe Holger Heide, *Die langfristige Wirtschaftsplanung in Schweden*, Tübingen 1965, S. 130.

52 Alfred Bönisch, *Wirtschaftsprogrammierung im Kapitalismus*, a. a. O., S. 155.

53 Siehe Volker Helms, *Der schwedische Investitionsfonds für die Bundesrepublik Deutschland — Kritische Analyse und Alternativvorschläge* —, in: *WSI-Mitteilungen* 1/1976, S. 22.

deshalb ein auch für westdeutsche Verhältnisse geeignetes Hilfsmittel der Konjunkturpolitik darstelle. „Hinzu kommt: Verstärkt sich die Notwendigkeit einer selektiven Stabilitätspolitik, so werden jene Instrumente attraktiver, welche von ihrer Konstruktion her besser auf eine kombinierte Zielsetzung von Niveau- und Strukturpolitik zugeschnitten sind.“<sup>54</sup> Auch *Karl-Heinz Luckhardt* betont, daß der Investitionsreserve-Fonds „nicht nur im Rahmen einer Globalsteuerung der Wirtschaft eingesetzt wird, sondern auch bestimmte regionale und sektorale Wirtschaftsförderungsaufgaben hat. Bei konjunkturell notwendigen Dämpfungsmaßnahmen im allgemeinen wird die Förderung von strukturschwachen Regionen und die strukturelle Umstellung von Wirtschaftssektoren ungekürzt fortgesetzt.“<sup>55</sup>

Ohne Zweifel hat der Investitionsfonds sein Teil dazu beigetragen, die Arbeitslosenquote in Schweden selbst während der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise 1974/76 relativ niedrig zu halten. Nichtsdestoweniger muß konstatiert werden, daß die Fondslösung als (trotz der imperativen Momente des Genehmigungsverfahrens bei Abrufung gesperrter Gelder für private Investitionen) indirekte Lenkungsvariante zwar das Profitaufkommen der Konzerne steigern, einzelne Auswüchse der anarchischen Warenproduktion im Unternehmerinteresse beseitigen und bestimmte Strukturdefekte des Kapitalismus vorübergehend kaschieren, aber seine Krisenanfälligkeit nur abschwächen, die Arbeits- und Lebenssituation der Werktätigen mithin weder grundlegend verbessern noch ihren Einfluß auf Produktionsziele und -ablauf mehren kann.

### Perspektiven der Investitionslenkungsdiskussion

Für die Planungspraxis der beiden behandelten Länder gilt, was auch im Hinblick auf die BRD zutrifft und von dem bürgerlichen Ökonomen *John Kenneth Galbraith* folgendermaßen kommentiert wurde: „Wenn die Wirtschaft einer Lenkung bedarf: wie erfreulich, daß sie auf so diskrete und nette Weise erfolgt!“<sup>56</sup> Der ideologische Schleier, hinter dem sich die Verschränkung von Wirtschaftsregulierung bzw. -programmierung und monopolistischem Verwertungsinteresse verbirgt, ist allerdings nur schwer zu zerreißen, denn die Rechtfertigung des verstärkten Staatsinterventionismus kann sich vordergründig auf die partielle Interessenkonvergenz von Lohnarbeit und Kapital stützen, läßt sich doch etwa die Subventionierung der Konzerne in strukturschwachen Gebieten mit dem Zwang zur Schaffung neuer Arbeitsplätze legitimieren. Selbst wenn von ihrer Anlage und Intention her fortschrittliche Steuerungsmodelle realisiert würden, verbliebe vor allem multinationalen Unternehmen ein weites Feld, um den Konsequenzen der veränderten Lage zu entgehen. Deshalb hat sich die Bewertung einer jeden Lenkungs-konzeption nach den herrschenden Eigentumsverhältnissen, dem Einfluß demokratisch legitimierter Arbeitervertreter auf Planungsziele und -methoden sowie der Überwachung der Planerfüllung, nicht zuletzt aber auch nach der Wirkung von Begleitmaßnahmen (Preiskontrollen, Bestimmungen zur Verhinderung von Kapitalflucht usw.) zu richten. Tatsächlich greifen Lenkungsdirektiven so lange nicht im Interesse der Lohnabhängigen, wie das Großkapital

54 Werner Meißner, *Investitionslenkung*, a. a. O., S. 87.

55 Karl-Heinz Luckhardt, *Bericht über die schwedische Arbeitsmarktpolitik*, in: *Die Neue Gesellschaft* 6/1977, S. 454.

56 John Kenneth Galbraith, *Gesellschaft im Überfluß*, 2. Aufl. München/Zürich 1970, S. 203.

über den bürgerlichen Staat Projektionen und Kalkulationen zu manipulieren oder die Planexekution mittels ökonomischer und politischer Ausweichmanöver zu hintertreiben vermag.

Das Konterkarieren einzelner gegen seine Interessenpräferenzen verstoßender Steuerungsbeschlüsse fällt dem Kapital um so leichter, je höher der Monopolisierungsgrad einer Volkswirtschaft ist. Die beträchtliche Konzentration und Zentralisation des westdeutschen Kapitals findet ihren Niederschlag in den Berechnungen von *Norbert Koubek* und *Ingrid Scheibe-Lange* über den Anteil der Umsatzmilliardäre am Gesamtanlagevolumen des Jahres 1972. Demnach investierten 103 Konzerne „über 35 Mrd. DM und vereinigten damit mehr als zwei Fünftel der Investitionen in Industrie, Handel und Verkehr auf sich“. 57 Diese Zahlen, wiewohl durch die Fusions- und Konkurswelle der Krisenjahre inzwischen überholt, unterstreichen, daß die innerhalb der SPD vorübergehend wiederaufgelebte Wettbewerbsdiskussion „bestenfalls ökonomische Nostalgie“ 58 sein kann.

Die auch in bezug auf den Entwicklungsstand ihres staatlichen Regulierungssystems als „verspätete Nation“ hinter dem imperialistischen Weltstandard zurückgebliebene BRD braucht, zumindest was Schlagkraft und Aggressivität ihrer Finanzoligarchie angeht, keinen Vergleich mit westlichen Industrienationen zu scheuen. An diesem Tatbestand dürfte auch die Modernisierung des wirtschaftspolitischen Instrumentariums wenig ändern. Im Gegenteil. Durch die Realisierung eines technokratischen Lenkungsmodells würde der Monopolisierungsprozeß weiter forciert, die Verflechtung zwischen Großkapital und Staatsapparat intensiviert.

Ähnliches gilt für das vom Hamburger SPD-Parteitag im November 1977 verabschiedete Konzept einer „vorausschauenden Strukturpolitik“. Es sieht vor, Konjunkturrat und Finanzplanungsrat zwecks Behandlung strukturpolitischer Probleme zu einem „Strukturrat der öffentlichen Hand“ zusammenzufassen und einen „Strukturrat der sozialen Gruppen“ zu bilden, der die Bundesregierung berät, eine Empfehlung bei Standortentscheidungen öffentlicher bzw. staatlich geförderter Unternehmen abgibt und Stellung zur Arbeitsmarktlage im Gefolge strukturpolitischer Maßnahmen bezieht. „Die konzertierte Aktion wird so weiterentwickelt, daß sie strukturpolitische Aufgaben übernehmen kann (Strukturrat der sozialen Gruppen). Dazu gehört die Meinungsbildung der gesellschaftlichen Gruppen zum Strukturwandel und eine bessere Abstimmung zwischen staatlicher Wirtschaftspolitik und privaten Unternehmensplanungen.“ 59 Gedacht ist ferner an die Schaffung eines Strukturfonds, der sich in erster Linie aus ERP-Mitteln sowie Zuschüssen des Bundes und der Länder speisen soll. Zur „Beruhigung des Konjunkturverlaufs“ wird die Bildung unternehmerischer Investitionsrücklagen bei der Bundesbank erwogen, die auf Vorschlag der Regierung vom Konjunkturrat freigegeben werden. Mittels solcher anti-zyklischer Beeinflussung des privaten Investitionsverhaltens dürften sich die durch den mit der wachsenden organischen Zusammensetzung des Kapitals einhergehenden Profitratenfall zusätzlich verstärkten Störungen im Reproduktionsprozeß zwar abschwächen lassen; die zunehmenden Verwertungsschwierigkeiten liegen jedoch in der Natur des Ka-

57 Siehe Norbert Koubek/Ingrid Scheibe-Lange, Einzel- und gesamtwirtschaftliche Daten zur Investitionsstruktur in der BRD, in: WSI-Mitteilungen 8/1974, S. 325.

58 Ulrich Steger, Zum Verhältnis von „Plan“ und „Markt“ im Orientierungsrahmen, in: Die Neue Gesellschaft 1/1975, S. 15.

59 Vorstand der SPD (Hrsg.), Parteitag Hamburg, 15.—19. November 1977, Bschlüsse zur Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Finanzpolitik, Bonn o. J., S. 10 f.

pitals selbst begründet und treten, solange die kapitalistische Produktionsweise fortbesteht, in periodischer Regelmäßigkeit als Überakkumulationskrise auf.

Wie die oben skizzierten Vorschläge zeigen, setzt die SPD-Führung auf technokratische Regulierungsvarianten mit integrationistischer Zielsetzung. Eine noch so gute Koordination der staatlichen Steuerungsinstrumente und optimale Information über wirtschaftspolitisch relevante Daten heben allerdings die Bewegungsgesetze des Kapitals, und das bedeutet: zyklischer Verlauf des Reproduktionsprozesses und Aufeinanderfolge von Konjunktur und Krise, nicht auf. Von rechtssozialdemokratischer wie von Unternehmerseite wird die Planungsthematik gern zu einem Problem der „richtigen“ Instrumente erklärt, wodurch von der entscheidenden Frage nach dem Klasseninhalt der Wirtschaftslenkung, ihren sozialökonomischen Grundlagen und den gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen, auf denen sie beruht, abgelenkt wird.

Die instrumentelle Verkürzung des Gegensatzpaares „Plan“ und „Markt“ oder „Markt und Lenkung“ soll darüber hinwegtäuschen, daß sich hier zwei verschiedene Wirtschaftssysteme gegenüberstehen, von denen das eine durch den Grundwiderspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privatkapitalistischer Aneignung gekennzeichnet ist, auf der Ausbeutung der Lohnarbeit durch das Kapital basiert, wohingegen das andere, in dem sozialistische Eigentumsformen dominieren, eine planvolle Nutzung der gesellschaftlichen Ressourcen sowie eine kontinuierliche Entwicklung der Wirtschaft und des materiellen Wohlstands aller ermöglicht. Das Märchen vom „gemischtem Wirtschaftssystem“, in dem nur noch über ein ausgewogenes Verhältnis zwischen „Markt“ und „Lenkung“ als Instrumenten einer aufgeklärten Wirtschaftspolitik gestritten werden muß<sup>60</sup>, verschleiert die wahren Macht-, Eigentums- und Klassenverhältnisse im staatsmonopolistischen Kapitalismus. Die Ambivalenz der Forderung nach Investitionskontrolle bzw. -lenkung besteht darin, sowohl zur „Modernisierung“, Effektivierung und Stabilisierung des kapitalistischen Systems beitragen als auch seiner Bekämpfung und schließlichen Überwindung dienstbar gemacht werden zu können. Sie ist „einerseits eine Art bürgerlich-demokratische Verbrämung der Alleinherrschaft der Monopole im Bereich wirtschaftlicher Entscheidungen. Andererseits kann eine Investitionskontrolle und -lenkung — wenn sie von starken antimonopolistischen Kräften durchgesetzt wird — die private ökonomische Entscheidungsbefugnis der Monopole einengen und den Spielraum der demokratischen Kräfte vergrößern, die für die Zurückdrängung der Macht der Monopole in Wirtschaft und Staat kämpfen“.<sup>61</sup>

Ihre volle strategische Relevanz für die Arbeiterbewegung gewinnen Eingriffe in den kapitalistischen Reproduktionsprozeß erst im Rahmen einer gesamtgesellschaftlichen demokratischen Planung, deren politökonomisches Rückgrat der antimonopolistische Dreiklang von paritätischer Mitbestimmung, Investitionslenkung und Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien bildet. Im Gegensatz zum reformistischen, „partnerschaftlich“ orientierten wie zum „antirevisionistischen“, Investitionslenkungsmaßnahmen pauschal als systemstabilisierend verdammenden Standpunkt verknüpfen Marxisten die Tagesforderung nach staatlicher Wirtschaftsplanung mit dem sozialistischen Ziel, betrachten die

60 Vgl. etwa Wolfgang Roth, Markt und Lenkung — Versuch eines Dialogs, in: ders. (Hrsg.), Investitionslenkung, Ergebnisse einer Diskussion zwischen jungen Unternehmern und Sozialdemokraten zum Problem von Markt und Lenkung, Reinbek bei Hamburg 1976, S. 10 f.

61 Klaus Franke, „Globalsteuerung der Wirtschaft“ oder „Investitionskontrolle und -lenkung“?, a. a. O., S. 32.

Verwirklichung entsprechender Modellvorstellungen als ein strategisches Zwischenziel, das Ausgangsbasis weiterreichender Reformen antimonopolistischen Inhalts sein kann, und benennen den konkreten Zusammenhang, in dem Steuerungskonzeptionen den Machtzuwachs der Werktätigen im Klassenkampf institutionell abzusichern vermögen. Maßnahmen der Investitionskontrolle und -lenkung werden als Mittel zur Errichtung von Gegenmachtpositionen verstanden, um durch Teilerfolge der politischen Ökonomie der Arbeiterklasse über die des Kapitals den Grundstein einer neuen Gesellschaftsordnung zu legen. Jedes isoliert umgesetzte Regulierungsmodell kann von den Lohnabhängigen und ihren Gewerkschaften nicht zum Zwecke der Erzeugung proletarischen Massendrucks genutzt werden, konzediert doch selbst *Herbert Ehrenberg*, „daß eine Vielzahl der Eigentumsverfügungsrechte einem gesamtgesellschaftlichen Planungsprozeß entgegenstehen“.<sup>62</sup> Hinsichtlich der Vorschläge aus dem linkssozialdemokratischen Bereich, die dem bürgerlichen Staat die „Rolle des Vermittlers demokratisch legitimierter Planungsprozesse“<sup>63</sup> zuweisen, läßt sich eine Desorientierung insofern konstatieren, als die Problematik des monopolistischen Eigentums an Produktionsmitteln außer acht bleibt. Sogar das großbürgerliche „Handelsblatt“ mußte nach einer im Namen von Konsum- und Unternehmerfreiheit geführten Kampagne gegen das Wiederaufleben der Planungsdiskussion zugeben: „Das Reizwort Investitionslenkung verliert bei näherer Betrachtung der unterschiedlichen Theorien zu diesem Begriff einiges von seinem Beigeschmack von Systemüberwindung.“<sup>64</sup>

Getrotzt werden muß dem Modetrend bürgerlicher Ideologieproduktion, beinahe schon „klassisch“ zu nennende Forderungen der demokratischen und Arbeiterbewegung — Überführung der Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum oder Ausweitung der Mitbestimmungsrechte — gegen die Investitionslenkung auszuspielen. Das Interesse an rationaler Nutzung der vorhandenen Ressourcen befriedigen „kann nur eine antimonopolistische staatliche Lenkung von Investitionen von (in den wichtigsten Sektoren) verstaatlichten und den verbleibenden privatkapitalistischen Unternehmen sein, die nicht mehr oder nicht primär auf dem kapitalistischen Profitmaximierungsprinzip beruhen, sondern in einen demokratischen, von der Arbeiterklasse, ihren Organisationen und ihrer Regierung erstellten und kontrollierten Wirtschaftsplan eingegliedert sind“.<sup>65</sup>

Von ausschlaggebender Bedeutung in bezug auf die gesellschaftspolitischen Implikationen der Planungskonzeption ist die Überschreitung einer Minimalschwelle der Vergesellschaftung, wie sie das Regierungsprogramm der französischen Volksunion aus dem Jahre 1972 vorsah: „Die Überschreitung einer Mindestgrenze bei der Nationalisierung soll es ermöglichen, die monopolistischen Zentren zu begrenzen und einzuschränken.“<sup>66</sup> Betroffen wäre neben dem Bank- und Versicherungswesen eine kleine Zahl industrieller Kernbereiche (Eisen und Stahl, Energie, Chemie, Elektrotechnik und Elektronik, Luft-

62 Siehe Vergesellschaftung — ein Mittel sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik?. Streitesgespräch zwischen Herbert Ehrenberg und Johano Strasser, in: *Die Neue Gesellschaft* 7/1973, S. 486.

63 So Georg Beez, Staatsfunktionen — politische Planung und Demokratisierung (5 Thesen), in: Rudolf Scharping/Friedhelm Wollner (Hrsg.), *Demokratischer Sozialismus und Langzeitprogramm*, Diskussionsbeiträge zum Orientierungsrahmen '85 der SPD, Reinbek bei Hamburg 1973, S. 62.

64 Investitionslenkung in Theorie und Praxis, Vielfach bestehen Zweifel an der Praktikabilität, in: *Handelsblatt* v. 3. 4. 1975.

65 Siehe Bernd Güther, *Investitionslenkung und Investitionskontrolle*, a. a. O., S. 69.

66 Werner Goldschmidt (Hrsg.), *Das gemeinsame Regierungsprogramm der Sozialisten und Kommunisten in Frankreich*, Köln 1972, S. 38.

und Raumfahrt, Rüstung). Hinzu kämen die marktbeherrschenden Unternehmen anderer Branchen.<sup>67</sup>

Der staatliche Sektor der BRD fällt, wenn man ihn mit dem anderer hochentwickelter kapitalistischer Länder vergleicht, kaum ins Gewicht. Dennoch ist auch heute schon „theoretisch ein nicht unerhebliches öffentliches Wirtschafts- und Machtpotential vorhanden, mit dem im Hinblick auf Beeinflussung und Koordinierung privater und öffentlicher Investitionen gearbeitet werden könnte“.<sup>68</sup> Skepsis verdient dagegen die Behauptung *Claus Schäfers*, gegenwärtig würden „die industriellen Investitionen mindestens so sehr überschätzt wie die staatlichen unterschätzt werden“.<sup>69</sup> Dadurch, daß sich die Interessen des hochkonzentrierten Kapitals im staatlichen Entscheidungsprozeß bevorzugt niederschlagen, geraten die öffentlichen Investitionen in unmittelbare Abhängigkeit vom Investitionsverhalten der Monopole. Im sogenannten Infrastrukturbereich tätigt der Staat Vor- und Folgeleistungen der privaten Kapitalakkumulation. Besonders in Krisenphasen, die den Legitimationsdruck, der auf dem bürgerlichen Staat lastet, potenzieren, degeneriert staatliches Handeln zur abhängig Variablen des monopolistischen Verwertungsinteresses, woraus folgt, daß der Hebel zur Veränderung der kapitalistischen Ökonomik im politischen Bereich anzusetzen ist.

Im Kampf um die Staatsmacht muß die Arbeiterklasse den Rahmen für eine an ihren Bedürfnissen und Interessen orientierte Lenkung schaffen, fällt die Entscheidung über Planungsinhalte und -methoden. Entfällt die Voraussetzung eines Wechsels in der politischen Führung, verbunden mit einem grundlegenden Strukturwandel des Staatsapparates, bleibt die Demokratisierung der Planung Vision. Sobald die Arbeiterklasse im Bündnis mit den übrigen werktätigen und antimonopolistischen Schichten die politische Macht erobert hat und ihre Parteien die Regierung stellen, beginnt die Umgestaltung der sozioökonomischen Verhältnisse, und zwar unter voller Ausschöpfung der geltenden Verfassungsnormen (insbesondere Art. 14, 15 GG), wobei die demokratische Leitung und Lenkung der Wirtschaft einen zentralen Stellenwert im Kampf gegen die noch immer starken Überreste des Kapitalismus einnimmt, weil durch sie die für den Ausgang des gesellschaftlichen Kräfte messens entscheidenden Potenzen der arbeitenden Bevölkerung zur Entfaltung gelangen. „Werden die Fragen der Investitionskontrolle und Investitionslenkung vom Standpunkt der unmittelbaren und der historischen Interessen der Arbeiterklasse in der BRD aufgerollt, dann stellen sie sich dar als Bestandteile und Elemente einer antimonopolistischen Politik zur Vertheidigung, Sicherung und Erweiterung des materiellen und sozialen Standards der Arbeiterklasse und ihrer demokratischen Rechte sowie in der strategischen Orientierung als Bestandteile und Elemente einer auf die Überwindung der Herrschaft und Macht des Groß- und Monopolkapitals gerichteten Politik. Investitionslenkung ist ein Grundelement der Realisierung einer an den Interessen des arbeitenden Volkes orientierten gesamtgesellschaftlichen demokratischen Planung der Wirtschaft, Bestandteil einer Politik zur Durchsetzung der Ökonomie der Arbeiterklasse.“<sup>70</sup>

67 Jene Konzerne, die für eine Vergesellschaftung in zwei Stufen vorzuziehen sind, listet namentlich auf: Jörg Huffschmid, Alternativen und Perspektiven im Kampf gegen die Krise, a. a. O., S. 535 f.

68 Siehe Hartmut Tofaute, Zur Problematik volkswirtschaftlicher Investitionslenkung durch öffentliche Unternehmen, in: WSI-Mitteilungen 11/1976, S. 683.

69 Siehe Claus Schäfer, Öffentliche Investitionen und staatliche Investitionsplanung als besondere Problemstruktur, in: WSI-Mitteilungen 11/1976, S. 684.

70 Bernd Güther, Investitionslenkung und Investitionskontrolle, a. a. O., S. 70.

Investitionskontrolle und -lenkung sind in den Katalog derjenigen Forderungen aufzunehmen, die den Weg zum Sozialismus ebnen und der Arbeiterbewegung die Chance eröffnen sollen, ihre historische Mission der gesellschaftlichen Umwälzung, der Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln und der Abschaffung der Klassen zu vollenden. Diese über partielle Verbesserungen des bestehenden Regulierungssystems weit hinausreichende Zielsetzung erfordert das geschlossene Auftreten der demokratischen und Arbeiterbewegung, die Aktionseinheit der Arbeiterklasse (voran ihrer Hauptströmungen, Sozialdemokraten und Kommunisten) im politischen wie im gewerkschaftlichen Kampf, überhaupt verstärkte Bemühungen aller fortschrittlichen Kräfte, sich nicht auseinanderdividieren und in die Defensive, in Resignation und Anpassung drängen zu lassen. Das gemeinsame Eintreten für eine Konzeption gesamtgesellschaftlicher demokratischer Planung könnte unter diesen Bedingungen als einigendes Band derjenigen dienen, die im Ringen um den sozialen Fortschritt heute noch getrennt marschieren.

Fragt man nach den Perspektiven der Investitionslenkung, so stößt man auf den Umstand, daß die Debatte aufflammte, als 1972/73 sektorale Überproduktionskrisen (in der Chemiefaser- und Aluminiumindustrie) Investitionsrestriktionen erforderlich machten, und daß sie abflaute, als die kapitalistische Krise Ende des Jahres 1975 ihren Höhepunkt erreicht hatte. Da die demokratische und Arbeiterbewegung unseres Landes noch zu schwach ist, um tiefgreifende Strukturveränderungen durchzusetzen, andererseits aber eine länger andauernde Depressionsphase (wie nach der Weltwirtschaftskrise 1929/33) zu erwarten ist, die Monopolverbände, bürgerliche Wirtschaftswissenschaft und -publizistik weniger nach konjunkturdämpfenden, vielmehr nach staatlichen Ankurbelungsmaßnahmen verlangen läßt, dürfte das Problem der Ausrichtung weiterer Konjunkturprogramme am Profitinteresse (Steuergeschenke für Unternehmer) oder am Nachfragemangel (Stärkung der Massenkaufkraft) im Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen stehen. Das Fortdauern der Massenarbeitslosigkeit, die für Millionen direkt Betroffener und ihre Familien zu einer Belastungsprobe sowohl in psychischer als auch in sozialer Hinsicht geworden ist, verschiebt den Brennpunkt der Klassenauseinandersetzungen fast zwangsläufig zur Sozialpolitik im weiteren Sinne, also: tarifvertragliche Absicherung gegen den weiteren Arbeitsplatzabbau durch Rationalisierungsmaßnahmen, Kampf gegen Reallohnseinbußen, Sicherung des Rentenniveaus und anderer Sozialleistungen. Dahinter wird die Forderung nach Investitionskontrolle und -lenkung vorerst zurückstehen.

Die zunehmende Kampfbereitschaft der Lohnabhängigen und ihrer Gewerkschaften, wie sie in den Tarifkonflikten dieses Jahres zutage trat, macht es jedoch möglich, wenn nicht wahrscheinlich, daß auch weitergehende, tendenziell über das kapitalistische System hinausweisende Forderungen nach paritätischer Mitbestimmung, demokratischer Nationalisierung und stärkeren planerischen Eingriffen des Staates erhoben werden. Die herrschende Klasse der BRD hat in den letzten Jahren eher auf die privatmonopolistische, mit neoliberalen Argumenten begründete Variante kapitalistischer „Krisenlösung“ gesetzt. „Für diese Orientierung und Praxis ist es absehbar, daß sie wiederum zu jenem Steuerungs- und Infrastrukturdefizit führen müssen, das am Ende der Ära Erhard stand.“<sup>71</sup> Um so notwendiger erscheint die Reaktivierung der Investitionslenkungsdiskus-

71 Wirtschaftskrise und Wirtschaftspolitik, Zu den Beziehungen zwischen Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftspolitik in der BRD in der Periode 1966/67 bis 1975/76 (Beiträge des IMSF 4), Frankfurt am Main 1976, S. 502.

sion, die nicht nur periodisch, nämlich in Phasen akuter Überproduktion bzw. Überakkumulation geführt werden darf. Wenn unsere Ausführungen dazu beitragen, die Forderung nach Investitionskontrolle und -lenkung auf seiten der Linken nicht länger als „toren Hund“ zu behandeln, haben sie ihren Zweck erfüllt.

## Verfassung und Monopole — Aspekte zur anti-monopolistischen Diskussion in Westdeutschland 1945—1947

Wolf-Dietrich Schmidt

Monopolunternehmen wie Daimler-Benz und Hoechst haben im vergangenen Jahr beim Bundesverfassungsgericht Klage erhoben gegen das neue Mitbestimmungsgesetz und argumentiert, die Eigentumsgewährleistung der Verfassung (Art. 14 GG) werde mit diesem Gesetz ausgehöhlt. Die Entscheidung des Gerichtes dürfte nicht leichtfallen, wenn selbst sein derzeitiger Präsident *Ernst Benda* im Gegensatz zu dem bekannten konservativen Verfassungsrechtler *Hans Carl Nipperdey*<sup>1</sup> konzediert, das GG enthalte „keine Wirtschaftsordnung im Sinne einer besonderen, inhaltlich festgelegten verfassungsrechtlichen Ordnung dieses Lebensbereiches“. Andererseits lehnt er auch zu Recht die Meinung ab, „daß die Väter des Grundgesetzes die Bedeutung der Wirtschaft für den staatlichen Bereich überhaupt nicht erkannt hätten“.<sup>2</sup>

Das Problem einer entstehungsgeschichtlichen Auslegung von Verfassungsnormen besteht darin, die Intentionen der „Väter“ zu erfassen. Dabei kann nicht nur der Text des GG herangezogen werden, in den aus taktischen Überlegungen von SPD und CDU/CSU kein eigenständiger Abschnitt zur Wirtschafts- und Sozialordnung aufgenommen wurde.<sup>3</sup> Fast jedes dritte Mitglied des Parlamentarischen Rates hatte vor dem Grundgesetz schon — vielfach führend — an westdeutschen Landesverfassungen von 1946/47 mitgearbeitet.<sup>4</sup> Diese — abgesehen vom Gebiet Baden-Württembergs — heute noch geltenden Verfassungen enthalten ausführliche wirtschaftliche und soziale Bestimmungen. Gegenüber dem Grundgesetz haben sie daneben den Vorzug, in Volksabstimmungen vom Souverän gebilligt worden zu sein. Bei der Durchsicht dieser Dokumente zeigt sich, daß ihnen nicht nur die Vorbehalte der Kläger gegen weitgehende Mitbestimmungsrechte fremd sind, sondern umgekehrt Zweifel an der verfassungsmäßigen Existenzberechtigung der Kläger angebracht sind. Dazu im folgenden einige historische Hintergründe.

1 Dokument Nr. 17, in: *Freiheitliche demokratische Grundordnung. Materialien zum Staatsverständnis und zur Verfassungswirklichkeit in der Bundesrepublik*. Hg. Erhard Denninger. Bd. 1. Frankfurt/M. 1976, S. 251 ff.

2 Dokument Nr. 21, in: ebenda, S. 306 ff.

3 Gerhard Beier: *Der Demonstrations- und Generalstreik vom 12. November 1948*. Im Zusammenhang mit der parlamentarischen Entwicklung Westdeutschlands. Frankfurt/M. 1975, S. 52 ff. Auch Werner Sörgel: *Konsensus und Interessen. Eine Studie zur Entstehung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland*. Stuttgart (1969), S. 207 ff. Nicht haltbar ist die Verallgemeinerung Sörgels, die SPD habe nach 1945 grundsätzlich dazu tendiert, soziale und wirtschaftliche Rechte aus der Verfassung auszuklammern. Siehe dazu auch demnächst: *Die Auseinandersetzung um die Länderverfassungen in Hessen und Bayern*. Dokumente. Hg. vom IMSF mit einer Einleitung von Wolf-Dietrich Schmidt. Frankfurt/M. 1978.

4 Richard Ley: *Die Mitglieder des Parlamentarischen Rates. Ihre Wahl, Zugehörigkeit zu Parlamenten und Regierungen. Eine Bilanz nach 25 Jahren*. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 4 (1973), S. 373—391, hier S. 377 und 381.

## I.

Alle in Westdeutschland nach 1945 geschaffenen Landesverfassungen distanzieren sich — soweit sie zu diesem Komplex Aussagen enthalten — von einer bedingungslosen Eigentumsgewährleistung. Insbesondere monopolistische Gebilde wurden nicht nur vom Eigentumsschutz ausgenommen, sondern in Bayern, Hessen, Bremen, Saarland, Württemberg-Hohenzollern und Baden sogar explizit verboten (siehe Anhang).

Die Beratungen der verfassungsgebenden Versammlungen nach 1945 zeigen, daß die Monopolverbote mit vollem Bedacht und weitgehend unabhängig von Parteigrenzen in die Verfassungen aufgenommen wurden. Der CDU-Abgeordnete *Schneider* stellte in Württemberg-Hohenzollern fest: „Die Auswüchse des Liberalismus und des Kapitalismus, über sich und zu ihrem Schutz ein Netz von Monopolen und Kartellen zu spannen und so eine Machtzusammenballung im Staat und gegen den Staat und gegen das schaffende und konsumierende Volk zu schaffen, muß ein Ende haben.“<sup>5</sup> In Baden verlangte für die Demokratische Partei (Vorläufer der FDP) der Abgeordnete *Vortisch* „die Brechung der Macht der Monopole, Kartelle und Konzerne“, um eine „individualistische Wirtschaftsordnung klar zum Zuge zu bringen“.<sup>6</sup>

In Hessen sprach sich der CDU-Abgeordnete *Dr. Köhler* aufgrund der „unseligen Erfahrungen“ dafür aus, „alle diejenigen Erscheinungsformen der Wirtschaft, die einen gefährlichen Anreiz zum Monopolkapitalismus in sich tragen, der Herrschaft der Allgemeinheit zu unterwerfen“.<sup>7</sup>

Laut Protokoll der Bremer Verfassungsberatungen sagte der FDP-Abgeordnete *Hollmann*: „Die gefährlichen Organisationen der Wirtschaft seien die Syndikate, Konzerne, Trusts und Kartelle. Gegen die solle man vorgehen.“<sup>8</sup>

Diese Auswahl aus zahlreichen Äußerungen bürgerlicher Vertreter möge als Beleg für die Breite antimonopolistischer Strömungen in den ersten beiden Nachkriegsjahren genügen.

Die Frage, ob unser gegenwärtiges System als Monopolkapitalismus, staatsmonopolistischer Kapitalismus, staatlich-regulierter Kapitalismus oder als Form einer Marktwirtschaft zu begreifen ist, wird je nach wissenschaftlicher Richtung unterschiedlich beantwortet. Daß in Wirtschaft und Gesellschaft der Bundesrepublik Konzerne, die es nach dem Willen der ersten Nachkriegsverfassungen nicht mehr geben sollte, eine entscheidende Rolle spielen, ist dagegen nicht ernsthaft abzustreiten. Im folgenden soll daher auch der Begriff des Monopols in der Regel so allgemein-anschaulich verwandt werden — Syndikate, Kartelle, Konzerne, Trusts —, wie er in den Verfassungen für alle nichtfaschistischen politischen Hauptströmungen in Deutschland konsensfähig war.

Die Monopolverbote sind nicht die einzigen Verfassungsinhalte, die der Verwirklichung harren. Häufig begegnet man einer auch staatlicherseits gepflegten Auffassung,

5 Verhandlungen der Beratenden Landesversammlung für Württemberg-Hohenzollern, 10. u. 11. Sitzung, 21. u. 22. April 1947. Amtl. hg. in Bebenhausen, Tuttingen, S. 37.

6 Verhandlungen der Beratenden Versammlung des Landes Baden, 14. Sitzung, Dienstag, den 15. April 1947. Kaufhaussaal zu Freiburg im Breisgau, Villingen o. J. (1947), S. 12.

7 Druksachen der Verfassungsberatenden Landesversammlung Groß-Hessen. Abr. III: Stenographische Protokolle über die Plenarsitzungen. Wiesbaden 1946, S. 18 (2. Sitzung, 5. August 1946).

8 Bremische Landesverfassung vom 21. Oktober 1947. Protokolle der Verfassungsdeputation und ihrer Ausschüsse (2. April 1947 — 15. September 1947). Als Manusk. gedr. (Bremen) o. J., S. 59.

derartige Bestimmungen seien mehr oder weniger unverbindliche „Programmsätze“, die sich in der gesellschaftlichen Wirklichkeit kaum durchsetzen ließen. Gegen diese fatalistische Sicht sollen im folgenden einige Faktoren benannt werden, die konkret einer Verwirklichung der Monopolverbote entgegenstanden.

Als *Viktor Agartz* in einem Hauptreferat des DGB-Bundeskongresses 1954 den Prozeß der „Restauration“ in Westdeutschland analysierte, verwies er im Zusammenhang mit den Bestimmungen der Landesverfassungen darauf, die „Struktur und die Ordnung der westdeutschen Wirtschaft“ seien „auf den Bajonetten der westlichen Besatzungsmächte geformt worden“. <sup>10</sup> Sicher schufen die Besatzungsmächte entscheidende Rahmenbedingungen für die Auseinandersetzung um politische und ökonomische Veränderungen nach 1945. Von den drei Westalliierten, insbesondere den USA, konnte keine bewußte Unterstützung einer sozialistischen Umgestaltung in Deutschland erwartet werden. Der Versuch ihrer Durchsetzung mußte letztlich auf militärischen Widerstand der Besatzung treffen.

Durch die bedingungslose Kapitulation vom 8. Mai 1945 wurde die Herrschaft des Faschismus beseitigt; der faschistische Staatsapparat war seiner zentralen, regionalen und meist auch lokalen Spitzen beraubt und lag in Agonie; der Faschismus verfügte über keinen organisierten Gewaltapparat mehr. Damit war eine entscheidende Voraussetzung erfüllt, daß sich die deutsche Arbeiterbewegung reorganisieren konnte; sie wurde jedoch durch die Westmächte nicht als Hauptträger des Neuaufbaus eingesetzt, ja im Gegenteil vielfach schikaniert. <sup>11</sup> Da — wie zu zeigen sein wird — die Arbeiterbewegung die entschiedenste antimonopolistische Kraft darstellte, waren damit schon vor der Erarbeitung und Verabschiedung der ersten Landesverfassungen 1946/47 ungünstige Bedingungen zur Durchsetzung der Monopolverbote gegeben. Der distanzierenden bis ablehnenden Haltung der Westmächte gegenüber der Arbeiterbewegung entsprach allerdings in den Jahren 1945/46 noch nicht umgekehrt eine ebensogroße Protektion des Großkapitals.

Das Großkapital ging aus dem zweiten Weltkrieg geschwächt hervor. Es war diskreditiert durch seine treibende Rolle bei der Errichtung des Faschismus, bei der faschistischen Expansion und durch die Beteiligung an Verbrechen wie in Auschwitz. <sup>12</sup> Seine Möglichkeit, über den Staatsapparat gesellschaftlich zu agieren, war eng begrenzt. Es ergaben sich auch gravierende ökonomische Probleme: erstens allgemeine Schwierigkeiten der ökonomischen Demobilisierung und zweitens spezielle Folgen der Niederlage. Zu letzteren gehörte vor allem, daß Banken und Versicherungen zur Kriegsfinanzierung ihre Einlagen in Staatspapieren angelegt hatten, deren Einlösung nun nicht mehr zu erwarten war. Die deutschen Großbanken und Versicherungen, also die umfassendsten Monopole, waren damit latent bankrott. <sup>13</sup> Dagegen bedeuteten die Verluste an Produktionsmitteln entge-

9 So z. B. Verfassung des Freistaates Bayern und Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Textausgabe mit Hinweisen und Sachregister von Konrad Stollreither. Stand 1. Januar 1977. Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit. München o. J.

10 Protokoll 3. ordentlicher Bundeskongreß Frankfurt a. M. 4. bis 9. Oktober 1954. DGB. Als Manuskript gedr., Düsseldorf o. J., S. 424 u. 429.

11 Dazu zahlreiche anschauliche Belege in: Arbeiterinitiative 1945. Antifaschistische Ausschüsse und Reorganisation der Arbeiterbewegung in Deutschland. Hg. von Lutz Niethammer u. a. Wuppertal 1976.

12 Dazu Peter M. Kaiser: Monopolprofit und Massenmord im Faschismus. Zur ökonomischen Funktion der Konzentrations- und Vernichtungslager im faschistischen Deutschland. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 22 (1975), S. 552—577.

13 Stefan Doernberg: Die Geburt eines neuen Deutschland 1945—1949. Berlin/DDR 1959, S. 254 ff. Eine genaue Untersuchung dieses Komplexes steht noch aus.

gen auch zeitgenössisch weitverbreiteter Vermutung keine entscheidende Schwächung. Da die angloamerikanischen Luftbombardements mehr den Arbeiterwohnvierteln und Verkehrseinrichtungen als den Fabriken galten<sup>14</sup>, lag der reale industrielle Kapitalstock im britisch-amerikanischen Besatzungsgebiet 1945 trotz Bombenkrieg sogar um ca. 20 % über dem von 1936.<sup>15</sup>

Diese Schwächung wurde vertieft durch Eingriffe der Besatzungsmächte, vor allem die von der Sowjetunion im Frühjahr 1945 verfügte totale Kontensperre und die Sequestrierung großkapitalistischen Eigentums im Oktober 1945 in der SBZ.<sup>16</sup> In den Westzonen wurde seit dem Zeitpunkt der Besetzung das Gesetz Nr. 52 über die Vermögenssperre praktiziert.<sup>17</sup> Der Krupp-Direktor *Johannes Schröder* erinnert sich dazu: „Damals glauben wir alle, daß diese Sperre nur der erste Schritt zu einer Vermögenseinziehung sein werde.“<sup>18</sup> Als Adressaten nannte das Gesetz wichtige Funktionäre von Partei und Staat, alle Aufsichtsrats- und Vorstandsmitglieder u. a. von elf Berliner Großbanken, alle Teilhaber der wichtigen Privatbanken<sup>19</sup>, alle Wehrwirtschaftsführer, alle Leiter, Vorsitzenden und Präsidenten der Wirtschaftskammern und Wirtschaftsgruppen. Damit unterlagen wohl annähernd alle führenden Exponenten der Monopole einer Vermögenssperre. Von den Folgen für die Betroffenen seien nur einige wesentliche genannt: Kontensperre, kein Zutritt zu Schließfächern, Ruhen des Stimmrechts aus Aktien, zeitweiser Verlust des Zeichnungs- und Vertretungsrechts. Die Vermögenssperre erstreckte sich auch auf das Privatvermögen der Betroffenen, das *gesamte* Eigentum von Firmen, deren Teilhaber sie waren. Bei sämtlichen Kreditinstituten waren Aufsichtsrats- und Vorstandsmitglieder sowie Mitglieder der örtlichen Beiräte zu „suspendieren“. Über gesperrtes Vermögen wurden Verwalter eingesetzt, die im Gegensatz zu den herkömmlichen Treuhändern weder den Eigentümern/ Anteilseignern noch den Gläubigern der Firma, sondern allein der Militärregierung verantwortlich waren.<sup>20</sup>

Die Vermögenssperre für Großkapitalisten wurde schon vor dem Potsdamer Abkommen von den Westalliierten veranlaßt und erst nachträglich durch die Proklamation Nr. 2 des Alliierten Kontrollrats vom 20. 9. 1945<sup>21</sup> völkerrechtlich legitimiert. Sie ist zu unterscheiden von dem Potsdamer Auftrag: „In praktisch kürzester Frist ist das deutsche Wirtschaftsleben zu dezentralisieren mit dem Ziel der Vernichtung der bestehenden übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft, dargestellt insbesondere durch Kartelle, Syndikate, Trusts und andere Monopolvereinigungen.“<sup>22</sup> In Ausführung dessen wurden in

14 Zwischen Befreiung und Besetzung. Analysen des US-Geheimdienstes über Positionen und Strukturen deutscher Politik 1945. Hg. Ulrich Borsdorf und Lutz Niethammer. Wuppertal 1976, S. 48. Ferner J. Chmelnizkaja: Der westdeutsche Monopolkapitalismus. Berlin/DDR 1962, S. 23.

15 Werner Abelsbauer: Wirtschaft in Westdeutschland 1945—1948. Stuttgart 1975, S. 118.

16 Dazu informative Überblicke bei Doernberg (Anm. 13), S. 252—321.

17 Gesetz Nr. 52 über Sperre und Beaufsichtigung von Vermögen. Kommentar von Hans Dölle und Konrad Zweigert. Stuttgart (1947).

18 Johannes Schröder: Die Entflechtung der Firma Krupp nach dem zweiten Weltkrieg. Persönliche Erinnerungen. In: Beiträge zur Geschichte von Stadt und Stift Essen. Heft 89 (1974), S. 35—52, hier S. 37.

19 U. a. Merck, Finck und Co; Brinkmann, Wirtz und Co; Pferdenges und Co; Delbrück, von der Heydt und Co; Münchmeyer und Co.

20 Zu diesem Aspekt besonders Walter Engler: Der „custodian“ i. S. des MRG Nr. 52 in der britischen Zone. In: Deutsche Rechts-Zeitschrift 2. Jg. 1947, S. 252 f.; Alfred Blumenfeld: Der Treuhänder i. S. des MRG Nr. 52 in der US-Zone. In: ebenda, S. 253 ff.

21 In: Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland, Nr. 1, 29. Oktober 1945, S. 11.

22 In: Potsdam 1945. Quellen zur Konferenz der „Großen Drei“. Hg. Ernst Deuerlein. München 1963, S. 357.

der SBZ 1945/46 die alten Konzerneinheiten zerschlugen und ihren Besitzern entzogen, während in den Westzonen erst Anfang 1947 Gesetze der Militärregierungen erlassen wurden<sup>23</sup>, nach denen „übermäßige Konzentration“ ohne Enteignungen durch „Entflechtung“ auf privatkapitalistischer Grundlage beseitigt werden sollte. Ohne hier auf die komplizierten Einzelheiten einzugehen, kann festgehalten werden, daß mit diesen Gesetzen inhaltlich dem Potsdamer Vertrag nicht entsprochen wurde. Vielmehr wurde später offensichtlich — was vor allem die KPD gleich betont hatte —, daß die „Entflechtung“ eine „neue Verrüstung“<sup>24</sup> einleitete. Neben diesen Maßnahmen gab es 1945 Verhaftungen etlicher Monopolvertreter<sup>25</sup> nicht nur im Zusammenhang mit den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen.

Die westalliierte Politik wirtschaftlicher Kontrolle war allerdings zutiefst widersprüchlich. Z. B. wurde den gleichen Monopolvertretern, die dem Gesetz Nr. 52 unterlagen, der Aufbau von Unternehmerverbänden gestattet.<sup>26</sup> Die faschistischen Wirtschaftskammern konnten sich meist schon unmittelbar nach der Besetzung ohne wesentliche Änderungen als Industrie- und Handelskammern reorganisieren.<sup>27</sup>

Diese Angaben sollen als Indizien dienen, daß auch die westliche Besatzungspolitik zumindest bis ins Jahr 1946 Ansatzpunkte für antimonopolistische Maßnahmen bot. Die Ambivalenz dieser Politik zeigt sich an der Treuhandverwaltung, die genauso der erste Schritt zur Zerschlagung von Monopolen sein konnte wie auch die wichtigste Aktion zum Schutz der Monopole vor deren deutschen Gegnern.<sup>28</sup> Wie diese Alternative entschieden wurde, war auch abhängig von der antimonopolistischen Strategie der deutschen Kräfte, die nun skizziert werden soll.

## II.

Die verschiedenen ideologischen und politischen Strömungen erfaßten und beurteilten die Monopole in ganz unterschiedlicher, ja ausgesprochen gegensätzlicher Weise; dementsprechend war auch der Ansatz ihrer Kritik nicht einheitlich. Thematisierte der Neoliberalismus vorrangig die Störung des Marktes, so die katholische Soziallehre die im Monopol gegebene ökonomische und politische Machtzusammenballung; die Sozialdemokratie verstand unter Sozialismus die Entprivatisierung der Monopole, während die KPD in den Mittelpunkt ihrer Argumentation ganz die Rolle der Monopole als Förderer und Nutznießer von Faschismus und Krieg stellte.

Die vier parteipolitisch in FDP, CDU/CSU, SPD und KPD repräsentierten Strömungen verfügten je über eine eigene ideologische Basis — die sich gegeneinander nicht immer ganz säuberlich trennen lassen — und in deren Rahmen auch über politökonomische

23 Ordinance No. 78 (Brit. Z.), Law No. 56 (US-Z.), Ordonnance No. 95 (Franz. Z.) abgedr. u. kommentiert von Hans Würdinger in: *Gesetz und Recht*. Hamburg 1947, S. 321—366.

24 Informationen der Kommunistischen Partei, Landesverband Wasserkante: 1. Jg. Nr. 4, 10. April 1947, S. 1 ff.

25 Keesing's Archiv der Gegenwart, 15. Jg., Essen 1945, S. 321 u. 423.

26 So z. B. dem Klöckner-Chef Henle. Günter Henle: *Weggenosse des Jahrhunderts*. Stuttgart 1968, S. 76—80.

27 Ein typisches Beispiel dürfte die Bielefelder Kammer sein. 1949—1974. Industrie- und Handelskammer Ostwestfalen zu Bielefeld. *Geburt und Wiedergeburt*. Westfälische Wirtschaft, 29. Jg., Sondernummer Mai 1974, S. 26—31.

28 Zum zweiten Aspekt v. a. Eberhard Schmidt: *Die verhinderte Neuordnung*. Frankfurt/M. 1973.

Lehren. Das Monopolproblem nahm darin einen wesentlichen Raum ein und wies sehr verschiedene Aspekte auf, deren Ausbreitung und kritische Analyse in den Bereich politökonomischer Ideengeschichte gehört. Hier soll dagegen nach der antimonopolistischen Strategiebildung gefragt werden. Damit sind die Gesichtspunkte in den Mittelpunkt zu rücken, die politischen und — davon abgeleiteten — rechtlichen Eingriffen unterliegen: Eigentum und Verfügungsgewalt sowie das Verhältnis von Staat und Wirtschaft. Damit sind zugleich zwei zentrale Kriterien angesprochen, nach denen ein monopolistischer Kapitalismus vom vormonopolistischen unterschieden werden kann. Spaltete sich doch beim Übergang zum monopolistischen Kapitalismus der klassische Unternehmer in den Manager einerseits und den Kuponschneider andererseits.<sup>29</sup> Gleichzeitig war der Staat gezwungen, immer stärker regulierend in den Wirtschaftsprozess einzugreifen, um allgemeine Reproduktionsbedingungen zu sichern, Krisen zu mildern und vor allem die Kriegswirtschaft zu organisieren.

In der faschistischen Kriegswirtschaft schien gar das Verhältnis von Eigentum und Verfügungsgewalt in dem von Staat und Wirtschaft aufzugehen: die Unternehmensspitze als Exekutor staatlicher Produktionsaufträge. In der Realität des Faschismus setzten jedoch gerade monopolistische Unternehmen ihre Expansions- und Profitinteressen durch das Medium halbstaatlicher Wirtschaftsverwaltung, also die Übertragung staatlicher Funktionen auf monopolkapitalistische Instanzen, durch.<sup>30</sup>

Für die Sachwalter des Monopolkapitals hatten der Schein verstaatlichter Wirtschaft und die tatsächliche staatliche Regulierungsfunktion taktisch ambivalente Züge. Seit mit der Schlacht von Stalingrad 1942/43 der faschistische Endsieg immer unwahrscheinlicher wurde, mußten sie fürchten, daß analog zum ersten Weltkrieg die Niederlage nicht ohne politische Erschütterungen abgehen würde. Sie konnten mit der Forderung rechnen, angesichts politischer Schuld des Großkapitals, Wiederaufbauproblemen und Staatsbankrott die scheinbare Verstaatlichung in eine wirkliche zu verwandeln und mit anderen sozialen Zielen zu betreiben. Mit der Analyse und Ausarbeitung von Lösungsvorschlägen für dieses sich abzeichnende Problem beauftragte die Reichsgruppe Industrie 1943 den späteren Bundeswirtschaftsminister und Bundeskanzler *Ludwig Erhard*.<sup>31</sup> Er empfahl zur Abwendung der „Forderung nach einer Sozialisierung der Produktionsmittel“<sup>32</sup> prophylaktisch den „Abbau der staatlichen Bewirtschaftung unter betonter Wiederbelebung der Privatinitiative und Ausbau der Selbstverwaltung im Rahmen der staatlichen Wirtschaftsführung“.<sup>33</sup> Wurde hier von den Unternehmensvertretern der Gedanke erwogen, sich möglichst weitgehend vom faschistischen Staat abzukoppeln, um der Entmachtung zu

29 Diesen Prozeß hatte schon Marx in der Bildung von Aktiengesellschaften erkannt: Karl Marx: *Das Kapital*. Bd. 3. MEW 25, Berlin/DDR 1972, S. 452 f.

30 Verwiesen sei hier nur auf die Rolle der Wehrwirtschaftsführer (dazu u. a. Dietrich Eichholtz: *Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft*. Bd. 1: 1939—1941. Berlin/DDR 1971) und die unmittelbare Beteiligung führender Monopole an der Expansionsplanung und der Ausplünderung besetzter Gebiete, die u. a. gut dokumentiert ist in: *Europastrategien des deutschen Kapitals 1900—1945*. Hg. Reinhard Opitz. Köln 1977.

31 Siehe zu diesem Komplex Ludolf Herbst: *Krisenüberwindung und Wirtschaftsneuordnung*. Ludwig Erhards Beteiligung an den Nachkriegsplanungen am Ende des Zweiten Weltkriegs. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 25 (1977), S. 305—340.

32 Ludwig Erhard: *Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung*. Faksimiledruck der Denkschrift von 1943/44 mit Vorbemerkungen von Ludwig Erhard, Theodor Eschenburg, Günter Schmolders. Frankfurt/M. 1977, S. 82.

33 Zit. nach Herbst (Anm. 31), S. 337.

entgehen, so galt es für sie ab dem 8. Mai 1945 umgekehrt, darauf zu bestehen, diese Entmachtung habe schon längst vorher stattgefunden. Diese Argumentation hatte vor allem die Funktion, das deutsche Großkapital vor den Alliierten vom Vorwurf der Kriegstreiberei reinzuwaschen und all die Verbrechen, die von Konzernen durch das Zusammenspiel mit dem Vernichtungsapparat der KZ und bei der Zwangsarbeit insbesondere für sowjetische Kriegsgefangene begangen worden waren, auf den inzwischen untergegangenen Staat abzuwälzen.

Da nun die akute Gefahr bestand, daß die Wirtschaftsverwaltung gegen die Konzerninteressen umgepolt wurde, erhielt die Erhard'sche Empfehlung größte Bedeutung. Sie entsprach nun allerdings auch dem spontanen Ausdruck nichtmonopolistischer Interessen von mittleren und kleineren Unternehmungen, Handwerksbetrieben, Landwirtschaft und Handel. Konnten sie doch hoffen, auf diesem Wege einmal bisherigen Benachteiligungen zugunsten der Monopole bei Materialzureilung, Aufträgen etc. zu entgehen und andererseits die Mangellage auszunutzen. Darüber hinaus darf nicht vergessen werden, daß der Papierkrieg mit der Wirtschaftsbürokratie für kleine Betriebe auch eine erhebliche Belastung darstellte.

Die diese durchaus heterogenen Interessen verbindende Parole formulierten vor allem die FDP bzw. ihre Vorläuferparteien, indem sie sich zur Befreiung der Wirtschaft von Staatseingriffen bekannnten. In den meisten FDP-Programmen dieser Jahre dominiert der Gesichtspunkt wirtschaftlicher Freiheit von staatlicher Bevormundung ganz eindeutig gegenüber dem antimonopolistischen.<sup>34</sup> Wenn gleichzeitig die Liberalen vor allem in den Verfassungsberatungen sich gegen Monopole aussprachen, waren beide Forderungen strategisch unverbunden. In der Manier des klassischen Liberalismus propagierte die FDP den Nachwächterstaat. Sie blieb damit noch hinter dem Neoliberalismus *Röpkes* und der „Freiburger Kreise“ zurück, die „reine Marktwirtschaft“ anstrebten, diese aber nur durch staatliche Marktordnungspolitik glaubten verwirklichen zu können.<sup>35</sup> Die sowohl von der FDP als auch vom Neoliberalismus verbreitete Hoffnung, auf dem erreichten ökonomisch-gesellschaftlichen Niveau ohne Wirtschaftslenkung auskommen zu können, war illusionär und ist trotz allen Geredes von freier Marktwirtschaft auch nach 1948 nie Wirklichkeit geworden.<sup>36</sup>

Der liberale Antimonopolismus wurde aus dem Blickwinkel des Konsumenten formuliert, wonach der politischen Demokratie die „Marktdemokratie“ entspreche, in der „jedes von Konsumenten ausgegebene Frankenstück einen Stimmzettel darstellt“.<sup>37</sup> Durch die Abgabe dieser zugestandenermaßen recht ungleich verteilten Stimmzettel belohnt der Konsument den nach Sortiment, Qualität und Preis tüchtigsten Anbieter und bestraft den weniger tüchtigen, der dem Schicksal des Bankrotts durch Verbesserung seiner Lei-

34 Vgl. die Programme dieser Jahre, abgedruckt bei Peter Jüling: *Programmathe Entwicklung der FDP 1946 bis 1969. Einführung und Dokumente.* Meisenheim am Glan 1977.

35 Zur Konzeption der „Freiburger Kreise“ — darunter Franz Böhm, Constantin von Dietze, Walter Eucken, Günter Schmölders — siehe Christine Blumenberg-Lampe: *Das wirtschaftspolitische Programm der „Freiburger Kreise“.* Berlin/West 1973.

36 Andrew Shonfield: *Geplanter Kapitalismus. Wirtschaftspolitik in Westeuropa und USA.* Köln 1968 („Die Heldensage vom deutschen Wiederaufbau als einer spontanen Aufwallung der unternehmenslustigen Privatwirtschaft war so geflissentlich genährt worden, daß der entscheidende Anteil der staatlichen Behörden an dem Prozeß leicht übersehen wird.“) S. 326.

37 Wilhelm Röpke: *Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart.* 4. durchgesehene Aufl. Erlenbach — Zürich o. J. (ca. 1945), S. 167. Dieses Werk auch zum Folgenden.

strung entgegenarbeiten muß. So verbinden sich beste Versorgung des Konsumenten mit ständiger Steigerung volkswirtschaftlicher Leistung. Vorausgesetzt ist dabei eine möglichst große Zahl vergleichbar potenter Anbieter. Kann nun ein Anbieter einen so großen Marktanteil erringen, daß der Konsument mehr oder weniger gezwungen ist, bei diesem zu kaufen, dann ist der Leistungswettbewerb in Gefahr und dem Konsumenten kann ein Monopolpreis abverlangt werden. Als Monopol — ob es als absolutes gefaßt und neben Oligopole, Teilmonopole u. ä. gestellt wird, kann hier unberücksichtigt bleiben — wird das definiert, was dem Konsumenten als solches erscheint. Beispiel: „Besitzt etwa ein kleiner Gärtner ein Grundstück, das ein benachbarter reicher Fabrikbesitzer zur Erweiterung seines Werkes unbedingt braucht, so ist er Monopolinhaber und kann gegenüber dem Fabrikanten wirtschaftliche Macht ausüben.“<sup>38</sup>

Immerhin wird auch von den Neoliberalen zugegeben, daß Monopole gesellschaftlich relevantere Erscheinungen im Bereich der Großindustrie bilden. Hier unterscheiden die Freiburger Kreise eine systemwidrige und eine systemverträgliche Konzentration. Gegen beide ist ein breites Instrumentarium staatlicher Präventivmaßnahmen und Eingriffe vorgesehen. Nach dieser Theorie schafft sich die systemwidrige Konzentration durch Ausnutzung politischer, rechtlicher und verwaltungsmäßiger Rahmenbedingungen künstliche Vorteile; hierzu gehören staatlich geschützte Kartelle, Zollmauern u. ä. Dieser Konzentrationsform ist durch Beseitigung der fördernden Bedingungen entgegenzuwirken. Der systemverträglichen, d. h. im Leistungswettbewerb überlegenen Konzentration wie auch sogenannten technisch bedingten Monopolen (z. B. an Schienen oder Oberleitungen gebundene Verkehrsmittel) ist vor allem durch staatliche Preiskontrolle zu begegnen, die das Monopol zwingen soll, sich auf dem Markt so zu verhalten, *als ob* vollständige Konkurrenz herrsche.<sup>39</sup> Diese Form der Monopolkontrolle war beeinflusst durch die Anti-Trust-Gesetzgebung in den USA, wobei allerdings Röpke zugeben mußte, daß sich der einschlägige Sherman Act von 1890 insgesamt als „unwirksam erwiesen hat“.<sup>40</sup> Besonders die Freiburger Kreise sahen aber eine weit über das US-Vorbild hinausgehende behördliche Aufsicht vor, die in scharfen Gegensatz zur Verstaatlichung gesetzt wurde.

Die Ablehnung der Verstaatlichung war für die liberale Monopolkritik durchweg ein Essential. Ausgehend vom Konkurrenzpostulat war das völlig konsequent. Argumentiert wurde, die Privatmonopole könnten niemals so umfassend und zählebig wie ein Staatsmonopol sein, für den Konsumenten sei letzteres daher auf jeden Fall unvorteilhafter.<sup>41</sup> Staat und Wirtschaft sollten nach Vorstellung des Neoliberalismus als getrennte Sphären erhalten bleiben bzw. wiederhergestellt werden. Staatseingriffe — soweit vorgesehen — sollten nicht der Transmission politischer Zielsetzungen in die Wirtschaft, sondern allein der Funktionstüchtigkeit einer staatsfreien Marktdemokratie dienen. Das Verhältnis von Eigentum und Verfügungsgewalt wurde in diesem Kontext kein gravierendes Problem, wenn auch deren Identität als wünschenswert dargestellt wurde; diesbezügliche Eingriffe waren nicht vorgesehen.

Eine demokratische Durchsetzungschance besaß dieses Konzept in den ersten drei Nachkriegsjahren nicht. In der am weitesten entwickelten Variante der Freiburger Kreise

38 Constantin von Dietze: *Wirtschaftsmacht und Wirtschaftsordnung*. Tübingen (1947), S. 38.

39 Blumenberg-Lampe (Anm. 35), S. 92—102.

40 Röpke: *Gesellschaftskrisis* (Anm. 37), S. 373.

41 So z. B. Friedrich August Hayek: *Der Weg zur Knechtschaft*. München 1976, S. 201 (erstmalig in deutscher Übersetzung von Eva Röpke 1945 erschienen).

wurde es voll von keiner Partei vertreten. Die größten Übereinstimmungen gab es mit der FDP. Über einen relevanten Einfluß verfügte der Liberalismus traditionell in Südwestdeutschland, aber auch hier blieb er bei den Wahlen unter der 20-%-Marke. Dagegen erreichte die FDP 1947 bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen, also dem Land, in dem die gewichtigste Entscheidung bezüglich der Monopole fallen mußte, nur 5,9 %.<sup>42</sup> Andererseits war dieses Konzept hinsichtlich Eigentum und Verfügungsgewalt eng an den Status quo angelehnt, zu dessen Erhaltung nicht unbedingt eine demokratische Mehrheit erforderlich war. Bündnisfähig war das Konzept gegenüber der Arbeiterbewegung nicht, denn es war nicht eines neben denen der Arbeiterbewegung, sondern gegen diese. Der liberale Antimonopolismus richtete sich direkt gegen alle Versuche, die Wirtschaft über den Staat demokratischer Kontrolle zu unterwerfen. Indem er auch dem Unternehmer den Status des Konsumenten von Arbeitskraft zuwies, erschienen ihm gar die Gewerkschaften als Monopolisten der Ware Arbeitskraft, die ebenfalls der freien Konkurrenz unterliegen sollte. Berücksichtigt man, daß als Hemmnis des Spiels von Angebot und Nachfrage auf freiem Markt in den Jahren vor der Währungsreform zunächst nicht die monopolistische Wirtschaftsstruktur, sondern die staatliche Zwangsbewirtschaftung erschien<sup>43</sup>, während andererseits Bestrebungen der Arbeiterbewegung, den Staatseinfluß auf die Produktion langfristig zu intensivieren, auf der Tagesordnung standen, fällt dem Neoliberalismus die Rolle des kompromißlosesten Gegners der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Vorstellungen der Arbeiterbewegung zu. In der Form des Antimonopolismus wurde Antisozialismus vorgetragen.

Der Neoliberalismus war aber keineswegs die wichtigste Form eines bürgerlichen Antimonopolismus in den ersten Nachkriegsjahren. Über eine Massenbasis verfügten außer der Arbeiterbewegung vor allem die Kirchen, deren Einfluß auch von den Westmächten gefördert wurde. Sie stellten die einzig bedeutenden politischen Faktoren dar, die nicht faschistisch und gleichzeitig nicht sozialistisch waren. Die ausschlaggebende Bedeutung hatte die katholische Kirche, da nur sie sich uneingeschränkt zum politischen Engagement bekannte. Ihre Unterstützung trug wesentlich dazu bei, daß die CDU/CSU schon 1946/47 zur wählerstärksten Partei der Westzone wurde.<sup>44</sup>

Wird im Zusammenhang mit antikapitalistischen oder antimonopolistischen Bestrebungen der Nachkriegszeit die CDU genannt, so folgt beinahe regelmäßig der Verweis auf entsprechende Zielsetzungen im Ahlener Programm der CDU von 1947.<sup>45</sup> Derartige Einschätzungen können sich in erster Linie auf den Einleitungssatz des Programms beziehen: „Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden.“ Allerdings darf diese Aussage nicht überstrapaziert werden. Schon vor 60 Jahren ließen sich über hundert Kapitalismus-Definitionen nachweisen<sup>46</sup>, unter ihnen auch etliche der katholischen Soziallehre, die mit der Marx'schen Kapital-Analyse kaum etwas gemein haben. Es sei in diesem Zusammen-

42 Richard Schachtner: Die deutschen Nachkriegswahlen. München 1956.

43 Als Beispiel Wilhelm Röpke: Lehren des deutschen Wirtschaftsmarasmus. In: Neue Zürcher Zeitung vom 26. u. 27. 10. 1946, wiederabgedruckt in: ders.: Gegen die Brandung. Erlenbach — Zürich 1959, S. 144—161.

44 Siehe Schachtner (Anm. 42).

45 Abgedruckt u. a. in: Mitbestimmung und Gewerkschaften 1945 bis 1949. Dokumente und Materialien. Hg. IMSF. Frankfurt/M. 1972, S. 108—114.

46 R. Schilcher: Kapitalismus. In: Wörterbuch der Soziologie. Hg. Wilhelm Bernsdorf. Bd. 2. Frankfurt/M. 1972.

hang nur auf die Grenzen eines katholischen Antikapitalismus hingewiesen, wenn es in der Enzyklika *Rerum novarum* von 1891 heißt: „Das Kapital bedarf der Arbeit und die Arbeit des Kapitals.“<sup>47</sup> Es empfiehlt sich daher, genauer die Vorschläge des Programms zu Eigentum und Verfügungsgewalt sowie dem Verhältnis von Staat und Wirtschaft zu betrachten und nach ihren möglichen Wirkungen zu fragen.

Eine Enteignung wurde in dem Programm an keiner Stelle gefordert, vielmehr hieß es ausdrücklich, rechtmäßig erworbenes Eigentum sei zu achten. Eingeschränkt wurde diese Klausel allerdings durch den Vorbehalt, soweit damit „politischer Mißbrauch nicht getrieben“ worden sei. Dies war nach der Programmaussage aber im Regelfall zu unterstellen, denn in der historischen Analyse hieß es zwar, die Vertreter der Großbanken und Großindustrie hätten vor 1933 „zu große politische Macht“ gehabt — was nicht identisch mit „Mißbrauch“ ist. Andererseits wurde bescheinigt: „Während der Jahre 1933 bis 1945 waren auch die größten industriellen Unternehmungen der Sache nach, wenn auch nicht dem Namen nach, Staatsbetriebe.“ Für politischen Mißbrauch fehlte damit offenbar die Grundlage freier Verfügung.

Ein wichtiges Reizwort im Ahlener Programm ist die „Vergesellschaftung“, die für „Kohlebergwerke“ und „eisenschaffende Großindustrie“ gefordert wird. Durch welche Maßnahmen wurde „Vergesellschaftung“ herbeigeführt? Es sollte ein „machtverteilendes Prinzip“ verwirklicht werden, und zwar erstens, indem „öffentliche Körperschaften wie Staat, Land, Gemeinde, Gemeindeverbände, ferner Genossenschaften und die im Betrieb tätigen Arbeitnehmer an diesen Unternehmungen“ beteiligt wurden sowie zweitens durch gesetzliche Begrenzung der Höhe des privaten Aktienbesitzes, der nach Eigentum oder Stimmrecht in einer Hand vereinigt sein durfte. Dies sollte zusammen mit Kartellgesetzen dem Ziel dienen, „jede mit dem Gemeinwohl unverträgliche Beherrschung wesentlicher Wirtschaftszweige durch den Staat, Privatpersonen oder Gruppen“ auszuschließen. War dies so zu erreichen?

Die geringste Bedeutung hatte sicher die Begrenzung des Aktienbesitzes, also schlimmstenfalls die Forderung nach Zwangsveräußerung von Aktien. In Nordrhein-Westfalen forderte die CDU ein gesetzliches Limit für privaten Aktienbesitz mit Stimmrecht von 10 %.<sup>48</sup> Es bereitete wohl kaum Schwierigkeiten, darüber hinausgehende Anteile etwa auf Ehefrau, Eltern und Kinder zu verteilen<sup>49</sup>, so daß von dieser Seite überhaupt keine wesentlichen Änderungen zu erwarten waren.

Bei der Beteiligungsforderung war wichtig, wie die Beteiligung aussehen und welchen Grad sie erreichen sollte. In einem CDU-Gesetzesentwurf wurde eine Hauptversammlungsbeteiligung vorgesehen, bei der die Vertreter des „nichtprivaten Kapitals“ die Mehrheit der Stimmen haben sollten, allerdings jede oben aufgeführte Gruppe jeweils maximal nur 15 %. Diese Stimmenmehrheit sollte erreicht werden durch Übernahme von Aktien, die durch Verurteilung der bisherigen Inhaber als Kriegsverbrecher oder aus politischen Gründen frei würden sowie durch Vermögensabgaben im Rahmen eines Lastenaus-

47 Papst Leo XIII. Rundschreiben über die Arbeiterfrage (*Rerum novarum*). In: Die sozialen Rundschreiben. Mit Erläuterungen von Paul Jostock. Freiburg/Br. 1948, S. 31.

48 Landtag für Nordrhein-Westfalen. Ernennungsperiode und I. Wahlperiode. Landtagsdrucksache 1—110. o. O., o. J.

49 Darauf wies in der Landtagsdebatte der KPD-Abgeordnete Rudolf Wascher hin. Landtag Nordrhein-Westfalen. Stenographischer Bericht über die 5. Vollsitzung des Landtages Nordrhein-Westfalen vom 4. bis 6. März 1947 in den Henkel-Werken zu Düsseldorf-Holthausen. o. O., o. J., S. 19—22.

gleichs. Diese Form des Vermögensentzugs wurde von der CDU selbst nicht aktiv propagiert; größere Bedeutung dürfte daher dem dritten Weg beigemessen worden sein: der Ausgabe von Aktien mit vielfachem Stimmrecht. Dieser Vorschlag war nicht prinzipiell neu, er entsprach annähernd dem Modell, das von führenden Monopolvertretern schon vor dem Krieg für die Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke entwickelt worden war.<sup>50</sup> Hier verfügten die Vertreter der Kommunen durch ihre Namensaktien mit 20fachem Stimmrecht über die Stimmenmehrheit. Die Beteiligung der Kommunen hatte es Konzernherren wie *Hugo Stinnes* ermöglicht, rücksichtslos die Expansion der RWE gegenüber der „rein privatwirtschaftlichen Politik“<sup>51</sup> der Rivalen durchzusetzen. Es würde zu weit führen, hier im einzelnen nach den Motiven zu fragen, aus denen die „in der rheinisch-westfälischen Wirtschaft führenden Kreise der gemischtwirtschaftlichen Konzeption den Vorzug“<sup>52</sup> geben. Immerhin wird deutlich, daß selbst die weitestgehenden Vorschläge des Ahlener Programms zur Beseitigung monopolistischer Macht genau in das Gegenteil umschlagen konnten. Das Ahlener Programm ließ das Eigentum unangetastet, griff aber durch Hereinnahme öffentlicher Körperschaften in die Verfügungsgewalt auf der Ebene der Aktionärsdemokratie ein. All diese Maßnahmen standen unter dem Vorbehalt: „der dringend notwendigen Unternehmerinitiative ist der erforderliche Spielraum zu belassen“. Der Vorstand, der eventuell, durch ein als „Konzessionsschulzen“<sup>53</sup> zu qualifizierendes Belegschaftsmitglied ergänzt werden sollte, sollte also das Unternehmen nach den Grundsätzen kapitalistischer Betriebsführung leiten. Dabei darf nicht vergessen werden, daß all diese Maßnahmen nur als Ausnahme propagiert wurden gegenüber den Hauptinstrumenten der Kartellgesetzgebung und „Entflechtung“.

Es gibt also starke Indizien dafür, daß das Ahlener Programm zum Ausgangspunkt einer neuen Stufe der Verflechtung sowie der ökonomischen Aktivität des Staates bei Aufrechterhaltung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse werden konnte. Berücksichtigt man die Rahmenbedingungen seiner Entstehung — die Verbitterung und Radikalisierung der Volksmassen im Winter 1946/47 und die Einleitung der „Entflechtung“<sup>54</sup> —, so handelt es sich nicht um ein antimonopolistisches Kampfprogramm, sondern um verbale Zugeständnisse an die Wählerstimmung. In diese Richtung wiesen auch Einschätzungen von KPD und SPD.<sup>55</sup> Als letzte Bestätigung dieser Auffassung darf die Tatsache dienen, daß das Programm in der Konzeption<sup>56</sup> und vermutlich auch weitgehend in der Formulierung<sup>57</sup> von *Konrad Adenauer* stammt.

Das mit neoliberalistischer Ideologie versetzte Ahlener Programm stellte keineswegs die innerhalb des christdemokratisch-katholischen Spektrums weitestgehende Position

50 Zu diesem Komplex Kurt Pritzkeleit: *Männer, Mächte, Monopole. Hinter den Türen der westdeutschen Wirtschaft*. Düsseldorf 1963, S. 383—412.

51 Zit. nach ebenda, S. 393.

52 Ebenda, S. 392.

53 So der SPD-Abgeordnete Henßler in der Landtagsdebatte. 5. Vollsitzung (Anm. 49), S. 16.

54 Überblick bei Rolf Badstübner/Siegfried Thomas: *Restauration und Spaltung. Entstehung und Entwicklung der BRD 1945—1955*. Köln 1975, S. 217—244.

55 Dazu vor allem die Diskussion im NRW-Landtag (Anm. 49).

56 Adenauer hatte auf der Zonenausschußsitzung der CDU am 17. Dezember 1946 ein entsprechendes Referat gehalten. Abgedruckt in: *Konrad Adenauer und die CDU der britischen Besatzungszone 1946—1949. Dokumente zur Gründungsgeschichte der CDU Deutschlands*. Hg. Konrad-Adenauer-Stiftung. (Bonn 1975), S. 248—265.

57 Peter Hüttenberger: *Nordrhein-Westfalen und die Entstehung seiner parlamentarischen Demokratie*. Siegburg 1973, S. 73.

zur Monopolfrage dar. Die grundlegende Enzyklika *Quadragesimo anno* von 1931 enthielt eine scharfe Verdammung des „Monopolkapitalismus“. Realistischer als im Liberalismus wurde hier eingeschätzt, monopolistische Machtzusammenballung sei das „natürliche Ergebnis“ zügelloser Konkurrenzfreiheit. Ebenso wurde erkannt, daß Monopolisierung nicht etwa zum Verschwinden von Konkurrenz, sondern zu ihrer Verschärfung auf höherer Stufenleiter führte und mit einem Machtkampf in Wirtschaft, Staat und internationaler Arena einherging. Gebraucht wurde die „geradezu unumschränkte Machtvollkommenheit“ der „Lenker des Finanzkapitals.“<sup>58</sup> Die vorgeschlagene Lösung entsprach allerdings nicht der Radikalität der Analyse. Zwar wurde der „Wettbewerb“ als „regulatives Prinzip“ der Wirtschaft abgelehnt, statt dessen aber ein berufsständischer Aufbau empfohlen, der primär der Integration der Arbeiterbewegung dienen sollte<sup>59</sup> und in der politischen Umsetzung Affinitäten zum faschistischen Korporationensstaat nicht vermied.<sup>60</sup> Aus dieser ideologischen Tradition erklärt sich, daß die im Vergleich zum Ahlener Programm weitergehenden antimonopolistischen Vorstellungen u. a. der sogenannten christlich-sozialistischen Strömungen häufig eher mit einem bürgerlich-autoritären als bürgerlich-parlamentarischen System verknüpft wurden. Das dürfte ein wichtiger Faktor für ihre insgesamt geringe Wirksamkeit gewesen sein.

Die Möglichkeit einer nicht nur phrasenhaften antimonopolistischen Politik auf dem Boden katholischer Soziallehre demonstrierte die traditionalistisch-katholische Zentrumspartei, die allerdings von den Bischöfen bekämpft wurde. Als es im Frühjahr 1947 im Landtag Nordrhein-Westfalens um eine Volksbefragung zur Überführung von Großunternehmen in Gemeineigentum ging, stimmten CDU und FDP dagegen, während das Zentrum zusammen mit SPD und KPD dafür votierte.<sup>61</sup>

### III.

Während aus der Tradition katholischer Soziallehre und im Rahmen des Neoliberalismus explizit antimonopolistische Ziele formuliert wurden, rief die SPD dazu auf, den Sozialismus als Tagesaufgabe zu verwirklichen. Bedeutete dies die Aufhebung kapitalistischer Ausbeutung in der von *Marx* analysierten Form schlechthin, so wäre es unsinnig, nach einer spezifisch antimonopolistischen Strategie der SPD in dieser Zeit zu fragen. Tatsächlich aber war „Sozialisierung“ als Methode zur Herbeiführung von Sozialismus in der Wirtschaft auf Kohlewirtschaft, Schwerindustrie, Großchemie und Banken begrenzt. Auseinandersetzungen um „Vollsozialisierung“ oder „Teilsozialisierung“ bzw. „Sozialisierungsreife“, die 1919 breiten Raum eingenommen hatten, spielten in der Sozialdemokratie nach 1945 keine nennenswerte Rolle mehr. Sozialisierungsbestrebungen richteten sich damit auf die Bereiche, in denen die Monopolisierung am stärksten fortgeschritten war und die nachhaltigsten Auswirkungen auf Staat und Gesellschaft hatten. Daß kapita-

58 Abgedruckt in: Rundschreiben (Anm. 47), S. 146—148.

59 Ebenda, S. 135—140.

60 So auch die spätere Einschätzung des Enzyklika-Verfassers Oswald von Nell-Breuning: *Octogesimo anno*. In: ders.: *Wie sozial ist die Kirche?* Düsseldorf 1972, S. 116—126.

61 5. Vollversammlung (Anm. 49). Diese Stellungnahme dürfte dazu beigetragen haben, daß das Zentrum bei den folgenden Landtagswahlen 1947 in NRW seinen Einfluß erheblich steigern konnte und 9,8 % der Stimmen erreichte. Schachner (Anm. 42), S. 52 f.

listische Ausbeutung nicht auf Monopolunternehmen beschränkt war, wurde von den führenden Sozialdemokraten selten reflektiert, teilweise wurden wohl Ausbeutung und Monopolrente gleichgesetzt.<sup>62</sup>

Der Begriff der Sozialisierung hatte seit der Novemberrevolution nahezu allen gesellschaftlichen Kräften zur Bezeichnung ihrer jeweiligen Ziele gedient und schillerte daher in so gegensätzlichen Bedeutungen, daß er eher verwirrend als klärend wirken mußte. Immerhin beschränkte sich die Sozialdemokratie nicht darauf, den Begriff nur in die politische Debatte zu werfen, sondern entwickelte recht konkrete Vorstellungen, die einer Prüfung zugänglich sind. Sie waren mit z. T. stark differierenden Thesen besonders in den Jahren 1945/46 auf regionaler Ebene in Schulungsmaterial, Propagandabroschüren etc. enthalten.<sup>63</sup> Die für den Kurs der Parteiführung aufschlußreicheren Äußerungen finden sich in den einschlägigen Reden *Schumachers*<sup>64</sup> und den wirtschaftspolitischen Referaten der Parteitage, den sozialdemokratischen Gesetzes- und Verfassungsiniciativen auf Landesebene,<sup>65</sup> dem Wirtschaftsprogramm von 1946<sup>66</sup> sowie insbesondere den Protokollen der Sozialisierungskommission beim Parteivorstand.<sup>67</sup>

Während die christdemokratischen und liberalen antimonopolistischen Vorstellungen hinsichtlich Eigentum meist unter der Devise ‚Noli me tangere!‘ standen, gab es eine ähnlich übertriebene Rücksichtnahme in der sozialdemokratischen Diskussion nicht. Besonders an der sozialdemokratischen Basis wurde vielfach die Absicht bekundet, die großkapitalistischen Kreise zu enteignen, die als Auftraggeber *Hitlers* erkannt worden waren. Betrachtet man allerdings die sozialdemokratischen programmatischen Äußerungen, so fallen widersprüchliche Beurteilungen der Eigentumsfrage auf. Es wird einerseits davon gesprochen, die Eigentumsverhältnisse hätten keine große Relevanz mehr, da die Verfügungsgewalt entscheidend sei, um dann aber doch eine formale Eigentumsübertragung im Rahmen der Sozialisierung vorzusehen.

Diese Widersprüchlichkeit hat verschiedene Ursachen. Zunächst ist zu bedenken, daß es sich bei der Enteignungsforderung nicht etwa um sozialdemokratische Traditionsrelikte handelte, denen nur geringer Wert beigemessen zu werden brauchte. Schließlich enthielten auch die an marxistische Begrifflichkeit angelehnten Weimarer SPD-Programme (Görlitz 1921, Heidelberg 1925) keine Enteignungsforderungen im Bereich der Industrie, sondern nur eine „Kontrolle des Reichs über die kapitalistischen Interessengemeinschaften“.

62 Hans Jochen Brauns u. a.: *SPD in der Krise. Die deutsche Sozialdemokratie seit 1945*. Frankfurt/M. 1976, S. 64; Ernst-Ulrich Huster: *Die Politik der SPD 1945—1950*. Frankfurt/M. 1978, S. 37; etliche Belege dazu auch bei Jürgen Grünhagen: *Restauration oder Neubeginn? Die Vorstellungen der SPD zur Sozialisierung der Grundstoffindustrien in den Westzonen und ihr Scheitern am Beispiel der Hamburger Sozialisierungspläne*. Unveröff. Diplomarbeit Hamburg 1977.

63 Dieses Material ist bisher nicht systematisch ausgewertet worden.

64 Zu nennen sind besonders die beiden Teilsammlungen Kurt Schumacher: *Nach dem Zusammenbruch. Gedanken über die Demokratie und Sozialismus*. Hamburg 1948, und: *Turmwächter der Demokratie. Ein Lebensbild von Kurt Schumacher*. Bd. 2, Reden und Schriften. Hg. Arno Scholz und Wäthter G. Oschilewski. Berlin/West 1953.

65 Sie wurden jetzt auf allerdings begrenzter Materialbasis untersucht von Huster (Anm. 62).

66 *Grundgedanken eines sozialistischen Wirtschaftsprogramms. Wege und Ziele sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik*. Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Wirtschaftspolitische Abteilung Hannover (1947).

67 Abgedr. bei Hans Peter Ehni: *Sozialistische Neubauforderung und Proklamation des „Dritten Weges“. Richtungen sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik 1945—1947*. In: *Archiv für Sozialgeschichte* 13 (1973), S. 131—190.

ten, Kartelle und Trusts" als Forderung.<sup>68</sup> Eine Wendung hatte erst das Prager Manifest von 1934 gebracht, in dem unter anderem die „sofortige entschädigungslose Enteignung der Schwerindustrie" vorgesehen war.<sup>69</sup> Die Aufnahme der Enteignungsforderung war also mehr ein politischer Reflex auf die Erfahrung des Faschismus und die Abwendung der Parteibasis von der opportunistischen Führung. In der Einschätzung, daß die Verfügungsgewalt wichtiger sei als das Eigentum, lebten dagegen wirtschaftsdemokratische Vorstellungen der zwanziger Jahre fort: es kamen aber neue Erfahrungen hinzu. Die These vom Vorrang der Verfügungsgewalt wurde nicht nur scheinbar durch die faschistische Wirtschaftspolitik bestätigt; es schien daneben demokratische Varianten wie den New Deal zu geben.<sup>70</sup>

In der eingangs zitierten widersprüchlichen Programmformel wurde einerseits offensichtlich, daß auch die Sozialdemokraten, die in marxistischer Tradition den Eigentumsverhältnissen eine ausschlaggebende Rolle beimaßen, der neuen Rolle des Staates theoretisch nicht gerecht zu werden vermochten. Daneben stellt die Formulierung aber auch einen Kompromiß unterschiedlicher Strömungen in der Sozialdemokratie dar. Unter der Bezeichnung „freiheitlicher Sozialismus" firmierte eine recht bedeutende, von Akademikern getragene Gruppierung, die besonders auf die wirtschafts- und kulturpolitische Diskussion der Partei Einfluß nahm.<sup>71</sup> Auf kulturpolitischem Gebiet spielten sich in der SPD entscheidende Auseinandersetzungen über den Stellenwert des Marxismus ab, wobei die freiheitlichen Sozialisten argumentierten, eine Gesellschaft könne ohne religiöse Werte nicht existieren und der dialektische Materialismus sei durch die modernen Naturwissenschaften überholt.<sup>72</sup> In der ökonomischen Programmatik gingen die freiheitlichen Sozialisten kaum von den Erfahrungen mit dem Faschismus aus, vielmehr war ihr Hauptanliegen die Beseitigung von Krisen und Fehlinvestitionen. Dieses Ziel war ihrer Auffassung nach durchaus im Rahmen der bestehenden Eigentumsverhältnisse zu realisieren. Es wurde sogar argumentiert, Verstaatlichung und zentrale Verwaltung bedeuteten „Diktatur". Man müsse „das Reich als Lenker trennen von dem Reich als Eigentümer".<sup>74</sup> Das Vertrauen in staatliche Lenkung bezog der führende Vertreter dieser Richtung, *Gerhard Weisser*, aus *Keynes'* Hauptwerk. Darin entwickelte *Keynes*, gegenüber dem Produktionsmitteleigentum sei die staatliche Fähigkeit wichtiger, Investitionsvolumen und Wachstum des Kapitalstocks sowie das Unternehmereinkommen zu lenken. Durch eine „ziemlich umfassende Verstaatlichung der Investition" sollte auch Vollbeschäftigung gesichert werden, allerdings „ohne einen Bruch in den allgemeinen Überlieferungen der

68 Abgedruckt bei Wolfgang Abendroth: *Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie*. Frankfurt/M. 1969, S. 102—113, hier S. 112.

69 Abgedruckt bei Gerhard Gleissberg: *SPD und Gesellschaftssystem. Aktualität der Programmdiskussion von 1934 bis 1946. Dokumente und Kommentar*. Hg. IMSF. Frankfurt/M. 1973, S. 79—91, hier S. 84. Zur Gesamteinschätzung des Manifests: Jurta von Freyberg: *Sozialdemokraten und Kommunisten. Die Revolutionären Sozialisten Deutschlands vor dem Problem der Aktionseinheit 1934—1937*. Köln 1973, S. 33—47.

70 Huster (Anm. 62), S. 33 ff.

71 Helmut Köser: *Die Grundsatzdebatte in der SPD von 1945/46 bis 1958/59*. Diss. Freiburg/Br. 1971, S. 166 ff. v. 176 ff.

72 Als Beispiel dieser Richtung: Guntram Prüfer: *Das Weltbild des modernen Menschen (Naturwissenschaft — Sozialismus — Religion)*. Sozialistische Arbeitsgemeinschaft Hamburg. Sitzungsbericht vom 18. Juli 1947, (Hamburg 1947).

73 So Weisser in Ehni (Anm. 67), S. 176.

74 Weisser ebenda, S. 169.

Gesellschaft" herbeizuführen.<sup>75</sup> *Abelsbauer* hat dargestellt, daß diese Theorie auf das größte Interesse der deutschen Großbanken stieß und im „Mittwochkreis“ ihrer Chefarchivare — die Archive waren Vorformen volkswirtschaftlicher Abteilungen — diskutiert wurde. An diesen Diskussionen hatte auch *Weisser* als Mitarbeiter des „Bank-Archivs“ teilgenommen. Über die Keynes'schen Vorschläge erhielt das Bestreben der Großbanken, den „spezifischen deutschen Typus des ‚organisierten Kapitalismus‘ weiterzuentwickeln“, „Berührungspunkte — wenn nicht im Grundsatz, so in den Methoden — zu wirtschaftspolitischen Vorstellungen der Vertreter des ‚freiheitlichen Sozialismus‘“. <sup>76</sup> *Weisser* forderte einen volkswirtschaftlichen Gesamtplan, der jedoch gegenüber den einzelnen Unternehmen keinen Direktivecharakter haben sollte, sondern über Kreditpolitik u. ä. wirkte. Er entwickelte damit ein Konzept, das genau in dem Punkt nachgiebig war, in dem die Westalliierten zunehmend festere Positionen bezogen: der Eigentumsfrage. Die vom freiheitlichen Sozialismus entwickelte Wirtschaftspolitik läßt sich vielleicht am ehesten mit der später von *Karl Schiller* realisierten vergleichen.

Während wissenschaftlich einflußreiche Sozialdemokraten und sozialdemokratische Minister stark zur freiheitlich-sozialistischen Richtung tendierten, hielt wohl die Mehrheit der politisch aktiven Mitglieder Eigentumsveränderungen für eine Voraussetzung gesellschaftlicher Strukturveränderungen. Dies drückte sich auch in Parteitagebeschlüssen aus. In der Resolution des Westzonen-Parteitags vom Mai 1946 hieß es: „Alle Betriebe des Bergbaues, der Eisen- und Stahlerzeugung und -bearbeitung bis zum Halbzeug, der größte Teil der chemischen Industrie und die synthetischen Industrien, die Großbetriebe überhaupt, jede Form der Versorgungswirtschaft und alle Teile der verarbeitenden Industrie, die zur Großunternehmung drängen, sind in das Eigentum der Allgemeinheit zu überführen.“<sup>77</sup> Gegenüber der Vermutung, derartige Formulierungen seien nie ernst genommen worden, ist zu betonen, daß nur in wenigen Landtagen die Realisierungsvoraussetzungen einer sozialdemokratischen bzw. sozialdemokratisch-kommunistischen Mehrheit gegeben war;<sup>78</sup> es wurde auch einer Reihe von verfassungsrechtlichen oder gesetzlichen Enteignungsmaßnahmen unter Beteiligung der Sozialdemokraten beschlossen, jedoch von den Besatzungsmächten zu Fall gebracht.

Ebenso verkürzt wäre es allerdings, das Scheitern sozialdemokratischer Neuordnungsvorstellungen fatalistisch auf die Zeitumstände zurückzuführen. Vielmehr bildete die Gewichtung von Eigentumsproblematik und Verfügung in der Strategiediskussion der SPD selbst eine Bedingung des Scheiterns. Weitgehende Einmütigkeit herrschte darüber, die Eigentumsfrage bilde nur das „Vorfeld der eigentlichen Sozialisierung. Das Wesentliche in der Sozialisierung ist nämlich die Konstruktion der Führungs- und Lenkungsorgane für die unter die Sozialisierung fallenden Unternehmensgebilde und Wirtschaftszweige.“<sup>79</sup> Die Durchsetzung der Enteignung erschien nicht als ein strategisches und tak-

75 John Maynard Keynes: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes. Dt. Berlin 1936, unveränd. Nachdruck 1955, S. 319.

76 Werner Abelsbauer: Freiheitlicher Sozialismus oder soziale Marktwirtschaft? Die Gutachtertagung über Grundfragen der Wirtschaftsplanung und Wirtschaftslenkung am 21. und 22. Juni 1946. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 24 (1976), S. 415—449, hier S. 420.

77 Abgedruckt in: Mitbestimmung (Anm. 45), S. 100—108, hier S. 102.

78 Daß auch eine rein sozialdemokratische Mehrheit nicht zu weitgreifenden antimonopolistischen Maßnahmen führen mußte, zeigt das Hamburger Beispiel. Vgl. Grünhagen (Anm. 62).

79 So Erik Nölting im wirtschaftspolitischen Hauptreferat. Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 29. Juni bis 2. Juli 1947 in Nürnberg. Hamburg o. J., S. 161.

ritisches Problem, sondern als Maßnahme, die mit einem „Federstrich“<sup>80</sup> zu erledigen sei, wenn erst einmal klar wäre, wie die sozialisierte Wirtschaft danach aussehen würde.

Die Diskussion über Sozialisierungsformen berührte sich mit einem zweiten grundlegenden Widerspruch sozialdemokratischer Programmatik. Einerseits wurde nämlich der Staat als „Organ des Volkes“ charakterisiert, während andererseits für den Fall, daß er die Verfügung über die sozialisierten Unternehmen erhielt, die „Gefahr der Verbeamtung und der wirtschaftlichen und unternehmerischen Sterilität“ beschworen wurde.<sup>81</sup> Der sozialdemokratische Wirtschaftsminister *Nölting* malte gar das Schreckbild an die Wand, „Verstaatlichung“ würde „einen Naturschutzpark für tintensaufende Bürokraten“ schaffen.<sup>82</sup> Seine Auflösung fand dieser Widerspruch in dem vorherrschenden sozialdemokratischen Staatsverständnis, nach dem der Staat einen weitgehend neutralen Mechanismus darstellte, der über parlamentarische Mehrheitsbildung für diese oder jene Zwecke instrumentalisiert werden konnte. Die auch von Sozialdemokraten erkannte Notwendigkeit der „Eroberung der Staatsmacht“<sup>83</sup> wurde daher nicht über eine konsequente Demokratisierung des Staatsapparats — unmittelbare Beteiligung des Volkes an staatlicher Exekutive — angestrebt, sondern tendenziell ausschließlich über eine sozialdemokratische Parlamentsmehrheit. So war es durchaus schlüssig, wenn die meisten Sozialdemokraten dem Staat zwar den formalen Eigentumstitel überschreiben wollten, aber gleichzeitig dem Staat keinen bestimmenden Einfluß auf die Betriebe zubilligen mochten. Dazu kam als weiterer wesentlicher Gesichtspunkt die Abgrenzung gegenüber dem sowjetischen Modell. Die SPD-Führung erachtete als Voraussetzung ihres parlamentarischen Erfolges eine entschiedene Abgrenzung gegenüber der KPD,<sup>84</sup> die von der SPD in den ersten Nachkriegsjahren mehr als von jeder anderen Partei als Beauftragte Moskaus diffamiert wurde. Abgrenzung bedeutete daher auch, den Sozialisierungsvorschlägen eine gegen den sowjetischen Weg gerichtete Wendung zu geben. In der Sowjetunion waren bekanntlich die Betriebe nationalisiert und schließlich zentraler Planung unterworfen worden.<sup>85</sup> Dagegen richtete sich die SPD, wenn sie auf dem Parteitag 1946 programmatisch, aber konzeptionslos formulierte: „Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel erfolgt auf verschiedene Weise und in verschiedenen Formen. Es gibt für den Sozialismus keine Einförmigkeit und keine Unfreiheit, keinen kommandierten Kasernensozialismus, keine Uniformität. Es gibt keine sozialistische Gesellschaft ohne die mannigfaltigsten Betriebsarten und Formen der Produktion.“<sup>86</sup> Dabei beruhte die Ablehnung des sowjetischen Weges weniger auf einer Analyse seiner allgemeinen und besonderen Merkmale als Rückschlüssen von bestimmten Erscheinungen wie den Terrormaßnahmen der dreißiger Jahre, dem von Sozialdemokraten nach abstrakten Kriterien verurteilten deutsch-sowjetischen Nichtan-

80 So dets. in der NRW-Landtagsdebatte. 5. Vollsitzung (Anm. 49), S. 27.

81 So der Abschlußbericht der Sozialisierungskommission in *Enhi* (Anm. 67), S. 184.

82 *Nölting* auf dem Parteitag 1947 (Anm. 79), S. 161.

83 So z. B. *Schumacher* in seinen Leitsätzen zum Wirtschaftsprogramm-Entwurf von 1945. In: *Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945*. Bearb. u. hg. von Ossip K. Flechtheim. Bd. 3. Berlin/West 1963, S. 9.

84 Explizit äußerte sich *Schumacher* so in einem Brief an *Stampfer* 1946. Abgedruckt in: *Mir dem Gesicht nach Deutschland. Eine Dokumentation über die sozialdemokratische Emigration*. Aus dem Nachlaß von *Friedrich Stampfer*, ergänzt durch andere Überlieferungen. Bearb. von *Werner Link*. Düsseldorf 1969, S. 719 f.

85 Als ungeachtet analytischer Mängel immer noch informativer Überblick dazu *Friedrich Pollock*: *Die planwirtschaftlichen Versuche in der Sowjetunion 1917—1927*. Neudruck Frankfurt/M. 1971.

86 In: *Mitbestimmung* (Anm. 45), S. 101 f.

griffspakt u. ä. auf den Charakter des Systems insgesamt.<sup>87</sup> Nur aus diesem Abgrenzungsbestreben ist die Unterstellung plausibel, Sozialismus sei um so besser, je mehr verschiedene Formen sozialisierter Unternehmen er aufweise.

Diese Orientierung bewirkte, daß sich eine Sozialisierungskommission beim Parteivorstand ein Jahr lang ausschließlich mit der Frage der Sozialisierungsformen beschäftigte. In dem Bestreben, Eigentum und Verfügung voneinander zu trennen, ließ sie sich für die Kohlewirtschaft von der Urform des kapitalistischen Unternehmens, der sogenannten Gewerkschaft, inspirieren, die seit dem Mittelalter die Ausbeutung von Bergwerken organisierte. Die Anteile, sogenannte Kuxen, sollten zu 50 % beim Staat als Eigentümer und zur anderen Hälfte in Form von Stimmrechtskuxen bei der modernen Gewerkschaft bzw. Betriebsräten liegen. Die Schwierigkeiten, die mit der Aufspaltung von Eigentum und Verfügung verbunden waren, sollen nur an einem Beispiel demonstriert werden. Im Gegensatz zur Aktie gab es für den Kux das Institut der Zubeße, d. h. Nachzahlung z. B. für Betriebserweiterung. Die Frage war nun, wie solche Investitionen finanziert werden sollten, die von der Gewerkschaft mit den Stimmrechtskuxen aber gegen die meisten Besitzkuxe beschlossen wurden. Daß eine Betriebsgruppe unter Aushöhlung des Budgetrechts das Parlament zur Zubeße verpflichten konnte, erschien nicht akzeptabel. Andererseits wurde zu Recht eingewandt, wenn bei Geldfragen die Sozialisierung aufhöre, habe sie überhaupt keinen Sinn. In einer privaten Kreditaufnahme wurde dagegen die Möglichkeit einer Restauration kapitalistischer Verhältnisse erkannt.<sup>88</sup> Zur Lösung dieses Problems wurde schließlich ein außerordentlich kompliziertes Gebilde entworfen, das aber die Spannung von Autonomie und Verantwortung gegenüber demokratischen Vertretungskörperschaften letztlich nicht löste, sondern nur auf eine höhere Ebene übertrug.<sup>89</sup>

Als die Sozialisierungskommission ihre vorläufigen Ergebnisse — dabei hatte sie sich z. B. über die Sozialisierung der Banken überhaupt noch keine Gedanken gemacht — im Januar 1948 vorlegte, war der Zug für grundlegende sozialökonomische Neuerungen bereits abgefahren. Die Westalliierten hatten längst in eigener Regie mit einer sogenannten Entflechtung begonnen.<sup>90</sup> Das dürftige Ergebnis ist nicht etwa auf mangelnden Fleiß der Kommission zurückzuführen. Auch für die hessische Sozialisierungsgesetzgebung hat Winter einen sozialdemokratischen „Perfektionismus“ mit „unpolitischem Grundzug“ erkannt und kritisiert: „Statt daß man sich mit einem grobumrissenen vorläufigen Modell begnügte, wie es die KPD mit ihrem Antrag vom 1. 7. 1947 vorgeschlagen hatte, strebte man ein ausgefeiltes Jahrhundertwerk an, das zugleich als Vorbild für andere Länder und den nahenden Bundesstaat dienen sollte. Der Gesetzentwurf wurde so drei fachlich brillanten Juristen aufgetragen, gedieh auch zu einem ausgeklügelten Meisterwerk von 194 Paragraphen, benötigte aber ein Jahr; 2 1/2 weitere Jahre vergingen mit dem Durchsetzungskleinkrieg, der gerade, weil alles berücksichtigt worden war, ausreichend Munition bot.“<sup>91</sup>

87 Als ein vergleichsweise ausgefeiltes Produkt dieser sozialdemokratischen Beschäftigung mit der Sowjetunion kann genannt werden J. Wagner: Rußland und wir. Hg. Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Landesorganisation Hamburg, Referenten-Material Nr. 3, April 1946. Ehni stellt kritisch fest, daß die Kollektivierungen in der Sowjetunion „global verurteilt wurden, ohne nach ihrer ökonomischen Notwendigkeit zu fragen“ und „die sozialistische Planwirtschaft sowjetischer Prägung undifferenziert mit Staatskapitalismus gleichgesetzt“ wurde. Ehni (Anm. 67), S. 146.

88 In: ebenda, S. 156—169.

89 Ebenda, S. 183—190.

90 Siehe Eberhard Schmidt (Anm. 28).

91 Gerd Winter: Sozialisierung in Hessen 1946—1955. In: Kritische Justiz 7 (1974), S. 157—175, hier S. 174.

Bekanntlich hat dieser Aufwand zu keinem dauerhaften Ergebnis geführt. Dabei konnte 1946 durchaus schon das Scheitern dieser Orientierung, die Eigentumsverhältnisse erst nach umfassender Kodifizierung des Sozialismus zu ändern, erkannt werden. Äußerte doch schon einen Monat nach dem ersten SPD-Parteitag im Westen der zum rechten SPD-Flügel neigende spätere Westberliner Bürgermeister *Otto Suhr* ganz treffend: „Es ist noch sehr die Frage, welcher Weg der bessere ist, ob man nicht besser geht, wie wir in der vierten Zone (SBZ — *W.-D. S.*) zunächst gezwungen wurden, d. h. das Kind wurde ins Wasser geworfen und mußte sehen, ob es schwimmen konnte oder nicht, oder ob man erst die theoretische Fundierung sucht.“<sup>92</sup>

Die Wende zum Kalten Krieg und zur Spaltung Deutschlands 1947/48 und die damit verbundene antikommunistisch-prowestliche Option der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften beschränkte deren Handlungsfähigkeit weiter. In dem Maße, wie sich nun zeigte, daß sich an den monopolkapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnissen prinzipiell nichts geändert hatte, nahm in SPD- und Gewerkschaftsführung die Furcht zu, durch Kampf für die selbst proklamierten Ziele auf Positionen zu geraten, die sie ihrerseits als kommunistisch diffamierten. Im Ergebnis unternahmen SPD und Gewerkschaft nicht einmal den Versuch, den von der Besatzung gelassenen Spielraum durch Mobilisierung der Anhänger zu testen.<sup>93</sup>

#### IV.

Galt der ganze strategische Scharfsinn der SPD der Frage, was nach der Enteignung kommt, so konzentrierte sich die KPD ebenso entschieden auf deren Herbeiführung. Im Unterschied besonders zum Neoliberalismus wurde die Entstehung und Durchsetzung der Monopole von der KPD nicht als bedauerliche Systemverunreinigung, sondern als Resultat kapitalistischer Gesetzmäßigkeiten gefaßt. Mit seiner Imperialismusanalyse und den Schriften zwischen Februar- und Oktoberrevolution hatte *Lenin* gezeigt, daß in den imperialistischen Hauptländern alle notwendigen und hinreichenden sozialökonomischen Bedingungen für sozialistische Umgestaltungen gegeben waren. Das Nachhinken des subjektiven Faktors führte dazu, daß in Deutschland mit der Novemberrevolution 1918 nicht einmal eine bürgerlich-demokratische Umwälzung erfolgreich abgeschlossen wurde. Die Faschismusanalyse *Dimitrovs* auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale 1935 orientierte darauf, den Hauptstoß gegen die „reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“ zu konzentrieren.<sup>94</sup> Eine Weiterentwicklung für die KPD brachte die sogenannte Berner Konferenz 1939 mit der Forderung nach einer „neuen, demokratischen Republik“, die nicht Sozialismus sein sollte, sich aber von der gescheiterten Weimarer Ordnung gerade durch die politische und ökonomische Entmachtung des Trustkapitals unterscheiden sollte.<sup>95</sup> Die KPD wies an zahlreichen Beispielen konkret auf, wie Faschismus und Monopol-

<sup>92</sup> In Abelshauser (Anm. 76), S. 435.

<sup>93</sup> Christoph Kleßmann/Peter Friedemann: Streiks und Hungermärsche im Ruhrgebiet 1946—1948. Frankfurt/M. 1977.

<sup>94</sup> Siehe sein Referat in: VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale. Referate und Resolutionen. Frankfurt/M. 1975, S. 91 ff.

<sup>95</sup> Die Berner Konferenz der KPD (30. Januar—1. Februar 1939). Hg. u. eingel. von Klaus Mammach. Berlin/DDR 1974, S. 134 ff.

kapital Hand in Hand arbeiteten.<sup>96</sup> Die Ursache dafür wurde im Gegensatz zu *Schumacher* nicht in einer besonders verdorbenen Klassenpsyche der deutschen Bourgeoisie gesehen: „Das Streben nach Beherrschung der Weltmärkte ist ein wirtschaftliches Gesetz, das den Trusts, Konzernen und Kartellen unabänderlich innewohnt. Deshalb sind sie auch die Kriegsinteressenten und Kriegstreiber . . .“ Ökonomische Grundlage der kommunistischen Bündnisstrategie war die Einschätzung, der Monopolprofit werde „nicht allein durch die Ausbeutung der Arbeiterschaft, sondern auch der Landwirtschaft, des Mittelstandes und sogar kleinerer, nicht monopolistischer Unternehmer“ gewonnen.<sup>97</sup>

Mit ihrem Konzept der antifaschistisch-demokratischen Ordnung versuchte die KPD — ausgehend von den bestehenden subjektiven und objektiven Bedingungen — das breitestmögliche Bündnis für das eine Ziel der Entmachtung des Monopolkapitals zu schaffen.

Propagandistisch wurde der Angriff auf das Monopolkapital im grundlegenden Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945<sup>98</sup> nicht mit wirtschaftspolitischen oder allgemein-ideologischen Argumenten vorgetragen, sondern mit solchen, die — entsprechende Aufklärung vorausgesetzt — der breitest möglichen Zustimmung sicher sein konnten: Vorbereitung von und Beteiligung an Verbrechen gegen Menschenleben. Diese Argumentation ließ auch den Westalliierten, von denen die Unterstützung eines sozialistischen Programms nicht erwartet werden konnte, kaum Spielraum für prinzipielle Einwendungen.

Eine wichtige strategische Aufgabe war die Isolierung des genannten Gegners von seinen Bündnispartnern. Die Massenbasis reaktionärer Politik bestand in Deutschland seit dem 19. Jahrhundert zu einem wesentlichen Teil aus Landarbeitern und Bauern. Indem die KPD die Forderung erhob — und in der SBZ verwirklichte —, den Großgrundbesitz als Stütze des Faschismus zugunsten der Landarbeiter und Bauern zu enteignen, gab sie diesen ein Eigentum, dessen Genuß ihnen nur solange sicher war, wie die Reaktion der Arbeiterbewegung unterlag. Die Forderung und ihre Durchsetzung waren geeignet, das Kräfteverhältnis erheblich zugunsten der antimonopolistischen Kräfte zu verändern. Die zur bisher herrschenden Schicht neigende nichtmonopolistische Bourgeoisie und Teile des Kleinbürgertums erhielten „völlig ungehinderte Entfaltung des freien Handels und der privaten Unternehmerinitiative auf der Grundlage des Privateigentums“ zugesichert. Auch diese Forderung wurde in der SBZ im Kern verwirklicht. Der bereits zitierte *Suhr* bestätigte: „Ich glaube nicht, daß irgendwo in der westlichen Zone so stark das Gewicht auf die Förderung von kleineren und mittleren Betrieben gelegt worden ist, wie in der Sowjetzone.“<sup>99</sup>

Die Breite des antimonopolistischen Bündnisses hing nicht nur von der sozialökonomischen, sondern auch von der politischen Programmatik ab. Ausgehend von der inzwischen vielfach bestätigten Annahme, daß die Bedingungen des Faschismus am wenigsten geeignet sind, den subjektiven Faktor für sozialistische Veränderungen zu gewinnen, for-

96 Z. B. Walter Ulbricht: Die Legende vom „deutschen Sozialismus“. Ein Lehrbuch für das schaffende Volk über das Wesen des deutschen Faschismus. Berlin 1945.

97 Unser Kampf gegen die Konzerne. Hg. Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands. Vortragsdispositionen Nr. 10. 2. Jg., Berlin 1946, S. 5.

98 Abgedr. in Dokumente der Kommunistischen Partei Deutschlands 1945—1956. Berlin/DDR 1965, S. 1—8. Daraus wird auch im folgenden — soweit nicht anders vermerkt — zitiert. Zum Stellenwert der antifaschistisch-demokratischen Ordnung im Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus gibt es seit Jahren in der DDR eine intensive Diskussion, auf die hier nicht explizit eingegangen werden kann.

99 In: Abelsbauser (Anm. 76), S. 444.

derte die KPD die „Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk“. Das „Sowjetsystem“ wurde ausdrücklich als für die damaligen Entwicklungsbedingungen nicht angemessen bezeichnet.

Der Charakter der Staatsmacht, auf die die Verfügung über das enteignete Monopolvermögen übergehen sollte, blieb also, da vom konkreten Kräfteverhältnis abhängig, offen. Dabei bemühte sich die KPD, zunächst das von *Lenin* 1905 entwickelte Konzept der „revolutionär-demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauern“<sup>100</sup> in Grundzügen zu verwirklichen. Damit hatte die KPD eine strategische Linie im Kampf gegen die Monopolmacht für ganz Deutschland; die konkreten Schritte waren abhängig von den Verhältnissen in den jeweiligen Ländern und Zonen. In den Westzonen waren unter dem Begriff der Demokratisierung der Wirtschaft drei Forderungen eng miteinander verbunden: Entnazifizierung der Betriebe, insbesondere der Direktionen, Enteignungen und Mitbestimmungsrecht auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene.<sup>101</sup> Letzteres sollte vor der Entprivatisierung den Charakter einer Arbeiterkontrolle<sup>102</sup> haben, nicht jedoch den einer für die Arbeitnehmer kompromittierenden Teilung der Macht mit Faschisten. Angesichts einer fehlenden Zentralinstanz wurden als Träger des neuen Eigentums z. B. für den Ruhrbergbau die Provinzialregierung und für die Hüttenwerke an der Ruhr die Kommunen vorgesehen. Mit dem Hinweis auf fehlende Aufbaubereitschaft der Monopolisten und die Gefahr einer Stabilisierung der Monopole forderte die KPD eine schnellstmögliche Enteignung.<sup>103</sup> Aus kommunistischer Sicht sollten die Verfassungen möglichst dazu dienen, auf diesem Gebiet bereits Erreichtes festzuschreiben.<sup>104</sup> Erst durch die inhaltliche Behandlung der Enteignungen bzw. die sehr frühe Erarbeitung von Verfassungen in der amerikanischen und französischen Zone wurden Verbot und Zerschlagung der Monopole zu einer wichtigen Frage der Verfassungsberatungen. Die — z. T. recht unterschiedlich gehaltenen — Verfassungsentwürfe der KPD<sup>105</sup> enthielten alle neben einer Gewährleistung des Privateigentums Artikel, in denen die Enteignung der Betriebe von Kriegsverbrechern und Naziaktivisten festgelegt wurde. In einigen Verfassungsentwürfen sah die KPD darüber hinaus für ganz bestimmte Kategorien von Unternehmen eine Überfüh-

100 W. I. Lenin: Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution. In: ders.: Werke. Bd. 9. Berlin/DDR 1972. S. 1—130. Der Begriff der Diktatur wird hier entsprechend der marxistischen Staatslehre nicht als Gegensatz zu „Demokratie“ gebraucht, sondern bezeichnet ungeachtet politischer Institutionen (Staatsform) den Staatstyp.

101 Siehe dazu zahlreiche Dokumente in: Die Auseinandersetzung (Anm. 3).

102 Dazu auch Mitbestimmung als Kampfaufgabe. Grundlagen — Möglichkeiten — Zielrichtungen. Eine theoretische, ideologiekritische und empirische Untersuchung zur Mitbestimmungsfrage in der Bundesrepublik. Hg. vom IMSF. Studienausgabe Köln 1972. S. 18 ff.

103 Aufbau, Frieden, Einheit der Nation, Einheit der Arbeiterklasse. Max Reimann, politischer Sekretär der BL Ruhrgebiet, auf der Bezirks-Delegiertenkonferenz der KPD am 20. 1. 1946 in Hamm. O. O. J. (1946), S. 7—12.

104 Siehe Die Auseinandersetzung (Anm. 3).

105 Verfassungsentwurf der KPD für das Land Bremen. Hg. Landesleitung der KPD Bremen. (Stade) o. J. (1947); Verfassungsentwurf der Landesleitung der KPD Niedersachsen für das Land Niedersachsen. (Hannover 1947); Das Volk bestimmt sein Recht. Verfassungsentwurf der KPD für das Land Nordrhein-Westfalen. (Düsseldorf 1947); Verfassungsentwurf der Kommunistischen Partei für das Land Schleswig-Holstein. Hg. Landesvorstand Schleswig-Holstein der KPD. (Kiel) 1948; Das Volk bestimmt sein Recht. Entwurf des Senats für eine Hamburger Verfassung und dazu eine kritische Stellungnahme der Landesorganisation der KPD und der KPD-Bürgerschaftsfraktion Hamburg. Hg. KPD Landesorganisation Hamburg. Als Manuskript gedr. (Stade) 1948.

nung in öffentliches Eigentum vor, während z. B. der Entwurf für Niedersachsen (in Art. 78) eine allgemeine Kann-Bestimmung für „private wirtschaftliche Unternehmungen, die für die Vergesellschaftung geeignet sind“, enthielt. Eine Entschädigung wurde nur für „Betriebe und Vermögenswerte von Kriegsverbrechern, Kriegstreibern und Kriegsgewinnlern sowie ehemalige Rüstungsbetriebe“ (Bremen, Art. 59) ausgeschlossen.

Die Frage, wie die Verfügung über die öffentlichen Unternehmungen organisiert werden sollte, war für die KPD sekundär, soweit zwei Bedingungen erfüllt waren: Leitung im gesamtgesellschaftlichen Interesse und Mitbestimmung der Belegschaften und ihrer Gewerkschaften, nicht zuletzt um die Position der Arbeiterklasse auch für den Fall zu verbessern, daß die Enteignungen den Rahmen bürgerlicher Nationalisierungen nicht überschritten.

Im Unterschied zu den Verfassungsberatungen von Mitte 1946 ging die KPD 1947 auch ausführlicher auf die Form der Nationalisierung ein. Ihr Verfassungsentwurf für Nordrhein-Westfalen sah ein Ausführungsgesetz vor (Art. 73), für das die KPD den Vorschlag gemacht hatte, den Kohlebergbau einem Kohlerat zu unterstellen. Letzterer sollte den Bergbau als staatliches Sondervermögen verwalten; eine Hälfte seiner Mitglieder sollte von der Gewerkschaft delegiert oder bestätigt werden, die andere vom Landtag.<sup>106</sup> In den Entwürfen für Bremen und Niedersachsen hieß es, die landeseigenen Betriebe sollten als selbständige Unternehmen geführt, „nach Wirtschaftszweigen zusammengefaßt und von Industrieverwaltungen geleitet“ (Art. 79) werden; diese Verwaltungen sollten in Niedersachsen dem Landtag (Art. 79), in Bremen der Landesregierung unterstehen (Art. 60). In Bremen war daneben eine Wirtschaftskammer vorgesehen, die drittelparitätisch aus Arbeitnehmern, Unternehmern und Landesverwaltung zusammengesetzt sein und bei der Wirtschaftsplanung mitwirken sollte (Art. 55).

Die Kommunisten sahen durchaus die Möglichkeit, daß ihre Forderung nach Enteignung der Konzerne als Hauptstützen des Faschismus umgebogen werden konnte in eine Verstaatlichung (gegen Entschädigung) solcher Unternehmen, die privatkapitalistisch — wie in England die von der Labour-Regierung verstaatlichten Kohlegruben — keine Zukunft mehr hatten. Selbst unter den Bedingungen einer reaktionären Staatsmacht wurde die Verstaatlichung als ökonomischer Fortschritt angesehen, der auch die Erkenntnis gesellschaftlicher Kräfte erleichterte, „denn wenn die Krisen die Unfähigkeit der Bourgeoisie zur ferneren Verwaltung der modernen Produktivkräfte aufdecken, so zeigt die Verwandlung der Trusts und Monopole in Staatseigentum die Entbehrlichkeit der Bourgeoisie für jenen Zweck“.<sup>107</sup>

## V.

Beim Vergleich der neoliberalen, katholisch-sozialen, sozialdemokratischen und kommunistischen Anti-Monopol-Politik zeigen sich zwei unterschiedliche Lösungsansätze. Die ersten beiden Strömungen wollten primär an der Unternehmensgröße manipulieren, wobei allerdings die katholische Soziallehre deutlich stärkere Staatseingriffe vorsah. Die Monopolisierung wurde kaum als immanente Gesetzmäßigkeit des Kapitalismus begriffen, sondern eher auf historische Zufälligkeiten zurückgeführt. Auch wenn teilweise die

106 Landtagsdrucksache I-97 (Anm. 48), abgedruckt auch in: Dokumente (Anm. 98).

107 Walter Möller: Sozialisierung oder Verstaatlichung? In: Weg + Ziel. Funktionsorgan der KPD — Wasserkannte, Nr. 1/2, Jan./Febr. 1947, S. 15.

Umsetzung von Monopolmacht in politischen Einfluß erkannt wurde, blieb doch die Illusion, der Staat könne ohne den Druck einer politischen Bewegung antimonopolistische Maßnahmen ergreifen. Die Programmatik lief sozialökonomisch auf die Rückkehr zum Kapitalismus der freien Konkurrenz und ideologisch auf Bekämpfung der sozialistischen Arbeiterbewegung hinaus. Da eine solche Rückkehr — wie auch die „Entflechtung“ demonstriert hat — nicht möglich war, blieben unter der Vorherrschaft dieser Kräfte nachhaltige antimonopolistische Veränderungen aus.

Während sich in der ersten Richtung viele Kräfte sammelten, denen an der Fortexistenz monopolistischer Strukturen gelegen war, fand sich in der zweiten der ernsthafte und zugleich perspektivreiche Wille zu antimonopolistischen Reformen. Der Gegensatz zwischen beiden Richtungen konnte nicht zugunsten der zweiten ausgetragen werden, da die hier vertretenen Sozialdemokraten, Gewerkschafter und Kommunisten keine Vereinheitlichung der Forderungen und Weg-Ziel-Vorstellungen erreichten. Besonders kontrovers war dabei der Zusammenhang von Eigentum/Verfügungsgewalt und Staatsmacht. Da große Teile von SPD und Gewerkschaften den Staat als klassenneutralen Mechanismus im Dienste wechselnder parlamentarischer Mehrheiten ansahen oder zumindest wünschten, lehnten sie die Übertragung von Verfügungsgewalt über Unternehmen auf den Staat meist als Staatskapitalismus ab. Statt dessen wurden komplizierte Sozialisierungsmodelle entworfen, deren Erstellung vom Hauptproblem der Monopolensteignung ablenkte. Sozialismus wurde hier auf eine Wirtschaftsform reduziert. Dagegen stand hinter den noch nicht auf Sozialismus abzielenden Vorschlägen der KPD die Konzeption eines Volkseigentums, wobei die Eigentümerfunktion letztlich über den Staat wahrgenommen werden muß. Der gesellschaftliche Charakter der entprivatisierten Betriebe hängt damit von dem der Staatsmacht ab. Eine bloße Verstaatlichung war jedoch nicht vorgesehen. Die KPD machte situationsabhängig modifizierte Vorschläge, die weitgehende Mitbestimmungsrechte der Belegschaften beinhalteten.

Ungeachtet aller theoretischen und strategischen Unterschiede sind die Gemeinsamkeiten der vier nichtfaschistischen Parteien in den Monopolverböten der Landesverfassungen bis heute aufbewahrt. Viele glaubten in den ersten beiden Nachkriegsjahren, politisches Engagement gegen Monopolmacht sei mangels Gegner überflüssig: „Sie (die Monopole — *W.-D. S.*) haben sich selbst das Grab geschaufelt. Wäre ihr Schicksal nicht schon besiegelt, müßte verlangt werden, daß diese Monopol- und Halbmonopolgebilde verschwinden.“<sup>108</sup> Die Realität der politischen und ökonomischen Entwicklung der Bundesrepublik in den fast dreißig Jahren ihrer Existenz sieht anders aus. Die in den Landesverfassungen als Ausdruck nicht nur eines parteipolitischen, sondern eines gesamtgesellschaftlichen Klassenkräfteverhältnisses festgelegten Bestimmungen können daher, Massenbewußtsein über die Notwendigkeit und Möglichkeit ihrer Realisierung vorausgesetzt, zu wichtigen Ansatzpunkten einer demokratischen, antimonopolistischen und auf den Sozialismus orientierenden Politik werden.

108 So unter vielen der katholische Sozialwissenschaftler Paul Jostock: Grundzüge der Soziallehre und der Sozialreform. Freiburg/Br. 1946, S. 151.

## Anhang

### Monopolverbote in westdeutschen Landesverfassungen

#### A: Nicht mehr geltende Verfassungen:

*Baden*, Art. 46: „Der Zusammenschluß von Unternehmungen zum Zwecke der Zusammenballung wirtschaftlicher Macht und der Monopolbildung ist unzulässig. Insbesondere sind Kartelle, Konzerne und Preisabreden verboten, welche die Ausbeutung der breiten Massen der Bevölkerung oder die Vernichtung selbständiger Betriebe des Mittelstandes bezwecken.“

*Württemberg-Hohenzollern*, Art. 99: „(1) Der Zusammenschluß von Unternehmungen, insbesondere in der Form von Kartellen oder Konzernen, wird nicht zugelassen, wenn sein Zweck sich dahin richtet, wirtschaftliche Macht zusammenzuballen, ein Monopol zu bilden, die breiten Massen der Bevölkerung auszubeuten oder den selbständigen gewerblichen oder kaufmännischen Mittelstand zu vernichten.

(2) Preisabreden, die denselben Zweck verfolgen, sind nichtig.“

(Abgedruckt in *Karl Schulte*: Die süddeutschen Länderverfassungen. Berlin 1948, S. 181 und 166.)

#### B: Geltende Verfassungen:

*Bayern*, Art. 156 wie Baden, aber am Schluß „Vernichtung selbständiger mittelständischer Existenzen bezwecken.“

*Bremen*, Art. 41: „Die Aufrechterhaltung oder Bildung aller die Freiheit des Wettbewerbs beschränkenden privaten Zusammenschlüsse in der Art von Monopolen, Konzernen, Trusts, Kartellen und Syndikaten ist in der Freien Hansestadt Bremen untersagt. Unternehmen, die solchen Zusammenschlüssen angehören, haben mit Inkrafttreten dieser Verfassung daraus auszuschneiden. Durch Gesetz können nach gutachtlicher Äußerung der Wirtschaftskammer Ausnahmen zugelassen werden.“

*Hessen*, Art. 39: „(1) Jeder Mißbrauch der wirtschaftlichen Freiheit — insbesondere zu monopolistischer Machtzusammenballung und zu politischer Macht — ist untersagt.

(2) Vermögen, das die Gefahr solchen Mißbrauchs wirtschaftlicher Freiheit in sich birgt, ist aufgrund gesetzlicher Bestimmungen in Gemeineigentum zu überführen. Soweit die Überführung in Gemeineigentum wirtschaftlich nicht zweckmäßig ist, muß dieses Vermögen aufgrund gesetzlicher Bestimmungen unter Staatsaufsicht gestellt oder durch vom Staate bestellte Organe verwaltet werden.

(3) Ob diese Voraussetzungen vorliegen, entscheidet das Gesetz.

(4) Die Entschädigung für das in Gemeineigentum überführte Vermögen wird durch das Gesetz nach sozialen Gesichtspunkten geregelt. Bei festgestelltem Mißbrauch wirtschaftlicher Macht ist in der Regel die Entschädigung zu versagen.“

*Saarland*, Art. 52: „Schlüsselunternehmen der Wirtschaft (Kohlen-, Kali- und Erzebergbau, andere Bodenschätze, Energiewirtschaft, Verkehrs- und Transportwesen) dürfen wegen ihrer überragenden Bedeutung für die Wirtschaft des Landes oder ihres Monopolcharakters nicht Gegenstand privaten Eigentums sein und müssen im Interesse der Volksgemeinschaft geführt werden. Alle wirtschaftlichen Großunternehmen können durch Gesetz aus dem Privateigentum in das Gemeinschaftseigentum übergeführt wer-

den, wenn sie in ihrer Wirtschaftspolitik, ihrer Wirtschaftsführung und ihrer Wirtschaftsmethoden das Gemeinwohl gefährden. . ."

Eine weniger verbindliche antimonopolistische Tendenz zeigt sich auch in Artikel 27 der Landesverfassung Nordrhein-Westfalen und Artikel 61 der Landesverfassung Rheinland-Pfalz.

(Abgedruckt in: Die Verfassungen der deutschen Bundesländer. Hg. u. mit einer Einl. versehen von *Hans-Ulrich Evers*. Stand 1. März 1975. 2. Aufl. München o. J.)

# Die Verwertungsbedingungen des Kapitals in der Bundesrepublik

Eine Darstellung und Kritik von empirischen Versuchen

Jörg Goldberg

*Kapitalverwertung und Oberfläche — Preis oder Wert — Kritik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung — Die Kapitalrentabilität — Monopole und Branchenprofitraten — Die Divergenz der Profitraten — Mehrwertate und Ausbeutung — Bilanzanalysen — Die Entwicklung der Monopolprofite — Der einzelkapitalistische Nettoprofit — Schlussbemerkung — Anhang: Verwertungsbedingungen des Kapitals in der BRD*

Mit der Zunahme krisenhafter Prozesse in der Bundesrepublik einerseits und der Belebung marxistischer Ansätze in den Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften andererseits wächst das Bedürfnis nach gesicherten Grundlagen für eine Konjunktur- und Wirtschaftsanalyse, die nicht nur krisenhafte Entwicklungen dann konstatiert, wenn sie unübersehbar geworden sind, sondern auch in der Lage ist, Entwicklungstendenzen ökonomischer und — hier allerdings treten zusätzliche Vermittlungsprobleme auf — politischer Prozesse zu erkennen.

Daß Marxisten eine begründetere Vorstellung von der Funktionsweise kapitalistischer Gesellschaften besitzen und daher auch eher in der Lage sind, realistische Prognosen abzugeben, ist schon mehrfach bewiesen worden.<sup>1</sup> Allerdings genügt es nicht, die allgemeinen Funktionsprinzipien des Kapitalismus zu kennen, da die treibenden Widersprüche immer eine bestimmte historische Gestalt besitzen. Es muß also ihre Wirkungsweise in konkreten Situationen untersucht werden, eine Arbeit, die nur empirisch geleistet werden kann. Diesen Schritt von der Ebene der abstrakten Theoriediskussion hin zur Anwendung auf eine nur empirisch zu fassende Situation getan zu haben, ist das Verdienst der zu besprechenden Autoren. So unterschiedlich die Arbeiten auch zu bewerten sind, spiegeln sie doch einen merklichen Fortschritt der marxistischen politischen Ökonomie in Richtung Praxis wider.

Die Verwertung des Kapitals ist Orientierungspunkt und Zweck der Produktion im Kapitalismus, die „Rate der Verwertung des Gesamtkapitals“ ist der „Stachel der kapitalistischen Produktion“.<sup>2</sup> Ausgehend von dieser Feststellung muß bei einer Analyse realer ökonomischer Entwicklungen eines Landes durch Marxisten die Entwicklung der Kapitalverwertung zentraler Bezugspunkt sein.

Aber auch bei bürgerlichen Wirtschaftswissenschaftlern ist die zentrale Rolle des Unternehmensgewinns für die wirtschaftliche Entwicklung kaum bestritten — wobei diese beiden Kategorien allerdings nur teilweise deckungsgleich sind. Eine empirische Auseinandersetzung mit Tendenzen ökonomischer Prozesse kann also nicht darauf verzichten, die

1 Das belegt z. B. eine Gegenüberstellung der Aussagen Eugen Vargas und des „Instituts für Konjunkturforschung“ von Wagemann vor und zu Beginn der Weltwirtschaftskrise von 1929/33. Vgl. Jürgen Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 15, Berlin/DDR 1965, S. 65 ff.

2 Karl Marx, Das Kapital, 3. Bd., MEW 25, S. 251.

Verwertung des Kapitals empirisch zu erfassen und seine Bestimmungsfaktoren aufzudecken.

Dabei sieht sich die Wirtschaftsforschung mit einer Fülle statistischen Materials konfrontiert, dessen Konstruktion und Qualität jedoch sehr mangelhaft ist. Diese Mängel beziehen sich sowohl auf die Zuverlässigkeit des Zahlenmaterials als auch auf die kategoriale Abgrenzung der erhobenen Daten. Der „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ vermerkt diese Tatsache selbst und unterbreitet in einem Brief an das Bundeswirtschaftsministerium detaillierte Vorschläge zur Erweiterung der Gewinnstatistik.<sup>3</sup> Der Widerspruch zwischen dem Stellenwert, den die praktische Wirtschaftspolitik dem Gewinn zumißt und der Qualität der entsprechenden Statistiken ist offensichtlich.

Ob daraus in absehbarer Zeit entsprechende Konsequenzen gezogen werden, muß sehr bezweifelt werden: Der Gewinn gehört aus unterschiedlichen Gründen zum engsten Intimbereich des Kapitals. Sowohl die Konkurrenzinteressen der Einzelkapitale als auch die Klasseninteressen im Verteilungskampf lassen es geraten erscheinen, die Informationen über die Gewinnentwicklung auf ein notwendiges Minimum zu beschränken. Dabei kann allerdings nicht übersehen werden, daß mit wachsendem Vergesellschaftungsgrad der Produktion im Rahmen des Kapitalismus das Informationsbedürfnis wächst — erinnert sei nur an die Entwicklung der Aktiengesellschaft zum herrschenden Unternehmenstyp, wodurch neue Maßstäbe für die Veröffentlichungspraxis der Unternehmen gesetzt wurden.

Alle Versuche zur empirischen Durchdringung der Realität, d. h. zur Aufdeckung der wirklichen Bewegungsweise einer konkreten kapitalistischen Ökonomie in einer konkreten historischen Periode mit dem Anspruch, an den praktischen Bedürfnissen der Arbeiterbewegung orientiert zu sein, sehen sich einer Fülle von Problemen gegenüber, die sich im Kern auf drei verschiedenen Ebenen stellen:

1. Das existierende Datenmaterial ist unvollständig, unsicher und nicht selten falsch. Die kapitalistische Produktion ist wesentlich private Produktion, d. h. die Erstellung gesamtgesellschaftlicher Statistiken ist den Privatinteressen der Einzelkapitale untergeordnet. Zugleich sind die Quellen der Daten in fast allen Fällen eben diese privaten Kapitale. Die besonderen Einzel- und Klasseninteressen schlagen sich also auch in den Statistiken nieder. Dabei sind erklärlicherweise die Gewinn- und Verteilungsstatistiken unmittelbar berührt.
2. Die statistischen Kategorien entsprechen den mystifizierten Vorstellungen der Einzelkapitale von der Realität. Die ökonomischen Bewegungsgesetze treten den Funktionären des Kapitals nur in ihrer verdinglichten Form gegenüber, „wobei die wirklichen Produktionsagenten in diesen entfremdeten und irrationellen Formen. . . sich völlig zu Hause fühlen, denn es sind eben die Gestaltungen des Scheins, in welchem sie sich bewegen und womit sie täglich zu tun haben“. <sup>4</sup> Allerdings sind diese „Gestaltungen des Scheins“ keine bloße Fiktion: Sie bestimmen unmittelbar die Bewegungen der Einzelkapitale und damit auch reale Entwicklungen.

<sup>3</sup> Der Sachverständigenrat hat vor allem die weitere Aufgliederung der Kategorie „Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“ im Auge, wobei er auch deren Charakter als bloße Restgröße beklagt, in der alle Fehler bei der Ermittlung der anderen Größen kumulieren. Vgl. Jahresgutachten 1976/77 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, S. 189 ff.

<sup>4</sup> Karl Marx, a. a. O., S. 838.

3. Die erscheinenden Kategorien werden ihrerseits reguliert von den wirklichen Bewegungsgesetzen der Produktionsweise, die selbst aber nicht erscheinen, also auch nicht unmittelbar empirisch faßbar sind. Auch durch eine Entschlüsselung der Oberflächenerscheinungen werden die regulierenden Gesetze nicht direkt empirisch sichtbar. Die widersprüchlichen Beziehungen von Wesen und Erscheinung können durch eine bloß andere Gliederung der empirischen Daten nicht aufgelöst werden. Besonders deutlich wird das am Wertgesetz. Der Wert selbst tritt nur in Gestalt des Marktpreises an die Oberfläche, wobei diese Erscheinungsform doppelt gebrochen ist: durch den Übergang vom Wert zum Produktionspreis und vom Produktionspreis zum Marktpreis.

Bei allen Versuchen zur empirischen Bestimmung der Profitrate erweisen sich die mit dem unzureichenden Datenmaterial verbundenen Probleme als die kompliziertesten. Sie erschweren die Entschlüsselung der Kategorien der bürgerlichen Produktionsweise und zwingen zu praktischen Kompromissen bei der Berechnung, welche erheblichen Einfluß auf die Ergebnisse haben.

Im folgenden werden die Arbeiten des „Projekt Klassenanalyse“ (PKA), der Autorengruppe um *Elmar Altvater*, von *Peter Saß*, von *Helmuth Zschocke*, von *Hans Tamm* und dem „Institut für Internationale Politik und Wirtschaft“ (IPW-Berlin/DDR) und der Bremer „Arbeitsgruppe Großunternehmen“ untersucht. Die Publikationen stammen mit Ausnahme derjenigen *Tammers* — das IPW hat auf diesem Gebiet eine längere Tradition aufzuweisen — aus den Jahren 1974 bis 1978, konnten also die Ergebnisse der Krise von 1974/75 nur teilweise berücksichtigen.

Der Erkenntniszweck der Berechnungen ist unterschiedlich. Das PKA und *Altvater* gehen von der Existenz der Durchschnittsprofitrate als realer Tendenz aus und versuchen die ökonomische Entwicklung der Bundesrepublik daraus zu erklären. *Zschocke* und *Tamm* tun das ebenfalls, sie interessieren sich als Zwischenschritt aber auch für die monopolistische Differenzierung der Profitraten. *Zschockes* und *Saß'* Untersuchungen wollen vor allem die Bestimmungsgründe der Profitatendifferenzen ermitteln, die sie errechnet haben. Ganz im Vordergrund steht die These von der monopolistischen Differenzierung der Profitraten bei den sich auf veröffentlichte Bilanzen stützenden Untersuchungen von *Tamm* und der Arbeitsgruppe Großunternehmen.

## Kapitalverwertung und Oberfläche

Das wichtigste Anliegen bei den meisten Profitratenberechnungen ist die Aufdeckung der grundlegenden Gesetzmäßigkeiten der Produktionsweise in ihrer konkreten historischen Gestalt. Die sichtbare Entwicklung der ökonomischen Prozesse soll auf ihre eigentlichen Bestimmungsgründe zurückgeführt werden. Das geschieht — auf der Grundlage der existierenden Statistiken — im wesentlichen durch eine Umgliederung der erscheinenden Größen entsprechend den von *Marx* im „Kapital“ aufgedeckten Grundkategorien. Deren Bewegung, entschlüsselt aus den Bewegungen der Erscheinungen, soll als Erklärungsgrundlage für konkrete Abläufe und als Basis für Entwicklungsprognosen dienen.

Es besteht kein Zweifel, daß die inneren Verwertungsbedingungen des Kapitals die in letzter Instanz regulierenden Faktoren sind, daß sich eine konkrete zeitgeschichtliche Analyse auf diese Faktoren beziehen muß. Allerdings besteht häufig die Gefahr, daß — abgesehen von den drei oben dargestellten Problemgruppen bei der empirischen Auf-

deckung dieser Faktoren — notwendige Zwischenschritte übergangen werden. Die grundlegenden Gesetzmäßigkeiten treten nicht als solche an die Oberfläche, sondern wirken nur vermittelt über die Widersprüche der Gesellschaft, vollziehen sich unbewußt, hinter dem Rücken der Funktionäre des Reproduktionsprozesses. „In der Darstellung der Versachlichung der Produktionsverhältnisse und ihrer Verselbständigung gegenüber den Produktionsagenten gehn wir nicht ein auf die Art und Weise, wie die Zusammenhänge durch den Weltmarkt, seine Konjunkturen, die Bewegung der Marktpreise, die Perioden des Kredits, die Zyklen der Industrie und des Handels, die Abwechslung der Prosperität und Krise, ihnen als übermächtige, sie willenlos beherrschende Naturgesetze erscheinen und sich ihnen gegenüber als blinde Notwendigkeit geltend machen. Deswegen nicht, weil die wirkliche Bewegung der Konkurrenz außerhalb unseres Planes liegt und wir nur die innere Organisation der kapitalistischen Produktionsweise, sozusagen in ihrem idealen Durchschnitt, darzustellen haben.“<sup>5</sup>

Für die Analyse einer bestimmten Zeitperiode, die Anspruch auf praktische Anwendbarkeit hat, die Hinweise für die Praxis der Arbeiterbewegung und ihrer Organisationen geben will, müssen gerade diese Vermittlungsglieder zwischen der erscheinenden Bewegung und den regulierenden Gesetzmäßigkeiten interessieren. Zu untersuchen ist, wie sich die Gesetze in einer jeweils konkreten historischen Situation durchsetzen, in welcher Form sie die Handlungen der Funktionäre des kapitalistischen Reproduktionsprozesses bestimmen. Vielen Berechnungen scheint unausgesprochen die Annahme zugrunde zu liegen, daß die Durchsetzungsform der Gesetze im Rahmen der kapitalistischen Produktionsweise immer gleich ist, daß es also genügt, den inneren Verwertungszusammenhang aufzudecken, um Zeitgeschichte erklären zu können. Es besteht so die Gefahr, daß die von *Marx* auf der hohen Abstraktionsebene des „Kapital“ aufgedeckten Kategorien einfach mit aktuellen Daten illustriert werden, um konkrete ökonomische Vorgänge zu erklären.

Die Wirkungsweise, die Durchsetzungsform der grundlegenden Gesetzmäßigkeiten hängt jedoch von einer Vielzahl von konkreten historischen Faktoren ab, die bei einer „Realanalyse“ einbezogen werden müssen. Die strukturellen Bedingungen, unter denen die Gesetze wirken, bleiben nicht gleich. Die Entwicklung des Weltmarkts, des Kredits, die Herausbildung von Monopolen, die Entstehung sozialistischer Staaten — das alles verändert die Wirkungsweise der Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise, verändert den Zusammenhang zwischen Oberfläche und Wesensmerkmalen. Zudem wirken die Gesetze nicht „rein“, d. h. auch in einem entwickelten kapitalistischen Lande existieren Bereiche, die nicht unmittelbar unter das Kapitalverhältnis subsumiert sind, die ökonomische Entwicklung aber trotzdem beeinflussen.<sup>6</sup> Die historische Dimension solcher Analyse darf sich also nicht nur auf die Geschichte der Grundkategorien beziehen, sie muß auch die Geschichte der Durchsetzungsformen untersuchen.

<sup>5</sup> Ebenda, S. 839.

<sup>6</sup> Zu den wechselnden Beziehungen zwischen „Gesetz“ und „Erscheinung“ vgl. J. H. v. Heiseler, „Gesetzesbegriff und Kapitalismustheorie“, in: IMSF (Hrsg.), *Das Monopol — ökonomischer Kern des heutigen Kapitalismus*, Frankfurt/M. 1976, S. 35 ff.

## Preis oder Wert — die Indikatorfrage

Die unterschiedlichen Positionen, die zum Verhältnis von Wesen und Erscheinung in der kapitalistischen Ökonomie eingenommen werden können, werden in der Diskussion um das „Indikatorproblem“ deutlich. Dabei steht das Verhältnis von Preis und Wert im Mittelpunkt. *Altvater* und seine Mitarbeiter gehen bei ihren Berechnungen von vornherein davon aus, daß „die innere Organisation (einer Gesellschaft, *J. G.*) und die ihr zugrundeliegenden Bewegungsgesetze nicht unmittelbar an der Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft erscheinen, sondern nur in vermittelter und verkehrter Form“.<sup>7</sup> Die Kategorien, mit denen bei der Analyse gearbeitet werden muß, „sind notwendigerweise Verkehrungen der Wesenskategorien und als Verkehrungen noch der definierenden gesellschaftlichen Konvention verdankt“.<sup>8</sup> Daher stellen sie sich von vornherein nur die Aufgabe, Indikatoren zu suchen, die die Bewegung der Wesenskategorien adäquat ausdrücken, die Wesenskategorien selbst sind ihrer Ansicht nach empirisch nicht faßbar: das Wesen ist immer nur über den Umweg der Erscheinung zu erfassen, die wiederum nicht identisch mit jener ist. Bezogen auf die Beziehung Wert-Preis heißt das: „Der Marktpreis und seine Bewegung allein ist meßbar, nicht jedoch die Kategorien, die seine Bewegung letztlich regulieren.“<sup>9</sup>

Dieser methodisch sorgfältigen Trennung soll hier zugestimmt werden. Allerdings bleibt sie für die praktische Analyse konsequenzenlos, da die eigentlich interessante Frage, nämlich der Charakter der Beziehung zwischen Wesen und Erscheinung unter den konkreten Bedingungen der BRD, nicht angesprochen wird. Es wird einfach davon ausgegangen, daß die Bewegung der Indikatoren direkt von der Bewegung der Grundkategorien bestimmt wird, d. h. daß sich Wert und Preis parallel entwickeln. „In unserem Beitrag sind wir davon ausgegangen, daß letztendlich die Tendenzen der Wertbewegung die Marktpreisbewegungen bestimmen, daß über entsprechend lange Zeiträume also Wertverhältnisse und die sich in Marktpreisen ausdrückenden Verhältnisse an der Oberfläche parallel verlaufen.“<sup>10</sup> Für eine reale historische Analyse mit dem Anspruch auf praktische Verwertbarkeit ist aber gerade das „letztendlich“ interessant, d. h. die Durchsetzungsform der Wesenskategorien, die sich ja auf der Erscheinungsebene nur durch Abweichungen von jenen durchsetzen. Indem eine einfache Parallelität zwischen Wesen und Erscheinung angenommen wird, werden alle die Probleme ausgeschaltet, die mit den Strukturveränderungen des Kapitalismus, d. h. mit der historischen Veränderbarkeit der Durchsetzungsformen zusammenhängen. In der Konsequenz führt das sowohl bei der Gruppe um *Altvater* als auch beim „Projekt Klassenanalyse“ dazu, die konkrete, erscheinende Bewegung des Kapitalismus in der Bundesrepublik unvermittelt aus den Grundkategorien des Kapitals auf der Marxschen Abstraktionsebene abzuleiten, ohne die Wirkungsweise dieser Kategorien vor dem Hintergrund der historisch bestimmten Gestalt des Kapitalis-

7 *Altvater/Hoffmann/Schöller/Semmler*, Entwicklungsphasen und -tendenzen des Kapitalismus in Westdeutschland, 1. Teil, in: *Probleme des Klassenkampfes*, Westberlin, Nr. 13/1974, S. 104. 2. Teil: a. a. O., Nr. 16/1974

Dieser zweiteilige Aufsatz ist praktisch die ausführlichere Fassung des unten besprochenen Beitrags im Handbuch 1.

8 *Ebenda*, S. 108.

9 *Ebenda*.

10 *Altvater/Hoffmann/Semmler*, Zum Problem der Profitratenberechnung, in: *Probleme des Klassenkampfes*, Nr. 24/76, S. 194.

mus zu untersuchen. Es entsteht so ein unhistorisches Bild des Kapitalismus, das im Grunde für alle Perioden und alle Länder Gültigkeit besitzt.

In dieser Hinsicht erscheint denn auch die Auseinandersetzung zwischen *Altvater* und dem „Projekt Klassenanalyse“ als praktisch irrelevant, als ‚Streit um des Kaisers Bart‘.

Desungeachtet fährt das PKA — entsprechend seinen Gewohnheiten — grobes Geschütz auf: „Für sie (die Gruppe um *Altvater*, J. G.) sind Marxsche Analyse und die wirkliche Bewegung prinzipiell nur im Theoretikerhirn zusammenzubringen.“<sup>11</sup> Die grundlegende Frage des Verhältnisses von Gesetz und Erscheinung wird mit den Problemen vermengt, die sich ergeben, weil die grundlegenden Gesetze dem Einzelkapital nur in mystifizierter, verkehrter Gestalt erscheinen.

Allerdings hat auch *Altvater* zwischen diesen beiden Problemebenen nicht explizit unterschieden, versucht aber in der praktischen Analyse, diese verkehrte Gestalt zu entschlüsseln, d. h. die Faktoren darzustellen, die die unmittelbare Verwertung des Einzelkapitals regulieren. Sein Ziel ist nicht die bloße Beschreibung der Oberfläche — wie es ihm das PKA unterstellt — sondern die Aufdeckung der die einzelkapitalistische Verwertung bestimmenden Faktoren wie Mehrwert- und Profitrate. Insofern ist sein Ansatz der gleiche wie der des PKA.

Auch *Altvater* und seine Mitarbeiter versuchen also die „Dechiffrierung der verselbständigten Formen“<sup>12</sup> — jedoch bei beträchtlichen methodischen Unterschieden zur Vorgehensweise des PKA. Allerdings kann mit dieser „Dechiffrierung“ zwar die Verkehrung von „Distributionsformen . . . in Produktionsformen“ — wie sie z. B. mit der Behandlung des Zinses als Abzug vom Gewinn erfolgt — aufgelöst werden, nicht aber die Beziehung von Preisen und Werten. Und das ist der eigentliche Streitpunkt in den beiden Ansätzen.

Für die Autoren des PKA besteht deshalb keine Differenz zwischen Preisen und Werten, weil: „Gesamtgesellschaftlich stimmen Werte und Preise jedoch überein.“<sup>13</sup> Abweichungen der Marktpreise von den Produktionspreisen und dieser von den Werten gleichen sich gesamtgesellschaftlich und im zyklischen Durchschnitt aus.

Mit dieser Annahme wird von einer Vielzahl konkreter Bedingungen abstrahiert, die alle auf das Preis-Wert-Verhältnis einwirken. An erster Stelle muß hier die Abstraktion vom Weltmarkt genannt werden, über den ja eine Vielzahl von Wertübertragungen stattfinden. Gerade für ein Land wie die Bundesrepublik mit seinem hohen weltwirtschaftlichen Verflechtungsgrad und mit der großen Bedeutung, die der Außenhandel für die Entwicklung der nationalen Ökonomie hat, muß das sehr problematisch erscheinen. Selbst wenn akzeptiert wird, daß aus praktischen Gründen dieser Aspekt zunächst vernachlässigt werden muß, kann jedenfalls die Fiktion, man rechne mit den Wertgrößen selbst, schon allein deshalb nicht aufrecht erhalten werden. Dieser Einwand geht nach Ansicht des PKA zwar „ins Leere, weil das Aufnehmen dieser Dimension in die Untersuchung selbst nur Resultat der Analyse der Struktur des nationalen Reproduktionsprozesses sein kann“.<sup>14</sup>

Es ist aber klar, daß die Analyse des konkreten nationalen Reproduktionsprozesses nicht isoliert von den Weltmarkteinflüssen vorgenommen werden kann.<sup>15</sup> Das versucht auch

11 Projekt Klassenanalyse, Die akkumulationstheoretische Realanalyse im Spiegel des Indikatorverfahrens, in: Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus, Westberlin, Nr. 4/1976, S. 155.

12 Ebenda, S. 154.

13 Ebenda.

14 Projekt Klassenanalyse, Gesamtproduktionsprozeß der BRD 1950—1975, Westberlin 1976, S. 38.

15 In einer Kritik am PKA bemerkt Heiner Ganßmann richtig: „Die Art und Weise, in der das PKA Welt-

das PKA in der Tat nicht, da es vom fertigen Ergebnis der ökonomischen Entwicklung ausgeht, Weltmarkteinflüsse also nicht von der Veränderung der inneren Bedingungen des nationalen Reproduktionsprozesses trennt. Wo solche Einflüsse angesprochen werden, da wird deutlich, daß die Annahme, man rechne mit den Wertgrößen selbst, bloße Fiktion ist. So wird z. B. der Fall der Mehrwertrate im 6. Zyklus auf die „verschlechterte Position der BRD auf dem Weltmarkt“ zurückgeführt, d. h. konkret auf die Aufwertung der DM.<sup>16</sup> Bei der Untersuchung der „wirklichen Bewegung der Konkurrenz“ ist es unmöglich, die Ergebnisse der inneren Verwertungsbedingungen von den Weltmarkteinflüssen zu isolieren, die auch auf das Verhältnis von Preisen und Werten einwirken.

Der Anspruch, es werde mit den tatsächlichen Werten gerechnet, ist aber auch deshalb nicht aufrechtzuerhalten, weil das PKA sich ja keineswegs nur zur Größe des gesellschaftlichen Gesamtprodukts äußert, sondern sich auch für die „Struktur des nationalen Reproduktionsprozesses“<sup>17</sup> interessiert. „Es ist klar, daß bestimmte Teile des Gesamtkapitals betrachtet, Abteilungen, Sphären oder auch Einzelkapitale, die Preise von den Werten abweichen werden“,<sup>18</sup> was natürlich auch international gilt. Da aber ökonomische Prozesse durch Verschiebungen zwischen diesen Bestandteilen des Gesamtprodukts gekennzeichnet sind, ist die Tatsache, daß diese Verschiebungen im Gesamtprodukt aufgehoben sind, für eine Erklärung der Entwicklung ohne Bedeutung.

Das wird noch deutlicher, wenn man sich die praktische Vorgehensweise des PKA vor Augen hält. Seine empirischen Grundlagen sind die Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR), die sich in einer von der bürgerlichen Gesellschaftsform bestimmten Struktur darstellen. Das PKA tut im Grunde nichts anderes, als diese Struktur aufzulösen und die nach seinen Kriterien getrennten einzelnen Bestandteile neu zusammenzusetzen.

Da aber die Annahme Preis = Wert für die einzelnen Bestandteile der Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nicht gilt, ist es eine sehr kühne Annahme, daß nach der Herausrechnung bzw. Umrechnung der Bestandteile ein Gesamtprodukt herauskommt, in dem „alle Abweichungen, die durch Monopole und andere Modifikationen in der Preisbildung, z. B. indirekte Steuern, bewirkt werden... ausgeglichen sind“.<sup>19</sup>

Schließlich kann auch die Annahme, die Inflation ändere nichts am Preis-Wert-Verhältnis, in der Realität nicht akzeptiert werden. Die Geldentwertung ist schließlich keine auf den Geldsektor beschränkte Erscheinung, sondern berührt die Preisentwicklung der einzelnen Bestandteile des gesellschaftlichen Gesamtprodukts durchaus unterschiedlich und wirkt so auch auf die Produktion und die Verwertung. Besonders ins Gewicht fällt dabei der Unterschied zwischen fixen und zirkulierenden Kapitalbestandteilen.

Selbst wenn man die Gleichheit von Werten und Preisen nur auf den Zyklendurchschnitt bezieht, müssen in der Praxis so viele Einschränkungen an dieser Annahme gemacht werden, daß schon allein wegen der statistischen Mängel eine solche Gleichsetzung mit zu vielen Vorbehalten verbunden werden müßte. Angesichts dieser Tatsache ver-

markteinflüsse auf den Gesamtproduktionsprozeß der BRD behandelt (bzw. ignoriert), diente nur der Illustration eines in empirischen Untersuchungen deplazierten Verfahrens der isolierenden Abstraktion.“ Heiner Ganßmann, *Marxistische Milchmädchenökonomie*, in: *Beiträge...* Nr. 2/1978, S. 127.

16 Projekt Klassenanalyse. Gesamtproduktionsprozeß... a. a. O., S. 282.

17 Ebenda, S. 38.

18 Ebenda, S. 42.

19 Ebenda.

schwindet die Differenz zwischen *Altwater* und dem PKA völlig. Auch das PKA nimmt den Preis tatsächlich nur als „Indikator“ des Werts, muß also annehmen, daß die von ihm errechneten empirischen Kategorien die Bewegung der regulierenden Faktoren adäquat widerspiegeln.<sup>20</sup> Das Problem besteht also nicht darin, ob die Grundkategorien selbst oder nur empirische Indikatoren erfaßt werden: Es geht um die Auswahl und die Berechnung dieser Indikatoren und ihre konkreten Beziehungen zu den regulierenden Gesetzen der kapitalistischen Produktionsweise. Diese Frage aber bleibt bei beiden Ansätzen ungeklärt: weder die „Identitätsannahme“ des PKA noch die „Parallelitätsannahme“ *Altwaters* berühren das Problem der jeweils historisch wechselnden Beziehungen zwischen allgemeinen Gesetzmäßigkeiten und Erscheinungsformen.

### Kritik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung als Voraussetzung empirischer Untersuchungen — die Methode des „Projekt Klassenanalyse“.

*Projekt Klassenanalyse. Gesamtproduktionsprozeß der BRD 1950—1975. Kritik der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. VSA, Westberlin 1976.*<sup>21</sup>

Ausgangspunkt für alle konkreten empirischen Arbeiten über die Entwicklung der Bundesrepublik muß nach Ansicht des „Projekt Klassenanalyse“ die Darstellung des Gesamtprozesses der kapitalistischen Reproduktion sein. Untersuchungen über Inflation, monopolistische Produktionsstrukturen usw. könnten erst dann sinnvoll sein, wenn der Gesamtproduktionsprozeß empirisch erfaßt ist. Wie bereits angedeutet, kommt darin der Versuch zum Ausdruck, von bestimmten konkreten Erscheinungsformen bzw. Wirkungsweisen der allgemeinen Gesetze zu abstrahieren. Vorausgesetzt ist damit, daß der Gesamtproduktionsprozeß in seinem konkreten Verlauf allein durch die Wirkungsweise der Grundkategorien erklärt werden kann, daß die erwähnten „Modifikationen“ (310) also keine wesentlichen Auswirkungen haben — das aber wäre durch eine empirische Analyse eigentlich erst zu belegen.

Als Grundlage für eine Analyse des Gesamtprozesses bietet sich die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR) an, in der die „erscheinende Bewegung“ ihren empirischen Ausdruck erhält. „Ist die VGR notwendige Darstellungsform der konkreten Gestalt der ökonomischen Verhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft, muß sie Ausgangspunkt der empirischen Untersuchung des Gesamtproduktionsprozesses auf Basis der Marxschen Theorie sein.“ (32) Da die erscheinende Bewegung aber ein Reflex der wirklichen Bewegung ist, kann dies durch eine systematische Entschlüsselung der VGR aufgedeckt werden.

Wie weiter unten noch gezeigt werden soll, verleitet diese sicher richtige Feststellung, daß sich die reale Bewegung in irgendeiner Form in den Ergebnissen der VGR widerspie-

20 Daß die theoretische Abgrenzung des PKA von *Altwater* in der Praxis der Berechnung bedeutungslos ist, zeigt auch eine Bemerkung des PKA im (unveröffentlichten) Materialband: „Wir haben noch anzumerken, daß in diesen Größen nicht direkt Werte erfaßt sind; einerseits ist die Wertbestimmung nur im Zyklendurchschnitt realisiert, andererseits sind hier Preisänderungen in Rechnung zu stellen.“ Vgl. Manuskript S. 98.

21 Die Seitenzahlen im Text beziehen sich im folgenden auf die jeweils angegebenen besprochenen Veröffentlichungen.

gelt, zu einem oft unkritischen Umgang mit den empirischen Daten. Das widersprüchliche Verhältnis der bürgerlichen Gesellschaft zu gesamtwirtschaftlichen Statistiken, deren Interessengebundenheit, wird nicht mehr als Problem gesehen. Dabei zeigt schon das Ergebnis der Neuberechnungen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen — die vom PKA noch nicht berücksichtigt werden konnten — daß schon durch geringfügige methodische Änderungen erhebliche quantitative Verschiebungen erfolgen können, die natürlich auch das Berechnungsergebnis des Gesamtproduktionsprozesses berühren müssen.<sup>22</sup>

Das PKA geht in seinen Berechnungen im wesentlichen von den Wertansätzen der VGR aus, die lediglich umgruppiert werden mit dem Ziel, alle Bereiche herauszurechnen, die nicht mit der Produktion des gesellschaftlichen Reichtums zusammenhängen. Diese Arbeit kann hier nicht im einzelnen nachgezeichnet werden, darzustellen sind aber die Abgrenzungskriterien.

Ausgangspunkt ist eine umständliche und unkonsequente Anwendung des Begriffs der „produktiven Arbeit“. Nur produktive Arbeit leistet einen Beitrag zur Herstellung des gesellschaftlichen Gesamtprodukts. Dabei jongliert das PKA in der Praxis mit verschiedenen Bestimmungen des Begriffs, ohne diese Tatsache der jeweils unterschiedlichen Bestimmtheit deutlich zu machen. In den Mittelpunkt stellt es das Merkmal der „Formbestimmtheit“: „Der Unterschied zwischen produktiver und unproduktiver Arbeit besteht also darin, ob Arbeit gegen Geld als Geld oder gegen Geld als Kapital ausgetauscht wird.“ (114) Der Inhalt der Arbeit gilt hier als unwichtig: für das Einzelkapital ist es in der Tat lediglich interessant, ob die Arbeit die Aneignung von Mehrwert, die Verwertung des eingesetzten Kapitals vermittelt. Insofern ist es für das Kapital auch völlig gleichgültig, ob die Arbeit in der materiellen Produktion oder z. B. im Bankwesen verrichtet wird: in beiden Fällen ist sie eine Voraussetzung zur Aneignung von Mehrwert, also vom Standpunkt des engagierten Kapitals produktive Arbeit.

Dem PKA ist es jedoch offensichtlich entgangen, daß es mit dieser Seite der Bestimmung der produktiven Arbeit auf der Ebene der „erscheinenden Bewegung“ bleibt. Ist es für den Einzelkapitalisten gleichgültig, ob die Arbeit in der materiellen Produktion oder im Handel oder im Bankwesen verrichtet wird, so ist es das vom Standpunkt des Gesamtproduktionsprozesses keineswegs: der Umfang der materiellen Produktion reguliert letzten Endes den Umfang des zur Verteilung verfügbaren Gesamtprofits und damit auch die Bereiche der Zirkulation, der unproduktiven Aneignung von Mehrwert.

Der Ausgangspunkt „Formbestimmtheit der Arbeit“ widerspricht also diametral den eigentlichen Absichten des PKA: die Entschlüsselung der wirklichen Bewegung als Grundlage der erscheinenden Bewegung. Tatsächlich verstößt das PKA in den praktischen Berechnungen auch ständig gegen den angeblichen Ausgangspunkt, wodurch es zu den kompliziertesten und halbsbrecherischsten Argumentationsketten kommt. So zum Problem der Zirkulationssphäre: „Der industrielle Kapitalist beschäftigt also produktive

22 Vgl. zur Neuberechnung der VGR: G. Hamer u. a., Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung 1960 bis 1976, in: *Wirtschaft und Statistik*, 4/1977, S. 215 ff.

So beläuft sich die Bruttowertschöpfung des produzierenden Gewerbes nach der alten Methode auf 563 550 Millionen DM, nach der neuen auf 542 930 Millionen. Diese Differenzen wirken sich auch auf die Ergebnisse des PKA aus, wie der im Anhang abgedruckte Vergleich der auf der Grundlage der revidierten VGR berechneten Profitrate mit der alten Berechnung zeigt. Ein Teil der Differenzen ist allerdings auf Korrekturen bei der Berechnung des Geldkapitals durch das PKA zurückzuführen. Vgl. Materialband, unveröffentlichtes Manuskript S. 134.

wie unproduktive Arbeiter, und zwar als Kapitalist, d. h. er kauft die Arbeit in beiden Fällen mit Geld als Kapital." (119) Hier stutzt der Leser: wurde nicht wenige Seiten vorher betont, daß der Unterschied zwischen produktiver und unproduktiver Arbeit die Frage ist, ob Arbeit gegen Geld als Geld oder als Kapital ausgetauscht wird?

Aber das PKA weiß einen Ausweg, den es in einer Fußnote folgendermaßen formuliert: „Wenn es bei der Entwicklung der Bestimmung produktiver Arbeit hieß, der Unterschied zwischen produktiver und unproduktiver Arbeit besteht darin, ob Arbeit gegen Geld als Kapital oder Geld als Geld ausgetauscht wird, so ist dies also nur richtig, wenn von den unproduktiven Arbeitern in der Zirkulationssphäre des Kapitals abgesehen wird." (163)

Eine andere Ausnahme macht das PKA bei der Behandlung der Sphäre der einfachen Warenproduktion, die natürlich auch mit dem Kriterium der „Formbestimmtheit" nicht zu erfassen ist. Dort wird ein Beitrag zum gesellschaftlichen Reichtum geleistet, obwohl die Arbeit vom Standpunkt der „Formbestimmtheit" unproduktiv ist. Im Endeffekt geht das PKA doch von einem inhaltlich bestimmten Begriff der „produktiven Arbeit" aus: dem Bereich der materiellen Produktion — allerdings mit einigen wichtigen Ausnahmen, auf die weiter unten noch eingegangen werden soll.<sup>23</sup>

Empirische Probleme bereitet dabei weniger die Ausgliederung von Bereichen wie der Finanzunternehmen und der Wohnungsvermietung als die Ausgliederung von nichtproduktiven Bereichen des industriellen und des Warenhandlungskapitals: Grundlage für die Trennung sollen die „Beschäftigungskategorien" (129) sein. Leider fehlen hier nähere Angaben.

Besonders problematisch ist bei diesen Umgliederungen die Behandlung des Staatssektors: So zielt die widersprüchliche Hantiererei mit der „Formbestimmtheit" der produktiven Arbeit einzig und allein darauf ab, den staatlichen Sektor als unproduktiv herauszurechnen. Alle Unternehmen mit öffentlich-rechtlicher Eigentumsform werden dann als unproduktiv aus dem gesellschaftlichen Gesamtkapital herausgerechnet, wenn sie die Erweiterung der Stufenleiter der Produktion nicht aus dem eigenen Surplus finanzieren können: gleichgültig ob sie zum Bereich der materiellen Produktion gehören oder nicht. Es wurde so vorgegangen, daß bei den öffentlich-rechtlichen Unternehmen „Rentabilitätsrechnungen" vorgenommen wurden: „Es hat sich dabei gezeigt, daß die öffentliche Rechtsform ein hinreichend genauer Indikator dafür ist, daß es sich um einen Staatsbetrieb handelt."<sup>24</sup> Obwohl nicht angegeben wird, nach welchen Gesichtspunkten diese Rechnungen durchgeführt wurden, muß z. B. für die Bundespost Zweifel an der offensichtlich festgestellten Unrentabilität angemeldet werden.<sup>25</sup> Ein Teil der „Kosten" dieser Unternehmen sind im Grunde nur Gewinnübertragungen an den Staat, der damit seine spezifischen Aufgaben finanziert. Wenn z. B. bei der Bundesbahn Defizite entstehen,

23 Dagegen heißt es an anderer Stelle: „Schließlich ist es einerlei, ob sie (die produktive Arbeit, J. G.) in der Sphäre der materiellen oder immateriellen Produktion verausgabt wird, ob sie sich in Produkten vergegenständlicht oder nicht." Joachim Bischoff (Hrsg.), *Grundbegriffe der marxistischen Theorie*, Hamburg 1978, S. 29.

24 Materialband, a. a. O., S. 51.

25 Die Bundespost weist seit 1975 Überschüsse aus. Aber auch schon vorher wurden in Form von „Ablieferungen" Gewinne an den Bund abgeführt. Es ist zudem völlig uneinsichtig, daß das PKA mit dem Hinweis auf die finanzielle und formelle Selbständigkeit der Sozialversicherung diese aus dem Staatsbereich ausgliedert, während die öffentlichen Unternehmen, deren Geschäftspolitik mindestens ebenso selbständig durchgeführt wird, zum Staatskonto geschlagen werden.

Vgl. Projekt Klassenanalyse, *Der Staat in der BRD*, Hamburg/Weserberg 1977, S. 59 ff.

weil bestimmten Personengruppen Sozialtarife eingeräumt werden, so können die damit verbundenen Subventionen an die Bahn nicht als Begründung für deren Unrentabilität und den unproduktiven Charakter der Arbeit bei der Bahn angeführt werden. Da außerdem bei den privaten Unternehmen erst gar nicht untersucht wird, ob sie nicht bestimmte Bereiche ihrer erweiterten Reproduktion vorwiegend aus Subventionen bestreiten (Beispiel: Bergbau), wird tatsächlich lediglich die Rechtsform zur Abgrenzung benutzt. Das Ergebnis ist denn auch absurd. Vom Standpunkt der Produktion des gesellschaftlichen Reichtums nämlich werden Polizei und öffentliche Elektrizitätswerke gleichbehandelt: als unproduktiv.

Doch selbst wenn diese Unstimmigkeiten vernachlässigt werden, ist der Ansatz des PKA unsinnig: Die Folgen der Umverteilungsfunktionen des Staates, die spezifische Rolle öffentlicher Unternehmen als Instrumente der gezielten Profitübertragung wird ignoriert. So ist das staatliche Kapital durchaus Bestandteil des gesellschaftlichen Gesamtkapitals, kann Waren und Werte, damit aber auch Profite produzieren, die aber nicht unmittelbar dort angeeignet werden, sondern z. B. durch politisch gesetzte Preise an bestimmte private Kapitale übertragen werden.

Indem das PKA aber das gesamte staatliche Kapital — auch wenn es in der materiellen Produktion fungiert — einfach aus dem gesellschaftlichen Gesamtkapital ausgliedert, muß es zu falschen Ergebnissen kommen: Das gesellschaftliche Gesamtkapital wird zu niedrig, die Profitrate zu hoch ausgewiesen.

Nach erfolgten Umgliederungen wird der Produktionswert des gesellschaftlichen Gesamtkapitals als Ausgangspunkt berechnet (Produktenwert). Nach Abzug der ebenfalls aus dem entsprechend umgliederten Kontensystem der VGR errechenbaren Vorleistungen, d. h. dem konstanten Kapital auf Kostenbasis, erhält das PKA das Wertprodukt.

Ein wichtiges Problem, das auch in anderen Berechnungen auftaucht, ist dabei die Bewertung der Abschreibungen bzw. des Anlagevermögens. Das PKA geht entsprechend der Praxis der VGR von den Wiederbeschaffungspreisen aus, was damit begründet wird, daß die jeweiligen Preise als Ausgangsbasis zu nehmen sind. Tatsächlich ist mit inflationären Preiserhöhungen aber ein wichtiger Vorteil für das Kapital verbunden: sein tatsächlich vorgeschossenes Kapital wird beschleunigt freigesetzt, seine Akkumulationsfähigkeit wird gesteigert, seine Fähigkeit zur Ansaugung von Mehrarbeit und zur Produktion von Mehrwert wird erhöht. Natürlich würde bei einer Bewertung der Abschreibungen zu Anschaffungspreisen — wenn sonst weiterhin zu jeweiligen Preisen gerechnet wird — das Wertprodukt inflationär aufgebläht erscheinen. Dieser Vorgang hat jedoch reale Auswirkungen auf den Gesamtproduktionsprozeß: Er wirkt sich auf die Struktur des Gesamtprodukts und auf das Akkumulationstempo aus. Eine „Abstraktion“ vom Problem der Inflation, wie es das PKA vorhat — die Inflation sei eine Frage, die erst in einem zweiten Schritt untersucht werden kann — ist jedenfalls nicht möglich, der empirisch vorgefundene Akkumulationsprozeß ist *auch* Folge der Inflation.

Nach der Errechnung des Wertprodukts ist das variable Kapital zu bestimmen, d. h. zunächst die Lohnsumme der produktiven Arbeiter. Dabei werden die immer wichtiger werdenden Probleme der Steuern und der Sozialabgaben vom PKA sehr kurz und summarisch abgehandelt. Von der Umrechnung der indirekten Steuern auf den Wert der Ware Arbeitskraft wird wegen der damit verbundenen Abgrenzungsprobleme ganz abgesehen. Die Lohnsteuern der — in seiner Diktion — produktiven Lohnarbeiter werden in Gänze dem Surplus zugeschlagen, dagegen werden die veranlagten Einkommensteuern der oberen Lohnarbeitergruppen zum variablen Kapital gerechnet. Eine Begründung für diese

Praxis wird nicht angegeben: Es scheinen auf den ersten Blick nur pragmatische Gründe zu sein. Die Sozialversicherungsbeiträge werden ebenso wie die Beiträge der Unternehmen zur Unfallversicherung<sup>26</sup> zum variablen Kapital gerechnet.

Die Behandlung von Lohnsteuern und Sozialversicherungsbeiträgen entspricht offensichtlich der vom PKA vertretenen Trennung von Sozialversicherung und Staat: „Der gesellschaftliche Assekuranzfonds (ist) im Unterschied zum Staatshaushalt ein Teil der gesamtgesellschaftlichen Lohnsumme und die Umverteilung, die durch diesen Fonds bewirkt wird, ist im wesentlichen eine Umverteilung innerhalb der Revenue der Lohnabhängigen.“ Dagegen sei die ökonomische Basis des Staates — d. h. die Steuern — „in erster Linie der Abzug vom gesellschaftlichen Mehrwert“.<sup>27</sup> Die Tatsache, daß ein wachsender Teil der Reproduktionskosten der Arbeitskraft gesellschaftlich — und zwar über Staat und Sozialversicherung — umverteilt wird, bleibt hier also außer Betracht.<sup>28</sup>

Vom so errechneten Mehrwert werden nun die Zirkulationskosten abgezogen, es bleibt die Brutto-Revenue der Kapitalisten, die in Akkumulationsfonds, Warenvorrat und Netto-Revenue der Kapitalisten unterteilt wird. Problematisch ist die Bestimmung des Akkumulationsfonds, in den lediglich das fixe Kapital eingeht. Vor allem bei der Berechnung von Akkumulationsraten und ihrer Bewegung dürfte das zu Verzerrungen führen. Als Nationaleinkommen gilt merkwürdigerweise die Summe aus der Netto-Revenue und dem Lohn der Lohnarbeiter nach PKA-Diktion, also nur der zur Konsumtion bestimmte Teil, während bei Marx das Nationaleinkommen als Summe aus Lohn, Profit und Rente definiert wird.<sup>29</sup> Es wird nirgends erläutert, warum das PKA den Akkumulationsfonds nicht zum Nationaleinkommen zählt.

Mit den gewonnenen empirischen Größen wird nun versucht, die ökonomische Entwicklung der BRD darzustellen und zu erklären. Hier muß die Kritik wesentlich ansetzen. Denn obwohl die Berechnungen explizit von solchen konkreten Faktoren wie Weltmarkt, Inflation, Monopolen — als „Modifikationen“ bezeichnet — abstrahieren und sich nur als ein erster Schritt zu einer konkreten Analyse verstehen, wird im letzten Teil der Arbeit versucht, aus diesen ‚abstrahierten‘ Ergebnissen konkrete ökonomische Vorgänge abzuleiten. Es wird also der unmittelbare Sprung von den inneren Gesetzen — die das PKA empirisch aufgedeckt zu haben beansprucht — auf die Erscheinungsebene getan, ohne den jeweils konkreten Durchsetzungsformen und deren historischem Wandel irgendeine Aufmerksamkeit zu schenken. Das aber ist auf der vom PKA selbst gewählten Abstraktionsebene nicht möglich.

Im Folgenden wird das noch an einigen Punkten verdeutlicht. Die Zeitperiode von

26 Das ist problematisch, weil die Unfallversicherung ein Versicherungsfonds der Unternehmer ist, der diese gegen Regressforderungen der Unfallopfer absichert.

27 PKA, Der Staat, ... a. a. O., S. 35. Ganz abgesehen davon, daß auch Selbständige in die Sozialversicherung einbezogen sind, bleibt auch eine Umverteilung unter den Lohnabhängigen für die Berechnung von Mehrwert und Profit keineswegs gleichgültig. Das ist auch deshalb zu beachten, weil das PKA selbst deutliche Einkommensdifferenzen zwischen den produktiven Lohnarbeitern und den übrigen Lohnabhängigen ermittelt.

28 In einer Kritik an den Arbeiten Tammer wird das registriert, ohne aber Schlußfolgerungen für die eigenen Berechnungen zu ziehen. Vgl. Beiträge, ... 1/78, S. 44.

29 „Das Einkommen der ganzen Gesellschaft betrachtet, besteht das Nationaleinkommen aus Arbeitslohn plus Profit plus Rente, also aus dem Roheinkommen.“ Marx, Das Kapital, 3. Bd., a. a. O., S. 848. Obwohl das PKA diesen Satz von Marx zitiert, wird die abweichende Definition nirgends begründet. Auch in der erwähnten Kritik an Tammer, der das Nationaleinkommen entsprechend der Marxschen Definition abgrenzt, wird auf diese Differenz nicht eingegangen.

1950 bis 1975 wird in 6 Zyklen eingeteilt, wobei allerdings der zwischen dem 5. und 6. Zyklus gemachte Einschnitt in den Jahren 1971/72 durch die eigenen Zahlen wenig begründet erscheint. Vor allem die Profitrate zeigt hier keine der für die übrigen Zykleneinschnitte typischen Schwankungen. Es liegt m. E. näher, den Zeitraum 1968 bis 1975 als einen einheitlichen Zyklus zu betrachten.

Zunächst wird die Entwicklung von Wertprodukt und Akkumulation verfolgt, wobei hier nur das fixe Kapital berücksichtigt wird. Die Entwicklung der Akkumulationsstätigkeit wird als Erklärungsgrundlage des Wachstums begriffen: Bei zunächst — in den ersten 3 Zyklen — steigender Wachstumsrate des Akkumulationsfonds und steigender Akkumulationsrate (= Anteil des Akkumulationsfonds am Mehrwert bzw. am Wertprodukt) sinkt die Wachstumsrate des Wertprodukts, aber auf hohem Niveau. Sie sinkt beschleunigt bei sinkender Akkumulationsrate: Zunächst werden mit abnehmender Rate produktive Arbeiter angezogen, später vermindert sich deren Zahl auch absolut.

Die Analyse der Entwicklung von Produktenwert und Wertprodukt kommt so im großen und ganzen zu den gleichen Ergebnissen, die sich auch bei einer Untersuchung auf der Grundlage von Brutto- und Nettosozialprodukt ergeben.

Behauptet wird: „Zwischen beschleunigter Produktion von Mehrwert und beschleunigter Akkumulation von Kapital findet also ein enges Wechselverhältnis statt.“ (231) Die Ergebnisse zeigen allerdings, daß sich die konkrete Beziehung durchaus unterschiedlich gestaltet. Denn in den ersten 3 Zyklen (bis 1963) fällt die Mehrwertrate und verlangsamt sich die Produktion von Mehrwert (konkret: die Wachstumsrate der Mehrwertmasse sinkt), während die Akkumulationsrate wächst.

Im übrigen bestätigt sich hier die vom PKA immer heftig angegriffene These von der Unterteilung der ökonomischen Entwicklung der Bundesrepublik in eine „extensive“ und eine „intensive“ Wachstumsphase: Das vergleichsweise hohe Wachstumstempo in den ersten 3 Zyklen hängt vor allem mit der zusätzlichen Ansaugung produktiver Arbeit zusammen, während die Erweiterung der Mehrwertproduktion in den 60er Jahren wesentlich durch eine steigende Mehrwertrate bedingt ist.<sup>30</sup>

Im zweiten Schritt wird die Bewegung der Mehrwertrate als Kern der Verwertungsbedingungen untersucht, wobei die „wirkliche“, den Ausbeutungsverhältnissen entsprechende Mehrwertrate, nicht die Jahresmehrwertrate gemeint ist. Diese sinkt in den ersten drei Zyklen, stagniert im 4. Zyklus, steigt im fünften stark an und geht im sechsten wieder zurück, wobei sie noch knapp über dem Niveau des ersten liegt.

Schließlich wird aus den ermittelten Zahlen die Profitrate berechnet, jene, „die in der wirklichen Bewegung der Konkurrenz die bestimmende Rate des Rohprofits“ ist: die um die Zirkulationskosten bereinigte Mehrwertmasse wird auf das industrielle und kommerzielle Kapital bezogen (264). Dabei wird ein zentrales Problem der Profitratenberechnungen ganz kurz abgehandelt: die Ermittlung des vorgeschossenen Kapitals. Es wird einfach vom Nettoanlagevermögen zu Wiederbeschaffungspreisen ausgegangen, wie es vom Statistischen Bundesamt berechnet wird. Abgezogen werden die entsprechenden Teile der Wohnungsvermietung, der privaten Haushalte und der staatlichen Unternehmen. Die Tatsache, daß die Staatsunternehmen keinen Profit beanspruchen — selbst das ist nur mit Einschränkungen richtig —, veranlaßt das PKA entsprechend seinem Ansatz, sie aus dem gesellschaftlichen Gesamtkapital herauszurechnen. Eine wichtige Funktion des Staates, die in der Entwertung von Kapital zugunsten der privaten Kapitale besteht, wird per Defi-

30 Vgl. Beiträge... Nr. 4/76, S. 143 und 1/78, S. 49.

nition ausgeschaltet, kann also in weiteren Untersuchungen auf der Grundlage des Zahlenmaterials des PKA empirisch auch gar nicht belegt werden.

Es ist klar, daß nach solchen Abgrenzungen bei der empirischen Untersuchung der Staatstätigkeit und ihres Einflusses auf den Gesamtreproduktionsprozeß als Ergebnis herauskommen muß; „daß von einem ständig steigenden Gewicht des Staates am Gesamtreproduktionsprozeß und einer daraus sich ergebenden Ausbildung einer neuen Qualität im Verhältnis von Politik und Ökonomie nicht die Rede sein kann“.<sup>31</sup> Ein Beispiel soll verdeutlichen, wie die theoretische Setzung des PKA das empirische Ergebnis bestimmt. So stellt das PKA fest, daß der Anteil der Verkäufe des Staates am Produktenwert der Jahresarbeit sinkt, und schließt daraus unter anderem auf eine rückläufige Beteiligung des Staates an der materiellen Produktion. Eine der wichtigen Funktionen des Staates besteht aber gerade darin, dem privaten Kapital Waren und Dienstleistungen unter Wert zur Verfügung zu stellen und damit die Verwertung des Privatkapitals zu stützen. Geht man aber von der Annahme  $\text{Preis} = \text{Wert}$  aus, so muß sich dieser Prozeß notwendig in einem relativ sinkenden Anteil der Staatsverkäufe ausdrücken.

Aber auch von diesen Problemen abgesehen steht die vom PKA berechnete Profitrate auf empirisch sehr unsicheren Beinen. Die Autoren sind sich dessen durchaus bewußt. „Dementsprechend können auch von uns Bestandsaggregate nur punktuell in die Untersuchung miteinbezogen werden; dies betrifft ausschließlich die Ermittlung der allgemeinen Profitrate des gesellschaftlichen Gesamtkapitals.“<sup>32</sup> Die letztere Bemerkung trifft nicht zu, da die Bestandsberechnung Grundlage für die Errechnung der Abschreibungen ist und damit auch den Gesamtreproduktionsprozeß berührt. Die vom PKA festgestellten „zu langen Nutzungsdaueransätze für die Ausrüstungen“ betreffen natürlich auch die Berechnung des Wertprodukts und seiner Struktur.<sup>33</sup>

Das zirkulierende Kapital setzt sich aus den Vorräten und dem Geldkapital zusammen. Dabei wird in der VGR bei „Vorräten“ nicht zwischen Vorprodukten und Fertigwaren unterschieden, in denen sich auch noch nicht realisierte Profitteile befinden.<sup>33a</sup> Problematisch ist auch die Tatsache, daß die Wertansätze sich auf die willkürlichen Angaben der Unternehmen beschränken.

Die sehr summarische Abhandlung des Bestandsproblems soll hier nicht in den Vordergrund der Kritik gestellt werden, obwohl der geringe Rechenaufwand und die in diesem Punkt unkritische Übernahme der Daten der VGR in einem deutlichen Mißverhältnis zu sonst sehr aufwendigen Umrechnungen steht. Kritisch anzumerken ist jedoch, daß der Le-

31 PKA, Der Staat... a. a. O., S. 63.

32 Die Probleme bei der Berechnung der Vermögensbestandteile werden deutlich bei: H. Lützel, Das reproduzierbare Sachvermögen zu Anschaffungs- und zu Wiederbeschaffungspreisen, in: *Wirtschaft und Statistik*, 11/72, S. 611 ff. Vgl. auch die Darstellung bei R. Wagenführ, *Wirtschafts- und Sozialstatistik*, Bd. 1, Freiburg 1970, S. 121 ff.

33 Materialband, a. a. O., S. 131.

33a Die Berücksichtigung der Fertigwarenbestände ist insofern korrekt, als das PKA vom vorgeschossenen Gesamtkapital ausgeht, das sich immer gleichzeitig teilweise in der Form des Geldkapitals, des produktiven Kapitals und des Warenkapitals befindet. Eine Trennung zwischen dem Kapital und den Profit repräsentierenden Fertigwaren dürfte empirisch sehr schwierig sein. Es ist auch korrekt, hier das variable Kapital nicht gesondert aufzuführen, da dieses teilweise die Form von Geldkapital, teilweise die Form von Warenkapital besitzt. Es muß dagegen berücksichtigt werden, wenn vom produktiven Kapital ausgegangen wird, wie es Zschocke, Tammer und teilweise auch Saß tun. Saß vernachlässigt zwar kategorial das variable Kapital — wie auch Gillman —, rechnet es praktisch jedoch zumindest teilweise mit ein, weil er aus pragmatischen Gründen das Warenkapital zum Sachvermögen zählt.

ser des Buches über diese Berechnungsprobleme und die damit verbundenen Ungenauigkeiten im unklaren gelassen wird. Bei der Interpretation der Ergebnisse gerät die vor allem bei der Profitrate doch sehr dünne empirische Grundlage vollends aus dem Blickfeld. Es wird dabei eine Genauigkeit vorgetäuscht, die tatsächlich nicht vorhanden ist.

Die so ermittelte Profitrate gilt dem PKA als Erklärungsgrundlage der wirtschaftlichen Entwicklung der BRD, wobei in der Anwendung eine Reihe von Bedenken und Einschränkungen methodischer Art über Bord geworfen werden: so wird die Aufteilung in Zins und Steuern nicht untersucht, obwohl gesehen wird, daß „in der wirklichen Bewegung der Konkurrenz... die Profitrate, die ohne diese Steuern berechnet ist, die das Handeln der Kapitalisten bestimmende Größe“ ist. (270) Bei der Beschreibung der ökonomischen Entwicklung der BRD, der Akkumulationstätigkeit des privaten Kapitals, wird die „allgemeine“ Profitrate als unmittelbarer Bestimmungsgrad genommen: ob eine bestimmte Tendenz der Akkumulationstätigkeit des privaten Kapitals von der Entwicklung der allgemeinen Profitrate bestimmt ist, kann aber erst nachgewiesen werden, wenn die Form der Vermittlung dieser Entwicklung mit der Veränderung der Oberfläche geklärt ist.

Die vom PKA berechnete Profitrate weist über die Zyklen hinweg eine fallende Tendenz auf, die aber erst vom dritten Zyklus ab wirksam wird. Ein leichter Anstieg ist noch im 5. Zyklus zu verzeichnen. Der Zusammenhang Profitrate—Akkumulation ist allerdings nicht so unvermittelt wie behauptet. So verschlechtert sich die Kapitalverwertung im 3. Zyklus deutlich, während sich die Akkumulation beschleunigt. „Der Fall der Profitrate unter diesen Bedingungen wirkt also eher als Stachel der beschleunigten Akkumulation, die aber nicht so sehr darauf zielt, die Produktion auszudehnen, sondern die Produktionskosten zu senken.“ (277) Als Erklärung für diesen Verlauf werden die stabilen Absatzverhältnisse als Bestimmungsgrund der Akkumulation eingeführt, ohne diese aber mit den berechneten Grundkategorien zu vermitteln. Wollte das PKA seinen selbstgesetzten Anspruch erfüllen, nämlich „durch die Dechiffrierung der notwendigen Erscheinungsformen dieser historisch spezifischen Form der gesellschaftlichen Arbeit“ die „Analyse eines konkreten Stückes Zeitgeschichte“ zu leisten (309), so hätte es anhand seiner Kategorien zeigen müssen, warum die Nachfrage im 3. Zyklus stabil geblieben ist. Es bleibt die Tatsache, daß eine sinkende Profitrate historisch sowohl mit einer beschleunigten als auch einer verlangsamten Akkumulation verbunden sein kann — d. h. ihr Verlauf hängt noch von weiteren Momenten ab, die jedenfalls in keinem direkten Verhältnis zur Profitrate stehen.

Einen völligen Verstoß gegen die eigenen Prinzipien stellt dann der Versuch dar, mit Hilfe der ermittelten Kategorien eine Prognose der bevorstehenden Konjunkturentwicklung abzuleiten. Obwohl die Aussichten für eine Steigerung der Profitrate im Jahre 1978 als an sich günstig beurteilt werden und „eine Belebung der Akkumulation des Kapitals voraussetzt, daß sich das Zusatzkapital mindestens genauso hoch verwertet wie das schon fungierende Kapital“ (312), kommt das PKA zu pessimistischen Prognosen. Der Grund wird — richtig — in „der durch Arbeitslosigkeit und Lohnsenkung verringerten Nachfrage der Arbeiterklasse“ gesehen (313), eine Vermittlung dieser Erscheinung mit den Verwertungsverhältnissen findet aber nicht statt. Hier zeigt sich übrigens, daß das PKA die stofflichen Bedingungen des Reproduktionsprozesses — im Widerspruch zu seinem krisentheoretischem Ansatz — bei der Analyse des Gesamtreproduktionsprozesses der Bundesrepublik völlig vernachlässigt.<sup>34</sup>

34 Vgl. J. Bischoff (Hrsg.) Die Klassenstruktur der Bundesrepublik Deutschland, Westberlin 1976, S. 152.

Es wird am Schluß eingeräumt, daß die vorgelegte Untersuchung nur „ein Zwischenschritt für die weitere Arbeit sein kann“. (309) Weitere Untersuchungen auf dem Gebiet des Preis-Wert-Verhältnisses, des Saaraes, der Monopole, des Außenhandels, der Inflation seien nötig. Dies alles sind aber keine „Modifikationen“ der Grundgesetze — wie vom PKA behauptet —, sondern betreffen größtenteils deren Durchsetzungsformen, ihre Wirkungsweise unter konkreten historischen Bedingungen. Ohne diese Zwischenschritte kann die ökonomische Entwicklung der BRD jedenfalls nicht erklärt werden.

So bezieht sich die Kritik neben den erwähnten inhaltlichen Punkten vor allem auf die Überstrapazierung der Ergebnisse. Zwar wird die Arbeit zunächst durchaus bescheiden als „ein erster Schritt der empirischen Analyse des Gesamtproduktionsprozesses“ bezeichnet, der „eine ganze Reihe von Abstraktionen zu berücksichtigen oder von bestimmten entwickelteren und komplizierteren Verhältnissen zunächst abzusehen“ hat.<sup>35</sup>

Die Vernachlässigung der erwähnten wichtigen „Modifikationen“ soll hier nicht angegriffen werden. Man kann durch perfektionistische Ansprüche an empirische Untersuchungen schließlich konkrete empirische Arbeiten ganz verhindern und einen Rückzug auf die „reine“ Theorie begründen.<sup>36</sup> Insofern scheint der vom PKA gewählte Ausgangspunkt der VGR für eine Analyse der ökonomischen Entwicklung ein sinnvoller Ansatzpunkt zu sein.

Vorgeworfen werden muß den Autoren jedoch, daß sie die Kluft zwischen der Aufdeckung der grundlegenden Gesetzmäßigkeiten und der Bewegung der Oberfläche eben nicht „schrittweise“ überbrücken, sondern unvermittelte Schlußfolgerungen ziehen. Die Abstraktionsebene, auf der die Ergebnisse des PKA liegen, läßt eine Anwendung auf die konkreten Erscheinungen jedenfalls noch nicht zu. Schließlich muß auch angemerkt werden, daß die Umrechnungen oft so kompliziert sind — stellenweise scheinen sogar ausgesprochen interne Kenntnisse vorzuliegen —, daß sie in der Praxis kaum noch nachvollzogen werden können.

Die Anwendung der Ergebnisse für weiterführende Arbeiten auf bestimmten Gebieten ist daher ebenso kompliziert wie die detaillierte Kritik einzelner Rechenvorgänge. Der praktische Wert solcher Arbeiten, die in der vorliegenden Form ohnehin nur von „Spezialisten“ konsumiert werden können, wird durch die Darbietung und die durch die Nichtveröffentlichung des angekündigten Materialbandes begründete mangelnde Nachvollziehbarkeit erheblich verringert.

35 Materialband, a. a. O., S. 5.

36 „Ich sehe eben die Aufgabe eines wirklichen Marxisten nicht darin, die Marxschen Grundlehren immer von neuem fehlerlos herzusagen, sondern diese Lehren, auf die — seit deren Niederschrift so stark modifizierte — gegenwärtige Wirklichkeit selbständig sinngemäß anzuwenden. Bei diesen Versuchen macht man oft Fehler.“ Eugen Varga, *Wirtschaft und Wirtschaftspolitik im 4. Vierteljahr 1924*, S. 278, in: *Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, Vierteljahresberichte 1922—1939*, hrsg. von J. Goldberg, Westberlin 1977, 5 Bde., hier: Bd. 2.

## Die Kapitalrentabilität als Profitrate — Das pragmatische Indikatorverfahren Altvaters

*Elmar Altvater/Jürgen Hoffmann/Wolfgang Schoeller/Willi Semmler, Die Entwicklung des Kapitalismus in Westdeutschland. in: Handbuch 1, Perspektiven des Kapitalismus, hrsg. von Volkhard Brandes, Frankfurt/M. 1974, S. 241—274.*

Auch für die Autorengruppe um *Elmar Altvater* ist eine Untersuchung der „allgemeinen Bedingungen der Kapitalverwertung“ Voraussetzung zur Analyse kapitalistischer Gesellschaften. „Sollen daher Aussagen über die Entwicklung eines nationalen Kapitalismus gemacht werden, dann kommt es wesentlich darauf an, die Bewegung der Profitrate zu untersuchen.“ (242) Dabei geht es nicht um den einzelkapitalistischen Profit, sondern um die inneren Bedingungen der Profitproduktion, die jener konkreter Einzelunternehmen regulierend zugrunde liegen. Da diese inneren Bedingungen nicht erscheinen, sondern nur in den Bewegungen der Oberfläche reflektiert werden, sind aus der quantifizierten Darstellung der Oberfläche in der Statistik „empirische Indikatoren“ aufzufinden, die die Grundbewegung „irgendwie“<sup>37</sup> ausdrücken. Das „irgendwie“ wird — wie bereits oben ausgeführt — von der Autorengruppe als Parallelität von Grundbewegung und Oberfläche begriffen.

Die in der Profitrate sich ausdrückenden allgemeinen Verwertungsbedingungen des Kapitals werden von der Mehrwertrate und der organischen Zusammensetzung des Kapitals bestimmt, so daß man, um die Entwicklung des westdeutschen Kapitalismus zu untersuchen, „vor allem die Entwicklung der Mehrwertrate und der organischen Zusammensetzung des Kapitals analysieren“ muß. (244) Daher gilt es, für diese Grundkategorien der kapitalistischen Produktionsweise in der existierenden Statistik adäquate Indikatoren aufzufinden. *Altvater* und seine Mitautoren glauben, diese in der Arbeitsproduktivität und der Lohnquote einerseits und der Kapitalintensität andererseits gefunden zu haben (271). Diese drei Größen bestimmen die Kapitalrentabilität, die ihrerseits den Indikator für die Profitrate darstellt. Wenn auch vielfach betont wird, daß Profitrate und Kapitalrentabilität nicht identisch sind<sup>38</sup>, so führt doch der direkte „Rückschluß“ von dieser auf jene in der Praxis der Untersuchung zur Verwischung dieses Unterschieds. Es ist daher *Diefenbach* zuzustimmen, wenn er in einer Kritik an der „Realanalyse“ *Altvaters* als Fazit zieht: „Das Rückschlußverfahren bringt die Realanalyse in die Nähe zur Tautologie.“<sup>39</sup>

Der praktische Vorteil bei *Altvaters* Vorgehen ist die relativ leichte Handhabbarkeit und Nachvollziehbarkeit der von ihm ermittelten Kennziffern. So ermittelt er die Mehrwertmasse (die aber auch die Abschreibungen enthält) durch Abzug der Lohnsumme vom Nettoproduktionsvolumen, wobei versucht wird, das Problem der Inflation durch die Rechnung zu festen Preisen auszuschalten. Das kann natürlich nicht gelingen, da sich auch hinter festen Preisen inflationäre Prozesse verbergen können. Ausgangspunkt sind die Daten der VGR für die Gesamtwirtschaft. Gleichzeitig berechnet die Autorengruppe aber auch die entsprechenden Kennziffern für die Industrie.

Neben den Problemen, die mit der Preisbereinigung verbunden sind, erweist sich auch

37 Altvater u. a., Entwicklungstendenzen. . . , a. a. O., S. 113.

38 Ebenda, S. 123.

39 C. Diefenbach u. a., Wie real ist die Realanalyse?, in: Probleme des Klassenkampfes, Nr. 24/1976, S. 179.

die fehlende Unterscheidung zwischen produktiver und unproduktiver Arbeit als unbefriedigend. *Altwater* ist sich dieses Problems zwar bewußt, er versucht auch, durch Schätzungen die Entwicklung der Mehrwertrate im produktiven Bereich zu ermitteln. „Der steigende Anteil der Lohnarbeiter am Nettoprodukt (hier: der unselbständig Beschäftigten am Volkseinkommen) wäre demnach Ausdruck des steigenden Anteils der unproduktiven Arbeiter an den Beschäftigten, die aus dem Mehrwert bezahlt werden und deren steigender Anteil so Ausdruck einer hohen und wahrscheinlich sogar steigenden Mehrwertrate ist.“<sup>40</sup> Allerdings wird bei den Tabellen, die die Entwicklung der Verwertungsbedingungen illustrieren sollen, vom Anteil der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit am Nettoproduktionsvolumen ausgegangen, d. h. die unproduktiven Arbeiter bleiben einbezogen.

Diese Größe wird als Lohnquote bezeichnet bzw. umgekehrt als Profitquote. Problematisch ist dabei auch die Einbeziehung sämtlicher „Lohnkosten“, so daß das mit den Sozialabgaben und den Lohnsteuern verbundene Moment der Umverteilung aus dem Blickfeld gerät. Zusätzlich wird die Arbeitsproduktivität als Verhältnis von Nettoproduktionsvolumen und Arbeitsstunden eingeführt.

Die organische Zusammensetzung des Kapitals wird auf der Indikatorebene durch die Kapitalintensität als Beziehung von Bruttoanlagevermögen und Arbeitsstunden definiert, wobei vor allem die Gleichsetzung des Bruttoanlagevermögens mit dem konstanten Kapital angreifbar ist. So ist anzumerken, daß ein systematischer Faktor bei der tendenziellen Entwicklung der Profitrate, die Wertveränderung der Elemente des Anlagevermögens, vernachlässigt wird. Wenn die so berechnete Kapitalintensität aus pragmatischen Gründen als Indikator der organischen Zusammensetzung des Kapitals benutzt wird, so wäre das nur dann zulässig, wenn die Parallelitätsannahme fallengelassen wird. *Altwater* hätte an diesem Punkt näher auf die Beziehungen zwischen seinem Indikator und der durch ihn reflektierten Grundkategorie eingehen müssen. Denn einer der dem Fall der Profitrate entgegenwirkenden Faktoren, die „Verwohlfeilerung der Elemente des konstanten Kapitals“, besteht ja gerade darin, „daß, das Gesamtkapital betrachtet, der Wert des konstanten Kapitals nicht in demselben Verhältnis wächst wie sein materieller Umfang“.<sup>41</sup> Die Rechnung zu konstanten Preisen kann aber nur die Entwicklung des materiellen Umfangs des Anlagevermögens reflektieren — und selbst dabei ist von den Problemen abstrahiert, die mit der Übersetzung von Mengen in Preisreihen zusammenhängen.

Das macht deutlich, daß die von *Altwater* gebildeten Indikatoren untereinander in bezug auf die Verwertungsverhältnisse überhaupt nicht vergleichbar sind, die Ableitung aus der Relation zwischen ihnen also einen systematischen Fehler enthält. Nach *Altwaters* Annahmen müßten bei gleich rasch ansteigender Kapitalintensität und Arbeitsproduktivität und konstanter Lohnquote die Verwertungsbedingungen unverändert bleiben. Da bei steigender Arbeitsproduktivität aber notwendig die Wertzusammensetzung des Kapitals langsamer steigt als die Kapitalintensität, würden sich tatsächlich die Verwertungsbedingungen verbessern.

Andere Verschiebungen hängen mit der Vernachlässigung des zirkulierenden Kapitals zusammen. Schließlich entspricht das Bruttoanlagevermögen auch nicht dem vorgeschossenen Kapital, da der Produktionsprozeß mit der ständigen Freisetzung fixer Kapitalteile verbunden ist.

40 *Altwater* u. a., Entwicklungstendenzen... 2. Teil, in: Probleme des Klassenkampfes, 16/74 S. 119.

41 Karl Marx, Das Kapital, 3. Bd., a. a. O., S. 245/46.

Die gleichen Bedenken müssen gegen die Ermittlung der Kapitalrentabilität eingewandt werden, die aus dem Verhältnis von Bruttoanlagevermögen und Mehrwertmasse berechnet wird. Hinzu kommt, wie schon an anderer Stelle bemerkt, daß bei der Ermittlung der Mehrwertmasse aus dem preisbereinigten Nettoproduktionsvolumen und der zu jeweiligen Preisen berechneten Lohnsumme sich schon allein infolge der unterschiedlichen Berücksichtigung der Inflation eine sinkende Kapitalrentabilität ergeben muß. Lange genug fortgeschrieben, würde die Rentabilität notwendig sogar negativ werden.<sup>42</sup>

Mit diesen empirischen Größen will die Autorengruppe nun die Entwicklung der Verwertungsbedingungen selbst und die diese Entwicklung verursachenden Faktoren herausarbeiten. Darüber sollen die Beziehungen zwischen Lohnquote, Arbeitsproduktivität und Kapitalintensität Auskunft geben. Diese jeweils wechselnden Beziehungen sind die Grundlage für die Beschreibung der konkreten historischen Entwicklung der BRD.

Es lassen sich dabei drei Entwicklungserappen feststellen:

1. 1950 bis Ende der fünfziger Jahre: die Arbeitsproduktivität steigt schneller als die Kapitalintensität bei gleicher oder rückläufiger Lohnquote, d. h. die Profitrate steigt.
2. Ende der fünfziger bis Anfang der sechziger Jahre: die Arbeitsproduktivität steigt langsamer als die Kapitalintensität bei gleicher Lohnquote, d. h. die Profitrate fällt.
3. Anfang der sechziger Jahre bis in die Gegenwart: die Arbeitsproduktivität steigt langsamer als die Kapitalintensität, und die Lohnquote steigt, d. h. die Profitrate fällt beschleunigt.

Eine zentrale Feststellung ist dabei die Aussage, „daß das Absinken der Kapitalrentabilität hauptsächlich auf den starken Anstieg der Kapitalintensität zurückzuführen ist, während nur in wenigen Jahren dafür der starke Anstieg der Lohnstückkosten hauptverantwortlich sein dürfte“.<sup>43</sup>

Diese Aussage wird vor allem von *Blebschmidt* angegriffen, der allerdings keine eigenen Profitratenberechnungen anstellt. Er meint vielmehr, „daß bislang für den Fall der Profitrate die sinkende Ausbeutungsrate ein größeres Gewicht hatte als die steigende organische Zusammensetzung“.<sup>44</sup> Die Auseinandersetzung hat im Rahmen des Kapitalverständnisses von *Altwater* und *Blebschmidt* insofern Bedeutung, als das Ergebnis von *Altwater* die Gewerkschaften vom Vorwurf, die Krisenhaftigkeit wesentlich verursacht zu haben, entlastet. *Blebschmidts* Aussage würde die Lohnkostenerklärung der Krise zunächst stützen, wobei er sich jedoch durch den Hinweis auf „veränderte Akkumulationsbedingungen des Kapitals“ aus der Affäre zu ziehen sucht. Der Boden, auf dem diese Frage diskutiert wird, ist die gemeinsame Ableitung der Krise unvermittelt aus den Verwertungsbedingungen in der Produktion, unter Umgehung des Realisierungsproblems.<sup>45</sup>

42 Vgl. A. Blebschmidt, Profitentwicklung und Krise in der BRD-Industrie, in: Handbuch 1. Perspektiven des Kapitalismus, hrsg. von V. Brandes, Frankfurt/M. 1974, S. 302. Altwater und seine Mitautoren haben selbst auf diese Problematik verwiesen. Wegen der Schwierigkeiten der Reallohnberechnung hatten sie jedoch zunächst auf eine Preisbereinigung der Löhne verzichtet. Vgl. Entwicklungstendenzen... 2. Teil, a. a. O., S. 97.

43 E. Altwater, V. Brandes, J. Reiche, Rezession, Inflation und staatliche Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik, in: Handbuch 4, Inflation — Akkumulation — Krise, II, Frankfurt/M. 1976, S. 80/81.

44 A. Blebschmidt, a. a. O., S. 275.

45 Eine Kritik dieser krisentheoretischen Ansätze findet sich u. a. in: J. Goldberg, Wirtschaftskrise und Krisentheorie. Eine kritische Literaturübersicht, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 7/77, S. 882. Vgl. auch: F. Beckenbach, M. Krätke, Zur Kritik der Überakkumulationstheorie, in: Probleme des Klassenkampfes, 30/1978, S. 43 ff.

*Blechschildt* stützt seine Behauptung auf die Annahme, daß die organische Zusammensetzung des Kapitals zumindest zwischen 1960 und 1970 nicht gestiegen ist: „Das so indizierte variable Kapital ist schneller gestiegen als das konstante.“<sup>46</sup> Die empirische Grundlage für diese Behauptung ist allerdings nicht besser als die von *Altvater*. Denn das Verhältnis von Lohn- und Gehaltssumme zum Wert des Bruttoanlagevermögens ist ebensowenig identisch mit der organischen Zusammensetzung des Kapitals wie die Kapitalintensität *Altvaters*. Die auch von ihm erkannte „Lücke“ zwischen der Logik des Kapitals und der Oberflächenentwicklung wird „durch pure Annahmen geschlossen, so unbefriedigend das auch sein mag“.<sup>47</sup> So richtig diese Feststellung auch unter pragmatischen Gesichtspunkten sein mag, müssen die Annahmen doch begründet sein und in einer gewissen Klarheit über den Charakter der Beziehungen zwischen Kapitallogik und Oberfläche bestehen.

Die von *Altvater* (und auch von *Blechschildt*) angestellte Ursachenanalyse ist gerade wegen der ungeklärten Vermittlung von Grundkategorie und Oberfläche nicht möglich. Die entwickelten Kategorien mögen ausreichen, um große Entwicklungstendenzen festzustellen. Das tut allerdings auch der Sachverständigenrat mit der Berechnung einer „Realrendite“. Dabei wird das um einen fiktiven Arbeitslohn der Selbständigen bereinigte Unternehmereinkommen nach der VGR zum Nettoanlagevermögen zu Wiederbeschaffungspreisen bei gewerblichen Unternehmen plus dem Vorratsvermögen in Beziehung gesetzt. Im beobachteten Zeitraum von 1960 bis 1972 ergibt sich nun eine sinkende Tendenz.<sup>48</sup>

Selbst wenn man die empirische Vorgehensweise hier unberücksichtigt läßt, ist aus der Feststellung einer sinkenden Kapitalverwertung weder ein unmittelbarer Rückschluß auf deren Ursachen noch auf die Folgen für die Konjunkturentwicklung zu ziehen.

Gerade weil sich die Rückschlüsse auf die Ursachen der Entwicklung bei *Altvater* auf die quantitative Relation zwischen den Veränderungen der einzelnen Indikatoren stützen, ist nicht nur deren Entwicklungsrichtung, sondern auch das genaue Ausmaß der Veränderungen relevant. Allein durch eine andere Abgrenzung der Indikatoren — die so wenig begründet sein muß wie diejenige *Altvaters* — wird sich ihr quantitatives Verhältnis zueinander rasch ändern.

Aber auch die Auswirkungen der rückläufigen Tendenz der Kapitalverwertung selbst sind im Ansatz von *Altvater* abhängig vom quantitativen Ausmaß, nicht bloß von der Richtung der Veränderung.

So stellt die Autorengruppe fest: „Wenn aber die Profitrate so sehr fällt, daß aus der wachsenden Profitmasse keine Zusatzkapitale mehr zur bisherigen Profitrate angelegt werden können, dann erscheint Kapital als überschüssig, als ‚überakkumuliert‘.“<sup>49</sup> Wenn dieser Satz keine bloße Tautologie sein soll, dann kann das nur bedeuten, daß die Profitmasse nicht mehr ausreicht, um die Investitionen, die Umstrukturierungen der Produktion zu finanzieren, die notwendig sind, um die Mehrwertrate zu erhöhen und so dem Rückgang der Profitrate entgegenzuwirken. Die Bedingung für „Überakkumulation“ wäre demnach aus einem ganz bestimmten quantitativen Verhältnis zwischen Profitrate, Profitmasse und den stofflichen, technologischen Bedingungen des Reproduktionspro-

46 A. Blechschildt, a. a. O., S. 285.

47 Ebenda, S. 299.

48 Jahresgutachten 1973 des Sachverständigenrates, S. 57. Vgl. auch die Angaben im Anhang.

49 *Altvater* u. a., Entwicklungstendenzen..., 2. Teil, a. a. O., S. 140.

zesses abzuleiten. Die beliebige Konstruktion der Altvaterschen Indikatoren reicht jedoch nicht aus, um ein solches bestimmtes quantitatives Verhältnis überhaupt registrieren zu können. Daher sind sie für Analysen auf der Grundlage des Überakkumulationsansatzes untauglich, was nicht bedeutet, daß sie nicht als Grundlage für die Beschreibung wichtiger Momente der kapitalistischen Entwicklung nützlich sein können.

Außerdem muß hier angemerkt werden, daß eine so definierte „Überakkumulation“ ganz verschiedene Ursachen haben kann. Wie weiter unten gezeigt werden soll, kann eine solche Situation auch bei einer steigenden Profitrate eintreten — dann nämlich, wenn die Realisierungsbedingungen eine Neuanlage von Kapital nicht erlauben und/oder monopolistische Marktpositionen einen entsprechenden Preisrückgang verhindern.

Die Beliebigkeit der Kategorien und die damit verbundene Mehrdeutigkeit der Ergebnisse zeigt auch die Form der Aufnahme der vorgebrachten empirischen Einwände durch *Altvater*, wobei er zu einer völligen Neuberechnung kommt, die sich teilweise an die Ergebnisse von *Zschocke* anlehnt. So wird das Nettoproduktionsvolumen um die Abschreibungen bereinigt, die industrielle Lohnquote wird deflationiert und nur noch aus der Lohn- und Gehaltssumme der produktiven Lohnarbeiter berechnet. Außerdem wird als fixes Kapital nun das Nettoanlagevermögen berechnet, das zirkulierende konstante und variable Kapital wird einberechnet.<sup>50</sup> Allerdings wird hier — entsprechend dem Vorgehen bei *Zschocke* — nun nur noch die Industrie berücksichtigt.

Im Ergebnis der Neuberechnung fällt die so berechnete „Kapitalrentabilität“ in den sechziger Jahren ebenfalls, allerdings bedeutend langsamer als in der ersten Berechnung. Ob aber die Kapitalrentabilität der Industrie von 1960 bis 1968 um 9,7 oder um 24,8 Prozent (wie in der alten Rechnung) fällt, kann für eine konkrete Analyse sicher nicht gleichgültig sein. Trotz der erheblichen Verschiebungen hält *Altvater* seine ursprüngliche Behauptung — wenn auch vorsichtig — aufrecht: es zeige sich, „daß auch in dieser verbesserten Version offenbar jene Trends durchschlagen, die in unserer ersten Näherungsformel erfaßt waren“.<sup>51</sup> Diese Behauptung wird durch die Ergebnisse nicht gedeckt. *Zschocke*, der mit entsprechenden Zahlen rechnet, kommt gerade für die sechziger Jahre zu einem anderen Ergebnis, wie weiter unten gezeigt werden soll. *Altvater* macht sich auch keine Mühe, seine Aussage näher zu belegen. Er weist lediglich darauf hin, daß die Kapitalzusammensetzung zwischen 1955 und 1968 rascher gestiegen ist als das Profit-Lohn-Verhältnis gesunken, wobei er selber anmerkt, daß diese beiden Raten in ihrer Auswirkung auf die Kapitalrentabilität nicht vergleichbar sind.

Neben diesen Einwänden trifft auch für die Gruppe um *Altvater* die am PKA geübte Kritik zu: bei der Erklärung der konkreten Akkumulationsbewegung aus den Verwertungsbedingungen werden die Vermittlungsglieder zwischen Kapitallogik und Oberflächenbewegung übersprungen, es wird von der Verwertungsveränderung unmittelbar auf die Akkumulationstätigkeit zurückgeschlossen.<sup>52</sup> Die Aufspaltung der Profitrate in Zins

50 Diess., Zum Problem . . . , a. a. O., S. 204.

51 Ebenda, S. 205.

52 Das PKA formuliert richtig in seiner Kritik an Altvaters Verfahren: „Die Betrachtung der ganzen Untersuchung zeigt aber, daß die Autoren tatsächlich keinerlei Anstalten treffen, den Vermittlungszusammenhang zwischen diesen Bestimmungen aufzuzeigen. Sie unterstellen bei ihrer Interpretation, daß der industrielle Einzelkapitalist sich in seinem praktischen Tun und Treiben direkt an der Entwicklung des gesellschaftlichen Gesamtkapitals ausrichtet.“ PKA, Die akkumulationstheoretische Realanalyse . . . , a. a. O., S. 147. Leider macht das PKA in seinen Interpretationen den gleichen Fehler.

und Unternehmerrgewinn, Inflation, Kredit usw. werden zwar teilweise angesprochen, aber nicht mit den errechneten Indikatoren quantitativ vermittelt. Das gilt auch für die Weltmarkteinflüsse, obwohl gerade deren Berücksichtigung als wichtiges Moment der Akkumulation gefordert wird.

Anfangs wird auch der Charakter der Beziehungen zwischen Weltmarkt und nationalen Reproduktionsbedingungen genannt, wobei die Durchschnittsbedingungen der nationalen Arbeit im internationalen Vergleich und davon abgeleitet die Realisierungsmöglichkeiten auf dem Weltmarkt im Mittelpunkt stehen. Bei der konkreten Analyse des Verlaufs wird darauf jedoch nicht mehr Bezug genommen, die günstigen Weltmarkteinflüsse werden mit den berechneten Kategorien nicht mehr vermittelt. So wäre zu erklären, warum die Realisierungsbedingungen auf dem Weltmarkt auch 1974/75 noch so gut sind, obwohl sich die Verwertungsbedingungen im Inland verschlechtert haben.<sup>53</sup>

Der Hinweis auf den wachsenden Kapitalexport ist sicher oberflächlich eine Erklärung, wirft jedoch die Frage nach den Verwertungsbedingungen in den Konkurrenzländern auf. Hier wäre gemäß dem eigenen Ansatz eine konkrete Bestimmung der Durchschnittsbedingungen der Arbeit im internationalen Vergleich notwendig, da sich doch offensichtlich ein in den fünfziger Jahren wichtiger, die Exportexpansion der BRD begünstigender Faktor, die hohe Mehrwertrate, verändert hat.

Im Rahmen der bisher vorliegenden Untersuchungen bleibt jedenfalls die Forderung der Autoren, „den Wertbildungsprozess unter Einbeziehung des Weltmarktzusammenhangs zu betrachten“<sup>54</sup> noch uneingelöst. Allerdings finden sich durchaus Ansatzmöglichkeiten, um dieses Moment in weiterführenden Untersuchungen einzubeziehen.

Ein weiteres, aus dem akkumulationstheoretischen Ansatz der Autoren rührendes Problem hängt mit der fehlenden Vermittlung von Verwertungsbedingungen und Realisierung zusammen.<sup>55</sup>

Ein Vergleich der Ergebnisse von *Altwater* mit denen des PKA, ja selbst mit denjenigen des Sachverständigenrates, zeigt in der Grundstruktur ähnliche Entwicklungstendenzen auf. Dabei sind zwar durchaus große Differenzen im Ausmaß der Veränderungen und auch im Niveau der „Profitrate“ festzustellen, die jedoch zu einem großen Teil auf Probleme bei der Ermittlung der empirischen Daten zurückzuführen sind. Diese Fragen aber können auf der rein kategorialen Ebene allein nicht gelöst werden, da einfach die vorhandene Datenlage immer wieder zu pragmatischen Kompromissen zwingt, zu Schätzungen, für die es immer unterschiedliche Wege gibt. Die vorliegenden Berechnungsarten sind so immer im einen oder anderen Punkt kritisierbar, ohne daß aber eine „richtige“ Lösung entgegengestellt werden kann. Es muß einfach konstatiert werden, daß es auf der Grundlage der gegenwärtigen Datenlage einen Spielraum von Ungenauigkeit gibt, der kaum zu verringern ist. Das macht die vorliegenden Berechnungen nicht überflüssig, zeigt aber, daß auf dem Wege immer neuer Rechenansätze ein Erklärungsfortschritt nicht mehr möglich ist. Es wäre notwendig, daß die empirischen Untersuchungen den Schritt von immer neuen Illustrationen der Kapitallogik mit aktuellen Daten hin zur Anwendung auf die konkreten Erscheinungen tun, ohne den Erklärungswert der bisherigen Berechnungen überzustrapazieren.

53 *Altwater* u. a., *Entwicklungstendenzen...*, 2. Teil, a. a. O., S. 143.

54 *Diess*, *Entwicklungstendenzen...* 1. Teil, a. a. O., S. 101.

55 Darauf kann hier nicht eingegangen werden. Es sei auf die oben angegebenen Aufsätze von Goldberg und Beckenbach/Krärke verwiesen.

## Monopole und Branchenprofitraten — die Berechnungen von Zschocke

*Helmut Zschocke, Kapitalstruktur und Kapitalverwertung in der BRD-Industrie, IPW-Forschungshefte 2/1974, Berlin/DDR 1974.*

Bei *Zschockes* Versuch, die Entwicklung der Kapitalverwertung und ihre Determinanten durch empirische Analysen herauszuschälen, ist es sein Anliegen, „das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate mit der konkreten Entwicklung in einem geographisch, zeitlich und sektoral genau abgegrenzten Bereich der Realität zu konfrontieren, wobei davon auszugehen ist, daß ein ökonomisches Gesetz die Wirklichkeit zwar nicht im Detail widerspiegelt, aber doch wesentliche im Leben vorhandene Zusammenhänge und Widersprüche ausdrückt und demzufolge empirisch belegt werden kann und muß“. (8)

Wichtig ist dabei, daß die Wirkungen der widersprüchlichen Momente, die mit dem Gesetz des Profitratenfalls verbunden sind, nicht bloß in Hinblick auf die Verwertung selbst, sondern auch in Hinblick auf das Gesamtfeld der sozialen und ökonomischen Widersprüche untersucht wird. So meint *Zschocke*, daß das Gesetz auch dann in seiner Wirkungsweise zu belegen ist, wenn die Profitrate aufgrund entgegenwirkender Faktoren nicht fällt: die Wirksamkeit des Gesetzes findet demnach ihren Ausdruck auch in den Strategien zur Vermeidung des Profitratenfalls. „Es kommt vielmehr darauf an, die Auswirkungen des Gesetzes auf ökonomische und soziale Widersprüche herauszuarbeiten, deren Schwerpunkt und Wirkungsintensität nicht zuletzt von der im betreffenden Zeitpunkt ermittelten konkreten Entwicklungsrichtung der Profitrate und anderer wichtiger Komponenten der Kapitalverwertung abhängt.“ (8)

Als Abgrenzung zum Ansatz der bisher behandelten Autoren ist festzuhalten, daß *Zschocke* die Vermittlung von verschlechterten Verwertungsbedingungen zu den Erscheinungen der Oberfläche komplizierter sieht als jene, die oftmals unmittelbare Beziehungen zwischen Verwertung und Wirtschaftsentwicklung zu knüpfen versuchen, von denen der Wirkungszusammenhang zwischen Verwertung und Konjunktur als ständig gleich betrachtet wird. *Zschocke* dagegen geht davon aus, daß veränderte Verwertungsbedingungen sich auch auf die strukturellen Gegebenheiten des Kapitalismus auswirken, daß der Zusammenhang zwischen Verwertungsbedingungen und Konjunktur sich ebenfalls im Zuge sinkender Profitraten verändert. Der Stand der Verwertung beeinflußt also nicht nur die jeweilige Konjunkturlage, sondern verändert das gesamte kapitalistische „Milieu“, in dem die Grundkategorien wirken.

Die Schranke der Entwicklung, die das Kapital selbst in Form von sich verschlechternden Verwertungsbedingungen immer höher vor sich aufrichtet, führt zu immer neuen Versuchen, diese Schranken zu übersteigen. „Sobald es (das Kapital, J. G.) anfängt, sich selbst als Schranke der Entwicklung zu fühlen und gewußt zu werden, nimmt es zu Formen Zuflucht, die, indem sie die Herrschaft des Kapitals zu vollenden scheinen, durch Zügelung der freien Konkurrenz, zugleich Ankündiger seiner Auflösung und der Auflösung der auf ihm beruhenden Produktionsweise sind.“<sup>56</sup>

Es fragt sich allerdings, ob *Zschockes* Vorgehen im weiteren diesem Ansatz immer gerecht wird. Er merkt selbst an: „Die Konzentration der Untersuchung auf die Industrie bedeutet insofern eine Einschränkung, als das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate in solchen relativ hochmonopolisierten Bereichen des gesellschaftlichen Gesamtkapitals anders wirkt als im privaten nichtmonopolisierten bzw. staatlichen Sektor.“ (8) Infolge der

<sup>56</sup> Karl Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin/DDR 1953, S. 544/45.

Beschränkung auf diesen Bereich besteht die Gefahr, daß die Triebkräfte und die Ergebnisse der Entwicklung empirisch unterschiedslos behandelt werden. Wird zum Beispiel die Monopolisierung als Konsequenz der verschlechterten Verwertungsbedingungen begriffen, so ist klar, daß eine Einschränkung auf die „hochmonopolisierten“ Bereiche der Industrie diesen Zusammenhang nicht ausreichend deutlich machen kann.

Entscheidend für die Wirkungen des Falls der Profitrate ist die Existenz eines „relativen Kapitalüberschusses“ (14), d. h. eines Kapitalteils, der, eingesetzt als Zusatzkapital, „keinen oder minimalen Zusatzprofit abwirft“. (14)

Fallende Profitraten wirken sich also je nach den konkreten stofflichen Produktionsbedingungen und den Marktverhältnissen auf die Akkumulation unterschiedlich aus: günstige Expansionsmöglichkeiten können dazu führen, daß der Fall der Profitrate durch das Wachstum der Profitmasse in seinen Auswirkungen auf die Akkumulation kompensiert werden kann. Dieser Gedanke entspricht im Kern der von *Altvater* definierten „Überakkumulation“, wobei im weiteren die Vorgehensweise *Zschockes* aber konsequenter ist. Er untersucht vor allem auch die Momente, die den Zusammenhang zwischen Profitrate, stofflichen Bedingungen und Marktverhältnissen konkret vermitteln, wobei allerdings eine quantitative Fixierung dieser Verhältnisse auch ihm nicht möglich ist.

Als wesentliches Moment der Vermittlung gelten Staat und Monopole. „Gerade die Tatsache, daß Kapitalüberschüsse zur ständigen, tendenziell an Bedeutung gewinnenden Erscheinung geworden und auf einzelne Fraktionen des gesellschaftlichen Gesamtkapitals ungleichmäßig verteilt sind, unterscheidet die Wirkung des Gesetzes der tendenziell fallenden Profitrate unter den heutigen Bedingungen wesentlich von den vormonopolistischen Verhältnissen.“ (15) Mit der Entwicklung des Kapitalismus setzte eine Differenzierung zwischen den Einzelkapitalen ein, die nicht mehr nur in unterschiedlichem Ausmaß, sondern in unterschiedlicher Weise von der Kapitalentwertung betroffen waren: Teile des Kapitals konnten sich den Wechselfällen von Ver- und Entwertung entziehen.

In der Folge kommt es zu einer Differenzierung der Profitraten, d. h. die Durchschnittsprofitrate existiert nur mehr als gesamtgesellschaftliche Grenze, nicht als reales Schwankungszentrum der individuellen Profitraten. „Infolge der ungleichmäßigen Verteilung des Kapitalüberschusses entwickeln sich die privatmonopolistisch realisierte und die gesamtgesellschaftliche Profitrate, die neben dem Monopolbereich auch den privaten nichtmonopolisierten und den Staatssektor umfaßt, unter quantitativ und qualitativ unterschiedlichen Bedingungen.“ (18) Dieser Ansatz impliziert, daß eine Analyse der gesamtgesellschaftlichen Verwertungsbedingungen allein nicht mehr ausreicht, um die Entwicklungstendenzen des Kapitalismus zu erklären: das Moment der Strukturunterschiede muß einbezogen werden.

*Zschocke* berechnet nun als ersten Schritt die Tendenz der technischen Zusammensetzung, die einen wichtigen Aspekt der stofflichen Bedingungen darstellt.<sup>57</sup> Ausgehend vom Bruttoanlagevermögen<sup>58</sup>, erweitert um den Materialbestand, zu Preisen von 1962, wird die Realkapitalausstattung je Industriebeschäftigten ermittelt, wobei auslastungsbe-

57 Weil *Altvater* zwischen stofflicher und wertmäßiger Betrachtung nicht trennt, ist im Grunde auch eine Anwendung seines Überakkumulationstheorems nicht möglich. *Zschockes* Vorgehen, der ja ebenfalls einen Überakkumulationsansatz vertritt, ist daher konsequenter.

58 Hier — wie auch bei vielen anderen Berechnungen — liegen die Daten von: E. R. Baumgarr, R. Krengel, Die industrielle Vermögensrechnung des DIW, Ergebnisse einer Neuberechnung, Beiträge zur Strukturfor-schung Nr. 10, Westberlin 1970, zugrunde.

dingte Veränderungen ausgeklammert werden. Allerdings wird zwischen produktiven und unproduktiven Arbeitern nicht unterschieden.

Bei raschem Wachstum der technischen Zusammensetzung<sup>59</sup> sind die Branchenunterschiede erheblich, wobei eine leichte Tendenz zur Nivellierung registriert wird. Dementgegen sinkt bis 1960 der „spezifische Produktionsmitteleinsatz“ (70), d. h. pro Produkteinheit wird weniger Realkapital benötigt. Ursache ist, daß bis etwa 1960 der sinkende spezifische Materialeinsatz die steigende Fondsintensität kompensiert. Ab den sechziger Jahren kehrt sich diese Tendenz um.

Zschocke schließt daraus auf in den 60er Jahren verschlechterte Verwertungsbedingungen: bis etwa 1960 ist die Produktion rascher gewachsen als die technische Kapitalzusammensetzung, der Fall der Profitrate ist also durch den Anstieg der Profitmasse in Hinblick auf die Akkumulation kompensiert worden. Eine sinkende Profitrate wirkt sich dann nicht ungünstig auf die Akkumulation aus, wenn die Profitmasse ausreicht, um bei ihrer Verwandlung in Kapital zusätzliche Mehrarbeit anzusaugen, d. h. wenn mehr produktive Arbeiter beschäftigt werden können oder wenn durch die Umwälzung der Produktion die Mehrwertrate erhöht werden kann.

Es ist offensichtlich, daß diese Möglichkeiten nicht nur von der Größe der Profitmasse, sondern auch von ihrer Verteilung abhängen. Der sinkende spezifische Produktionsmitteleinsatz ermöglichte es, die Zahl der produktiven Arbeiter zu erhöhen und so die Produktion von Profit auszudehnen.

In anderer Form finden sich hier übrigens einige Indikatoren wieder, wie sie auch *Altvater* — unabhängig von *Zschockes* Arbeit — entwickelt hat. Der spezifische Produktionsmitteleinsatz entspricht kategorial der umgekehrten Kapitalproduktivität bei *Altvater*, die dort von der Kapitalintensität und der Arbeitsproduktivität bestimmt wird. Der entscheidende Faktor ist der sinkende Produktionsmitteleinsatz je Produkt oder umgekehrt die steigende Kapitalproduktivität, aus der sich notwendigerweise ergibt, daß die Arbeitsproduktivität rascher ansteigt als die Kapitalintensität. Das ist aber eine rein rechnerische Tatsache und sagt über die Ursachen und die Folgen der Entwicklung nichts aus. Es wäre auch eine Situation denkbar, in der durch eine bestimmte Form der Rationalisierung, d. h. durch „kapitalsparenden technischen Fortschritt“ der spezifische Produktionsmitteleinsatz je Produkteinheit gesenkt würde. Wenn gleichzeitig auch der Aufwand an bezahlter lebendiger Arbeit je Produkteinheit zurückgeht, dann dürften sich die Verwertungsbedingungen in der Produktion verbessern — es sei denn, die Kapitalumschlagszahl verkleinert sich erheblich. Es würde nun wesentlich von den Absatzverhältnissen abhängen, ob die steigende Profitrate auch mit einer Vergrößerung der Profitmasse verbunden ist. Eine profitable Anlage des Mehrwerts als Zusatzkapital könnte unter solchen Bedingungen an die Grenzen des beschränkten Marktes stoßen, weil die Stufenleiter der Produktion sich durch die Akkumulation rascher erweitern würde, als es die durch die spezifisch „kapitalsparende“ Form der Rationalisierung relativ verengten Absatzverhältnisse erlauben würden. Unter dem Gesichtspunkt der stofflichen Struktur des Gesamtprodukts müßte der Anteil der Konsumtionsmittel im Vergleich zu den Produktionsmitteln zunehmen. Da aber auch der Aufwand an bezahlter lebendiger Arbeit je Produkt zurückgeht, würde die Ausdehnung der Abteilung II der Produktion rasch an die Grenzen der relativ beschränkten Konsumtionsfähigkeit stoßen. Kapital wäre dann trotz einer hohen Profit-

<sup>59</sup> Natürlich kann auch die Rechnung zu festen Preisen keine Qualitätsveränderungen im Anlagevermögen wiedergeben, so daß die technische Zusammensetzung auch so nicht korrekt zu erfassen ist.

rate „überakkumuliert“, d. h. eine Anlage als Zusatzkapital würde zu keiner Vergrößerung der Profitmasse führen. Es ist dies eine Form des „relativen Kapitalüberschusses“, die wohl weder *Zschocke* noch *Altvater* im Auge hatten. Das ist auch insofern erklärlich, als die Entwicklung in den sechziger Jahren umgekehrt verlief. Es gibt jedoch Momente in der aktuellen wirtschaftlichen Lage, die eine solche Entwicklung möglich erscheinen lassen.<sup>60</sup> Es ist offensichtlich, daß die analytisch von den Marktverhältnissen abstrahierenden Indikatoren von *Altvater* einer solchen Situation nicht gerecht werden können.

Die Berücksichtigung des Auslastungsgrads durch *Zschocke* zeigt übrigens, daß die steigende Kapitalproduktivität — worauf *Altvater* letzten Endes seine Feststellung der günstigen Verwertungsbedingungen in den fünfziger Jahren stützt — zu einem überwiegenden Teil auf den in diesem Zeitraum steigenden Auslastungsgrad zurückzuführen ist, also auch direkt durch die inneren Verwertungsbedingungen allein nicht zu erklären ist.

Trotz der erheblichen Berechnungsdifferenzen kommt auch *Zschocke* zur Abgrenzung von Entwicklungsetappen der BRD in ein ‚extensives‘ und ein ‚intensives‘ Wachstum, wie es sich in etwa auch aus den Ergebnissen von *Altvater* und selbst denen des PKA ergibt. Ähnlich unterscheidet auch *Huffscheid*, der mit weit einfacheren Methoden zur Unterscheidung einer „Phase der extensiv erweiterten Reproduktion“ und einer „Phase der intensiv erweiterten Reproduktion“ kommt.<sup>61</sup>

In einem zweiten Schritt untersucht *Zschocke* nun die Entwicklung der Verwertung, auf die allein aus den technischen Bedingungen nicht zurückgeschlossen werden kann. Da er annimmt, daß „prinzipiell der Zusammenhang zwischen Werten und Preisen trotz Inflation erhalten geblieben ist“ (72), geht er von jeweiligen Preisen aus. Es muß allerdings bemerkt werden, daß die Inflation keine den Wertrelationen gegenüber neutrale Erscheinung ist: sie wirkt verzerrend. Dagegen wendet *Zschocke* ein: „Und selbst, wenn die wertmäßigen Größen durch die nominelle Entwicklung aus inflationsbedingten und anderen Gründen verzerrt wiedergespiegelt werden sollten, — bei der Ermittlung der industriellen bzw. in der Industrie realisierten Profitrate interessieren ohnehin nur die tatsächlich von den Monopolen und sonstigen Unternehmen für die eingesetzten Produktionsmittel gezahlten Preise und die tatsächlich gezahlten Löhne!“ (73)

Seine Behandlung des Anlagevermögens stellt allerdings einen Verstoß gegen dieses Prinzip dar. Das Nettoanlagevermögen bewertet er zu Wiederbeschaffungspreisen, d. h. er schaltet den bereits erwähnten, mit der Inflation verbundenen Entwertungseffekt des Kapitals aus. Das inflationär freigesetzte Kapital kann rascher wieder angewandt werden und ermöglicht dem Kapital so die Ausbeutung einer größeren Menge lebendiger Arbeit, steigert also die Profitrate.

Zum konstanten Kapital wird das um die Fertigwaren bereinigte Vorratsvermögen ge-

60 So eröffnet die oft diskutierte Anwendung der Mikroprozessoren die Möglichkeit für kapitalsparenden technischen Fortschritt, d. h. eine Senkung der Produktionsmittelintensität pro Produkteinheit erscheint möglich. Vgl. z. B. W. Dostal, K. Köster, Mikroprozessoren — Auswirkungen auf Arbeitskräfte?, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 2/77, S. 243 ff.

61 Wirtschaftskrise und Wirtschaftspolitik. Zu den Beziehungen zwischen Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftspolitik in der BRD in der Periode 1966/67 bis 1975/76, Beiträge des IMSF 4, Frankfurt/M. 1976, S. 19. Diese Einteilung gehört zu den traditionellen Ansätzen der Kapitalismusanalyse in der Bundesrepublik. In der Phase von 1950/60 vollzieht sich „die erweiterte Reproduktion extensiv“, d. h. durch eine Ausdehnung der Menge lebendiger Arbeit und „intensiv“, d. h. durch eine Steigerung der Arbeitsproduktivität. In der Phase 1960/70 vollzieht sie sich „in erster Linie intensiv“. Vgl. auch: IMSF, Beiträge 3, Klassen- und Sozialstruktur der BRD 1950—1970, Sozialstatistische Analyse, Frankfurt/M. 1973, S. 91.

rechnet. Daraus und aus dem Materialverbrauch wird die Umschlagshäufigkeit errechnet, die Grundlage zur Bestimmung des vorgeschossenen variablen Kapitals ist. Im Unterschied zum PKA bezieht *Zschocke* den Profit also nur auf das Produktivkapital, klammert Geld- und Warenkapital also aus.

Die Profitrate wird nun ermittelt, indem der industrielle Profit vor Steuern auf das so berechnete vorgeschossene Kapital bezogen wird. Beim industriellen Profit handelt es sich um den in der Industrie realisierten Profit (also ohne Handelsprofit, aber einschließlich Zinsen und Steuern), er ergibt sich, indem vom Bruttoproduktionswert die Kosten der Jahresproduktion abgezogen werden.<sup>62</sup>

Problematisch ist dabei die Behandlung der Reproduktionskosten der Arbeitskraft. Es fällt auf, daß trotz der Bedeutung der Mehrwertrate für die Verwertungsbedingungen diesem Problem kaum Aufmerksamkeit geschenkt wird. *Zschocke* geht vom jährlichen Aufwand an Löhnen und Gehältern aus, bezieht also die Lohnsteuern ein, nicht aber die Sozialversicherungsbeiträge der Unternehmer. Die Effekte der staatlichen Umverteilung werden hier also nicht bzw. nur teilweise berücksichtigt. Auch findet keine Trennung zwischen produktiven und unproduktiven Arbeitern statt.

Die von *Zschocke* ermittelte Profitrate weist ebenfalls eine fallende Tendenz auf. Das hängt wesentlich mit der gestiegenen organischen Zusammensetzung des Kapitals, d. h. vor allem mit dem wachsenden Gewicht des fixen Kapitals zusammen. Die organische Zusammensetzung des Kapitals ist allerdings wesentlich langsamer als die technische Zusammensetzung gestiegen, sowohl Folge der „Verwohlfeilerung“ des konstanten Kapitals als auch der verbesserten Lohnsituation. Diese zuletzt genannten Faktoren bedingen trotz des beschleunigten Wachstums der technischen Zusammensetzung eine verlangsamte Zunahme der organischen Zusammensetzung in den sechziger Jahren, so daß der beschleunigte Fall der Profitrate in dieser Periode nicht aus der veränderten Kapitalstruktur abgeleitet werden kann. „Die komplizierter gewordenen Wachstumsbedingungen hätten daher auf seiten der Kapitalverwertung gar keinen beschleunigten Fall der Profitrate erwarten lassen.“ (97)

Die Ursache des beschleunigten Falls ist die Mehrwertrate, die seit 1955 schwankt, mit rückläufiger Tendenz. *Zschocke* führt das auf die relativ günstigen Verkaufsbedingungen der Arbeitskraft zurück. Die relativen Erfolge der gewerkschaftlichen Lohnpolitik wurden, wie die Entwicklung der Lohnquoten zeigt, durch staatliche Umverteilungsmaßnahmen zu einem großen Teil wieder zunichte gemacht.<sup>63</sup> Das aber kann *Zschocke* mit seiner Berechnungsmethode nicht erfassen.

Die relativ günstige Verteilungsposition stabilisierte natürlich auch die organische Zusammensetzung des Kapitals. *Zschocke* folgert: „Weniger denn je reicht deshalb die organische Zusammensetzung des Kapitals für sich genommen als Indiz aus, um die Entwicklung der Profitrate zu begründen.“<sup>64</sup> (101) Der Unterschied zu *Altwater* resultiert offensichtlich nicht nur aus der Benutzung deflationierter Preisgrößen. Vor allem die Berücksichtigung des Auslastungsgrads dürfte eine Rolle spielen. Bei in den fünfziger Jahren

62 Zu den Kosten zählt *Zschocke* nicht die „sonstigen Vorleistungen“ wie Mieten, Zinsen, Pachten usw.

63 Vgl. die Lohnquoten im Anhang.

64 Ein Anstieg des variablen Kapitals wirkt sich sowohl auf die Mehrwertrate als auch auf die organische Zusammensetzung des Kapitals aus. Denn es gilt nur solange als „Index für die Menge lebendiger Arbeit“ (*Altwater*, *Zum Problem...*, a. a. O., S. 205), wie die Mehrwertrate als konstant angenommen wird. Vgl. Karl Marx, *Das Kapital*, 3. Bd., S. 62 und S. 154.

steigendem Auslastungsgrad muß die Kapitalzusammensetzung nach *Zschocke* schneller ansteigen als bei *Altvater*. Umgekehrt in den sechziger Jahren: bei sinkendem Auslastungsgrad wird die Kapitalzusammensetzung *Zschockes* langsamer ansteigen als die von *Altvater* berechnete.

Das eigentliche Anliegen *Zschockes* geht jedoch über die Berechnung der industriellen Mehrwerttrate hinaus. Sein Ziel ist die Berechnung von Branchenprofitraten und die Aufdeckung ihrer jeweiligen Bestimmungsgründe aus den konkreten Verwertungsbedingungen der einzelnen Branchen.

Völlig unerklärlich ist daher die Behauptung des PKA in einer Besprechung von *Zschockes* Untersuchung: „Er gesteht damit faktisch zu, daß sich der Ausgleich zu durchschnittlichen Verwertungsbedingungen offenbar zunächst unabhängig von der Rückwirkung von Monopolen und Staat herstellt. Die These von der Auflösung der Konkurrenz durch die Monopole und den Staat steht als inhaltsleere Formel beziehungslos neben diesem Resultat der empirischen Untersuchung.“<sup>65</sup> Offensichtlich haben die Rezensenten hier einfach nicht zur Kenntnis genommen, daß es ja das Hauptanliegen *Zschockes* ist, die festgestellten Differenzen in den Profitraten der Branchen, die *Zschocke* ermittelt, durch die fehlende Ausgleichsbewegung zur Durchschnittsprofitrate zu erklären. *Zschocke* geht also gerade nicht von der Existenz der Durchschnittsprofitrate aus, sondern meint, daß die Existenz von Monopolen und Staatseingriffen dazu führt, daß sich die jeweils unterschiedlichen Verwertungsfaktoren in den einzelnen Branchen heute direkt in den Profitraten ausdrücken, also praktisch eine Abkehr von den Produktionspreisen, eine Rückkehr zur direkten Wertbestimmung der Preise stattfindet.

Die von ihm berechneten branchenspezifischen Verwertungsfaktoren (organische Zusammensetzung, Kapitalumschlagshäufigkeit und Jahresmehrwerttrate) weisen erhebliche Unterschiede auf. Bei funktionierender freier Konkurrenz hätten diese Unterschiede in bezug auf die Profitrate ausgeglichen werden müssen, d. h. es hätte kein Zusammenhang zwischen der Höhe der Profitrate und den jeweils günstigen oder ungünstigen Verwertungsfaktoren geben dürfen.

Um das zu überprüfen, ordnet er die Branchen nach der Reihenfolge der jeweiligen Verwertungsfaktoren, addiert die Ordinalzahlen und errechnet daraus eine fiktive Rangfolge der Branchen, d. h. eine Rangfolge, die sich aus dem Charakter der Verwertungsfaktoren in den jeweiligen Branchen ergibt. Eine niedrige organische Zusammensetzung, eine hohe Kapitalumschlagszahl und eine hohe Jahresmehrwerttrate führen dann zu einer hohen Position in der Rangfolge der ‚fiktiven‘ Profitraten. Diese „errechnete Rangfolge“ (102/103) wird nun verglichen mit der tatsächlichen Rangfolge. Im Ergebnis entsprechen sich die beiden Reihenfolgen, d. h. die Branche mit den günstigen Verwertungsfaktoren hat auch tatsächlich eine hohe Profitrate und umgekehrt.

Das kann allerdings nicht überraschen, da die Verwertungsfaktoren, so wie sie *Zschocke* berechnet, auch der Errechnung der tatsächlichen Profitrate zugrunde liegen. Die Jahresmehrwerttrate, die als Verwertungsfaktor aufgeführt wird, ist rein rechnerisch die gleiche, die bei der Berechnung der tatsächlichen Profitrate verwendet wurde. Die beiden Rangfolgen, die *Zschocke* miteinander vergleicht, müssen sich also entsprechen.<sup>66</sup> Denn die Berechnungen basieren ja bereits auf den Marktpreisen, d. h. die Ausgleichsprozesse fin-

65 PKA, Auf der Suche nach dem Monopol, in: Beiträge... 1/78, S. 53.

66 Vgl. auch: W. M. Breuer, Zur politischen Ökonomie des Monopols, Köln 1974, S. 38.

den schon Eingang in die Ermittlung der Verwertungsfaktoren. Das wird schon dadurch deutlich, daß die wirkliche Mehrwertrate in den Branchen zwischen 20 Prozent im Schiffbau und 234 Prozent in der Erdölgewinnung schwankt. (110/111) Bei einer Rückkehr zu Wertpreisen, wie sie *Zschocke* als eine Folge der Monopolisierung und der Hemmung der Ausgleichsprozesse annimmt, müßten sie etwa auf dem gleichen Niveau liegen.

Die bei *Zschocke* gemachte Annahme — daß nämlich durch die Monopolisierung eine Hemmung der Ausgleichsprozesse mit der Folge einer Tendenz zur direkten Bestimmung der Marktpreise durch die Werte bewirkt wird — kann so jedenfalls nicht belegt werden. Sie widerspricht zudem der Voraussetzung von Monopolisierung: diese setzt sich in der Regel gerade in den Branchen durch, die besonders viel fixes Kapital anwenden müssen, bei denen also die Verwertungsfaktoren *Zschockes* an sich ungünstig gelagert sind. Eine Blockierung der Ausgleichsprozesse mit dem Ergebnis der Rückkehr zu Wertpreisen würde also gerade die monopolistisch organisierten Kapitale benachteiligen.

Schließlich ist auch die Tatsache unterschiedlicher Branchenprofitraten allein noch kein Beleg monopolistischer Profitrendifferenzierung. Denn *Zschocke* berechnet die Branchenprofitraten nur für ein Jahr, so daß eine eventuell existierende Ausgleichsbewegung nicht erfaßt werden kann. Zudem muß fraglich bleiben, ob die berechneten Branchenprofitraten mehr sind als ein statistischer Durchschnitt, ob nicht vielmehr Unternehmensgrößen einen stärkeren Einfluß auf die Profitrate haben als die Branchenzugehörigkeit.

Der Widerspruch in *Zschockes* Aussagen wird auch deutlich, wenn im letzten Abschnitt Wege der staatlichen Absicherung der Kapitalverwertung dargestellt werden: „Die Reduzierung der von den Monopolen aufzubringenden Vorschüsse für das fixe, das konstante zirkulierende sowie das variable Kapital und die Aufstockung der privat verfügbaren Profite.“ (119) Der Staat sichert die Verwertung also gegen an sich ungünstige innere Verwertungsfaktoren, es müßte also zu einer *Differenz* zwischen Verwertungsfaktoren und tatsächlicher Verwertung kommen: das kann natürlich durch *Zschockes* Berechnungen nicht aufgedeckt werden, da die staatlichen Übertragungen ja zu einem Teil sowohl bei der Ermittlung der tatsächlichen Profite als auch bei der Analyse der Verwertungsfaktoren einbezogen sind. *Zschocke* sieht zwar die letztere Tatsache, hält sie aber nicht für entscheidend. Als Instrumente staatlicher Umverteilung können also nur die Bereiche getrennt von den inneren Verwertungsfaktoren untersucht werden, die eine nachträgliche Übertragung von Profitteilen außerhalb der Produktion beinhalten; die Steuerpolitik, die Subventionen und Zuschüsse. Die Bedeutung der Profitübertragungen durch staatliche Betriebe an die private Wirtschaft wird auch dargestellt und in ihrem Ausmaß abgeschätzt: so sparte die Industrie allein durch verbilligten Strom- und Gasbezug im Jahre 1970 7,5 Mrd. DM.<sup>67</sup> Es muß aber darauf hingewiesen werden, daß der Effekt dieser Verbilligung schon in der vorgestellten Profitratenberechnung impliziert ist. Immerhin läge die Profitrate — klammerte man dieses Moment aus — 1950 nicht bei 37,3, sondern bei 32,7 Prozent, 1968 bei 29,8 Prozent statt bei 31,8. Der Fall wäre demnach also wesentlich langsamer verlaufen als es *Zschocke* unter Einbeziehung der staatlichen Zuschüsse berechnet.

*Zschocke* kommt insgesamt zu dem Ergebnis, daß die Entlastung der Verwertung durch staatliche Eingriffe an Effektivität einbüßt: „Das in den 60er Jahren einsetzende Fallen der

67 Allerdings ist diese Rechnung insofern etwas gewagt, als ja auch der Preis für Tarifabnehmer, also für Haushalte, der als Maßstab genommen wird, ebenso wenig ein „Marktpreis“ ist wie der für industrielle Abnehmer.

industriellen Profitrate (strahlte) mehr und mehr auf den Staat aus." (144) Diese Aussage ist durch die Berechnungen allerdings nur zum Teil abgedeckt, da er ja nur einen Teil der staatlichen Einflüsse in ihren Auswirkungen auf die Profitrate isolieren kann.

Trotz der Mängel, die *Zschockes* Berechnungen besonders in bezug auf die Monopolisierungshypothese haben, stellen sie doch einen wichtigen Schritt zur empirischen Erfassung der Realität dar. Wichtig ist dabei die Erkenntnis, daß sich die konkreten historischen Verwertungsbedingungen nicht allein durch die allgemeine Profitrate bestimmen lassen. Dabei gelingt die Einbeziehung von Faktoren wie Staat und Monopolen allerdings nur exemplarisch, nicht systematisch. Vor allem wird nur eine Seite des Reproduktionsprozesses, der Verwertungsprozeß in der Produktion, betrachtet. Von der Realisierungsseite wird in der Praxis auch hier abstrahiert, der Begriff des „relativen Kapitalüberschusses“ erfaßt wie der Überakkumulationsansatz *Altvaters* nur die eine Seite des Reproduktionsprozesses. Die damit beschriebene Erscheinung — daß ein Zusatzkapital keinen oder nur geringen Zusatzprofit abwirft —, kann ihre Ursache aber auch in den oben beschriebenen stofflichen Disproportionen zwischen dem Anteil von Konsumgütern und dem Anteil der Produktionsmittel haben, die allerdings nicht selbständig, sondern nur als Reflex der beschränkten Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft unter den herrschenden Produktions- und Verhältnissen wirken. An sich günstige Verwertungsbedingungen können so ohne positive Auswirkungen auf den Akkumulationsprozeß bleiben, weil die produzierten Profite infolge der veränderten Kapitalstruktur nicht zu realisieren sind. Diese Einseitigkeit in *Zschockes* Ansatz läßt auch die Tatsache aus dem Blickfeld geraten, daß staatliche Eingriffe keineswegs nur die unmittelbare Verbesserung der Verwertungsbedingungen zum Ziel haben. Gerade keynesianisch orientierte Konzepte setzen an der Realisierungsseite an, wollen also die vom Kapital durch die Steigerung der Ausbeurungsrate selbst gesetzte Grenze der beschränkten Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft aufheben.

## Die Divergenz der Profitraten und die Konkurrenzintensität — die Sachvermögensrentabilität bei *Saß*

*Peter Saß, Die Untersuchung der Profitraten-Unterschiede zwischen den westdeutschen Industriebranchen nach dem 2. Weltkrieg, Veröffentlichungen der Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg, Tübingen 1975.*

Im Mittelpunkt der Untersuchung von *Saß* steht die Frage, welches die Ursachen der großen und wachsenden Differenzen in den Verwertungsbedingungen der Industriebranchen sind. Mit Hilfe von Korrelationsberechnungen wird versucht, verschiedene Determinanten dieser Differenzen zu ermitteln.

Neben den implizierten stillschweigenden Voraussetzungen — z. B. daß die Branchenzugehörigkeit tatsächlich der wesentliche Bestimmungsgrund der Profitrate ist — hat die Berechnungsmethode in einigen Fällen eine präjudizierende Wirkung.

Problematisch ist schon der Profitbegriff: „Unter Profit wird — vornehmlich in der marxistischen Theorie — das gesamte Besitzeinkommen verstanden, das den Produktionsmittelbesitzern zufließt.“ (4) Diese Feststellung ist unzutreffend. Sie reflektiert den Standpunkt der „Quellentheorie“ der bürgerlichen Ökonomie, setzt schon eine Verteilung des Profits voraus: ausgeklammert werden sowohl die Steuern als auch andere Mehrwertteile, die zur Erfüllung von Funktionen des Zirkulationsprozesses benötigt werden.

Zudem fehlt überhaupt ein Begriff der produktiven Arbeit, so daß schlechthin jede Tätigkeit — sei sie wertschaffend oder nur mit der Verwaltung des Profits verbunden — als Arbeit gilt und jedes mit einer Tätigkeit verbundene Einkommen als Arbeitseinkommen gewertet wird.

Auch der Begriff der Profitrate ist problematisch: „Die Profitrate bezeichnet dann das Verhältnis zwischen der Profitsumme und dem Wert der eingesetzten produzierten Produktionsmittel (d. h. unter Ausschluß des Bodens).“ (4) Nicht das eingesetzte Gesamtkapital, sondern nur der konstante Teil werden untersucht.

In der Berechnungspraxis wählt *Saß* als Index der so definierten Profitrate die „Sachvermögensrentabilität“<sup>68</sup>, die jedoch nicht mit jener identisch sei: *Saß* weist selbst darauf hin, daß zum „Sachvermögen“ auch die Fertigwarenbestände gezählt werden. Er tut das, da eine Differenzierung aufgrund des vorhandenen Datenmaterials nicht möglich sei<sup>69</sup>, und begründet: „Ohne pragmatische Bereitschaft zum Kompromiß wäre empirische Wirtschaftsforschung nicht möglich.“ (S. 5) Dieser Bemerkung ist zuzustimmen. Es wäre allerdings günstig gewesen, wenn sich der Autor bei der Interpretation der mit mathematischen Methoden behandelten Ergebnisse an diese Einschränkungen erinnert und auf die möglichen Konsequenzen für die Schlußfolgerungen hingewiesen hätte.

Ausgangspunkt seiner Berechnungen sind die Ergebnisse der amtlichen Industrieberichterstattung: berechnet wird die „Sachvermögensrentabilität“ in den Industriebranchen (ohne Bauwirtschaft und Energie) in Betrieben ab 10 Beschäftigten. Dazu wird vom um die Abschreibungen bereinigten Bruttoinlandsprodukt zu Faktorkosten der Branchen ausgegangen, von dem das Arbeitseinkommen abgezogen wird. Die indirekten Steuern werden also ausgeklammert, so daß allein steuertechnische Verschiebungen zwischen direkten und indirekten Belastungen die „Sachvermögensrentabilität“ beeinflussen.

Wichtig ist die Berechnung der Arbeitseinkommen: dazu gehören die Bruttolöhne und -gehälter, die Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber einschließlich der „freiwilligen Sozialaufwendungen“ und ein kalkulatorisches Arbeitsentgelt der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen. Die Einbeziehung dieses „kalkulatorischen Arbeitsentgelts“ zeigt, daß der Autor den Begriff des „Profits“ anders meint als *Marx*. Willkürlich auch die Kalkulation: es wird vom durchschnittlichen Angestelltengehalt zuzüglich eines zehnprozentigen Zuschlags „als Entgelt für eine längere Arbeitszeit“ (12) ausgegangen, wobei diese Annahme zumindest für die mithelfenden Familienangehörigen nicht zutrifft. Da der Selbständigenanteil in der Industrie klein ist, dürfte dieser Faktor empirisch nicht allzu stark ins Gewicht fallen.<sup>70</sup>

Das so errechnete „Besitzeinkommen“ wird auf das um die Lagervorräte vergrößerte Nettoanlagevermögen zu Wiederbeschaffungspreisen — Grundlage sind wieder die Berechnungen von *Krengel* — bezogen. Es ergibt sich die „Sachvermögensrentabilität“. Auf die Probleme, die bei der Rechnung mit Wiederbeschaffungspreisen bei Abschreibungen und Anlagevermögen verbunden sind, wurde bereits oben verwiesen.

68 *Saß* orientiert sich offensichtlich an J. M. Gillman, Das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate, deutsch Frankfurt/M. 1969, der ähnlich vorgeht.

69 Das ist nicht ganz richtig, da Stichproben aus einzelnen Jahren eine zumindest schätzungsweise Differenzierung möglich machen. Vgl. H. Lützel, a. a. O., S. 617. *Saß* möchte also nur das produktive konstante Kapital ermitteln.

70 Positiv ist dabei, daß Verzerrungen zwischen kleinen und großen Unternehmen zumindest teilweise ausgeglichen werden: während die Bezüge der Unternehmensleitungen bei großen Konzernen als Kosten unter „Löhnen und Gehältern“ ausgewiesen werden, gelten sie bei Personenunternehmen als Gewinnentnahmen.

Die Kennziffer, die *Saß* berechnet, liegt auf einer mittleren Abstraktionsebene: Geht man davon aus, daß die eigentlich regulierende Größe im Kapitalismus in den Verwertungsbedingungen in der Produktion zu suchen ist, so kann die von *Saß* berechnete Kategorie nicht ausreichen. Denn eine ganze Reihe von Umverteilungsprozessen, die Beschränkung auf die Industrie, die fehlende Unterscheidung zwischen produktiver und unproduktiver Arbeit, die Umverteilungswirkung von Lohnsteuern und Sozialabgaben bewirken Verschiebungen. Auf der anderen Seite aber wird auch nicht der einzelwirtschaftliche Gewinn berechnet, der auf der Oberfläche erscheint und als unmittelbar bestimmendes Moment einzelkapitalistischer Entscheidungen fungiert: sowohl Fremdkapitalzinsen als auch Gewinnsteuern werden nicht als Kosten — wie sie sich für den Einzelunternehmer darstellen —, sondern als Profitbestandteile gerechnet.

Nimmt man hier einmal ein Ergebnis der Untersuchungen vorweg — nämlich daß die Konkurrenz zwischen den Industriezweigen beschränkt ist und somit eine Tendenz zum Profitratenausgleich nicht existiert —, dann wirft der Ansatz doch einige Fragen auf. Denn Kostenvorteile einzelner Branchen, die z. B. mit Steuervergünstigungen, mit besserer Zugangsmöglichkeit zum Kapitalmarkt usw. zusammenhängen, finden in der Berechnung von *Saß* keinen Eingang. Der Impuls für Kapitalwanderungen aber wird von den an der Oberfläche erscheinenden einzelkapitalistischen Profiten ausgelöst. Wenn überprüft werden soll, ob dieser Mechanismus noch funktioniert oder ob die Kapitalwanderung gehemmt ist, so müßte kategorial der Profit ermittelt werden, der die Wanderung auslöst. Dann dürften solche Momente wie Zinsbedingungen und steuerliche Begünstigungen aber nicht ausgeklammert werden, wie es *Saß* tut.

Als Beispiel kann der Bergbau dienen, für den *Saß* eine negative Rentabilität errechnet. Das dort investierte Kapital hätte also abwandern müssen mit der Konsequenz, daß die Kohlepreise gestiegen wären und so die Verwertungsbedingungen wieder an die allgemeinen Durchschnittsverhältnisse angenähert worden wären.<sup>71</sup> Die Feststellung von *Saß*, daß dieser Prozeß wegen der beschränkten Konkurrenz eben nicht oder nur in geringem Maße abgelaufen ist, kann durch seine Berechnungen nicht schlüssig belegt werden. Ebenso wäre es möglich, daß staatliche Begünstigungen den Nachteil ausgeglichen haben und so für das Kapital gar kein Anlaß bestand, abzuwandern. Die von *Saß* berechneten Unterschiede zwischen den Branchen könnten also auch staatlich kompensiert worden sein — über die Funktionsfähigkeit des Ausgleichsprozesses durch Kapitalwanderungen könnten dann keine Aussagen gemacht werden. Offen bleibt, ob die tatsächlichen Kapitalbewegungen nicht auch Ergebnis von staatlichen Lenkungsmaßnahmen sein könnten.

Durch die Konstruktion der „Sachvermögensrentabilität“ bei *Saß* wird so die Fragestellung von vorneherein nur auf bestimmte Ursachen von Profitratenunterschieden gerichtet, während Momente wie staatliche Eingriffe schon systematisch ausgeklammert werden. Diese Einschränkungen machen die Arbeit von *Saß* nicht wertlos, sie relativieren aber den Aussagewert einiger seiner zentralen Thesen. Darauf muß deutlich hingewiesen werden, weil über der mit mathematischen Methoden durchgeführten Verarbeitung der Ergebnisse nur zu leicht die Beschränktheit der Voraussetzungen vergessen werden kann.

71 Es ist hier außer acht gelassen worden, daß ein solcher Ausgleichsprozeß die internationale Konkurrenz einbeziehen muß. Es wäre dann durchaus möglich, daß bei einem solchen „spontanen“ Ablauf eine ganze Branche verschwindet — was der Staat in den meisten Fällen verhindern würde. Allein aus diesem Grunde ist die Annahme eines funktionierenden Ausgleichs zur Durchschnittsprofitrate ohne Einbeziehung der internationalen Dimensionen unreal.

Dem ist z. B. *Heseler* unterlegen, wenn er behauptet: „Ich glaube, die einzig bisher relevante empirische Untersuchung, die es dazu gibt, soweit mir das bekannt ist, über diese Frage ist die von *Peter Saß*, der explizit den Nachweis erbringt, daß kein Zusammenhang von Konzentrationsentwicklung und Profitratenentwicklung besteht, allerdings eine ganz erhebliche Niveaudifferenzierung in den Branchenprofiten.“<sup>72</sup> Diese Feststellung ist nicht nur wegen des beschränkten Monopolbegriffs von *Saß* falsch, wie weiter unten noch gezeigt werden wird. Sie gilt auch deshalb nicht, weil *Saß* bestimmte Seiten monopolistischer Profitaneignung überhaupt nicht untersucht. *Saß* selbst hat diesen Tatbestand nicht übersehen; er weist in einer Schlußbemerkung darauf hin, daß Untersuchungen auf Unternehmensebene notwendig sind. (64)

*Saß* berechnet zunächst die „Sachvermögensrentabilität“ für 36 Industriezweige und stellt eine Rangskala auf. Dabei ergibt sich eine beträchtliche Schwankungsbreite, die von einer negativen „Rentabilität“ im Bergbau von 0,76 Prozent bis zu einer Rentabilität von 52,12 Prozent in der Musikinstrumentenindustrie reicht. Die „negative“ Rentabilität im Bergbau rührt vor allem aus der Bergbaukrise in den sechziger Jahren. Weiterhin stellt *Saß* fest, daß die Profitraten zwischen 1950 und 1967 in der Tendenz zurückgehen und daß der Variationskoeffizient größer wird, d. h. die Abweichungen vom Durchschnitt nehmen zu. Daraus zieht *Saß* den Schluß: „Aus der Verschärfung der Profitratenunterschiede muß die Schlußfolgerung gezogen werden, daß sich die Möglichkeiten für die Mobilität des Kapitals verschlechtert haben.“ (25) Das heißt für ihn: „Läßt sich jedoch langfristig keine Annäherung zwischen Branchen-Profitraten und Durchschnittsprofitraten beobachten, so kann selbst von einem tendenziellen Profitraten-Ausgleich keine Rede mehr sein.“ (26) Diese Feststellung wird weiter unten durch den Nachweis erhärtet, daß die Hierarchie der Branchen-Profitraten stabil ist. (49)

Im Fall des Bergbaus muß allerdings angemerkt werden, daß in anderen Branchen rentabilitätsverbessernde Faktoren dort rechnerisch umgekehrt wirken. Eine Verringerung des Anlagevermögens steigert bei positivem Besitzeinkommen die Rentabilität, läßt sie aber bei ‚Besitzverlusten‘ weiter ins Minus rutschen. Das dürfte sich bei der Berechnung der Variationskoeffizienten verzerrend bemerkbar machen.

Bei einem Vergleich mit den Ergebnissen von *Zschocke* — er berechnet die Branchen-Profitraten nur für das Abschwungsjahr 1962, *Saß* für den gesamten Untersuchungszeitraum — zeigen sich einige Unterschiede. Insgesamt ist die Rentabilität bei *Saß* niedriger als bei *Zschocke*. Das hängt einmal damit zusammen, daß dort die Profitsumme höher ist als das Besitzeinkommen, während das vorgeschossene Gesamtkapital bei *Zschocke* etwas größer ist als bei *Saß*. Im Verlauf der Profitraten gibt es zwischen *Saß* und *Zschocke* allerdings keine großen Differenzen, sowohl langfristig als auch konjunkturell. Auch die Rangfolge der Branchen-Profitraten ist — bezieht man sie nur auf das Jahr 1962 — bei beiden Autoren ähnlich.

*Saß* versucht nun, durch die Berechnung von Korrelationen zwischen den Profitraten-Differenzen und verschiedenen möglichen verursachenden Faktoren die Bestimmungsgründe der Unterschiede zu ermitteln. Dabei wird festgestellt, daß es zwischen Profitraten und Konzentrationsgrad keinen signifikanten Zusammenhang gibt, wobei als Konzentrationsmaß der Anteil der 10 größten Unternehmen am Umsatz der jeweiligen Branche

72 H. Heseler, Zur Formulierung einiger empirischer Forschungsprobleme, in: IMSF, Das Monopol..., a. a. O., S. 129.

gilt. Der Autor schränkt seine Aussage selbst ein: „Aus den Ergebnissen der eben diskutierten Korrelationsanalyse (zwischen Branchenprofitraten und Konzentration, J. G.) können indes noch keine verallgemeinernden Schlußfolgerungen abgeleitet werden, durch die der positive Einfluß der Unternehmenskonzentration auf die Profitrate verneint würde.“ (33) Denn das Konzentrationsmaß sagt z. B. noch nichts über die Marktverhältnisse aus: die Branchen umfassen ganz unterschiedliche Teilmärkte, die Existenz von großen Unternehmen hat jeweils andere Konsequenzen, je nachdem ob die restlichen Marktanteile breit gestreut sind oder ob der Markt insgesamt zwischen relativ gleich starken Unternehmen aufgeteilt ist. Außerdem — so *Saß* — prüft der Korrelationskoeffizient nur lineare Zusammenhänge, d. h. er untersucht, ob bei einem Anstieg des Konzentrationsmaßes um 10 Prozent sich die Profitrate entsprechend verändert. Es ist aber anzunehmen, daß erst ab einem bestimmten Konzentrationsgrad Auswirkungen auf die Profitrate festzustellen sind, d. h. ein etwaiger Zusammenhang wäre sicher nicht linear. Zudem — auch darauf weist *Saß* hin — kann Konzentration auch eine Reaktion auf ungünstige Verwertungsbedingungen sein, d. h. Monopolisierung hätte dann die Funktion, das Sinken der Profitrate aufzuhalten. Monopolprofite müssen also nicht unbedingt hohe Profite sein.

Schließlich muß noch einmal darauf verwiesen werden, daß in der von *Saß* berechneten Profitrate nur einige Determinanten monopolistischer Profitdifferenzierung Eingang finden, soweit sie direkt über den Markt realisiert werden. Andere Momente wie Steuern, Kredit, Beherrschung abhängiger Unternehmen werden nicht erfaßt. Der Begriff des Monopols kann nicht allein durch die Größe von Marktanteilen definiert werden.

Eine schwache Korrelation berechnete *Saß* zwischen Preisbewegung und Branchenprofitrate, wobei sich der Zusammenhang im Zeitablauf etwas verstärkt. Er ist allerdings nicht linear, d. h. das Profitatenniveau kann nicht allein durch den Preisanstieg erklärt werden.

Zwischen der Arbeitsproduktivität und dem Profitatenniveau ist ebenfalls kein Zusammenhang festzustellen, der Zusammenhang zwischen Kapitalproduktivität und Profitrate ist nur in den sechziger Jahren — und da schwach — festzustellen: vor allem in Branchen mit hoher Profitrate ist ein Rückgang der Kapitalproduktivität zu registrieren.

Sehr deutlich ist der Zusammenhang zwischen Lohnhöhe und Profitrate, d. h. in Branchen mit einem niedrigen Lohnniveau ist die Profitrate hoch: vor allem der Frauenanteil spielt eine Rolle. *Saß*: „Der in der westdeutschen Industrie bestehende Zusammenhang zwischen interindustrieller Profitraten-Hierarchie und Lohnstruktur deutet somit darauf hin, daß das in verschiedenen Industriezweigen unterdurchschnittliche Lohnniveau von den Betrieben in einen langfristigen Profitraten-Vorteil umgesetzt werden konnte.“ (43/44)

Ob dieser statistische Zusammenhang auch ein Ursachenzusammenhang ist, muß dahingestellt bleiben. Denn die Branchen mit hoher Profitrate sind in der Regel nicht nur die mit niedrigen Löhnen, sondern auch die mit niedriger organischer Zusammensetzung des Kapitals.

Eine wichtige Rolle in der Argumentation von *Saß* spielt die „Konkurrenzintensität“. Ein Zusammenhang zwischen Branchen-Profitrate und dieser Größe kann nur für die sechziger Jahre errechnet werden.

Die inhaltliche Fragestellung, die hinter dem rechnerischen Ergebnis etwas verschwindet, lautet: kann eine hohe Branchen-Profitrate durch niedriges Kapitalstockwachstum erklärt werden? Würde diese Frage bejaht, so könnte belegt werden, daß hohe Profitraten

dadurch zustande kommen, daß der Kapazitätsausbau mit dem Ziel der Preishochhaltung gebremst wird, daß die freie Kapitalwanderung gehemmt ist.

Berechnet wird die „Konkurrenzintensität“, indem von der Rangfolgezahl der Branchen-Profiträte die Rangfolgezahl im Tempo des Kapazitätsausbaus abgezogen wird. Es ergeben sich Ziffern für die Konkurrenzintensität, aus denen wiederum eine Rangfolge aufgestellt wird. Die Korrelationsrechnung prüft nun den Zusammenhang zwischen der Rangfolge der Profiträte und der Rangfolge der Konkurrenzintensität. Dieser Zusammenhang existiert dann, wenn eine hohe Position in der Rangfolge der Konkurrenzintensität mit einer niedrigen Position im Rang der Profiträte zusammentrifft. Das ist natürlich nur dann der Fall, wenn eine hohe Rangfolge im Tempo des Kapazitätsausbaus mit einer niedrigen Profiträte und ein niedriges Tempo des Kapazitätsausbaus mit einer hohen Profiträte zusammentrifft. Es wäre also naheliegender gewesen, wenn der Autor die Korrelation von Kapazitätsausbautempo und Profiträtorangfolge berechnet hätte, ohne den mißverständlichen Umweg über die „Konkurrenzintensität“. Denn die Annahme, daß bei einer hohen Profiträte und einem hohen Tempo des Kapazitätsausbaus die Konkurrenz groß ist, muß durchaus nicht plausibel sein. Das Tempo des Kapazitätsausbaus hängt auch mit der erwarteten Nachfrageentwicklung in der angenommenen Branche zusammen. Eine strukturell wachsende Branche kann durchaus im Verhältnis zu einer strukturell schrumpfenden Branche einen raschen Kapazitätsausbau haben, der aber trotzdem dazu dient, die Profiträte durch Angebotsverknappung hoch zu halten. Die strukturell schrumpfende Branche mag bei niedriger Profiträte auch einen langsamen Kapazitätsausbau haben, trotzdem kann in der ersten Branche weniger Konkurrenz als in der zweiten herrschen. Die Rechnung von *Saß* ergäbe in diesem Fall keinen Einfluß der „Konkurrenzintensität“ auf die Profiträte, obwohl tatsächlich die hohe Profiträte in der expandierenden Branche durch künstliche Angebotszurückhaltung zustande gekommen ist.

Darüber hinaus ist auch die Rechnung mit Rangfolgeziffern problematisch. Denn in der Korrelationsrechnung wird der Abstand zwischen den Rängen ignoriert. Es könnte aber durchaus sein, daß bei einer Gruppe von dicht beeinanderliegenden Branchen — sowohl nach der Höhe der Profiträte als auch nach dem Tempo des Kapazitätsausbaus — kein signifikanter Zusammenhang der Rangfolgen existiert, während bei weit auseinanderliegenden Branchen, d. h. Branchen mit einer sehr hohen, vom Durchschnitt stark abweichenden Profiträte und einem hohen Tempo des Kapazitätsausbaus dieser Zusammenhang existiert. Für die Aussage wäre diese Gruppe von Branchen weit gewichtiger als der nicht sichtbare Zusammenhang bei den Branchen, die dicht am Durchschnitt liegen. In der Rechnung wird jedoch kein Unterschied der Wichtigkeit gemacht.

Getrennt davon wird eine Korrelation zwischen Umsatzwachstum und Profiträteniveau berechnet, wobei ein teilweise gesicherter Zusammenhang nur im Zeitraum 1960—1967 festzustellen ist. Es wäre hier sicher besser gewesen, wenn nicht die Umsatz-, sondern die Absatzentwicklung genommen worden wäre. So würde eine Umsatzexpansion, die durch Absatzausweitung bei stabilen Preisen bewirkt ist, die Profiträte anders beeinflussen als eine vorwiegend auf Preiserhöhungen zurückzuführende Absatzausweitung.

Da weder ein durchgängiger gesicherter Zusammenhang zwischen Konkurrenzintensität (d. h. dem Tempo des Kapazitätsausbaus) und Branchen-Profiträte auf der einen und zwischen Umsatzwachstum und Profiträten-Rangfolge auf der anderen Seite festzustellen ist, zwischen den beiden Faktoren aber eine Beziehung untereinander anzunehmen ist,

versucht *Saß*, ihren gemeinsamen Einfluß auf die Branchen-Profitraten mit Hilfe einer multiplen Korrelationsanalyse festzustellen.

Dabei ergibt sich eine wahrscheinlichkeits-theoretisch gesicherte Korrelation, d. h. man kann davon ausgehen, „daß in der Bundesrepublik zu jedem Zeitpunkt ein enger Zusammenhang zwischen Profitrate, Konkurrenzintensität und Umsatzwachstum der Industriezweige bestanden hat“. (51)

Damit hält *Saß* seine zentrale Aussage für empirisch belegt: „Die über längere Fristen zu spürende Verzögerung in der Anpassung der sektoralen Angebotsstruktur an die veränderte Zusammensetzung der Nachfrage muß so (genau wie eine wirksame Wettbewerbs-einschränkung) als Schwäche des Marktmechanismus angesehen werden.“ (50)

Das heißt, die Profitatendifferenzen — die im Zeitablauf ja größer geworden sind — resultieren vor allem aus dem im Verhältnis zur Nachfrageentwicklung verzögerten Kapazitätsausbau, die freie Kapitalwanderung, die zu einer Anpassung der Kapazitäten führen müßte, ist gehemmt.

Trotz der an den Berechnungsmethoden und an der Orientierungsgröße „Sachvermögensrentabilität“ geübten Kritik ist dieses Ergebnis immerhin so interessant, daß sich eine Weiterführung der Arbeit sicher lohnen würde.

Denn an dem Punkt, an dem *Saß* seine Arbeit beschließt, sind seine Ergebnisse noch nicht geeignet, den Charakter und die Richtung von Kapitalwanderungen bestimmen zu können. Immerhin sind sie doch ein Hinweis dafür, daß die Durchschnittsprofitrate als reales Schwankungszentrum unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht mehr wirksam ist. Allerdings stellt *Saß* lediglich fest, daß der Ausgleich nicht funktioniert. Damit sind aber, wie er selbst einräumt, „die den Wettbewerb begrenzenden und die Profitraten-Unterschiede konstituierenden Faktoren noch nicht identifiziert“. (63) Ob die gehemmte Kapitalwanderung auf den hohen Grad der Kapitalfixierung, auf monopolistische Zugangsbeschränkungen oder auf die kompensierenden Eingriffe staatlicher Lenkungsmaßnahmen zurückzuführen ist, kann nicht geklärt werden. Schließlich bleibt die Annahme der Branchenzugehörigkeit als Bestimmungsgrund der Profitrate eine bloße Annahme.

In einem kurzen Schlußkapitel skizziert *Saß* einige notwendige weitere Untersuchungsschritte, die vor allem — entgegen seinem Branchen-Konzept — auf der Unternehmens-ebene anzusetzen hätten. Es wären dann weitere Determinanten für Profitraten-Unterschiede einzuführen und ihre Auswirkungen auf den Reproduktionsprozeß zu untersuchen. Er betont am Schluß, daß das Verhalten der Unternehmen nicht bloß als reaktives Ergebnis vermächterer Märkte anzusehen ist — wie ja aus seinen Ergebnissen auch abgelesen werden kann —, sondern als Folge ihrer ökonomischen Aktivität. „Konkurrenz muß demgegenüber als Auseinandersetzung zwischen den Unternehmen um die Aneignung des Profits verstanden werden, wobei die Bedingungen dieser Auseinandersetzung für das einzelne Unternehmen prinzipiell variabel und damit beeinflusbar sind.“ (64)

Kritisch anzumerken bleibt allerdings, daß dem Autor die politische, über den Staat vermittelte Dimension dieses Prozesses völlig aus dem Blickfeld gerät.

## Mehrwertrate und Ausbeutungsverhältnis — die Arbeiten von Tammer

*Hans Tammer, Wachsender Ausbeutungsgrad der Arbeiter und Angestellten in der BRD — Die Entwicklung der Mehrwertrate von 1950 bis 1975, in: IPW-Berichte, 6/77, S. 11—22, Berlin/DDR.*

*Hans Tammer, Profite und Profitraten in der BRD-Industrie, in: IPW-Berichte 6/78, S. 12—24.*

Bei vielen Arbeiten zur Ermittlung der Profitrate fällt auf, daß bei der Errechnung des variablen Kapitals und des Mehrwerts oft recht willkürliche Schätzungen zugrunde gelegt werden. Das betrifft vor allem die Behandlung des gesellschaftlich vermittelten Teils der Reproduktionskosten der Arbeitskraft. Ein erheblicher Teil der unterschiedlichen Ergebnisse läßt sich auf Unterschiede bei der Erfassung der Mehrwertrate zurückführen, auf die relativ wenig rechnerische Sorgfalt verwendet wird. Tatsächlich aber ist die Mehrwertrate die die Verwertungsverhältnisse eigentlich regulierende Kategorie, sie ist das Wesen der Profitrate. „Mehrwert und Rate des Mehrwerts sind, relativ, das Unsichtbare und das zu erforschende Wesentliche, während Profitrate und daher die Form des Mehrwerts als Profit sich auf der Oberfläche der Erscheinungen zeigen.“<sup>73</sup>

Der geringe Aufwand, der bei der Ermittlung von Mehrwert und variablem Kapital oft gemacht wird, dürfte darauf zurückzuführen sein, daß viele Autoren sich direkt oder indirekt bemühen, die ökonomische Entwicklung der BRD aus dem Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate abzuleiten, wobei der Hauptaugenmerk auf die organische Zusammensetzung des Kapitals gerichtet ist.

*Hans Tammer* dagegen widmet sich — in der Folge von *Varga* und *Wygodski*<sup>74</sup> — zunächst den Problemen, die mit der veränderten Bedeutung der produktiven Arbeit und den wachsenden, über gesellschaftliche Fonds umverteilten Lohnanteilen bei der empirischen Ermittlung der Mehrwertrate und später auch der Profitrate verbunden sind.

Da seiner Ansicht nach „für die BRD eine alle produktiven Bereiche erfassende Analyse nicht möglich“ ist (6/77/13), bezieht er seine Berechnungen nur auf das produzierende Gewerbe, d. h. Bergbau, Energiewirtschaft, verarbeitendes Gewerbe und Bauwirtschaft. Außerdem versucht er, sich durch Ausschaltung der Unternehmen mit weniger als 10 Beschäftigten auf die kapitalistischen Betriebe zu beschränken.

„Das Untersuchungsgebiet ist folglich genügend repräsentativ für Verallgemeinerungen und grundsätzliche Aussagen hinsichtlich der ermittelten Mehrwertrate als Ausdruck des Ausbeutungsgrades der Arbeiter und Angestellten durch das herrschende Kapital in der BRD.“ (6/77, 14) Dieser Feststellung kann deshalb nicht vorbehaltlos zugestimmt werden, weil die nicht berücksichtigten Bereiche der Wert- und Mehrwertproduktion wie z. B. Transport und Verkehr, Land- und Forstwirtschaft, aber auch produktive Funktionen im Handel zwar quantitativ nicht sehr ins Gewicht fallen, aber doch durch die unterschiedliche Verteilung des Mehrwerts über die gesellschaftlichen Bereiche das Gesamtergebnis beeinflussen können.

Auf der Datengrundlage der VGR geht *Tammer* vor um die indirekten Steuern (plus

<sup>73</sup> Karl Marx, *Das Kapital*, 3. Bd., a. a. O., S. 53.

<sup>74</sup> E. Varga, Versuch einer annähernden Bestimmung der Mehrwertrate und Profitrate in der amerikanischen Industrie, in: *Wirtschaft und Wirtschaftspolitik im 1. Vierteljahr 1927*, S. 1059 (*Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, Vierteljahresberichte 1922—1939*, a. a. O., Bd. 3) S. L. Wygodski, *Der gegenwärtige Kapitalismus, Versuch einer theoretischen Analyse*, deutsch Köln 1972, S. 225 ff.

Subventionen) bereinigten Bruttoproduktionswerte aus. Aus der Differenz von Produktionswert und Vorleistungen im Handel errechnet er die Handelsspanne, die er dem Produktionswert des produzierenden Gewerbes zuschlägt.<sup>75</sup> Davon setzt er die um Mieten, Pachten, Zinsen usw. bereinigten Vorleistungen ab und erhält das Wertprodukt bzw. das Nationaleinkommen.

Die größten Probleme bereitet die Ermittlung des angewandten variablen Kapitals. Als produktive Arbeiter werden die Arbeiter (entsprechend der versicherungsrechtlichen Abgrenzung) und die technischen Angestellten begriffen. Für diese Gruppe gelten alle weiteren Rechnungen. Von deren Bruttolöhnen werden alle staatlichen Abgaben abgesetzt. Auch die anteilig berechneten indirekten Steuern werden abgezogen — was insoweit konsequent ist, als *Tammer* die indirekten Steuern ja schon bei der Errechnung des Wertprodukts außer acht gelassen hatte. Entsprechend dem Verhältnis der produktiven Arbeiter zur Gesamtzahl der Erwerbstätigen wird nun der vom Staat für soziale Aufgaben verausgabte Betrag anteilig ermittelt und dem Geldlohn der produktiven Arbeiter zugeschlagen. Das variable Kapital enthält nun beide Momente der Reproduktionskosten der Arbeitskraft, die individuell über den Geldlohn und die gesellschaftlich über die öffentlichen Haushalte vermittelten Teile. Dabei ergibt sich ein leicht ansteigender Anteil des staatlich vermittelten variablen Kapitals, aber sein Anteil an den eingezogenen Steuern und Sozialabgaben sinkt. Das so ermittelte variable Kapital läßt nun die Berechnung der Mehrwertmasse und der Mehrwertrate zu.

Zwischen 1950 und 1975 schwankt die Mehrwertrate im zyklischen Ablauf ähnlich wie bei den Ergebnissen des PKA. Allerdings steigt bei *Tammer* die Mehrwertrate über die Zyklen hinweg eindeutig an, d. h. der Ausbeutungsgrad wächst. Dagegen hatte das PKA eine eher fallende Tendenz ermittelt, wobei nur der 5. Zyklus diese Entwicklung unterbrochen hatte.<sup>76</sup>

Die Ursache für diesen Unterschied scheint nicht in der Beschränkung *Tammers* auf das produzierende Gewerbe zu liegen, sondern bei der Berechnung des variablen Kapitals. Während das Wertprodukt bei beiden Untersuchungen etwa gleich schnell ansteigt, wächst das variable Kapital bei *Tammer* langsamer, der Mehrwert schneller als beim PKA. Die Frage, wie die verschiedenen Abzüge vom Bruttolohn behandelt werden sollen, ist offensichtlich für die Ermittlung des Ausbeutungsgrads, der ja schließlich regulierend hinter der Profitrate steckt, von erheblicher Bedeutung. Es muß *Tammer* als Verdienst angerechnet werden, daß er dieses Problem wahrgenommen und differenzierter als die übrigen Autoren behandelt hat.

Erst in einer Fortsetzung seiner Arbeit ermittelt *Tammer* auch die Profitraten, wobei er sich auf die in der Bilanzstatistik des Statistischen Bundesamtes erfaßten Aktiengesellschaften des produzierenden Gewerbes und die Entwicklung seit 1961 beschränkt. Der dort produzierte Mehrwert wird entsprechend der oben geschilderten Methode berech-

<sup>75</sup> Das PKA merkt an, daß auch die Zirkulationskosten des Handels, nicht nur der Handelsprofit, Teil des gesellschaftlich produzierten Mehrwerts sind. Beiträge... 1/78, a. a. O., S. 43.

<sup>76</sup> Es ist auffallend, daß das PKA in seiner Kritik an *Tammer* auf diese Differenzen kaum eingeht. Bei *Tammer* steigt die Mehrwertrate kontinuierlich von Zyklus zu Zyklus an, während die vom PKA berechnete Rate sinkt oder stagniert, mit Ausnahme des kräftigen Anstiegs im 5. Zyklus. Dieser Unterschied kann nicht damit erklärt werden, daß *Tammer* „den dritten und vierten Zyklus zu einem einzigen zusammengefaßt hat“, wie das PKA meint (ebenda, S. 47). Gliedert man die Jahreszahlen von *Tammer* entsprechend der Zyklen-einteilung des PKA, so bleibt die Mehrwertrate von *Tammer* in diesem Zeitraum ebenso unverändert wie die des PKA. Vgl. auch Anhang.

net. Die Mehrwertrate des erfaßten Bereichs unterscheidet sich weder in der Höhe noch in der Tendenz von der gesamtgesellschaftlichen Mehrwertrate des gesamten produzierenden Gewerbes, in einzelnen Jahren gibt es allerdings Verschiebungen.

Das Hauptproblem bei der Profitratenberechnung ist die Ermittlung des vorgeschossenen Kapitals. Ausgangspunkt sind für *Tammer* nicht die Buchwerte, sondern die Bruttoanlageinvestitionen der Unternehmen, aus denen er mit Hilfe der Lebensdauerfunktionen des DIW zunächst das jeweilige Bruttoanlagevermögen ermittelt. Dessen Entwicklung (zu Preisen von 1970) stellt er dar, um Informationen „über die reale Entwicklung des Produktionspotentials“ zu gewinnen. (6/78, 17) Da Qualitätsveränderungen durch die Setzung zu konstanten Preisen nicht ausgeschaltet werden können, kann das Produktionspotential — bezogen auf die Produktmenge — so nur sehr ungefähr ausgedrückt werden. Durch die Ermittlung der Abschreibungen — die ja schon bei der Berechnung des Mehrwerts zugrunde lagen — erhält *Tammer* das Nettoanlagevermögen zu Wiederbeschaffungspreisen.

Das so berechnete vorgeschossene fixe und das aus den bilanzierten Vorräten für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, sowie Halbfertigerzeugnisse zu jeweiligen Preisen gebildete zirkulierende Kapital ergeben das konstante Kapital, während das vorgeschossene variable Kapital aus der Summe der verausgabten Lohnbestandteile — berechnet entsprechend der oben wiedergegebenen Methode -, dividiert durch die aus Vorräten und Jahresverbrauch an Vorprodukten ermittelte Umschlagshäufigkeit errechnet wird.

Es ergibt sich die organische Zusammensetzung des Kapitals — die allerdings, daran sei hier noch einmal erinnert, nur einen Ausschnitt des gesellschaftlichen Gesamtkapitals wiedergibt. Da z. B. staatlich entwertete Kapitalteile ausgeklammert werden, darf die Entwicklung im untersuchten Bereich auch nicht als Index für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung verstanden werden.

Wie ein Vergleich der drei großen Chemiekonzerne zeigt, verändert sich die Kapitalzusammensetzung sprunghaft und weist von Jahr zu Jahr große Differenzen auch innerhalb der Branche auf. Das kann nicht nur durch das unterschiedliche Produktionsprofil, also durch technologische Faktoren erklärt werden, sondern drückt Willkürlichkeiten bei der Bewertung von Vortatsvermögen, eine bestimmte Lagerhaltungsstrategie, Auslastungsschwankungen usw. aus.

Die auf dieser Grundlage berechnete Profitrate (mit und ohne Berücksichtigung der Handelsspanne) weist eine fallende Tendenz auf, bei typischen zyklischen Schwankungen. Ein Vergleich mit den Ergebnissen anderer Autoren zeigt erneut, wie stark sich die methodischen Unterschiede bei der Ermittlung des variablen Kapitals auswirken. So ist bei *Zschocke* die organische Zusammensetzung im Durchschnitt 10:1, bei *Tammer* aber 30:1.

Allerdings müssen bei einem Vergleich der Profitraten mit den Ergebnissen anderer Autoren die kategorialen Unterschiede im Auge behalten werden. Denn *Tammer* bezieht den produzierten Mehrwert nur auf das produktive Kapital, berechnet es also vor dem Ausgleich zur gesamtgesellschaftlichen Profitrate, während das PKA auch das kommerzielle Kapital in seinem Anspruch auf Mehrwertteile berücksichtigt und *Zschocke* nur den industriell realisierten Teil des Mehrwerts auf das produktive Kapital bezieht.

Als ein weiterer Unterschied fällt auf, daß *Tammer* zu dem klaren Ergebnis kommt: der Fall der Profitrate wird durch die wachsende organische Zusammensetzung des Kapitals bestimmt, die steigende Ausbeutungsrate reicht nicht aus, um deren Wirkungen zu kompensieren.

Schließlich untersucht *Tammer* die Entwicklung der Profitraten bei den sechs größten Konzerngruppen,<sup>77</sup> die deutlich über dem Durchschnitt liegen, allerdings ebenfalls eine fallende Tendenz aufweisen. Die Differenz, die er ermittelt, kann dabei sowohl eine Folge der günstigeren Marktposition als auch der rationelleren Verwertungsmöglichkeiten im Rahmen eines solchen Konzerns sein. Eine andere, wichtige Dimension monopolistischer Profitaneignung, die außerhalb der unmittelbaren Produktion erfolgt, kann mit seiner Methode natürlich nicht ermittelt werden. Die Möglichkeiten, die durch finanzkapitalistische Operationen usw. entstehen, werden daher auch nur angedeutet. *Tammers* Feststellung: „Die Wirkungen des Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate können sie jedoch auch für ihr Kapital nicht außer Kraft setzen“ (6/78, 24), kann daher nicht ohne weiteres zugestimmt werden. Denn durch die Berechnungsmethode werden solche monopolistischen Aneignungsprozesse ausgeschlossen, die außerhalb der Sphäre der Produktion erfolgen.

Es ergeben sich erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Unternehmen, wobei allerdings die Unterschiede zwischen den drei großen Chemiekonzernen relativ gering sind. Diese Differenzen zwischen den Profitraten sind nach *Tammers* Ansicht für die Erklärung des Reproduktionsprozesses aber weniger wichtig: „Es handelt sich bei ihnen jedoch durchaus nicht um Unterschiede der Kapitalverwertung von Unternehmen einander gegenüberstehender Monopolgruppen, sondern im Grunde nur um Unterschiede zwischen Konzernunternehmen, die zu ein und derselben Finanzgruppe gehören.“ (6/78, 24) Ob eine Tendenz zum Ausgleich der Profitraten existiert, könnte unter diesen Voraussetzungen also nur in bezug auf die entsprechenden finanzkapitalistischen Gruppierungen untersucht werden.

Damit spricht *Tammer* eines der Probleme an, die bei der Untersuchung des konkreten historischen Zusammenhangs von Verwertungsbedingungen und ökonomischer Entwicklung zu untersuchen sind. Im Gegensatz zu vielen anderen Autoren geht er davon aus, daß durch die Aufdeckung der Verwertungsverhältnisse nur ein „Beitrag zur Analyse der spezifisch staatsmonopolistischen Formen der Ausbeutung sowie der Reproduktion des Kapitals und der Arbeitskraft der Werktätigen geleistet werden“ kann. (6/77, 11) Es wird bei weiteren Arbeiten über die konkreten Formen des kapitalistischen Reproduktionsprozesses zu zeigen sein, inwieweit diese Ergebnisse als Erklärungsgrundlage tauglich sind.

## Die Erfassung der Verwertungsbedingungen mit Hilfe von Bilanzanalysen

Die inneren Verwertungsbedingungen einer kapitalistischen Gesellschaft sind für die ihre Entwicklungsdynamik bestimmenden Einzelkapitale unsichtbar. Sie sind nur in der Form bestimmend, in der sie an die Oberfläche treten und als einzelkapitalistischer Profit sichtbar werden. Die bisher diskutierten Autoren hatten es sich — wenn auch auf unterschiedlichen Abstraktionsebenen ansetzend — zum Ziel gesetzt, die eigentlich regulierende Kategorie, die inneren Verwertungsbedingungen in der Produktion, aufzudecken. Dabei wurde mehr oder weniger bewußt davon ausgegangen, daß die inneren Verwertungsbedingungen „irgendwie“ auch die einzelkapitalistischen Gewinne bestimmen und über diesen Umweg auch die wirtschaftlichen Entwicklungen determinieren. Vorausge-

<sup>77</sup> Bayer, Hoechst, BASF, Thyssen, Siemens, Daimler-Benz.

setzt werden muß also, daß die Profitrate — wenn auch in einer mystifizierten Form — zum Handlungsmotiv des Einzelkapitalisten wird, sich also im einzelkapitalistischen Profit wiederfindet.

Zu kritisieren ist dabei nicht diese Grundannahme — zu oft wird aber darüber vergessen, daß die Wirkungsweise der allgemeinen Gesetze, der Zusammenhang zwischen den inneren Verwertungsbedingungen, ihrer Erscheinungsweise als einzelkapitalistischer Profit und dessen Auswirkungen auf die Akkumulation unter bestimmten historischen Bedingungen damit noch nicht analysiert ist. Wenn also der Rückschluß von den inneren Verwertungsbedingungen auf die Erscheinungsebene reale Beziehungen ausdrückt, so ist es naheliegend, auch den umgekehrten Weg zu gehen, d. h. von der Erscheinungsform auf der Oberfläche auf die inneren Verwertungsbedingungen zu schließen. Dieser Gedanke scheint um so plausibler, als die empirischen Probleme auf den ersten Blick geringer zu sein scheinen.

Ausgangspunkt wäre dann die Darstellung der allgemeinen Profitrate in der Form, in der sie auch dem Einzelkapital sichtbar ist. Vorausgesetzt ist also, daß eine Verschlechterung der einzelkapitalistischen Verwertungsbedingungen auch eine Verschlechterung der inneren Verwertungsverhältnisse reflektiert. Einen solchen Weg gehen die Bilanzanalysen, wobei allerdings die jeweiligen Ziele durchaus unterschiedlich sind.

So besteht oft keine Klarheit über die Abstraktionsebene, auf der der jeweils ermittelte Begriff im Verhältnis zur empirischen Oberfläche angesiedelt ist. Während auf der einen Seite nur der einzelkapitalistische Profit aus den verschleiernenden Informationen der Unternehmer herausgeschält werden soll, wird auf der anderen Seite versucht, den Profit als regulierende Kategorie ausfindig zu machen. In diesen Fällen ist nur das empirische Ausgangsmaterial ein anderes als bei den bisherigen Ansätzen, Ziel ist die Aufdeckung der inneren Verwertungsbedingungen.

Als Beispiel für diesen Ansatz kann eine ältere Arbeit von *Tammer* und *Warnke* dienen.

## Die Ermittlung der Profite durch Bilanzentschleierung — die Bilanzanalysen von *Tammer* und *Warnke*

*Hans Tammer, Die Profite der Aktiengesellschaften in der BRD-Industrie 1961 bis 1969, in: DWI-Berichte, Berlin/DDR, 10/71, S. 13—22.*

*Hans Tammer, Bruno Warnke, Kapitalvorschüsse und Profitraten der Aktiengesellschaften der BRD-Industrie, in: DWI-Berichte, 12/71, S. 14—31.*

Ausgangspunkt sind die Abschlüsse von etwa 1000 Aktiengesellschaften der Industrie entsprechend der Bilanzstatistik des Statistischen Bundesamtes. Indem von der Gesamtleistung die Kosten für Rohstoffe, Abschreibungen sowie Löhne und Gehälter abgezogen werden, ergibt sich der industrielle Bruttoprofit, der noch um die Steuern bereinigt wird. „Der übrige, in der Regel der größere Teil, steht unmittelbar den Kapitalisten als Nettoprofit zur Verwendung in der privaten Sphäre zur Verfügung“. (10/71, S. 20)

Die so gebildete Kategorie „Nettoprofite“ — wegen der Beschränkung auf die Aktiengesellschaften als Monopolprofit bezeichnet — ist aber in mehrfacher Hinsicht unklar abgegrenzt.

Auf der einen Seite wird nur der in der Produktion erzielte bzw. in diesem Rahmen angelegene Monopolprofit ermittelt, während über finanzkapitalistische Beziehungen erwirtschaftete Gewinnanteile ausgeklammert werden. Der so ermittelte Nettoprofit ist also nicht mit den tatsächlichen einzelwirtschaftlichen Gewinnen identisch. Auf der anderen Seite aber entspricht er auch nicht den produzierten Profiten, da bei der Behandlung des Handelsprofits und der Löhne der Kostenstandpunkt des Einzelkapitalisten eingenommen wird. Problematisch ist auch die Behandlung der Zinsen: sie sind gesamtgesellschaftlich sicher Profite, stellen aber einzelwirtschaftlich Kosten dar. Die Autoren zählen sie unter die Profitanteile, nehmen hier also einen gesamtgesellschaftlichen Standpunkt ein.

Der „Nettoprofit“ drückt in dieser Form kategorial also weder die Verwertungsbedingungen in der Produktion noch den einzelkapitalistischen Monopolprofit aus, wie er nach der Aufteilung erscheint.

Im zweiten Teil der Veröffentlichung wird der so berechnete Profit auf das vorgeschossene Kapital bezogen, wobei die Autoren aber über die Berechnungsmethode hier keine näheren Angaben machen. Grundlage sind die Bilanzen, die Restbuchwerte werden aber nur als Ausgangspunkt für eigene Schätzungen genommen. Die sich ergebenden Bruttoprofitraten (einschließlich Steuern) weisen — infolge der wachsenden organischen Zusammensetzung — eine deutlich sinkende Tendenz auf, während die Nettoprofitraten im untersuchten Zeitraum gestiegen sind.

Bei den sechs untersuchten Branchen ergeben sich allerdings gewisse Unterschiede auch in der Tendenz: so steigen in der chemischen Industrie auch die Bruttoprofitraten, während in der Textilindustrie die Nettoprofitrate leicht zurückgeht. Erwähnenswert ist auch die Tatsache, daß die hier berechnete Rangfolge anders ist als bei den Berechnungen von *Zschocke*: vor allem die chemische Industrie hat bei *Tammer* eine vordere Position, bei *Zschocke* eine hintere. Auch sind die Unterschiede zwischen den Branchen bei *Tammer* größer als bei *Zschocke*.

Auf die im einzelnen durchaus bezüglich der Verteilungsverhältnisse, der Rolle der Steuern, der Unterschiede zwischen den Branchen usw. interessanten Berechnungsergebnisse soll hier jedoch nicht weiter eingegangen werden, da die beiden Aufsätze im Vergleich zu den oben diskutierten Arbeiten von *Tammer* als Vorarbeiten verstanden werden können, während einige mit dem Bilanzentschleierungsansatz verbundenen Probleme im Zusammenhang mit anderen Arbeiten des Instituts für Internationale Politik und Wirtschaft (IPW) diskutiert werden sollen.

## Die Entwicklung der Monopolprofite — die Bilanzanalysen des IPW

„Die Profite der Konzerne“, in: *Deutsches Wirtschaftsinstitut (DWI), Bericht 24, Berlin/DDR, Dezember 1961, S. 471—476.*

*Jährlich fortgesetzt, die letzte erfaßte Veröffentlichung:*

*Hans Tammer, Die Profite der BRD-Industriekonzerne im Jahre 1976, in: IPW-Berichte 12/77, S. 33—42.*

Das Institut für Internationale Politik und Wirtschaft (IPW), vormals Deutsches Wirtschaftsinstitut (DWI) führt seit 1960 jährlich eine Untersuchung der Gewinne der 50 bzw.

100 größten Industrieunternehmen der BRD durch, die auf einer bestimmten Methode der Bilanzanalyse beruht.<sup>78</sup>

Ermittelt werden sollen die „unmittelbar realisierten Bruttogewinne“, d. h. „die im Bereich des Handels, der Banken usw. auf diese Produktion realisierten Gewinne sind hier nicht enthalten“. (12/66, 14) Es geht also um die einzelwirtschaftlich sichtbaren Erträge, wobei die Existenz monopolistischer Profitdifferenzierung angenommen wird. „Die sich aus der Analyse ergebenden Resultate sind damit in hohem Maße verallgemeinerungsfähig für die gesamte monopolistische Industrie Westdeutschlands.“ (11—12/68, 2) Erträge aus Beteiligungen auf der einen Seite und Zinsen auf der anderen Seite werden eingerechnet. Der entschleierte „Nettogewinn“ besteht aus dem bilanzierten Reingewinn, der Erhöhung der ausgewiesenen Reserven, der Hälfte der „sonstigen Aufwendungen“, zwei Drittel der „sonstigen Sozialleistungen“ und den überhöhten Abschreibungen.

Die Probleme, die mit der empirischen Abgrenzung der Posten verbunden sind, sollen hier nicht diskutiert werden. Wichtig ist hier, ob der Gewinnbegriff auf der kategorialen Ebene konsequent ist. Ermittelt werden sollen nicht die Verwertungsbedingungen im engeren Sinne, es geht im Kern um die auf der Oberfläche erscheinenden Verteilungsverhältnisse.

Erkenntnisziel ist die Aufdeckung der von den einzelnen Konzernen angeeigneten Profitmasse, wobei vor allem die Beziehung Löhne—Gewinne als wichtigstes Moment der Klasseauseinandersetzungen interessiert. Außerdem sollen die Wirkungen der Steuern auf die Gewinnverhältnisse dargestellt und die Quellen der Gewinne der Einzelkapitale aufgedeckt werden.

Während die Berechnungsmethode anfangs konsequent auf den einzelwirtschaftlichen Gewinn gerichtet ist, wird Anfang der siebziger Jahre die Methode in einigen Punkten geändert. Insbesondere werden nun die Zinsaufwendungen als Gewinnbestandteil verstanden — während die Zinserträge gleichfalls als Gewinn gelten. Damit wird nicht nur die Ebene des einzelkapitalistischen Gewinns verlassen, es tritt auch die Gefahr von Doppelzählungen auf. Denn bei gegenseitigen Kreditgeschäften würden Zinsaufwendungen und Zinserträge addiert werden.

Gleichfalls werden nun die „sonstigen Aufwendungen“ vollständig zum Gewinn gerechnet, d. h. sämtliche Transportkosten, Reparaturkosten, Werbekosten usw. werden ebenso wie Aufsichtsratsentlohnungen und Spesen behandelt. Der sich nun ergebende „Nettogewinn“ spiegelt aber weder die erwirtschafteten Gewinne vor der Verteilung wider (dann wäre die Einbeziehung von Zinsen und „sonstigen Aufwendungen“, nicht aber die Ausklammerung der Steuern vertretbar), noch den angeeigneten einzelkapitalistischen Profit (dann wäre der Ausschluß der Steuern, nicht aber der anderen Posten vertretbar).

Die bis 1950 zurückgerechneten Daten ergeben einen ständigen Anstieg der Nettogewinnsumme, wobei die Steuerlast relativ sinkt, d. h. die Bruttogewinne steigen langsamer an. Nur in zwei Jahren, 1956 und 1975, werden absolute Einbrüche verzeichnet. Der Verlauf der Profitentwicklung entspricht im großen und ganzen dem Zyklusverlauf, wobei man den Eindruck gewinnt, „daß die Entwicklung der Gewinne der der Industrieproduktion in der Tendenz jeweils um ein Jahr nachhinkt.“ (24/61, 11) Das Institut nimmt an, daß die Konzerne bei der Bilanzaufstellung für das abgeschlossene Geschäftsjahr jeweils von der Situation des laufenden (d. h. folgenden) Jahres ausgehen und die Zahlen entsprechend

78 Eine Darstellung der Methode findet sich in: DWI, Bericht 24/61 und 24/63.

manipulieren. Da es sich bei den errechneten Nettoprofiten bereits um eine „Entschleierung“ handelt, würde damit eine praktisch grenzenlose Manipulierbarkeit der Basisdaten bei der Bilanzierung vorausgesetzt, wodurch natürlich die Aussagekraft der Ergebnisse der Analysen — zumindest auf kurze Sicht — als sehr gering betrachtet werden müßte. Das Institut formuliert diesen Sachverhalt vorsichtig: „Dies mag abschließend als zusätzlicher Beweis dafür dienen, daß die Aussage der kapitalistischen Bilanzen selbst bei sehr kritischer Durchleuchtung für allgemein wirtschaftliche Betrachtungen nur mit der geborenen Vorsicht benutzt werden darf.“ (ebd.)

Dieses „Nachhinken“ gilt übrigens nicht mehr für die siebziger Jahre, was reilweise mit einer veränderten Definition und Berechnung des „Nettoprofits“ zusammenhängen dürfte. Damit könnte der oben kritisierte Methodenwechsel gerechtfertigt werden — wenn es lediglich um die Darstellung der Entwicklungstendenzen ginge. Es ist klar, daß die Gewinnentwicklung aus der Bilanz um so deutlicher herausgelesen werden kann, je mehr Posten, in denen potentiell Gewinnanteile versteckt werden können, ganz einbezogen werden. Das ist ein Ansatzpunkt der z. B. der von *Scheibe-Lange* durchgeführten Kapitalflußrechnung zugrunde liegt. Er ist jedoch ungeeignet, solange die Verwertungsbedingungen selbst in irgendeiner Form Erkenntnisziel sind.<sup>79</sup>

### Der einzelkapitalistische Nettoprofit und die monopolistische Profitdifferenzierung — die Bilanzanalyse der Arbeitsgruppe Großunternehmen

*Arbeitsgruppe Großunternehmen (P. Flieshardt, U. Haupt, J. Huffs Schmid, R. Sablotny, A. Sörgel). Gewinnentwicklung und Gewinnverschleierung in der westdeutschen Großindustrie, 2 Bände, Köln 1977.*

Die an der Universität Bremen arbeitende „Arbeitsgruppe Großunternehmen“ sucht explizit den vom Einzelkapital angeeigneten Gewinn. Sie untersucht anhand der veröffentlichten Handelsbilanzen der 50 größten Unternehmensgruppen der Industrie die Entwicklung des „einzelkapitalistischen Nettoprofits“ (68), d. h. des „tatsächlich erwirtschafteten Gewinns“<sup>80</sup> im Zeitraum von 1967 bis 1975 (bzw. 1976) und vergleicht die Ergebnisse mit der entsprechenden Entwicklung bei den übrigen Aktiengesellschaften, d. h. soweit sie in die Bilanzstatistik des Statistischen Bundesamtes aufgenommen werden.

Die Gruppe geht von der Annahme aus, daß ein „grundsätzlicher Rentabilitätsvorsprung der Großunternehmen zu den entscheidenden Strukturmerkmalen der modernen

<sup>79</sup> Daher wird der „Umsatzüberschuß“ von *Scheibe-Lange*, der im Kern die Differenz von laufenden Einnahmen und Ausgaben erfaßt, hier nicht behandelt. Es werden dabei „laufende Geldströme auf ihre Höhe, ihre Quellen und ihre Verwendung hin analysiert“. Das heißt: „Kapitalflußrechnungen sind Geldrechnungen.“ (Ingrid Lange, Probleme der Kapitalflußrechnung, in: WSI-Mitteilungen 6/67, S. 164.) Erfäßt werden also nicht die Verwertungsbedingungen der Einzelkapitale, sondern ihr finanzwirtschaftlicher Spielraum. Damit ist jedoch nicht gesagt, daß die berechneten Indices nicht die Tendenz der Gewinnentwicklung auf einer bestimmten Ebene widerspiegeln. Unberücksichtigt bleibt hier auch, welche Indikatoren von den Unternehmensleitungen nun tatsächlich als Entscheidungskriterium gewählt werden. Dabei ist anzunehmen, daß der jeweilige finanzielle Status eine wichtige Rolle spielt.

<sup>80</sup> P. Flieshardt, J. Huffs Schmid, R. Sablotny, A. Sörgel, Die Legende vom Gewinnverfall, in: WSI-Mitteilungen, 1/78, S. 21.

westdeutschen Wirtschaft gehört". Das heißt nicht nur, „daß Großunternehmen in der Regel eine höhere Gewinnrate als andere Unternehmen" haben. Angenommen wird auch, daß „die Gewinnrate der Großunternehmen... durch konjunkturelle Krisen gar nicht oder zumindest später und weniger stark beeinträchtigt" wird, daß sich die Profitbedingungen immer mehr „differenzieren und polarisieren". (18)

Diese Hypothese wäre gleichzeitig ein Erklärungsansatz für die Verschärfung der Krise und die anhaltenden depressiven Erscheinungen, den Ausfall des konjunkturellen „Aufschwungs" nach 1975: denn während die monopolistische Profitstabilisierung in der Krise die Verwertungsschwierigkeiten der nichtmonopolistischen Kapitale verschärft und verlängert, verbietet die Profitstrategie der Monopole diesen gleichzeitig die Beschleunigung der Akkumulation in Form von Sachkapital. Findet also nach der Krise eine Verbesserung der Verwertungsverhältnisse vor allem bei den Monopolen statt, so führt das zu keiner entsprechenden Beschleunigung der Akkumulation. Die These von der monopolistischen Profitdifferenzierung könnte also die Grundlage einer Stagnationserklärung bieten — wobei ein empirischer Beleg allerdings noch weitere Schritte notwendig macht.<sup>81</sup>

Die These der Gruppe entspricht damit in einer Beziehung auch der Aussage von *Saß*, der ja auch eine fehlende „Konkurrenzintensität" zur Erklärung der Profitratenunterschiede heranzieht: die Unterschiede vergrößern sich, weil die Branchen mit expandierender Nachfrage nicht gezwungen sind, die Kapazitäten entsprechend auszuweiten.<sup>82</sup> Mit diesem Ansatz ist allerdings auch implizit die Aussage verbunden, daß eine Veränderung der globalen Verwertungsverhältnisse nicht als *unmittelbarer* Erklärungsansatz für die Tendenz der Wirtschaftsentwicklung benutzt werden kann. Es ist also der Versuch, einen der in den übrigen Analysen fehlenden Vermittlungsschritte zwischen der gesamtgesellschaftlichen Verwertung und ihrer Erscheinung auf der Ebene der Einzelkapitale zu tun.

Es sollen im folgenden nicht alle Probleme der Gewinnermittlung diskutiert werden. Die Berechnungen basieren auf den veröffentlichten Bilanzen, deren Posten umgruppiert bzw. deren Wertansätze in einigen Fällen verändert werden. Die wichtigsten Korrekturposten sind die überhöhten Abschreibungen, die „sonstigen Aufwendungen", die Rückstellungen und die überhöhten Aufwendungen für Altersversorgung. Unterschiede zu der Berechnungsmethode bei *Tammer*, aber auch gegenüber der Handlungsanleitung des IMSF, ergeben sich bei den Abschreibungen und den „sonstigen Aufwendungen".<sup>83</sup>

Aus den gewonnenen Gewinnzahlen errechnet die Arbeitsgruppe schließlich die „Eigenkapitalrendite", die als erscheinende Form der gesamtgesellschaftlichen Kapitalverwertung, d. h. der Profitrate, gewertet werden kann. Dabei ergibt der Vergleich, daß die

81 Es müßte vor allem nachgewiesen werden, wie sich die Entwicklung der monopolistischen Verwertungsbedingungen auf die Akkumulationsträgigkeit der Monopole auswirkt und wie sich dieser Zusammenhang historisch verändert hat bzw. ob er sich von entsprechenden Beziehungen bei nichtmonopolistischen Kapitalen unterscheidet.

82 *Saß* sieht den Grund dafür allerdings nicht unbedingt im Monopolisierungsprozeß.

83 Vgl. D. Schmidt (IMSF), *Entschleierte Profite — Bilanzlesen leicht gemacht*, Frankfurt/M. 1975. Die Anleitung zur Bilanzanalyse des IMSF soll die selbständige Durchleuchtung veröffentlichter Bilanzen der verschiedenen Unternehmen ermöglichen, sie muß daher mit „Faustregeln" arbeiten. Die mit größeren personellen und materiellen Mitteln ausgerüstete Arbeitsgruppe Großunternehmen — ihr stand das Rechenzentrum der Universität Bremen zur Verfügung — war darauf nicht angewiesen. Ihre Ergebnisse sind aber insofern auch für praktische Handlungsanleitungen interessant, als sie eine bessere Begründung von „Faustregeln" ermöglichen.

Rentabilität der Großkonzerne deutlich über der Rentabilität der übrigen Aktiengesellschaften liegt und im Aufschwung die Großunternehmen rascher profitieren. Wollte man von der gesamtgesellschaftlichen Profitrate Rückschlüsse auf die Wirtschaftsentwicklung ziehen, so müßte demnach als ein Zwischenschritt die Verteilung der Profitrate auf die Einzelkapitale nach Maßgabe ihrer Monopolpositionen erfolgen. Allerdings scheint auch hier ein einfacher Rückschluß vom Monopolisierungsgrad der Branche — gemessen an den Marktanteilen — auf die Höhe der Profitrate nicht möglich zu sein, da die Reihenfolge der nach Branchen gegliederten untersuchten 50 Unternehmen etwa der von *Saß* bzw. *Zschocke* ermittelten entspricht. Allerdings macht die Arbeitsgruppe auch keine weiteren Versuche, Rückschlüsse auf Branchen zu ziehen. Denn die berechnete Branchenprofitrate der Großunternehmen scheint ohne große Aussagekraft: die Profitraten (Eigenkapitalrentabilität) differieren von Unternehmen zu Unternehmen erheblich. Monopolistische Differenzierung wirkt also nicht nur in bezug auf die Branchen, sondern auch auf die einzelnen Unternehmen. Monopolistische Positionen werden von der Arbeitsgruppe zudem nicht an Marktanteilen, sondern an Umsatzgrößen festgemacht, wodurch die gesellschaftliche Bedeutung eines Konzerns sicher auch adäquater ausgedrückt wird als durch Marktanteile.

Die Arbeitsgruppe errechnet ähnlich wie *Tammer* einen Anstieg des Nettoprofits und der Eigenkapitalrentabilität bei den Großunternehmen, wobei auch hier zyklische Schwankungen festzustellen sind. Allerdings steigt beides auch bei den untersuchten übrigen Aktiengesellschaften.

Es muß jedoch festgehalten werden, daß auch die Aktiengesellschaften ohne die Großunternehmen nicht mit dem nichtmonopolistischen Bereich der Wirtschaft identisch sind, so daß die Untersuchungsergebnisse nur Hinweise auf Unterschiede, nicht aber empirisch abgesicherte Informationen über ihre Höhe bzw. über ihr Ausmaß geben können.

Einen erheblichen Anteil am Anstieg der Eigenkapitalrendite sowohl der Großunternehmen als auch der übrigen Aktiengesellschaften hat nach den Untersuchungen die Entwicklung der Steuerlast: ihr Anteil am Bruttoprofit geht in der Tendenz zurück. Eine spezifische Eigenart der Großunternehmen ist der hohe Anteil der Übertragungsprofite, die nicht aus der eigenen Produktion stammen: im Durchschnitt der Jahre 1967—73 beläuft er sich auf 26 Prozent des Bruttoprofits. Bei den übrigen AG ist er niedriger, steigt allerdings ebenfalls. An diesem Punkt — darauf weist die Arbeitsgruppe hin — tritt eine Schwierigkeit auf: abgeführte Gewinne werden bei der abführenden Gesellschaft als Gewinnbestandteil, bei der empfangenden Gesellschaft aber auch als Gewinn berechnet. Beständen z. B. innerhalb der untersuchten Gruppe gegenseitige Abhängigkeitsverhältnisse, die zu entsprechenden Transaktionen führen, so würden bei einer Addition der Ergebnisse Doppelzählungen auftreten. Die Arbeitsgruppe rechtfertigt diese unterschiedliche Behandlung mit der Ungleichheit der ökonomischen Machtpositionen der jeweiligen Gesellschaften (139). Trotzdem bringt die festgestellte steigende ökonomische Verknüpfung bei Unternehmensvergleichen Probleme mit sich: werden herrschende und beherrschte Gesellschaften jeweils zu Gruppen zusammengefaßt, so würde ein Vergleich die existierenden Unterschiede untertreiben. Der Gewinn der abhängigen Unternehmen wird im Grunde um die abgeführten Gewinnanteile zu hoch ausgewiesen. Bei globalen Untersuchungen, in denen die Erträge sowohl der abhängigen als auch der beherrschenden Gesellschaften zusammengefaßt werden — und bei den in der Bilanzstatistik des Statisti-

schen Bundesamtes aufgeführten AG gibt es sicher solche gegenseitigen Abhängigkeiten — werden Posten, bei denen es nur um Gewinnumverteilungen geht, aufsummiert, so daß die Gewinnsumme übertrieben wird. Eine Addition z. B. über alle AG würde in der Tendenz sicher auch zu falschen Aussagen führen, in dem Maße, wie die gegenseitigen Verflechtungen anwachsen.<sup>84</sup>

Gegen die Entschleierungsmethoden der Arbeitsgruppe sind zwei wichtige Kritikpunkte vorgebracht worden — die übrigens auch teilweise auf die Methoden des IPW zutreffen. *Ingrid Scheibe-Lange* greift vor allem zwei Punkte an:<sup>85</sup>

1. Durch die Anwendung der ermittelten realistischen Abschreibungssätze jeweils auf die Restbuchwerte wird nur ein Teil der Anschaffungskosten der Investitionsgüter tatsächlich abgeschrieben.<sup>86</sup> An sich müßten die Restbuchwerte jeweils um die überhöht ausgewiesenen Abschreibungen korrigiert werden, und diese korrigierte Größe wäre dann der Ausgangspunkt für die Ermittlung der weiteren gerechtfertigten Abschreibungen. Überabschreibungen würden also nur zu einer anderen Verteilung über die Zeit führen.

2. Dementsprechend geht die Arbeitsgruppe auch bei der Ermittlung des Eigenkapitals nur von den ausgewiesenen Posten aus. Die ermittelten stillen Reserven werden ausgeklammert, so daß die Rendite zu hoch ausfällt. Da die Arbeitsgruppe diese Frage in ihren Veröffentlichungen selbst problematisiert hat, kann gerade an diesen Punkten die Intention der Untersuchung deutlich gemacht werden.

Obwohl die Kritik von *Scheibe-Lange* durchaus einige schwache Punkte trifft, geht sie doch am Kern der Sache vorbei. Denn sowohl bei der Bilanzaufstellung, als auch bei der Bilanzentschleierung muß zunächst gefragt werden, welche Ziele und Absichten verfolgt werden. Bei der Bilanzaufstellung kann davon ausgegangen werden: „Die unternehmerische Bilanzpolitik ist eine Komponente im Instrumentarium der Unternehmenspolitik und unterliegt letztlich wie alle anderen Komponenten(...) dem Generalziel der Gewinnmaximierung.“<sup>87</sup>

Dem entspricht in der Regel und in der Praxis der Ausweis niedriger Gewinne. Das räumt auch *Scheibe-Lange* in einem anderen Aufsatz ein: „Das typische Unternehmensverhalten ist, hohe Gewinne schamhaft zu verstecken, langfristig ‚bescheidene‘ und möglichst ansteigende Gewinne vorzuzeigen und Ertragseinbrüche bzw. Verluste zu verschleiern, zumal wenn sie auf Managementfehlern beruhen.“<sup>88</sup> Wenn die Arbeitsgruppe davon ausgeht, daß in der Regel in den Bilanzen Gewinne versteckt werden, so schließt das natürlich nicht aus, daß in Einzelfällen die Bilanzierung auch anderen Zielen folgt: gerade angesichts der von *Scheibe-Lange* festgestellten „übergroßen Manipulierbarkeit von Jahres-

84 Es wäre sicher nützlich, für die Gruppe der kleineren, oft abhängigen Gesellschaften eine Rentabilität unter Ausschluß der abgeführten Gewinne zu berechnen. Denn für viele kleine Unternehmen dürfte die Heteinnahme von Kapital seitens großer Geldgeber ähnlich wirken wie die Aufnahme von Krediten: die damit verbundene Gewinnabführung wirkt vom Standpunkt des abhängigen Kapitals ähnlich wie eine Zinszahlung. Die Grenzen dürften in der Realität oft fließend sein.

85 I. Scheibe-Lange, Die Legende von der realistischen Ermittlung der Profite, in: WSI-Mitteilungen 3/78, S. 175 ff.

86 Die Kritik würde auch auf die Methode des IPW (DWI) zutreffen. Für den Zeitraum von 1948 bis 1960 ermittelte es bei den 50 größten Unternehmen der einzelnen Branchen eine Differenz von 1,4 Mtd. DM, d. h. 14 Prozent der Abschreibungssumme. Vgl. DWI, Bericht 24/61, S. 8.

87 G. Volkman, Bilanzanalyse und Interessenvertretung der Arbeitnehmer im Unternehmen, in: Das Mitbestimmungsgespräch, 2/78, S. 35.

88 I. Scheibe-Lange, Bilanzanalyse, in: Das Mitbestimmungsgespräch 3/78, S. 60. Das gilt jedenfalls, wenn man Verluste oder „bescheidene“ Gewinne nicht als Normalfall bei Großunternehmen annimmt.

abschließen" kann bei einer Untersuchung, die sich zum Ziel gesetzt hat, „die Spannen aufzudecken, innerhalb derer tatsächlich erwirtschaftete Gewinne versteckt, und damit gesellschaftlicher Diskussion prinzipiell entzogen werden", (56) nicht jeder Sonderfall berücksichtigt werden: es handelt sich um keine Anweisung zur Bilanzanalyse.

Der Vorwurf, des „Unterschlagens der Tatsache, daß Unternehmen nicht nur Gewinne, sondern oft auch Verluste verstecken",<sup>89</sup> trifft wegen der anderen Aufgabenstellung nicht zu. Es ist sicherlich richtig, daß auch durch das Verstecken von Verlusten Arbeitern und Angestellten große Nachteile entstehen können: so z. B. wenn Managementfehler verdeckt, große Ertragsprünge verschleiert werden sollen. Auch kann einem Betrieb durch Ausweis und Abführung überhöhter Gewinne Kapital entzogen und er bewußt „ausgetrocknet" werden.

Um solche Praktiken aufzudecken, müßten die veröffentlichten Daten daraufhin untersucht werden, ob eine „richtige" Verrechnung der Kosten in der Produktion stattfindet — was sicher in einigen Punkten ein anderes Vorgehen als das der Arbeitsgruppe erfordern würde.

Dies ist aber keineswegs das Ziel der Analyse: es geht weder um die Ermittlung der Verwertung des gesamten eingesetzten Kapitals im Konzern noch um die Profite aus der Produktion: die Autorengruppe will vielmehr die Profitaneignungsfähigkeit der Kapitale, insbesondere die der monopolistischen Kapitale offenlegen, wobei diese ganz verschiedene Dimensionen hat. Sie erfolgt sowohl auf dem „normalen" Wege der Verwertung des eingesetzten Kapitals in der Produktion als auch durch Beherrschung fremder Kapitale, als auch durch Vermittlung des Staates. Die Frage, die bei der Berechnung der Eigenkapitalrendite eigentlich beantwortet werden müßte, ist folgende: wieviel eigenes Kapital muß im Rahmen eines bestimmten Konzerns aufgebracht werden, um wieviel Nettogewinne zu machen.

Das wirft natürlich schwierige Abgrenzungsprobleme auf, die in den bisher vorliegenden Berechnungen noch nicht ausreichend gelöst sind — und hier kann *Scheibe-Lange* mit Recht auf Inkonssequenzen verweisen. Ob überhöhte Abschreibungen bzw. stille Reserven dem Anlagevermögen bzw. dem Eigenkapital zugeschlagen werden, hängt davon ab, woher die entsprechenden Mittel stammen. Das ist besonders deutlich bei der Berechnung des eingesetzten Eigenkapitals, bei dem die stillen Reserven nicht (d. h. nur zu einem kleinen Teil) berücksichtigt sind. Die Arbeitsgruppe rechtfertigt das mit dem Hinweis, daß es sich dabei „zum größten Teil" um staatliche Steuersubventionen handelt, d. h. um „Kapitalentwertung, entwertetes staatliches (und in geringerem Maße auch privates) Kapital, das dem Privatkapital zur Verfügung gestellt wird und dazu beiträgt, das ursprüngliche Privatkapital besser zu verwerten. . ."<sup>90</sup>

Die Unklarheit hat sich die Arbeitsgruppe aber zumindest teilweise selbst zuzuschreiben, weil sie bei der Berechnung den Anschein erweckt, als sei die Tatsache, daß es sich um „stille Reserven" handelt, das eigentliche Kriterium für die Nichtberücksichtigung beim Eigenkapital. Ob ein eingesetztes Kapital offen ausgewiesen wird oder nicht, hat natürlich an sich für die tatsächliche Rendite keinerlei Bedeutung: das wird nur deshalb wichtig, weil der Nichtausweis ein Instrument zur Steuerersparnis, d. h. eigentlich zur Aneignung von staatlichem Kapital auf politischem Wege, über die Steuergesetzgebung ist. Bei

89 Diess., *Die Legende* . . . , a. a. O., S. 178.

90 Fließhardt u. a., *Die Legende* . . . , a. a. O., S. 25.

den Berechnungen sowohl der Abschreibungen als auch des Eigenkapitals — beides drückt das gleiche Problem aus — müßte eigentlich zwischen dem Profit aus der Produktion bzw. aus der „normalen“ wirtschaftlichen Tätigkeit und dem Profit aus politischen Einflüssen unterschieden werden. Der Profit aus der Produktion oder auch aus Anlagen in Form von Geldkapital muß natürlich — soweit er nicht ausgeschüttet wird — zum Eigenkapital geschlagen bzw. bei der Ermittlung der Abschreibungen berücksichtigt werden. Es ist klar, daß die Profitrate auf das gesamte eigene Kapital berechnet werden muß — wobei es uninteressant ist, ob es bilanziert wird oder nicht. Dagegen muß der mit Hilfe der Bilanzpolitik angeeignete Profit bei der Berechnung des Eigenkapitals und auch der Basis der Abschreibungen ausgeklammert werden, da es sich hierbei um eine nicht unmittelbar ökonomische Funktion des Kapitals handelt.

Ausgehend vom Kriterium der Profitaneignungsfähigkeit wäre es daher auch falsch, die ‚gratis‘ zur Verfügung gestellten Anlagen abzuschreiben und als Kosten zu verbuchen. Das sind sie nur vom Standpunkt der gesellschaftlichen Produktion, nicht für das Einzelkapital. Ähnlich verhält es sich mit den so angeeigneten Kapitalteilen: es ist ja gerade der Zweck der staatlich betriebenen Kapitalentwertung, den Profit der Einzelkapitale durch den Verzicht auf angemessene Verwertung zu erhöhen. Würden die auf dem Umweg über das Steuersystem auf die privaten Kapitale übertragenen Summen bei der Berechnung der Eigenkapitalrendite berücksichtigt werden, dann würde gerade der hier zu untersuchende Effekt bilanzpolitischer Verschleierungsmaßnahmen ausgeklammert. *Huffschnid* betont in einer Erwiderung auf die Kritik von *Scheibe-Lange*: „Es wird bei der korrigierten Gewinnermittlung nicht gefragt, was die Herstellung einer Anlage die Gesellschaft kostet, sondern es wird gefragt, was sie das Unternehmen kostet, und zwar im Hinblick auf sein vorgeschossenes Kapital.“<sup>91</sup> Da *Scheibe-Lange* in ihrer Kritik diese jeweils unterschiedlichen Gesichtspunkte bei der Gewinnermittlung nicht berücksichtigt, gehen ihre Einwände am Kern der Sache vorbei.

Die Abgrenzung zwischen „gratis“ angeeignetem und „normal“ akkumuliertem Kapital dürfte in der Praxis allerdings kaum völlig korrekt durchführbar sein, da sich solche Profitteile auch in den offen ausgewiesenen Gewinnen verbergen können. So sind z. B. die Aneignung von Rohstoffen oder Vorleistungen zu politisch bedingten niedrigen Preisen oder die Verkäufe z. B. an den Staat zu überhöhten Preisen auch Formen der Übertragung fremden, entwerteten Kapitals. Durchführbar ist die genannte Abgrenzung aber bei den Profitteilen, die über mit der Bilanzierungspraxis verbundene Steuerersparnisse angeeignet werden. Es wären also die Teile der stillen Reserven bzw. der überhöhten Abschreibungen dem Eigenkapital bzw. den Buchwerten der Anlagen zuzuschlagen, die auch bei offenem Ausweis — d. h. wenn sie versteuert werden müßten — beim Unternehmen bleiben würden. Diese Möglichkeit wird im übrigen von der Arbeitsgruppe selbst angedeutet — allerdings meint sie zunächst, wegen der relativ geringen Bedeutung darauf verzichten zu können. Das und manche Unklarheit in der Argumentation bei der Begründung dieser Praxis hat sicher dazu beigetragen, daß der Hintergrund des rechnerischen Verfahrens aus dem Blickfeld geriet.<sup>92</sup>

Trotz dieser Probleme — die ja im übrigen eine zentrale Aussage, nämlich die der monopolistischen Profitudifferenzierung nicht berühren — müssen die Arbeiten der Bremer

91 Jörg Huffschnid, Gewinnermittlung durch Bilanzanalyse — brauchbar für Arbeitnehmervertreter?, in: Das Mitbestimmungsgespräch Nr. 6/78, S. 139.

92 Die Autoren haben eine Neuberechnung unter teilweiser Berücksichtigung der Einwände angekündigt.

Gruppe als ein wichtiger Schritt angesehen werden, um die in vielen Veröffentlichungen bestehende Kluft zwischen allgemeinen Gesetzmäßigkeiten und erscheinender Wirklichkeit zumindestens im Punkt ‚Monopolisierung‘ zu überbrücken.

## Schlußbemerkung

Die hier besprochenen Versuche, die Verwertungsbedingungen des Kapitals in der einen oder anderen Form empirisch zu erfassen, zeigen meiner Auffassung zu allererst, daß neben den kategorialen Fragen die Probleme der Statistik das Haupthemmnis bilden. Auf allen Ebenen zeigt sich, daß schon die Praxis der Erhebung den Interessenstandpunkt und den Blickwinkel des Kapitals ausdrückt, d. h. die erhobenen Daten selbst unterliegen den Mystifikationen der kapitalistischen Produktionsweise. Allein durch eine andere Gruppierung der statistischen Kategorien können die inneren Verhältnisse also nicht unmittelbar sichtbar gemacht werden. „Daher lassen sich die allgemeinen Entwicklungslinien des kapitalistischen Systems, wie sie von *Marx* aufgezeigt wurden: Akkumulation, Zentralisation, Konzentration, tendenzielles Fallen der Profitrate usw., wie auch die die imperialistische Epoche speziell kennzeichnenden Momente: Finanzkapital, Monopolbildung, ‚staatskapitalistische Trusts‘, sehr schwer, besonders für kurze Zeitabschnitte, durch statistische Zahlen konkret illustrieren.“<sup>93</sup>

Damit ist nun weder empirischer Enthaltbarkeit noch empirischer Beliebigkeit das Wort geredet. Es ist möglich, die Haupttendenzen der inneren Verwertungsbedingungen auf der Grundlage der in der Bundesrepublik existierenden Statistik zu erfassen. Das zeigt schon die Tatsache, daß die mit verschiedenen empirischen und theoretischen Ansätzen arbeitenden Untersuchungen — soweit die methodischen Voraussetzungen nicht völlig unhaltbar sind — in der großen Linie zu vergleichbaren Ergebnissen kommen.

Konstatiert wird eine allgemeine Verschlechterung der Verwertungsbedingungen, wobei diese Tendenz vor allem in den sechziger Jahren überwiegt. Ein wichtiges Kennzeichen ist die Zunahme der organischen Zusammensetzung des Kapitals und die ebenfalls in den sechziger Jahren eintretende Stagnation in der Entwicklung der Beschäftigtenzahlen in der materiellen Produktion. Unterschiede gibt es bei der Berechnung der Mehrwertrate. Diese sind jedoch m. E. auf falsche Abgrenzungen des variablen Kapitals zurückzuführen. Hier ist die Methode von *Tammer* die korrekteste. Denn sowohl die bei einigen Autoren völlig fehlende Unterscheidung zwischen produktiver und unproduktiver Arbeit sowie die schematische Behandlung der Lohnabzüge ist vom theoretischen Inhalt der „Mehrwertrate“ her nicht zu vertreten.

Alle differenzierteren Aussagen, die über die Herausarbeitung solch grober Entwicklungstendenzen hinausgehen, scheinen mir durch das vorliegende empirische Material nicht gedeckt zu sein. Das gilt vor allem für die Frage, wodurch der Fall der Profitrate eigentlich verursacht worden ist. Beide Momente, Kapitalzusammensetzung und Mehrwertrate, stehen in einer engen Beziehung zueinander, wirken gemeinsam und dürfen daher nicht als Ursachen für sich auseinandergerissen werden.

Ein zentrales Problem bei der Analyse der Verwertungsbedingungen des Kapitals ist die Wahl der richtigen Abstraktionsebene. Zwar ist die tatsächliche Profitrate in der Produktion der Regulator des gesamten Reproduktionsprozesses — sie wirkt jedoch nur vermit-

93 E. Varga, *Wirtschaft und Wirtschaftspolitik im 4. Vierteljahr 1924*, S. 278, a. a. O., Bd. 2.

tels der spezifischen Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise. Die inneren Verwertungsbedingungen erscheinen nur in einer durch diese Widersprüche vermittelten Form — wobei die Erscheinungsweise auch durch die jeweiligen historischen Bedingungen konstituiert wird.

Dies zeigt die von mehreren Autoren zur Erklärung realer Entwicklungsprozesse im Kapitalismus explizit oder implizit verwendete Kategorie der „Überakkumulation“, die in der vorgebrachten Form mehr beschreibend als erklärend ist. Im Kern wird Überakkumulation immer dann konstatiert, wenn der Akkumulationsprozeß stockt. Ob der damit einhergehende Verfall der Profitrate die Ursache oder die Folge der stockenden Akkumulation ist, bleibt empirisch ungeklärt. Vorausgesetzt ist bei den mit dieser Kategorie arbeitenden Größen der erste Fall — was aber nicht belegt werden kann. Das weist auf einen schon mehrfach angesprochenen Kritikpunkt hin: bei Rückschlüssen von den Profitraten auf die Akkumulationsbedingungen wird zu leicht übersehen, daß der kapitalistische Produktionsprozeß zwar in erster Linie Verwertungsprozeß ist, dessen Funktionieren aber auch an die stofflichen Bedingungen der Reproduktion gebunden ist. Der Widerspruch zwischen Arbeits- und Verwertungsprozeß äußert sich also im gesamten Reproduktionsprozeß, auch in der Beziehung Produktion—Realisierung. Die Veränderungen in den stofflichen und wertmäßigen Bedingungen der Produktion von Profit müssen in weiteren Schritten auch in ihren Auswirkungen auf die Realisierungsbedingungen verfolgt werden.

Trotzdem leisten die vorgestellten Arbeiten — bei aller notwendigen Kritik — einen wichtigen Beitrag zur empirischen Erfassung der ökonomischen Entwicklungstendenzen der Bundesrepublik, wenn auch manchmal der Aufwand in einem ungünstigen Verhältnis zu den verwertbaren Aussagen steht. Zu warnen ist dabei allerdings vor der Überstrapazierung der Ergebnisse. Das Kapital setzt sich im Verwertungsprozeß selbst die Schranken, die seine Entwicklung hemmen. Es findet aber auch immer wieder Auswege, um sie zu übersteigen. Nur in diesem Wechselverhältnis kann die reale Entwicklung eines Landes verstanden werden — die Geschichte des Kapitalismus darf also nicht auf eine Geschichte der Profitrate reduziert werden.

## Anhang: Verwertungsbedingungen des Kapitals in der BRD

## 1. Projekt Klassenanalyse

Profittate				Mehrwerttrate			
Jahr	Rate	in %		Jahr	Rate	in %	
1950	35,3			1950	234		
1951	39,1			1951	244		
1952	36,6			1952	254		
1953	36,3	36,8 <sup>1</sup>		1953	244	244 <sup>1</sup>	
1954	37,2			1954	238		
1955	39,9			1955	240		
1956	37,9			1956	237		
1957	36,2			1957	231		
1958	34,4	37,1 <sup>1</sup>		1958	230	235 <sup>1</sup>	
1959	35,4			1959	239		
1960	36,0			1960	241		
1960	36,1			1960	238		
1961	34,0			1961	233		
1962	31,8			1962	226		
1963	30,0	33,9 <sup>1</sup>		1963	229	233 <sup>1</sup>	
1964	31,0			1964	232		
1965	29,8			1965	228		
1966	28,4			1966	230		
1967	26,5	28,9 <sup>1</sup>		1967	243	233 <sup>1</sup>	
1968	30,5			1968	255		
1969	32,0			1969	257		
1970	30,4			1970	244		
1971	28,5	30,4 <sup>1</sup>	31,7 <sup>2</sup>	1971	245	250 <sup>1</sup>	
1972	27,8		30,2	1972	245		
1973	27,4		31,2	1973	244		
1974	25,5		29,6	1974	243		
1975		26,9 <sup>1</sup>	27,1	29,5 <sup>1</sup>	1975	248	245 <sup>1</sup>
1976			29,2				

1) Zyklendurchschnitte

2) Neuberechnung auf der Grundlage der revidierten VGR

(Quelle: Gesamtproduktionsprozeß der BRD 1950—1975, S. 267 und 236; Materialband, unveröffentlichtes Manuskript, S. 134).

## 2. Autorengruppe Altvater, Semmler u. a.

Kapitalrentabilität in der Industrie				„Profiträte“ <sup>1</sup> der Gesamtwirtschaft	
Jahr	Rate	Jahr <sup>2</sup>	Rate	Jahr	Rate
		1950	0,5123	1950	0,126
		1951	0,5683	1951	0,125
		1952	0,5555	1952	0,130
		1953	0,5482	1953	0,135
		1954	0,5768	1954	0,139
		1955	0,6020	1955	0,147
		1956	0,5682	1956	0,144
		1957	0,5408	1957	0,139
		1958	0,5100	1958	0,130
		1959	0,5103	1959	0,133
1960	0,5416	1960	0,5319	1960	0,133
1961	0,5102	1961	0,5029	1961	0,124
1962	0,4709	1962	0,4693	1962	0,112
1963	0,4442	1963	0,4540	1963	0,104
1964	0,4543	1964	0,4789	1964	0,102
1965	0,4350	1965	0,4759	1965	0,094
1966	0,4003	1966	0,4510	1966	0,083
1967	0,3722	1967	0,4208	1967	0,078
1968	0,4074	1968	0,4816	1968	0,080
1969	0,4313			1969	0,077
1970	0,3903			1970	0,057
1971	0,3499				

1) Die „Profiträte“ der Gesamtwirtschaft ist ebenso berechneter wie die Kapitalrentabilität der Industrie (Kapitalproduktivität mal Profitquote), lediglich die Darenbasis ist eine andere.

2) Ergebnis nach der Neuberechnung, bei der eine Reihe von Kritikpunkten an der alten Berechnungsmethode berücksichtigt wurden.

(Quelle: Handbuch 1, S. 270 ff.; Probleme des Klassenkampfes, Nr. 24/1976, S. 206)

## 3. Helmut Zschocke

Profitrate der Industrie		Mehrwerttrate der Industrie	
Jahr	Rate in %	Jahr	Rate in %
1950	37,3	1950	125,1
1951	40,7	1951	132,7
1952	38,6	1952	130,9
1953	38,7	1953	126,6
1954	39,2	1954	125,2
1955	40,3	1955	127,4
1956	37,3	1956	119,7
1957	34,8	1957	115,6
1958	32,3	1958	107,4
1959	36,0	1959	122,0
1960	36,2	1960	121,2
1960 <sup>1)</sup>	36,5	1960 <sup>1)</sup>	121,5
1961	34,9	1961	116,8
1962	33,1	1962	111,5
1963	29,9	1963	102,5
1964	31,7	1964	106,4
1965	30,7	1965	100,3
1966	27,6	1966	90,3
1967	26,0	1967	90,6
1968	31,8	1968	105,5

1) Ab 1960 einschließlich Saarland und Westberlin.  
(Quelle: Helmut Zschocke, a. a. O., S. 83 und 99)

## 4. Peter Saß

Profiträte der Industrie	
Jahr	Rate in %
1953	22,0
1954	22,0
1955	23,4
1956	22,1
1957	21,4
1958	20,5
1959	21,3
1960	22,1
1960 <sup>1)</sup>	22,3
1961	20,9
1962	19,5
1963	18,0
1964	18,8
1965	18,7
1966	16,4
1967	15,8

1) Ab 1960 einschließlich Saarland und Westberlin.  
(Quelle: Peter Saß, a. a. O., S. 24)

## 5. Hans Tammer

Profitrate der AG der Industrie		Mehrwertrate des produzierenden Gewerbes	
Jahr	Rate in %	Jahr	Rate in %
		1950	181,4
		1951	217,7
		1952	213,1 204,1 <sup>2</sup>
		1953	191,2
		1954	197,3
		1955	215,4
		1956	210,4
		1957	216,4 206,1 <sup>2</sup>
		1958	202,9
		1959	214,7
		1960	236,3
1961	45,16	1961	217,4
1962	42,55	1962	232,8
1963	40,74	1963	223,3
1964	41,54	1964	239,1
1965	39,46	1965	223,1 224,6 <sup>2</sup>
1966	37,91	1966	208,9
1967	35,70	1967	226,0
1968	39,78	1968	246,9
1969	43,34	1969	274,9
1970	43,28	1970	273,9 246,1 <sup>2</sup>
1971	39,23	1971	256,7
1972	37,10	1972	265,2
1973 <sup>1</sup>	42,64	1973	268,0
1974 <sup>1</sup>	42,62	1974	270,2 265,1 <sup>2</sup>
1975	31,11	1975	259,7
1976	41,99		

1) Nach Korrektur eines Rechenfehlers.

2) Zyklendurchschnitte.

(Quelle: IPW-Berichte 6/77, S. 19 und 6/78, S. 19)

## Gesamtprofit der 100 größten AG der Industrie

Jahr	Mill. DM
1966	23 149
1970	32 887
1973	44 152
1974	49 541
1975	44 694
1976	54 321

(Quelle: IPW-Berichte 12/77, S. 35)

### 6. Arbeitsgruppe Großunternehmen Einzelkapitalistischer Nettoprofit und Eigenkapitalrendite

Jahr	Nettoprofit <sup>1</sup> Mrd. DM	Rendite in %	
		Großunternehmen	Übrige AG
1967	8,5	28,0	22,8
1968	10,6	31,8	25,1
1969	11,4	31,3	26,4
1970	12,7	33,2	27,6
1971	12,0	28,6	24,8
1972	13,2	28,7	25,3
1973	17,3	39,3	25,3
1974	18,3	38,9	27,9
1975	15,6	—	—
1976	22,0	—	—
1967—73 <sup>2</sup>	11,3	32,5 <sup>3</sup>	25,6 <sup>3</sup>
1974—76 <sup>2</sup>	18,7		

1) der 41 größten industriellen AG

2) Jahresdurchschnitte

3) 1967—74

(Quelle: WSI-Mitteilungen, 1/78, S. 26 und 31)

### 7. Sachverständigenrat

#### Realrendite in der gewerblichen Wirtschaft

Jahr	Index: 1960 = 100
1960	100,0
1961	90,5
1962	81,5
1963	76,5
1964	78,5
1965	79,0
1966	73,0
1967	67,0
1968	82,0
1969	77,0
1970	74,0
1971	64,5
1972	61,5

(Quelle: Jahresgutachten 1973 des Sachverständigenrates, S. 57)

## 8. Lohnquoten

Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen<sup>1</sup>

	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit		Nettolohn- und Gehaltssumme	
	Tatsächliche Lohnquote <sup>1</sup>	Bereinigte Lohnquote <sup>2</sup>	Tatsächliche Lohnquote <sup>1</sup>	Bereinigte Lohnquote <sup>2</sup>
1950	58,4	58,4	45,4	45,4
1955	59,3	55,0	45,2	41,9
1960	60,4	53,4	43,6	38,5
1961	62,7	55,1	44,9	39,5
1962	64,1	55,8	45,8	39,8
1963	65,1	56,1	46,3	39,9
1964	64,8	55,3	46,2	39,4
1965	65,6	55,5	46,9	39,7
1966	66,6	56,4	46,9	39,6
1967	66,4	56,1	46,5	39,3
1968	64,8	54,4	44,5	37,4
1969	66,1	54,9	44,5	36,9
1970	67,8	55,7	44,4	36,5
1971	69,1	56,4	44,3	36,2
1972	69,5	56,5	44,2	36,0
1973	70,7	57,3	43,1	34,9
1974	72,6	58,9	43,3	35,1
1975	72,8	59,0	43,2	35,0
1976	71,2	57,5	41,0	33,1
1977	72,0	57,9	41,0	33,0

1) In Prozent.

2) Bereinigt auf Grundlage der Beschäftigtenstruktur von 1950.

(Quelle: Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse, IMSE, Nr. 2/1978)

# Zur aktuellen Entwicklung der Verbraucherpreise und zum Preisindex der Lebenshaltung

*Eberhard Dähne*

*I. Aktuelle Tendenzen der Preisentwicklung in der BRD — II. Berechnungsmethoden des Preisindex der Lebenshaltung — III. Probleme der Preiserhebung*

## **I. Aktuelle Tendenzen der Preisentwicklung in der BRD**

Indizes der Produktion und des Auftragseingangs entwickeln sich widersprüchlich. Die Auftriebstendenz ist relativ schwach. Auch im Juni 1978 gab es trotz aller Umschulungsmaßnahmen, die den Arbeitsmarkt entlasten, trotz der beträchtlichen Mittel, die für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen — häufig nach der Methode „Vogel friß oder stirb“ — eingesetzt wurden, den vielfältigen Techniken, vor allem Frauen als Anspruchsberechtigte aus der Statistik verschwinden zu lassen, trotz abgeschobener Ausländer und hoher Dunkelziffern immer noch 984 000 amtlich registrierte Arbeitslose und 231 000 Kurzarbeiter. Im Vorjahr waren es im 2. Vierteljahr 995 000 Arbeitslose und 238 000 Kurzarbeiter.<sup>1</sup> Es hat sich also wenig verändert; ohne eine grundlegende Veränderung der herrschenden Politik wird sich auch wenig verändern.

In all dieser Düsternis strahlt das Preis-Licht um so heller: „Mit einer Teuerungsrate von zuletzt ungefähr zweieinhalb Prozent ist die Bundesrepublik zwar noch nicht so weit wie die Schweiz. Da sich dort die Inflationsrate dem Nullpunkt nähert, lösen die Eidgenossen das Amt des Preiskommissars zum Jahresende auf . . . Aber immerhin, auch die Bundesrepublik kann sich mit einem zweiten Rang im internationalen Vergleich vor Österreich sehen lassen.“<sup>2</sup>

Tatsächlich läßt sich seit 1975 eine fortschreitende Verlangsamung des Preisauftriebs für den Endverbrauch beobachten. Gegenüber dem ersten Halbjahr 1977 stieg der Preisindex der Lebenshaltung für alle privaten Haushalte im ersten Halbjahr 1978 um 2,9 Prozent. Im Durchschnitt des Jahres 1977 hatte der Anstieg noch 3,9 Prozent und 1976 — mit dem Beginn des neuen Zyklus — noch 4,5 Prozent gegenüber dem jeweiligen Vorjahr betragen. 1977 gab es auch zum ersten Male seit 1969 wieder einen Vierteljahresabschnitt, in dem ein Rückgang des Preisindex (1970 = 100) festzustellen war: Juli 1977 147,0, September 146,7.

Der langfristige Vergleich der amtlich ausgewiesenen Preisentwicklung relativiert aber diese Erfolgsmeldungen.

1 Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 7/1978, S. 11.

2 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2. 8. 1978.

Tabelle 1: Daten zur Preisentwicklung<sup>a</sup> in den Zyklen seit 1953.

	1950	1953	1958	1963	1967	1971	1976	1977	1978
	1953	1958	1963	1967	1971	1975			
Zahl der Jahre im Zyklus	(4)	5	5	4	4	4			
Zunahme des Preisindex d. Lebenshaltung im Jahresdurchschnitt	—	1,9	2,2	2,7	2,9	6,3	4,6	3,6	2,8
Niedrigster Jahresanstieg	-1,7	+1,4	+1,1	+1,5	+1,3	+5,3			(6 Monate)
Höchster Jahresanstieg	+7,9	+2,5	+3,1	+3,5	+5,1	+6,9			
Zahl der Quartale im Jahresverlauf mit Indexverminderungen oder Stagnation	(7)	10	9	4	2	—	—	1	—
Zahl der Monate im Jahresverlauf, in denen der Index rückläufig war oder stagnierte	(27)	21	18	12	10	2	2	3	—

a Preisindex der Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten mit mittlerem Einkommen des alleinvertienenden Haushaltsvorstandes (1958 = 100).

Quelle: Zusammengestellt und berechnet nach: Stat. Bundesamt, Fachserie 17, Reihe 7, Preise und Preisindizes der Lebenshaltung 1976, S. 35; dass., Fachserie 17, Reihe 7, Preise und Preisindizes für die Lebenshaltung April 1978, S. 43 f.; Juni 1978 (Eilberichte), S. 6 f.

1978 wird der Preisindex der Lebenshaltung für alle privaten Haushalte, der im 1. Halbjahr 1978 um 0,1 Prozentpunkte stärker als der Index für Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen anstieg, voraussichtlich um die drei Prozent zunehmen. Diese wahrscheinlich niedrigste Steigerungsrate innerhalb des gegenwärtigen Zyklus liegt aber immer noch beträchtlich über den niedrigsten Steigerungsraten der meisten übrigen Zyklen. Eine Ausnahme bildet lediglich die Periode 1972—1975, in dem preissteigernde Sonderfaktoren („Vietnam-Dollar-Schwemme“, Exportboom, Energiepreiserhöhung) eine Rolle spielten. Trotz der gegenwärtig wirkenden Sonderfaktoren, die den Preisaufschwung dämpfen, vor allem die deutliche Verringerung der Importpreise aufgrund verschiedener Ursachen, liegt der Anstieg im gegenwärtigen Zyklus bedeutend höher als nach der Krise 1967. Das gilt selbst dann, wenn man die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 11 auf 12 und von 5,5 auf 6 Prozent berücksichtigt.

### Zu den Wirkungen der Mehrwertsteuererhöhung

Die landläufig vertretene Auffassung, daß eine Anhebung des vollen Mehrwertsteuersatzes um 1 Prozent auch den Preisindex der Lebenshaltung um 1 Prozent in die Höhe treibt, wenn die Unternehmer in der Lage sind, die Erhöhung auf den Endverbraucher weiterzuwälzen, ist — rein technischer — falsch. Zunächst ist zu berücksichtigen, daß ein beträchtlicher Teil des Warenkorbes nicht unmittelbar von einer Mehrwertsteuererhöhung betroffen wird, weil ein Teil der enthaltenen Güter und Dienstleistungen nach § 4 des Umsatzsteuergesetzes von der Mehrwertsteuer befreit ist bzw. diese nicht auf sie anwendbar ist (z. B. Kfz-Steuer). Dazu zählen (in Klammern die Wägungsanteile im gegenwärtig gültigen Warenkorb für alle privaten Haushalte<sup>3</sup>):

- Mieten und ein Teil der Mietnebenkosten (126,16)
- Leistungen von Krankenhäusern und Ärzten (12,21)

<sup>3</sup> Siehe: Wirtschaft und Statistik, 12/1973, S. 723<sup>a</sup> ff. Anteile in Promille.

- ein großer Teil der Dienstleistungen von Banken und Versicherungen (28,30)
- Teil der Leistungen der Bundespost (8,76)
- Teil des Luftverkehrs (0,61)
- Dienste von Kindergärten, Volkshochschulen, Theatern und Orchestern (9,84)
- Kraftfahrzeugsteuer, Rundfunk- und Fernsehgebühren (11,77).

Dieses knappe Fünftel des Warenkorbes wird nicht unmittelbar von einer Mehrwertsteuererhöhung betroffen. Mittelbar vollzieht sich die Überwälzung auf die Endkonsumenten aber doch. Neubauten z. B. sind mit dem gestiegenen Steuersatz belastet, was die Mieten in die Höhe treibt und längerfristig eine „Angleichungstendenz“ auch der nicht betroffenen Mieten befördert.

Für einen großen Teil des Warenkorbes gilt nur der halbe Steuersatz von gegenwärtig 6 Prozent. Das sind:

- Nahrungsmittel, Kaffee, Tee (ohne fertige Getränke aber einschließlich Milch) ohne Leistungen des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes (218,08)
- Blumen, Holz, „Gedrucktes“, Rechtsanwaltsgebühren, Kinos, Schwimmbäder (21,12)
- öffentlicher Nahverkehr (einschließlich Taxis), wenn die Entfernung weniger als 50 km beträgt (11,92).

Nach dieser Überschlagrechnung<sup>4</sup> ergeben sich also drei Blöcke unterschiedlicher Wirksamkeit einer Mehrwertsteuererhöhung:

- Rund 20 Prozent des Warenkorbgewichtes für alle privaten Haushalte werden von einer Mehrwertsteuererhöhung nicht unmittelbar betroffen;
- auf rund 25 Prozent des Gewichtes entfällt ein Mehrwertsteuersatz von 6 Prozent;
- auf rund 55 Prozent der volle Satz von 12 Prozent.

Daraus ergibt sich für den Durchschnitt des gesamten Warenkorbes eine Steigerung der Preisindexziffer für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte von 0,67 Prozent. Diese preissteigernde Wirkung einer Mehrwertsteuererhöhung wird allerdings durch die verbreitete Praxis — „wenn schon Erhöhung, dann kräftig“ — weiter verstärkt. Angesichts des hohen Selbstbedienungsanteils im Einzelhandel sind neue Preisauszeichnungen sehr arbeitsaufwendig, müssen also für die Unternehmer „lohnend“ sein. Wenn man die Entwicklung der Einzelpreisindizes für die 9 Hauptgruppen des Warenkorbes betrachtet (vgl. Tabelle 2), dann ergibt sich u. E., daß die Mehrwertssteuererhöhung vom 1. 1. 1978 einschließlich der erwähnten Sonderzuschläge bereits zum größten Teil auf die Endkonsumenten weitergewälzt wurde. Anders ist es z. B. schwerlich zu erklären, daß etwa die Nahrungs- und Genußmittelpreise in den 6 Monaten des Jahres 1978 noch um 1,7 Prozent angestiegen sind, obwohl die saisonabhängigen Nahrungsmittel in ihren Meßziffern um 6 Prozent zurückgegangen sind, die von der amtlichen Statistik festgestellten Kaffeepreise weiter rückläufig waren, Eier und Konserven nach den Feststellungen der Statistischen Ämter billiger wurden, Tabakwaren im Preis stagnierten und die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise einem neuen Tiefstand zustreben, was auch im Weltmaßstab gilt: bei den Rohstoffen für die Nahrungs- und Genußmittelindustrie verringerten sich die Preise am stärksten.<sup>5</sup>

4 Das Umsatzsteuergesetz und die inzwischen ergangene Rechtsprechung sind kompliziert und lassen viele Ausnahmen zu, so daß ohne Spezialuntersuchungen eine voll befriedigende Zuordnung der einzelnen Waren zu den verschiedenen Kategorien nicht möglich ist.

5 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4. 8. 1978.

An dieser Stelle einige Anmerkungen zu den Auswirkungen der geplanten erneuten Erhöhung der Mehrwertsteuer ab 1. 7. 1979. Daten über die aktuellen Verbrauchsausgaben aller privaten Haushalte gibt es nicht. Orientiert man sich hilfsweise an dem Haushaltstyp 2 der laufenden Wirtschaftsrechnungen — „4-Personen-Arbeitnehmerhaushalt mit mittlerem Einkommen des Haushaltsvorstandes“ — der im Januar Ausgaben für den privaten Verbrauch von rund 2100 DM hatte<sup>6</sup>, dann ergibt eine überschlägige Berechnung folgendes Resultat:

Bei einer unterstellten Steigerung der Verbrauchsausgaben um 5 Prozent bis 1979 würde eine Erhöhung der Mehrwertsteuer von 6 auf 6,5 Prozent und von 12 auf 13 Prozent, die mit 0,6 bis 0,7 Prozent auf den gesamten Warenkorb durchschlägt, jährliche Mehrbelastungen von 160 DM bis 186 DM bedeuten. Je nach konjunktureller Situation und dem herrschenden „Preisklima“ kann sich der durch die Mehrwertsteuererhöhung ausgelöste „Preisschub“ aber auch auf 1 bis 1,5 Prozent belaufen. Das wären auf das Jahr umgerechnet 265 DM bis 397 DM Mehrausgaben. Diesen Erhöhungen stehen Steuerminderungen gegenüber, die aber nach den bisher bekanntgewordenen Zahlen gerade in der hier beispielhaft durchgerechneten Einkommensgruppe niedriger wären als die Mehrausgaben infolge der Erhöhung der Mehrwertsteuer.<sup>6a</sup>

Nur Belastungen durch die Mehrwertsteuererhöhung haben die Rentnerhaushalte. Aufgrund eines anderen Warenkorbes ist ihre Belastung allerdings geringer als bei den übrigen Haushaltstypen. Für die im gegenwärtig gültigen Warenkorb enthaltenen Waren gilt:

- Rund 23 Prozent des Warenkorbgewichtes werden von einer Erhöhung der Mehrwertsteuer nicht unmittelbar betroffen;
- auf rund 37 Prozent entfällt der geplante Mehrwertsteuersatz von 6,5 Prozent;
- auf rund 40 Prozent entfällt der volle Satz von 13 Prozent.

Bei monatlichen Verbrauchsausgaben von rund 990 DM<sup>7</sup> bedeutet dies Mehrausgaben von rund 6 DM im Monat und 72 DM im Jahr. Die Rentner wurden gleichzeitig durch die neuen Renten Anpassungsgesetze benachteiligt und werden durch die mit einiger Sicherheit eintretenden Erhöhungen der kommunalen Gebühren infolge der Einnahmenmin-

6 Vgl. Statistisches Bundesamt, Fachserie 15, Reihe 1, Einnahmen und Ausgaben ausgewählter privater Haushalte, Januar 1978, S. 6.

6a Nach Abschluß des Manuskripts wurden Daten aus der Tages- und Wirtschaftspresse bekannt, die Einkommenssteuerentlastung und Mehrwertsteuerzusatzbelastung gegenüberstellen (vgl. etwa Handelsblatt vom 31. 7. 1978). Nach diesen Berechnungen des Bundesfinanzministeriums ergibt sich für alle Bruttoeinkommensgruppen eine jährliche Steuerentlastung. *Diese Berechnungen des Bundesfinanzministeriums sind falsch.* Nach telefonischer Auskunft des Ministeriums wurde bei diesen Berechnungen die Auswirkung der Mehrwertsteuererhöhung auf die Verbrauchsausgaben einheitlich mit 0,55 Prozent angesetzt. Tatsächlich ist aber dieser Satz nach unseren Berechnungen nur für Verbrauchsausgaben an der unteren Grenze des Existenzminimums annähernd zureichend. Nach den derzeit geltenden Warenkörben beträgt die Belastung rein rechnerisch für Einkommensgruppen ab etwa 15 000 DM 0,67 Prozent. Wird die Überwälzung zu weiteren Preissteigerungen benutzt, ist die Zusatzbelastung selbstverständlich noch höher. Insgesamt führt das dazu, daß der Saldo aus Lohnsteuerentlastung und rechnerischer Auswirkung der Mehrwertsteuererhöhung (0,67 %) bei den Verheirateten (Steuerklassen III/0, III/1 und III/2 — vgl. Handelsblatt vom 31. 7. 1978, S. 2) bei einem Haushaltsinkommen zwischen 15 000 und 40 000 DM negativ ist.

7 Im Januar 1978 hatte der Haushaltstyp 1: „2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen“ Verbrauchsausgaben von 938,17 DM. Vgl.: Einnahmen und Ausgaben ausgewählter privater Haushalte, Januar 1978, S. 6. Auch hier wurde eine 3prozentige Steigerung der Verbrauchsausgaben bis Mitte 1979 unterstellt.

derung der Gemeinden besonders hart betroffen. Auch in diesen Punkten wird also deutlich, daß die geplanten „Reformen“ zu Lasten der einkommensschwächeren Bevölkerungsgruppen durchgeführt werden sollen.

### Zur Struktur der gegenwärtigen Preisentwicklung

Die gegenwärtig feststellbare Verlangsamung des Indexanstiegs betrifft einen großen Teil der Güter und Dienstleistungen des Warenkorbes. Sie ist bei saisonabhängigen Nahrungsmitteln besonders ausgeprägt, deren Preismeßziffern<sup>8</sup> sogar eine fallende Tendenz

*Tabelle 2:* Veränderungsraten des Preisindex der Lebenshaltung für alle privaten Haushalte (1970 = 100) insgesamt sowie für die 9 Hauptgruppen des Warenkorbes 1975 — Juni 1978.

	Veränderung gegen Vorjahr in %				Index Juni 78 (1970 = 100)
	1975	1976	1977	1978 <sup>b</sup>	
Gesamtlebenshaltung	6,0	4,5	3,9	2,9	150,8
Gesamtlebenshaltung ohne Saisonwaren und ohne Blumen, Kohle und Heizöl	5,9	4,1	4,1	3,4	148,7
Nahrungs- und Genußmittel	5,3	5,1	5,0	1,7	147,3
darunter: Saisonwaren	9,1	13,3	1,9	-6,0	178,0
Kleidung, Schuhe	5,1	3,4	4,5	4,9	153,8
Wohnungsmiete <sup>a</sup>	6,5	5,1	3,4	3,1	148,9
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	10,5	6,6	1,1	2,2	181,6
Übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung	6,4	3,4	3,5	4,0	145,8
Waren und DL. für Verkehrszwecke, Nachrichtenübermittlung	6,3	4,7	2,3	3,6	160,0
Waren und DL. für Körper- und Gesundheitspflege	7,2	4,8	4,3	4,1	160,4
Waren und DL. für Bildungs- und Unterhaltungszwecke	6,0	3,8	2,6	2,4	142,5
Persönliche Ausstattung; sonstige Waren und DL.	4,0	3,2	4,6	3,0	142,8

a einschließlich Mietnebenkosten

b Durchschnitt aus Januar bis Juni 1978 gegenüber Durchschnitt der ersten 6 Monate 1977 (eigene Berechnung)

Quelle: Zusammengestellt und berechnet nach Stat. Bundesamt, Preise und Preisindizes für die Lebenshaltung, Juni 1978, S. 32 ff.

8 „Die Statistik der Verbraucherpreise ist wie die gesamte amtliche Preisstatistik in erster Linie auf den Nachweis von Preisveränderungen abgestellt. Deshalb sind ihre wichtigsten Ergebnisse Preisindizes und Preismeßzahlen und nicht etwa Durchschnittspreise in absoluter Höhe.“ Statistisches Bundesamt, Fachserie 17, Reihe 7, Preise und Preisindizes für die Lebenshaltung, April 1978, S. 6.

im Vergleich zum Vorjahr haben. Infolge des niedrigen Zinsniveaus steigen auch die Wohnungsmieten gegenwärtig „nur“ mit einer Rate von 3,1 Prozent, wobei aber bereits an dieser Stelle darauf verwiesen werden muß, daß ein Teil des realen Mietanstiegs durch zweifelhafte „Basiskorrekturen“ des Statistischen Bundesamtes unter den Tisch fällt. Bei den Hauptgruppen „Kleidung, Schuhe“ und „Übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung“ lag der Tiefpunkt des Preisanstiegs bereits im Jahre 1976 (vgl. Tabelle 2).

Die Entwicklung innerhalb der einzelnen Hauptgruppen war recht differenziert. Eine nicht unbeträchtliche Rolle spielten Waren und Dienstleistungen, deren Preismessziffern im letzten Jahr stagnierten. Zwischen dem April 1977 und dem April 1978 galt das für folgende Waren (in Klammern der Promilleanteil am Warenkorb für alle privaten Haushalte):<sup>9</sup>

- Tabakwaren (25,33)
- Postdienste (2,67), die allerdings seit 1970 weit überdurchschnittlich, von 67 Prozent (Briefporto) bis 275 Prozent (Postanweisung), angestiegen sind.
- Ferngespräche (6,09)
- Rundfunk- und Fernsehgebühren (6,14)
- 6 weitere Waren aus verschiedenen Bereichen (1,44)
- Dienstleistungen der Versicherungen (26,95)
- Kfz-Steuer (5,63).

Zusammen handelt es sich hierbei also um einen Warenkorbanteil von 74,25 Promille. Hinzu kommen Waren, deren Preismessziffern im Vergleichszeitraum sogar zurückgegangen sind. Am deutlichsten ist dieser Rückgang bei den saisonabhängigen Nahrungsmitteln. Der Index betrug hier im Juni 1977 193,1 (1970 = 100), im April 1978 171,5<sup>10</sup>, er ist also um 11,2 Prozent gegenüber dem Höchststand des vergangenen Jahres zurückgegangen. Preisrückgänge fanden allerdings nicht nur bei dieser Gütergruppe statt. Zwischen April 1977 und April 1978 gab es Verminderungen der Preismessziffer bei (in Klammern der Warenkorbanteil)<sup>11</sup>:

- 27 Nahrungsmitteln (27,28)
- 2 Kaffeesorten (11,72)
- Dieselmotoren ringfrei (unbekannt)<sup>12</sup>
- Lkw-Reifen (unbekannt)
- 6 Waren aus dem Bereich der Körperpflege (1,97)
- 15 Waren aus dem Bereich „Bildung und Unterhaltung“, wobei es sich überwiegend um Güter der Elektro- und der optischen Industrie handelt. Bei 12 Gütern sind sogar Rückgänge der Preismessziffern unter den Stand von 1970 festzustellen (Warenkorbanteil der 12 Waren: 6,71 Promille). Waren, deren Preismessziffer zurückgingen, hatten also zu-

9 Ebenda, S. 20 ff.; Wägungsanteile nach: Wirtschaft und Statistik, 12/1973, S. 723 ff.

10 Berechnet nach: Preise und Preisindizes, April 1978, S. 34.

11 Nach ebenda, S. 20 ff.; Wägungsanteile wie unter (9).

12 Diese Waren wurden 1975 neu in den Warenkorb eingeführt. 1975 wurde der Warenkorb in vielen Positionen verändert, manche Waren fielen weg, andere kamen neu hinzu, viele Warenbeschreibungen wurden verändert, ohne daß das Statistische Bundesamt jemals die veränderten Wägungsanteile bekanntgegeben hätte. Mündliche Vorsprachen und schriftliche Bitten, Positionen des „neuen“ Warenkorbs — angesichts des Umfangs der Veränderungen handelt es sich darum — bekanntzumachen, wurden vom Statistischen Bundesamt abschlägig beschieden. Dabei fragt man sich ohnehin, was z. B. Lkw-Reifen eigentlich in einem Warenkorb für alle privaten Haushalte zu suchen haben.

sammen einen Anteil von 47,68 Promille am Warenkorb für alle privaten Haushalte. Stagnierende und rückläufige Preismessziffern — soweit sie der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden<sup>13</sup> und die Wägungsanteile der betreffenden Waren bekannt sind — hatten also zusammen einen Warenkorbanteil von 121,93 Promille. Um ihr Gewicht zu verdeutlichen: Wenn alle übrigen Güter und Dienstleistungen des Warenkorbs im Preis unverändert blieben, dann würde eine 10prozentige Preissteigerung oder -senkung für die aufgezählten Waren eine Veränderung des gesamten Preisindex der Lebenshaltung um immerhin 1,2 Prozent bewirken.

Über die weitere Entwicklung des Preisanstiegs im Jahre 1978 sind nur Spekulationen möglich. Der Jahresdurchschnitt — das Statistische Bundesamt berechnet ihn als einfaches arithmetisches Mittel aus den Preisindexziffern der 12 Monate — hängt u. a. davon ab, wie deutlich ausgeprägt das „Sommerloch“ des Preisanstiegs wird. Darunter ist zu verstehen, daß in aller Regel der Preisindex der Lebenshaltung in den Hochsommermonaten langsamer als im übrigen Jahr ansteigt. Von den 26 Quartalen mit Verminderungen oder Stagnation des Preisindex der Lebenshaltung im Jahresverlauf seit 1954 entfielen 17 auf den Zeitraum Juli bis September; von 68 Monaten mit Rückgängen oder Stagnation gegenüber dem Vormonat waren es 41.<sup>14</sup>

Diese Tatsache ist nicht nur darauf zurückzuführen, daß in dieser Periode Kartoffeln, Gemüse und Blumen preiswerter sind, daß es bei Mineralöl, Kohlen und dem seit Anfang 1978 mit unbekanntem Gewicht in den Warenkorb eingeführten Pelzmantel („Damen-Pelzmantel, Swakara-Persianer, ohne zusätzlichen Pelzbesatz, Gr. 42“) Sommerrabatt gibt. Zusätzlich spielen eine Rolle:

— Faktoren, die nicht das Statistische Bundesamt verantwortet, worunter fallen: Ferienbesatz in den Verkaufsunternehmen, der neue, höhere Preisauszeichnungen einschränkt; Vermieter kommen nicht dazu, neue Mieterhöhungen abzufassen und zu begründen; die Parlamentsferien verhindern, daß CSU, CDU, SPD und FDP Gebührenerhöhungen mit sofortiger oder sogar rückgreifender Wirkung beschließen usw.

— Faktoren, die das Statistische Bundesamt verantwortet, worunter u. a. fallen: die nicht eindeutige Ausschließung von Räumungsverkäufen im weitesten Sinne in den Erhebungsrichtlinien für die Preisberichterstattung<sup>15</sup>; die einigermaßen anfechtbare Praxis, die Preise von vorübergehend fehlenden Waren einfach nach den Vormonatspreisen fortzuschreiben; schließlich die besonders düstere (weil nicht transparente) Praxis, die Preise der Versandhandelsunternehmen auf zentraler, Wiesbadener Ebene in den Index einzuführen. Die entsprechenden Kataloge erscheinen im Frühjahr und im Spätsommer.<sup>16</sup>

Ohne mathematische Ableitung soll am simplen Rechenbeispiel angedeutet werden, was die aufgezählten Tatsachen für die Errechnung des Preisindex der Lebenshaltung bei Ermittlung von Jahresdurchschnittswerten bedeuten. Ein Dreimonatsdurchschnitt, aus-

13 Zentral ermittelte Einzelpreise — so die für Zeitschriften, für Tabakwaren, Pauschalreisen, Leistungen der Versicherungen usw. usf. unterliegen der Geheimhaltung. Nur einigen „Eingeweihten“ des Statistischen Bundesamtes — den betroffenen Konzernen aber vielleicht auch — ist bekannt, wie die entsprechenden Indizes berechnet werden.

14 Ausgezählt nach: Preise und Preisindizes, April 1978, S. 43 ff.

15 Vgl. Statistisches Bundesamt, Richtlinien zur Verbraucherpreisstatistik, Wiesbaden, Januar 1973, S. 7.

16 Außer einem allgemeinen Hinweis — „Erst die Preisindizes für die Lebenshaltung auf Basis 1970 werden genauso wie der Einzelhandelspreisindex auch unter Verwendung besonderer Versandhandelspreisreihen berechnet“ (Wirtschaft und Statistik, 12/1973, S. 693) — hat es das Statistische Bundesamt bis heute nicht für nötig gehalten, auf die Methoden dieser „Verwendung“ einzugehen.

gehend von einer Indexzahl 170,0, die auf 180,0 steigt, hat unterschiedliche Zwischenwerte:

- Fall 1: 170,0 — 179,0 — 180,0
- Fall 2: 170,0 — 171,0 — 180,0.

Im Fall 1 beträgt die durchschnittliche Meßziffer aus den 3 Monaten 176,3, im Fall 2 nur 173,7.

Solche extremen Differenzen sind bei weniger hektischen Preissprüngen und einem 12-Monats-Durchschnitt nicht möglich. Sie spielen aber eine Rolle und beeinflussen den prozentualen Anstieg des Preisindex der Lebenshaltung im Jahresdurchschnitt. Das ist bei Lohnauseinandersetzungen vor allem in Zeiten steigender Preise zu berücksichtigen.

### Spitzenreiter des Preisauftriebs: Preise für öffentliche Dienstleistungen

Nur wenig abgeschwächt hat sich der Preisauftrieb bei den kommunalen Dienstleistungen und den Preisen für den öffentlichen Nahverkehr. Im Zeitraum seit 1970 sind es lediglich die Preismesszahlen für Theater- und Opernabonnements sowie die für Parkuhrgebühren, die hinter dem Anstieg der Gesamtlebenshaltung zurückblieben. Alle übrigen öffentlichen Dienstleistungen — soweit sie überhaupt Bestandteil des Warenkorbes sind — stiegen wesentlich stärker. Auch zwischen April 1977 und April 1978 gab es nur wenige Indexpositionen in diesem Bereich, die geringer als der Preisindex der Lebenshaltung insgesamt anstiegen. In den von CSU, CDU, SPD und FDP regierten Rathäusern scheint angesichts der verlangsamten Gesamtpreissteigerung der Grundsatz vorzuherrschen: „Den Bürgern kräftig in die Tasche greifen, weil's nicht so auffällt.“

Letzteres hängt aber auch mit der Tatsache zusammen, daß die öffentlichen Dienstleistungen im Warenkorb für alle privaten Haushalte (aber auch in den übrigen Warenkörben) ein unerwartet niedriges Gewicht haben. Ohne Strom und Gas, wo die Kommunen in der Regel nur die Endverteiler eines ansonsten von Monopolkonzernen beherrschten Mechanismus sind und ohne die aufgeführten Entsorgungsleistungen, die in den Mieten enthalten sind, haben die in Tabelle 3 aufgeführten Leistungen nur einen Promilleanteil von 19,50. Das ist noch etwas weniger als der Wägungsanteil von Flaschenbier (19,85). Eine schlagartige Preissteigerung der mit ihrem Gewicht aufgeführten Leistungen (ohne Strom und Gas) um 50 Prozent würde den Preisindex nur um ein Prozent ansteigen lassen.

Der überdurchschnittliche Preisanstieg für öffentliche Dienstleistungen geht in letzter Konsequenz auf die ungenügende Finanzausstattung der Kommunen — ihren geringen Anteil am Gesamtsteueraufkommen — zurück. Ohne einen finanziellen Ausgleich wird die Steuer „reform“ von 1979/80 mit der geplanten Abschaffung der Lohnsummensteuer und der weiteren Erhöhung des Freibetrages für die Gewerbevertragssteuer den Druck in Richtung einer weiteren Erhöhung der kommunalen Gebühren verstärken.

## II. Berechnungsmethoden des Preisindex der Lebenshaltung

Im Zusammenhang mit der Beschreibung von Momenten der aktuellen Preisentwicklung wurden bereits einige methodische Probleme ihrer Messung angesprochen. Sie werden im folgenden dargestellt. Dabei ist auch der Frage nachzugehen, inwieweit die gegenwärtig verwandten Meßinstrumente zuverlässig sind, das heißt, den Preisanstieg richtig ausweisen.

Table 3: Preisentwicklung ausgewählter öffentlicher Dienstleistungen seit 1970 und zwischen April 1977 und April 1978.

Dienstleistung	Preisindex 1970 = 100 im April 1978	Anstieg in %		%o-Anteil am Warenkorb
		1970— April 1978	April 1977/78	
Wassergeld	202,1	102,1	2,7	2,49
Elektrizität	166,2	66,2	4,9	18,80
Gas	157,2	57,2	3,7	6,38
Parkgebühr, 1 Std.	113,3	13,3	± 0,	unbekannt
Einzelfahrschein für Omnibus od. Straßenbahn	199,8	99,8	7,4	2,88
Mehrfahrtenkarte für Straßenbahn od. Omnibus	191,4	91,4	6,6	unbekannt
Monatskarte für Straßenbahn od. Omnibus	186,9	86,9	6,7	0,40
Bundesbahn, 10 km	160,0	60,0	33,3	0,05
Bundesbahn, 15 km, Wochenkarte	172,2	72,2	19,3	0,26
Schülermonatskarte, 20 km	223,8	123,8	34,3	0,19
Bahnbus, 11 km	200,0	100,0	11,0	unbekannt
Krankenhauspflegesatz, 1 Tag	270,1	170,1	4,7	1,88
Theaterkarte, Tageskasse	156,0	56,0	4,6	0,50
Theaterkarte, Abo.	141,1	41,1	1,4	0,58
Operkarte, Tageskasse	154,1	54,1	7,5	0,39
Operkarte, Abo.	144,1	44,1	6,3	0,47
1 Doppelstd. Volkshochschule Lehrgangsgebühr	164,4	64,4	3,2	4,47
1 Monat Kindergartenbesuch, ganztägig m. Verpflegung	174,8	74,8	1,8	3,43
1 Besuch im Hallenbad	175,9	75,9	4,1	1,51
Abwasserbeseitigung, 1 cbm <sup>a</sup>				
— kleine Menge	186,5	86,5	6,1	in Miete enth.
— größere Menge	187,2	87,2	6,6	in Miete enth.
Müllabfuhr (jährl.) <sup>a</sup>				
— kleine Tonne	162,1	62,1	4,2	in Miete enth.
— große Tonne	159,0	59,0	4,1	in Miete enth.
Straßenreinigung (jährl.) <sup>a</sup>				
— 2 x pro Woche	165,5	65,5	1,5	in Miete enth.
— 6 x pro Woche	172,0	72,0	1,5	in Miete enth.
<b>Gesamtlebenshaltung</b>	<b>150,1</b>	<b>50,1</b>	<b>2,9</b>	<b>1000,00</b>

a Januar 1972 = 100

Quelle: Berechner nach Stat. Bundesamt, Fachserie 17, Reihe 7, Preise und Preisindizes für die Lebenshaltung, April 1978.

Wir beschränken uns hier auf die Zusammenfassung wichtiger Ergebnisse einer vom IMSF vorgelegten Untersuchung<sup>17</sup>, Ableitungen, Erklärungen und Beweise der hier vertretenen Thesen sind dieser Arbeit zu entnehmen.

### Auseinandersetzungen um den Preisindex der Lebenshaltung in Frankreich

Die Brisanz der Preisindexziffer ist in vielen Ländern noch größer als bei uns, weil Lohn-erhöhungen entweder für Teilgruppen der Lohnabhängigen oder für diese insgesamt direkt an diese Indexziffer anknüpfen. Am umstrittensten sind die amtlichen Berechnungen in Frankreich, wo sowohl die Löhne und Gehälter der Staatsbeschäftigten als auch die gesetzlichen Mindestlöhne direkt an den amtlichen Index gekoppelt sind. Indirekt werden aber — wie in der Bundesrepublik auch — die Löhne und Gehälter aller übrigen Beschäftigten und der größte Teil der staatlichen Sozialleistungen von dieser Indexziffer mitbestimmt. Aus den in der IMSF-Arbeit vorgelegten Texten — es handelt sich um Übersetzungen grundlegender methodischer Artikel des C.G.T.-Organs „Le Peuple“ — geht u. E. hervor, daß der amtliche Index so konstruiert ist, daß er manipuliert, ja gefälscht werden kann. Der amtliche I.N.S.E.E.-Warenkorb enthält 295 Einzelposten mit entsprechend großem Einzelgewicht, die im einzelnen nicht bekannt sind! Auch angesichts dieser Tatsache erklären die in den Gewerkschaften C.G.T. und C.F.D.T. organisierten Beschäftigten des Statistischen Amtes (I.N.S.E.E.) im Februar 1976, „daß nur noch einige wenige hohe Verantwortliche wirklich wissen, wie dieser Index berechnet wird“.<sup>18</sup> Es gibt auch Hinweise darauf, daß es in Frankreich regelrechte „Indexwaren“ gibt, deren Preise auf Empfehlungen der Unternehmerverbände künstlich niedrig gehalten werden.

Aufgrund dieser Tatsache ist es nicht verwunderlich, daß die französischen Gewerkschaften den amtlichen eigene Berechnungen gegenüberstellen. Das gilt auch für eine Reihe von Familien- und Verbraucherverbänden. In der Regel wird dabei das amtliche Zahlenmaterial zwar benutzt; es wird aber neu gruppiert, und den Berechnungen liegen anders gewichtete, realitätsnähere Warenkörbe zugrunde. Am weitesten geht dabei die C.G.T., die einen regelrechten „Konkurrenzindex“ der Lebenshaltung vorlegt. Die C.G.T. verwendet dabei einen eigenen Warenkorb, der die Verbrauchsstruktur einer 4köpfigen Facharbeiterfamilie im Pariser Großraum widerspiegeln soll, erhebt die Preise mit eigenen Interviewern und führt auch die Berechnungen sowie u. U. notwendige Basis-korrekturen selbst durch. Dieser C.G.T.-Index wurde von den gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten des Statistischen Amtes in der oben zitierten Erklärung als das im Vergleich zum amtlichen Index bessere Instrument bezeichnet. Welche beträchtliche Differenz zwischen den verschiedenen Berechnungen bestehen, zeigt die umseitige Übersicht.

Die französische Regierung ist bislang nicht auf die Forderungen der C.G.T. und der übrigen Gewerkschaften eingegangen, gemeinsam ein allgemein anerkanntes Meßinstrument der Preissteigerungen zu entwickeln.

17 Vgl. Eberhard Dähne und Jörg Dieckhoff, Die Preisindizes für die Lebenshaltung und die Entwicklung der Preise. Eine kritische Auseinandersetzung mit den Berechnungen des Statistischen Bundesamtes — Bericht über den Preisindex der französischen Gewerkschaft CGT, Informationsbericht des IMSF Nr. 30, Frankfurt 1978.

18 „Le Peuple“, No 985, März 1976, S. 4 ff.

	I.N.S.E.E. amtlich	C.G.T.	C.F.D.T.	F.O.
Preisanstieg zwischen 1970 = 100 und Dezember 1975 in Prozent	+ 57,3	+ 84,0	+ 70,2	+ 68,5
Preisanstieg vom Dezember 1974 bis Dezember 1975 in Prozent	+ 9,0	+ 14,3	+ 12,4	+ 11,4

Quelle: Eigene Berechnungen nach Le Peuple. No 985, März 1976, S. 5.

### Französische Zustände in der Bundesrepublik?

Diese Frage muß aufgrund unserer Untersuchungen verneint werden. Es hat sich kein konkreter Anhaltspunkt dafür ergeben, daß das Statistische Bundesamt die gleiche Rolle in der amtlichen Wirtschafts- und Finanzpolitik spielt wie offensichtlich das entsprechende französische Amt, das dort wie hier dem Innenministerium untersteht. Allerdings muß im Hinblick auf die in der Bundesrepublik geübten Methoden der Indexberechnung auf Fünferlei hingewiesen werden:

Erstens: Eine Reihe von Punkten, die in der französischen Kritik eine Rolle spielen, treffen auch für die Bundesrepublik zu. Dazu zählen:

- preisanstiegsverschleiende Basiskorrekturen bei Qualitätsveränderungen;
- die enge Zusammenarbeit mit den Unternehmern bzw. ihren Vertretern bei der Warenauswahl und monatlichen Preisfeststellung;
- eine gewisse Naivität gegenüber den in der *freien* Marktwirtschaft geübten Praktiken;
- eine Unterbewertung der Mietausgaben u. a. aufgrund eines unterstellten Wohnstandards, der nicht mehr zeitgemäß ist.

Zweitens: Eine zwar behauptete, aber bislang nicht bewiesene Repräsentativität der errechneten Ziffern im Hinblick auf die verschiedenen sozialen Bevölkerungsgruppen, die Zeit und Regionen der Bundesrepublik.

Drittens: Eine Vielzahl methodischer Festlegungen über das Erhebungsverfahren, die jede für sich nur von relativ geringer Auswirkung sind, die aber in ihrer Summe eher in Richtung einer Untertreibung des Preisanstiegs wirken.

Viertens: Eine ausgesprochen defensive Veröffentlichungspraxis, die erhebliche Teile des Warenkorbes mit Geheimhaltung belegt, die Einführung der Versandhandelspreise in die Berechnungen nicht erläutert, aber auch wichtige methodische Fragen der Erhebungs- und Aufbereitungspraxis nicht mehr der öffentlichen Diskussion zugänglich macht.

Fünftens: Die Zusammensetzung der das Statistische Bundesamt beratenden und kontrollierenden Gremien ist nicht repräsentativ für die relevanten gesellschaftlichen Kräftegruppierungen in unserer Gesellschaft. Beispielhaft seien die entsprechenden Passagen über die Zusammensetzung des Statistischen Beirats aus dem § 4 des „Gesetzes über die

Statistik für Bundeszwecke" zitiert. Die Zusammensetzung dieses Beirats deckt sich „kräftemäßig“ auch mit der der Fachausschüsse — so dem in unserem Zusammenhang interessierenden „Fachausschuß für Preis- und Lohnstatistik“.

„(1) Das Statistische Bundesamt erhält einen Beirat.

(2) Der Beirat setzt sich zusammen aus

1. dem Präsidenten des Statistischen Bundesamtes oder seinem Vertreter im Amt als Vorsitzenden,
2. je einen Vertreter der Bundesministerien, des Bundesrechnungshofes, der Bank deutscher Länder und der Bundesbahn,
3. den Leitern der Statistischen Landesämter und ihren Vertretern im Amt,
4. je einem Vertreter der kommunalen Spitzenverbände,
5. sieben Vertretern der gewerblichen Wirtschaft und einem Vertreter der Arbeitgeberverbände,
6. drei Vertretern der Gewerkschaften,
7. zwei Vertretern der Landwirtschaft,
8. zwei Vertretern der wirtschaftswissenschaftlichen Institute.

Im Falle der Beschlußfassung haben die Vertreter gemäß Nummern 1 bis 3 nur beratende Stimme.“<sup>19</sup>

Dazu ist jeder Kommentar überflüssig. Eine Erläuterung und ein Hinweis: Die unter 6. genannten „Vertreter der Gewerkschaften“ setzen sich nach Auskunft des Statistischen Bundesamtes aus einem Gewerkschaftsvertreter des DGB sowie aus zwei Vertretern von Standesorganisationen, in denen Lohnabhängige organisiert sind, der DAG und dem Deutschen Beamtenbund, zusammen. Warum ist die Statistik im Hinblick auf Arbeitsbedingungen, Vermögensverhältnisse usw. so lückenhaft? Antwort: Vgl. § 4, Absatz 2 des „Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke“, das in seinen Grundlagen seit 1953 nicht mehr geändert wurde.

In den grundlegenden Aufsätzen der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ ist zwar nur einmal ein Hinweis darauf enthalten, daß der Statistische Beirat massiv Einfluß auch auf die methodischen Grundlagen der Indexberechnungen nimmt<sup>20</sup>; anzunehmen ist aber, daß dies häufiger der Fall ist. Unsere diesbezüglichen Zweifel könnten nur ausgeräumt werden, wenn die Zusammensetzung dieses Gremiums ausgewogener wäre.

Diese fünf zusammenfassend aufgezählten Kritikpunkte am Preisindex der Lebenshaltung dürfen nicht mißverstanden werden: Es ging den Verfassern der IMSF-Studie nicht darum zu zeigen, daß der Preisindex der Lebenshaltung systematisch die reale Preissteigerung in der Bundesrepublik untertreibt. Es kam allein darauf an, ein zentrales Instrument der wirtschafts- und sozialpolitischen Auseinandersetzungen, das in jeden Lohnkampf massiv hineinwirkt, darzustellen und zu untersuchen. Dabei wurde allerdings davon ausgegangen, daß sich die Untersuchungen des Statistischen Bundesamtes — wie jede andere wissenschaftliche Untersuchung auch — einer ständigen, auch methodischen Kritik stellen müssen.

<sup>19</sup> Statistisches Bundesamt. Hg., Das Arbeitsgebiet der Bundesstatistik, Ausgabe 1976, Stuttgart-Mainz 1976, S. 337.

<sup>20</sup> Vgl. *Wirtschaft und Statistik*, 10/1963, S. 5947, wo ausgeführt wird: „Schwierigkeiten ergeben sich auch vor allem dadurch, daß der Einfluß erkennbarer Qualitätsänderungen gar nicht erst erkannt werden. Es wird nun häufig hervorgehoben, daß aus diesen Gründen die Preisstatistik fehlerhaft sein muß; entsprechende Hinweise u. a. auf der Tagung des Statistischen Beirats am 7./8. Mai 1963 haben die vorliegenden Ausführungen veranlaßt.“

Auf eine weitere mögliche Fehldeutung ist zu verweisen. Eingriffe in die Indexbewegung durch die sogenannten „öffentlichen Hände“ — zumindest der Versuch dazu — sind gang und gäbe. „Als die Treibstoffpreise am 17. März 1976, zwei Tage nach dem Stichtag für die Preiserhebung für den Monat März, erhöht wurden, war das kein Zufall: die Teuerung sollte erst im Aprilindex zum Ausdruck kommen, der in der zweiten Maiwoche veröffentlicht wurde (wahrscheinlich fiel in die Zwischenzeit eine Lohnbewegung, d. Verf.). Ähnlich verhielt es sich mit den Spitalkosten. Sie sind im Index durch die Wiener Spitalkosten für die II. Klasse (jetzt Sonderklasse) vertreten. Ihre Erhöhung wurde über Veranlassung Kreiskys hinausgeschoben, damit der Index zum damaligen Zeitpunkt (Mai 1974) nicht über die magische 10-Prozent-Teuerungsgrenze hinaussteigt.“<sup>21</sup> Diese Indexkosmetik gab Bürgermeister Gratz in einem Zeitungsinterview offen zu. In den Bundesländern waren die Spitalkosten schon einige Zeit vorher hinaufgesetzt worden, was sich, da sie im Index nicht vertreten sind, nicht ausgewirkt hatte. Es sei daran erinnert, daß sich Handelsminister Staribacher mehrmals darum bemühte, Preiserhöhungen beim VW-Sparkäfer hinauszuschieben, weil die Autos im derzeitigen Index nur durch den VW 1200 vertreten sind, während die Preise für die VW-Mittelklassewagen und für andere Autos erhöht wurden.“<sup>22</sup>

Dieser Bericht über Österreich, Tagesnachrichten von der Indexfront — die VW-Manipulation ist sogar in die Statistische Allgemeinliteratur eingegangen<sup>23</sup> —, ist angesichts des hohen Warenkorbanteils, auf den die öffentliche Hand direkt oder indirekt einen Preiseinfluß hat<sup>24</sup>, ohne weiteres auch in der Bundesrepublik möglich. Auch die Praxis großer Konzerne, ihre Preise im allgemeinen erst nach den Lohnrunden zu erhöhen, ist nicht nur darauf zurückzuführen, daß die Wirksamkeit einer „Lohn-Preis-Spirale“ bewiesen werden soll, sondern auch als Versuch zu sehen, Einfluß auf den Verlauf des Preisindex der Lebenshaltung und damit auf die Lohnauseinandersetzungen zu nehmen.

All dies ist aber nicht den Statistischen Ämtern anzukreiden, sondern widerspiegelt nur die großen Einflußmöglichkeiten des Staates und der Monopolkonzerne auf den Wertschöpfungsprozeß sowie die große Bedeutung der Preisindexziffer für die Lebenshaltung bei Lohnkämpfen.

### Zur Indexformel des Preisindex der Lebenshaltung

Wie verändert sich das Verbraucherpreisniveau für verschiedene soziale Gruppen bzw. für den Endverbrauch insgesamt in einem bestimmten Zeitraum? Diese Aufgabe der amtlichen Preisstatistik ist schwierig zu lösen. Es gibt Tausende von Waren und Dienstleistungen, die in den Endverbrauch eingehen. Es ist aber unmöglich, alle diese Preise laufend in ihren Veränderungen zu erfassen. Sie haben auch unterschiedliche Bedeutung für die Lebenshaltung: Eine fünfprozentige Erhöhung der Brotpreise trifft einen Arbeiterhaushalt stärker als eine 20prozentige Erhöhung der Preise für Theaterkarten. Überhaupt hat der Endverbrauch je nach dem sozialen Status des Haushalts und seiner Einkommenshöhe eine unterschiedliche Struktur.

21 Dadurch verändert sich auch der durchschnittliche Jahresindex — d. Verf.

22 Kurt Weihs, Zum neuen Verbraucherpreisindex. Weg und Ziel, Wien, H. 7/8 — 1976, S. 285.

23 Vgl. H. Swoboda, Knauers Buch der modernen Statistik, München-Zürich 1971, S. 118.

24 Siehe dazu auch: D. H. Borr, Der Anteil staatlich-administrierter Preise am Preisindex für die Lebenshaltung, Eine empirische Untersuchung für die Periode 1950 bis 1973, Bericht der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel, Göttingen 1976.

Aus diesen Gründen müssen die Haushaltstypen ebenso wie die verbrauchten Güter und Leistungen definiert werden. Es muß eine Auswahl getroffen, ein Warenkorb zusammengestellt werden. Der Warenkorb für alle privaten Haushalte, der sich aus zwei Erwachsenen und 0,7 Kindern zusammensetzt, umfaßt zum Beispiel 899 Güter und Dienstleistungen, für deren Kauf 1970 1293,61 DM aufgewendet werden mußten.

Die Messung der Preisveränderungen erfolgt in der Bundesrepublik nach der sogenannten Laspeyres-Methode.<sup>25</sup> Es wird gemessen, wie sich die Preissumme eines unveränderten Warenkorbes, der der Verbrauchsstruktur des Basisjahres entsprechen soll, zu verschiedenen Zeitpunkten verändert. Zum Beispiel:

$$\text{Preisindex zum Zeitpunkt Juni 1978} = \frac{\sum_1^{899} \text{Preis Juni 1978} \cdot \text{Menge 1970}}{\sum_1^{899} \text{Preis 1970} \cdot \text{Menge 1970}} \cdot 100 = 150,8$$

Der Index 150,8 zeigt also an, daß für die nach Art *und* Menge gleiche Auswahl von Gütern und Dienstleistungen im Juni 1978 50,8 Prozent mehr bezahlt werden mußte als im Durchschnitt des Jahres 1970.

Die vom Statistischen Bundesamt verwandte Formel hat gegenüber allen sonst möglichen Indexformeln<sup>26</sup> folgende Vorteile: Solange an der Basis festgehalten wird, lassen sich ohne aufwendige Erhebungen von Verbrauchsstrukturveränderungen monatlich die Preisveränderungen des Warenkorbes errechnen. Die jeweils ermittelten Ergebnisse lassen sich zeitlich nicht nur auf das Basisjahr beziehen, sondern können auch untereinander verglichen werden, weil die Ausgangsbasis konstant bleibt. Der Gesamtindex kann beliebig untergliedert werden, und es lassen sich Teilindizes berechnen. Der Nachteil dieser Indexformel liegt auf der Hand. Der einmal aufgestellte Warenkorb muß über die Jahre hinweg konstant bleiben<sup>27</sup> und läßt die zwischenzeitlich eingetretenen Veränderungen der Verbrauchsstruktur unberücksichtigt.

Wegen des relativ raschen Anstiegs der Realeinkommen in der Vergangenheit und den deutlichen Verbrauchsumschichtungen in Richtung (unterdurchschnittlich im Preis steigender) langlebiger Konsumgüter führte das in der Vergangenheit in der Regel dazu, daß der Preisindex der Lebenshaltung des starren Warenkorbes dem Index, der der aktuellen Verbrauchsstruktur entsprach, etwas vorauseilte. Das könnte sich in der Gegenwart — bei einem gewissen Sättigungsgrad der Ausstattung mit langlebigen Konsumgütern und nur noch gering steigenden Realeinkommen — verändert haben. Von uns durchgeführte

25 Vgl. E. Laspeyres, Hamburgische Warenpreise 1851 bis 1863 und die californisch-australischen Goldentdeckungen seit 1848, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 3. Bd. 1864.

26 Eine informative Übersicht über die verschiedenen Möglichkeiten der Preisindexberechnung bei: W. Neubauer, Über die Konstruktion, den Sinn und die Zwecke von Preisindexzahlen, in: Umriss einer Wirtschaftsstatistik, Festgabe für Paul Flaskämper zur 80. Wiederkehr seines Geburtstages, hg. von A. Blind, Hamburg 1966, S. 190—215.

27 Wir hatten bereits darauf verwiesen, daß sich das Statistische Bundesamt nicht streng an diese methodische Grundlage hält.

Kontrollrechnungen brachten mangels detaillierter Unterlagen aber keine eindeutigen Ergebnisse. Allerdings spricht die bereits zitierte Zusammensetzung des Statistischen Beirats dafür, daß ein Index auf der Basis eines neuen Warenkorbes den Preisanstieg nicht geringer anzeigen dürfte. Man kann nur hoffen, daß das Statistische Bundesamt den Index des neuen Basisjahres — vorgesehen ist 1976 — bald vorlegt; ebenso seine laufend durchgeführten Kontrollrechnungen.<sup>28</sup>

### Zu den Indexhaushalten und Warenkörben

Das Statistische Bundesamt berechnet gegenwärtig Indizes für vier verschiedene Warenkörbe, die der Verbrauchsstruktur — ermittelt aus den laufenden Wirtschaftsrechnungen<sup>29</sup> sowie aus der Einkommens- und Verbraucherhebung von 1969 (im Falle aller privaten Haushalte) — von 4 Haushaltstypen entsprechen sollen. Außerdem wird ein Index für „die einfache Lebenshaltung eines Kindes“ berechnet, der auf fiktiven, nicht empirisch ermittelten Verbrauchsausgaben an der unteren Grenze des Existenzminimums beruht (vgl. Tabelle 4).

Die Kritik an den ausgewählten Haushaltstypen und Warenkörben läßt sich in folgenden Hauptpunkten zusammenfassen:

— Bei der Aufstellung des Warenkorbes für „alle privaten Haushalte“ fehlten ausreichende Unterlagen über das Verbrauchsverhalten der Selbständigenhaushalte. Diese hatten sich nur unterdurchschnittlich an den Erhebungen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe beteiligt.

— Der Haushaltstyp „4-Personen-Arbeitnehmerhaushalt mit mittlerem Einkommen“ ist mit seinen Verbrauchsausgaben zwischen der oberen Grenze der Arbeiterklasse und den lohnabhängigen Mittelschichten angesiedelt. In den Warenkorb sind mittelschichtspezifische Verbrauchsgewohnheiten in starkem Maße eingegangen. Die Ausgaben für den tagtäglichen Bedarf erscheinen untergewichtet. Das gilt (allerdings für alle Haushaltstypen) auch für Wohnungsmieten (vgl. Tabelle 5), die auch aufgrund eines sehr niedrigen Wohnstandards nur ein geringes Gewicht haben; zumal berücksichtigt werden muß, daß in den Mietausgaben die Mietnebenkosten (Wasser, Entsorgung, Treppenhausbeleuchtung usw.) enthalten sind.

— Nicht nur beim „4-Personen-Arbeitnehmerhaushalt mit mittlerem Einkommen“, sondern auch beim „2-Personen-Haushalt von Rentnern und Sozialhilfeempfängern“ fallen in den Warenkörben eine Vielzahl von untypischen Ausgaben auf.

Ein besonderes Problem stellen die Genußmittelausgaben dar. Nach Meinung des Statistischen Bundesamtes sind die Aufzeichnungen der buchführenden Haushalte hier unvollständig. „Wie schon bei der Aufstellung des Index auf Basis 1950 waren die von den buchführenden Haushalten angegebenen Beträge für bestimmte Genußmittel zu erhöhen. Vergleiche mit den Ergebnissen der Verbrauchssteuerstatistik hatten die allgemeine Erfahrung erhärtet, daß die Haushalte bei diesen Positionen nicht alle Ausgaben aufzeichnen.“<sup>30</sup> Beim Index auf Basis 1958 wurden die Genußmittelausgaben um rund 20 Prozent, bei dem mit Basis 1962 um etwa 15 Prozent erhöht. Auch beim gegenwärtig gülti-

28 Kontrollrechnungen erfolgen mit jeweils aktuellen Warenkörben nach dem sog. Paasche-Index.

29 Insgesamt sind über 800 Haushalte in diese Rechnungen einbezogen.

30 *Wirtschaft und Statistik*, 8/1964, S. 438.

gen Index 1970 = 100 „wurden die Anschreibungen der Haushalte in den Wirtschaftsrechnungen als zu ungenau angesehen und wie bei den früheren Indexneuberechnungen in Anlehnung an die Ergebnisse der Verbrauchssteuerstatistik durch Zuschläge korrigiert.“<sup>31</sup> Das Ausmaß der Korrektur wurde allerdings nicht bekanntgegeben.

Ein Vergleich zwischen den Anschreibungsergebnissen des „4-Personen-Arbeitnehmerhaushalts mit mittlerem Einkommen“ nach den laufenden Wirtschaftsrechnungen und den korrigierten Ergebnissen des Warenkorbs für diesen Haushaltstyp ergibt eine monatliche Differenz von 40,28 DM, also 71 Prozent.<sup>32</sup> Daß u. U. zu viel des Guten getan wurde, zeigt der fiktive Verbrauch, der sich aus der Umrechnung der im Warenkorb enthaltenen Preisangaben in fiktive Realmengen (über die Preise des Jahres 1970<sup>33</sup>) ergibt.

**Tabelle 4:** Überblick über die wichtigsten Merkmale der gegenwärtig vom Statistischen Bundesamt berechneten Preisindizes für die Lebenshaltung und die Entwicklung der Indizes bis 1977

Merkmale Indizes	Preisindex für die Lebenshaltung für				
	alle privaten Haushalte	Angest.- u. Beamtenhaushalte mit höherem Einkommen <sup>a</sup>	Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen <sup>a, b</sup>	Renten- u. Sozialhilfeempfängerhaushalten <sup>b</sup>	Einfache Lebenshaltung eines Kindes <sup>c</sup>
Haushaltsmitglieder Zusammensetzung der Haushalte	2,7 2 Erwachsene, 0,7 Kinder	4 2 Erwachsene, 2 Kinder	4 2 Erwachsene, 2 Kinder	2 2 ältere Erwachsene	1 Ein Kind bis 18 Jahre
Monatliche Verbrauchsausgaben 1970 in DM					
— je Haushalt	1294	1996	1157	532	124
— je Person	479	499	289	266	124
Indexpositionen im Warenkorb	899	882	864	675	284
Zahl der buchführenden Haushalte in den lfd. Wirtschaftsrechnungen 1970	—	393	342	154	—
Entwicklung der Preisindizes (1970 = 100)					
1971	105,3	105,4	105,1	104,7	105,2
1972	111,1	111,1	110,7	110,6	111,8
1973	118,8	118,7	118,2	118,5	120,6
1974	127,1	127,1	126,3	126,3	129,4
1975	134,7	134,7	134,0	134,7	139,2
1976	140,8	140,7	140,2	141,9	149,4
1977	146,3	145,8	145,3	146,7	151,6

<sup>a</sup> Städtische Haushalte, <sup>b</sup> Haushaltsvorstand ist Alleinverdiener, <sup>c</sup> Bedarfsstruktur 1965 für den Mindestunterhalt von Kindern im 1. bis 18. Lebensjahr, <sup>d</sup> darunter mindestens 1 Kind unter 15 Jahren.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fs 17, Reihe 7, Preise und Preisindizes der Lebenshaltung 1976, S. 4; Wirtschaft und Statistik (Wistra), lfd.

<sup>31</sup> Wirtschaft und Statistik, 12/1973, S. 695.

<sup>32</sup> Berechnet nach: Statistisches Bundesamt, Fachserie M, Reihe 13, Einnahmen und Ausgaben ausgewählter privater Haushalte 1970, S. 14.

<sup>33</sup> Preise und Preisindizes 1970, S. 64 ff.

**Tabelle 5:** Anteile der Hauptgruppen an den Ausgaben für die Lebenshaltung im Jahre 1970 je Monat: Wägungsschemata (Warenkörbe) der Haushaltstypen im Bundesgebiet

Hauptgruppen	Alle privaten Haushalte		4-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höchstem Einkommen		4-Personen-Arbeiter-Haushalte mit mittlerem Einkommen		2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfempfängern	
	DM	%	DM	%	DM	%	DM	%
Nahrungs- und Genußmittel	431,16	333,30	533,28	267,15	426,05	368,35	233,26	438,14
Kleidung und Schuhe	130,39	100,79	199,12	99,75	118,11	102,11	37,35	70,16
Wohnungsmiete	163,20	126,16	261,63	131,07	168,45	145,64	106,19	199,46
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	59,33	45,86	70,57	35,35	50,82	43,94	40,07	75,26
Übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung	146,95	113,60	193,84	97,11	98,63	85,27	42,53	79,88
Waren und Dienstleistungen für								
— Verkehrszwecke,								
Nachrichtenübermittlung	136,31	105,37	282,54	141,54	118,13	102,13	20,09	37,74
— Körper- und Gesundheitspflege	52,27	40,41	121,83	61,03	39,18	33,87	18,65	35,03
— Bildungs- und Unterhaltungszwecke	78,55	60,72	157,15	78,73	79,45	68,69	22,75	42,73
Persönliche Ausstattung;								
Sonstige Waren und Dienstleistungen	95,45	73,79	176,19	88,27	57,83	50,00	11,50	21,60
<b>Gesamtlebenshaltung</b>	<b>1293,61</b>	<b>1000</b>	<b>1996,15</b>	<b>1000</b>	<b>1156,65</b>	<b>1000</b>	<b>523,39</b>	<b>1000</b>

Quelle: Peter Danner, Das Berechnungsverfahren beim Preisindex der Lebenshaltung, in: Zeitschrift des Bayerischen Statistischen Landesamtes, 107. Jg. 1975, S. 28.

Der 2,7-Personen-Haushalt (2 Erwachsene und 0,7 Kinder) verbrauchte z. B. 1970 monatlich 63,17 DM für alkoholische Getränke. Davon

- 19,64 Liter Bier,
- 1342 ccm Schnaps, also fast zwei Flaschen,
- 3198 ccm Wein verschiedenster Art, also mehr als 4 1/2 0,7-Liter-Flaschen,
- weitere 11,59 DM für alkoholische Getränke in Gaststätten.

Das Statistische Bundesamt hat es bisher nicht für nötig gehalten, die Methoden und Überlegungen seiner Zurechnung offenzulegen. Es erhebt sich z. B. die Frage, ob der Konsum auf Betriebsfeiern, zu Repräsentationszwecken der Unternehmen usw. usf. angemessen berücksichtigt wurde. Dieses Informationsdefizit ist deswegen fatal, weil die Genußmittelausgaben eine den Preisindex der Lebenshaltung dämpfende Wirkung haben und auch früher hatten, die Wirkung einer einigermaßen willkürlichen Erhöhung dieser Ausgaben also bekannt sein mußte. Während der Preisindex der Lebenshaltung für alle privaten Haushalte 1970 = 100 im Juni 1978 150,8 betrug, war der für Genußmittel nur auf 138,5 gestiegen.<sup>34</sup>

Wenn das bestehende Informationsdefizit von seiten des Statistischen Bundesamtes nicht aufgehoben wird, könnte in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehen, daß hier bewußt eine „Indexbremse“ in den Warenkorb eingebaut worden ist.

### Probleme der regionalen Repräsentativität des Preisindex

Gegenwärtig gibt es 118 Städte (einschließlich Westberlin), in denen Preiserhebungen durchgeführt werden.<sup>35</sup> Sie sollen nach dem Anspruch der „amtlichen Statistik“ repräsentativ für das gesamte Bundesgebiet und Westberlin sein: „Die Auswahl der Waren und Leistungen und der Erhebungsorte erfolgte jedenfalls in einem Umfang, daß sie sowohl repräsentativ ist für die Preisentwicklung aller nicht erfaßten Waren und Leistungen als auch für nicht in die Preiserhebung einbezogenen Orte eines abgegrenzten Gebietes.“<sup>36</sup> Das ist eine reine Behauptung, weil der Umfang einer Stichprobe allein nichts über ihre Repräsentativität aussagt. Das Statistische Bundesamt hat bisher kaum versucht, die Repräsentativität der ausgewählten Orte zu begründen, geschweige denn zu beweisen.

Hinzu kommt, daß nur ein vergleichsweise geringer Teil der Waren und Dienstleistungspreise in allen 118 Indexgemeinden des Bundesgebietes erfaßt wird. Vollständige Unterlagen über die regionale Differenzierung der Preiserhebung liegen nicht vor. Unsere Berechnungen ergaben, daß

— lediglich in 22 Großstädten der gesamte Warenkorb Gegenstand der dezentralen Preisermittlung ist. (Berichtskreis K)<sup>37</sup>

— In weiteren 64 Städten mit 20 000 und mehr Einwohnern werden einschließlich der Mieten Waren in ihrer Preisentwicklung beobachtet, die gut die Hälfte des Warenkorbgewichtes umfassen. (Berichtskreis G)

34 Preise und Preisindizes, Juni 1978, S. 10 f.

35 Vgl. Statistisches Bundesamt, Richtlinien, Anhang.

36 P. Danner, Das Berechnungsverfahren beim Preisindex für die Lebenshaltung, in: Zeitschrift des Bayerischen Statistischen Landesamtes, 107. Jg. 1975, S. 21.

37 Es handelt sich um die folgenden Städte: Kiel, Lübeck, Hamburg, Hannover, Braunschweig, Osnabrück, Bremen, Essen, Düsseldorf, Aachen, Frankfurt, Kassel, Mainz, Koblenz, Saarbrücken, Stuttgart, Karlsruhe, Freiburg, München, Nürnberg, Augsburg, Westberlin.

— In 32 Städten mit weniger als 20 000 Einwohnern wird nur ein gutes Drittel des Warenkorbgewichtes in seiner Preisentwicklung verfolgt. (Berichtskreis A)

Die Begründung für die Differenzierung der Preisbeobachtung nach Berichtskreisen ist entweder dürftig, ja verschleiern, oder völlig überholt. „Preise für Waren der Bedarfsgruppen ‚Bekleidung‘ und ‚Hausrat‘ werden nur in Gemeinden mit 20 000 und mehr Einwohnern erhoben, da diese Artikel überwiegend auch von der Bevölkerung der kleineren Gemeinden in den Städten gekauft werden.“<sup>38</sup> Erstens sind die Indexstädte mit weniger als 20 000 Einwohnern (Dörfer sind überhaupt nicht darunter) fast durchweg (etwa Ratzeburg, Einbeck, Korbach, Wertheim, Deggendorf, Cham) regional bedeutsame, zentrale Orte eines größeren, auch historisch gewachsenen Einzugsbereichs — zum Teil von der nächsten Großstadt weit entfernt. Zweitens beschränkt sich das Statistische Bundesamt eben nicht auf die Gruppen „Bekleidung“ und „Hausrat“, die ja immerhin auch noch zu beträchtlichen Teilen im Berichtskreis G erhoben werden. Nahezu alle Güter und viele Dienstleistungen für den Verbrauchsbereich (mit Ausnahme von Kraftstoffen), der Körper- und Gesundheitspflege, für Bildung und Unterhaltung sowie der persönlichen Ausstattung werden nur in 22 Großstädten der Bundesrepublik in ihrer Preisentwicklung beobachtet. Selbst von den Nahrungs- und Genußmitteln werden noch 47 Indexwaren (ohne Verzehr in Gaststätten) allein in 22 Großstädten der Bundesrepublik erhoben. Darunter befinden sich solche Allerweltswaren wie Kochhühner und tiefgefrorene Brathähnchen, wie Salz und Senf, Zwieback und Knäckebrot, Dosensuppen und Sauerkraut in Dosen, schließlich alle drei Stellvertreterwaren für Bohnenkaffee, um nur einiges zu nennen.

Eine andere angeführte Begründung ist völlig veraltet: „Für Waren mit geringer Preisfluktuation und solchen Waren, die in kleineren Orten nur beschränkt angeboten werden, wurden von den Berichtsgemeinden nur diejenigen mit mehr als 20 000 Einwohnern zur Berichterstattung herangezogen (Berichtskreis G). Andere Waren mit verhältnismäßig konstanten Preisen wurden lediglich in den 11 Landeshauptstädten in ihrer Preisentwicklung verfolgt (Berichtskreis H) . . . Die Berichtskreise wurden jetzt insofern neu geordnet, als der Berichtskreis H erweitert wurde zum Berichtskreis K mit insgesamt 22 Großstädten.“<sup>39</sup> Als wenn es in Korbach, Limburg oder Fritzlar (alles ‚kleinere Orte‘) keinen Senf, keinen Bohnenkaffee, keine tiefgefrorenen Hähnchen geben würde oder die Leute nach Frankfurt oder Kassel führen, um beispielsweise einen Kunststoffeimer oder Spaten zu erwerben, deren Preise ebenso wie Volkshochschul- und Kindergartengebühren, Fernsehapparatreparaturpreise usw. nur in 22 Großstädten der BRD aufgenommen werden. Die „geringe Preisfluktuation“ (eine bemerkenswerte Wortschöpfung für Preissteigerungen) und die „Waren mit verhältnismäßig konstanten Preisen“ mochten noch einige Berechtigung gehabt haben, als die „Preisbindung der zweiten Hand“ noch funktionierte. Als Begründung für die Berichtskreiseinteilung im Jahre 1973 konnte dieses völlig veraltete Argument aber gewiß nicht mehr gelten.

Die Konsequenz dieser Erhebungsmethoden ist zunächst eine Einschränkung der Aussagekraft des Preisindex der Lebenshaltung. Die Tatsache, daß etwa der Gruppenindex der „Waren und Dienstleistungen für Bildungs- und Unterhaltungszwecke“ im Juni 1976 (1970 = 100) in Hessen 141,3 und im Durchschnitt der Bundesrepublik nur 135,7

38 *Wirtschaft und Statistik*, 11/1952, S. 443.

39 *Wirtschaft und Statistik*, 5/1966, S. 334 f.

betrug<sup>40</sup>, ließe sich unter der Voraussetzung, daß sich die Preise für eine Kinoeintrittskarte, eine örtliche Tageszeitung im Einzelverkauf und Abonnement (Berichtskreis A mit 5,12 Promille Wägungsanteil am Warenkorb bei 60,72 Promille insgesamt<sup>41</sup>) parallel entwickelten — durchaus unterschiedlich darstellen. Nach der Repräsentativitätsbehauptung der amtlichen Statistik:

— „Zwischen 1970 und Juni 1976 sind die Verbraucherpreise des Bildungs- und Unterhaltungsbereichs in Hessen um 5,4 Prozentpunkte stärker als im Durchschnitt der Bundesrepublik angestiegen.“

Die den realen Sachverhalt darstellende Interpretation müßte — von anderen Einschränkungen einmal abgesehen — lauten:

— „Zwischen 1970 und Juni 1976 sind die Verbraucherpreise des Bildungs- und Unterhaltungsbereichs in Kassel und Frankfurt um 5,4 Prozentpunkte stärker angestiegen als im Durchschnitt 20 nichtthessischer Großstädte.“

Unsere Untersuchungen haben außerdem ergeben, daß durch die Art der Berichtskreiswahl Preisrückgänge, also den Anstieg des Preisindex der Lebenshaltung dämpfende Entwicklungen, systematisch übertrieben werden. Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes hat der überproportional in den kleineren Städten angesiedelte selbständige Einzelhandel das höchste Preisniveau.<sup>42</sup> Preissteigerungen durch die Vorlieferanten werden beim selbständigen Einzelhandel in der Regel sofort an die Verbraucher weitergegeben, während Preissenkungen im Einkauf wegen der geringeren Umschlagsgeschwindigkeit dieser Vertriebsform und der im Vergleich zu den Großstädten eingeschränkteren Konkurrenz wohl nur wesentlich zögernder als Preissenkung im Verkauf realisiert werden. Das kommt aber zum Beispiel beim Kaffee — und ähnlich bei vielen anderen Waren — im Preisindex der Lebenshaltung nicht zum Ausdruck, weil die Kaffeepreise nur in 21 Großstädten der Bundesrepublik sowie in Westberlin erhoben werden.

Einigermaßen unrepräsentativ sind auch die erhobenen Preise im Gastgewerbe. Zusammen mit der Indexposition „Übernachtung mit Frühstück“ umfassen sie immerhin 39,51 Promille des Warenkorbes — 4,41 Promille mehr als Frischfleisch — für alle privaten Haushalte. Aus dem Vergleich der Preiserhebung zur Ermittlung des Lebenshaltungsindex und der seit 1959 jährlich im August durchgeführten Preiserhebung für den gleichen Wirtschaftsbereich zieht ein Autor des Statistischen Bundesamtes folgende Schlußfolgerung: „Neben der jährlichen Erhebung der Preise für Leistungen des Gastgewerbes in mehr als 100 Gemeinden des Bundesgebiets wird monatlich im Rahmen der Verbraucherpreisstatistik eine Preisermittlung in elf Großstädten durchgeführt. Wegen der schmalen Basis der monatlichen Erhebungen können die Ergebnisse aus beiden Statistiken nur beschränkt miteinander verglichen werden.“<sup>43</sup>

Nach dem Anspruch der amtlichen Statistik müßte aber eine Vergleichbarkeit aus beiden Erhebungen gewährleistet sein. Eigene Berechnungen für die Indexposition „Übernachtung mit Frühstück im Einbettzimmer“ ergaben Preissteigerungen verschleiende Abweichungen zwischen beiden Erhebungen in den 70er Jahren.

40 Nach: Hessisches Statistisches Landesamt, Statistische Berichte, M 12 -m 6/77, S. 26, und Statistisches Bundesamt, Fachserie 17, Reihe 7, Preise und Preisindizes für die Lebenshaltung, S. 19.

41 Wirtschaft und Statistik, 12/1973, S. 723 ff.

42 Vgl. Wirtschaft und Statistik, 2/1964, S. 82.

43 Wirtschaft und Statistik, 8/1976, S. 481 f.

*Tabelle 6: Preisentwicklung für die Übernachtung mit Frühstück nach verschiedenen Erhebungen des Statistischen Bundesamtes.*

Zeitraum des Preisvergleichs	Preisindex für die Lebenshaltung in 11 Großstädten	Gastgewerbeerhebung in 108 Gemeinden
	Preissteigerung in Prozent	
1970 — August 1976	40,8	45,6
August 1973 — August 1976	15,0	20,9
August 1975 — August 1976	3,5	6,5

Quelle: Berechnet nach den Jahresveröffentlichungen der FS 17, Reihe 7, S. 12, lfd.; Stat. Jhb. 1977 für die Bundesrepublik Deutschland, S. 478.

Würde eine solche Entwicklung auch für alle übrigen Positionen dieser Untergruppen des Warenkorb zu treffen, dann wären die Auswirkungen auf den Preisindex der Lebenshaltung nicht unbeträchtlich.

### III. Probleme der Preiserhebung

„Die Festsetzung der Kleinhandelspreise ist, wie wir wissen, eine der schwächsten Seiten der Statistik, aber auch dies müssen wir mit dem bekannten fröhlichen Vertrauen darauf, daß die Fehler sich kompensieren, in Kauf nehmen.“<sup>44</sup> So wurde in einer Abhandlung formuliert, die 1914, also zu einer Zeit erschien, als die Preisstatistik noch in den Kinderschuhen steckte und die Methoden der Berechnung des Preisindex der Lebenshaltung sehr primitiv waren. Bei aller Weiterentwicklung der Methoden, der Ausweitung des Warenkorb und seiner Fundierung in Wirtschaftsrechnungen der Haushalte hat sich an dieser Situation nur wenig geändert. Dabei kommt gerade der Preisfeststellung, der Erfassung des den Meßziffern zugrunde liegenden statistischen Rohmaterials große Bedeutung zu. „Am Beispiel der Preisindizes: Für die Güte eines solchen synthetischen Preisindex kommt es viel mehr auf eine effektive Erfassung der Einzelpreise und ihrer Bewegung an als auf eine minuziöse Gewichtung.“<sup>45</sup>

Diese Tatsache wurde in der amtlichen Statistik zunächst auch noch zugegeben: „Die Erhebung genauer und vergleichender Preise bleibt allerdings in einer Zeit, in der Preise für die gleiche Ware von Geschäft zu Geschäft oft in der gleichen Straße wechseln, nach wie vor ein schwieriges Problem.“<sup>46</sup>

In den folgenden Jahren beschränkte man sich vorwiegend darauf, die Kritiken, die im Zusammenhang mit der Definition und Einkommenshöhe der Indexhaushalte sowie der Zusammensetzung der Warenkörbe formuliert wurden, zurückzuweisen. Lediglich 1963 wurde noch einmal das Verfahren der Indexverknüpfung dargestellt, das bei Qualitätsver-

44 K. Bittmann, Arbeiterhaushalt und Teuerung, Jena 1914, S. 149.

45 Rolf Wagenführ, Statistik leichtgemacht, Bd. 1, Einführung in die deskriptive Statistik, 6. Aufl., Köln 1971, S. 291.

46 Wirtschaft und Statistik, 3/1949, S. 64.

# Ablaufschema der Preiserhebung und Indexberechnung

Statistisches Bundesamt



Das Stat.BA bestimmt die wesentlichen Berechnungsgrundlagen, Indexhaushalte, Warenkörbe, Basisjahr, Berichtsgemeinden und gibt die „Richtlinien“ für die P-Ermittlung heraus.

Es stellt in Zusammenarbeit mit den Automobilkonzernen Qualitätsveränderungen fest. Es führt in unbekanntem Umfang Versandhandelspreise sowie die bundeseinheitlichen Z-Preise in die Berechnungen ein.

Die Landesmeßziffern für die einzelnen Indexwaren werden mit den Bevölkerungsanteilen der Länder gewogen und zu Bundesmeßziffern zusammengefaßt.

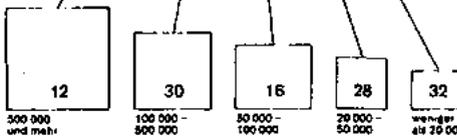
10 Statistische Landesämter zzgl. West-Berlin



Die Stat.LA sammeln und prüfen die Preismeldungen der Gemeinden. Aus den Meldungen werden einfache Landesdurchschnittspreise errechnet, gegebenenfalls „Basiskorrekturen“ vorgenommen und die Landesmeßziffern errechnet. Bis zum 25. d. Monats an das Stat.BA geleitet.

Die LA schulen die Preisermittler und Sachbearbeiter der Gemeinden. Die LA Bayern, B.-Württemberg, Hessen, NRW und Niedersachsen errechnen PI auf Landesebene.

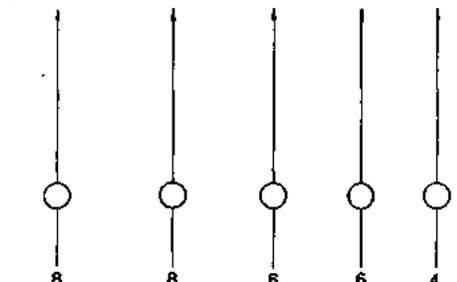
118 Berichtsgemeinden im Bundesgebiet, davon ..... in Städten mit ..... Einwohnern



Die Berichtsgemeinden wählen Preisermittler und Berichtsstellen aus. Sie übernehmen die Preismeldungen nach Prüfung in die Preiskartei, ergänzen unter Umständen fehlende Preise, nehmen Korrekturen vor und berechnen teilweise Gemeindedurchschnittspreise.

Diese sowie alle erhobenen Einzelpreise werden bis zum 18. d. Monats an die LA weitergeleitet.

Preisermittler Zahl der Berichtsstellen je Gemeinde mindestens .....



Die Preisermittler stellen zwischen dem 10. und 15. d. Monats die Preise fest. Bei ihnen handelt es sich vorwiegend um Rentner und Pensionäre, die gering entschädigt werden.

In Geschäften und Dienstleistungseinrichtungen werden monatlich d-5 Preise für die Indexwaren ermittelt.

Bei ihrer Auswahl „sind die örtlichen Kaufgewohnheiten angemessener zu berücksichtigen.“

Berichtsstellen



änderungen eine Rolle spielt.<sup>47</sup> In einem grundlegenden Aufsatz von 1956, der aufgelaufene Kritik beschwichtigte, hieß es nicht ohne Selbstgefälligkeit: „Auf die Methoden der Preiserhebungen wird in diesem Zusammenhang nicht näher eingegangen. Die in den Indexgemeinden in insgesamt bis zu 700 Geschäften (wo liegt die untere Grenze? — d. Verf.) je Ware monatlich durchgeführten Preiserhebungen sind in einer solchen Breite angelegt, daß eintretende Preisbewegungen unbedingt erfaßt werden. (Die Frage ist nur, ob sie richtig und repräsentativ erfaßt werden — d. Verf.) . . . Aufgrund der Methodik und Organisation der Preiserhebungen und der laufenden Begutachtung und Kontrolle kann als sicher gelten, daß die den Indexberechnungen zugrunde gelegten Preise das bestmögliche Material darstellen, das unter den gegebenen Umständen gewonnen werden kann.“<sup>48</sup>

Zu diesen „gegebenen Umständen“ lassen sich Anmerkungen in zehn Kritikpunkten formulieren.

1. Die in den „Richtlinien zur Verbraucherpreisstatistik“ formulierte Auflage — „Bei der Auswahl der Berichtsstellen sind die örtlichen Kaufgewohnheiten angemessen zu berücksichtigen“<sup>49</sup> — kann auf der Ebene einer einzelnen Gemeinde schwerlich erfüllt werden. Erstens sind die „örtlichen Kaufgewohnheiten“ überhaupt nicht bekannt; zweitens ist die Zahl der Berichtsstellen pro Gemeinde so niedrig, daß eine Anpassung an die Kaufgewohnheiten nur eingeschränkt möglich sein dürfte. Zur Unrepräsentativität der Ortsauswahl kommt also die der Berichtsstellen.

In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, daß die Auswertung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe von 1962/63 u. a. auch ergab, daß vor allem die Haushalte mit höherem Einkommen einen beträchtlichen Teil ihrer Einkäufe über den Großhandel und andere billigere Einkaufsquellen abwickeln.<sup>50</sup>

2. Die Warenbeschreibungen lassen häufig eine gewisse Naivität gegenüber möglichen Praktiken der Produzenten erkennen. Beispiel einer Warenbeschreibung: „Käsesahnetorte. Höhe 6 cm, Durchmesser *etwa* 28 cm.“<sup>51</sup> Was heißt „etwa“? Erwa auch 27 cm? Immerhin sinkt dann die Fläche von 616 qcm auf 573 qcm, also um rund 7 Prozent. Oder eine Warendefinition lautete bis 1974 „Heringe in Tomatensauce in Dosen zu 200 g“.<sup>52</sup> Ohne daß darauf auch nur in einer Fußnote verwiesen wurde, änderte sich das 1975 in „Heringe in Tomatensauce in Dosen zu 190—200 g“.<sup>53</sup> Ein Teil der Hersteller war offensichtlich dazu übergegangen, „klammheimlich“ bis zu 10 g weniger (immerhin 5 Prozent) in die Dosen einzupacken. Ob das von den Preisermittlern bemerkt wurde, ist zweifelhaft, zumal als Indexeinheit hier „1 Dose“ fungiert. Beispiele dieser Art gibt es weit mehr. Werden derartige Veränderungen nicht bemerkt, dann wirken sie als den realen Preisanstieg verschleiende Senkung des Preisindex. Aus gesellschaftlichen Gründen gibt es hier keine Gegen Tendenz: Es ist kaum vorstellbar, daß der Unilever-Konzern „klammheimlich“ 10 g mehr in die Heringsdosen packt.

47 *Wirtschaft und Statistik*, 10/1963, S. 594—599.

48 *Wirtschaft und Statistik*, 10/1956, S. 510.

49 *Richtlinien*, S. 14.

50 *Wirtschaft und Statistik*, 4/1966, S. 246.

51 Detaillierte Warenbeschreibungen werden in den Monatsveröffentlichungen der entsprechenden Fachserie vorgelegt.

52 *Preise und Preisindizes*, 1974, S. 49.

53 *Preise und Preisindizes*, 1975, S. 49.

3. Während in der Regel Rahmenwarenbeschreibungen ohne genaue Markenangaben bei der Preisermittlung verwandt werden, an einer einmal gewählten Marke muß dann allerdings solange wie möglich festgehalten werden, wird dieses Prinzip bei den Autos durchbrochen. Hier sind genau die Marken festgelegt. Nach Auskunft des Statistischen Bundesamtes handelt es sich hierbei um „vertrauliche Festlegungen“. Dem steht aber entgegen, daß die jeweiligen Indexautos in der Veröffentlichung des Bayerischen Statistischen Landesamtes auftauchen. Die „Geheimniskrämerei“ des Statistischen Bundesamtes<sup>54</sup> hat einen sachlichen Hintergrund. Wird doch im Zusammenarbeit mit den Automobilkonzernen festgestellt, was von den jeweiligen Preiserhöhungen als „echte“ Preiserhöhung und was als Qualitätsverbesserung einzuschätzen sei.

4. Probleme wirft auch die ungenaue Festsetzung der Erhebungszeiten auf. „Die Meldungen sollen sich auf den Preisstand vom 10. bis 15. des Monats beziehen.“<sup>55</sup> Soweit, so klar. Allerdings wird diese Klarheit sofort wieder beseitigt und der Termin weiter gesteckt: „Nur bei Gütergruppen, bei denen es normalerweise keine kurzfristigen Preisschwankungen gibt, darf die Erhebung schon vor dem 10. stattfinden.“<sup>56</sup> Davon sind lediglich die Saisonwaren ausdrücklich ausgenommen. Hier ergeben sich folgende Fragen: Auch am 5., 6. oder 7. des Monats, u. U. noch in jeder Berichtsgemeinde zu anderen Zeitpunkten? Das schränkt die zeitliche Repräsentativität der Erhebung ein und könnte von bundesweit tätigen Handelsunternehmen dazu benutzt werden, ohne eigene Einbußen in die Bewegung des Preisindex der Lebenshaltung hineinzuwirken.

5. Daß die Möglichkeit eingeräumt wird, die Preise zum Teil auch vor der Monatsmitte aufzunehmen, hängt auch mit der geringen Zahl von Preisermittlern zusammen. In Frankfurt sind es z. B. nur vier Mann, die diese Arbeit durchführen. Reflektionen über die Qualität des Interviewernetzes (wieviel Preise werden am Küchentisch fortgeschrieben?) sind angesichts des Zeitdrucks, unter der die Arbeiten durchgeführt werden und der Erhebungsmethoden durchaus angebracht, wurden aber von seiten des Statistischen Bundesamtes als wenig bedeutend eingestuft.

6. „Schließlich werden die („amtlichen“ — d. Verf.) Preiserhebungen immer in Zusammenarbeit mit den Händlern vorgenommen. Da diese — zum Teil zu Unrecht — beschuldigt werden, den Preiszuwachs organisiert zu betreiben, ist anzunehmen, daß sie die Preissteigerungen jener Artikel, die Gegenstand der Erhebung sind, nicht immer bekanntgeben.“<sup>57</sup> Ein Auszug aus einer Kritik der C.G.T. am französischen Index, die u. E. auch für die Bundesrepublik zutrifft. Hinzu kommt, daß ein erheblicher Teil der Berichtsbögen — das gilt vor allem bei Kleidung, Schuhen, Möbeln, also komplexeren Konsumgütern — von den Unternehmern bzw. ihren Vertretern selbst ausgefüllt werden und von den Preisermittlern nur abgeholt werden. Dann „kann es leicht vorkommen, daß die Preisstatistik zu einer reinen Routineangelegenheit wird, die man am einfachsten durch mechanische Fortschreibung erledigt“.<sup>58</sup> Wobei, so kann man fortführen, ein Teil der zwischenzeitlich erfolgten Preiserhöhungen unter den Tisch fällt.

54 Ähnlich auch bei anderen Waren, deren Preise zentral ermittelt werden. Insgesamt handelt es sich hierbei um einen Warenkorbanteil von gut 10 Prozent.

55 Richtlinien, S. 8.

56 Ebenda.

57 *Le Peuple*, No 888, März 1972.

58 R. Wagenführ, Lebenshaltungskosten und Lebenshaltungskostenindex, eine Kritik der amtlichen Indexziffern, in: *Mitteilungen der Abteilung Statistik und Wirtschaftsbeobachtung des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften*, Nr. 10-11-12/1948, S. 42.

7. Die Feststellung von Qualitätsveränderungen und ihre Verknüpfung mit der Preisentwicklung gehört zu den „haarigsten“ Problemen der Preisstatistik, da der Gebrauchswert von Waren nur mit Hilfe von Hilfskonstruktionen quantifiziert werden kann. Die ungenügende Berücksichtigung von Qualitätsverbesserungen in der Preisstatistik der Bundesrepublik würde laut *R. Kregel* zu einem in der Realität nicht in diesem Umfang vorhandenen Anstieg des Preisindex der Lebenshaltung führen: „Der Index übertreibt um jährlich ein bis zwei Prozent“<sup>59</sup>, was von *E. Linhart* für den Preisindex der Lebenshaltung bestritten wird.<sup>60</sup>

Zwei Preisstatistiker aus der DDR kommen zu dem Ergebnis, daß die häufig angewandte Methode des Statistischen Bundesamtes, bei der Neueinführung von Waren eine im großen und ganzen proportionale Entwicklung von Qualität und Preis anzunehmen, zu einer Verringerung der tatsächlichen Preissteigerungen führe.<sup>61</sup>

Schließlich räumt das Statistische Bundesamt selbst ein, daß es hier bedeutende Probleme gibt. Die Preisstatistiker „sind leider auch nicht in der Lage, die Höhe des Fehlers, der durch ungenügende Ausschaltung von Qualitätsveränderung verursacht wird, genau anzugeben. Wenn sie das könnten, würden sie ihn auch ausschalten“.<sup>62</sup>

Häufig weicht das Statistische Bundesamt hier aus, indem einfach die Preise für das alte und neue Gut miteinander verkertert werden. Beispiel:

*Tabelle 7: Verbraucherpreise für Waschmaschinen*

Zeitpunkt	Alte Ausführung Rührwerkssystem		Neue Ausführung Trommelsystem	
	DM	Meßziffer	DM	Meßziffer
1958 Jahresdurchschnitt	584,17	100	(707,43)	100
1961 Dezember	583,—	99,8	706,—	99,8
1962 Januar	ausgeschieden		711,—	100,5

Quelle: *Wirtschaft und Statistik*, H. 10/1963, S. 595.

Es fand also eine Verbrauchsumschichtung von Waschmaschinen mit Rührwerk zu Trommelwaschmaschinen statt. Um die alte Preisreihe fortführen zu können, wurde für die neue Waschmaschine ein fiktiver Basispreis errechnet. Es wurde angenommen, daß die Preiserhöhung von 583 DM auf 706 DM (+ 123 DM, + 21 Prozent) voll durch die bessere Qualität der Trommelwaschmaschine abgedeckt sei. Abgesehen davon, daß der alte Typ Waschmaschine überhaupt vom Markt verschwand — der neue Typ also gekauft werden mußte —, bleibt die Hauptfrage, ob der höhere Preis der neuen Maschine voll durch eine Erhöhung des Gebrauchswertes abgedeckt war. Das ist anzuzweifeln.

Beispiel Nr. 2: Werden in einer Wohnung Lärmstopfen eingebaut, deren Kosten

59 R. Kregel in „Wirtschaftswoche“ vom 9. 10. 1970, S. 377 ff.

60 E. Linhart in „Wirtschaftswoche“ vom 16. 10. 1970, S. 43 ff.

61 G. Heske und B. Nieradt, Westdeutscher Preisindex für die Lebenshaltung nach dritter Berechnungsumstellung aussagekräftiger? In: *Statistische Praxis*, Nr. 3/1965, S. 180 ff.

62 *Wirtschaft und Statistik*, 10/1963, S. 595.

anschließend auf die Miete umgelegt werden, dann geht das Statistische Bundesamt davon aus, daß es sich hierbei um eine reine Qualitätsverbesserung handelt. U. E. ist das aber nicht zulässig, weil dem Einbau eine ständige Verschlechterung der Wohnqualität durch wachsenden Straßenlärm vorausgegangen war.

Ausführlich über die vielfältigen Bemühungen des Statistischen Bundesamtes Qualitätsveränderungen zu berücksichtigen, wenn sich dadurch der Anstieg des Preisindex der Lebenshaltung abbremsen läßt, wurde auf der bereits erwähnten Tagung des Statistischen Beirats am 7./8. Mai 1963 gesprochen. In dem im Anschluß an diese Tagung erschienenen Artikel wird sehr offen argumentiert.

Denn selbst „Fälle, in denen eine Qualitätsveränderung nicht erkannt worden ist, (werden) weitgehend dadurch ausgeglichen, wenn nicht manchmal sogar überkompensiert, daß auch in den Fällen, in denen eine Preiserhöhung zwar nicht ganz, aber als überwiegend durch Qualitätsverbesserung begründet bezeichnet wird (und die Wahrscheinlichkeit für die Richtigkeit dieser Angabe spricht), die Preiserhöhung in vollem Umfang als qualitätsbedingt herausgerechnet wird“.<sup>63</sup>

Außerdem müsse schließlich „bedacht werden, daß neben Qualitätsverbesserungen, die teilweise in den Index einfließen können, auch Qualitätsverschlechterungen unbenutzt vorkommen und jene z. T. aufwiegen“.<sup>64</sup>

Hier wird im Grunde gesagt: Wenn die Angaben der Unternehmer über die qualitätsbedingten Gründe von Preissteigerungen nicht allzu plump sind, dann hat überhaupt keine Preissteigerung stattgefunden (wenn „die Wahrscheinlichkeit für die Richtigkeit dieser Angabe spricht“), was objektiv aber nicht durch eigene Untersuchungen geprüft wird.<sup>65</sup> Im Hinblick auf die Qualitätsverschlechterungen wird angedeutet, daß die Unternehmen darüber in der Regel nichts berichten. Sie fallen nur auf, wenn der Preis sinkt, was sehr selten der Fall ist.

Es spricht einiges dafür, daß durch die Art der Behandlung von Qualitätsveränderungen eine ständige Tendenz in Richtung einer Senkung des Preisindex der Lebenshaltung wirksam wird.

8. Auf der Ebene der Berichtsgemeinden sind zwei weitere Festlegungen zu nennen, die dazu beitragen, den Preisindex der Lebenshaltung niedrig zu halten bzw. ihn hinter dem realen Preisanstieg hinterherhinken zu lassen.

— Wenn ein Gut vorübergehend nicht im Angebot ist, „so kann der Preisermittler im allgemeinen den zuletzt angegebenen Preis auch für den laufenden Monat nochmals einsetzen“.<sup>66</sup>

— Bei einem Berichtsstellenwechsel oder quantitativen Änderungen einer Preisrepräsentante oder einer Änderung in den Handels-, Liefer- und Zahlungsbedingungen dürfte die Feststellung vergleichbarer Vormonatspreise im allgemeinen nicht schwierig sein. „Sollten in diesen Fällen dennoch einmal Informationen über die tatsächlichen Vormonatspreise fehlen, kann behelfsweise unterstellt werden, daß der ‚vergleichbare Vormonatspreis‘ mit dem laufenden Preis identisch ist, daß also keine echte Preisbewegung stattgefunden hat.“<sup>67</sup>

63 Ebenda, S. 598 (Unterstreichung durch d. Verf.).

64 Ebenda.

65 Das Statistische Bundesamt arbeitet nicht mit der Stiftung Warentest zusammen.

66 Richtlinien, S. 16.

67 Richtlinien, S. 17.

9. Probleme ergeben sich auch bei den „Sonderangeboten“. Zwar klingt die Anweisung an die Preisermittler recht eindeutig: „Sonderangebote sind nur dann zu berücksichtigen, wenn es sich um genau die gleiche Ware (mit unveränderter Qualität) handelt, auf die sich der im letzten Monat in der betreffenden Berichtsstelle erhobene Preis bezog. Bei der geringsten Abweichung muß der Sonderangebotspreis unberücksichtigt bleiben.“<sup>68</sup> Man vermißt aber doch präzise Hinweise etwa, daß bei verderblichen Nahrungsmitteln streng darauf zu achten ist, daß das Verfallsdatum nicht näher gerückt ist. Unsere Frage, ob „es nicht eine Tendenz zur wachsenden Bedeutung von Sonderangeboten ohne Qualitätsverminderung (etwa der ‚Winterschlußverkauf‘ nach Weihnachten)“ gäbe, wurde auf der Ebene der Berichtsgemeinde (Frankfurt) und des Statistischen Landesamtes (Hessen) als Problem benannt, über das auch auf höherer Ebene diskutiert werde. Beim Statistischen Bundesamt wurde das Problem aber als eher gering eingestuft. Da es sich bei diesen Waren aber um solche handelt, die nur im Berichtskreis G (teilweise nur in „K“) in ihrer Preisbewegung beobachtet werden, diese Art von „Schlußverkäufen“ aber in den großen Städten überdurchschnittliche, zunehmende Bedeutung hat, wird auch in diesem Fall der Preisindex ein weiteres Mal „gedrückt“.

10. „Bei der Berechnung der Preismeßzahlen für den Preisindex der Lebenshaltung im Bundesgebiet werden die Meßzahlen der Länder durch Gewichtung mit den Anteilssätzen der Bevölkerungszahlen zum Bundesergebnis zusammengefaßt. Die behelfsmäßige Gewichtung durch Bevölkerungszahlen setzt allerdings voraus, daß sie auch den Anteilen des privaten Verbrauchs entsprechen, denn letzterer wäre die zweckmäßige Gewichtung. Mangels geeigneter Zahlenunterlagen für die einzelnen Waren und Leistungen des Warenkorbts muß darauf verzichtet werden, zumal die Gewichtung mit Bevölkerungsanteilen der Länder als durchaus plausible Methode zu werten ist.“<sup>69</sup>

Die Kritik an dieser Vorgehensweise läßt sich in einem Hauptpunkt zusammenfassen. Die Wägung mit den Bevölkerungsanteilen mag im Falle des Index für alle privaten Haushalte als Hilfskonstruktion angemessen sein. Für die übrigen vom Statistischen Bundesamt berechneten Indizes müßte, da es für diese Haushaltstypen ja auch spezifische Warenkörbe gibt, die Wägung mit den Länderanteilen der entsprechenden Haushaltstypen bzw. sozialen Gruppen erfolgen. Die Wägung mit den Bevölkerungsanteilen der Länder ist auch deshalb problematisch, weil etwa im Falle des Berichtskreises K nur ausgewählte Großstädte Berichtsgemeinden sind.

### Veränderungen bei den Indexberechnungen?

Die Verfasser der hier in kleinen Ausschnitten vorgestellten IMSF-Studie sind sich dessen bewußt, daß es „unter den gegebenen Umständen“ und bei den angewandten Methoden der Preisermittlung sehr schwierig ist, ein allseits anerkanntes Meßinstrument der Preisentwicklung vorzulegen. Vom Statistischen Bundesamt dürfte man aber unter diesen Umständen erwarten, daß es seinen eigenen Berechnungen kritischer gegenübersteht und ihre methodischen Probleme offener als bisher diskutiert. Außerdem scheint es an der Zeit, die öffentliche Diskussion über moderne Verfahren der Preiserhebung zu führen.

In diesem Zusammenhang ist auch das Problem von Repräsentativerhebungen zu se-

68 Richtlinien, S. 7.

69 Danner, Berechnungsverfahren, S. 30.

hen, die allerdings von seiten des Statistischen Bundesamtes u. a. aus Gründen des Arbeitsaufwandes skeptisch, ja ablehnend eingeschätzt werden. Zu ihren Befürwortern zählt *Deneffe*, der früher die preisstatistische Abteilung beim Statistischen Bundesamt geleitet hat.

Während *Deneffe* in einer früheren Veröffentlichung das Problem sehr vorsichtig anspricht: „Von vornherein (läge) angesichts der außerordentlich großen Zahl von laufend sich vollziehenden Kaufakten die Anwendung des Repräsentativverfahrens nahe“<sup>70</sup>, stellt er wenig später fest: „Eine erhebliche Verbesserung der Methodik der Preisstatistik ist mit der Einführung eines angemessenen Repräsentationsverfahrens anstelle des jetzt praktizierten willkürlichen Auswahlverfahrens möglich. Eine Systematik für die zufällige Auswahl von Kaufkontrakten für die einzelnen interessierenden Märkte und Sortimente aufzubauen, stellte bei den heute erreichten theoretischen Erkenntnissen und Auswahltechniken keine nennenswerte Schwierigkeit dar. Es ist hier nicht der Ort, Einzelheiten eines solchen Erhebungssystems für Kaufkontrakte auf der Basis einer zufallsgesteuerten Auswahl zu entwickeln; sicher ist, daß ein solches System mit einem zu rechtfertigenden Aufwand möglich ist und weit bessere Resultate der Preisstatistik liefern würde als bisher.“

Diese Daten würden nämlich nicht nur aus Preisangaben, sondern auch aus Angaben über die Zahl der Kaufkontrakte und über die Mengen der umgesetzten Güter (und Dienste) nach Art und Qualität bestehen und damit im zeitlichen und regionalen Vergleich wichtige zusätzliche Aufschlüsse liefern. So könnte dann für jede Ware ein Durchschnittspreis als gewogenes arithmetisches Mittel mit einer den Marktvorgängen angemessenen Mengengewichtung (Umsätze statt Einwohnerzahlen; d. Verf.) berechnet werden. Darüber hinaus ließe sich der in diesem Zusammenhang meist noch aussagekräftigere häufigste Preis (verstanden als derjenige, zu dem die größte Menge gekauft, oder auch als derjenige, zu dem die meisten Kaufkontrakte abgeschlossen wurden) sichtbar machen. Außerdem könnten Streuungsangaben vermittelt und schließlich auch die möglichen Fehlerbereiche der gewonnenen Zahlen genannt werden.“<sup>71</sup>

70 P. Deneffe, Artikel „Preisstatistik“ im Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. 8, Stuttgart 1964, S. 513.

71 P. Deneffe, Zum Preisbegriff und zur Methodik der Preisstatistik, in: Umriss einer Wirtschaftsstatistik, Festschrift für Paul Flakämper zur 80. Wiederkehr seines Geburtstages, a. a. O., S. 188.

# Entwicklungstendenzen der Arbeitsbedingungen und -belastungen in der Bundesrepublik

Klaus Priester

1. Arbeitsbedingungen als Forschungsgegenstand — 2. Indikatoren für die Entwicklung der Arbeitsbedingungen — 3. Ist die Arbeit „leichter“ geworden? — Anhang: Statistische Materialien zu Arbeitsbedingungen und -belastungen in der BRD

## 1. Arbeitsbedingungen als Forschungsgegenstand

Die derzeit — und 1973/74 vor dem Beginn der Krise noch stärker — geführte Diskussion um Möglichkeiten und Grenzen einer „Humanisierung der Arbeit“ in der Bundesrepublik<sup>1</sup> kann als Reflex auf bestimmte, gesellschaftspolitisch relevante Fragestellungen und Probleme betrachtet werden, die in der Qualität der Arbeitsbedingungen selbst wurzeln.

Zwar wurde in den bisherigen Debatten über „neue Modelle der Arbeitsstrukturierung“, „menschengerechte Gestaltung des Arbeitsplatzes“ und „Menschenwürde im Betrieb“ häufig und intensiv über theoretische Konzepte und praktische Modellversuche von Unternehmern, Wissenschaftlern und Gewerkschaften gestritten<sup>2</sup>, gleichwohl ist die Basis praktischer Erfahrungen mit neuen Arbeitsstrukturen noch vergleichsweise schmal, zumal gesamtwirtschaftlich gesehen — dies gilt zumindest für die noch überschaubaren Verhältnisse in der Bundesrepublik — derartige Experimente und Modelle quantitativ, d. h. hinsichtlich der Anzahl der betroffenen Beschäftigten, kaum eine Rolle spielen.<sup>3</sup> Zumindest steht der publizistische Aufwand, der um einige solcher Experimente in großem

1 Siehe dazu dokumentierend z. B.: W. D. Winterhager, *Humanisierung der Arbeitswelt. Gesetzliche Vorschriften, Pläne, Modelle und Kontroversen*. Berlin (West) — New York 1975; F. Froemer (Hrsg.), *Arbeits-humanisierung. Eine Darstellung der Bestrebungen, die Arbeitswelt menschlicher zu gestalten*. Opladen 1975; G. Keil / A. Oster, *Humanisierung des Arbeitslebens. Eine Dokumentation*. Bad Honnef 1976.

2 Aus der Fülle der Untersuchungen, Protokolle und Analysen von Modellversuchen sei exemplarisch verwiesen auf Horst Kern u. a., *Neue Formen betrieblicher Arbeitsgestaltung. Darstellung relevanter Veränderungsprojekte in Großbritannien, Italien, Norwegen, Schweden*. Göttingen o. J. (1975); Lisl Klein, *Die Entwicklung neuer Formen der Arbeitsorganisation. Internationale Erfahrungen und heutige Problemstellungen*. Göttingen 1975; Klaus Gülden / Wolfgang Krutz / Ingrid Krutz-Ahrling, *Humanisierung der Arbeit? Ansätze zur Veränderung von Form und Inhalt industrieller Arbeit*. Berlin (West) 1973; Friedrich-Karl Maiwald, *Humanisierung der Arbeitswelt. Eine internationale Studie aus fünf Ländern*. Stuttgart o. J. (1976/77); Klaus Priester, „Humanisierung der Arbeit“ und Kapitalverwertungsinteresse. Ökonomische und ideologische Aspekte unternehmerischer „Humanisierungs“-Konzeptionen. In: *Humanisierung der Lohnarbeit? Der Kampf um die Arbeitsbedingungen*. (Argument-Sonderband 14). Berlin (West) 1977, S. 130—155. Rationalisierungs-Kuratorium der Deutschen Wirtschaft (RKW) (Hrsg.), *Menschengerechte Arbeit — Erfahrungsaustausch zwischen Forschung und betrieblicher Praxis. Dokumentation zum RKW-Kongress am 6. und 7. April 1976 in Essen, Gruga-Hallen*. Frankfurt/M. 1977 (2. Aufl.).

3 In diesem Sinne äußern sich auch Bärbel Kern und Horst Kern, *Krise des Taylorismus? Bemerkungen zur „Humanisierung der Arbeit“*. In: Martin Osterland (Hrsg.), *Arbeits-situation, Lebenslage und Konfliktpotential*. Festschrift für Max E. Graf zu Solms-Roedelheim. Frankfurt/M. — Köln 1975, S. 100.

Stil betrieben wird, in keinem angemessenen Verhältnis zu deren tatsächlicher Bedeutung, und man gewinnt zunehmend den Eindruck, als solle mit der Propagierung „neuer Modelle der Arbeitsstrukturierung“ bewußt von der tatsächlichen Beschaffenheit der Arbeitsbedingungen in der Bundesrepublik abgelenkt werden.<sup>4</sup>

Die Rückführung der „Humanisierungs“-Diskussion auf ihren eigentlichen Ausgangspunkt, nämlich die Beschaffenheit und Entwicklungstendenzen der Arbeitsbedingungen und die daraus resultierenden Anforderungen an Gesundheit und Qualifikation der abhängig Beschäftigten, ist dringend notwendig, damit erst einmal die analytischen Grundlagen für die weitere Beschäftigung mit Modellen „humanisierter“ Arbeit geschaffen werden. Das Problem stellt sich um so vordringlicher, als wir bis heute nur sehr wenig aussagekräftiges Datenmaterial besitzen, das Auskunft über die *Entwicklung* und die *erreichten Standards* im Bereich der Arbeitsbedingungen geben kann. Zu wissen, wie viele Arbeiter, Angestellte und Beamte unter welchen konkreten, die Arbeits- und Lebenssituation prägenden und beeinträchtigenden Bedingungen arbeiten müssen und wie diese einzelnen Faktoren miteinander vermittelt sind, ist unabdingbare Voraussetzung für jegliche „Humanisierungs“-Diskussion: Denn erst die genaue Analyse der die Arbeitsbedingungen bestimmenden Faktoren kann Aufschluß darüber geben, wo Strategien zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen anzusetzen haben und auf welchen Teilgebieten Veränderungen am dringlichsten sind.

„Humanisierung der Arbeit“ im Sinne einer tatsächlichen Verbesserung der Arbeitsbedingungen muß von den Interessen der abhängig Arbeitenden ausgehen und nicht auf Initiative von Unternehmern und im Interesse effizienterer Rationalisierungs- und Arbeitsintensivierungsmethoden. Daß letzteres häufig versucht wird, läßt sich an einer Reihe entsprechender „humanitärer“ Initiativen aus dem Unternehmerlager nachweisen.<sup>5</sup> Sogar die von der Bundesregierung eingesetzte „Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel“ konnte in ihrem Schlußgutachten formulieren: „Neuere Modelle der Arbeitsstrukturierung, die zum Teil von den bisherigen Methoden der Rationalisierung und Intensivierung der Arbeit abgehen, haben für weitere Überlegungen an Bedeutung gewonnen. Es hat sich zum Beispiel bei einer Erweiterung von Einflußmöglichkeiten der Beteiligten auf bestimmte Arbeitsbedingungen und veränderte Kombinationen von Arbeitsaufgaben gezeigt, daß bisher wenig genutzte Leistungspotentiale und Rationalisierungsréserven erschlossen werden können. Zum Teil lassen sich so auch Konflikte und Schwierigkeiten vermeiden, die bei der Anwendung von traditionellen Rationalisierungstechniken zu erwarten wären.“<sup>6</sup>

Die bisherigen Versuche der Darstellung und Analyse der Veränderung der Arbeitsbedingungen in der Bundesrepublik haben, bis auf wenige Ausnahmen, den Zusammenhang zwischen Kapitalverwertungsinteressen der Unternehmer und der jeweils konkreten

4 Hierauf verweist etwa der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter, wenn er erklärt, daß „derartige Experimente und Techniken (...) nur allzuleicht den Blick auf die eigentlichen Ursachen und auf die Entwicklungstrends, die zur Verschärfung der Arbeitsbedingungen führen“, verschleiern. (Heinz Oskar Vetter, Referat. In: Ders. [Hrsg.], *Humanisierung der Arbeit als gesellschaftspolitische und gewerkschaftliche Aufgabe*. Protokoll der Konferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes vom 16. und 17. Mai 1974 in München. Frankfurt/M. — Köln 1974, S. 28.)

5 Vgl. etwa K. Priester, „Humanisierung der Arbeit“ und Kapitalverwertungsinteresse, a. a. O.

6 *Wirtschaftlicher und sozialer Wandel in der Bundesrepublik Deutschland*. Gutachten der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel, Göttingen 1977, S. 426 (Ziffer X/19).

Ausformung der Arbeitsbedingungen nicht berücksichtigt. Dieser Zusammenhang ist gleichwohl unverzichtbare Grundlage für die marxistische Analyse. Neuere Ansätze der Bestandsaufnahme vor allem industrieller Arbeitsbedingungen aus der Bundesrepublik beschränken sich in der Mehrzahl auf die Sammlung und Kommentierung von Datenmaterial, ohne vorher analysiert zu haben, vor welchem konkreten ökonomischen, politischen und sozialen Hintergrund sich z. B. Nacht- und Schichtarbeit, Entlohnungsformen, Arbeitszeiten usw. entwickeln.

In gewisser Weise exemplarisch für eine derartige Vorgehensweise sind die diesbezüglichen Arbeiten aus dem SPES-Projekt. Diese sozialpolitische Forschergruppe an den Universitäten Frankfurt/M. und Mannheim beschäftigt sich seit geraumer Zeit mit der Entwicklung eines „Sozialpolitischen Entscheidungs- und Indikatorensystems“ (SPES) für die Bundesrepublik. Unter anderem hat das SPES-Projekt auch Daten zur Entwicklung der Arbeitsbedingungen in der Bundesrepublik vorgelegt und ein System von Sozialindikatoren für andere Lebensbereiche entwickelt.<sup>7</sup>

Im Gegensatz zu dieser Forschungsrichtung, die sich stark an entsprechende Forschungen in den Vereinigten Staaten anlehnt<sup>8</sup>, wurden in der Vergangenheit vom Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen (SOFI) Arbeiten vorgelegt, in denen stärker der Zusammenhang von kapitalistischer Produktionsweise, ökonomischer Entwicklung und Veränderung der Arbeitsbedingungen betont wird.<sup>9</sup>

Ferner ist in diesem Zusammenhang auf eine umfassende, allerdings mehr kommentierende als analysierende Darstellung zu verweisen, die im Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) des Deutschen Gewerkschaftsbundes entstanden ist.<sup>10</sup>

Auf der Grundlage eigens zu diesem Zweck erhobener Daten hat nunmehr Ende 1977 der Soziologe V. Volkholz (inzwischen Mitglied der Dortmunder „Forschungsgruppe Arbeit und Gesundheit“) einen zusammenfassenden Bericht über „Belastungsschwerpunkte und Praxis der Arbeitssicherheit“ in der Bundesrepublik vorgelegt, der im Auftrag des

7 Siehe Eike Ballerstedt / Wolfgang Glazer, Soziologischer Almanach. Handbuch gesellschaftspolitischer Daten und Indikatoren für die Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt/M. — New York 1975, S. 261—273; Wolfgang Zapf (Hrsg.), Lebensbedingungen in der Bundesrepublik. Sozialer Wandel und Wohlfahrtsentwicklung. Frankfurt/M. — New York 1977.

8 Es handelt sich hierbei um das „social-indicator-movement“. — Siehe dazu die zusammenfassenden Übersichtsartikel von Christian Leipert, Soziale Indikatoren — Überblick über den Stand der Diskussion. In: Konjunkturpolitik 7/1973; Wolfgang Zapf, Soziale Indikatoren. In: Günther Albrecht / Hansjürgen Dahheim / Fritz Sack (Hrsg.), Soziologie. Sprache, Bezug zur Praxis, Verhältnis zu anderen Wissenschaften. René König zum 65. Geburtstag. Opladen 1974; Franz-Xaver Kaufmann, „Soziale Indikatoren“ in der Bundesrepublik Deutschland? Ein Bericht über die Sektion „Soziale Indikatoren“ der DGS. In: Zeitschrift für Soziologie 2/1974, S. 200—208; Eduardo Lawrence, Soziale Indikatoren: Kommentar und Perspektive. In: H. J. Krysmanski / Peter Marwedel (Hrsg.), Die Krise in der Soziologie. Ein kritischer Reader zum 17. Deutschen Soziologentag. Köln 1975, S. 241—260; Gotthard Bechmann, Soziale Indikatoren und politisch-administratives System. In: Axel Murswiek (Hrsg.), Staatliche Politik im Sozialsektor. München 1976, S. 35—61.

9 Siehe Martin Osterland u. a., Materialien zur Lebens- und Arbeitssituation der Industriearbeiter in der BRD. Frankfurt/M. 1973 (3. Aufl.); Ulrich Mergner / Martin Osterland / Klaus Pelte, Arbeitsbedingungen im Wandel. Eine Literaturstudie zur Entwicklung von Belastungen und Qualifikationsanforderungen in der BRD. Göttingen 1975; Otfried Miekler / Eckhard Dittich / Uwe Neumann, Technik, Arbeitsorganisation und Arbeit. Eine empirische Untersuchung in der automatisierten Produktion. Frankfurt/M. 1976.

10 Mario Helfert, Indikatoren für die Arbeitsbedingungen in der Bundesrepublik. In: Vorstand der Industriegewerkschaft Metall (Hrsg.), Krise und Reform in der Industriegewerkschaft. Band 1: Materialien der IG-Metall-Tagung vom 17. bis 19. Mai (1976) in Köln. Frankfurt/M. — Köln 1976, S. 438—511.

Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung erstellt wurde.<sup>11</sup> Dabei handelt es sich um die Zusammenfassung von Arbeits- und Forschungsergebnissen mehrerer autonomer Teilprojekte, die von Mitarbeitern einer Reihe von Universitätsinstituten in der Bundesrepublik und vom Institut für angewandte Sozialwissenschaft (Infas)<sup>12</sup> durchgeführt wurden. Mit dieser Studie (und den noch zu veröffentlichenden Berichten über die einzelnen Teilprojekte<sup>13</sup>) liegt nunmehr erstmals für die Bundesrepublik ein repräsentativer Überblick über den derzeitigen (1975) Entwicklungsstand der Arbeitsbedingungen und die Häufigkeit und Verteilung von Arbeitsbelastungen auf die Gruppen von Erwerbstätigen vor.<sup>14</sup>

Ohne den hohen wissenschaftlichen — und hoffentlich auch praktischen — Wert gerade dieser Untersuchung unterschätzen zu wollen, muß dennoch festgestellt werden, daß bis heute zusammenfassende Arbeiten über die langfristige *Entwicklung* der Arbeitsbedingungen in der Bundesrepublik, in denen etwa über die bloße Kommentierung von amtlichem Datenmaterial für einzelne Wirtschaftszweige und Teilbereiche der Arbeitsbedingungen hinausgegangen und die gewonnenen Ergebnisse mit theoretischen Annahmen und empirischen Belegen über die ökonomische und technisch-organisatorische Entwicklung in Verbindung gebracht würden, weitgehend fehlen.<sup>15</sup>

Dies mag nicht zuletzt auf die über weite Strecken mangelhafte Datenlage und die Komplexität des Untersuchungsfeldes zurückzuführen sein.<sup>16</sup>

Konkreter ausgedrückt: Solange es in der Bundesrepublik zwar möglich ist, statistische Angaben über die Anzahl der allmonatlich eingelegten Bruteier und ausgeschlüpften Küken zu machen, solange man zwar den Veröffentlichungen der Statistischen Ämter die regelmäßigen Veränderungsraten des bundesdeutschen Obstbaumbestandes oder der beschränkten bzw. unbeschränkten Bahnübergänge entnehmen kann, *regelmäßige und verlässliche* Erhebungen über den Umfang z. B. der Nacht- und Schichtarbeit sowie ande-

11 Siehe Volker Volkholz, *Belastungsschwerpunkte und Praxis der Arbeitssicherheit*. Zusammenfassender Bericht. Bonn 1977.

12 Infas hatte bereits im Dezember 1973 eine Untersuchung zur „Qualität des Arbeitslebens“ publiziert, für die 1972/73 in Repräsentativerhebungen Daten gesammelt wurden. Im Unterschied zu der 1975er Erhebung, die bisher noch nicht vollständig veröffentlicht wurde (lediglich Teilergebnisse sind bekannt), waren die damals erhobenen „sozialen Kennziffern zu Arbeitszufriedenheit und Berufschancen“ (so der Untertitel der Studie) nicht so tiefgreifend und instruktiv wie die nun ausschnittsweise veröffentlichten. — Siehe Axel R. Bunz / Rolf Jansen / Konrad Schacht (Infas), *Qualität des Arbeitslebens, Soziale Kennziffern zu Arbeitszufriedenheit und Berufschancen*. Bonn 1973.

13 Davon liegt bereits vor: Gine Elsner, *Lärmquellen und Möglichkeiten ihrer Bekämpfung im Urteil von Betriebsräten und Arbeitnehmern*. Bonn 1977.

14 Allerdings liegt in der Studie von Volkholz der Schwerpunkt auf der Darstellung der erreichten Standards im Bereich der Arbeitsbedingungen. Der zeitliche Entwicklungsaspekt und die Veränderungstendenzen bleiben weitgehend unberücksichtigt, was natürlich der Tatsache geschuldet ist, daß es sich hierbei eben um die Auswertung einer einmaligen statistischen Erhebung, also um eine Momentaufnahme handelt.

15 Eine Ausnahme hiervon bildet die Arbeit von Mergner/Osterland/Pelke, a. a. O.

16 Auf Datenlücken und unzureichende statistische Angaben im Bereich der Arbeitsbedingungen verweist auch etwa Siegfried Balduin. Er meint, daß zur bewußten Gestaltung der Arbeitsorganisation und zur Einflußnahme auf die Konstruktion technischer Aggregate von gewerkschaftlicher Seite Leitlinien und Standards entwickelt werden müßten. Hierzu und „um gezielte Gegen- und Abwehrmaßnahmen einleiten und ergreifen zu können, sind u. a. weit exaktere und umfassendere Informationen erforderlich, als sie bislang zur Verfügung stehen. (...) Einer der nächsten Schritte müßte sich u. a. darauf konzentrieren, solche Informationen zu beschaffen bzw. ihre Sammlung in die Wege zu leiten.“ (Siegfried Balduin, *Humanisierung der Arbeit als gewerkschaftliche Aufgabe*. In: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 3/1974, S. 181 f.)

re, die tatsächliche Qualität der Arbeitsbedingungen belegende Daten aber weitgehend fehlen, so lange wird man kaum zu vollständig empirisch abgesicherten Bestandsaufnahmen der Arbeitsbedingungen in der Bundesrepublik kommen und die Entwicklungen auf diesem Gebiet erfassen können.<sup>17</sup>

Das IMSF hat nun eine erste Arbeit zu diesem Themenkomplex vorgelegt, mit der der sicherlich ergänzungsbedürftige und diskutierenswerte Versuch einer Zusammenstellung und Analyse von Daten über die konkrete Wirklichkeit industrieller Arbeitsbedingungen in der BRD und gewerkschaftlicher Forderungen und Vorstellungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen unternommen wird.<sup>18</sup>

Aufgabe der Studie war es, anhand vorliegender Daten die Entwicklung ausgewählter Indikatoren für die Arbeitsbedingungen und die durch sie geprägten Anforderungen und Belastungen zu skizzieren. Dabei wurde von der Arbeitshypothese ausgegangen, daß sich die Belastungen im Bereich der industriellen Tätigkeiten im Verlauf der Nachkriegsentwicklung zumindest nicht verringert, wahrscheinlich aber erhöht haben. Dies sollte anhand geeigneter Indikatoren für die Gesamtarbeitsbelastung (u. a. Arbeitsunfälle, Berufskrankheiten und Invaliditätsraten) belegt werden.

Die folgenden Ausführungen basieren zum Großteil auf dieser Untersuchung, fassen wichtige Ergebnisse zusammen und aktualisieren sie in einigen Bereichen.

## 2. Indikatoren für die Entwicklung der Arbeitsbedingungen

In Anbetracht der gebotenen Kürze können im folgenden nur einige thesenhafte Anmerkungen zu den groben Entwicklungstrends ausgewählter Indikatoren für die Arbeitsbedingungen gemacht werden, die helfen sollen, die in *Tabelle 1* (im Anhang) zusammengestellten empirischen Befunde zu erläutern.

Hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die gesundheitlichen Belastungen sind es vor allem drei Aspekte der Arbeitsbedingungen, die näher betrachtet werden müssen:

Zum *ersten Komplex* gehören die Bedingungen, unter denen die unmittelbare Arbeitsaufgabe erledigt wird. Dabei ist wichtig zu wissen, wie weit Formen restriktiver Arbeit verbreitet sind und welche Belastungen mit ihnen verbunden sind. Mit der Organisa-

17 So erhebt das Statistische Bundesamt monatlich (!) den Schweinebestand, die Zahl der eingelegten Bruteier, geschlüpften Küken und des geschlachteten Geflügels, die Fangmengen der Hochsee- und Küstentischerei in der BRD einschließlich Berlin (West). Ferner veröffentlichte das Statistische Bundesamt 1978 z. B. Daten über den Anbau von Baumobst (gegliedert nach dem Alter der Bäume), den Rindvieh- und Schafbestand im Juni 1978 sowie den Pferde-, Schaf-, Ziegen-, Geflügel- und Bienenvölkerbestand im Dezember 1977. (Vgl. dazu *Wirtschaft und Statistik* 7/1978, S. 421\*.)

Wichtig zu wissen für den Benutzer des Statistischen Jahrbuchs der BRD scheint es auch zu sein, welchen jährlichen Veränderungsraten der Bestand an Bahnübergängen im Bereich der Deutschen Bundesbahn und der nichtbundeseigenen Eisenbahnen — selbstverständlich gegliedert in solche mit und ohne Schranken und Blinklichter — unterworfen ist. (Statistisches Bundesamt: *Statistisches Jahrbuch 1977 für die Bundesrepublik Deutschland*, Stuttgart - Mainz 1977, S. 259.) — *Wie viele Erwerbspersonen in der BRD, gegliedert nach Wirtschaftszweigen, Stellung im Beruf, Alters- und Einkommensklassen, Tätigkeitsmerkmalen usw. in den Jahren 1970 bis 1977 aber Nacht-, Schicht-, Überstundenarbeit, verbunden mit wie vielen und welchen weiteren Arbeitsbelastungen, leisteten, ist den Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes dagegen weder regelmäßig noch überhaupt zu entnehmen.*

18 Siehe Eberhard Dähne / Klaus Priester, *Arbeitsbedingungen und gewerkschaftlicher Kampf. Materialien zur Entwicklung der Arbeitsbedingungen und zur Diskussion um die „Humanisierung der Arbeit“ in der Bundesrepublik*. Frankfurt/M. 1978 (IMSF-Informationsbericht 20).

tion eines großen Teils industrieller Arbeitertätigkeiten — und seit einiger Zeit auch von Angestelltentätigkeiten — als repetitive Teilarbeiten in engem Zusammenhang steht die Entwicklung der verschiedenen Entlohnungssysteme. Hierbei interessieren besonders die Verbreitung von Leistungslohnsystemen und deren Auswirkungen als Arbeitsbelastungen.

Zum *zweiten Komplex* belastungsrelevanter Einflüsse sind die aus der nicht-menschengerechten Gestaltung von Arbeitsmitteln und -gegenständen sowie aus der Arbeitsumgebung resultierenden schädigenden Einflüsse auf die Beschäftigten zu zählen.

Schließlich werden als *dritter Komplex* die Arbeitszeitregelungen sowohl hinsichtlich der Lage als auch der Dauer der Arbeitszeit in ihrer Entwicklung skizziert.

### Formen des Arbeitsvollzugs

Unter Belastungsgesichtspunkten interessiert hinsichtlich der quantitativen Verbreitung und Bedeutung unterschiedlicher Formen des Arbeitsvollzugs in erster Linie die Verteilung der abhängig Beschäftigten auf Arbeitsplätze, an denen *repetitive Teilarbeiten* geleistet werden müssen. Arbeitszerlegung bis ins Detail und taktgebundene Arbeit drücken sich einmal — in ihrer deutlichsten Form — als *Fließbandarbeit* aus. Die genaue Zahl der Fließbandarbeiter in der BRD ist, da regelmäßige statistische Erhebungen darüber fehlen, nicht bekannt. Nach nichtamtlichen Angaben, die auf statistischen Erhebungen des Allensbacher Instituts für Demoskopie vom August 1972 beruhen, waren zu diesem Zeitpunkt fast 700 000 Arbeiter am Fließband tätig. Davon waren fast zwei Drittel Frauen.<sup>19</sup>

In extremem Maße belastende Tätigkeiten in Form repetitiver Teilarbeit und einfacher Handarbeit reichen jedoch über die reine Fließbandarbeit hinaus. Taktgebundene und anderweitig monotoniefördernde Arbeiten finden sich ebenfalls auf höheren Mechanisierungsstufen in der materiellen Produktion und zunehmend auch im Angestelltenbereich.

1970 leisteten in der Bundesrepublik ca. 45 Prozent aller in der Herstellung beschäftigten männlichen Arbeiter überwiegend Handarbeit. An Halbautomaten und Automaten arbeiteten dagegen erst rund 8 Prozent. Von fast 4,1 Mio. Arbeitern in der Herstellung waren dies 1,8 bzw. 0,3 Mio. Personen.<sup>20</sup>

Weitere Einblicke in die Verteilung der Arbeiter auf die unterschiedlichen Mechanisierungsstufen und Arbeitsplatztypen in der Industrie ergeben sich aus den industriesoziologischen Untersuchungen von *Kern* und *Schumann*.<sup>21</sup> Danach üben in diesem Kernbereich der Produktion noch fast 30 Prozent aller Arbeiter einfache, repetitive Teilarbeit aus, die mit steigendem Mechanisierungsgrad unter kapitalistischen Bedingungen auch nicht gänzlich abgeschafft, sondern vielmehr als Teilfunktionen in den automatisierten Bereichen wieder neu eingerichtet werden.<sup>22</sup> Weiterhin leisten nach *Kern* und *Schumann* noch

19 Ebenda, S. 22; Ingrid Mollwo / Irmgard Holzbauer, Frauen und Arbeitsmarkt. Ausgewählte Aspekte der Frauenerwerbstätigkeit. (Quintessenzen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Band 4.) Nürnberg 1976, S. 34.

20 Vgl. Lothar Schuster, Zur Struktur der männlichen Arbeiterschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Aus der Untersuchung des IAB über Berufsverläufe. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 2/1974, S. 104.

21 Siehe Horst Kern / Michael Schumann, Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein. Frankfurt/M. 1970 (2 Bde.).

22 Vgl. ebenda.

rund 16 Prozent der erfaßten Arbeiter eher traditionelle Maschinenarbeit, etwa 27 Prozent arbeiten in von der Automation erfaßten Bereichen.<sup>23</sup>

Die Ergebnisse einer Mikrozensus-Zusatzerhebung des Statistischen Bundesamtes vom Juli 1969 allerdings zeigen, daß die vorstehenden Angaben von Kern und Schumann etwas verzerrt sind: Es ergibt sich nämlich aus den amtlichen Daten, daß erst rund 14 Prozent der Arbeiter an halb- und vollautomatischen Fertigungsanlagen und Maschinen arbeiten, der Anteil der Arbeiter in eher „traditionellen“ Arbeitsvollzügen demnach noch höher liegen muß<sup>24</sup>

Auch im Bereich der kaufmännischen und verwaltenden Tätigkeiten machen sich infolge stärker betriebener Rationalisierung Arbeitszerlegung und -zergliederung seit einiger Zeit stärker bemerkbar. In der BRD konzentriert sich gegenwärtig die Bürorationalisierung auf die Zerlegung komplexer Arbeitsaufgaben in einfache Teilaufgaben. Im Bereich der Textverarbeitung zeichnet sich ein Trend zur Zentralisierung der Schreibdienste ab, wodurch schätzungsweise 200 000 Schreibkräfte in Zukunft eingespart werden können. Auf diese Weise entstehen Bedingungen, wie wir sie in der Produktion vom Fließband her kennen, so daß man durchaus von einer kommenden „Verakkordisierung“ des Bürosprechen kann.

Die Arbeitszerlegung dürfte jedoch augenblicklich im Angestelltenbereich erst am Anfang ihrer Entwicklung stehen. Vergewagt man sich, daß z. B. die Tätigkeit eines traditionellen Sachbearbeiters im Büro in sehr viele unterschiedliche Teiltätigkeiten zergliedert werden kann — also etwa Telefonieren, Ablage, Besprechungen mit Kollegen und Vorgesetzten, Kontakte mit Besuchern, Besorgen von Arbeitsmaterialien, Bearbeitung von komplexeren Vorgängen (die wiederum unterteilbar sind) —, dann werden die Möglichkeiten zur Schematisierung von Teiltätigkeiten erst im vollen Ausmaß deutlich.<sup>25</sup> Nach entsprechenden Schätzungen sollen rund 60 Prozent der Büroarbeit aus Routinetätigkeiten, also aus solchen Tätigkeiten, die sich in regelmäßigen Abständen wiederholen, bestehen.<sup>26</sup>

Anhaltspunkte für die Verbreitung und Entwicklung monotoniefördernder oder -erzeugender Tätigkeiten geben die von Infas erhobenen Daten aus den Jahren 1972/73 und 1975.<sup>27</sup> Danach gaben im Juli/August 1975 fast 23 Prozent der Erwerbsbevölkerung in der Bundesrepublik an, „immer wieder den gleichen Arbeitsgang möglichst schnell durchführen“ zu müssen; das sind (hochgerechnet) 6,1 Mio. Personen. Deutlich überdurchschnittlich betroffen von Monotonie am Arbeitsplatz sind die Arbeiter: 34 Prozent von ihnen gaben Monotonie als für ihre Arbeit zutreffende Arbeitsbedingung an, wobei die an- und ungelerten Arbeiter (die z. B. den überwiegenden Teil der Fließbandarbeiter ausmachen) mit 42 Prozent nochmals deutlicher betroffen waren als die Facharbeiter (29 Prozent). In der gleichen Befragung gaben fast 15 Prozent der Erwerbsbevölkerung (3,9 Mio. Personen) an, bei ihrer Arbeit „ununterbrochen und konzentriert auf den gleichen Vor-

23 Vgl. ebenda, Bd. II, S. 128 f.

24 Vgl. IMSF, Klassen- und Sozialstruktur der BRD 1950—1970, Teil II: Sozialstatistische Analyse. Frankfurt/M. 1973, S. 182 f.

25 Vgl. Annegret Köchling / Andreas Drinkuth, Das Großraumbüro — Eine Arbeitgeberstrategie der Bürorationalisierung. Stuttgart 1977 (2. Aufl.), S. 6.

26 Vgl. W. Sämman, Rationalisierung der Büroarbeit als Zukunftsaufgabe. In: REFA-Nachrichten 6/1970, S. 423.

27 Vgl. zu den folgenden Daten — sofern nicht anders angegeben — Volkholz, a. a. O.; Elsner, a. a. O.; *Tabelle 3* im Anhang zu diesem Aufsatz.

gang blicken und beobachten" zu müssen. Auch hierbei waren die Arbeiter insgesamt (19 Prozent) und darunter die an- und ungelerten Arbeiter (26 Prozent) gegenüber der übrigen Erwerbsbevölkerung deutlich überdurchschnittlich betroffen.

Interessante Entwicklungstendenzen offenbart der Vergleich zweier Infas-Erhebungen aus den Jahren 1972/73 und 1975. Danach gaben als „eher schlechte und störende“ Seite ihres derzeitigen Arbeitsplatzes die Variablen „Monotonie“ bzw. „keine Abwechslung“ 1972/73 noch rund 18 Prozent aller „Arbeitnehmer“ (18 Prozent der einfachen/mittleren Angestellten, 15 Prozent der Facharbeiter, 26 Prozent der an- und ungelerten Arbeiter) an; dagegen waren es 1975 nur noch 16 Prozent aller „berufstätigen Arbeitnehmer insgesamt“ (13 Prozent der einfachen/mittleren Angestellten, 14 Prozent der Facharbeiter und 25 Prozent der an- und ungelerten Arbeiter).<sup>28</sup>

Diese Daten zugrunde gelegt, wäre die Monotonie am Arbeitsplatz innerhalb von 2 bis 3 Jahren also leicht zurückgegangen; immerhin wären jedoch noch ca. 3,6 Mio. abhängig Beschäftigte 1975 monotonen Arbeitsbedingungen unterworfen gewesen und hätten diese als störend empfunden. Betrachtet man allerdings die entsprechenden Daten für die Berufstätigen insgesamt (die Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen sind darin offenbar eingeschlossen), dann zeigt sich dagegen gewachsene Kritik am Arbeitsplatz aufgrund von Routinearbeit und fehlender Abwechslung (1972: 13 Prozent, 1975: 18 Prozent). (Tabelle 5 im Anhang)

Heute kann keineswegs davon gesprochen werden, daß körperliche Schwerarbeit und einseitig belastende Tätigkeiten aus dem Produktionsprozeß verschwunden sind. „Die Annahme, auf dem heutigen Niveau der Produktionstechnik gehöre körperliche Schwerarbeit mit extremen muskulären Belastungen und schädlichen Umgebungseinflüssen mehr oder weniger der Vergangenheit an, ist falsch. (...) In den arbeitsintensiven Bereichen der Industrie, wo Tätigkeiten der Maschinenbedienung, der Fließband- und Taktarbeiten sowie der Mehrstellenarbeit vorherrschen, hat die muskuläre Belastungskomponente — zumeist im Sinne einseitiger Belastungen — durch die hohe Arbeitsgeschwindigkeit und gesteigerte Leistungsnormen ihre Bedeutung für die Gesamtbelastung der Arbeiter nicht nur behalten, sondern in vielen Fällen sogar verstärkt.“<sup>29</sup>

Schätzte *Hettinger* 1971, körperliche Schwer- und Schwerstarbeit würde nur noch von ca. 1,5 Mio. bis 2 Mio. Beschäftigten in der BRD geleistet<sup>30</sup>, so verweisen die neueren (empirisch abgesicherten) Daten der Infas-Erhebung auf einen weit größeren Kreis von Schwerarbeitern und einseitig Belasteten. Die Daten in den *Tabellen 1, 2, 3 und 5* zeigen, daß mehr als 40 Prozent der Facharbeiter und jeder fünfte Berufstätige insgesamt die körperliche Anstrengung bei der Arbeit kritisieren, fast ein Siebtel der Erwerbstätigen mit schweren Lasten umgehen müssen und jeder 13. Erwerbstätige in der BRD mit schwerem Werkzeug hantieren muß. Insgesamt dürfte sich die Zahl der *physisch* stark beanspruchten Beschäftigten also zwischen 2 Mio. und fast 5 Mio. Personen bewegen, wobei berücksichtigt werden muß, daß die Zahl der darüber hinaus in starkem Maße *psychisch* beanspruchten noch weitaus höher liegen dürfte: Einen Anhaltspunkt dafür bieten die 6,8 bis 9,4 Mio. Erwerbstätigen, die angeben, durch die Arbeit nervlich belastet bzw. „gestreßt“ zu werden.

28 Vgl. *Tabelle 2* im Anhang.

29 Michael Schumann, Bestandsaufnahme, Analyse und Entwicklungstrends im Produktionsbereich. In: *Vetter* (Hrsg.), a. a. O., S. 44.

30 Vgl. Theodor Herringer, Stärker belastet als ein Fußballstar. In: *Der Gewerkschafter* 5/1971.

## Entlohnungsformen

Die Entwicklung der *Entlohnungsformen* hängt eng mit technischen und organisatorischen Rationalisierungsmaßnahmen zusammen. Die Veränderung der Grundlagen der Entlohnung und der Lohnformen selbst vollzieht sich aber nicht einfach nur im Gefolge des technisch-organisatorischen Wandels und als dessen sichtbarer Ausdruck. Sondern zugleich weisen veränderte Lohnfindungs- und Entlohnungsmethoden auf neue Arbeitsanforderungen und -belastungen hin.

Die verstärkte Anwendung von Leistungslohnsystemen bedeutet für die Beschäftigten eine weitere Intensivierung der Arbeitsverausgabung. Bereits *Marx* formulierte: „Daß der Arbeiter aber auch wirklich mehr Arbeitskraft flüssig macht, dafür sorgt das Kapital durch die Methode der Zahlung.“<sup>31</sup>

Insgesamt zeichnet sich in der BRD eine Tendenz zur Ausbreitung der Leistungsentlohnung ab, die sich zwar langsam, aber stetig vollzieht. Besonders zwischen 1966 und 1972 hat der Anteil der Leistungslöhner, also der nach Akkord und Prämie entlohnnten Arbeiter, an allen Arbeitern sprunghaft zugenommen.

Bei den männlichen Arbeitern liegt dieser Anteil etwa bei einem Drittel aller Arbeiter, bei den weiblichen bei mehr als zwei Fünfteln. Unter den männlichen Arbeitern hat der Anteil der Leistungslöhner in allen Leistungsgruppen zugenommen, am deutlichsten unter den am wenigsten qualifizierten Arbeitern. Bei den Arbeiterinnen hat der Leistungslohn ebenfalls am meisten unter den unqualifizierten zugenommen. Heute kann man davon ausgehen, daß fast 40 Prozent aller Arbeiter und mehr als 50 Prozent aller Arbeiterinnen ganz oder teilweise im Akkord- und Prämienlohn (Mischlöhner eingeschlossen) arbeiten.<sup>32</sup>

Mit der weiteren Ausbreitung leistungs- und ergebnisbezogener Entlohnungsformen werden sich zukünftig auch die Arbeitsbelastungen weiter verschärfen. Wenn auch beim Akkord leicht rückläufige Tendenzen festzustellen sind, so darf mit Sicherheit ein stärkeres Ansteigen der Prämienentlohnung erwartet werden. Die Tendenz dürfte dabei zu einer immer stärkeren Reglementierung der Zeitlohnarbeit gehen, wobei der Zeitlohn mit den unterschiedlichsten Leistungszulagen, die nicht einmal tarifvertraglich abgesichert sein müssen und jederzeit wieder zurückgenommen werden können, gekoppelt wird.

Prämienentlohnung wird zunehmend auch im Angestelltenbereich eingeführt, vor allem in zentralen Schreibdiensten von Unternehmen und Behörden, wo sich die Höhe der Prämie dann etwa nach der Zahl der erbrachten Anschläge pro Zeiteinheit beim Maschineschreiben richtet. Auch in der Datenverarbeitung, z. B. an Arbeitsplätzen von Locherinnen und Prüferinnen, wird zunehmend häufiger zur Prämienentlohnung übergegangen.

## Arbeitsumgebungseinflüsse

Die *unmittelbare Arbeitsumgebung und ihre Gestaltung* spielen für die Kapitalisten eine prinzipiell den Verwertungsinteressen untergeordnete Rolle. Bei der Konstruktion von Maschinen, der Einrichtung von Werkshallen und Büros werden klimatische, akustische, optische und ähnliche Einflüsse nur insofern berücksichtigt, als von ihnen Wirkun-

31 Karl Marx, Das Kapital, Erster Band. In: Marx/Engels, Werke Bd. 23, Berlin 1966, S. 433.

32 Siehe Dähne/Priester, a. a. O., S. 26.

gen auf das individuelle Leistungsniveau der Beschäftigten ausgehen, als es die Art der Produktion notwendig macht oder gesetzlich bzw. anderweitig festgelegte Mindestnormen existieren.

Über die genannten Arbeitsumgebungseinflüsse und ihre Wirkungen auf die Gesundheit der Menschen liegen zwar viele arbeitswissenschaftliche und arbeitsmedizinische Erkenntnisse vor; kaum aber ist etwas über die tatsächliche quantitative Verbreitung dieser Einflüsse an Arbeitsplätzen in der BRD bekannt.

Allerdings konnten in jüngster Zeit aus verschiedenen Untersuchungen erste Anhaltspunkte gewonnen werden. So gab in einer Befragung von 4000 Arbeitern und Angestellten durch das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung aus dem Jahre 1975<sup>33</sup> mehr als die Hälfte der Befragten an, in einem gut gestalteten Arbeitsplatz eines der wichtigsten Kriterien für die allgemeine Arbeitszufriedenheit zu sehen. Allerdings wird gleichzeitig von einem Drittel der Befragten die räumliche Enge des Arbeitsplatzes beklagt, von einem Viertel ein unbequem gestalteter Arbeitsplatz. Jeder sechste Befragte bezeichnet die Körperhaltung, in der er zu arbeiten gezwungen ist, als ungünstig.<sup>34</sup> Jeder zweite Beschäftigte beklagt das Fehlen körpergerechter Arm- und Fußstützen, und an mehr als 50 Prozent der Arbeitsplätze, an denen diese für erforderlich gehalten werden, fehlen sie entweder oder sind nicht körpergerecht angebracht. Von nur kleineren Beschäftigtengruppen werden die Gestaltung von Werkzeugen und Geräten und die Betätigung von Bedienungselementen, die Höhe der Arbeitsfläche usw. bemängelt.

Diese Umfrageergebnisse sind insofern interessant, als sie zeigen, daß bei großen Teilen der Beschäftigten einseitige Arbeitsbelastungen noch gesenkt werden könnten, ohne daß in der Regel teure Investitionen notwendig wären. Zugleich zeigen diese Daten aber auch, daß durch an sich vermeidbare Belastungsformen, wie z. B. unnatürliche Körperhaltung, selbst bei verhältnismäßig leichter körperlicher Arbeit Beanspruchungen auftreten können, die langfristig gesundheitliche Schäden zur Folge haben.

Neben der Gestaltung von Arbeitsmaschinen und -geräten selbst spielen die klimatischen, optischen und akustischen Arbeitsumgebungsbedingungen eine wichtige Rolle als Belastungsfaktoren. Wie aus den *Tabellen 1 und 3* ersichtlich, kommt den Faktoren Lärm, Hitzearbeit, Arbeit im Freien und offenen Hallen, Zugluft, Staub, Nässe, Rütteln/Vibrieren, Gestank / giftige Gase, Beleuchtung und Kältearbeit große quantitative Bedeutung als Belastungsmomenten zu. Nicht umsonst stellen die arbeitsbedingten Lärmerkrankungen (Lärmschwerhörigkeit und Lärmtaubheit) auch einen Großteil der jährlich gemeldeten Berufskrankheiten dar, die ständig weiter anwachsen. Daneben kommt insbesondere den berufsbedingten Hauterkrankungen, der Silikose (Quarzstaublunge), Infektionskrankheiten, Meniskusschäden und Erkrankungen der Sehnscheiden als häufigsten Berufskrankheiten Bedeutung zu.

Gravierende Mißstände deckte eine Umfrage des Deutschen Gewerkschaftsbundes unter 45- bis 65jährigen Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten im Jahre 1973 auf. Dabei stellte sich heraus, daß sich die Befragten am häufigsten über die Lärm-, Licht- und hy-

33 Vgl. zu den folgenden Ausführungen: Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.), *Wo drückt uns der Schuh? Arbeitnehmer in Bayern beurteilen ihre Arbeitswelt*. München o. J. (1976).

34 Aus den Infas-Daten in *Tabelle 3* ergibt sich ein prozentual kleinerer Kreis durch „Zwangshaltung“ Betroffener. Allerdings liegt der Anteil bei den Arbeitern allein mit 13 Prozent deutlich über dem Durchschnitt für alle Erwerbstätigen. (Vgl. Elsner, a. a. O., S. 21.)

gienischen Verhältnisse an ihren Arbeitsplätzen beklagten. Besonders unter Arbeiterinnen standen diese direkt arbeitsplatzbezogenen Fragen unmittelbar hinter der am stärksten kritisierten Arbeitshetze im Mittelpunkt der vielfältigen Begründungen für die geäußerte Überforderung bei der Arbeit.<sup>35</sup>

Große Mängel in der Gestaltung der direkten Arbeitsumgebung belegte auch die bereits erwähnte Umfrage des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung. Danach geben rund 30 Prozent der Befragten an, ihr Arbeitsraum erhalte nicht genügend Tageslicht, die Hälfte der Befragten hält die Belüftung ihres Arbeitsraums nicht für ausreichend, und jeder neunte Befragte gibt an, daß sein Arbeitsbereich nicht geheizt werden kann.<sup>36</sup>

Aus einer 1977 vom Verband der Metallindustrie in Baden-Württemberg publizierten Untersuchung<sup>37</sup> über die Gestaltung der Arbeitsbedingungen in 92 Betrieben mit insgesamt rund 68 000 Beschäftigten geht hervor, daß lediglich in 52 Prozent der untersuchten Betriebe die Beleuchtungsmöglichkeiten als „den Anforderungen entsprechend“ bezeichnet werden können, in jedem fünften Betrieb die Lufttemperatur nicht den Anforderungen entspricht und in mehr als einem Viertel der Betriebe die Be- und Entlüftungsverhältnisse nur als teilweise befriedigend anzusehen sind.

Hinsichtlich der Verbreitung gefährlicher Arbeitsstoffe wurde festgestellt, daß in 53 Prozent der Betriebe Hitze, Gase, Dämpfe und Rauch als Belastungen auftreten. Aber lediglich in 36 Prozent der untersuchten Betriebe werden Beschäftigte an Arbeitsplätzen, an denen Rauch, Gase und Dämpfe arbeitserschwerend auftreten, regelmäßig und gezielt arbeitsmedizinisch untersucht. Zusammenfassend wird festgestellt, daß nur bei einem Drittel der untersuchten Firmen die Berücksichtigung ergonomischer Erkenntnisse bei der Gestaltung von Einzelarbeitsplätzen aufgrund eines systematischen Gesamtkonzepts, bei etwa einem Siebtel der Betriebe bei der Gestaltung ganzer Arbeitsbereiche erkennbar ist.

Die Ergebnisse dieser und anderer Untersuchungen zeigen, daß im Bereich der Gestaltung der unmittelbaren Arbeitsumgebung noch beträchtliche Mißstände zu beseitigen sind, bevor von menschengerechten Arbeitsbedingungen gesprochen werden kann. Insgesamt kann davon ausgegangen werden, daß gesundheitsschädigenden Arbeitsumgebungseinflüssen im Prozeß fortschreitender Mechanisierung und Automatisierung zwar langfristig eine geringere Bedeutung zukommt, daß sie aber heute — und wahrscheinlich auch noch mittelfristig — noch ein großes Problem darstellen.

### Arbeitszeitregelungen

Der Gestaltung der *Arbeitszeit* kommt hinsichtlich der Belastungsentwicklung in doppelter Weise große Bedeutung zu, sowohl was die Länge der Arbeitszeit als auch was deren Dauer betrifft: Einmal wird durch die Länge der Arbeitszeit der zeitliche Rahmen gesetzt, in dem sich bestimmte Arbeitsbedingungen als Belastungen auswirken können. Zum zweiten stellen Länge und Lage der Arbeitszeit selbst Faktoren dar, die belastend, belastungsverschärfend bzw. belastungsmindernd wirken können. Der empirische Beweis für

35 Siehe dazu: *Frauen und Arbeit* 2—3/1974, S. 11 ff.

36 Vgl. Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, a. a. O., S. 38 ff.

37 Siehe Verband der Metallindustrie Baden-Württemberg (Hrsg.), *Untersuchung zur menschengerechten Arbeitsgestaltung*. Stuttgart 1977 (vervielf. Manuskript.).

die Gültigkeit dieser Zusammenhänge ist durch zahlreiche arbeitswissenschaftliche und arbeitsmedizinische Untersuchungen erbracht: So der Zusammenhang von Arbeitszeitdauer und Unfallgefährdung und -häufigkeit, Arbeitszeitdauer und Erkrankungshäufigkeit usw.

Wenn wir zunächst die Entwicklung der *tariflichen Arbeitszeit* betrachten, dann ist hierbei zu berücksichtigen, daß diese Größe lediglich Aufschlüsse über die von den Gewerkschaften erkämpfte, tarifvertraglich normierte Arbeitszeitdauer geben kann, jedoch nichts über die tatsächlich geleistete Arbeitszeit aussagt. Zwischen beiden bestehen beträchtliche Differenzen.

Der generelle Durchbruch zur 40-Stunden-Woche gelang den Gewerkschaften in den meisten Wirtschaftszweigen erst in den siebziger Jahren. Allerdings muß angemerkt werden, daß außerhalb der Industrie zum Teil bis heute noch keine derartigen Arbeitszeitverkürzungen erreicht sind: So arbeitete etwa in der Landwirtschaft, wo 1966 erst die 46-Stunden-Woche erreicht wurde, auch 1976 noch mehr als die Hälfte der abhängig Beschäftigten mehr als 44 Stunden pro Woche — Mehrarbeitsstunden nicht eingerechnet.

Nach Berechnungen des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) des Deutschen Gewerkschaftsbundes war zum 31. 12. 1976 für rund 92 Prozent aller Beschäftigten die 40-Stunden-Woche tarifvertraglich vereinbart. Allerdings muß hierzu angemerkt werden, daß diese Angaben nur für die Bereiche gelten, für die auch Tarifverträge zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden vereinbart waren.

Die tarifvertraglich vereinbarte Wochenarbeitszeit kann durch *Mehrarbeitsstunden* (Überstunden) verlängert werden. Die Entwicklung der Mehrarbeitsstunden steht in engem Zusammenhang mit der konjunkturellen Entwicklung, der jeweiligen betrieblichen und Branchensituation. Ferner bestehen Zusammenhänge zwischen Einkommenshöhe und Überstundenarbeit: Schlechter verdienende Beschäftigte leisten durchschnittlich mehr Überstunden als besser verdienende.<sup>38</sup>

Überstunden werden auch noch in Zeiten wirtschaftlicher Krisen geleistet: „Während Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit zunehmen, stagniert oder steigt die Arbeitszeit der voll Arbeitenden.“<sup>39</sup> Betrug die durchschnittlich wöchentlich von den Industriearbeitern geleistete Mehrarbeitszeit im Jahre 1974 3 Stunden, so ging sie bis Juli 1976 um nur 0,4 auf durchschnittlich 2,6 Stunden zurück. Die Zahl der Arbeitslosen stieg dagegen zwischen 1974 und 1976 um mehr als eine halbe Million Personen an.

Überstundenarbeit wird von den Beschäftigten, gerade in wirtschaftlichen Krisenzeiten, nicht nur wegen (oftmals nur geringfügig) höherer Einkommen geleistet; vielmehr wirkt sich hierbei die disziplinierende Funktion der Krise auf die Arbeitenden aus. „Die Überarbeit des beschäftigten Teils der Arbeiterklasse schwellt die Reihen ihrer Reserve, während umgekehrt der vermehrte Druck, den die letztere durch ihre Konkurrenz auf die erstere ausübt, diese zur Überarbeit und Unterwerfung unter die Diktate des Kapitals zwingt.“<sup>40</sup>

Die 40-Stunden-Arbeitswoche stellt in der Bundesrepublik also eher die Ausnahme als die Regel dar. Mindestens 4 Mio. Erwerbstätige arbeiten sogar normalerweise 45 und mehr Stunden wöchentlich.

38 Vgl. Kaspar Maase, *Arbeitszeit — Freizeit — Freizeitpolitik*. (IMSF-Informationsbericht 27.) Frankfurt/M. 1976, S. 24.

39 Ebenda, S. 27.

40 Marx, a. a. O., S. 665.

Während die tarifliche und die geleistete Arbeitszeit in ihrer Länge in der Vergangenheit verkürzt werden konnten, haben die Unternehmer über die Intensivierung der Arbeit durch technische und organisatorische Rationalisierung zumindest einen Teil der durch Arbeitszeitverkürzungen erzielten Belastungsminderungen wieder kompensieren können.

Zu den Maßnahmen, die der besseren Kapitalverwertung und der Erhöhung der Umschlaggeschwindigkeit des Kapitals dienen und die sich gleichzeitig belastungserhöhend für die Beschäftigten auswirken, gehören *Schicht- und Nachtarbeit*. Mit diesen verbunden werden muß die *Sonn- und Feiertagsarbeit*, die in vielen Fällen unmittelbare Folge des Schichtbetriebes ist.

Die Zahl der Schichtarbeiter, unabhängig davon, ob Nacht- oder Tagschicht gearbeitet wurde, nahm zwischen 1960 und 1975 um 3,6 Mio. Personen oder 164 Prozent zu, während die Gesamtzahl der Erwerbstätigen um fast 1 Mio. Personen oder 3,5 Prozent zurückging. 1975 arbeitete jeder vierte Erwerbstätige in der BRD in Schicht, 1960 erst jeder zwölfte. 1,9 Mio. Personen, das sind 31 Prozent aller Schichtarbeiter (1975), leisteten nachts Schichtarbeit. Die Zahl der Nachtarbeiter beträgt heute — nach unterschiedlichen Angaben — zwischen 2,3 und 3,1 Mio. Personen. An Sonn- und Feiertagen arbeiten fast 5 Mio. Erwerbstätige.

Die Ursachen für den Anstieg des Anteils der Beschäftigten mit Schicht-, Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit, der sich ohne entschiedene gewerkschaftliche Gegenwehr zukünftig weiter fortsetzen wird, liegen zum überwiegenden Teil in den kapitalistischen Bestrebungen zur optimalen Nutzung der Produktionskapazitäten rund um die Uhr. Hierbei beschränkt sich die Nachtarbeit (als Beispiel) nicht auf technisch nicht abstellbare Arbeitsprozesse, sondern sie wird darüber hinaus in vielen Fällen auch in solchen Wirtschaftszweigen und Produktionsanlagen geleistet, wo Arbeitsunterbrechungen während der Nachtstunden technisch zwar möglich, aber unter Gesichtspunkten der Maximierung des Profits ökonomisch für den Einzelkapitalisten nicht sinnvoll wären.

Die Problematik der Schicht- und Nachtarbeit besteht für viele Beschäftigte oftmals darin, daß sie auf Lohnzuschläge durch Nachtarbeit angewiesen sind. Häufig werden zwar die mit solchen Arbeitszeitregelungen verbundenen gesundheitlichen Risiken von den Beschäftigten erkannt, oftmals besteht für sie aber keine Möglichkeit, auf andere Arbeitsplätze auszuweichen. Finanzielle Anreize bewirken ein übriges.

Da Schicht- und Nachtarbeit auch zukünftig nicht gänzlich abzubauen sein werden, wengleich die gewerkschaftlichen Bestrebungen dahin gehen, sie einzuschränken und von behördlichen Sondergenehmigungen abhängig zu machen, wird sich die gewerkschaftliche Politik in diesem Bereich verstärkt darauf zu richten haben, bessere Freizeit- und Urlaubsregelungen, medizinische Versorgung und Überwachung und gegebenenfalls Altersbegrenzungen für Nacht- und Schichtarbeit, gekoppelt mit Abkommen über Besitzstandsicherung bei Versetzung auf andere Arbeitsplätze, für Schichtarbeiter durchzusetzen.

### 3. Ist die Arbeit „leichter“ geworden?

Aus den skizzierten Entwicklungstendenzen kann nicht abgeleitet werden, daß die Arbeitsbedingungen durchgängig und für alle Gruppen der abhängig Beschäftigten grundlegend verbessert worden sind. Vielmehr kann demgegenüber allenfalls von einer Verla-

gerung von Belastungen, also einem tendenziellen Abnehmen körperlicher bei gleichzeitigem, wahrscheinlich stärkerem Anwachsen psychosozialer Belastungen, gesprochen werden.

Als Indiz für die wachsende Bedeutung psychischer Belastungen bei der Arbeit können die in den Infas-Untersuchungen von 1972/73 und 1975 deutlich an der Spitze der Belastungsskala stehenden Variablen „nervliche Belastung“ und „Hektik/Zeitdruck“ bzw. „Streß“ und „Monotonie“, die jeweils von großen Gruppen der Erwerbstätigen (zwischen fast 25 und mehr als 40 Prozent der Befragten) als Belastungen genannt werden, angesehen werden. (Tabelle 2)

Seit der Untersuchung von *Volkholz* ist nun für die BRD auch bekannt, wie viele und welche Belastungen bei welchen Gruppen von Erwerbstätigen gehäuft auftreten. (Tabelle 4)

Die durchschnittliche Belastungshäufigkeit lag 1975 für alle Erwerbstätigen bei 2,52, bei den Abhängigen bei 2,63, bei den männlichen Arbeitern sogar bei 4,12. Auf den Durchschnitt der männlichen Arbeiter in der BRD trafen demnach mehr als vier der in *Tabelle 3* genannten Belastungen zu. Mindestens eine Belastung nannten 18,5 Mio. Erwerbstätige, rund 4 Mio. Erwerbstätige gaben sechs und mehr Belastungen an. Selbst wenn man davon ausgeht, daß es sich hierbei „nur“ um von den Befragten subjektiv empfundene Belastungen handelt, muß ihre Verbreitung — besonders unter den abhängig Beschäftigten — erschrecken: Rechnet man nur die Extremgruppen mit 6 und mehr Belastungen hoch, dann ergibt sich: 3,7 Mio. von rund 22,3 Mio. abhängig Erwerbstätigen insgesamt (rund 17 Prozent) und 2,7 Mio. von 10,9 Mio. Arbeitern (rund 25 Prozent) haben in der BRD unter extrem schlechten Arbeitsbedingungen zu leiden. Dagegen geben nur 29 Prozent der abhängig Erwerbstätigen an, bei ihrer Arbeit keinen Belastungen ausgesetzt zu sein.

Die genannten Daten vermögen freilich lediglich den gegenwärtigen Zustand grob zu beschreiben, nicht jedoch die mittel- oder langfristigen Entwicklungstendenzen der durch den Arbeitsvollzug verursachten Gesamtarbeitsbelastung empirisch abzusichern. Hierzu wurden in der Vergangenheit von verschiedenen Autoren Indikatoren entwickelt, die mehr oder minder aussagekräftig sind: so etwa Fluktuations- und Absentismusraten, Krankenstandsziffern, Berufskrankheiten- und Arbeitsunfallzahlen, Invaliditätsraten und Sterblichkeits- bzw. Lebenserwartungsziffern. „Ihre Veränderung ist zwar auch durch die Veränderung von Bedingungen mitverursacht, die nicht unmittelbar mit Arbeitsbelastungen in Zusammenhang gebracht werden können — von Grippewellen bis zur Entwicklung der medizinischen Wissenschaft, von Veränderungen gesetzlicher Normierungen bis zum ‚Gesundheitsbewußsein‘ einer Gesellschaft oder Gesellschaftsschicht und seinen Wandlungen. Doch läßt sich von ihnen trotzdem, wenn schon nicht auf die absolute Höhe der Gesamtbelastung, so doch zum einen zumindest auf ihre Veränderung im Zeitablauf und zum anderen auf arbeitsbedingte Unterschiede in der Gesamtbelastung schließen, der unterschiedliche Beschäftigtengruppen unterliegen.“<sup>41</sup>

Am Beispiel der Entwicklung der Arbeitsunfälle, Berufskrankheiten und der Frühinvalidität soll dies konkretisiert werden.

41 Ulrich Mergner, Tendenzen der Belastungsentwicklung in der industriellen Arbeit. Aspekte des Verhältnisses von Arbeit und Gesundheit. In: *Medizinsoziologische Mitteilungen* (Frankfurt/M.) 3/1978, S. 22.

## Arbeitsunfälle

Die langfristige Entwicklung der Arbeitsunfälle in der BRD<sup>42</sup> (Tabellen 6 und 7) zeigt zwischen 1949 und 1961, dem bisherigen Höhepunkt der Unfallentwicklung in der BRD, zunächst steigende, danach — mit Unterbrechungen — fallende Tendenz. Dabei sind in allen Gruppen von Unfallversicherungsträgern langfristige Rückgänge zu verzeichnen, wenn man die extrem niedrigen Zahlen vom Ende der vierziger / Anfang der fünfziger Jahre, die auf statistische Unzulänglichkeiten, aber auch andere Faktoren zurückzuführen sein mögen, außer acht läßt. Allerdings vermögen die absoluten Unfallzahlen (Tabelle 6) lediglich einen ersten Eindruck von den Größenordnungen zu vermitteln, mit denen wir es zu tun haben. Um zu aussagekräftigen Ziffern zu gelangen, müssen diese Zahlen ins Verhältnis zur Zahl der jeweils Beschäftigten bzw. Versicherten gesetzt werden. Die amtliche Statistik hat sich dafür den fiktiven „Vollarbeiter“ geschaffen, der — ermittelt aus der Versichertenanzahl oder der Zahl der geleisteten Arbeitsstunden — den zeitlichen Umfang der jährlichen Beschäftigung berücksichtigen soll. Auch die Häufigkeitsziffern je 1000 Vollarbeiter können nur grobe Entwicklungstendenzen verdeutlichen, da die Berechnung der Vollarbeiter-Zahlen bei den einzelnen Berufsgenossenschaften (Träger der Unfallversicherung) uneinheitlich ist.

Betrachtet man die Entwicklung der angezeigten Arbeitsunfälle unter diesen Vorbehalten, dann lassen sich die folgenden groben Tendenzen ausmachen: Für die Unfallversicherungsträger insgesamt nehmen die relativen Häufigkeiten zwischen 1949 und 1961 um 93 Prozent zu — verdoppeln sich also fast —, um danach bis 1976 wieder um 36 Prozent zu fallen. Während allerdings bis 1961 konstant Zuwächse zu verzeichnen waren, verläuft die Entwicklung seitdem differenzierter. Was sich bei den absoluten Zahlen bereits andeutete, nämlich ein kontinuierlicher Rückgang der Unfälle von 1961 auf 1967, kommt in den Relativzahlen noch deutlicher zum Ausdruck: Zwischen 1961 und dem Krisentiefpunkt 1967 gehen die Arbeitsunfälle je 1000 Vollarbeiter um 24 Prozent zurück. Nach kurzem Anstieg zwischen 1968 und 1970 (+ 2 Prozent) ist seit 1971 schließlich wiederum ein Rückgang festzustellen (1971/1976: —20 Prozent), der sich seit dem Beginn der gegenwärtigen Krise 1973/74 beschleunigt hat. Zwischen 1949 und 1976 sind die Arbeitsunfälle je 1000 Vollarbeiter aber immer noch um 23 Prozent gestiegen! Lediglich in den Jahren 1949 bis 1951 lag die Zahl der angezeigten Arbeitsunfälle je 1000 Vollarbeiter niedriger als heute. Von einem langfristigen Rückgang der Arbeitsunfälle, bezogen auf die Zahl der jeweils Versicherten bzw. Vollarbeiter, kann demnach nur unter Vorbehalten gesprochen werden.

Die drastischen Unfällrückgänge in den Jahren 1967 und 1974/75 verweisen auf die Abhängigkeit der Unfallanzeigen von der ökonomischen Entwicklung. Einmal ist verständlich, daß sich mit konjunkturbedingten Beschäftigungsrückgängen auch die Zahl der potentiell Unfallgefährdeten und damit die Zahl der Arbeitsunfälle selbst verringert. Darüber hinaus muß aber angenommen werden, daß in Krisenzeiten aus Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes Arbeitsunfälle in verstärktem Maß nicht angezeigt werden. Als diese Annahme verstärkendes weiteres Indiz mag der statistisch nachweisbare, krisenbedingte deutlich niedrigere Krankenstand gelten.<sup>43</sup>

42 Vgl. zum folgenden Abschnitt Dähne/Priester, a. a. O., S. 79 ff.; Klaus Priester, Zur Entwicklung der Arbeitsunfälle in der Bundesrepublik. Ergebnisse einer Analyse der amtlichen Unfallstatistik. In: Jahrbuch für kritische Medizin, Band 3. (Argument-Sonderband 27). Berlin (West) 1978. S. 131—151.

Deutlicher als für die Gesamtheit der Unfallversicherungsträger kommen die genannten Tendenzen in den Daten für die gewerblichen Berufsgenossenschaften, in deren Bereich sich etwa 80 Prozent der angezeigten Arbeitsunfälle ereignen, zum Ausdruck. Eine ähnliche Entwicklung, wenn auch mit leichten zeitlichen Verschiebungen und einem geringeren Rückgang der Unfallhäufigkeit von 1961 auf 1976 (— 11 Prozent), zeigt sich für die Eigenunfallversicherungsträger (öffentlicher Dienst, Post, Bahn). Dagegen fällt die Entwicklung im landwirtschaftlichen Bereich völlig aus dem Rahmen: Wo die Statistik der absoluten Unfallzahlen einen Rückgang vorspiegelt, haben wir es statt dessen, aufgrund stärker als die Zahl der Unfälle gesunkener Beschäftigtenzahlen, mit einem starken Anstieg der Unfallhäufigkeit seit 1961 zu tun (1961/1976: + 21 Prozent).

Bisher war nur von den *angezeigten* Arbeitsunfällen die Rede, die jedoch nur einen Teil der sich tatsächlich ereignenden Arbeitsunfälle ausmachen.

Aus den vom Statistischen Bundesamt in unregelmäßigen Abständen durchgeführten Zusatzbefragungen zum Mikrozensus verfügen wir über Arbeitsunfalldaten, die zwischen einem Drittel und vier Fünfteln über denen für die angezeigten Arbeitsunfälle liegen (*Tabelle 8*). Gleichwohl ist, die Mikrozensus-Zahlen zugrunde gelegt, ein starker Unfalrückgang seit dem Beginn der siebziger Jahre nicht zu übersehen.

Fragt man nun nach den Ursachen für den Rückgang der angezeigten Arbeitsunfälle seit 1961, so wird man in zahlreichen Veröffentlichungen zumeist auf die offenbar positiven Wirkungen gesteigerter Arbeitsschutzaktivitäten des Staates und der Unternehmer verwiesen. Kaum einmal wird jedoch von offiziellen und offiziellen Stellen nach möglichen weiteren Ursachen gefragt. Damit sollen Verbesserungen auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes, die hauptsächlich unter dem Druck gewerkschaftlicher Aktivitäten vor allem in den sechziger und am Beginn der siebziger Jahre erzielt wurden, keineswegs in ihrer Bedeutung gemindert werden. Andererseits ist jedoch nicht zu übersehen, daß diese Maßnahmen nur begrenzt wirksam wurden.

Ausgehend von der Hypothese, daß der Rückgang der Arbeitsunfälle vor allem auf die Verminderung des Arbeitsvolumens und den Strukturwandel in der Wirtschaft zurückzuführen ist, haben wir versucht, erste grobe Näherungswerte für den Einfluß verschiedener „natürlicher“ Komponenten des Unfalrückgangs zu berechnen.<sup>43</sup> Die Ergebnisse in *Tabelle 9* zeigen, daß bei Berechnung von nur drei relevanten Faktoren, nämlich der Verminderung des Arbeitsvolumens, der Veränderung der Branchenstruktur (Rückgang der unfallträchtigen Bereiche) und sozialstrukturellen Verschiebungen (Verringerung des Arbeiteranteils), der Unfalrückgang von 1967 auf 1975<sup>44</sup> vollständig aus diesen objektiven Veränderungen erklärt werden kann. Hätte also 1975 die gleiche Branchen- und Sozialstruktur wie 1967 bestanden und hätte sich das Arbeitsvolumen nicht verringert, dann hätte die Zahl der angezeigten Arbeitsunfälle 1975 weitaus höher gelegen.

An der Entwicklung der Zahl der angezeigten Arbeitsunfälle allein lassen sich, vergewärtigt man sich überdies die in *Tabelle 5* enthaltenen Daten zur Unfallgefahr, die ein gestiegenes Unfallrisiko innerhalb weniger Jahre signalisieren, „humaner“ gewordene Arbeitsbedingungen und gesunkene Arbeitsbelastungen noch nicht ablesen.

43 Siehe dazu etwa Hans-Ulrich Deppe, *Medizinische Soziologie. Aspekte einer neuen Wissenschaft*. Frankfurt/M. 1978, S. 91; Karl Böker, *Entwicklung und Ursachen des Krankenstandes der westdeutschen Arbeiter*. In: *Das Argument* 69/1971, bes. S. 911 ff.

44 Vgl. dazu genauer Priester, *Zur Entwicklung der Arbeitsunfälle in der Bundesrepublik*, a. a. O., S. 140 ff.

45 Diese beiden Vergleichsjahre wurden deshalb gewählt, weil sie Krisentiefpunkte markierten.

## Berufskrankheiten

Erschreckender als die Unfallbilanz präsentiert sich die Entwicklung der angezeigten Berufskrankheiten in der BRD, die absolut und relativ seit Mitte der sechziger Jahre wieder ansteigen. (Tabelle 10)

Dazu muß angemerkt werden, „daß die Berufskrankheitenstatistik der Unfallversicherungsträger nur einen Teil der arbeitsbedingten Erkrankungen erfaßt, was sich damit erklären läßt, daß die Definition der Berufskrankheiten weniger einen medizinischen als vielmehr einen versicherungsrechtlichen Tatbestand umschreibt.“<sup>46</sup> Eine Krankheit gilt danach nur als berufsbedingt, „wenn sie auf eine Einwirkung zurückgeht, die nach den pathophysiologischen Theorien eine solche Krankheit mit hinreichender Wahrscheinlichkeit verursacht“.<sup>47</sup> Diese Kausalitätsnorm bedeutet in der Praxis den Ausschluß vieler Krankheiten aus der Entschädigungspflicht. So bleiben ein großer Teil der organischen Krankheiten, sämtliche psychosomatischen und psychischen Erkrankungen aus dem Bereich der „amtlichen“ Berufskrankheiten ausgeschlossen.<sup>48</sup>

Zwischen 1949 und 1975 wurden in der BRD etwa 950 000 Berufskrankheitsfälle gemeldet. Zwischen 1949 und 1954 stiegen sie bis auf jährlich fast 56 000 an, um danach bis 1968 wieder auf etwa 26 000 abzusinken. Seit 1968 ist wiederum eine stark ansteigende Tendenz zu verzeichnen, was zweifellos auf die wachsende Bedeutung der Lärmerkrankungen zurückzuführen ist. Weitere besonders häufig auftretende Berufskrankheiten sind z. B. Hauterkrankungen, Silikosen, Infektionskrankheiten, Sehnenscheidenerkrankungen und Meniskusschäden. Insbesondere die Wirtschaftsbereiche, in denen schwerpunktmäßig Arbeiter beschäftigt sind, wie etwa der Bergbau, die Industrie der Steine und Erden, die Eisen- und Stahlindustrie, die elektrotechnische Industrie, die chemische Industrie und die Bauwirtschaft, die etwa die Hälfte aller Beschäftigten umfassen, sind in stärkerem Maß von Berufskrankheiten betroffen als andere Wirtschaftszweige. Im Jahr 1975 entfielen auf die genannten Zweige fast drei Viertel aller gemeldeten Berufskrankheiten. Mehr als 8000 Menschen starben seit 1949 an den Folgen von Berufskrankheiten.

## Frühinvalidität

Die quantitative Entwicklung der Frühinvalidität kann hier lediglich gestreift werden. In Tabelle 11 sind die Rentenbestände der unter 65jährigen Arbeiter und Angestellten zusammengestellt. Freilich ist hieraus noch nicht das gesamte Ausmaß der Frühinvalidität erkennbar, weil Verletztenrenten infolge von erstmals entschädigten Arbeitsunfällen (Ende 1974 rund 802 000<sup>49</sup>), die die Berufsgenossenschaften bezahlen, hierin nur zum Teil erfaßt sind. Nicht enthalten sind ferner die ruhenden Renten und solche, die unmittelbar

46 Reinhold Konstanty / Edeltraut Rimmel, Arbeitsunfälle und arbeitsbedingte Erkrankungen. In: Rolf Kaskke (Hrsg.), Gesundheit am Arbeitsplatz. Reinbek 1976, S. 69.

47 Ebenda.

48 Vgl. dazu Peter Thoma, Arbeit und Krankheit. In: Brigitte Geißler / Peter Thoma (Hrsg.), Medizinsoziologie. Frankfurt/M. — New York 1975, S. 129; Konstanty/Rimmel, a. a. O., S. 79 f. Auf die Bedeutung psychischer Erkrankungen durch den Arbeitsprozeß verweist auch Christa Rebell, Sozialpsychiatrie in der Industriegesellschaft. Arbeitsbedingungen, psychische Erkrankungen und psychiatrische Versorgung. Frankfurt/M. — New York 1976, bes. S. 73—104.

49 Vgl. Arbeits- und sozialstatistische Mitteilungen 5/1975, S. 157.

von den Versicherungsträgern gezahlt werden.<sup>50</sup> Die ausgewiesenen Rentenbestände zeigen, daß es 1974 in der Bundesrepublik rund 365 000 Rentner unter 60 Jahren gab, die berufs- oder erwerbsunfähig waren und daß diese Zahl in der Altersgruppe der 60- bis 65jährigen noch einmal steil auf über 1 Million ansteigt. Das ist u. a. ein deutlicher Beleg für die Berechtigung der Forderung nach weiterer Vorverlegung der flexiblen Rentenaltersgrenze.

Für die Darstellung der quantitativen Entwicklung der Berufs- und Erwerbsunfähigkeit (BU/EU) gibt es hauptsächlich zwei Möglichkeiten. Zum einen kann der Anteil der BU/EU-Renten am gesamten *Rentenbestand*, zum anderen ihr Anteil an den *Rentenzugängen* dargestellt werden.<sup>51</sup>

Beide Arten der Darstellung enthalten freilich eine systematische Verzerrung: die Folgen des zweiten Weltkrieges, die sich in ihren Auswirkungen auf die BU- und EU-Entwicklung wegen ungenügenden statistischen Datenmaterials nur sehr schwer bestimmen lassen. Die Gruppe derer, die Kriegsverletzungen und -krankheiten erlitten hat, die noch nicht einmal nach dem Bundesversorgungsgesetz entschädigt werden müssen, wächst nur sehr langsam aus der erwerbstätigen Bevölkerung heraus.

Die Daten der *Tabelle 12* zeigen, daß die Zahl der BU- und EU-Renten zwar absolut zunimmt, ihr Anteil an allen Versichertenrenten aber abnimmt. Die denkbare Schlußfolgerung, daß dies ein Beleg für den Rückgang der Frühinvalidität sei, läßt sich leider nicht belegen. Dies würde dann gelten, wenn sich innerhalb des Rentenbestandes keine grundlegenden Strukturveränderungen vollzogen hätten, die Zugänge stets nach dem gleichen Recht erfolgt wären und die Abgänge infolge von Tod bei allen Gruppen von Rentenversicherten in der gleichen Rate erfolgen würden. Keine dieser Voraussetzungen trifft zu. Der Zugang zur Rentenversicherung wurde besonders für die über 60jährigen erleichtert. Von der bereits seit längerer Zeit bestehenden Möglichkeit, bei Arbeitslosigkeit bereits ab 60 Jahren auf Rente gesetzt zu werden, was häufig in Sozialplänen vereinbart wird, mußten immer mehr Arbeiter und Angestellte Gebrauch machen. Von Jahr zu Jahr zugenommen haben ebenfalls die Rentenbestände aufgrund der flexiblen Altersgrenze von 62 und 63 Jahren, was seit 1973 möglich ist. In der Arbeiterrentenversicherung stieg der Anteil dieser Rentenarten am gesamten Rentenbestand von 0,9 Prozent (1965) über 3,6 Prozent (1973) auf 8,5 Prozent im Jahre 1976, wobei 2,0 Prozent auf die Arbeitslosenrente für 60jährige, 0,9 Prozent auf Renten ab dem 62. und 5,6 Prozent auf Renten ab dem 63. Lebensjahr entfielen.<sup>52</sup> Wie die Daten der *Tabelle 11* gezeigt hatten, stiegen aber BU und EU gerade in der Altersgruppe der 60- bis unter 65jährigen deutlich an. Sichtbar wurde dieser Effekt auch an dem schlagartigen Rückgang des BU- und EU-Anteils an den Rentenzugängen im Jahre 1973 (vgl. *Tabelle 13*).

Die Rentenbestände haben sich außerdem durch den immer größer werdenden Anteil der Rentnerinnen, eine Folge des starken Anstiegs der Frauenerwerbsquoten, in ihrer

<sup>50</sup> Vgl. Anmerkung a zu *Tabelle 12* im Anhang.

<sup>51</sup> Zur Berechnung von Frühinvaliditätsraten sind jedoch noch andere Methoden möglich, die hier aber nicht im einzelnen ausgebreitet werden können. Allerdings stoßen solche Berechnungsversuche auf Datenlücken. Vgl. dazu Jobst Ricke / Wilfried Karmaus / Ruth Höh, Frühinvalidität — Arbeiterschicksal? Medizinalstatistische Ergebnisse über den Einfluß sozioökonomischer Faktoren auf Gesundheit und Krankheit am Beispiel der Frühinvalidität. In: Jahrbuch für kritische Medizin, Band 2. (Argument-Sonderband 17), Berlin (West) 1977, S. 149.

<sup>52</sup> Berechner nach Arbeits- und Sozialstatistik, Hauptergebnisse 1977. O. O. u. J., S. 127.

Struktur verändert. Im Jahre 1960 waren erst 1,7 Prozent des Gesamtbestandes der Arbeiterrentenversicherung Renten für weibliche Versicherte, die ab 60 Jahren Rente bezogen. Dieser Anteil betrug 1976 bereits 11,3 Prozent. Diese genannten Tendenzen zusammengekommen und die recht stabile Zugangsquote an BU- und EU-Renten führten dazu, daß der Anteil der Renten, die ab dem 65. Lebensjahr bezogen wurden, am gesamten Rentenbestand von 63 Prozent (1965) über 62 Prozent (1970) auf nur noch 54 Prozent im Jahre 1976 zurückging.<sup>53</sup>

Schließlich werden die Bestände durch die unterschiedliche Sterblichkeit der verschiedenen Kategorien von Rentenbeziehern verzerrt. Einen Hinweis darauf gibt die Zugangs- und Abgangsstatistik der Berufsgenossenschaften. Verletzte, die infolge eines Arbeits- oder Wegeunfalls oder einer Berufskrankheit erstmals entschädigt wurden, haben eine Sterberate, die weit höher als der Durchschnitt der Gesamtbevölkerung liegt.<sup>54</sup>

Es zeigt sich, daß eine Vielzahl von Faktoren den Anteil der BU- und EU-Rentenbezieher am gesamten Rentenbestand systematisch verringert.

Daß die Frühinvalidität (zumindest) nicht zurückgegangen ist, wird deshalb aus den Zugangsstatistiken eher sichtbar. Bei weitgehend unverändertem Rentenrecht zwischen 1965 und 1972 ist der Anteil der frühinvaliden Männer an allen Rentenzugängen sowohl in der Arbeiter- als auch in der Angestelltenversicherung nahezu konstant geblieben. Der Einschnitt durch die Einführung der flexiblen Altersgrenze im Jahre 1973 wird deutlich sichtbar.

Freilich sind auch vor 1973 zwei Tendenzen zu berücksichtigen, die die Zugangsquote an BU- und EU-Renten verzerren: Die Folgen des Krieges wachsen langsam aus dem Potential der Erwerbstätigen heraus, und die Möglichkeit, bei Arbeitslosigkeit bereits mit dem 60. Lebensjahr zum Rentenbezieher zu werden, wurde vor allem während und nach der Krise von 1966/67 in wachsendem Maße genutzt. Werden diese beiden Entwicklungen berücksichtigt, dann ergibt sich auch für die Zugangsstatistik, daß trotz verbesserter Rehabilitation und weiterem medizinischen Fortschritt die Frühinvalidität von der Mitte der sechziger Jahre bis 1972 leicht angestiegen ist. Über die Zeit nach 1973 lassen sich zuverlässige Aussagen erst formulieren, wenn die Daten der Rentenversicherungsträger ab 1976 ausgewertet sind.

\*\*\*

Über die in diesem Aufsatz skizzierten Entwicklungstendenzen wichtiger Indikatoren für die Arbeitsbedingungen und -belastungen läßt sich zusammenfassend festhalten:

— *Körperliche Schwer- und Schwerstarbeit* mit extremen muskulären und Arbeitsumgebungsbelastungen wird heute nach wie vor in großem Ausmaß geleistet. Zwar dürften die muskulären Belastungen in den meisten Bereichen mit steigender Mechanisierung tendenziell abnehmen, jedoch ist ein Absinken der schädigenden Arbeitsumgebungseinflüsse bisher nicht zu beobachten.

— *Einseitige Arbeitsbelastungen* treten vor allem in solchen arbeitsintensiven Industriezweigen auf, in denen Maschinenbedienung, Fließband- und Taktarbeiten sowie Mehrstellenarbeit vorherrschen. Hier haben muskuläre Belastungen ihre Bedeutung für

<sup>53</sup> Berechnet nach ebenda.

<sup>54</sup> Vgl. Dähne/Priester, a. a. O., S. 110.

die Gesamtbelastung nicht nur behalten, sondern in vielen Fällen sogar noch verstärkt. Hinzu treten bei den genannten Arbeitstypen in wachsendem Maße noch psychische Belastungen, die der geistigen Entleerung der Arbeit und Monotonieerlebnissen sowie fehlenden formellen und informellen Kontakten während des Arbeitsvollzugs geschuldet sind.

— *Neue Formen psychischer Belastungen*, teilweise als Kompensation für verringerte muskuläre Belastungen, treten im Gefolge der in Ausnutzung von Rationalisierungseffekten forcierten Nacht- und Schichtarbeit, gewachsener Arbeitsumgebungseinflüsse (vor allem Lärm) und des immer bedeutender werdenden Monotoniefaktors als Folge der Ausweitung von Kontrolltätigkeiten und Taktarbeiten auf. Allerdings muß darauf hingewiesen werden, daß die Zunahme psychischer Belastungen oftmals nicht von einer Abnahme muskulärer Belastungen um den gleichen Betrag begleitet wird, d. h. daß die Gesamtbelastung noch gesteigert wird.

Im *Angestelltenbereich* kann mit steigendem Mechanisierungs- und Automatisierungsgrad eine Tendenz zur Ausdehnung der Auslastungszeit der Anlagen und Geräte, d. h. zur Einführung oder weiteren Ausdehnung der Schichtarbeit prognostiziert werden. Die hieraus erwachsenden psychosozialen Belastungen werden mit Sicherheit, gekoppelt mit der Intensivierung der Arbeitsverausgabung, einer stärkeren Kontrolle dieser Arbeitsleistung durch die Unternehmensleitungen, der Zunahme von Routinearbeiten für einen großen Teil der Angestellten und der damit verbundenen Monotoniebelastung, das Gesamtniveau der Arbeitsbelastungen für den größten Teil der Angestellten weiter erhöhen.

Angesichts dieser Entwicklungen wird deutlich, daß der gewerkschaftliche Kampf um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, um reale „Humanisierung der Arbeit“ wichtiger Bestandteil der Gewerkschaftspolitik der nächsten Jahre sein muß. Die Entwicklung der Arbeitsbedingungen zeigt aber auch, daß sich kapitalistische Profitinteressen und humane Arbeitsbedingungen gegenüberstehen: „Wir sehen, daß die Maschinerie, die mit der wundervollen Kraft begabt ist, die menschliche Arbeit zu verringern und fruchtbarer zu machen, sie verkümmern läßt und bis zur Erschöpfung auszehrt. Die neuen Quellen des Reichtums verwandeln sich durch einen seltsamen Zauberbann zu Quellen der Not. (...) All unser Erfinden und unser ganzer Fortschritt scheinen darauf hinauszulaufen, daß sie materielle Kräfte mit geistigem Leben ausstatten und das menschliche Leben zu einer materiellen Kraft verdummen. Dieser Antagonismus zwischen moderner Industrie und Wissenschaft auf der einen Seite und modernem Elend und Verfall auf der anderen Seite, dieser Antagonismus zwischen den Produktivkräften und den gesellschaftlichen Beziehungen unserer Epoche ist eine handgreifliche, überwältigende und unbestreitbare Tatsache.“<sup>55</sup>

<sup>55</sup> Karl Marx, Rede auf der Jahresfeier des „People's Paper“. In: Marx/Engels, Werke Bd. 12. Berlin 1963, S. 3 f.

## Anhang:

### Statistische Materialien zu Arbeitsbedingungen und -belastungen in der BRD

Tabelle 1:

*Ausmaß der gesundheitlichen Gefährdung der Arbeitskraft durch den Arbeitsprozeß in der Bundesrepublik*

Art der Beeinträchtigung, Belastung oder Gefährdung	Betroffene Erwerbstätige (Mio.)
Fließbandarbeit (1972) <sup>1</sup>	0,7
repetitive Teilarbeit (1970) <sup>2</sup>	1,9
körperliche Anstrengung (1975) <sup>3</sup>	4,7
schwere Lasten bewegen (1975) <sup>4</sup>	3,6
monotone Arbeit (1975) <sup>5</sup>	6,1
konzentrierte Beobachtung (1975) <sup>6</sup>	3,9
Hektik, Zeitdruck (1975) <sup>3</sup>	7,6
nervliche Belastung (1975) <sup>3</sup>	9,4
Streß (1975) <sup>7</sup>	6,8
Akkord (1975) <sup>8</sup>	1,7
leistungsabhängige Entlohnung insges. (1972) <sup>9</sup>	2,6
Lärm (1975) <sup>10</sup>	6,0
<i>darunter: durch Lärm am Arbeitsplatz stark gesundheitlich gefährdet</i> <sup>11</sup>	0,7—3,0
große Hitze (1975) <sup>12</sup>	4,6
Arbeit im Freien oder in offener Halle (1975) <sup>13</sup>	4,4
Zugluft oder starke Temperaturschwankungen (1975) <sup>14</sup>	4,3
Nässe (1975) <sup>15</sup>	2,9
Kälte (1975) <sup>16</sup>	0,9
Straub (1975) <sup>17</sup>	4,0
Gestank, giftige Gase (1975) <sup>18</sup>	1,7
Arbeit in Zwangshaltung (1975) <sup>19</sup>	2,1
Arbeit mit schwerem Werkzeug (1975) <sup>20</sup>	2,0
Rütteln, Vibrieren (1975) <sup>21</sup>	1,8
schlechte Beleuchtung (1975) <sup>22</sup>	1,5
grelles Licht (1975) <sup>23</sup>	1,2
wöchentliche Arbeitszeit von 45 Std. und mehr (1977) <sup>24</sup>	4,1
weniger als 4 Wochen Urlaub (1977) <sup>25</sup>	2,1
Schichtarbeit (1975) <sup>26</sup>	5,8
Nacharbeit (1975) <sup>27</sup>	mind. 2,3
Sonn- und Feiertagsarbeit (1975) <sup>28</sup>	4,8
nie Freizeit am Wochenende (1972) <sup>29</sup>	0,5
nicht genügend Zeit für Familie und Freizeit (1972/73) <sup>30</sup>	6,0
psychosoziale Belastungen aufgrund Arbeitslosigkeit (1977) <sup>31</sup>	0,8

Unfallgefahr (1975) <sup>32</sup>	3,1
Arbeitsunfälle (1976) <sup>33</sup>	2,4
arbeitsbedingte Erkrankungen (1972) <sup>34</sup>	2,4
angezeigte Berufskrankheiten (1977) <sup>35</sup>	0,05
durchschnittl. jährlicher Zugang an Frühinvaliden <sup>36</sup>	0,2
<hr/>	
eine oder mehr Arbeitsbelastungen (1975) <sup>37</sup>	18,5
darunter: 6 und mehr Belastungen <sup>38</sup>	4,0
Überforderung bei der Arbeit (1972/73) <sup>39</sup>	3,2

## Anmerkungen zu Tabelle 1

- 1 Berechnet nach Allensbacher Berichte 23/1973; Leistung und Lohn 43—44/1974, S. 21; Mollwo/Holzbauer, a. a. O., S. 34. — Nur voll berufstätige Arbeiter.
- 2 Nur Industriearbeiter; geschätzt auf der Basis der Daten von Kern/Schumann (a. a. O., Bd. II, S. 128 f.), denen zufolge 29,1 Prozent der in ihrer Untersuchung erfaßten Industriearbeiter repetitive Teilarbeiten verrichten. 1970 gab es in der BRD ca. 6,47 Mio. beschäftigte Industriearbeiter (IMSF: Klassen- und Sozialstruktur der BRD 1950—1970, Teil II, a. a. O., S. 167), von denen 30 Prozent (= ca. 1,9 Mio.) als repetitive Teilarbeiter angenommen werden.
- 3 Berechnet nach den Angaben aus Tabelle 2 auf der Basis von 22,3 Mio. abhängig Erwerbsstätigen 1975 (Arbeits- und Sozialstatistik, Hauptergebnisse 1977, O. O. u. J., S. 17). — Nur „berufstätige Arbeitnehmer“.
- 4 Quelle siehe Tabelle 3.
- 5 Ebenda. — *Monotonie*: Immer wieder den gleichen Arbeitsgang möglichst schnell durchführen.
- 6 Ebenda. — *Konzentrierte Beobachtung*: Ununterbrochen und konzentriert auf den gleichen Vorgang blicken und beobachten.
- 7 Ebenda. — *Streß*: Die Arbeit muß unter großem Zeitdruck durchgeführt werden.
- 8 Ebenda. — Das Statistische Bundesamt (Fachserie M: Preise, Löhne, Wirtschaftsrechnungen, Reihe 17: Gehalts- und Lohnstrukturerhebungen, I. Gewerbliche Wirtschaft und Dienstleistungsbereich, Arbeiterverdienste 1972, Stuttgart — Mainz 1976, S. 31) weist für 1972 rund 1,2 Mio. Akkordarbeiter nach, allerdings fast ausschließlich nur Arbeiter des Produzierenden Gewerbes, die im Leistungslohn (Prämienlohn, Akkord) und als „Mischlöhner“ (Beschäftigte, die sowohl im Zeit- als auch im Leistungslohn arbeiten) arbeiten. — Berechnet nach Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1972, a. a. O., S. 31. Im Gegensatz zur Verfahrensweise des Statistischen Bundesamtes wurden hier allerdings — richtig — die Prämienlöhner den Leistungslohnern zugerechnet.
- 10 Quelle siehe Tabelle 3.
- 11 Die Angaben beruhen auf Schätzungen verschiedener Institutionen; siehe dazu ÖTV-Magazin 4/1976, S. 25; W. Klosterkötter, Lärmeinwirkungen und ihre Bedeutung für die Aufstellung von Immissionsrichtwerten. In: Arbeitsmedizin — Sozialmedizin — Präventivmedizin 9/1974, S. 181.
- 12 Quelle siehe Tabelle 3 — Hettinger schätzt die (dauernd) durch Hitze belasteten Personen in der BRD auf ca. 200 000. (Vgl. W. Hettinger, Belastung des Menschen am Hitze Arbeitsplatz. In: betriebssärztliches 1/1975, S. 13.)
- 13 Quelle siehe Tabelle 3.
- 14 Ebenda.
- 15 Ebenda.
- 16 Ebenda. — Hettinger (a. a. O.) schätzt die Zahl der kontinuierlich durch extreme Kälte belasteten Personen auf ca. 2000, die der sporadisch durch Kälte belasteten Personen auf ca. 20 000.
- 17 Quelle siehe Tabelle 3.
- 18 Ebenda.
- 19 Ebenda. — *Arbeit in Zwangshaltung*: In Zwangslage arbeiten, d. h. lang anhaltendes oder häufiges Durchstehen anstrengender Körperhaltungen (bücken, knien, liegen, über Kopf arbeiten).
- 20 Ebenda.
- 21 Ebenda. — *Rütteln, Vibrieren*: Den ganzen Tag die Vibration und das Rütteln von Werkzeugen oder Maschinen durchstehen.
- 22 Ebenda.

- 23 Ebenda.
- 24 Normalerweise geleistete Wochenarbeitsstunden der Erwerbstätigen; Ergebnisse des Mikrozensus, April 1977. Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch 1978 für die Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart — Mainz 1978, S. 96.
- 25 Mindestzahl für die abhängig Erwerbstätigen; berechnet nach L. Clasen, Arbeitsbedingungen 1977. In: Bundesarbeitsblatt 3/1978, S. 65. Dort heißt es: „Insgesamt hatten 1977 rund 88 % aller Arbeitnehmer vier Wochen oder (...) mehr Urlaub.“ Clasen erfaßt in seiner Auswertung tarifvertragliche Regelungen für 17,6 Mio. abhängig Beschäftigte in der BRD (ohne Beamte, Soldaten und Richter).
- 26 Quelle siehe *Tabelle 3*. — Erheblich geringere Schichtarbeiterzahlen werden in einer „Vorauswertung der gemeinsamen Stichprobe über Arbeitskräfte der EG, Verordnung des Rates (EG) Nr. 2640 vom 15. Oktober 1974 durch das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften Luxemburg“ (abgedruckt in Volkholz, a. a. O., S. A 181) angegeben: Danach wurden lediglich rund 3,9 Mio. Personen ermittelt, die erklärt haben, Schichtarbeit zu leisten, unter ihnen 3,2 Mio. Personen regelmäßig.
- 27 Quelle siehe *Tabelle 3*. — Erheblich höhere Nachtarbeiterzahlen ergeben sich aus der erwähnten EG-Stichprobe: 3,1 Mio. Personen erklärten danach, zwischen 22 und 8 Uhr zu arbeiten, unter ihnen 1,3 Mio. regelmäßig. (Vgl. Volkholz, a. a. O., S. A 184.)
- 28 Nach Ergebnissen der EG-Stichprobe; vgl. Volkholz, a. a. O., S. A 186. — Rund 2,2 Mio. Personen gaben an, regelmäßig an Sonn- und Feiertagen zu arbeiten.
- 29 Wirtschaft und Statistik 6/1974, S. 423 f.
- 30 Nur abhängig Erwerbstätige; hochgerechnet nach Arbeits- und Sozialstatistik, Hauptergebnisse 1977, a. a. O., S. 17 (26 Prozent von 23,0 Mio. abhängig Erwerbstätigen 1973) auf der Basis von Ergebnissen einer Repräsentativbefragung von Infas. (Vgl. Volkholz, a. a. O., S. A 175.)
- 31 Geschätzt auf der Basis von 1,03 Mio. Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 1977 (vgl. Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse, hrsg. vom IMSF, Heft 2/1978, S. 12) nach den Ergebnissen der IAB-Untersuchung über finanzielle und psychosoziale Belastungen während der Arbeitslosigkeit (1975), die ergab, daß bis zu fast drei Vierteln der Befragten (repräsentative Gruppe von deutschen Arbeitslosen über 19 Jahre) in irgendeiner Weise durch die Arbeitslosigkeit psychosozialen Belastungen ausgesetzt waren. (Siehe Chr. Brinkmann, Finanzielle und psycho-soziale Belastungen während der Arbeitslosigkeit. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 4/1976, S. 408). — Aufgrund dieser Ergebnisse wird angenommen, daß 75 Prozent der Arbeitslosen von 1977 psychosozialen Belastungen ausgesetzt waren.
- 32 Berechnet nach den Angaben aus *Tabelle 2* auf der Basis von 22,3 Mio. abhängig Erwerbstätigen 1975 (siehe auch Anmerkung 3). — Nur „berufstätige Arbeitnehmer“.
- 33 Hochgerechnet aufgrund der Daten der Mikrozensus-Zusatzbefragung vom Mai 1976 (siehe Wirtschaft und Statistik 2/1978, S. 125—129). — Die bei den Unfallversicherungsträgern angezeigten Arbeitsunfälle lagen 1976 bei nur etwa 1,8 Mio.
- 34 Frage: „Haben Sie oder hatten Sie — abgesehen von Unfällen — in den letzten Jahren irgendwelche ernstesten Krankheiten, die auf Ihre berufliche Tätigkeit zurückzuführen sind?“ — 9 Prozent der befragten Berufstätigen antworteten positiv. (Vgl. Infas-Repräsentativerhebung, August 1972, Bundesrepublik; zit. n. Volkholz, a. a. O., S. A 162. Die absolute Zahl wurde auf der Basis von 26,9 Mio. Erwerbstätigen berechnet.)
- 35 1977 wurden bei den gesetzlichen Unfallversicherungsträgern 48 414 Berufskrankheiten angezeigt; vgl. Wirtschaft und Statistik 6/1978, S. 396\*.
- 36 Dähne/Priester, a. a. O., S. 113 (Tabelle 51).
- 37 Gemeint sind die in *Tabelle 3* aufgeführten Belastungsfaktoren. Errechnet auf der Basis einer Erwerbsbevölkerung von 26,8 Mio. Personen 1975 nach den Daten aus *Tabelle 4*.
- 38 Berechnet nach *Tabelle 4*.
- 39 Infas-Repräsentativerhebung, August 1972 — März 1973, Bundesrepublik; zit. n. Volkholz, a. a. O., S. A 161. — 14 Prozent der befragten abhängig Beschäftigten gaben an, bei der Arbeit überfordert zu werden.

Tabelle 2:  
Kritik an Arbeit und Arbeitsplatz 1972/73 und 1975<sup>a</sup>

Merkmale	Zahl der Befragten	Hektik Zeit- druck	Monoto- nie, keine Abwechs- lung	Schmutz- staub, schlechte Luft	Hitze, Nässe, Kälte	erwünschelt ...		Unfall- gefahr	körper- liche An- strengung	nervliche Belastung	Verant- wortung für andere	weiß nicht, keine An- gabe
						%	%					
<i>BRD 1972/73</i>												
Arbeitnehmer insgesamt	2451	36	18	22	14	17	12	19	42	15	11	
davon:												
einfache/mittlere Angestellte	781	41	18	9	6	8	4	8	52	16	14	
Facharbeiter	796	35	15	33	23	25	22	30	30	14	7	
an-/ungelernte Arbeiter	482	25	26	35	20	24	16	32	32	8	10	
<i>BRD 1975</i>												
berufstätige Arbeit- nehmer insgesamt	511	34	16	18	16	19	14	21	42	18	18	
davon:												
einfache/mittlere Angestellte	176	30	13	8	6	6	7	6	43	20	31	
Facharbeiter	139	39	14	33	32	33	25	42	33	12	10	
an-/ungelernte Arbeiter	119	34	25	25	21	33	16	25	40	10	14	

<sup>a</sup> Im Unterschied zu *Tabelle 5* sind hier nur die abhängig Beschäftigten erfaßt.

*Frage:* Im allgemeinen hat jeder Arbeitsplatz seine guten und schlechten Seiten, wie ist das bei Ihnen? Was finden Sie an ihrer jetzigen Arbeitsstelle eher schlecht oder störend? (Den Befragten wurde eine Karte vorgelegt, Mehrfachnennungen.)

*Quelle:* Infas-Repräsentativerhebungen, August 1972 — März 1973, Bundesrepublik (ohne West-Berlin), Random-Auswahl, (Qualität des Arbeitslebens);

Infas, Repräsentativerhebung, August 1975, Bundesrepublik (ohne West-Berlin), (Bund-Belastungserhebung).

Zit. n. Volkholz, a. a. O., S. A 164.

Tabelle 3:

Subjektiv empfundene Häufigkeiten von Belastungsfaktoren in der Bundesrepublik 1975

Belastungsfaktor	Anteil der Betroffenen an der Erwerbsbev. (%)	Anzahl der Betroffenen in Millionen	Statistischer Vertrauensbereich in Millionen
Streß (1)	25,4	6,8	5,9 bis 7,7
Monotonie (1)	22,7	6,1	5,3 bis 6,9
Lärm (2)	22,2	6,0	5,1 bis 6,8
Schicht (3)	21,7	5,8	5,0 bis 6,6
Hitze (2)	17,1	4,6	3,9 bis 5,3
Arbeit im Freien (2)	16,4	4,4	3,7 bis 5,1
Zugluft (2)	16,0	4,3	3,6 bis 5,0
Staub (2)	14,8	4,0	3,3 bis 4,6
Konzent. Beobachtung (1)	14,5	3,9	3,2 bis 4,6
Schwere Lasten (1)	13,4	3,6	3,0 bis 4,3
Nässe (2)	10,9	2,9	2,3 bis 3,5
Nacharbeit (3)	8,5	2,3	1,7 bis 2,8
Zwangshaltung (1)	7,9	2,1	1,6 bis 2,7
Schweres Werkzeug (1)	7,6	2,0	1,5 bis 2,5
Rütteln, Vibrieren (1)	6,9	1,8	1,4 bis 2,3
Gestank, giftige Gase (2)	6,5	1,7	1,3 bis 2,2
Akkord (4)	6,2	1,7	1,2 bis 2,2
Schlechte Beleuchtung (2)	5,5	1,5	1,0 bis 1,9
Grelles Licht (2)	4,6	1,2	0,8 bis 1,6
Kälte (2)	3,2	0,9	0,6 bis 1,1
Zusammen (Mehrfachnennungen)	252,0	67,6	52,4 bis 79,7

Frage (1): Welche der folgenden Arbeitsbedingungen treffen für Ihre Arbeit zu?

Kartentext: 1. Schwere Lasten heben oder tragen; 2. Mit schwerem Werkzeug hantieren; 3. In Zwangslage arbeiten, d. h. lang anhaltendes oder häufiges Durchstehen anstrengender Körperhaltungen (bücken, knien, liegen, über Kopf arbeiten); 4. Immer wieder den gleichen Arbeitsgang möglichst schnell durchführen; 5. Den ganzen Tag die Vibration und das Rütteln von Werkzeugen oder Maschinen durchstehen; 6. Ununterbrochen und konzentriert auf den gleichen Vorgang blicken und beobachten; 7. Die Arbeit muß unter großem Zeitdruck durchgeführt werden.

Frage (2): Und welchen der folgenden Belastungen sind Sie bei Ihrer Arbeit ausgesetzt? Kartentext: 1. Starker und lang anhaltender Lärm; 2. Nässe; 3. Große Hitze; 4. Kälte, Arbeit im Kühlraum; 5. Einatmen von Staub; 6. Gifte oder übelriechende Gase; 7. Häufige Zugluft oder starke Temperaturschwankungen; 8. Arbeit im Freien oder in offener Halle; 9. Schlechte Beleuchtung; 10. Grelles Licht, Strahlungseinwirkungen.

Frage (3): Arbeiten Sie in Nachtschicht, in Wechselschicht mit Nachtschicht oder in Wechselschicht ohne Nachtschicht?

Frage (4): In welcher Form beziehen Sie Ihr Einkommen?

Quelle: Infas-Repräsentativerhebungen, Bundesgebiet, Juli und August 1975; zitiert nach: Susanne Meyer / Wilhelm Thiele / Volker Volkholz, Gesundheitsversorgung, Daten des Gesundheitssystems der BRD, Hamburg 1978, S. 101 und 191 f. (Summenzeile eigene Berechnung)

**Tabelle 4:**  
**Mehrfach auftretende subjektiv empfundene Belastungsfaktoren in der Bundesrepublik 1975**

	Häufigkeit des Auftretens von Belastungsfaktoren								Durchschnittliche Belastungshäufigkeit ( $\bar{x}$ )	
	Zahl der Befragten	Keine	1	2	3	4	5	6 u. mehr	Alle Berufstätigen	Nur solche, die mindestens eine Belastung angeben haben $\bar{x}$
		abs.	%	%	%	%	%	%		
<b>Berufstätige insgesamt</b>	1674	31	15	13	11	9	6	15	2,52	3,67
<b>Selbstständige, Mithelfende, freie Berufe</b>	247	42	15	12	8	8	6	9	1,94	3,37
<i>davon:</i>										
in der Landwirtschaft	70	23	4	13	16	8	9	22	3,34	4,68
nicht in der Landwirtschaft	177	48	19	11	6	8	4	4	1,38	2,65
<b>Arbeitnehmer insgesamt</b>	1419	29	16	13	11	9	6	16	2,63	3,69
<b>Beamte</b>	140	42	23	12	6	4	6	7	1,63	2,81
<b>Gehobene Angestellte</b>	94	53	22	10	8	2	1	4	1,14	2,43
<b>Übrige Angestellte</b>	442	46	18	15	8	4	4	5	1,45	2,70
<b>Facharbeiter</b>	430	14	8	16	15	12	11	24	3,83	4,45
<b>An-, ungelernete Arbeiter</b>	313	11	17	10	16	15	6	25	3,55	3,98
<i>davon:</i>										
Männer	173	7	14	6	17	19	4	33	4,12	4,43
Frauen	140	16	19	16	13	10	9	17	2,84	3,37

Quelle: wie Tabelle 3.

*Tabelle 3:*  
*Kritik an Arbeit und Arbeitsplatz in der Bundesrepublik Deutschland 1972 und 1975<sup>a</sup>*

Merkmal	August 1972 n = 549	August 1975 n = 611
Nervliche Belastung	36 %	42 %
Hektik, Zeitdruck	32 %	34 %
Körperliche Anstrengung	21 %	22 %
Schmutz, Staub, schlechte Luft	20 %	17 %
Hitze, Nässe, Feuchtigkeit, Kälte	19 %	16 %
Lärm	15 %	17 %
Routine, keine Abwechslung	14 %	16 %
Verantwortung für andere	13 %	18 %
Unfallgefahr	11 %	13 %
Keine Angaben	13 %	18 %

<sup>a</sup> Im Unterschied zu *Tabelle 2* beziehen sich die Prozentangaben auf die Berufstätigen insgesamt.

*Frage:* Im allgemeinen hat jeder Arbeitsplatz seine guten und seine schlechten Seiten. Wie ist das bei Ihnen: Was finden Sie an Ihrer jetzigen Arbeitsstelle eher schlecht oder störend? (Den Befragten wurde eine Karte vorgelegt. Mehrfachnennungen möglich.)

Datenquelle: Infas-Repräsentativerhebungen, Bundesgebiet, August 1972 und 1975.

*Quelle:* Autorengruppe, Arbeitsplätze und Arbeitsbelastungen. Bonn-Bad Godesberg, Dezember 1975; zusammengest. n. Volkholz, a. a. O., S. A 166.

Tabelle 6: Angezeigte Arbeitsunfälle nach Trägern der gesetzlichen Unfallversicherung 1949 bis 1976 (in Tausend)

Jahr	alle UV-Träger insgesamt	davon		
		gewerbliche BG	landwirtschaftliche BG	Eigenunfall- versicherung
1949	1100	771		329
1955	2180	1702		478
1961	2871	2410	280	181
1962	2722	2279	263	180
1963	2619	2176	257	186
1964	2695	2257	256	181
1965	2655	2223	250	182
1966	2542	2114	251	178
1967	2181	1754	253	174
1968	2264	1836	253	175
1969	2360	1970	241	156
1970	2392	2010	229	155
1971	2338	1960	223	155
1972	2237	1868	211	158
1973	2221	1855	204	163
1974	1989	1628	200	162
1975	1761	1407	199	155
1976	1829	1471	200	158

Quelle: Zusammengefasst und berechnet nach Unfallverhütungsberichte der Bundesregierung, lfd.; Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.), Hauptergebnisse der Arbeits- und Sozialstatistik, lfd.

**Tabelle 7:**  
*Zahl der Vollarbeiter (VA) und Häufigkeit der angezeigten Arbeitsunfälle je 1000 VA nach Trägern der gesetzlichen Unfallversicherung 1949 bis 1976*

Jahr	alle UV-Träger insgesamt		davon					
	VA (Mio.)	AU je 1000 VA	gewerbliche BG		landwirtsch. BG		Eigenunfallvers.	
			VA (Mio.)	AU je 1000 VA	VA (Mio.)	AU je 1000 VA	VA (Mio.)	AU je 1000 VA
1949 <sup>a</sup>	18,0	61	—	87	—	—	—	—
1955	22,6	97	—	121	—	—	—	—
1961	24,3	118 <sup>b</sup>	17,5	138	3,6	78	3,2	57
1962	24,4	111	17,7	129	3,5	74	3,2	56
1963	24,3	108	17,7	123	3,5	73	3,1	60
1964	24,6	108	18,5	122	3,3	78	3,1	59
1965	25,0	106	18,8	119	3,2	78	3,0	62
1966	25,0	102	18,9	112	3,1	80	3,0	60
1967	24,1	90	18,0	98	3,1	83	3,0	58
1968	24,3	93	18,2	101	3,0	86	3,1	57
1969	25,6	92	19,7	100	2,9	84	3,0	52
1970	25,2	95	19,6	103	2,5	90	3,1	50
1971	24,8	94	19,7	100	2,5	91	2,7 <sup>c</sup>	58
1972	24,7	91	19,6	95	2,3	92	2,7	58
1973	25,0	89	19,9	93	2,2	94	2,9	57
1974	24,3	82	19,3	84	2,1	94	2,9	57
1975	23,3	76	18,2	77	2,1	94	2,9	53
1976	24,5 <sup>d</sup>	75 <sup>d</sup>	19,3 <sup>d</sup>	76 <sup>d</sup>	2,1	94	3,1	51

a Vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung geschätzte Zahlen.

b Diese Zahl wurde erstmals im Unfallverhütungsbericht '76 angeführt; bis dahin wurde die Unfallhäufigkeit für 1961 mit 113 angegeben. Die in den Unfallverhütungsberichten veröffentlichten Grafiken zur Entwicklung der Arbeitsunfälle blieben bis heute dennoch unberichtigt und wurden von verschiedenen Autoren auch falsch übernommen. Differenzen zwischen den Veröffentlichungen der gewerblichen Berufsgenossenschaften, des Bundesarbeitsministeriums und den Unfallverhütungsberichten der Bundesregierung finden sich auch für die Daten anderer Jahre, sind allerdings nicht so gravierend wie für 1961. Die bisher angeführten Daten stammen zum überwiegenden Teil aus den Veröffentlichungen des Bundesarbeitsministeriums.

c Der Vollarbeiterrückgang ist vor allem dadurch bedingt, daß die Berufsschüler in die Schülerunfallversicherung übernommen wurden.

d Diese Daten sind aufgrund von Veränderungen in der VA-Berechnung nicht mehr mit denen der Vorjahre vergleichbar. Allerdings sind die Differenzen zu den nicht ermittelten tatsächlichen Werten nicht sehr gravierend.

Quelle: Siehe Tabelle 6.

**Tabelle 8:**  
*Vergleich der Arbeitsunfalldaten nach dem Mikrozensus und der Statistik der Unfallversicherungsträger (absolute Zahlen in Tausend)\**

Jahr	Mikrozensus		Unfallver- hütungs- bericht	Differenz (Prozent)		
	innerh. 4 Wochen d. Erhebungs- zeitraums	hochgerechnet pro Jahr				
		Methode A		Methode B	A	B
1966	142	1704	1727	2542	-33	-32
1970	503	6036	5510	2392	+152	+130
1972	345	4140	3938	2237	+85	+76
1973	280	3360	3228	2221	+51	+45
1974	239	2868	2893	1989	+44	+45
1976	194	2328	2419	1829	+27	+32

a *Methode A:* Multiplikation der Vierwochen-Mikrozensus-Daten mit dem Faktor 12 Monate.

*Methode B:* Hochrechnung der Vierwochen-Mikrozensus-Daten auf das jeweilige Halbjahr, in dem die Erhebung stattfand, und Gewichtung entsprechend dem prozentualen Anteil des jeweiligen Halbjahres an den angezeigten Arbeitsunfällen nach Daten der Unfallversicherungsträger.

*Quelle:* Zusammengestellt und berechnet nach Unfallverhütungsberichte der Bundesregierung, lfd.; Wirtschaft und Statistik 5/1968, S. 252—254; 10/1972, S. 570—576; 3/1974, S. 183—186; 7/1975, S. 456—459; 3/1977, S. 197—200; 2/1978, S. 125—129; Arbeits- und sozialstatistische Mitteilungen, lfd.; Arbeits- und Sozialstatistik, lfd.

**Tabelle 9:**  
*Anteile struktureller Effekte am Rückgang der Arbeitsunfälle 1967 bis 1975*

Merkmal	erklärt . . . Fälle	in Prozent des Rückgangs
Rückgang des gesamtwirtschaftlichen Arbeitsvolumens um 12,1 Prozent	264 000	62,7
Veränderung der Branchenstruktur	47 000	11,2
Veränderung der Sozialstruktur der Erwerbstätigen	146 000	34,7
Insgesamt	457 000	108,6
tatsächlicher Rückgang der angezeigten Arbeitsunfälle	421 000	100,0

*Quelle:* Priester, Zur Entwicklung der Arbeitsunfälle in der Bundesrepublik, a. a. O., S. 147.

*Tabelle 10: Angezeigte Berufskrankheiten (A) und Häufigkeit der angezeigten Berufskrankheiten je 1000 Vollarbeiter (B) in den Jahren 1950 bis 1975*

Jahr	Träger der gesetzl. UV insgesamt		gewerbliche BG		davon landwirtsch. BG		Eigen-UV	
	A	B	A	B	A	B	A	B
1950	37 551	1,96	35 262	3,45	—	—	—	—
1955	51 348	2,27	48 620	3,45	—	—	—	—
1960	33 727	1,36	31 502	1,85	—	—	—	—
1965	27 467	1,10	25 606	1,36	487	0,15	1374	0,46
1968	25 793	1,06	23 072	1,26	769	0,26	1952	0,63
1969	27 427	1,07	24 493	1,24	649	0,23	2285	0,75
1970	25 960	1,03	22 823	1,17	524	0,18	2585	0,83
1971	27 200	1,10	24 221	1,23	518	0,21	2462	0,91
1972	30 273	1,23	27 422	1,40	478	0,21	2373	0,87
1973	32 827	1,31	29 795	1,50	421	0,19	2611	0,91
1974	36 124	1,49	32 762	1,70	361	0,17	3001	1,04
1975	38 296	1,64	34 980	1,92	400	0,19	2916	0,99

*Quelle:* Zusammengestellt und berechnet nach: Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften (Hrsg.), Arbeitsunfallstatistik für die Praxis 1977, Bonn 1977, S. 21; Unfallverhütungsbericht der Bundesregierung, lfd.; Mergner/Osretland/Pelte, a. a. O., Tab. 13.

Tabelle 11:  
Rentenbestände der unter 65jährigen am 1. 7. 1974 nach Altersgruppen (in 1000)<sup>a</sup>

	unter 30 J.	30—40 Jahre	40—50 Jahre	50—60 Jahre	60—65 Jahre	Insg.
<i>Arbeiterrenten</i>						
BU	0,7	4,9	14,5	45,1	79,8	145,0
EU	2,4	20,2	61,3	165,6	340,0	589,5
BU + EU	3,1	25,1	75,8	210,7	419,8	734,5
60 J. u. arbeitslos	—	—	—	—	18,0	18,0
62 u. 63 J.	—	—	—	—	65,2	65,2
<b>Zusammen</b>	<b>3,1</b>	<b>25,1</b>	<b>75,8</b>	<b>210,7</b>	<b>503,0</b>	<b>817,7</b>
<i>Angestelltenrenten<sup>b</sup></i>						
BU	0,1	1,5	4,3	16,8	22,6	45,3
EU	1,0	6,1	21,0	81,9	80,0	190,0
BU + EU	1,1	7,6	25,3	98,7	102,6	235,3
60 J. u. arbeitslos	—	—	—	—	7,6	7,9
62 u. 63 J.	—	—	—	—	25,4	25,4
<b>Zusammen</b>	<b>1,1</b>	<b>7,6</b>	<b>25,3</b>	<b>98,7</b>	<b>135,9</b>	<b>268,6</b>
<i>Bergleute</i>						
Teilweise BU <sup>c</sup>	0,1	2,5	13,6	12,8	1,7	30,7
BU	0,0	0,8	5,1	17,3	3,7	26,9
EU	0,1	0,9	4,8	15,3	19,6	40,7
Rente mit 50 J.	—	—	—	10,0	0,2	10,2
60 J. u. arbeitslos	—	—	—	—	14,1	14,1
60 J. u. Wartezeit	—	—	—	—	14,0	14,0
62 u. 63 J.	—	—	—	—	8,8	8,8
<b>Zusammen</b>	<b>0,2</b>	<b>4,2</b>	<b>23,5</b>	<b>55,4</b>	<b>62,1</b>	<b>145,4</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>4,4</b>	<b>36,9</b>	<b>124,6</b>	<b>364,8</b>	<b>701,0</b>	<b>1231,7</b>

a Ohne weibliche Versicherte, die das 60. Lebensjahr erreicht haben.

b Einschl. Angestellten-Handwerkerversicherung.

c Bergmannsrente wegen verminderter bergmännischer Berufsfähigkeit.

Quelle: Arbeits- und Sozialstatistische Mitteilungen, 4/1975, S. 104 f. und 9/1975, S. 326 f.; eigene Berechnungen.

Tabelle 12:

Rentenbestand in der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten in den Jahren 1960 bis 1976<sup>a</sup>

Jahresende	Renten an Versicherte insgesamt		wegen BU		darunter: wegen Eu		BU/EU zusammen	
	in 1000	Prozent	in 1000	Prozent	in 1000	Prozent	absolut	Prozent
<i>Rentenversicherung der Arbeiter</i>								
1960	3135	100	265	8,5	859	27,4	1124	35,9
1965	3628	100	379	10,5	771	21,3	1150	31,8
1970	4366	100	341	7,8	890	20,4	1231	28,2
1975	5197	100	227	4,4	1136	21,9	1363	26,3
1976	5330	100	209	3,9	1184	22,2	1393	26,1
<i>Rentenversicherung der Angestellten</i>								
1960	1007	100	63	6,3	228	22,6	291	28,9
1965	1210	100	87	7,2	188	15,6	275	22,7
1970	1486	100	90	6,0	209	14,1	299	20,1
1975	1962	100	67	3,4	284	14,5	351	17,9
1976	2120	100	63	3,0	318	15,0	381	18,0

a Nur Renten an Versicherte; ohne Witwen- und Witwerrenten sowie Waisenrenten, die zusammen mit den Renten an Versicherte den Gesamtbestand an laufenden Renten ausmachen. In dieser Statistik sind ferner nicht die ruhenden und die von den Versicherungsträgern unmittelbar gezahlten Renten enthalten. Ebenfalls nicht enthalten sind die Bergleute, die in der „Knappschaft“ versichert sind.

Quelle: Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.), Arbeits- und Sozialstatistik, Hauptergebnisse 1977, a. a. O., S. 127; eigene Berechnungen.

**Tabelle 13:**  
**Anteil der BU- und EU-Renten an den Rentenzugängen insgesamt in den Jahren 1963 bis 1974**

	Männer Leistungsarten			Frauen Leistungsarten		
	BU %	EU %	BE/EU %	BU %	EU %	BU/EU %
<i>Arbeiterrentenversicherung</i>						
1963	26,0	32,2	58,2	25,8	30,2	56,0
1964	22,2	32,2	54,4	21,9	32,2	54,1
1965	19,5	33,5	53,0	18,7	33,8	52,5
1966	17,0	34,8	51,8	16,1	33,2	49,3
1967	17,0	35,7	52,7	15,1	32,7	48,1
1968	16,8	35,9	52,7	15,3	33,3	48,6
1969	15,9	36,6	52,5	13,5	33,5	47,0
1970	13,6	38,9	52,5	12,5	36,0	48,5
1971	8,3	45,1	53,4	10,5	39,3	49,8
1972	6,8	45,3	52,1	9,0	41,0	50,0
1973	5,1	30,7	35,8	7,7	40,2	47,9
1974	5,9	34,5	40,4	6,6	41,2	47,8
<i>Rentenversicherung der Angestellten</i>						
1962	17,3	24,2	41,5	27,5	23,7	51,2
1963	15,1	22,9	38,0	22,3	22,9	45,2
1964	13,6	23,1	36,7	19,5	24,8	44,3
1965	12,4	23,2	35,6	17,8	25,0	42,8
1966	11,3	21,3	32,6	15,2	22,1	37,3
1967	11,8	21,6	33,4	14,8	22,2	37,0
1968	11,9	22,9	34,8	14,2	22,6	36,8
1969	11,8	22,8	34,6	13,4	22,2	35,6
1970	10,0	26,7	36,7	12,2	24,8	37,0
1971	6,8	29,9	36,7	9,6	27,7	37,3
1972	5,6	29,5	35,1	8,7	29,5	38,2
1973	3,9	17,5	21,4	7,0	24,8	31,8
1974	3,9	18,8	22,7	4,5	26,1	30,6

*Quelle:* Verband Deutscher Rentenversicherungsträger (Hrsg.), Statistik der deutschen gesetzlichen Rentenversicherung. Frankfurt/Main. lfd.; Walter Rühl, Ursachen vorzeitiger Berufs- und Erwerbsunfähigkeit. Göttingen 1976, S. 15 f.

## **Frauenemanzipation und Wirtschaftskrise in der BRD**

*Ingeborg Nödinger*

*1. Frauenfrage und Feminismus — 2. Frauen unter dem Druck der kapitalistischen Krise — 3. Frauenemanzipation und Arbeiterbewegung*

Dieser Beitrag will auf einige Probleme und Fakten der Lage der Frauen in der BRD aufmerksam machen, die im Zusammenhang mit der krisenhaften Wirtschaftsentwicklung der letzten Jahre stehen. Das Schwergewicht liegt dabei auf jenen Fragen, die die Stellung der Frauen im Prozeß der gesellschaftlichen Arbeit betreffen. Damit wird nicht nur die Untersuchung der Arbeitsbedingungen und der sozialen Lage der Frauen der Arbeiterklasse in den Mittelpunkt gerückt, sondern auch die Grundfrage der Emanzipationsbestrebungen der Frauen unter den konkreten Bedingungen der BRD angesprochen.

Der letztere Gesichtspunkt erscheint uns deshalb bedeutsam, weil die theoretischen Grundpositionen und die davon beeinflussten politischen Strategien im Rahmen der fortschrittlichen Frauenbewegungen der BRD uneinheitlich und zum Teil gegensätzlich sind. Eine soziologische Ursache dafür ist das relativ starke Gewicht der Frauen aus den Mittelschichten im aktiven Kern dieser Bewegung. Deshalb wird der faktenmäßigen Darstellung der Frauensituation in Abschnitt 2 die Auseinandersetzung mit einigen in der Frauenbewegung wirksamen feministischen Positionen vorangestellt. In Abschnitt 3 soll kurz auf den Zusammenhang von Frauenbewegung und Arbeiterbewegung in der BRD eingegangen werden.

### **1. Frauenfrage und Feminismus**

Die Stellung der Frau in der Gesellschaft der BRD ist deshalb eine ‚Frage‘, weil sie durch faktische Ungleichheit gegenüber der gesellschaftlichen Stellung des Mannes gekennzeichnet ist. Somit setzt sich in der BRD die patriarchalische Prägung der Klassengesellschaft fort. Das Streben nach realer Gleichstellung und Gleichberechtigung ist deshalb der Grundantrieb der Frauenemanzipationsbewegung. Weil jedoch patriarchalische Strukturen unmittelbar mit dem Privateigentum und damit mit antagonistischen Klassenverhältnissen verbunden sind, kann die Frauenfrage nicht losgelöst von der Eigentums- und Klassenfrage gestellt und nicht isoliert von der grundlegenden Umgestaltung und Überwindung der auf kapitalistischem Privateigentum beruhenden Gesellschaftsordnung gelöst werden. Nach Auffassung der modernen Arbeiterbewegung ist deshalb die Frauenfrage ein Teil der sozialen Frage und gleichzeitig Indiz für den Entwicklungsgrad der Gesellschaft.

Auch heute ist die Stellung zur Erwerbstätigkeit der Frau im Kapitalismus ein zentrales Problem der Frauenbewegung. Die historisch-materialistische Betrachtungsweise sieht in

der Art und Weise der Produktion und der dadurch bedingten Stellung der Menschen in der gesellschaftlichen Produktion — oder im weiteren Sinne in der gesellschaftlichen Arbeit — die Grundlage für die gesellschaftlichen Verhältnisse und damit die gesellschaftliche Stellung der großen Menschengruppen als Klassen oder andere soziale Gruppen. Dieser Ausgangspunkt gilt auch für die Untersuchung der spezifischen Stellung und Situation der Frauen. Freilich ergibt sich schon daraus, daß die Diskriminierung der Frau im Rahmen ihrer Stellung in verschiedenen Klassen und sozialen Schichten, also in verschiedenen Reproduktions- und Aneignungszusammenhängen, eine unterschiedliche Ausprägung erhält. Dies gilt nicht erst für die kapitalistische Gesellschaft.

Charakteristisch für die kapitalistische Produktion — im weiteren Sinn für die Wirtschaft im Kapitalismus — ist, daß die Produktion in *gesellschaftliche* Produktion verwandelt, die Grundlage der individuellen Privatwirtschaft gesprengt und diese an den Rand gedrängt wird. Damit entsteht aber wieder in größerem Maßstab die Möglichkeit — und vom Standpunkt der Entwicklung der kapitalistischen Industrie die Notwendigkeit —, die Frauen massenhaft in die gesellschaftliche Produktion und den Prozeß der gesellschaftlichen Arbeit einzubeziehen. Es entstehen damit materielle Grundlagen für die Veränderung der gesellschaftlichen Stellung der Frauen. Die Frauenfrage wird damit zu einem Massenproblem und nicht mehr nur das Problem von Gruppen und Personen der privilegierten Klassen. Von der Sache her verknüpfen sich die Emanzipationsbestrebungen der Frauen mit dem Kampf der Arbeiterklasse um ihre Emanzipation, mit dem die Emanzipation der Menschheit zusammenfällt. Auch heute ist diese Verknüpfung offensichtlich, denn der Kampf gegen die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Arbeiterklasse betrifft auch unmittelbar die Emanzipationsbedingungen der Frauen.

Welche Lösungsansätze werden von feministischen Gruppierungen heute angeboten? Beispielhaft können hier die Parolen ‚Verweigerung der Arbeit‘ und ‚Lohn für Hausarbeit‘ genannt werden. Mit ihnen wollen wir uns beschäftigen. Wenn nach unserer Ansicht diese Parolen auch in die Irre führen und vom Standpunkt der Arbeiterbewegung nicht zu akzeptieren sind — vor allem weil sie an der Realität der Frauen der Arbeiterklasse in der BRD vorbeigehen —, so ergibt sich gerade daraus die Notwendigkeit, diese Positionen im Rahmen der Frauenbewegung zu diskutieren und, trotz unterschiedlicher Position der verschiedenen Gruppierungen, um gemeinsame aktuelle Aktionsziele und Aktionen zu ringen.

Die unzutreffende Bestimmung der Geschlechterfrage und ihre Isolierung von der sozialen Problematik ist kein neues Phänomen. Die feministische Bewegung von heute schleppt in dieser Hinsicht nur theoretisch längst abgestreiften Ballast der Vergangenheit mit. Als zeitgenössische Exponentin kann *Simone de Beauvoir* angesehen werden. Nicht einmal parallel zum Klassenkampf soll der Geschlechterkampf geführt werden, wie *Simone de Beauvoir* forderte<sup>1</sup>, die den Widerspruch Frau/Mann als genauso wesentlich wie alle anderen Widersprüche bezeichnete.<sup>2</sup> „Der Feminismus geht grundsätzlich alle gesellschaftlichen Widersprüche tiefer und umfassender an.“ „Klassenfragen stellen einen Unterpunkt im umfassenden feministischen Kampf gegen die patriarchale Weltordnung dar.“<sup>3</sup>

Auf dem Hintergrund des Kampfes gegen das Patriarchat, das alle Gesellschaftsord-

1 Vergl. Simone de Beauvoir, *Alles in allem*, Reinbek 1974, S. 450 f.

2 Vergl. Simone de Beauvoir über sich selbst, Interview in „Emma“, Köln, Nr. 2 vom Februar 1978, S. 19/20.

3 Frauenjahrbuch '76, München 1976, S. 69 und 68.

nungen überdauere, entstand die radikale Losung der Verweigerung der Arbeit. „Wir wollen nicht das ‚Recht auf Arbeit‘, denn wir arbeiten schon die ganze Zeit.“<sup>4</sup> Jede Frau — ob berufstätig oder nicht — sei in erster Linie Hausfrau. Im Hinblick auf die tatsächlich von der Mehrzahl der Frauen zu bewältigende „zweite Schicht“ der Hausarbeit nach der Berufsarbeit wird die These aufgestellt, der Kampf um die Befreiung der Frau habe vom Haushalt auszugehen.

Vor der „Zwangs-“ Alternative der Berufstätigkeit wird gewarnt, erstens wegen der in Kauf zu nehmenden Doppelbelastung<sup>5</sup>, zweitens da Erwerbsarbeit unter kapitalistischen Bedingungen keineswegs schöpferischer Arbeit mit der Möglichkeit der Selbstverwirklichung entspricht und „eine derart unmittelbare Instrumentalisierung... auf den ausschließlichen Zweck der Verbesserung beruflicher Leistungsorientierung“ die „produktiven, lebendigen Aspekte“ der Frauenbefreiung ignoriere.<sup>6</sup>

Der marxistischen Position wird die simple Ineinsetzung von Berufstätigkeit und Emanzipation zugeschrieben. Die Unterstellung eines solchen gedanklichen Automatismus bedeutet nichts anderes, als vom Sinn des Satzes abzusehen: Die Berufstätigkeit der Frau ist *Voraussetzung* für ihre Emanzipation.

Wir wenden uns an diesem Punkt nochmals der Rolle der Teilnahme am Prozeß der gesellschaftlichen Arbeit für die Entwicklung des Menschen zu. Selbstverständlich ist auch die Tätigkeit im Haushalt, im Rahmen der Reproduktionseinheit Familie, im weiteren Sinne Arbeit. Aber sie ist isolierte private Tätigkeit, sie ist nicht unmittelbare Teilnahme am gesellschaftlichen Arbeitsprozeß. Sie isoliert das Individuum vom gesellschaftlichen Prozeß, anstatt es mit ihm zu verbinden; sie schließt es von Produktion und Verteilung aus und bindet es nur über die Zirkulation und Konsumtion an den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß.

Arbeit ist „die erste Grundbedingung allen menschlichen Lebens, und zwar in einem solchen Grade, daß wir in gewissem Sinne sagen müssen: Sie hat den Menschen selbst geschaffen“.<sup>7</sup> Der Mensch produziert nicht nur Gegenstände, er produziert zugleich die Verhältnisse, in denen er mit anderen Menschen zusammenlebt, wenngleich ihm das nicht immer bewußt ist. „Die Menschen haben Geschichte, weil sie ihr Leben produzieren müssen...“<sup>8</sup> Frauen davon abbringen zu wollen, berufstätig zu sein, bedeutet in der Konsequenz, ihnen die Möglichkeit zu verwehren, Geschichte zu machen. Ihnen die Teilnahme an der gesellschaftlichen Arbeit zu verweigern, heißt letztlich Einschränkung ihrer Entfaltung als Menschen.

Die praktische Seite der Erwerbstätigkeit ist die Aufhebung des für die Frau entwürdigenden Umstandes, bloßes ökonomisches Anhängsel des Mannes zu sein. Die Erwerbstätigkeit befreit die Frauen darüber hinaus von ihrer Isolierung ‚am heimischen Herd‘ und bringt sie mit Frauen und Männern gleicher Lage und Situation in Kontakt. Sie ermöglicht den Anschluß an die Organisationen der Arbeiterklasse, weiter ihren geistigen Gesichtskreis und fördert die aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und an den Prozessen und Bewegungen zur Veränderung der Gesellschaft. Marxisten haben jedoch nie geleg-

4 Selma James, Frauen, Gewerkschaft und Arbeit oder Was nicht tun? In: Lohn für die Hausarbeit, München 1974, S. 62.

5 Vergl. Frauenjahrbuch '76, S. 81.

6 Ulrike Prokop, Weiblicher Lebenszusammenhang. Von der Beschränktheit der Strategien und der Unangemessenheit der Wünsche, Frankfurt/M. 1976, S. 10.

7 Marx/Engels, Werke, Bd. 20, Berlin 1971, S. 444.

8 Dies., Bd. 3, Berlin 1969, S. 30.

net, daß Frauen den Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnissen der kapitalistischen Lohnarbeit in besonderem Maße unterworfen sind. Selbst dann, wenn die Arbeit sich nur als äußerer Zwang und dementsprechend die Nichtarbeit als Freiheit darstellt, ist die Frauenarbeit aber als wichtiger Schritt ihrer Emanzipation zu unterstützen.

Die Unterbezahlung der Frau ist nach Meinung der Feministinnen in ihrem Status als Geschlechtswesen begründet. Entscheidend für niedrigere Bezahlung ist jedoch der Umstand, daß die Mehrarbeit — bei gleicher Qualifikation und Leistungsfähigkeit — um so größer ausfällt, je niedriger der Anteil der notwendigen Arbeit ist, der für den Gegenwert des Lohnes geleistet werden muß — oder: je geringer der Lohn ist. Das Kapital tendiert aus seinen fundamentalen Interessen heraus danach, all jene Momente zu verewigen, die den Lohn herabdrücken. Es strebt hauptsächlich aus diesem Grunde danach, die Diskriminierung der Frau zu befestigen.

Die Forderung nach Lohn für Hausarbeit verwechselt die Variante mit der Alternative. Sie verewigt — konsequent zu Ende gedacht — die alte Trennung der Geschlechter in das Privatwesen Frau und das öffentliche Wesen Mann. Diese Forderung kann nur als Lösungsweg angesehen werden, wenn zwischen häuslicher Privarbeit und Teilnahme am gesellschaftlichen Arbeitsprozeß nicht unterschieden wird. Aus den schon genannten Gründen zielen demgegenüber die Forderungen und Vorstellungen der Arbeiterbewegung darauf ab, die Frauen von der Bürde der Hausarbeit weitgehend zu entbinden, indem diese in öffentliche Industrien und Dienstleistungen verwandelt wird. Dies schließt allerdings nicht aus, unter den gegenwärtigen Umständen in der Gleichbewertung der Hausarbeit — z. B. bei Scheidungs-, Sterbe-, Rentenfällen — einen wichtigen Schritt der materiellen Absicherung zu sehen.

Die genannten Forderungen der feministischen Gruppen der Frauenbewegung ignorieren die wesentlichen Gesichtspunkte der Situation von Lohnarbeiterfamilien. Gerade die Frauen aus diesen Familien — besonders jene der jüngeren und mittleren Generation — sind unter den heutigen Bedingungen zur Sicherung eines normalen Reproduktionsstandards auf die Erwerbstätigkeit angewiesen. Aber sie übergehen auch die Bestrebungen jener wachsenden Frauengruppe, die als Alleinstehende auf die Erwerbstätigkeit angewiesen sind oder in eigenen Erwerbseinkommen die Grundlage ihrer finanziellen Unabhängigkeit vom Mann sehen.

Die Ähnlichkeit dieser Forderungen mit den Scheinalternativen der CDU/CSU müßte die Feministinnen eigentlich nachdenklich machen. Diese Partei verspricht den Frauen ein Erziehungsgeld, wenn sie sich verpflichten, aus der Erwerbstätigkeit auszuschneiden. Der Traditionsbereich der drei ‚K‘ (Kinder, Küche, Kirche) soll damit wieder attraktiv gemacht werden. Das Erziehungsgeld ist, so heißt es, „für die CDU in erster Linie eine familienpolitische Maßnahme. Sie ist bereits seit Jahren sehr dringlich. Der arbeitsmarktpolitische Entlastungseffekt läßt den gegenwärtigen Zeitpunkt für die Einführung des Erziehungsgeldes jedoch als besonders günstig erscheinen.“<sup>9</sup> Dabei sind die finanziellen Anreize zum Eintritt in die industrielle Reservearmee — abgesehen von Modellversuchen — noch nicht einmal real, da die Forderung nach Erziehungsgeld immer auch auf dem Hintergrund gesehen werden muß, daß die CDU/CSU seinerzeit die Einführung des Babyjahres verhindert hat.

9 Frauenvereinigung der CDU, Vorschläge zur Überwindung der Frauenarbeitslosigkeit, hektograf. Manuskript, Bonn 1978, S. 6.

Es ist in diesem Artikel nicht der Platz, besonders darauf einzugehen, daß die Auswirkungen der kapitalistischen Wirtschaftskrise, die 1973/74 offen ausbrach, bis in die Gegenwart die Situation der Arbeiterklasse insgesamt verschlechtert haben. Die Krisenerscheinungen reichen in alle Bereiche des menschlichen Lebens hinein. Zu den verschärften Existenzbedingungen, die sich ausdrücken in sozialer Unsicherheit, Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, in der ständigen Versteigerung der Lebenshaltungskosten — und die beide Geschlechter gleichermaßen betreffen — kommen die im kapitalistischen System begründeten Diskriminierungen und Benachteiligungen, denen die Frauen ausgesetzt sind.

Diese besondere Diskriminierung soll im folgenden Abschnitt betrachtet werden.<sup>10</sup> Zeigt sich bei den verschiedenen Problemfeldern eine besondere Betroffenheit der Frauen, dann ist dies gleichzeitig der Beweis für die diskriminierte Stellung der Frau in der Gesellschaft der BRD.

## 2. Frauen unter dem Druck der kapitalistischen Krise

### Die Frauenarbeitslosigkeit

Frauen sind überproportional von der *Arbeitslosigkeit* als einer der einschneidendsten Auswirkungen der kapitalistischen Krise betroffen. Obgleich Frauen nur etwas mehr als ein Drittel der Erwerbstätigen stellen, erreichte ihr Anteil an den Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 1977 50 %, d. h. jeder zweite Arbeitslose in der BRD ist eine Frau. Auch der Anteil der arbeitslosen Frauen an den Erwerbstätigen, die spezifische Arbeitslosenquote, stieg seit Jahresende 1974 kontinuierlich an: Im Oktober 1977 übertraf sie die der Männer um 94 %. Die offiziellen Zahlen vermitteln jedoch nur ein höchst unvollständiges Bild von der Betroffenheit der weiblichen Erwerbspersonen, da sie darüber hinaus noch den größten Teil der sogenannten „stillen Reserve“ stellen. So veranschlagt *H. Däubler-Gmelin* den Anteil der arbeitslosen Frauen an allen Arbeitslosen unter Berücksichtigung der „stillen Reserve“ auf 60 %.

Die nachstehend geschilderten Ursachen der überproportional hohen Frauenarbeitslosigkeit unterscheiden sich prinzipiell nicht vom allgemeinen Mechanismus der Freisetzung von Lohnarbeitern aus dem kapitalistischen Produktionsprozeß. Sie werfen jedoch ein Licht auf die Tatsache, daß Frauen infolge ihrer diskriminierten Stellung in Wirtschaft und Gesellschaft in erhöhtem Maße anfällig für die Folgen der Krise und überproportional ihre Opfer sind. Und nur so kann ihnen im Profitkalkül der Unternehmer in besonderem Maße die Funktion einer flexiblen und beliebig einzusetzenden Arbeitsmarktreserve zukommen. Zu den spezifischen Ursachen der Frauenarbeitslosigkeit gehören:

— Die hohe Konzentration der erwerbstätigen Frauen auf nur wenige Berufe (75 % aller Mädchen, die eine Lehre absolvieren, lassen sich in nur 16 von insgesamt 500 Berufen ausbilden) und wenige Wirtschaftszweige und der damit verbundene mitunter bis zu 90 % reichende Frauenanteil an den Beschäftigten begünstigen eine verstärkte Frauenarbeitslosigkeit.

— Die typischen Frauenberufe gehören größtenteils Branchen an, die sich in Struktur-

<sup>10</sup> Abschnitt 2 stützt sich auf Ergebnisse einer umfassenderen Untersuchung des IMSF. Auf die Angabe der Originalquellen wird hier verzichtet. Der interessierte Leser sei verwiesen auf: IMSF-Informationsbericht Nr. 31, Wirtschaftskrise und Frauenemanzipation, erarbeitet von einer Autorengruppe, abgeschlossen im April 1978, Frankfurt am Main 1978.

krisen befinden: Textil- und Bekleidungsindustrie, Leder- und Schuhindustrie, Einzelhandel, und in jüngster Zeit verschiedene Bereiche des Dienstleistungssektors. Die seit Anfang der siebziger Jahre verstärkt einsetzende Rationalisierung sowie der verstärkte Kapitalexport haben — unabhängig vom jetzigen Krisenzyklus — Zigtausende von Arbeitsplätzen beseitigt.

— In den von Krisen betroffenen Branchen finden umfangreiche Konzentrationsprozesse statt, die verstärkt mittlere und kleinere Unternehmen beseitigen. Da sich die erwerbstätigen Frauen vor allem auf diese Betriebsgrößen verteilen, verstärkt dies die Frauenarbeitslosigkeit.

— Industrien mit hohem Frauenanteil sind häufig in ländlichen Gebieten angesiedelt, die eine einseitige Wirtschaftsstruktur vorweisen. Arbeitslose Frauen finden hier keine alternativen Beschäftigungsmöglichkeiten, ihre Mobilität ist jedoch aufgrund der familiären Verantwortlichkeiten stark eingeschränkt.

— Frauen können vielfach nur eine kurzzeitige Betriebszugehörigkeit vorweisen. Im Unterschied zur Stammebelegschaft, der notfalls Kurzarbeit aufgezwungen wird, werden Frauen zuerst entlassen. Die Stammebelegschaft wird möglichst erhalten und für die niedriger qualifizierte Tätigkeit der verbliebene männliche Kollege eingesetzt.

— Die Konjunkturabhängigkeit von Teilzeitarbeit erhöht das Arbeitsplatzrisiko. Sie fällt als erste den Rationalisierungsmaßnahmen und konjunkturellen Sparmaßnahmen zum Opfer.

— Nicht zuletzt spielt der geringere gewerkschaftliche Organisationsgrad von Frauen eine Rolle in den Entscheidungen der Unternehmer. Frauen verfügen über weniger Kampferfahrung und -bereitschaft in sozial- und tarifpolitischen Auseinandersetzungen, sie sind weniger über ihre Rechte informiert. Aufgrund tradierten Rollenverhaltens tendieren arbeitslos gewordene Frauen weniger dazu, sich gegen ihre Einbeziehung in die „stille Reservearmee“ zur Wehr zu setzen. Oftmals melden sie sich nicht einmal arbeitslos.

Auch für die kommenden Jahre sind Veränderungen nicht abzusehen. Berechnungen des Ifo-Institutes ergaben, daß mit jährlichen wirtschaftlichen Wachstumsraten von 6 % die Arbeitslosenquote auf 2 % reduziert werden könnte. Aber für die BRD sind solche Wachstumsraten unrealistisch.

Die Kette ‚Minderqualifikation — unterprivilegierte Stellung — besondere Arbeitsplatzgefährdung und Krisenanfälligkeit‘ wird zum fatalen Kreislauf und baut für all diejenigen Frauen nahezu unüberwindliche Barrieren auf, die durch ihre Erwerbstätigkeit ihre wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung verbessern wollen.

Die besondere Betroffenheit der Frauen durch die krisenhafte Entwicklung ist keineswegs eine Besonderheit der BRD, obgleich diese auch hier zur „Spitzengruppe“ gehört. OECD-Prognosen gehen für die nächsten Jahre von einer weiteren Verschärfung der Beschäftigungsprobleme der Frauen aus.

### **Die Betroffenheit der Arbeiterinnen**

*Arbeiterinnen* sind in besonderem Maße von zyklischen und strukturellen Krisen der kapitalistischen Wirtschaft betroffen. Die massive Freisetzung von Arbeiterinnen durch Kapitalkonzentration und -export sowie intensiviertere Rationalisierung und Stilllegung von Produktionsbereichen entspricht einer Gesetzmäßigkeit kapitalistischer Krisenentwicklung: Bei Ausbruch der Krise werden zuerst die „unqualifizierten“ und „weniger lei-

stungsfähigen" Arbeitskräfte entlassen. In Zeiten der Hochkonjunktur, in denen der Produktionsapparat vor allem durch Arbeitskräfte erweitert wird, werden Arbeiterinnen als billige Lückenfüller angeworben; sie werden dann in der Krise als erste, insbesondere wegen „zusätzlicher geschlechtsspezifischer Kosten“, wieder entlassen.

Ein wichtiger Effekt gerade der Freisetzung der Arbeiterinnen besteht in der Dequalifikationstendenz für männliche Arbeitskräfte. So werden in der Krise Facharbeiter zwar im Betrieb behalten, sie müssen dann jedoch die un- oder angelernten Tätigkeiten ihrer ehemaligen Kolleginnen übernehmen.

1976 betrug der Anteil der Arbeiterinnen an den abhängig Erwerbstätigen 13,2 %, bezogen auf die abhängig erwerbstätigen Frauen 33,9 %. 1977 stellten sie 47,1 % aller arbeitslosen Frauen, die Arbeitslosenquote für Arbeiterinnen lag mit 6,9 % noch über der Arbeitslosenquote aller Frauen mit 6,2 %.

*Industriearbeiterinnen* sind in der Mehrzahl in Branchen beschäftigt, in denen das Beschäftigungs- und Arbeitsplatzrisiko aufgrund fortschreitender Rationalisierung und (Teil-) Automatisierung vergleichsweise hoch ist.

Industriearbeiterinnen sind in der Mehrzahl in sogenannten Schrumpfbereichen wie Leder-, Schuh-, Textil-, Bekleidungsindustrie sowie Feinkeramik beschäftigt. Betriebsverlagerungen in Niedrig-Lohn-Länder und erweiterte Rationalisierung (z. T. mit Hilfe staatlicher Subventionen) hatten zur Folge, daß z. B. in der Textilindustrie von 1970 bis 1975 jeder vierte Arbeitsplatz abgebaut wurde. Dabei handelte es sich gerade um Arbeitsplätze von Frauen, und zwar in der gleichen Industriebranche, in der 1976 91,4 % aller Arbeitslosen ohne Berufsausbildung Frauen waren. Für die Zukunft wird gerade in der Textil- und Bekleidungsindustrie mit einem Verlust von 1,5 Millionen Arbeitsplätzen gerechnet.

Arbeiterinnen — wie alle erwerbstätigen Frauen — konzentrieren sich auf wenige Wirtschaftszweige. Im produzierenden Gewerbe stellen weibliche Arbeiter 29,5 % aller dort beschäftigten Arbeiter. Erheblich höher aber als die Beschäftigungsquote ist die Arbeitslosenquote der Frauen in diesem Wirtschaftszweig. Sie betrug im Mai 1977 50,3 %, bezogen auf alle arbeitslosen Arbeiter dieses Bereiches.

Über drei Viertel (76,7 %) aller Arbeiterinnen in der verarbeitenden Industrie verteilen sich auf 10 von 38 Industriebranchen. Nahezu die Hälfte konzentriert sich auf drei Branchen: elektrotechnische Industrie 20 %, Textilindustrie 13,3 %, Bekleidungsindustrie 10,5 %. Aber auch nahezu die Hälfte der arbeitslosen Frauen kommt aus den drei genannten Branchen: elektrotechnische Industrie 17,3 %, Bekleidungsindustrie 13,3 % und Textilindustrie 13,3 %.

Die Arbeitslosigkeit von Frauen ist gerade in solchen Gruppen überproportional hoch, die die höchsten Frauenanteile aufweisen. So stellten im Mai 1976 Frauen 78 % aller Erwerbstätigen in der Bekleidungs- und Textilindustrie, im Januar 1977 stellten sie 90 % aller Arbeitslosen in diesem Sektor.

Überrepräsentiert sind arbeitslose Frauen ebenfalls in sogenannten „Männerberufen“. So betrug beispielsweise in der Gruppe der Metallhersteller und -bearbeiter mit einem Arbeiterinnenanteil von 11 % der Anteil der weiblichen Arbeitslosen 20 %.

Eine Ausnahme bildete die Gruppe „Hilfsarbeiter ohne nähere Tätigkeitsangabe“. Hier war der Anteil der arbeitslosen Frauen mit 33 % niedriger als der Frauenanteil an den Beschäftigten mit 39 %. Der Vergleich von Frauenanteilen in bestimmten Berufsgruppen mit den statistisch ausgewiesenen offenen Stellen ergibt ähnliche Verhältnisse.

Frauen mit und ohne Hauptschulabschluß stellten mit 78 % im Mai 1977 den größten Anteil der arbeitslosen Frauen. 62 % der arbeitslosen Frauen haben keine abgeschlossene Berufsausbildung. Der Anteil der Frauen an den Facharbeitern entwickelte sich rückläufig: 1970 9,5 % und 1974 9,3 %.

Die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit betrug im Mai 1977 1 bis 3 Monate, bei Arbeiterinnen betrug sie dagegen 6 bis 12 Monate. Im Vergleich zum Vorjahr hatte die Gruppe der Arbeiterinnen, die zwei Jahre und länger arbeitslos sind, um 114 % zugenommen. In der Betroffenheit nach dem Alter ragen zwei Gruppen von Frauen besonders hervor: In der Altersgruppe unter 20 Jahren hat die Zahl der arbeitslosen Arbeiterinnen vom Mai 1970 bis Mai 1977 am stärksten zugenommen; die Gruppe der 55- bis 60jährigen Arbeiterinnen verzeichnete von 1976 bis 1977 eine Zunahme von 19 %.

### Die Arbeitslosigkeit weiblicher Angestellter

Die weiblichen Angestellten sind mit etwa 4 Millionen die größte Gruppe der weiblichen Beschäftigten. Sie machen etwa die Hälfte aller Angestellten aus. Der Frauenanteil ist dort besonders hoch, wo die Angestellten die Basisfunktionen wahrnehmen, z. B. im Handel, bei den Banken, generell in den Büros und Verwaltungen. Die Situation der mit einfachen und ausführenden Arbeiten beschäftigten weiblichen Angestellten ist also vergleichbar mit der der Arbeiterinnen.

Zentrale Bedeutung für Arbeitsbedingungen und Beschäftigungslage der weiblichen Angestellten besitzt gegenwärtig die Rationalisierungswelle im Büro- und Dienstleistungsbereich. Davon sind nicht nur untere Qualifikationsgruppen betroffen, sondern auch in hohem Maße mittlere Funktions- und Qualifikationsgruppen. Gerade hier konzentrieren sich die zahlenmäßig bedeutsameren Gruppen qualifizierter weiblicher Beschäftigter.

Mit der Textverarbeitung beispielsweise, die das Konzipieren, Formulieren, Diktieren, Schreiben, Kopieren und Befördern von Texten umfaßt, sind rund 10 Millionen Beschäftigte in der BRD befaßt. Davon sind ca. 2 Millionen Schreibkräfte — in der Regel Frauen — und 3 Millionen Korrespondenten bzw. Diktierende. Der Prozeß der Rationalisierung der Textverarbeitung, der vor allem die Tätigkeiten weiblicher Angestellter betrifft, umfaßt die Reduktion des Schriftgutes, die Arbeitsintensivierung und die Automatisierung. Der Einsatz von Computern steht in der Bundesrepublik erst am Anfang. Das akten- oder papierlose Büro ist heute keine utopische Vorstellung mehr.

Im Bereich des Handels werden durch integrierte Datensysteme eine Reihe von Tätigkeiten in der Verwaltung, im Verkauf und im Lager überflüssig, auch hier wiederum in erster Linie die Arbeitsplätze von weiblichen Angestellten betreffend. Im Bereich der Banken und Versicherungen wird eine Sachbearbeiterin, die in früheren Jahren noch vollständige Vorgänge bearbeitete, bei Anwendung von EDV-Systemen heute weitgehend zu deren Zulieferer „degradiert“.

In erster Linie bedingt durch verstärkte Rationalisierungsmaßnahmen im Angestelltenbereich ist ein „neues“ Merkmal in der Struktur der Arbeitslosigkeit die wachsende Angestelltenarbeitslosigkeit. Der Anteil der arbeitslosen Angestellten an allen Arbeitslosen stieg von 23 % (1960) über 30 % (1975) auf 42,7 % (1976). Ende September 1977 ging er leicht zurück (41,9 %). Bei den Männern betrug der Anteil der arbeitslosen Angestellten 1976 28 %, bei den Frauen 51 %. Der Anteil der arbeitslosen weiblichen Angestellten an allen arbeitslosen Angestellten nahm von 55 auf 63 % zu.

Schwerpunkte der Frauenarbeitslosigkeit bei den Angestellten lagen im Mai 1976 bei Verwaltung/kaufm. Berufe mit 51 % und im Verkauf mit 26 %, bezogen auf alle arbeitslosen weiblichen Angestellten. Insgesamt liegt die Frauenquote an der Angestelltenarbeitslosigkeit (63 %) beträchtlich über ihrer Beschäftigtenquote (ca. 50 %). Seitdem auch die mittleren Funktions- und Qualifikationsgruppen hiervon betroffen sind, muß damit gerechnet werden, daß in vielen Bereichen der Beschäftigung der weiblichen Angestellten berufliche Aufstiegsmöglichkeiten noch mehr als bisher eingeengt werden.

### Jugendarbeitslosigkeit

Im Unterschied zu früher ist heute die Jugendarbeitslosigkeit größer als die älterer Jahrgänge. Sie weist für *weibliche Jugendliche* überproportionale Quoten auf. In der Gruppe der unter 20jährigen muß die tatsächliche Arbeitslosigkeit doppelt so hoch veranschlagt werden, wie offizielle Daten ausweisen.

Der Anteil der weiblichen Arbeitslosen unter 25 Jahren stieg von 20,6 % (1964) über 24,9 % (1971) auf 32,7 % (1977) an, der der männlichen Arbeitslosen dieser Altersgruppe von 5,4 % (1964) über 14,3 % (1971) auf 25,5 % (1977). Während 1976 insgesamt ein gewisser Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit zu verzeichnen war, erhöhte sich der Anteil der Mädchen jedoch weiter. Im September 1977 lag die Zahl der männlichen Arbeitslosen unter 20 Jahren nur 0,5 % über dem Vorjahresstand, die Zahl der weiblichen Arbeitslosen jedoch um 5,3 %. Die Zunahme der Arbeitslosen gegenüber der Vorjahresfrist in den Altersgruppen unter 30 Jahren wurde im September 1977 fast ausschließlich durch den Anstieg der arbeitslosen Frauen bestimmt.

Weibliche arbeitslose Jugendliche sind durchschnittlich länger arbeitslos als männliche. Den höchsten Anteil der dauerarbeitslosen weiblichen Jugendlichen hat die Altersgruppe unter 20 Jahre. Fast die Hälfte (45,9 %) der arbeitslosen weiblichen Jugendlichen fallen unter die Angestelltenberufe (Jungen: 12 %).

Mädchen sind durch Bildungsabschlüsse weniger vor Arbeitslosigkeit geschützt als Jungen. Einen Hauptschulabschluß besitzen 56,4 % der Jungen und 60,6 % der Mädchen; 8,6 % der Mädchen, 5,8 % der Jungen haben die mittlere Reife oder die Hoch-/Fachschulreife. 67,6 % der arbeitslosen Jungen und 68,4 % der arbeitslosen Mädchen sind ohne Berufsbildungsabschluß.

Neben den allgemeinen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ursachen der Arbeitslosigkeit können als spezifisch für die besonders hohe Mädchenarbeitslosigkeit genannt werden: überkommenes Rollenverhalten, geringer veranschlagtes „Schutzbedürfnis“ — Mädchen werden als erste entlassen und finden am schwersten wieder Arbeit —, verstärkte Rationalisierung und Krisen in frauenspezifischen Wirtschaftszweigen.

In einer betrieblichen Berufsausbildung befand sich 1975 nur jedes fünfte Mädchen (20,6 %), jedoch jeder dritte Junge (35,4 %). Bei den erwerbstätigen Jungen der Altersgruppe zwischen 15 und 20 Jahren befanden sich 82,7 % in einer Ausbildung, bei den Mädchen nur 55,2 %. Die Mehrheit der weiblichen Auszubildenden konzentriert sich auf wenige Ausbildungsberufe, von denen die am stärksten besetzten den sogenannten „Frauenberufen“ zuzurechnen sind. Diese Berufe sind meist durch kürzere Ausbildungsdauer, geringere Aufstiegsmöglichkeiten, größere Krisenanfälligkeit sowie leichtere Ersetzbarkeit gekennzeichnet. Die Ausbildungsplätze im gewerblich-technischen Bereich sind nur zu knapp 10 Prozent mit Mädchen besetzt. Bereits 68,5 % aller weiblichen Auszubildenden haben Ausbildungsziele, die sich im wesentlichen auf kaufmännische, pfl-

gerische und Büroberufe beschränken. Über 90 % liegt der Anteil der Mädchen in Berufen wie Florist, Näher, Schneider, Drogist und Friseur. Entsprechend wurden 1975 in Berufen wie Dreher, Feinmechaniker, Mechaniker, Büromaschinenmechaniker, Werkzeugmacher, Fernmeldetechniker, Elektrogerätemechaniker sowie Radio- und Fernstechniker im ganzen Bundesgebiet nur 295 Mädchen ausgebildet.

Der seit Beginn der siebziger Jahre zu beobachtende Lehrstellenabbau und die anhaltende Lehrstellenknappheit wirken sich für Mädchen noch stärker aus als für Jungen, auch wenn sie durchschnittlich bessere schulische Abschlüsse haben. Sie werden in besonderem Maße gerade in einer Altersperiode, in der die Lernfähigkeit höher ist, an der Entfaltung ihrer Fähigkeiten gehindert und um ihre Zukunftserwartungen betrogen. Nach dem vorläufigen Bericht der Bundesanstalt für Arbeit über den Ausbildungsstellenmarkt 1976/77 waren Ende September 1977 10 060 männliche und 16 973 weibliche Bewerber noch nicht untergebracht.

### Hochschulabsolventinnen und Studentinnen

Auch für *Hochschulabsolventinnen* tritt heute Arbeitslosigkeit auf: Im September 1977 waren über 8000 weibliche Hochschulabsolventen mit abgeschlossenem Studium als arbeitslos registriert. Ihr Anteil an den arbeitslosen Absolventen liegt über ihrem Anteil an allen Absolventen. Zur generellen Akademikerarbeitslosigkeit — vorwiegend durch die Restriktionspolitik des Staates hervorgerufen — kommt für die Frauen der Verweis auf „frauenspezifische“ Studienrichtungen sowie Erschwernisse in der Wissensaneignung im nach wie vor von männlichen, meist konservativen Kollegen bestimmten Wissenschaftsbetrieb. Das Hauptkontingent der arbeitslosen Akademiker stellen die arbeitslosen Lehrerinnen. Das klassische Frauenstudium weist den höchsten weiblichen Arbeitslosenanteil auf.

Mädchen sind im höheren allgemeinbildenden und im Hochschulwesen nach wie vor unterrepräsentiert. Im WS 1972 betrug der Anteil der weiblichen Studierenden in der BRD 30,4 %, im SS 1977 33,9 %. Seit dem SS 1975 (33,5 %) ist der Anteil der Studentinnen nahezu konstant geblieben. Der Frauenanteil an den bundesdeutschen Hochschulen rangiert im Vergleich der EG an fünfter Stelle.

Über 70 % aller Studentinnen verteilen sich auf drei von acht Fachrichtungen (einschließlich Erziehungswissenschaften). Über 50 % aller Studentinnen wählen einen lehrerbildenden „Kurz“studiengang. Auch hier werden sie trotz ihres hohen Anteils in die niedriger qualifizierten und bezahlten Lehrämter abgedrängt.

Schon gegenwärtig ist eine Herabminderung der Studienbereitschaft von Abiturientinnen sichtbar. Die Situation im Zweiten Bildungsweg, der gerade für Frauen eine Möglichkeit des Nachholens von Voraussetzungen zum Zugang zu Hochschulen darstellt, ist erheblich erschwert worden. (1977 waren rd. 70 % aller Absolventen des Zweiten Bildungsweges Frauen.)

### Restriktionen im Weiterbildungsbereich

*Weiterbildende Maßnahmen* sollen die vorhandene Qualifikation an neue erhöhte Anforderungen anpassen sowie durch die Benachteiligung in der beruflichen Bildung entstandene Defizite aufholen. Diesem Anspruch wird die derzeitige Praxis der Weiterbildung in keiner Weise gerecht.

Die Volkshochschulen sind der bedeutendste Träger in der Erwachsenenbildung, in dem Frauen seit Jahren erheblich überrepräsentiert sind. Dort besuchen die meisten der sich weiterbildenden Frauen Veranstaltungen. Die Volkshochschulen sprechen jedoch mit ihrem dem traditionellen Rollenklischee verhafteten Angebot in erster Linie Frauen der sogenannten Mittelschichten an. Nur in geringerem Umfang werden Frauen „unterer sozialer Schichten“ bei Angeboten beruflicher Weiterbildung erreicht.

Im Bildungsurlaub und in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit sind Frauen nach wie vor stark unterrepräsentiert. Hier sind in der letzten Zeit verstärkte Anstrengungen zu beobachten, Frauen mehr als bisher einzubeziehen.

Der größte und finanzkräftigste Träger von Weiterbildung ist die Privatwirtschaft. Betriebliche Weiterbildung steht aber den Frauen in der Krise weniger denn je zur Verfügung. Privilegierte, bereits qualifizierte Arbeitskräfte, meist männliche Kollegen, werden bevorzugt. Die fast immer kürzere Betriebszugehörigkeit wird als Anlaß genommen, Frauen von der betrieblichen Bildung auszuschließen.

Die staatliche Förderung der beruflichen Weiterbildung über das Arbeitsförderungsgesetz (AFG) ist sowohl in bezug auf ihren finanziellen Hintergrund als auch in bezug auf die Beteiligung der Frauen rückläufig. Aufgrund des 1976 verabschiedeten Haushaltsstrukturgesetzes werden Frauen heute kaum mehr nennenswert durch das AFG gefördert. Die staatlichen Maßnahmen zur beruflichen Weiterbildung dienen letztlich nur der Manipulation der sogenannten „stillen“ Arbeitsmarktreserve.

### Rationalisierung in Bereichen der Frauenbeschäftigung

Lag in den letzten Jahrzehnten die Quote der Frauenarbeitslosigkeit stets unter der der Männer, so zeichnete sich seit Beginn der siebziger Jahre ein grundlegender Wandel ab, der — neben den gesellschaftlichen — seine Ursachen vor allem im beginnenden Automationsschub und in der massenhaften Anwendung von neuen Technologien hat. Während die konjunkturelle (zyklische) Wirtschaftskrise ab 1976 — was Produktion und Umsatz betrifft — zeitweilig überwunden werden konnte, nimmt die durch die kapitalistische Einführung neuer Technologien bedingte Strukturkrise an Umfang und Tiefe zu. Durch die *neue Rationalisierungswelle* sind ganz besonders stark die Arbeitsplätze der an- und ungelerten Arbeitskräfte betroffen, also in erster Linie Arbeitsplätze von Frauen.

Einige sog. „typische Frauenarbeitsplätze“ werden sogar vollständig beseitigt. So hat die Aufnahme der Produktion eines auf Elektronik umgestellten Fernschreibers bei SEL (ITT-Konzern) in Pforzheim auf einen Schlag Hunderte von Arbeitsplätzen (50—60 %) vernichtet. Ein einziger integrierter Schaltkreis ersetzte im Speichersender 936 mechanische Bauteile. Anstelle der früheren Herstellung, Montage und Justage komplizierter Dreh-, Stanz- und Biegeteile steht heute nur noch die Montage von wenigen elektronischen Bauelementen. Angelernte treten an die Stelle von Fräsern, Feinmechanikern und Elektrikern. Ein Großteil der Facharbeiter wurde entlassen, die verbleibenden um 4, einige sogar um 5 Lohngruppen abgruppiert. Die Fertigungszeit schrumpfte beim Fernschreiber von 75,3 auf 17,7 Stunden.

Die mechanische Uhr, bisher ein Kunststück mechanischer Präzision von etwa 100 Einzelteilen, deren Herstellung rund 1000 qualifizierte Arbeitsgänge benötigte, wird jetzt von der elektronischen Uhr verdrängt. Ihr Werk besteht nur noch aus vier Teilen. Qualifizierte Facharbeiter, darunter viele Frauen, sind zur Herstellung nicht mehr nötig. Die we-

nigen Handgriffe können von angeleiteten Kräften ausgeführt werden. Jeder Zweite in der Uhrenindustrie verlor bereits seinen Arbeitsplatz.

Die Auswirkungen des technischen Wandels auf die *Qualifikationsstruktur* wird von Fachleuten verschiedener Richtung einhellig dahingehend charakterisiert, daß einerseits eine Reihe hochqualifizierter Tätigkeiten entsteht, daß aber andererseits das Gros der neuen Einsatzbereiche durch ein relativ niedrigeres Qualifikationsniveau gekennzeichnet ist. Frauen haben zwar theoretisch die Chance, auch höher qualifizierte Tätigkeiten auszuführen, aber überall zeigt die bisherige Praxis, daß den Frauen in der Regel die neu entstandenen unqualifizierten Einsatzbereiche vorbehalten bleiben, während alle neu entstehenden Arbeitsplätze mit höheren Qualifikationsanforderungen ausschließlich mit Männern besetzt werden. Typisch ist also, daß die Erhöhung des Mechanisierungsniveaus und die Schaffung höher qualifizierter Vorrichtungen unter kapitalistischen Bedingungen die geschlechtsspezifische Differenzierung im Produktionsprozeß vorantreibt.

Zur arbeitsorganisatorischen Strategie des Managements gehört auch der flexiblere Einsatz des Personals. Kurzarbeit, freiwillige unbezahlte Überstunden, Verzicht auf Ersatzkräfte bei Fehlen oder Ausscheiden von Arbeitskräften, Abbau von Pausen sind in vielen Unternehmen gegenwärtig zu finden. Die extremste Methode erleben wir zur Zeit im Handel, in Ansätzen auch im Banken- und Versicherungsbereich, unter dem Begriff „kapazitätsorientierte Arbeitszeit“. Gearbeitet wird in „variablen Arbeitsstunden“. Eine geregelte Arbeitszeit gibt es nicht mehr. Vertraglich werden beispielsweise 100 Stunden pro Monat gegen ein festes Monatsgehalt vereinbart. Wann diese zu leisten sind, wird von den Unternehmern je nach dem Bedarf des Geschäftsablaufes vorgeschrieben. Zumeist wird gleichzeitig ein neues Zeiterfassungssystem eingeführt, das nur die direkt am Arbeitsplatz verrichtete Arbeit wertet. Wege von einem Stockwerk zum anderen oder gar der Gang zur Toilette werden nicht als Arbeitszeit gewertet. Die Folgen dieses ausgeklügelten Rationalisierungssystems sind weiterer Personalabbau, weiterer Verlust von Ganztagsarbeitsplätzen, Leistungsverdichtung, gesteigerter Streß und letztlich Einkommensminderung.

### Die Lohndiskriminierung

Augenscheinlich wird die Diskriminierung der Frauen auch in der *Lohnsituation*. Frauen verdienen im Durchschnitt nach wie vor 30 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Die Leichtlohngruppen, formaler Ersatz für die nicht aufrechtzuerhaltenden Frauenlohngruppen, sind Lohngruppen, die an das unterste Ende der Lohnskala — unter die Lohngruppen für (männliche) Hilfsarbeitertätigkeiten — angehängt wurden. Ihre Haupteingruppierungsmerkmale sind vage Begriffe wie „leichte Arbeiten“ oder „einfache Arbeiten“. Darüber hinaus werden physische Anstrengungen höher bewertet als psychische und nervliche Belastungen oder Konzentration. Folglich überrascht nicht, daß 90 % der in Leichtlohngruppen eingestufteten Arbeiter Frauen sind.

Je mehr Frauen in einer Branche oder einem Beruf vertreten sind, desto niedriger ist der Durchschnittsverdienst. Z. B. verdiente eine drei Jahre ausgebildete kaufmännische Kraft 1976 im Einzelhandel 1385 DM, während eine gleichwertige Tätigkeit im Bankenbereich mit 1803 Mark abgegolten wurde. Hier bestätigt sich, daß ein Beruf dann zum „Frauenberuf“ wird, wenn sich Aufstiegschancen und soziale Anerkennung verringern. Umgekehrt sinken soziales Prestige und Anziehungskraft eines Berufes auf Männer, sobald der Frauenanteil steigt.

Die Unterschiede zwischen Männern und Frauen bei den Bruttostundenverdiensten der Arbeiter in der Lohngruppe 1 (also bei gleichen Tätigkeitsanforderungen) bewegen sich zwischen 2,— bis über 3,— Mark pro Stunde. Im Metallbereich waren z. B. 1972 in der Leistungsgruppe 1 (Facharbeiter) 3 % aller Frauen eingestuft und 58 % aller Männer, während sich das Verhältnis fast umkehrt, betrachtet man die Leistungsgruppe 3 (Hilfsarbeiter): 59 % aller Frauen und 12 % aller Männer.

Vergleichbar ist die Situation bei den Angestellten: Die Unterschiede zwischen männlichen und weiblichen kaufmännischen Angestellten betragen im April 1976 z. B. in der Leistungsgruppe II von DM 400,— bis zu DM 750,— brutto pro Monatsverdienst. In der Leistungsgruppe II für Angestellte (Tätigkeiten mit besonderen Fachkenntnissen) war 1974 der relative Anteil der Männer mit 36,4 % sechsmal höher als bei den Frauen mit 6,2 %.

Die betrachteten Einzelergebnisse zur Lohnsituation der erwerbstätigen Frauen spiegeln sich auf gesellschaftlicher Ebene in der Einkommensverteilung wieder. Obwohl rund ein Drittel aller abhängig Beschäftigten Frauen sind, erhalten sie nur knapp ein Viertel der gesamten Brutto- und Gehaltssumme.

Die für die Werktätigen krisenhafte wirtschaftliche Entwicklung in der BRD bringt — weit über die im Arbeitsleben anstehenden Probleme hinaus — in allen gesellschaftlichen Bereichen einschneidende Folgen mit sich. Sie macht keineswegs halt vor den Standards der Infrastruktur und erstreckt sich bis in angeblich „persönliche Sphären“, bis in den sogenannten Privatbereich hinein. Auf die Auswirkungen der Arbeitslosigkeit von Frauen auf ihre finanzielle, familiäre und psychische Situation sei hier nur am Rande verwiesen. Persönliche Ausgaben und Anschaffungen, die unter Einbeziehung des Einkommens der Frau geplant waren, müssen z. B. zurückgestellt werden. Der Kontakt zu den Kollegen wird in der Isoliertheit zu Hause von Frauen besonders vermißt.

### Einschnürung der sozialen Leistungen

Neben den bereits genannten Aspekten im Zusammenhang mit der Situation weiblicher Jugendlicher, der Studentinnen und sich weiterbildender Frauen werden hier weitere ausgewählte Beispiele aufgezeigt, wie durch restriktive Maßnahmen im *Reproduktionsbereich* während der Krise die Lage der Frauen verschlechtert wurde. Das Zurückbleiben des Ausbaus der sozialen Infrastruktur hat für Frauen besonders einschränkende Wirkung — gerade in bezug auf die Integration von Berufstätigkeit und Mutterschaft. Dies betrifft besonders alleinstehende Frauen mit Kindern.

Nach wie vor sind Einrichtungen für Kinder wie Kindergärten, Krippen und Horte nur in unzureichendem Maße vorhanden. Der Anteil der Freizeit am Tagesablauf wird für viele berufstätige Frauen mit Kindern durch lange Wege von und zur Arbeit und die Aufgaben in der Familie fast unter das lebensnotwendige Minimum reduziert. Die Verteuerung der Sozialtarife und der Mieten trifft gerade die Frauen, sie haben alle Anstrengungen zu unternehmen, mit dem Haushaltsgeld bei ständig wachsenden Ausgaben zurechtzukommen.

Die ärztliche Versorgung hinkt hinter den Anforderungen durch veränderte Krankheitsbedingungen und eine veränderte Krankheitsstruktur her. Die Säuglingssterblichkeit — als Indiz für die Qualität ärztlicher Betreuung — liegt in der BRD im internationalen Vergleich mit an der Spitze.

Noch immer nehmen über die Hälfte der weiblichen Versicherten die Möglichkeiten von Vorsorgeuntersuchungen nicht wahr. Die Chancen der Früherkennung sind dadurch und durch die Beschränkung der Untersuchungen auf wenige traditionelle Krankheiten stark reduziert. Eine in Baden-Württemberg durchgeführte Modelluntersuchung hatte zum Ergebnis, daß bei 71,1 Prozent der untersuchten arbeitenden Frauen medizinische Maßnahmen für erforderlich gehalten wurden. Jede achte Frau litt an einer bisher nicht wahrgenommenen Krankheit.

Zu Belastungen und Überforderungen führen Arbeitsplatzbedingungen wie zu schnelles Arbeitstempo, Lärm, Licht, Schmutz. Durch die zunehmenden Rationalisierungsmaßnahmen steigen die psychischen Belastungen rapide an. Der Krankenstand gerade der Frauen entspricht in Krisenzeiten noch weniger als in den Jahren der Hochkonjunktur dem tatsächlich vorfindlichen Gesundheitsstand. Die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes führt dazu, daß Vorsorgeuntersuchungen nicht wahrgenommen, daß gesundheitliche Schäden bewußt oder unbewußt übergangen und in Kauf genommen werden. Diese Tendenz drückt sich in den sinkenden Arbeitsunfallmeldungen und zurückgehenden Kuranträgen seit 1974/75 aus.

Kaum eine sozialpolitische Maßnahme der letzten Jahre stand so im Vordergrund der gesellschaftlichen Auseinandersetzung wie die Reform des sogenannten „Abtreibungsparagraphen“ 218 StGB. Die durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes geschaffene Lage entspricht keineswegs den Forderungen der breiten Bewegung, die für die Reform dieser Gesetzgebung eingetreten ist. Frauen aus Arbeiterfamilien sind auch heute benachteiligt. Aufgrund der oft bürokratischen Anwendung oder gar strikten Ablehnung eines Schwangerschaftsabbruchs durch die „Indikationsregelung“ wird die Alternative der „Reise nach Holland“ nach wie vor ins Auge gefaßt. Sie muß jedoch für Arbeiterfrauen häufig an der Begrenztheit der finanziellen Mittel und der Furcht, ins Ausland reisen zu müssen, scheitern. Vielen bleibt deshalb auch gegenwärtig nur der Weg zum illegalen Abbruch offen, obgleich Untersuchungen des Familienministeriums ergaben, daß in bundesdeutschen Kliniken Kapazitäten für 100000 bis 250000 Abbrüche pro Jahr vorhanden wären.

Die Arbeitslosigkeit vieler Frauen bewirkt nicht etwa die Zunahme von Entscheidungen zugunsten eines Kindes, wie von bestimmten Kreisen erwünscht. So hat die Statistik der PRO FAMILIA von 1976 bereits ergeben, daß die Anzahl von arbeitslosen Ratsuchenden bei Frauen von 304 (1975) auf 1260 (1976) und bei Männern von 68 (1975) auf 378 (1976) bei einer gleichzeitigen Zunahme der Schwangerschaftskonfliktberatung von 2845 (1975) auf 7545 (1976) gestiegen ist.

### Die Rentendiskriminierung

Ein Ergebnis der Diskriminierung der Frauen im Berufsleben stellt die Form ihrer Versorgung im *Rentenalter* dar. Niedrigere Löhne und Gehälter sowie nicht angerechnete Ausfallzeiten durch die Familienbetreuung haben zur Folge, daß die Mehrzahl der Frauen nach dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben oder nach dem Tod des Ehepartners mit einem völlig unzureichenden monatlichen Einkommen existieren müssen, das oftmals gar die Armutsgrenze unterschreitet.

Das vor kurzem erfolgte Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, wonach eine Witwe auch weiterhin nur 60 % der Rente ihres verstorbenen Ehemannes erhalten soll, ist der

jüngste Beweis für die Mißachtung des im Grundgesetz verankerten Gleichberechtigungsgrundsatzes.

45,8 % (= rund 1,6 Millionen) vormals erwerbstätiger Frauen bezogen im Juli 1976 eine Rente unter 300 DM, 31,2 % (= rund 1,09 Mill.) zwischen DM 300,— und 600,—. Die Witwenrenten lagen für etwas mehr als 1,5 Millionen Frauen zwischen 300 und 600 DM und für 521 900 Frauen unter 300,— DM. Von der Erhöhung der Mindestbeiträge für die freiwillige Rentenversicherung durch das 20. Rentenanpassungsgesetz (bis 1980 um das Dreieinhalbfache) werden gerade Frauen aus Arbeiter- und Angestelltenfamilien betroffen. Oftmals bedeutet dies, daß ihr eigenständiger Rentenanspruch fraglich bleibt oder — aufgrund der Bestimmungen des 21. Rentenanpassungsgesetzes — die Wartezeit für das Altersruhegeld nicht erfüllt werden kann. In gleicher Weise wurden die Renten der landwirtschaftlichen Alterskassen und die der Kriegspflerversorgung beeinträchtigt.

Weitere Verschlechterungen für die von ihrer Rente lebenden Frauen sind in der Rücknahme der Befreiung von der Arzneimittelgebühr zu sehen, in der Kürzung des bei geringem Einkommen gezahlten Wohngeldes, in der Rücknahme der Ermäßigung von Telefon- und Rundfunkgebühren sowie auch in der Verringerung zusätzlicher Sozialhilfe bei unzureichender Rentenhöhe.

### 3. Frauenemanzipation und Arbeiterbewegung

Die angeführten Fakten zur Situation der Frauen in der BRD unter den Bedingungen krisenhafter Entwicklung verweisen eindeutig auf den Sachverhalt der Diskriminierung. Dieser ohnehin auch in Zeiten der Hochkonjunktur bestehende Zustand verschärft sich mit der anhaltenden Dauer der sozialen und ökonomischen Krisenprozesse. Materielle und soziale Voraussetzungen und Bedingungen der Frauenemanzipation werden wesentlich eingeschränkt.

Die Arbeits- und Lebensbedingungen der Frauen verweisen aber auch darauf, daß es unabdingbar ist, sowohl im Rahmen der Frauenbewegung als auch der Organisationen der Arbeiterklasse zur Überwindung dieser Situation im Interesse der Frauen spezifische Forderungen zu erheben und um ihre Durchsetzung zu kämpfen. Mit diesen Besonderheiten begründen heute feministische Gruppierungen die Notwendigkeit 'autonomer' Organisationsformen, also einer von der Arbeiterbewegung getrennter Organisation der Frauen. Unbestritten ist dabei, daß es gerade in Anfangsstufen der Bewegung notwendig sein kann, sich kurzzeitig in Frauengruppen zurückzuziehen, um Rollendefizite und Benachteiligungen aufzuarbeiten und Gemeinsamkeiten in der Betroffenheit zu erfahren. Wird diese Organisationsform jedoch zum absoluten Postulat erhoben, negiert man die grundlegenden Interessengemeinsamkeiten aller Gruppen der Arbeiterklasse und der Lohnabhängigen und ihrer Angehörigen.

Es ist eine Binsenweisheit, daß das Bewußtsein von Diskriminierung und Unterdrückung diese selbst noch nicht aufhebt. Kaum zu bestreiten ist auch, daß die potentielle gesellschaftliche Macht der Arbeiterklasse gegenüber der Klasse der Produktionsmittelbesitzer und der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft in ihrem Zusammenschluß in gewerkschaftlichen und politischen Organisationen und deren kämpferischer Orientierung und Praxis besteht. Selbst die berechtigte Kritik an Politik und Praxis der Gewerkschaften, an der unzureichenden Repräsentanz der Frauen in ihren Vertretungs- und Leitungsgremien, an der vielfach noch bestehenden Alibifunktion ihrer Frauenausschüsse usw.,

schaft die Tatsache nicht aus der Welt, daß in der BRD die Gewerkschaften des DGB die umfassendsten Organisationen der Arbeiterklasse und der Lohnabhängigen sind. Die wachsende Beteiligung von Frauen an der Gewerkschaftsarbeit entspricht deshalb der Notwendigkeit, in diesen Organisationen mitzuarbeiten und in ihnen die spezifischen Interessen der Frauen zur Geltung zu bringen und für ihre Durchsetzung im Kampf der gesamten Arbeiterklasse zu wirken.

Daß diese Orientierung nicht frommem ‚traditionalistischem‘ Wunschenken entspringt, sondern unter den Bedingungen unseres Landes realisierbar ist, zeigten die Streikkämpfe im Frühjahr 1978. Im Bereich der IG Metall z. B. konnte die untere Leichtlohngruppe abgeschafft und konnten Schutzmaßnahmen gegen Abstufungen und Dequalifizierungen durchgesetzt werden.

Allerdings ist es auch erforderlich, daß marxistische Kräfte stärker als bisher dem gegenwärtigen Entwicklungsstand der Frauenbewegung und ihren Organisationsformen Rechnung tragen. Dies bedeutet vor allem, einen Beitrag in der Formulierung gemeinsamer antimonopolistischer Interessen und Forderungen zu leisten, auf deren Grundlage punktuelle Bündnisse zwischen der Frauenbewegung und Organisationen der Arbeiterbewegung möglich und erfolgversprechend sind. Unterschiedliche Positionen in Grundsatzfragen sind dabei keine unüberwindbaren Hürden.

Zeigt schon das Problem der ökonomischen und sozialen Krisenauswirkungen, daß der Kampf gegen die kapitalistische Wirtschaftskrise und ihre Auswirkungen unmittelbar auch ein Kampf für die Chancengleichheit und Emanzipation der Frauen ist, so trifft dies auch für die Bewegungen zur Verteidigung demokratischer Rechte zu. Einschüchterungsversuche, Disziplinierungsmaßnahmen und Berufsverbote, die zu 60 % bislang Frauen betrafen, sollen dazu beitragen, ein Klima der Angst und der sozialen Unsicherheit zu schaffen und gesellschaftliches und politisches Engagement zu unterbinden. Die politische Rechtsentwicklung wirkt sich nicht zuletzt in der Propagierung konservativer bis reaktionärer Frauenleitbilder aus, die das Recht der Frau auf Arbeit als absurd — weil ihrer Bestimmung widersprechend — abtun oder gar arbeitslosen Frauen mangelnde Motivation und Bereitschaft zur Arbeit unterstellen.

Dies zeigt, daß heute der Fortschritt der Emanzipationsbestrebungen der Frauen an eine Veränderung der politischen Verhältnisse gebunden ist, und zwar an Veränderungen demokratischen Charakters, die gesamtgesellschaftliche Kräfteverhältnisse herbeiführen, die auch progressive soziale und ökonomische Entwicklungen einzuleiten in der Lage sind.

Umgekehrt kommt auch der Frauenbewegung in diesem Prozeß eine hervorragende Rolle zu. Es ist z. B. eine alte Erfahrung des gewerkschaftlichen Kampfes der Arbeiter, deren Gültigkeit heute in keiner Hinsicht gemindert ist, daß die Einbeziehung der Frauen ein wichtiges Moment ist, um die durch die Unternehmer geförderte Konkurrenz auf den Arbeitsmärkten einzuschränken und zu kontrollieren. Dies gilt aber mehr oder weniger auch für andere soziale und politische Bewegungen.

Der Kampf um die Emanzipation der Frau ist nicht nur ein Kampf um die Gleichberechtigung der Geschlechter. Würde er sich darauf beschränken, würde er den Rahmen der Ausbeutung, Unterdrückung und Ungleichheit der kapitalistischen Klassengesellschaft akzeptieren. Die realen Verhältnisse in der BRD zeigen jedoch, daß selbst von einer Gleichheit der Ausbeutungsbedingungen nicht die Rede sein kann.

# Krisenbedingungen und Arbeitskämpfe Zur Entwicklung sozialer Kämpfe in der Bundesrepublik 1975 bis 1978

*Klaus Pickshaus*

*I. Determinanten der sozialen Bewegung in der Krise — II. Die Streikentwicklung 1975 bis 1978 — III. Die Tarifbewegungen 1975 bis 1978 — IV. Arbeitskämpfe gegen Arbeitsplatzvernichtung und Sozialabbau — V. Eine neue Etappe sozialpolitischer Auseinandersetzungen*

Fünf Tage Arbeitskampf in den Seehäfen der Bundesrepublik, Streiks und Aussperrungen in der Druckindustrie, Streiks und Aussperrung in der Metallindustrie Baden-Württembergs, gleichzeitig Zuspitzung der Tarifaueinandersetzungen in neuen Bereichen wie der Bauindustrie — begann 1978 nach Jahren krisenbedingter Ruhe eine Phase harter sozialer Kämpfe in der Bundesrepublik? Hat die disziplinierende Wirkung einer Reservearmee von fast 2 Millionen offener und verdeckter Arbeitsloser nur vorübergehend die zu Beginn der siebziger Jahre neu gewachsene Streikbereitschaft und Erfahrung dämpfen können?

Nach dem Signal des Druckerstreiks 1976 zeigten schon die Gewerkschaftstage im Herbst 1977, insbesondere der der IG Metall, der Gewerkschaft Holz und Kunststoff und der IG Druck und Papier, daß der Krisenschock nicht eine dauernde und allgemeine Lähmung der Widerstandskraft der Arbeiterklasse bewirken konnte. Vielmehr hatten das Erlebnis der Krise und ihrer Auswirkungen wie auch die insgesamt nicht wenigen betrieblichen und tariflichen Abwehrkämpfe offensichtlich bei Teilen der Arbeiterklasse zu einem Anstau des Unmuts und einer Aktivierung der Kampfbereitschaft geführt, die angesichts der aggressiven Offensive des Kapitals in der Tarifrunde 1978 in eine breite Gegenbewegung mündete.

Eine Untersuchung der Kampfbedingungen der Gewerkschaften in der Krisensituation und die Auswertung des Verlaufs, der Formen und der Resultate der Abwehraktionen und Arbeitskämpfe der letzten Jahre kann sicherlich helfen, empirisch gesichertes Material zur Beantwortung der Frage beizusteuern, ob sich in der gegenwärtigen Entwicklung der Gewerkschaften stärker wieder Elemente einer von ihrer Funktion als Kampforganisation bestimmten Programmatik und Praxis oder einer als Integrations- und Ordnungsfaktor verstandenen Politik durchsetzen.

## I. Determinanten der sozialen Bewegung in der Krise

In der Krise verändern sich die Kampfbedingungen der Gewerkschaften grundlegend. Insbesondere die gewerkschaftliche Tarifpolitik ist in starkem Maße von der konjunkturellen Entwicklung abhängig. Daß über einen Zeitraum von mehr als 20 Jahren kontinuierliche Reallohnsteigerungen von jahresdurchschnittlich etwa 4—5 % durchgesetzt werden

können, ist ja nicht nur der Existenz starker Gewerkschaften, sondern vorab den günstigen Bedingungen der Kapitalakkumulation, d. h. einer ungewöhnlich langen Periode kapitalistischer Prosperität in der Bundesrepublik zuzuschreiben. Der während dieses Zeitraums relativ große ökonomische Spielraum des Kapitals für lohnpolitische Zugeständnisse ermöglichte es den bundesdeutschen Gewerkschaften, bei einer erheblich geringeren Mobilisierung gewerkschaftlicher Kampfkraft bessere materielle Erfolge zu erzielen als die Gewerkschaften in anderen hochentwickelten kapitalistischen Ländern.<sup>1</sup> Die Grenzsituation zur sozialistischen DDR verstärkte dabei die Verhandlungsposition der Gewerkschaften objektiv.

Schon in der Krise 1966/67, vollends aber mit dem Eintritt in die bislang schwerste Wirtschaftskrise der BRD 1973/74 wird sichtbar, daß diese Periode günstiger Akkumulations- und Verwertungsbedingungen beendeter ist. Dies stellt die Gewerkschaften vor völlig neue Probleme.

Die krisenhafte Entwicklung in der Bundesrepublik, die sich seit Anfang der siebziger Jahre u. a. in den ständig steigenden Arbeitslosenzahlen ausdrückte, erreichte nach einem kurzen Aufschwung 1972/73 im Sommer 1975 ihren Tiefpunkt. Es handelte sich dabei um eine mit Strukturkrisen verflochtene zyklische Überproduktionskrise, deren Folgen, wie sich erwies, noch weit über die Jahre 1974—76 hinaus zu spüren waren.<sup>2</sup> Insbesondere die Massenarbeitslosigkeit prägt weiterhin trotz konjunktureller Aufschwungstendenzen bis heute entscheidend die soziale Lage und die Kampfbedingungen der Arbeiterklasse. Der Umfang der weit über die seit 1975 ca. 1 Million registrierten Arbeitslosen hinausgehenden tatsächlichen Arbeitslosigkeit beträgt nahezu 2 Millionen.<sup>3</sup> Die sozialpsychologische Funktion dieser Reservearmee besteht in ihrer Wirkung als Entsolidarisierungs- und Disziplinierungsinstrument, indem u. a. durch die verschärfte Konkurrenz um den Arbeitsplatz individuelle Interessenorientierung und Verzicht auf aktives solidarisches Verhalten gefördert wird. Dieser Druck wird durch Unternehmer, Massenmedien usw. noch ideologisch verstärkt.<sup>4</sup> Die Basis für Entsolidarisierungsprozesse wird auch dadurch vergrößert, daß die Arbeitslosigkeit und andere Krisenauswirkungen die verschiedenen Teile der Arbeiterklasse zeitlich und in der Intensität sehr unterschiedlich nach Betrieben, Branchen, Regionen, Berufsgruppen und Altersgruppen betreffen. Um die in einer solchen Situation erschwerten Bedingungen für den gewerkschaftlichen Kampf zu verstehen, sollen einige wichtige Momente der Krisenstrategie des Großkapitals skizziert werden:

Eine Hauptrichtung der gegenwärtigen Wirtschaftsstrategie ist die — zumeist durch staatliche Investitionshilfen geförderte — Rationalisierung, um dem Druck auf die Höhe der Profite entgegenzuwirken. Zum einen wird durch „arbeitsorganisatorische“ Maßnahmen die Arbeit intensiviert. Zum anderen werden neue Technologien eingeführt, die zu Lohneinbußen, Dequalifikation, Veränderung der physischen und psychischen Arbeitsbelastung führen und vor allem auch Arbeitskräfte freisetzen. Gleichzeitig werden wenig

1 Vgl. zum Zusammenhang von Kapitalakkumulation, Kampfbedingungen und Lohnentwicklung H. Schäfer, *Lohn — Zu einigen Fragen der marxistischen Lohntheorie und Lohnpolitik*, Frankfurt am Main 1973, S. 47 ff.

2 Zum Charakter und Verlauf der Krise vgl. J. Huffschild/H. Schui (Hrsg.), *Wirtschaft im Konkurs? Handbuch zur Wirtschaftskrise 1973—1976 in der BRD*, Köln 1976, und Autorenkollektiv, *Wirtschaftskrise und Wirtschaftspolitik*, Beiträge des IMSF 4, Frankfurt am Main 1976.

3 J. Goldberg/B. Güther/H. Jung, *Arbeitslosigkeit*, Frankfurt am Main 1977, S. 23 ff.

4 Vgl. zur Bewußtseinsentwicklung den Beitrag von J. H. v. Heiseler in diesem Band.

rentable Betriebe geschlossen. Dies führt zur Vergrößerung der von der Konjunkturerwicklung unabhängigen, „strukturellen“ Arbeitslosigkeit und stellt heute, wie die Entwicklung in der Druckindustrie und auch der Metallindustrie zeigt, offensichtlich ein wesentliches soziales Konfliktfeld dar.

Im Mittelpunkt der Strategie des Großkapitals steht seit Beginn der Krise das Ziel, unter Ausnutzung der disziplinierenden Wirkung des Arbeitsmarktes in den Tarifeinsetzungen eine Senkung des Lohnniveaus und damit eine kräftige Erhöhung der Profite durchzusetzen. Die zentrale Devise der Unternehmer und ihrer politischen Sachwalter besteht seit 1973/74 in der Forderung nach einer „deutlichen Korrektur der verzerrten Verteilungsrelationen“<sup>5</sup>, deren Durchsetzung als Voraussetzung für eine Verbesserung der Konjunktur und der Arbeitsmarktlage bezeichnet wird.

Diese Zielsetzung ist ebenfalls Leitdoktrin der Wirtschaftspolitik der SPD-FDP-Regierung. Mit den einkommenspolitischen Instrumenten, die schon unter der Großen Koalition in der letzten Krise 1966/67 mit dem Stabilitätsgesetz geschaffen worden waren — Sachverständigenrat, Jahreswirtschaftsberichte der Bundesregierung und Konzentrierte Aktion —, intervenierte der Staat in die Tarifeinsetzungen und erschwerte die Ausgangsposition der Gewerkschaften in jeder Lohnrunde.

Jedoch nicht nur im ökonomischen, sondern auch im politischen und ideologischen Bereich nutzte das Kapital die Krisensituation für eine Offensive. Von der Beschwörung eines „Gewerkschaftsstaates“ über Pläne für ein gegen die Gewerkschaften gerichtetes „Verbändegesetz“ bis zur Verfassungsklage gegen das „Mitbestimmungsgesetz“ reicht die Palette von Versuchen, eine reaktionäre Veränderung des Kräfteverhältnisses zu erreichen. Unter Ausnutzung der Arbeitslosigkeit soll jede aktive Verteidigung der Interessen der Arbeiter und Angestellten verhindert werden. Gleichzeitig werden antikommunistische Kampagnen angefacht, um einmal von der krisen- und arbeitslosenfreien Realität der sozialistischen Länder abzulenken und zum anderen „eine ‚Legitimationsbasis‘ für repressive politisch-juristische Maßnahmen zu erreichen und die ideologischen und politischen Kristallisationskerne des Widerstandes zu isolieren“.<sup>6</sup>

Offensichtlich war insbesondere die Verfassungsklage der Unternehmerverbände gegen das „Mitbestimmungsgesetz“ vom Sommer 1977 der Auftakt eines großangelegten Angriffs auf die gewerkschaftlichen Positionen, der den Versuch einer grundlegenden weiteren Verschiebung des Kräfteverhältnisses zugunsten des Großkapitals zum Ziel hatte. Dies wurde in den Tarifikämpfen zu Beginn des Jahres 1978 sichtbar, in denen die Unternehmerorganisationen versuchten, den Gewerkschaften eine Niederlage zu bereiten.

Die Situation der letzten Jahre stellt an die Gewerkschaftspolitik — insbesondere in politischer Hinsicht — höhere Anforderungen. Doch stellt die skizzierte objektive Verschlechterung der gewerkschaftlichen Kampfbedingungen in der kapitalistischen Krise keine absolute Schranke für eine wirksame Verteidigung der Interessen der Arbeiterklasse dar, auch wenn zweifellos der ökonomische Kampf der Gewerkschaften in die Defensive gedrängt wird. Die Entwicklung der Arbeitskämpfe in Frankreich oder Italien demonstriert, daß krisenbedingte Einbußen aufgefangen werden können, wenn im politischen Kampf eine Mobilisierung möglich ist, insbesondere wenn starke politische Kristallisa-

5 BDA (Hrsg.), Jahresbericht 1975, Köln 1975, S. 35.

6 H. Jung, Thesen zu den Auswirkungen der Krise 1974/75 auf die westdeutsche Arbeiterklasse, in: F. Deppe u. a. (Hrsg.), Abendroth-Forum, Marburg 1977, S. 67/68.

tionszentren in Gestalt von kommunistischen Massenparteien existieren.<sup>7</sup> Unter solchen Bedingungen einer starken Arbeiterbewegung kann diese Situation zu einer politischen Polarisierung mit einer Gegenoffensive der Arbeiterklasse führen. So nahm die Streikbewegung in Frankreich und Italien während des synchronverlaufenden Krisenzyklus an Intensität und politischer Qualität zu. In Großbritannien ging sie nach Bildung einer Labour-Regierung und dem Abschluß des „Sozialpaktes“ stark zurück, blieb aber noch auf einem bedeutend höherem Niveau als in der Bundesrepublik.

Tabelle 1

Streiks in einigen kapitalistischen Ländern 1974 bis 1977

Land	(Streiktage in 1000)			
	1974	1975	1976	1977
BRD	1 051	69	534	24
Großbritannien	14 749	6 012	3 283	9 985
Frankreich	3 377	3 870	5 001	3 666
Italien*	136 267*	190 324*	177 643*	110 438*

\* Streikausfall nach Arbeitsstunden

Quelle: Main Economic Indicators (Hrsg. OECD), Paris, Mai 1978

Zur Erklärung der zumindest zeitweiligen Lähmung der Kampfaktivität in der Bundesrepublik zu Beginn der Krise können neben den skizzierten objektiven Bedingungen folgende subjektive Faktoren angeführt werden:<sup>8</sup>

1. Zweifellos wirkt sich hier in erster Linie die Schwäche der politischen Widerstandskerne, der nichtintegrationistischen Kräfte in der Arbeiterbewegung aus, obwohl sie bei der Initiierung von Abwehrkämpfen eine hervorragende Rolle einnahmen; allerdings besaßen sie meist nicht die Kraft zur Verbreiterung und Verallgemeinerung der Bewegung.
2. Im Vergleich zu den anderen westeuropäischen Ländern erfolgt die „Beeinträchtigung der Reallöhne, des Beschäftigungsstandes und staatlicher Leistungen in der Bundesrepublik tatsächlich z. Zt. auf einem... relativ hohen Niveau des individuellen Konsums und der sozialen Sicherung“.<sup>9</sup>
3. Auch die Krise 1974—76 wurde von der Mehrheit der Lohnabhängigen offensichtlich als „Ausnahmesituation“ verstanden und als solche auch von der Unternehmer- und Regierungspropaganda dargestellt. Während in anderen kapitalistischen Ländern schon ein längerer Krisenprozeß zu beobachten war, ist die aktuelle Krise in dieser Schärfe erst die zweite in der Geschichte der Bundesrepublik, und ein eineinhalb Jahrzehnte dauernder Aufschwung der fünfziger und sechziger Jahre bildet die Genera-

<sup>7</sup> Vgl. G. Fülberth, Thesen zur westeuropäischen Sonderstellung der westdeutschen Arbeiterbewegung in der Krise 1973 ff., in: ebenda, S. 52 ff. Dieser Zusammenhang von ökonomischem und politischem Kampf in der Krise wird von E. Schmidt, W. Müller-Jentsch u. a. systematisch ausgeblendet und statt dessen einer nichts erklärenden These vom „Versagen der Gewerkschaften“ in der Bundesrepublik das Wort geredet. Vgl. diess. in: ebenda, S. 40 ff., S. 62 ff., S. 121/22, S. 138/39.

<sup>8</sup> Vgl. G. Fülberth, a. a. O.

<sup>9</sup> Ebenda, S. 53.

tionserfahrung der Mehrheit der Arbeiterklasse. Erst in den letzten Jahren nimmt das Bewußtsein zu, daß es sich bei der Massenarbeitslosigkeit offensichtlich um eine dauerhaftere Realität in der Bundesrepublik handelt.

4. Trotz einer gewissen Desillusionierung nach der letzten Krise 1966/67 war in den Gewerkschaften nach wie vor — begünstigt auch durch den Boom Ende der sechziger Jahre — die Vorstellung vorherrschend, daß mit den Instrumenten der Globalsteuerung eine krisenfreie Konjunkturentwicklung möglich sei. Politik und Programmatik der Gewerkschaften waren auf eine Krise in keiner Weise vorbereitet. „Die Zerstörung solcher Illusionen durch die Wirklichkeit begünstigte bei den Gewerkschaften zunächst eine erhebliche Konzeptionslosigkeit und Unsicherheit, die noch dadurch verstärkt wurde, daß die Unternehmerverbände und die CDU/CSU zu einer bis dahin beispiellosen ideologischen Offensive gegen die lohn- und gesellschaftspolitischen Vorstellungen der Gewerkschaften antraten, um unter Ausnutzung der allgemeinen Verunsicherung durch die Krise eben jene Niederlagen wieder auszugleichen, die das Kapital in den Auseinandersetzungen nach 1969 hatte hinnehmen müssen.“<sup>10</sup>
5. Zudem war die gewerkschaftliche Politik durch die Loyalität zur sozialdemokratisch-geführten Bundesregierung gelähmt, obwohl deren ausschließlich auf Profitsicherung und Investitionsförderung ausgerichtete Wirtschaftspolitik immer offensichtlicher in Widerspruch zu allen gewerkschaftlichen Zielsetzungen geriet. Auch wenn der DGB-Vorsitzende *Heinz Oskar Vetter* 1975 schon schrieb, daß angesichts des Übergreifens der Wirtschaftskrise auf die staatliche Reformpolitik „die Frage nach der Autonomie der Gewerkschaften einen neuen Stellenwert“ erhält, so wird erst in der letzten Zeit die Nutzung solcher „Möglichkeiten zur autonomen Aktion“ vor allem im ureigenen gewerkschaftlichen Aufgabenfeld, der Tarifpolitik, erkennbar.<sup>11</sup>

All diese Faktoren prägen den Verlauf der sozialen Auseinandersetzungen der Jahre 1975 bis 1977. Es zeigt sich jedoch, daß die Entwicklung von Abwehraktionen gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die Arbeiterklasse nicht als gradliniger Prozeß verläuft, sondern nach einer Phase des „Krisenschocks“ zahlreiche betriebliche und sich regional ausweitende Bewegungen entstehen und auch im tarifpolitischen Bereich in mehreren Industriebranchen wieder eine stärkere Mobilisierung bis hin zum erfolgreichen und politisch bedeutsamen Streik in der Druckindustrie zu vermerken ist. Der Verlauf dieser Kämpfe schuf sicherlich auch Voraussetzungen für das qualitativ höhere Niveau der sozialen Auseinandersetzungen, das im Winter und Frühjahr 1978 beobachtet werden konnte.

## II. Die Streikentwicklung 1975 bis 1978

Der wesentliche und empirisch am ehesten faßbare Indikator der Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse in der Krise ist die Entwicklung der sozialen Bewegungen und insbesondere der Streiks selbst. Diese Entwicklung läßt sich nicht allein aus den Angaben der offiziellen Statistik erschließen; die sorgfältige Analyse der Ursachen, der Triebkräfte und

10 F. Deppe u. a., *Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung*, Köln 1977, S. 427. Eine ausführliche Kritik der Krisenverarbeitung in den Gewerkschaften findet sich bei F. Deppe, *Integration und Autonomie*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Nr. 1 und 2/1977, S. 37 ff. und 150 ff., und W. Krüger-Buchholz, *Gewerkschaften in der Defensive*, in: J. Huffschild/H. Schui (Hrsg.), a. a. O., S. 419 ff.

11 H. O. Vetter, *Gewerkschaftspolitik in schwieriger Zeit*, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 4/1975, S. 207.

Träger der Arbeitskämpfe, ihres Verkaufs und ihrer Ergebnisse ist eine unerläßliche Voraussetzung, um Veränderungen in den Klassenbeziehungen, im Bewußtsein der Arbeiterklasse und in der Politik der Gewerkschaften zu beurteilen.

Dennoch vermittelt die offizielle Statistik ein erstes Bild der Entwicklungslinien und Schwankungen der Streikaktivität in den letzten Jahren:

Tabelle 2

Streiks und Aussperrungen 1965 bis 1978

Jahr	Beteiligte (in 1000)	Betriebe	Ausfalltage (in 1000)
1965	6	20	49
1966	196	205	27
1967	60	742	390
1968	25	36	25
1969	90	86	249
1970	184	129	93
1971	536	1 181	4 484
1972	23	54	66
1973	185	732	563
1974	250	890	1 051
1975	36	201	69
1976	169	1 481	534
1977	34	81	24
1978, 1. Qu.	395	925	2 974

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 1, Reihe 4.3, Streiks und Aussperrungen, lfd.

Nach der Krise 1966/67 bildeten die Septemberstreiks 1969 einen Einschnitt in der jüngeren Streik- und Gewerkschaftsgeschichte. Die Periode 1969 bis 1974 war geprägt durch einen starken Anstieg an Streiks, eine Aktivierung der Tarifpolitik und erfolgreiche betriebliche und gewerkschaftliche Kämpfe. In dieser Zeit entwickelten Teile der Arbeiterklasse ein neues kämpferisches gewerkschaftliches Selbstbewußtsein.<sup>12</sup>

Obwohl schon 1973/74 der Konjunkturabschwung deutlich eingesetzt hatte und die Arbeitslosenzahlen stiegen, konnten zu Beginn des Jahres 1974 noch erfolgreiche Lohnkämpfe im öffentlichen Dienst und in der Metallindustrie geführt werden. Sicherlich wirkte sich die beginnende Krisenentwicklung 1974 insbesondere im öffentlichen Dienst noch nicht so stark aus; zudem hatten die spontanen Streiks im Sommer 1973 die Gewerkschaften unter Handlungsdruck gesetzt. 98 Prozent aller Streikteilnehmer im Jahre 1974 entfallen auf diese beiden Tarifkämpfe im ersten Quartal. 1975 erfolgte dann ein starker Rückgang der Streikaktivität, die sich auf kleinere betriebliche Abwehrkämpfe beschränkte. (Allein 43 Prozent der Ausfalltage gehen auf einen mehrwöchigen Streik bayrischer Fliesenleger gegen Akkordkürzungen zurück.)

1976 bildete mit einer siebenfachen Anzahl an Streiktagen gegenüber dem Vorjahr einen ersten Höhepunkt während der Krisenjahre. Allerdings entfallen über 90 Prozent der

12 Vgl. K. Steinhaus, *Streiks in der Bundesrepublik 1960—1974*, Frankfurt am Main 1975, S. 43 ff.

Ausfalltage auf den Streik und die Aussperrung in der Druckindustrie. 1977 ist ein erneuter starker Rückgang der statistisch registrierten Streiktätigkeit zu verzeichnen. Ca. 40 Prozent der Ausfalltage entfallen auf einen Streik bayrischer Steinbrucharbeiter, 22,5 Prozent auf den Bremer Zeitungsstreik.

Den Höhepunkt der Streikbewegung der letzten Jahre bilden zweifellos die Arbeitskämpfe in der Druck- und Metallindustrie im Frühjahr 1978. Wegen der besonderen Bedingungen und der Bedeutung dieser Auseinandersetzungen soll hierauf später ausführlich eingegangen werden.

Im Vergleich zur Krise 1966/67 liegt in den letzten Jahren die offizielle Zahl der Streikteilnehmer etwas niedriger, die Zahl der Ausfalltage allerdings höher.

Tabelle 3

## Durchschnittliche jährliche Streikaktivität

Jahre	Streikbeteiligte	Ausfalltage
1966—68	93 594	147 305
1975—77	79 854	208 685

Quelle: Tab. 2, eigene Berechnungen

Ausmaß und Qualität der Abwehrkämpfe gegen die Krisenauswirkungen lassen sich anhand dieser offiziellen Daten jedoch nicht hinreichend vergleichen. Die offizielle, vom Statistischen Bundesamt veröffentlichte Streikstatistik vermittelt nur ein unvollständiges Bild der wirklichen Kampfaktivität in der Bundesrepublik. Generell werden nur Streiks erfaßt, an denen mindestens zehn Beschäftigte mindestens einen Tag teilgenommen haben, oder die zum Ausfall von mindestens 100 Arbeitstagen geführt haben. Zudem hängt die Registrierung von der Meldung durch die Unternehmer ab.<sup>13</sup> Betriebliche oder außerbetriebliche Demonstrationen oder andere Aktionen von Belegschaften werden gar nicht einbezogen. Eine Registrierung aller Arbeitskämpfe und regelmäßige Veröffentlichung durch andere Institutionen, etwa die Gewerkschaften, gibt es bis heute nicht. Das Institut für Marxistische Studien und Forschungen versucht seit Jahren, sämtliche, vornehmlich aus der Tages- und Gewerkschaftspresse zugänglichen Informationen über Arbeitskämpfe systematisch in seinem „Archiv der sozialen Bewegungen“ zu sammeln. Ein Vergleich der offiziellen Zahlen mit den auf Grundlage dieses Archivs berechneten Mindestzahlen korrigiert das Bild der Streikaktivität während der Krisenjahre beträchtlich:

Tabelle 4

## Offizielle Zahlen und tatsächliche Mindestzahlen der Streikenden 1975 bis 1977

	offizielle Zahlen (in 1000)	Mindestzahlen (in 1000)
1975	36	55 <sup>(14)</sup>
1976	169	589 <sup>(15)</sup>
1977	34	226 <sup>(16)</sup>

Quelle: Tab. 2; eigene Berechnungen der IMSF.

<sup>13</sup> Nach § 17, Abs. 1 des Arbeitsförderungsgesetzes. Vgl. zur Kritik der offiziellen Streikstatistik R. Kalbitz, Die Streikstatistik in der Bundesrepublik, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 8/1972, S. 495 ff.

Die korrigierten Angaben für 1976 ergeben sich aus der Berücksichtigung der Warnstreikbewegung in der Metallindustrie im Februar und März, an der nach Angaben der IG Metall in Baden-Württemberg, Bayern und Hessen ca. 400000 Beschäftigte teilnahmen. 1977 fanden eine Vielzahl von Warnstreiks während der Tarifbewegungen in der Bau-, Chemie- und Textilindustrie, im Brauereigewerbe und Heizungshandwerk Baden-Württembergs statt. Außerdem wurden von der offiziellen Statistik zahlreiche Arbeitskämpfe gegen Sozialabbau und Arbeitsplatzvernichtung nicht berücksichtigt.<sup>14</sup> Der Grad der Mobilisierung und Kampfaktivität der Arbeiterklasse war somit 1977 bedeutend höher als im Krisenjahr 1975 — ein Tatbestand, den die offizielle Statistik verschweigt.

Schwerpunkte der Streikaktivitäten während der Krisenjahre 1975 bis 1977 liegen in der Metall- und Druckindustrie, wobei der weitaus größte Teil der Ausfalltage auf die Druckindustrie entfällt. In weitem Abstand folgen danach die Textil- und Bekleidungsindustrie, die holzverarbeitende Industrie und der Industriebereich Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden.

Tabelle 5

Streikaktivität nach Branchen 1975 bis 1977

Branche	Betriebe	Beteiligte	Ausfalltage
insgesamt	1 763 (100 %)	239 563 (100 %)	626 057 (100 %)
Metallindustrie	98 (5,5 %)	106 408 (44,4 %)	34 257 (5,5 %)
Druckindustrie, Verlags- und Pressewesen	902 (51,1 %)	67 512 (28,2 %)	403 131 (64,4 %)
Textil- und Bekleidungsindustrie	30 (1,7 %)	4 213 (1,75 %)	7 560 (1,2 %)
Holzverarbeitung	74 (4,2 %)	917 (0,4 %)	5 146 (0,8 %)
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	26 (1,5 %)	868 (0,4 %)	17 410 (2,8 %)

Quelle: Tab. 2, eigene Berechnungen.

Im ersten Vierteljahr 1978 sind gleichermaßen in erster Linie die Metall- und Druckindustrie von Streiks und Aussperrungen betroffen, danach — allerdings nur durch Streiks — die Seehäfen. 75 Prozent der Beteiligten und sogar 87 Prozent der Ausfalltage dieses Zeitraums entfallen auf die Metallindustrie. Insgesamt gingen allein im ersten Quartal fast fünfmal so viel Arbeitstage verloren wie im gesamten Zeitraum 1975 bis 1977.

14 Vgl. Kämpfe gegen die Abwälzung der Krisenlasten (Aktionstabelle), in: Marxistische Blätter 1/1976, S. 111 ff.

15 400000 Warnstreikteilnehmer in der Metallindustrie Anfang 1976, vgl. Metall Nr. 5 v. 9. 3. 1976 und Nr. 6 v. 23. 3. 1976; 20000 Warnstreikteilnehmer in der Stahlindustrie im Herbst, vgl. K. Pickshaus u. a., Tarifbewegungen und Arbeitskämpfe 1976/77, Soziale Bewegungen — Analyse und Dokumentation des IMSF, Frankfurt/Main 1977, S. 16 ff.

16 G. Hautsch u. a., Arbeitskämpfe 1977, Soziale Bewegungen — Analyse und Dokumentation des IMSF, Frankfurt/Main 1978, 1. Kapitel und Aktionstabellen.

17 Vgl. hierzu ausführlich Abschnitt IV dieser Ausführungen.

Tabelle 6

Streiks und Aussperrungen 1978, 1. Quartal

Branche	Betriebe	Beteiligte/ Betroffene	Ausfalltage
insgesamt	925 (100 %)	395 391 (100 %)	2 974 128 (100 %)
darunter:			
Metallindustrie	222 (24 %)	296 756 (75 %)	2 588 767 (87 %)
Druckindustrie	567 (61 %)	69 699 (17,6 %)	252 261 (8,5 %)
Seehäfen*	94 (10 %)	18 978 (4,8 %)	76 914 (2,6 %)

\* nur Streiks

Quelle: Tab. 2, eigene Berechnungen.

Es ist bekannt, daß die Bundesrepublik im internationalen Vergleich zu den streikärmsten, allerdings im Verhältnis dazu zu den aussperrungsreichsten Ländern gehört. Nach der ersten bundesweiten Aussperrung 1976 in der Druckindustrie wurde die Aussperrung im Frühjahr 1978 zu einer bewußt angekündigten und angewandten Angriffswaffe der Kapitalverbände. Insgesamt gingen in den Auseinandersetzungen 1978 mehr Arbeitstage durch Aussperrung als durch Streiks verloren. Besonders krass ist dieses Verhältnis in der Druckindustrie, wo 53000 Streikausfalltagen über 202000 Aussperrungstage gegenüberstehen.

Tabelle 7

Verhältnis von Streiks und Aussperrungen 1978, 1. Quartal

Branche	Betriebe	Beteiligte/ Betroffene	Ausfalltage
insgesamt:			
Streiks	336	223 819	1 526 965
Ausperrungen	616	231 005	2 028 766
Metallindustrie:			
Streiks	146	179 388	1 373 113
Ausperrungen	93	175 142	1 793 394
Druckindustrie:			
Streiks	61	18 831	53 705
Ausperrungen	516	52 527	202 419

Quelle: Tab. 2, eigene Berechnungen. (Differenzen zwischen den absoluten Zahlen der Tabellen 6 und 7 ergeben sich aus Doppelzählungen der Streik- und Aussperrungstage.)

Uns interessiert hier in erster Linie der quantitative Aspekt der Entwicklung der Arbeitskämpfe in den Krisenjahren. Es wird dabei sichtbar, daß nach einer ersten Phase der Lähmung die Streikaktivität ein Niveau erreicht, das weit über dem der Krise 1966/67 liegt. Dieses Niveau wird vor allem durch den höheren Grad der Organisiertheit, die mobilisie-

rende Rolle einiger Gewerkschaften charakterisiert. Im Mittelpunkt steht der traditionelle Bereich der Metallindustrie, aber bedingt durch Strukturkrise und Rationalisierungen werden jetzt auch weitere Branchen wie die Druckindustrie in die Bewegung einbezogen.

Die Entwicklung der Tarifpolitik in diesen Jahren, der Abwehrkämpfe gegen Sozialabbau und Arbeitsplatzvernichtung und die Bedingungen und Merkmale der neuen Etappe sozialpolitischer Auseinandersetzungen 1978 sollen in den folgenden Abschnitten untersucht werden.

### III. Die Tarifbewegungen 1975 bis 1978<sup>18</sup>

#### Die Tarifbewegung 1974/75

In der Tarifrunde 1974/75 kam die disziplinierende Wirkung der Krise voll zum Tragen. Alarmiert durch die lohnpolitischen Erfolge der Gewerkschaften 1973/74 griff außerdem der Staat massiv mit Orientierungsdaten in die Tarifaueinandersetzungen ein. Während die IG Metall unter Ausnutzung des noch fortwährenden Stahlbooms in der Eisen- und Stahlindustrie mit 9 % (plus einer einmaligen Sonderzahlung von DM 600,—) abschloß, akzeptierten die Gewerkschaften danach die einkommenspolitischen Richtlinien der Regierung (6—6,5 %). Für die Gewerkschaftsmitglieder völlig überraschend übernahm die IG Bau, Steine, Erden die Rolle eines Lohnrundenführers und stimmte schon am 15. Januar 1975 Einkommenserhöhungen von 6,6 Prozent zu. Die Vermutung, daß dieses Vorpreschen auf Absprachen u. a. mit der Bundesregierung beruhte, ist sicherlich nicht aus der Luft gegriffen.

Die IG Metall schloß wenig später im Februar mit 6,7 % ab und förderte, indem sie den regionalen Abschluß von Nordrhein-Westfalen auf alle Tarifbezirke ausdehnte, die von den Unternehmern geforderte Zentralisierung der Lohnpolitik. Nachdem den Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes noch vor der Tarifrunde ein ungünstiges Schlichtungsabkommen aufgezwungen werden konnte, akzeptierte die ÖTV nach Verhandlungen am grünen Tisch Lohn- und Gehaltsverbesserungen von 6 % (plus einmalig DM 100,—).<sup>19</sup>

Ohne jede innergewerkschaftliche Willensbildung oder zumindest der Veröffentlichung einer Forderung einigte sich die IG Chemie, Papier, Keramik während der Verhandlungen über einen Manteltarifvertrag mit den Unternehmern auf Lohn- und Gehaltserhöhungen von 6,8 %. Gleichzeitig wurde die gemeinsame Einrichtung eines „Unterstützungsfonds für arbeitslose Chemiarbeiter“ beschlossen, „der freilich nur wenigen zugute kommt, den Unternehmern Entlassungen erleichtert und zudem den gewerkschaftlichen Kampf gegen die kapitalistischen Rationalisierungsstrategien erschwert“.<sup>20</sup>

Auf Grund der Hoffnung der Gewerkschaften, die lohnpolitische Zurückhaltung würde die Überwindung der Krise beschleunigen, war die Tarifrunde 1974/75 durch eine extreme Zugeständnisbereitschaft und nahezu völlige Ausschaltung der gewerkschaftlichen Mitgliedschaft charakterisiert.

18 Zu diesem Abschnitt vgl. K. Pickshaus, Die Entwicklung der sozialen Auseinandersetzung in der Bundesrepublik seit der Wirtschaftskrise 1974/75, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 4/1978, S. 475 ff.

19 Vgl. G. Weiß, Die ÖTV, Marburg 1978, S. 195 ff.

20 F. Deppe u. a., Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, a. a. O., S. 428.

### Die Tarfbewegung 1975/76

In der Tarifrunde 1975/76 wurde vollends sichtbar, daß die in der Krise veränderten Kampfbedingungen grundlegend die Voraussetzungen für die Tarifpolitik verändert haben und einen ungleich größeren Einsatz gewerkschaftlicher Kampfkraft notwendig machen, um allein nur noch eine Sicherung der Realeinkommen durchzusetzen. Obwohl in dieser Lohnrunde ein höherer Mobilisierungsgrad als im Vorjahr festzustellen war, blieben die materiellen Resultate vor allem in den großen Tarifbereichen Stahl, Metall und Öffentlicher Dienst im Rahmen der vorgegebenen Lohnleitlinien.

Vor den Abschlüssen in diesen Bereichen erstreikten im November 1975 1200 Tischler in 95 Handwerksbetrieben in Norddeutschland eine Lohnerhöhung von 6,3 %. Die Tischlergesellen hatten den Streik aus Solidarität bis zu einer Woche ausgedehnt, um auch Forderungen der Lehrlinge nach Anhebung der Ausbildungsvergütungen und einem zusätzlichen Urlaubsgeld durchzusetzen.

In der Stahlindustrie legten über 20 000 Arbeiter am 12. und 14. November 1975 kurzfristig die Arbeit nieder. Dennoch brachte der Abschluß nur eine Erhöhung der Einkommen um 5 %. In den Tarifauseinandersetzungen der Metallindustrie wurde eine noch größere Kampfbereitschaft sichtbar. Fast 500 000 Metallarbeiter beteiligten sich im Februar und März 1976 an kurzen Warnstreiks, davon 200 000 in Baden-Württemberg. In einzelnen Tarifbezirken wurde sogar die höchste Streikbeteiligung seit über zwei Jahrzehnten in der Metallindustrie erreicht: In Hessen mit 31 000 und in Bayern mit 25 000 Streikenden. An den Arbeitsniederlegungen beteiligten sich auch Belegschaften von Betrieben, in denen kurzgearbeitet wurde oder ein Arbeitsplatzabbau drohte. Die Feststellung der IG-Metall-Zeitung „Metall“: „Die Metaller bleiben in der Krise kampffähig und kampfwillig“ entsprach der Realität und signalisierte eine Veränderung gegenüber der Lohnrunde im Vorjahr.

Auch im Öffentlichen Dienst, vor allem in Postbetrieben, nahmen Zehntausende Beschäftigte an Arbeitsniederlegungen, Demonstrationen und Kundgebungen während der Tarifverhandlungen teil. Dennoch blieb das Mobilisierungsniveau hinter den Notwendigkeiten zurück. In der Metallindustrie wurde mit 5,4 % und im Öffentlichen Dienst mit 5 %, mindestens jedoch DM 85,— monatlich (Gesamtvolumen: 5,3 %) abgeschlossen. Diese Ergebnisse reichten kaum aus, um den Reallohn zu sichern.

Höhepunkt der Tarfbewegung 1975/76 war der 13tägige Arbeitskampf in der Druckindustrie vom 28. April bis 13. Mai, der mit dem Ergebnis einer durchschnittlichen Lohnerhöhung von 6,66 % die bisherigen Lohnleitlinien durchbrach.<sup>21</sup> Schon während der Verhandlungen und Schlichtung war es zu einer umfassenden Warnstreikbewegung gekommen, an der vom 31. März bis zum 26. April 1976 etwa 12 000 Arbeiter in 144 Betrieben teilnahmen. In einer Urabstimmung am 27. April sprachen sich 88,2 % für einen Streik zur Durchsetzung der 9%-Forderung aus. Nachdem am 28. April der Arbeitskampf mit fast 16 000 Teilnehmern in 48 Betrieben begonnen hatte, sperrten die Druckunternehmer noch am gleichen Tag aus. Von dieser Aussperrung, die am 3. Mai wieder aufgehoben wurde, waren insgesamt 68 807 Arbeiter in 713 Betrieben betroffen

21 Vgl. zum Folgenden B. Güther/K. Pickshaus, *Der Arbeitskampf in der Druckindustrie im Frühjahr 1976. Soziale Bewegungen — Analyse und Dokumentation des IMSF*, Frankfurt am Main 1976, und die offizielle Analyse der Gewerkschaft IG Druck und Papier — Hauptvorstand, *Analyse des Arbeitskampfes 1976 in der Druckindustrie*, Stuttgart 1977.

(von 145 000 gewerblich Beschäftigten).<sup>22</sup> Nachdem der Streik vom 3. bis 5. Mai ausgesetzt, aber das damit beabsichtigte Vermittlungsgespräch gescheitert war, begann am 6. Mai mit dem Totalstreik (70 000 Teilnehmern) die zweite Streikphase. In einer dritten Phase, in der sich die Fraktionierung im Unternehmerlager verstärkte, wurde die Teilnahme auf ca. 50 000 Streikende reduziert. Daß trotz alledem das materielle Ergebnis des Arbeitskampfes sich in einem engen Rahmen bewegte, drückte sich auch in der abschließenden Urabstimmung aus, in der nur 55,7 % dem Abschluß zustimmten. Entscheidend ist bei der Beurteilung sicherlich aber die gesellschafts- und gewerkschaftspolitische Bedeutung des Streiks.

Der Einsatz aller Kampfmittel bis hin zur ersten bundesweiten Aussperrung in der Bundesrepublik zeigt, daß das Kapital diesen Kampf in seiner exemplarischen Bedeutung begriffen hatte. Die massive Unterstützung des Bundesverbandes Druck durch den BDA weist auf eine Zentralisierung der Tarifstrategien bei dieser Kommandozentrale des Monopolkapitals und auf den Übergang zu einer härteren, auf Konfrontation angelegten Politik hin. Demgegenüber blieb die Unterstützung des DGB und seiner Einzelgewerkschaften hinter den Erfordernissen zurück. Über die am 1. Mai demonstrierte Solidarität hinaus wären wirkungsvolle Unterstützungsaktionen notwendig gewesen.

Ein weiteres politisches Moment dieses Arbeitskampfes besteht darin, daß in der Vorbereitung der Tarifbewegung bewußt von der Führung der IG Druck und Papier eine offensive ideologische Auseinandersetzung mit den herrschenden und von anderen Gewerkschaftsführungen teilweise noch akzeptierten wirtschaftspolitischen Doktrinen („höhere Gewinne = Investitionen = Schaffung von Arbeitsplätzen“) geführt worden war. Dabei waren die in der Druckindustrie selbst gesammelten Erfahrungen (Vernichtung von 35 000 Arbeitsplätzen von 1970 bis 1975) der reale Hintergrund für die Bestätigung und damit Wirksamkeit der gewerkschaftlichen Kritik.

Der Streik in der Druckindustrie beweist, daß die Integrationskraft staatsmonopolistischer Einkommensregulierung ihre Grenzen am Widerstand der Arbeiterklasse findet. Ähnlich bedeutsame Auswirkungen hatten die September-Streiks 1969. Der Unterschied zu 1969 besteht aber vor allem in den geänderten Kampfbedingungen, aber auch darin, daß der Streik der Drucker und Setzer kein spontaner, unabhängig von der Gewerkschaftsführung und in Kritik und Korrektur zur offiziellen Tarifpolitik geführter Arbeitskampf war. Vielmehr besteht die spezifische Bedeutung des Druckerstreiks darin, daß erstmals seit Bestehen von SPD-geführten Bundesregierungen eine Gewerkschaft geschlossen, d. h. von der Basis bis zur Führung, um ihre Unabhängigkeit von den Leitlinien der Wirtschaftspolitik und politischen Einflüssen des Großkapitals und des Staates gekämpft und sich durchgesetzt hat. Dies macht eine Hauptkomponente der politischen Dimension des Streiks aus. „Wenn der Arbeitskampf in der Druckindustrie als politischer Streik bezeichnet wird, dann ist damit gemeint, daß er sich im Gegensatz zu den bisherigen Arbeitskämpfen der Nachkriegsgeschichte (mit Ausnahme des Zeitungsstreiks von 1952 gegen die Verabschiedung des Betriebsverfassungsgesetzes) zur Durchsetzung einer Lohnerhöhung explizit gegen die staatlichen Regelungsmechanismen der Krisendämpfung (staatliche Einkommenspolitik) wandte, um die Autonomie gewerkschaftlicher Tarifpolitik zu bewahren.“<sup>23</sup>

<sup>22</sup> Angaben in der Analyse der IG Druck, ebenda.

<sup>23</sup> R. Erd, *Der Arbeitskampf in der Druckindustrie 1976 — ein politischer Streik*, in: *Leviathan* 4/1976, S. 520. Erd macht darauf aufmerksam, daß dieser Arbeitskampf eine der Grundthesen von Bergmann/Jacobi/Mül-

Aber auch durch die Tatsache, daß die Druckindustrie zum ideologischen Machtzentrum des Monopolkapitals gehört, erklärt sich die politische Verschärfung der Auseinandersetzung und die Aktualisierung von grundsätzlichen Fragen wie „Pressefreiheit“ usw. Der Einsatz fast des gesamten Medienapparates zugunsten der Unternehmer trug zur Erschütterung des Vertrauens in eine „Neutralität“ der Massenmedien bei und provozierte in Hannover und Frankfurt offensive Aktionen der Streikenden zur Durchsetzung von Mitbestimmung und „Ausgewogenheit“ in der Berichterstattung.

Von weitreichender gewerkschaftspolitischer Bedeutung ist der durch den Streik erbrachte Beweis, daß dort, wo in der gewerkschaftlichen Praxis die Krisensituation und ihre sozialen Auswirkungen auf die Lohnabhängigen offensiv aufgegriffen werden, sich die Unzufriedenheit und oft nur latent vorhandene Kampfbereitschaft auch in der Krise bei bestehender Massenarbeitslosigkeit in erfolgreiche Aktionen umsetzen lassen.<sup>24</sup> Bei einer solchen Gewerkschaftspolitik erwiesen sich die Erfahrungen des durch die technologische Rationalisierung beschleunigten Arbeitsplatzabbaus in der Druckindustrie nicht als ein Resignation bewirkendes, sondern sogar aktionsförderndes Moment, als ein wichtiger Faktor der Streikbereitschaft auch für Lohnforderungen.

Es ist nicht verwunderlich, daß die Auswertung des Streiks schon unmittelbar nach dem Arbeitskampf kontrovers verlief — allerdings nicht nach dem Schema „hier Basis und dort Führung oder Apparat“. Der Hauptstoß der Kritik auch in der Gewerkschaftsbewegung und in der IG Druck und Papier kam vielmehr von Kreisen, die der Bonner SPD-Baracke eng verbunden sind. Schon wenige Tage nach dem Streik hatte *Gertraud Witt* im SPD-Zentralorgan „Vorwärts“ geschrieben: „Die zwei Wochen totalen Arbeitskampfes in der Druckindustrie gehören zu den sinnlosesten Ereignissen seit Bestehen der Bundesrepublik.“<sup>25</sup>

Unbegriffen blieb die Bedeutung des Druckstreiks teilweise auch von „linken“ Kritikern, die, wie es in dem vor dem Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier 1977 in Augsburg verteilten „Express“ des Sozialistischen Büros hieß, den Streik als Kampf „an der falschen Front“ bezeichneten.<sup>26</sup> Unbegriffen deshalb, weil dieser Lohnstreik als Katalysator der angestauten Unzufriedenheit der Druckarbeiter in der Entwicklung einer autonomen Gewerkschaftspolitik und der Bewußtseinsbildung einen notwendigen und unverzichtbaren Schritt gerade auch für die bevorstehenden Kämpfe an der „richtigen“ Front, nämlich zur Sicherung der Arbeitsplätze, darstellte. Wie nicht zuletzt der Augsburger Gewerkschaftstag demonstrierte, wurde von der überwiegenden Mehrheit der Mitgliedschaft und der Führung der IG Druck und Papier die politische Bedeutung und der Erfolg des Arbeitskampfes ausdrücklich betont.

ler-Jentsch, *Gewerkschaften in der Bundesrepublik*, Frankfurt/Köln 1975, S. 260 ff., widerlegt, nach der dem ökonomischen Streik eine integrierende, „kooperative“ Tarifpolitik stabilisierende Funktion zugeschrieben wird. Erd, der mit den kritisierten Autoren zu derselben Projektgruppe „Gewerkschaftsforschung“ am Frankfurter Institut für Sozialforschung gehört, hält dem gegenüber, „daß der Streik in der Druckindustrie ein Mittel zur Destruktion kooperativer Tarifpolitik und staatlicher Einkommenspolitik war“. S. 519. Die Streikdiskussion müsse nach diesen Erfahrungen neu geführt werden. Vgl. zur Kritik von Bergmann/Jacobi/Müller-Jentsch: *Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik* 1/1977, S. 18/19.

24 Zur konkreten Argumentation der IG Druck und Papier vgl. Güther/Pickshaus, a. a. O., S. 10 ff., und IG Druck und Papier — Hauptvorstand, a. a. O., S. 23 ff.

25 Der Vorwärts, 20. 5. 1976, S. 1.

26 Express Nr. 10/1977, S. 1.

### Die Tarifbewegung 1976/77

In der Tarifrunde 1976/77 ist in den Bereichen Stahl, Metall und Öffentlicher Dienst wieder insgesamt ein geringerer Mobilisierungsgrad als im Vorjahr zu beobachten. Charakteristisch für 1977 ist dabei die Einbeziehung neuer Wirtschaftsbereiche in eine schärfere Konfrontation der Tarifgegner.

Nachdem der in der Stahlindustrie angenommene Abschluß von 6 % auf starke Kritik gestoßen war (37 % der Tarifkommissionsmitglieder votierten dagegen), wurden in der Metallindustrie 6,9 % vereinbart. Obwohl Baden-Württemberg eine traditionelle Vorreiterrolle bei den regionalen Tarifverhandlungen spielt und auch diesmal eine „Warnstreikhochburg“ war, wurde in Nordrhein-Westfalen ein Leitabschluß vereinbart. Im Öffentlichen Dienst gelang es der Unternehmenseite demgegenüber, das Abschlußniveau wieder auf 5,3 % zu drücken.

Besonderer Konfliktstoff entwickelte sich in zwei Branchen: in der Bauindustrie und in der Chemieindustrie. Die Tarifverhandlungen in der Bauindustrie waren in der Vergangenheit in besonderer Weise durch die extrem sozialpartnerschaftliche Praxis der IG Bau, Steine, Erden geprägt gewesen. Die Bauindustrie gehört zu den wenigen Bereichen in der Bundesrepublik, in denen es in den letzten 15 Jahren weder zu Warnstreiks während der Tarifaufeinandersetzungen, noch zu größeren Arbeitskämpfen gekommen ist. In den Tarifverhandlungen waren weder eine willensbildende Mitgliederdiskussion, noch überhaupt ein Beschluß der Tarifkommission vor Beginn der Verhandlungen üblich. Um so bemerkenswerter ist der in den letzten Jahren zu beobachtende „Klimawechsel“. Schon 1975 waren die Verhandlungen gescheitert, 1976 gab es erstmals wieder ein Schlichtungsverfahren. „Die Krise am Bau macht aus Sozialpartnern wieder Gegner. Die als gesellschaftspolitische Modell so viel gepriesene Sozialpartnerschaft ist angesichts der nachlassenden Baukonjunktur brüchig geworden.“<sup>27</sup>

In den letzten 3 Jahren mußten über 400 000 Arbeiter und Angestellte aus dem Baugewerbe ausscheiden. In der Lohnskala sind die Effektivverdienste im Bauhauptgewerbe nach Angaben der Gewerkschaft seit 1975 vom 7. auf den 20. Platz gesunken. Dies führte dazu, daß in besonderem Maße qualifizierte Facharbeiter abwanderten. Nach Scheitern der Verhandlungen in der Schlichtung und nach der erstmaligen Durchführung zahlreicher Warnstreiks konnte ein Abschluß mit einem Gesamtvolumen von 7,2 % durchgesetzt werden.

Die Tarifbewegung der Chemieindustrie fand auf dem Hintergrund eines Aufschwungs der Branchenkonjunktur statt. Besonders die Chemie-Großkonzerne BASF, Bayer und Hoechst erzielten Rekordmarken in bezug auf Umsatz, Gewinne und Investitionen. Während in den Bezirken Hessen und Nordrhein 7 % Einkommensverbesserung vereinbart worden waren, wurden in Rheinland-Pfalz mit dem Schwerpunkt BASF nach dem Scheitern der Schlichtung erstmalig seit fast 50 Jahren Streikvorbereitungen getroffen.<sup>28</sup> Höhepunkt der Mobilisierung bildete eine Werksversammlung der BASF mit ca. 20 000 Teilnehmern und die Urabstimmung vom 23. bis 25. Mai 1977, bei der sich in der BASF 83,4 % für einen Streik aussprachen. Nach weiteren Warnstreiks und einer politischen Intervention einigten sich IG Chemie und Unternehmerverband am 5. Juni auf Erhöhungen im Umfang von 7,24 %.

27 Frankfurter Rundschau, 23. 2. 1977.

28 Vgl. hierzu den Beitrag von W. Schwarz, in: G. Hautsch u. a., *Arbeitskämpfe 1977*, a. a. O.

Einen dreiwöchigen Arbeitskampf mußten die Beschäftigten des „Weser-Kuriers“ und der „Bremer Nachrichten“ im Juni 1977 gegen die Versuche des Verlegers führen, die Tarifierhöhungen auf die übertariflichen Zulagen von Redakteuren und Angestellten anzurechnen. Hintergrund dieses bis zu diesem Zeitpunkt längsten bundesdeutschen Zeitungstreiks war zugleich der wachsende Unmut über die autoritäre Betriebsführung des Verlegers *Meyer*, den wachsenden Arbeitsdruck auch für Angestellte und Redakteure und die Angst um die von Rationalisierung bedrohten Arbeitsplätze.<sup>29</sup>

### Die Tarifbewegung 1978 — eine neue Etappe sozialpolitischer Auseinandersetzungen

Da es dem Kapital in den bisherigen Tarifrunden nicht in ausreichendem Maße gelungen war, eine deutliche Senkung der Lohnquote zugunsten der Profite durchzusetzen, wurde die Tarifrunde 1977/78 von den Unternehmerverbänden mit besonderer Härte eröffnet. Davon zeugen sowohl ihre Forderung nach einer Lohnpause in der Stahlindustrie, als auch ihre frühzeitigen Aussperrungsdrohungen und -vorbereitungen. Aber der Verlauf der Tarifbewegung zeigt, daß die Unternehmer mit dieser Strategie den breitesten Widerstand der letzten Jahre in der Gewerkschaftsbewegung provoziert haben. Zudem hat sich aufgrund der Rationalisierungswelle in verschiedenen Industriebereichen ein Konfliktpotential angestaut, das die Kampfbereitschaft förderte. Dies spielt als Hintergrund nicht nur in der Druckindustrie, sondern auch in der Metallindustrie und den Seehäfen eine Rolle.

Nachdem in der Stahlindustrie nach äußerst langwierigen Auseinandersetzungen bis in den Februar 1975 trotz zahlreicher Warnstreiks und der Vorbereitung einer Urabstimmung nur ein Abschluß von 4 % erreicht wurde, brachte der Arbeitskampf in den Seehäfen einen entscheidenden Durchbruch für die Lohnrunde. Die Gewerkschaft ÖTV hatte für die Seehäfen 9 % Einkommensverbesserung und eine Anhebung der Schichtzulagen für die rd. 20 000 Beschäftigten gefordert. Außerdem wurden neue Eingruppierungsregelungen verlangt, die den durch die technische Entwicklung gestiegenen Qualifikationsanforderungen und neuen Arbeitsbelastungen Rechnung tragen. So liegt z. B. der „Containerisierungsgrad“ im Bremer und im Hamburger Hafen inzwischen bei etwa 25 %. Bei einer auch dadurch erzielten Erhöhung des Umschlags wurde gleichzeitig die Beschäftigtenzahl reduziert.<sup>30</sup> Als in 7 Verhandlungsrunden und der anschließenden Schlichtung die Angebote der Unternehmer nicht über 5 % hinausgingen, rief die ÖTV für den 19. und 20. Januar 1978 zur Urabstimmung auf. In der Abstimmung sprachen sich von fast 15 000 Teilnehmern 97,12 % für Kampfmaßnahmen aus. Am 25. Januar begann in 7 Häfen (Hamburg, Bremen, Bremerhaven, Brake, Emden, Cuxhaven und Lübeck) ein geschlossen geführter Streik. Es war seit 1896 der erste umfassende Streik in deutschen Häfen, abgesehen von einem Arbeitskampf 1951 im Hamburger Hafen. Durch die Solidarität der ausländischen Brüdergewerkschaften konnte weitestgehend ein Streikbruch durch andere europäische Häfen verhindert werden.

29 Eine ausführliche Analyse in ebenda. Vgl. auch Alberts/Herzog/Unger/Wilmersdorf, *Zeitungstreik, Hamburg 1978*.

30 Zum Hintergrund des Hafenarbeiterstreiks vgl. die Ergebnisse einer Bremer Forschungsgruppe: Universität-Arbeiterkammer Bremen, Kooperation Nr. 19/20/21 — 1977: *Hafenarbeit in Bremen. Eine ausführliche Analyse dieses Arbeitskampfes wie auch der nachfolgenden in Druck- und Metallindustrie* findet sich bei K. Pickshaus/W. Roßmann, *Streik und Aussperrung 1978, Soziale Bewegungen. Analyse und Dokumentation des IMSF, Frankfurt/M. 1978*.

Ein Vermittlungsgespräch unter der Leitung des Hamburger Bürgermeisters *Klose* am 28. Januar ergab die Empfehlung, Löhne und Gehälter ab Februar um 7 % zu erhöhen. Da die 7 % ige Erhöhung sich nur auf 11 Monate bezog, bedeutete dies eine faktische Verbesserung von 6,4 %. Die ÖTV beschloß, ab Montag, den 30. Januar, den Streik auszusetzen und empfahl für die Urabstimmung eine Annahme dieses Ergebnisses. Überraschenderweise sprachen sich in dieser zweiten Urabstimmung am 30. Januar von 15 348 Beteiligten 8875 Gewerkschafter, das sind 55,8 %, gegen die Annahme aus und nur 41,9 % für diesen Abschluß. Nach den Regelungen der ÖTV war damit das Ergebnis abgelehnt, und neue Verhandlungen mußten beginnen, die eine Verbesserung von 115 DM für den Monat Januar ergaben. In der letzten Urabstimmung am 3. Februar stimmten dann 75,7 % für eine Annahme. Mit diesem Ergebnis von fast 7 % war ein deutliches Zeichen in dieser Tarifrunde gesetzt und wirksame Impulse für die weiteren Tarifbewegungen gegeben.

In den meisten Tarifbezirken der Metallindustrie wurde von der IG Metall eine 8 % ige Lohn- und Gehaltsverbesserung gefordert. In vielen Fällen wurden zusätzliche Forderungen nach Verbesserung der unteren Lohnkategorien gestellt. Im Tarifbezirk Nordwürttemberg-Nordbaden wurde außerdem ein Tarifvertragsentwurf zur Besitzstandssicherung vorgelegt, ähnlich auch später im Tarifbezirk von Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland. Im Tarifbezirk Südwürttemberg-Hohenzollern wurde die Übernahme des Lohnrahmentarifvertrages II (1973 in Nordwürttemberg-Nordbaden mit einem Streik durchgesetzt) gefordert. Der Tarifvertrag zur Besitzstandssicherung greift die negativen Folgen von Rationalisierungsprozessen für die Einkommenssicherheit und -höhe der Arbeiter und Angestellten auf und soll die ständigen Abgruppierungen durch die dequalifizierenden Auswirkungen technologischer Veränderungen verhindern. In einer Broschüre der IG Metall zu diesem Tarifvertrag hieß es dazu: „In der seit 1974 anhaltenden Krise stehen Entlassungen, betriebliche Versetzungen und teilweise Abgruppierungen im Vordergrund. Dafür sind neben konjunkturellen Gründen hauptsächlich strukturelle, technologische Gründe ausschlaggebend (neue Fertigungsverfahren, straffere Arbeitsorganisationen, neue Technologien) mit der Folge sprunghaft ansteigender Produktivität.“<sup>31</sup>

Die Unternehmer wehrten sich gegen diese Forderungen aus durchsichtigen, prinzipiellen Gründen: „Die Lohnkostenvorteile einer Rationalisierung, die durch Entlassungen und Abgruppierung neu eingestellter Arbeitnehmer entstünden, würden auf die gesamte ‚Betriebskommune‘ umverteilt. . . Die Arbeitgeber könnten kein Interesse an einer Humanisierung und Rationalisierung der Arbeit haben. . .“<sup>32</sup> Im Schlichtungsverfahren eskalierten die Unternehmer den Konflikt, indem sie der IG Metall Verfassungswidrigkeit der Forderung nach kollektiver Absicherung gegen Abgruppierung vorwarfen. Die breite Warnstreikbewegung und das eindeutige Ergebnis der Urabstimmung in Nordwürttemberg-Nordbaden am 7./8. März von 90,3 % für Streik zeigte, daß die Forderungen eine große mobilisierende Wirkung besaßen. Gleichzeitig wurde in Nordrhein-Westfalen eine Urabstimmung durchgeführt, bei der sich 86,4 % für einen Arbeitskampf aussprachen.

Am 15. März begann morgens in 63 Betrieben Nordwürttemberg-Nordbadens mit ca. 80 000 Beschäftigten der Streik. Am selben Tag beschloß der Unternehmerverband, am 20. März in allen Betrieben mit über 1000 Beschäftigten, d. h. zusätzlich in 30 nicht be-

31 IG Metall Bezirksleitung Stuttgart, Tarifvertrag zur Besitzstandssicherung, Januar 1978. Vgl. auch E. Loderer, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 5/1978, S. 257 ff.

32 Handelsblatt, 19. 12. 1977.

streikenden Unternehmen, eine Aussperrung durchzuführen. Anfang April hatte sich die Streikfront auf 86 Betriebe mit 91 000 Beschäftigten erweitert. Von der Aussperrung waren 78 Betriebe mit 146 000 Belegschaftsangehörigen betroffen. Nach drei Wochen Streik und zweiwöchiger Aussperrung kam es am 3. April zu einer Einigung: es wurde eine Lohnerhöhung von 5 Prozent zusätzlich einer Pauschale von 411 DM und ein Abgruppierungsschutz abgeschlossen. Der geforderte kollektive Abgruppierungsschutz wurde nicht erreicht. Die tarifliche Eingruppierung des einzelnen Arbeiters oder Angestellten ist für 18 Monate vollständig garantiert, danach findet eine begrenzte Verschlechterung der Entlohnung statt. In einer abschließenden Urabstimmung sprachen sich 169 456 Mitglieder für und 107 987 gegen die Annahme des Vertrages aus. Mit 55,41 Prozent war damit die erforderliche Mehrheit erreicht.

Die Folgen der Rationalisierung standen auch im Mittelpunkt der Tarifauseinandersetzungen in der Druckindustrie, die eine enorme politische Brisanz gewannen. Schon seit 1975 hatte die IG Druck einen Tarifvertrag zur Regelung der sozialen Folgen der neuen Technik gefordert, die die Arbeitsplätze der traditionellen Berufsgruppe der Setzer zu vernichten und die Arbeitsbedingungen insbesondere auch der Journalisten erheblich zu verschlechtern drohte.<sup>33</sup> Ziel eines solchen Tarifvertrages über die Einführung und Anwendung der elektronisch gesteuerten Texteingabe und -gestaltung war die Sicherung von Arbeitsplätzen, die Aufrechterhaltung beruflicher Qualifikationen und die Gestaltung der Arbeitsbedingungen.

Nachdem sich zuerst die Unternehmer geweigert hatten, in Verhandlungen einzutreten, kam es dann nach dem Lohnstreik 1976 Ende desselben Jahres zu Tarifverhandlungen, die sich bis September 1977 hinstreckten. Im Mai 1977 wurde von der IG Druck und Papier zusammen mit der HBV, dem Deutschen Journalistenverband und anderen der Entwurf eines Tarifvertrages über die Einführung der neuen Techniken vorgelegt, dessen Hauptinhalte in folgenden Forderungskomplexen besanden<sup>34</sup>:

1. Sicherung der Arbeitsplätze für Schriftsetzer auch nach Einführung der neuen Techniken.
2. Bezahlung der neuen Arbeiten nach Facharbeiterlöhnen.
3. Schutz der Journalisten vor dem Zwang, berufsfremde Arbeiten der technischen Herstellung übernehmen zu müssen.
4. Wirksamer Gesundheitsschutz, vor allem durch Arbeitszeitverkürzung und Pausen für alle, die am Bildschirm arbeiten müssen.

Ähnliche Forderungen stehen auch für die anderen Facharbeitergruppen in der Druckindustrie an. Diese Forderungen unterscheiden sich prinzipiell von den bisherigen „Rationalisierungsschutzabkommen“, da sie über eine Sozialplanregelung hinausgehen und eine Mitbestimmung über die Quantität und Qualität der Arbeitsplätze beinhalten. Die Haltung der IG Druck und Papier ist dabei nicht von einer „Technikfeindlichkeit“ bestimmt, sondern richtet sich gegen die aus dem kapitalistischen Charakter der technologischen Rationalisierung resultierenden negativen sozialen Folgen für die abhängig Beschäftigten. Wie die Diskussion auf dem Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier 1977 zeigte, wird zum Teil die Notwendigkeit erkannt, diese konkreten Forderungen mit lang-

33 Zu den Problemen der neuen Technik, vgl. als Überblick: L. Peter, Neue Technik und die Folgen ihrer kapitalistischen Anwendung, in: *Marxistische Blätter* 2/1978, S. 21 ff.

34 Wortlaut dieses Tarifvertragsentwurfes in: *Druck und Papier* Nr. 12/4, Juli 1977, S. 10/11. Zu den Einzelheiten der Tarifverhandlungen vgl. die lfd. Ausgaben des Zentralorgans der IG Druck und Papier.

früheren Schritten der Demokratisierung der Betriebe und mit Eingriffen in den Profitmechanismus zu verbinden. Da technologische Umwälzungen auch in anderen Wirtschaftsbereichen bevorstehen oder zum Teil schon längst begonnen haben (wie etwa im Büro- und Verwaltungsbereich), wurden durch den Ausgang dieses Tarifkampfes Maßstäbe für alle anderen Gewerkschaften gesetzt.

Sowohl die sieben Verhandlungsrunden, die im September 1977 endgültig scheiterten, als auch die Schlichtung, die im November ergebnislos verlief, wurden von einer breiten Mobilisierung in den Betrieben begleitet. Bis zum 22. Dezember 1977 wurde nach Angaben der Gewerkschaft in 153 Betrieben gestreikt; insgesamt fielen 18 099 Stunden aus. Beteiligt waren an diesen Aktionen 14 584 Beschäftigte. Außerdem wurden in 130 Betrieben Überstunden verweigert. Eine komplizierte Situation entstand für die IG Druck Ende Januar 1978. Nachdem die Unternehmer sich unter dem Eindruck der Warnstreiks verhandlungsbereiter zeigten, wurden in Beratungen am 19. und 20. Januar „Leitsätze“ vereinbart, auf deren Grundlage eine Verhandlungskommission am 23. und 24. Januar einen Tarifvertrag ausarbeiten sollte. Schon in der Tarifkommission hatte eine Minderheit von 18 zu 28 Stimmen Bedenken gegen den Inhalt der „Leitsätze“ geäußert. Das Ergebnis dieser Beratungen entsprach aber in keiner Weise den ursprünglichen Forderungen der Gewerkschaft und stieß in den Betrieben, in denen die Erwartungen inzwischen sehr stark gestiegen waren, auf Kritik. Unter dem Eindruck von fast 60 Resolutionen und Warnstreiks in Frankfurt und Hamburg lehnten die Tarifkommission und am 3. Februar auch der erweiterte Vorstand der IG Druck und Papier das Verhandlungsergebnis einstimmig ab.<sup>35</sup> Für die gewerkschaftliche Arbeitskampfstrategie bestand folgende generelle Problematik: Eine Eskalation des Drucks auf die Unternehmer bis zum bundesweiten Streik wie 1976 konnte nur als allerletztes Mittel eingesetzt werden, da dies trotz der Sparbeschlüsse des Gewerkschaftstages die finanziellen Kräfte der IG Druck schnell überschreiten würde und die uneingeschränkte Solidarität des DGB und seiner Einzelgewerkschaften voraussetzte. Mit der schon auf dem Gewerkschaftstag gegebenen Orientierung auf Schwerpunktstreiks und der Möglichkeit betrieblicher Urabstimmungen wurde eine flexible Strategie anvisiert, die bei minimalem Einsatz der Kräfte größtmöglichen Druck auf die Unternehmerfront ermöglichte. Dies erforderte allerdings eine Geschlossenheit der Führung des Arbeitskampfes und Solidarität der nicht in den Kampf einbezogenen Teile der Mitgliedschaft.

Ende Februar trat der Arbeitskampf in seine entscheidende Phase. Da die Unternehmer nicht bereit waren, auf der Grundlage der Gewerkschaftsforderungen in Verhandlungen einzutreten, wurden am 27. Februar in 5 Betrieben in München, Kassel, Düsseldorf und Wuppertal — begleitet von Warnstreiks in 25 Betrieben — Urabstimmungen durchgeführt. Die Ergebnisse:

Süddeutscher Verlag, München	83,1 Prozent
Münchner Buchgewerbehaus	99,0 Prozent
Dierichs, Kassel	80,9 Prozent
RBD Rheinische Post, Düsseldorf	90,7 Prozent
RBD Girardet, Wuppertal	91,4 Prozent

Am 28. Februar begann in diesen 5 Betrieben ein unbefristeter Schwerpunktstreik, der vom Unternehmerverband am 2. März mit einem Aussperrungsbeschluss beantwortet

<sup>35</sup> Vgl. hierzu Druck und Papier Nr. 4/1978, S. 9/10. Zu dem innergewerkschaftlichen Konflikt vgl. den Kommentar von Detlef Hensche, S. 3.

wurde, dem 12 Betriebe nachkamen. Um den Druck auf die entscheidenden Kräfte im Unternehmerlager, die großen Zeitungsverleger, zu erhöhen, wurde von der Gewerkschaft mit einem Proteststreik in allen Springer-Betrieben reagiert. Um die Gewerkschaft vor allem finanziell in die Knie zu zwingen, spitzten die Zeitungsverleger den Konflikt mit einer befristeten bundesweiten Aussperrung vom 5. bis 7. März (78 Betriebe) zu. Die IG Druck weitete die Streikfront zeitweilig auf die Betriebe des Heinrich Bauer-Verlages aus und führte in zahlreichen Betrieben Urabstimmungen durch.

Obwohl es auf Initiative der Gewerkschaft unter Vermittlung des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, *Joseph Stingl*, am 13. März in Nürnberg wieder zu ersten Vermittlungsgesprächen kam, hatten die Unternehmer schon die nächste Eskalationsphase mit einer unbefristeten bundesweiten Aussperrung ab 14. März beschlossen. In über 500 Betrieben wurden täglich über 30 000 Gewerkschaftsmitglieder ausgesperrt, während durch den Streik in dieser Phase 6 Betriebe mit 2200 Streikenden betroffen waren.

Wie schon an anderer Stelle ausgeführt wurde, fielen durch die Aussperrungsmaßnahmen viermal so viele Arbeitstage aus wie durch die Streiks.<sup>36</sup> Die Streikfront blieb während der ganzen Zeit geschlossen. Insbesondere auf die Aussperrungen hatten viele Belegschaften mit anschließend hohen Urabstimmungsergebnissen reagiert, um die Bereitschaft zu bekunden, jederzeit die Streikfront zu erweitern. In Hessen war es in Wahrnehmung der Verfassungsbestimmung über ein Aussperrungsverbot zu einer neuen offensiven Aktionsform gekommen: Die Belegschaft der „Frankfurter Rundschau“ (Werk 1) weigerte sich in der Nacht vom 15. auf den 16. März, die Arbeitsplätze zu verlassen und hielt den Betrieb besetzt. Gleichzeitig wurden während der Betriebsbesetzung Notzeitungen für die Bevölkerung produziert. Dies stellt eine neue Qualität des Arbeitskampfes dar, ebenso wie die vielfältige Solidarität anderer Gewerkschaften und des DGB. Das Echo in der Öffentlichkeit war positiver als im Arbeitskampf 1976. Die „Stellvertreterfunktion“ dieser Auseinandersetzung für die zukünftige Abwehr von Rationalisierungsfolgen wurde auch in den anderen Gewerkschaften verstanden. Die IG Druck und Papier hatte — unter Auswertung der Erfahrung von 1976 — die enorme Bedeutung einer intensiven Öffentlichkeitsarbeit begriffen. Fast in allen Zentren erschienen regelmäßig eigene Informationsblätter und Zeitungen, vor allem während der Aussperrungstage.

Nach drei Wochen Arbeitskampf kam es am 19. März unter Einschaltung von Bundesminister *Wischniewski* zu einem Tarifvertrag, der mit Recht als Meilenstein in der Tarifgeschichte der Bundesrepublik bezeichnet werden kann. Zu den wichtigsten Bestimmungen gehören:

- Schriftsetzer und ihnen gleichgestellte Beschäftigte erhalten für eine mehrjährige Übergangszeit ihre bisherige tarifliche Entlohnung, auch wenn sich die Arbeitsbedingungen aufgrund der Einführung der Elektronik ändern.
- Fachkräfte der Druckindustrie haben für acht Jahre nach Umstellung der jeweiligen Tätigkeit Anspruch auf die vorrangige Beschäftigung mit den neuen Arbeiten im rechengesteuerten Textsystem.
- Für alle Bildschirmarbeiten schreibt der Tarifvertrag für jede Stunde fünf Minuten Erholungszeit oder alle zwei Stunden eine 15minütige bezahlte Unterbrechung der Tätigkeit vor.
- Der neue Tarifvertrag regelt ausführlich die technischen Bedingungen, die als Mindestanforderung im Sinne einer menschengerechten Gestaltung von den Bildschir-

<sup>36</sup> Vgl. Abschnitt II.

men erfüllt werden müssen. Diese Regelungen haben große Bedeutung auch für Wirtschaftsbereiche, in denen bisher unter schlechteren Bedingungen Bildschirme schon eingesetzt wurden.

- Redakteure dürfen nicht gezwungen werden, fremde Texte ohne Abänderung in Satz zu geben.
- Viele Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes sind präzisiert oder erweitert worden.<sup>37</sup>

### Materielle Ergebnisse und veränderte Probleme der Tarifbewegungen

Die lohnpolitischen Resultate der Tarifbewegung 1977/78 sind sehr bescheiden. Nur der Tarifabschluß in den Seehäfen geht eindeutig über die „Lohnleitlinien“ des Sachverständigenrates und der Bundesregierung hinaus. Schon die bisherige Auswertung der Tarifbewegungen während der Krisenjahre zeigt, daß generell die materiellen Ergebnisse gegenüber Anfang der siebziger Jahre stark reduziert wurden. Betrug die Steigerung der Tarifeinkommen 1970 bis 1974 pro Jahr zwischen 10 und 13 Prozent, so machte sie 1975 nur noch 8,5 Prozent, 1976 5,9 Prozent und 1977 6,8 Prozent aus. 1978 dürfte sie durchschnittlich wieder fast 2 Prozent unter der des Vorjahres liegen.

Betrachtet man die Realeinkommen der Beschäftigten, so stiegen diese 1975 nur noch um 1,2 Prozent, gingen 1976 leicht zurück und nahmen 1977 — auch aufgrund der geringeren Preissteigerungsrate — wieder um 1,8 Prozent zu. 1978 wird sich diese Entwicklung nicht wesentlich verändern. Vergleicht man damit die Entwicklung der Arbeitsproduktivität, so ist diese in den letzten Jahren bedeutend schneller gestiegen als die realen Arbeitseinkommen (vgl. Tab. 8).<sup>38</sup> Dadurch hat sich die Verteilungsposition der Arbeiter und Angestellten, d. h. ihr Anteil am Volkseinkommen, erheblich verschlechtert. 1976 erreichte die Nettolohnquote mit 41,5 Prozent den niedrigsten Stand in der Geschichte der Bundesrepublik.

Tabelle 8

#### Reallöhne und Arbeitsproduktivität<sup>1</sup>

Jahr	Reallohn	Arbeitsproduktivität <sup>2</sup>
1973	+ 1,2	+ 4,6
1974	+ 2,6	+ 2,4
1975	+ 1,2	+ 0,8
1976	— 0,3	+ 6,6
1977	+ 1,8	+ 2,9

1 Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr.

2 Arbeitsproduktivität berechnet als reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Grundlage von *Wirtschaft und Statistik*, lfd.

Zum Schwerpunkt der gewerkschaftlichen Lohnpolitik hat sich die Verteidigung des bestehenden sozialen Besitzstandes entwickelt. Ohne Mobilisierung war es für einige Tei-

<sup>37</sup> Dazu L. Mahlein in: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 5/1978, S. 261 ff. und D. Hensche, *Technische Revolution und Arbeitnehmerinteresse*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 4/1978, S. 413 ff.

<sup>38</sup> Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse (Hrsg. IMSF), Nr. 2/1978, S. 7.

le der Arbeiterklasse noch nicht einmal möglich, die Realeinkommen zu sichern. Materielle Erfolge in der Tarifpolitik setzen unter den gegenwärtigen Bedingungen einen entschiedenen Einsatz gewerkschaftlicher Kampfkraft voraus. Zur Voraussetzung erfolgreicher Lohnpolitik wird aber auch die Infragestellung und Kritik der einkommenspolitischen Ziele und Argumente des Monopolkapitals und des Staates. Dies erfordert von den Gewerkschaften „ein eigenes — theoretisch fundiertes — wirtschaftliches Konzept... das konkrete, durchsetzbare Alternativen formuliert“ und „der scheinbar wissenschaftlich begründeten unternehmerischen Propaganda“ Widerstand bietet.<sup>39</sup> Damit wird die staatliche Wirtschaftspolitik stärker zum Gegenstand der Klassenauseinandersetzung. Diese Bedingungen, die eine engere Verbindung von ökonomischen und politischen Momenten beinhalten, stellen an die Gewerkschaftspolitik höhere Anforderungen und erfordern die Verteidigung der gewerkschaftlichen Unabhängigkeit gegenüber der Regierungspolitik.<sup>40</sup>

Die eigentlichen Erfolge der Arbeitskämpfe des Frühjahrs 1978 wurden nicht auf lohnpolitischem Gebiet, sondern im Bereich der Manteltarifpolitik errungen. In der Abwehr von Folgen der Rationalisierung und technischen Veränderungen konnten tarifverträgliche Regelungen durchgesetzt werden, die trotz ihres Kompromißcharakters über die bisherige Rationalisierungsabwehr hinausgehen und neue Wege gewerkschaftlicher Tarifpolitik aufzeigen.

#### IV. Arbeitskämpfe gegen Arbeitsplatzvernichtung und Sozialabbau

Arbeitskämpfe im Rahmen von Tarifauseinandersetzungen stellen eine organisierte Form der Klassenauseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit dar, da ganze Teile der Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften mit den Organisationen des Kapitals konfrontiert sind. Die Erfahrungen der Kämpfe von 1976 und 1978 zeigen, daß hier sogar die Kommandozentrale des Monopolkapitals, die Spitze der BDA, den Einsatz der Unternehmer gegen die streikenden Arbeiter und ihre Gewerkschaft koordinierte.

Die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit findet jedoch nicht nur in Tarifkämpfen, sondern dauernd statt. Der Hauptkampfplatz ist und bleibt dabei der Betrieb, denn hier erfolgt die Ausbeutung der menschlichen Arbeit, hier wird die Existenzgrundlage für das Kapital geschaffen. Ständige Konflikte sind die betriebliche Lohngestaltung, die Arbeitsbedingungen, die betrieblichen Herrschaftsverhältnisse u. a. m. Betriebliche Aktionen der Belegschaften bis hin zu Streiks sind ein wichtiger Indikator für den Grad der Klassenauseinandersetzung, für die Kampfbereitschaft und das Bewußtsein der Arbeiterklasse. Mit der Krise, der Veränderung der ökonomischen Lage und der Kampfbedingungen verschieben sich auch die Konfliktbereiche. Sie sind stärker — ebenso wie in den Tarifauseinandersetzungen — durch die Offensive des Kapitals und die defensive Situation der Arbeiter und Angestellten geprägt. Die Verteidigung des erreichten sozialen Besitzstandes, der Arbeitsplätze und der erkämpften Rechte tritt in den Vordergrund.

Die Angriffe der Unternehmer reichen von offenen Lohnkürzungen und Abgruppierungen über den Abbau von Zulagen, Leistungsverschärfungen, Disziplinierungen von

39 L. Mahlein, Gewerkschaftliche Tarifpolitik 1978, in: Druck und Papier 4/1978, S. 4.

40 Mit Problemen tarifpolitischer Grundsätze und gewerkschaftlicher Taktik beschäftigt sich H. Schäfer, Probleme der Lohn- und Tarifpolitik im Übergang zu den achtziger Jahren, in: Das Argument 109, S. 347 ff.

Betriebsräten und aktiven Gewerkschaftern, willkürliche Kurzarbeitsperioden, Schichten statt Neueinstellungen bis hin zum offenen Bruch von Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen. Die tägliche Verteidigung der Interessen gegen die Angriffe des Kapitals ist eine unerläßliche Voraussetzung für jeden weiteren Kampf. Würden die Arbeiter „in ihren täglichen Zusammenstößen mit dem Kapital feige nachgeben“, sagte Marx, „sie würden sich selbst unweigerlich der Fähigkeit berauben, irgendeine umfassendere Bewegung ins Werk zu setzen“.<sup>41</sup> Insbesondere die Reaktion auf Maßnahmen der Arbeitsplatzvernichtung — resignative Hinnahme oder aktive Gegenwehr — ist wichtig für die Entwicklung der Kampfbedingungen in der Krise, auch im Bereich des Lohnkampfes. Je stärker die Gewerkschaften dem mit der Angst um den Arbeitsplatz verbundenen Druck (und seiner ideologischen Verstärkung durch die bürgerlichen Medien) nicht nur argumentativ, sondern durch aktive Politik und konsequenten Abwehrkampf entgegenwirken, desto eher verbessern sich die Bedingungen des Kampfes auf *allen* Feldern.

### Ursachen und Ausmaß der Aktionen

Bei der Untersuchung von Aktionen gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die Arbeiterklasse sollen zwei Bereiche unterschieden werden: der Bereich des Sozialabbaus, der von Lohnkürzungen, Streichungen von Zulagen bis zu verschiedenen Maßnahmen der Leistungsverschärfung eine ganze Palette von Möglichkeiten der Vertiefung der Ausbeutung erfaßt, und der Bereich der Arbeitsplatzvernichtung — sei es durch Rationalisierungen, Produktionsverlagerungen oder durch Teil- oder Totalstilllegungen.

Eine genaue quantitative Erfassung dieser Aktionen ist aus den schon genannten Gründen nicht möglich. Die offizielle Statistik erfaßt auch nicht die Ursachen und Anlässe der Streiks. Ein Teil der Aktionen besteht nicht in Streiks, sondern in betrieblichen und außerbetrieblichen Demonstrationen oder einer Kombination mehrerer Kampfformen. Diese Aktionen sollen mitberücksichtigt werden. Obwohl das im „Archiv der sozialen Bewegungen“ des IMSF zusammengetragene empirische Material über Arbeitskämpfe notwendigerweise sehr unvollständig und eine exakte Abgrenzung der Konfliktursachen oft sehr schwierig ist, lassen sich in der Auswertung doch bestimmte Entwicklungstendenzen erkennen. Absolute Zahlen etwa über Anzahl der Aktionen oder der Teilnehmer sind in allen Fällen als Mindestangaben zu werten. Die Dunkelziffer nicht erfaßter Arbeitskämpfe ist nach aller Erfahrung im Bereich der betrieblichen Aktionen besonders groß.

Analysiert man die Entwicklungstendenzen der Konfliktursachen, so ist in der Krise die schon erwähnte deutliche Verschiebung gegenüber dem Beginn der siebziger Jahre belegbar. Die Auswertung einer „statistischen Übersicht: Streiks in der BRD 1970“ des IMSF ergibt für 1970 folgende Konfliktfelder betrieblicher Streiks:<sup>42</sup>

Tabelle 9

#### Relationen der Konfliktfelder 1970

betriebliche Lohn- erhöhungen	Einstufung, Bewer- tung etc.	Arbeitsbedingungen
33,5 %	23 %	9 %

41 Karl Marx, Lohn, Preis und Profit, in: MEW 16, Berlin 1968, S. 151 ff.

42 Statistische Übersicht: Streiks in der BRD 1970, in: IMSF (Hrsg.), Ökonomische Theorie, politische Strategie und Gewerkschaften, Frankfurt/Main 1971, S. 206—208.

Lohn- u. Sozialabbau	Entlassungen	Mitbestimmung	Disziplinierung	Rationalisierung
8 %	8 %	4 %	3,3 %	0,4 %

(Da einige Konfliktfelder wie die offizielle Tarifbewegung hier vernachlässigt werden konnten, ergibt sich eine Differenz zu 100 %)

Auch wenn in einer Aktionsstatistik von 1977 teilweise andere Kategorien benutzt werden, ist die Veränderung der Relationen unüberschbar.<sup>43</sup>

Tabelle 10

Relationen der Konfliktfelder 1977

Rationalisierung	Entlassungen	Mißachtung von Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen
27 %	24 %	21 %

Lohnabbau	Leistungsverschärfung	Disziplinierung
4,5 %	3 %	3 %

Stand 1970 noch der Kampf um betriebliche Lohnerhöhungen an erster Stelle der Streikursachen, so ist es 1977 in über der Hälfte der Fälle der Kampf gegen Entlassungen durch Rationalisierung oder andere Maßnahmen. Rationalisierungsprobleme spielten 1970 mit 0,4 Prozent eine verschwindende, Entlassungen mit 8 Prozent eine geringe Rolle. Die betrieblichen Lohnbedingungen (Einstufung, Leistungsbewertung, etc.) standen 1970 an zweiter, der Kampf um eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen noch an dritter Stelle. Die Veränderung der Kampfbedingungen und der defensivere Charakter kommt 1977 auch darin zum Ausdruck, daß die Mißachtung von tarifvertraglichen Bestimmungen und Betriebsvereinbarungen und der Lohnabbau durch die Unternehmer das zweite wichtige Kampffeld darstellen. Im Vordergrund steht 1977 die Verteidigung der Arbeitsplätze und des erreichten sozialen Besitzstandes.

Die Zahl der Aktionsteilnehmer hat in den Krisenjahren 1975 bis 1977 ständig zugenommen, insbesondere im Kampf gegen Arbeitsplatzvernichtung. Dies ist 1977 auch auf die großen Demonstrationen für das Recht auf Arbeit zurückzuführen, aber auch die Streiks sind zahlreicher geworden.

43 Arbeitskämpfe in der BRD 1977 — ein Überblick, in: G. Hautsch u. a., Arbeitskämpfe 1977, a. a. O. Hier auch das 1. Kapitel.

Tabelle 11

Aktionen gegen Arbeitsplatzvernichtung und Sozialabbau 1975 bis 1977

	1975 <sup>44</sup> (Juni— Dezember)	1976 <sup>45</sup>	1977 <sup>46</sup>
bekanntgewordene Aktionen	65	41	114
bekanntgewordene Anzahl der Teilnehmer insgesamt darunter	ca. 28 000 (58)		121 650 (63)
... gegen Arbeitsplatz- vernichtung	ca. 20 000 (31)	34 000 (34)	117 650 (51)
... gegen Sozialabbau	ca. 8 000 (27)		4 000 (12)

(in Klammern Anzahl der Aktionen, bei denen die Teilnehmerzahl bekannt wurde)

### Zu einigen Problemen der Aktionen gegen Arbeitsplatzvernichtung

Die Vielzahl der Aktionen unter jeweils sehr spezifischen Bedingungen macht eine zusammenfassende Auswertung schwierig. Inzwischen liegen zu zahlreichen einzelnen Abwehrkämpfen und Bewegungen Dokumentationen und Analysen vor.<sup>47</sup>

In einzelnen Jahren gewannen bestimmte Aktionen und Bewegungen besondere Publizität. In den statistischen Überblicken wurde bisher die von örtlichen über regionale zu zentralen Aktionen sich entwickelnde Bewegung der Gewerkschaftsjugend im Jahre 1975 gegen Jugendarbeitslosigkeit, Lehrstellenvernichtung und für bessere Berufsausbildung nicht berücksichtigt.<sup>48</sup> An den dreizehn regionalen Demonstrationen vom Februar bis Oktober 1975 nahmen über 100 000 Menschen teil, an der zentralen Kundgebung am 8. November 1975 in Dortmund mindestens 50 000. Da 1975 die Politik des DGB und der meisten Einzelgewerkschaften noch weitgehend durch den „Krisenschock“ gelähmt war, gewann diese erfolgreiche Mobilisierung durch die Gewerkschaftsjugend besondere Bedeutung.

Breites Echo in der Öffentlichkeit erhielt der Kampf der 150köpfigen Belegschaft des Zementwerkes Seibel und Söhne in Erwitte gegen die Schließung des Betriebes.<sup>49</sup> Nach

44 Kämpfe gegen die Abwälzung der Krisenlasten (Aktionstabelle), a. a. O.

45 Kämpfe zur Sicherung der Arbeitsplätze 1976/77, in: K. Pickshaus u. a., a. a. O.

46 Vgl. Anmerkung 43.

47 Vom IMSF erschienen dazu folgende Arbeiten: H. Bär u. a., Betriebsbesetzung — eine Kampfform zur Sicherung der Arbeitsplätze, Informationsbericht des IMSF 21, Frankfurt 1976; A. Lenhardt/G. Weiß, Stahlkrisen an der Saar — ein Kampf um Arbeitsplätze, Soziale Bewegungen — Analyse und Dokumentation des IMSF, Frankfurt/Main 1978; J. Huffschmid, Kämpfe gegen Arbeitsplatzvernichtung in Bremen 1977, in: G. Hautsch u. a., Arbeitskämpfe 1977, a. a. O.

48 Vgl. P. Katzer, Zur Gewerkschaftsjugendbewegung — Probleme und Entwicklungen seit Ende der sechziger Jahre, Soziale Bewegungen — Analyse und Dokumentation des IMSF, Frankfurt/Main 1977.

49 Eine ausführliche Analyse einschließlich der juristischen Problematik und Dokumentation bei H. Bär u. a., Betriebsbesetzung, a. a. O.

Proteststreiks besetzte die Belegschaft vom 10. März bis zum 2. Mai 1975 das Werk und führte danach den Kampf als Streik fort. Trotz zahlreicher Probleme konnten in den sich anschließenden langwierigen juristischen Auseinandersetzungen Teilerfolge erzielt werden. Der mit Streiks, Demonstrationen und einem Hungerstreik 1975 geführte Kampf der Belegschaft des Mannesmann-Werkes Demag in Kalldorf konnte die Stilllegung nicht verhindern.

1976 nahm die Zahl der Aktionen, die sich gegen Pläne von Konzernen zur Rationalisierung, Produktionsverlagerungen, Teilstilllegungen richtete, zu. Bedeutsam ist hier etwa der langwierige Kampf der Belegschaft des Siemens-Werkes in Bruchsal gegen Arbeitsplatzreduzierungen und der erfolgreiche Kampf der Belegschaft des Flugzeug- und Rüstungskonzerns VFW-Fokker in Speyer. Schon 1976, in stärkerem Maße aber dann 1977, entwickelten sich gegen die Auswirkungen der Arbeitsplatzvernichtung durch die Konzerne regionale Bewegungen, Demonstrationen und Kundgebungen, die verschiedene betroffene Belegschaften zusammenfaßten. Oft werden von den Massenentlassungen oder Betriebsstillegungen ganze Regionen berührt, insbesondere monostrukturierte und wirtschaftsschwache Gebiete wie z. B. das Saarland. Die Betroffenheit geht dann weit über den Kreis der Belegschaft und der Angehörigen hinaus und erfaßt große Teile des Mittelstandes, die von der Kaufkraftentwicklung der arbeitenden Bevölkerung abhängig sind. Diese Betroffenheit setzt sich in manchen Fällen in Bereitschaft zum gemeinsamen Kampf mit den Belegschaften um. In Bruchsal organisierte die IG Metall eine Serie von Veranstaltungen in der gesamten Region, allein 17 in 13 Orten im September 1976. Es gelang, Vertreter der Kirchen in die Bewegung miteinzubeziehen. Auch im Saarland konnten einige katholische Geistliche für die Bewegung gegen die Arbeitsplatzvernichtung der Stahlkonzerne in Neunkirchen und Burbach gewonnen werden.

Die Aktionen der Belegschaft von VFW-Fokker gegen die Vernichtung von 1000 Arbeitsplätzen wurden 1976 in Speyer von einer Bürgerinitiative unterstützt, der zwei Pfarrer vorstanden und deren Breite von den Kirchen über viele lokale Vereinigungen bis zur DKP reichte. Die Bürgerinitiative gab eine eigene Zeitung heraus und organisierte zusammen mit der IG Metall wirkungsvolle Aktionen.

Gegen geplante Massenentlassungen durch die Stahlkonzerne an der Saar fanden 1977 mehrere große Demonstrationen statt; am 1. März mit 5000, am 9. März mit 10000, am 26. Oktober mit 1000 und am 2. Dezember mit 5000 Teilnehmern.<sup>50</sup> Am 26. Januar 1977 führte die IG Metall in Hamburg eine Kundgebung mit 15000 Teilnehmern unter folgenden Losungen durch: „Für das Recht auf Arbeit, für die paritätische Mitbestimmung, gegen das ungebrochene Entscheidungsrecht der Konzerne über das Schicksal unserer Kollegen. . .“ In Bremen wurden in einer Kundgebung am 25. August 1977, an der 15000 Menschen teilnahmen, betriebliche Bewegungen auf den Werften, der Klöckner-Hütte und der VFW-Werke zur Erhaltung von Arbeitsplätzen zusammengefaßt.<sup>51</sup>

Gemessen an der Zahl der Massenentlassungen und Betriebsstillegungen ist die Gesamtzahl der Abwehraktionen sicherlich nicht groß. Bei sehr vielen Bewegungen fällt die Langwierigkeit der Auseinandersetzungen auf, die in der Regel darauf zurückzuführen ist, daß die Konzerne schrittweise ihre Pläne verwirklichen wollen und bei Widerstand der Belegschaften immer wieder neue Versuche unternehmen. Gelingt es in solchen Fällen den Gewerkschaften nicht, ein langfristiges Abwehrkonzept zu entwickeln und die Soli-

50 Vgl. A. Lenhardt/G. Weiß, *Stahlkrise an der Saar*, a. a. O.

51 Vgl. G. Hautsch u. a., *Arbeitskämpfe 1977*, a. a. O.

darität der Belegschaften aller Werke eines Konzerns zu gewährleisten, endete der Kampf wie bei Demag/Kalletal 1975 mit einem Mißerfolg. Eine beispielhafte Solidarität entwickelte sich zwischen der VFW-Fokker-Belegschaft in Speyer und den norddeutschen, vor allem den Bremer Belegschaften.

In vielen Fällen existieren keine Vorstellungen, mit welchen Kampfformen man der Vernichtung von Arbeitsplätzen begegnen kann. Oft reduziert sich die Reaktion auf öffentliche Proteste. Streiks werden angesichts bevorstehender Betriebsschließungen nicht für ein wirkungsvolles Mittel gehalten, obwohl sie in den letzten Jahren zugenommen haben. Eine längere Betriebsbesetzung, die in Frankreich und Italien zur allgemein akzeptierten und angewandten Kampfform gehört, wurde bislang nur bei Seibel in Erwitte angewandt. Häufig werden verschiedene Aktionsformen kombiniert. Bei VFW-Fokker in Speyer wechselten u. a. folgende Formen einander ab: Demonstrationen und Kundgebungen, Warnstreiks, Straßenaktionen, Ortsteilversammlungen, ein großes Fest vor den Werkstoren am 1. Mai. Zudem wurde der Betrieb 1976 ständig bewacht, um gegebenenfalls einen Abtransport von Maschinen zu verhindern. Die Frauen der Beschäftigten waren bereit, in einem solchen Falle den Betrieb zu besetzen.

Auch bei Siemens in Bruchsal wurde über eine mögliche Betriebsbesetzung diskutiert. Die 170 Beschäftigten der Hamburger Firma Mittelhäuser und Walter besetzten am 18. Februar 1977 nach einem Zusammenbruch des Unternehmens für mehrere Tage den Betrieb, um ihre Lohnansprüche durchzusetzen.

Zumeist richtet sich die Aktivität der Betriebsräte ausschließlich auf die Ausarbeitung von Sozialplänen. Jedoch haben Forderungen nach prinzipieller Verhinderung von Entlassungen und die Entwicklung von Alternativvorstellungen zugenommen. Generell läßt sich feststellen, daß neben defensiven Momenten häufiger offensive Ziele und Losungen treten. Es wird häufig nicht mehr nur die sozialrechtliche Absicherung bei Arbeitsplatzverlust, sondern die Durchsetzung des Rechts auf Arbeit überhaupt gefordert. Der Betriebsrat von VFW-Fokker in Speyer forderte zur langfristigen Sicherung der Arbeitsplätze auch die Umstellung des Werkes auf Friedensproduktion. Die Praxis zeigt, daß im Zuge der Auseinandersetzungen die Einsicht in den menschenfeindlichen Charakter des monopolkapitalistischen Systems wächst. Das kapitalistische Wirtschaftssystem, die „freie Marktwirtschaft“, wird häufiger in den letzten Jahren in Frage gestellt. Dies hat nicht nur politische Bedeutung, sondern auch unmittelbar praktische. Die Infragestellung der Unternehmerargumentation vom „Wohl des Unternehmens“, der Logik des Kapitals beseitigt ideologische Barrieren für einen aktiven Abwehrkampf.

Aktionen fanden in der Regel dort statt, wo die Belegschaften relativ hoch organisiert waren und oft auch schon über Kampferfahrung verfügten. Die betrieblichen und regionalen Abwehrkämpfe wurden zumeist von den Ortsverwaltungen und Bezirksorganen der Gewerkschaften unterstützt. Gerade das Beispiel Speyer (VFW-Fokker), wo die IG Metall ein eigenes „Komitee zur Sicherung der Arbeitsplätze“ bildete und ab März 1976 mehrere Wochen täglich eine Zeitung herausgab, zeigt, wie wirkungsvoll die Kraft der gewerkschaftlichen Organisation eingesetzt werden kann. Dennoch fehlt eine größere Zahl solcher Beispiele notwendiger und effektiver Koordinierung und Unterstützung der einzelnen betrieblichen Aktionen, insbesondere durch die Vorstände der Gewerkschaften. Auch stellt sich die Frage nach der Ausnutzung von Positionen der Montanmitbestimmung, beispielsweise zur Abwehr der Massenentlassungen in der Stahlindustrie im Saarland. Obwohl von den Gewerkschaften inzwischen beschäftigungspolitische Programme

entwickelt wurden, fehlt die Verbindung dieser Alternativpositionen mit den konkreten betrieblichen Bewegungen die Entwicklung einer einheitlichen Abwehrstrategie.

## V. Eine neue Etappe sozialpolitischer Auseinandersetzungen<sup>52</sup>

Die Bundesrepublik war während der Krisenjahre 1975 bis 1977 keineswegs eine „Insel des sozialen Friedens“, auch wenn die Intensität der Arbeitskämpfe gegenüber der Periode 1969 bis 1974 stark zurückgegangen war. Obwohl schon der Streik in der Druckindustrie 1976 Veränderungen des „sozialen Klimas“ und der Gewerkschaftspolitik signalisierte, waren die Frühjahrskämpfe 1978 der einschneidende Wendepunkt.

Die ökonomische Ausgangssituation — Ausbleiben eines merklichen Konjunkturaufschwungs, anhaltende Massenarbeitslosigkeit — hatte sich nicht verändert. Neue Momente sind jedoch in zweierlei Hinsicht feststellbar:

Die schon anfangs skizzierte Politik des Monopolkapitals verfolgte in den Tarifauseinandersetzungen 1978 das Ziel, den Gewerkschaften einen empfindlichen Schlag zu versetzen, eine Neuordnung des sozialökonomischen Kräfteverhältnisses durchzusetzen. Dabei wurden auch zumindest vorübergehend die „Spielregeln“ der Sozialpartnerschaft bewußt verletzt. Ein solcher Kurs traf die Gewerkschaften insgesamt, einschließlich der Kräfte die eher eine sozialpartnerschaftliche Politik befürworteten. Vor diesem Hintergrund ist auch der Boykott der Konzertierten Aktion durch den DGB als Reaktion auf die Verfassungsklage der Unternehmer gegen das „Mitbestimmungsgesetz“ zu erklären. Während eine Ablehnung der Konzertierten Aktion bislang nur in der Gewerkschaft Holz und Kunststoff und der IG Druck und Papier eine Mehrheit gefunden hatte, plädierten in dieser Situation einmütig der Gewerkschaftstag der IG Metall im September 1977 und der Bundeskongreß des DGB im Mai 1978 für einen Boykott dieses Gremiums.

Die provokatorische Haltung der Unternehmer zwang die Gewerkschaften in stärkerem Maße als in den letzten Jahren, sich zur Verteidigung der Interessen ihrer Mitglieder auf ihre Stärke, die Aktionsfähigkeit ihrer Mitgliederbasis zurückzubedenken. Diese Tendenz kam auch auf den Gewerkschaftstagen im Herbst 1977 zum Ausdruck. Symptomatisch und in mancher Hinsicht am bemerkenswertesten ist für diese Konstellation die Reaktion der IG Bau, Steine und Erden in den Tarifrunden 1977 und 1978, in denen es erstmals seit vielen Jahren zu umfangreichen Streiks kam. Die IG Bau, Steine, Erden war in der Vergangenheit eine besonders aktive Vertreterin sozialpartnerschaftlicher Konzeptionen im DGB. Auf der Funktionärstagung dieser Gewerkschaft im September 1977 war sichtbar geworden, daß Strömungen an Boden gewinnen, die stärker auf die Mobilisierungsfähigkeit der Basis setzen.

Zum anderen: Die offizielle wirtschaftspolitische Ideologie und Integrationspolitik hat offensichtlich erheblich an Wirksamkeit eingebüßt. Die seit Bestehen der Massenarbeitslosigkeit meistgebrauchte Formel der Kapitalvertreter und der Regierung „Profite = Investitionen = Arbeitsplätze“ geriet in Widerspruch zur realen Erfahrung großer Teile der Arbeiterklasse. Waren zu Beginn der Krise vorwiegend Ausländer, Frauen und andere „Problemgruppen“ der Arbeiterklasse betroffen, so wurden nunmehr auch Kerngruppen der Arbeiterklasse, die qualifizierten Industriearbeiter, in Arbeitsplatz, beruflicher Qualifikation und Einkommen bedroht. Diese Gruppen verfügten über mehr Kampferfah-

<sup>52</sup> Vgl. zu diesem Abschnitt K. Pickshaus, Neue Aspekte gewerkschaftlicher Kämpfe, in: Marxistische Blätter 3/1978, S. 27 ff.

rung, waren besser organisiert und leichter zu mobilisieren. Sie gehören, wie etwa die Schriftsetzer in der IG Druck und Papier, zum Kern der gewerkschaftlichen Organisation.

Auch aufgrund der in den Jahren der wirtschaftlichen Prosperität gewachsenen Ansprüche reagierten viele Arbeiter besonders erbittert auf die Angriffe auf den erreichten sozialen Status. Diese Bedrohung schlägt allerdings nicht automatisch in Kampfbereitschaft um. Nur wo die Gewerkschaften diese Probleme offensiv aufgriffen, wo die wirklichen Zusammenhänge interpretiert und Alternativpositionen erläutert wurden, waren diese „Handlungsimpulse“ in Aktionen umzusetzen.<sup>53</sup> Dann wirkte die Bedrohung des sozialen Standards und der Arbeitsplätze nicht mehr als Streikhemmnis, sondern als ein aktionsförderndes Moment. Dies zeigte sich schon im Lohnstreik 1976 in der Druckindustrie, als die Kampf motivation der Beschäftigten mehr als die konkrete materielle Forderung umfaßte. Triebkraft war ebenfalls der zunehmende Unmut über die soziale Unsicherheit in der krisengeprägten Druckindustrie, die Willkür und den wachsenden Arbeitsdruck durch die Unternehmer.

Die anfangs skizzierten Zusammenhänge zeigen, daß die Arbeiterklasse nicht aus einer offensiven Position in die diesjährigen Tarifkämpfe gegangen ist. Ausschlaggebendes Moment war auch nicht der aktuelle und sich eigenständig entwickelnde Druck aus den Betrieben, der der Unternehmeroffensive begegnete, sondern eine Mobilisierung der Arbeiterschaft durch die gewerkschaftliche Organisation und ihre Führungen. Größere spontane Streikbewegungen wie die Septemberstreiks 1969 oder die Streiks im Sommer 1973 waren in den letzten Jahren unter den Krisenbedingungen nicht sichtbar. Unter erschwerten Kampfbedingungen erhält der subjektive Faktor, insbesondere die Politik der Gewerkschaften, erhöhte Bedeutung. Die sich während der Streiks entwickelnde Kraft der aktiven Mitgliedschaft war in der Lage, die eigene Gewerkschaftsführung an einigen Punkten weiterzutreiben (so nach 5 Streiktagen in der zweiten Urabstimmung in den Seehäfen) oder vorschnelle, unzureichende Kompromisse zu verhindern (so Ende Januar 1978 in der Druckindustrie).

Die Realität und die Erfordernisse des Arbeitskampfes entziehen einer Sozialpartnerschaftspolitik in den Gewerkschaften den Boden. Mit „Sozialpartner“-Floskeln ist die Mitgliederbasis nicht zu mobilisieren, sie werden zudem — wie in den Frühjahrskämpfen — von den Unternehmern praktisch widerlegt. Diese Bedingungen erweitern die Möglichkeiten einer konsequenten, an der Realität des Klassenkampfes orientierten Gewerkschaftspolitik. Die Erfahrungen bestätigen auch, daß ungeachtet aller Differenzierungen die Gewerkschaften als die Interessenorganisationen der Arbeiterklasse anzusehen sind, und nicht, wie von „undogmatischer Seite“ neuerdings nahegelegt, als „bürokratisch verfaßte, intermediäre Organisationen zwischen Kapital und Arbeit“.<sup>54</sup>

### Defensive und offensive Momente

Die Ergebnisse der Tarifrunden der letzten Jahre zeigen, daß lohnpolitische Vorstöße wie in den Streikkämpfen zu Beginn der siebziger Jahre nicht erreicht wurden. Trotz des Widerstandes der Arbeiterklasse ist vielfach noch nicht einmal oder nur knapp eine Sicherung der Realeinkommen durchgesetzt worden. Die anfangs erwähnte zunehmende Här-

<sup>53</sup> Vgl. H. Kern, Betrieb als gewerkschaftliches Praxisfeld, in: Borsdorf u. a. (Hrsg.), Gewerkschaftliche Politik: Reform aus Solidarität, Köln 1977, S. 342.

<sup>54</sup> So Walther Müller-Jentsch, Die Neue Linke und die Gewerkschaften, in: Das Argument 107, S. 25.

te der Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit wird auch darin sichtbar, daß die Streikämpfe länger geworden sind und die Unternehmer immer häufiger mit Aussperungen — 1976 und 1978 in der Druckindustrie sogar bundesweit — reagierten.

Hauptinhalt der gewerkschaftlichen Forderungen in den zurückliegenden Kämpfen war die Sicherung des Erreichten, des sozialen Besitzstandes und der Arbeitsplätze. Aus der Verteidigung des Erreichten ist ein Umschlag zu offensiven Forderungen nach Erweiterung demokratischer und sozialer Rechte möglich, insbesondere dann, wenn die Streikämpfe wie im Frühjahr 1978 an Breite und Intensität gewinnen. Die Ergebnisse des Tarifkampfes in der Druckindustrie etwa gehen über die sozialen Rechte hinaus, wie sie bisher in Tarifverträgen und im Betriebsverfassungsgesetz festgelegt sind. Damit wurde der Handlungsspielraum des Kapitals eingeschränkt.

Auf einige der in den Frühjahrskämpfen 1978 sichtbar gewordenen neuen Momente gewerkschaftlicher Politik soll im folgenden ausführlicher eingegangen werden. Die gesellschaftspolitische Dimension dieser Auseinandersetzung wurde auf beiden Seiten der Front gesehen, da die gewerkschaftlichen Forderungen nach Erhaltung von Arbeitsplätzen, Qualifikationen und Einkommen grundsätzlich der kapitalistischen Logik bei Rationalisierungen und Einführung neuer Technologien widersprechen. Die rasante Entwicklung der neuen Technik, die vom Kapital als „Kriegsmittel“ gegen die Arbeiterklasse nicht nur in der Druckindustrie, sondern in absehbarer Zeit auch in anderen Wirtschaftsbereichen eingesetzt werden wird, hat die konkret erfahrbaren Widersprüche zwischen Kapital und Arbeit verschärft, die Grenzen des kapitalistischen Wirtschaftssystems sichtbar gemacht und damit den „über dem technischen Fortschritt liegende(n) Schleier gesellschaftlicher Neutralität aufgerissen“.<sup>55</sup>

Während in den sechziger Jahren die Folgen der wissenschaftlich-technischen Veränderungen zeitweilig durch eine schnell wachsende Akkumulation des Kapitals ausgeglichen werden konnten, existierten diese Voraussetzungen in den siebziger Jahren nicht mehr. Dies hat in der gewerkschaftlichen Diskussion die Erkenntnis gefördert, „daß der technische Fortschritt keineswegs widerstandslos hinzunehmenden Sachzwängen, sondern gesellschaftlichen, in Klasseninteressen sich ausdrückenden Gesetzmäßigkeiten unterworfen ist“.<sup>56</sup> Diesen Umdenkungsprozeß drückt der Vorsitzende der IG Druck und Papier, *Leonhard Mahlein*, selbstkritisch so aus: „Sind wir nicht selbst zu euphorisch diesem technischen Fortschritt nachgejagt; obwohl man wissen mußte, daß sich dahinter recht handfeste wirtschaftliche und ausschließlich kapitalorientierte Interessen verbergen? ... Die gewerkschaftliche Haltung zu Rationalisierung und Technisierung ist vor dem Hintergrund der akuten Beschäftigungsprobleme und der diese verschärfenden Folgewirkungen neu zu überdenken.“<sup>57</sup>

Während die von den Gewerkschaften Ende der sechziger Jahre durchgesetzten Rationalisierungsschutzabkommen sich im wesentlichen darauf beschränkten, einen finanziellen Ausgleich für den Verlust des Arbeitsplatzes zu gewähren, d. h. also lediglich die Folgen zu regeln, wird nunmehr eine Einflußnahme auf den Prozeß der technischen Rationalisierung selbst angestrebt. An der Entwicklung dieser neuen tarifpolitischen Zielsetzung, deren Kern sich folgendermaßen zusammenfassen läßt, hat die IG Druck und Papier ei-

<sup>55</sup> L. Peter, *Neue Technik*, ... a. a. O., S. 27.

<sup>56</sup> Ebenda, S. 29.

<sup>57</sup> L. Mahlein, *Mündl. Rechenschaftsbericht auf dem 11. o. Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier*, Oktober 1977, S. 58.

nen maßgeblichen Anteil: „Es geht uns nicht um einen Stop, sondern um eine sozialadäquate Kontrolle und Steuerung, erforderlichenfalls um eine zeitliche Streckung des Rationalisierungs- und Technisierungsprozesses. . . Die Gewerkschaften müssen auf dem Wege der tarifvertraglichen Garantien — unter Ausschöpfung aller Rechte der Betriebs- und Unternehmensverfassung — darauf drängen, den Rationalisierungs- und Technisierungsprozeß in Betrieb, Unternehmen und Branche an die Einhaltung bestimmter inhaltlicher und verfahrensmäßiger Kriterien zu binden. Rationalisierungsmaßnahmen dürfen erst dann eingeleitet werden, wenn die sozialen Folgen für die Arbeitnehmer abzusehen und befriedigend gelöst sind.“<sup>58</sup>

Nun konnten diese Zielsetzungen noch keineswegs in den im Frühjahr 1978 erkämpften Tarifverträgen durchgesetzt werden. Allerdings bedeutet trotz seines Kompromißcharakters der Tarifvertrag zur „Neuen Technik“ in der Druckindustrie einen wichtigen Schritt in dieser Richtung und geht über die Sozialplanregelungen der bisherigen Rationalisierungsschurzabkommen hinaus. Er bedeutet ein Stück Kontrolle über die Besetzung der Arbeitsplätze, über die Arbeits- und Entlohnungsbedingungen. Hierin liegt auch die „Qualität“ dieser über die „klassische“ Tarifpolitik hinausreichenden Inhalte. Lohnforderungen treffen immer auf den Widerstand des Kapitals, da sie seine Profite einschränken. Der Lohnkampf ist nach kapitalistischer Logik jedoch nicht illegitim, er ist die Voraussetzung zur Durchsetzung des kapitalistischen Lohngesetzes. Kämpfe um die Besetzung von Arbeitsplätzen, um Arbeitsbedingungen, d. h. um die Art und Weise der Nutzung der vom Unternehmer gekauften Ware Arbeitskraft, greifen in seine Verfügungsgewalt ein, sind nach kapitalistischer Logik nicht legitim. Daher erklärt sich auch der harte Widerstand der Unternehmer gegen jede inhaltliche Ausweitung der Tarifpolitik. „Nach wie vor ist es für die Unternehmer eine Grundsatzfrage ersten Ranges, ihre Verfügungsgewalt über Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen soweit wie möglich von tarifvertraglicher Regelung freizuhalten, mindestens aber soviel wie möglich übertariflichen Spielraum zu behalten.“<sup>59</sup> Es sollte auch nicht übersehen werden, daß die Durchsetzung solcher Forderungen, die die unternehmerische Autonomie in Frage stellen, neue wichtige Ansatzpunkte für eine Vermittlung mit dem Kampf um demokratische Kontrolle und Mitbestimmung auf allen Ebenen bietet. Der gewerkschaftlichen Forderung nach Mitbestimmung können so neue Impulse und eine konkrete, nicht-sozialpartnerschaftliche Bestimmung gegeben werden, durch die die Mobilisierungsmöglichkeiten erhöht werden.<sup>60</sup>

Forderungen nach Kontrolle des technischen Fortschritts durch die Arbeiterklasse, nach menschenwürdiger Gestaltung der Arbeitsbedingungen, nach Sicherung einer sinnvollen, qualifizierten Tätigkeit berühren die Frage nach der gesellschaftlichen Stellung der Arbeiterklasse. Sie gehen in ihrer Wirkung über die ökonomische Sphäre hinaus und bieten neue Ansatzpunkte zur Entwicklung von Klassenbewußtsein.

Die durch die Rationalisierung ausgelösten sozialen Probleme treffen die einzelnen Be-

58 Ebenda, S. 59. Ausführlicher dazu: U. Zachert, Rationalisierung — Sfrilleung — Arbeitsplatzverlust: Möglichkeiten und Perspektiven gewerkschaftlicher Gegenwehr, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 5/77, S. 281 ff., und S. Balduin, Gewerkschaftliche Politik zur Einflußnahme auf Arbeitsbedingungen und Beschäftigung, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 6/1977, S. 345 ff.

59 H. Mayr, in: Werktag werden besser, Köln—Frankfurt 1977, S. 8.

60 E. Dähne/K. Pickshaus/K. Priester, Thesen zum politischen Stellenwert der „Humanisierungs“-Debatte für die Gewerkschaftspolitik in der Bundesrepublik, in: Humanisierung der Lohnarbeit? Argument-Sonderband 14, West-Berlin 1977, S. 166 ff.

schäftigtengruppen zumeist in sehr unterschiedlicher Weise. Daraus können sich, wie die Erfahrungen der IG Druck und Papier zeigen, auch Konkurrenzsituationen und Entsolidarisierungsprozesse ergeben. Für die Gewerkschaften besteht daher im Gegensatz zu den meist unter einheitlichen Forderungen verlaufenden Lohnbewegungen die Aufgabe, die jeweils spezifischen Forderungen mit den Fragen, die die allgemeine Betroffenheit der Arbeiter und Angestellten sichtbar machen, zu vermitteln. Dies ist in der Druckindustrie zumindest in der letzten Phase unter der Losung „Es geht um unsere Arbeitsplätze“ und in der Metallindustrie „Sicherung des sozialen Besitzstandes“ gelungen. Die Durchsetzung der tariflichen Forderungen für den Satzbereich wurde weit über die IG Druck und Papier hinaus als exemplarische Auseinandersetzung begriffen, die richtungweisend für die gesamte Gewerkschaftsbewegung ist. Daß dies sich in einer breiten Solidarität niederschlug, kennzeichnet auch das politische Niveau dieser Arbeitskämpfe.

Die Dialektik von defensiven und offensiven Momenten wird insbesondere auch im breiten Widerstand der Gewerkschaftsbewegung gegen die Aussperrungen deutlich. Die Aussperrungen in der Druck- und Metallindustrie, mit denen die Gewerkschaften finanziell ausgeblutet und in die Knie gezwungen werden sollten, entwickelten sich für die Unternehmer zu einem Bumerang. Es entstand die bislang stärkste Bewegung gegen dieses Kampfmittel der Unternehmer, bei der die Betroffenen neue Einsichten und auch neue Kampfformen entwickelten. Es kam zu ersten, gegen die Aussperrung gerichteten Betriebsbesetzungen. Der Umschlag in offensive Elemente kam auch in der vielerorts gezeigten Parole „Wer aussperrt, gehört eingesperrt!“ zum Ausdruck. Entgegen dem unternehmerischen Ziel, die streikenden Gewerkschaften zu isolieren, entwickelte sich während der Aussperrung eine neue Qualität an Solidarität im DGB, aber auch in Teilen der Öffentlichkeit. Zugleich entstand dabei eine Bewegung gegen die Aussperrung und für die Erhaltung der demokratischen Rechte der Gewerkschaften, die zahlreiche Vermittlungsglieder zur demokratischen Bewegung gegen die Einschränkung der Grundrechte, insbesondere durch die Berufsverbote, besitzt und dieser wichtige Impulse geben kann. Der Kampf gegen die Aussperrung gewinnt in der Gewerkschaftsbewegung eine wichtige vereinheitlichende politische Funktion.

Dies gilt in ähnlicher Weise auch für die Forderung nach Verwirklichung des Rechts auf Arbeit. Die positive Resonanz von Forderungen nach Erhaltung von Arbeitsplätzen in der Öffentlichkeit erwies sich im Arbeitskampf 1978 in der Druckindustrie, der — auch aufgrund verbesserter Öffentlichkeitsarbeit — eine breitere Sympathie und Solidarisierung auslöste als der Lohnkampf 1976. Eine vom 11. o. DGB-Bundeskongreß im Mai 1978 beschlossene „Aktion Stop Arbeitslosigkeit“ unter der Forderung nach dem Recht auf Arbeit könnte bei Vermittlung mit den praktischen Auseinandersetzungen eine Vereinheitlichung der zahlreichen betrieblichen, regionalen und Branchenkämpfe erreichen und damit große politische Brisanz und Durchschlagskraft entwickeln.

## Arbeiterbewußtsein und Krise<sup>1</sup>

Johannes Henrich von Heiseler

### I.

Wenn wir hier die Frage nach den Wirkungen der Krise, der Erscheinungen der Depression und der Arbeitslosigkeit auf das Bewußtsein der Arbeiter und Angestellten stellen, so stellen wir die Frage nach der möglichen Entwicklung von Klassenbewußtsein in der Arbeiterklasse der BRD unter den heutigen ökonomischen und sozialen Bedingungen, die sich ja wesentlich von denen unterscheiden, die jahrelang für die Bundesrepublik gegolten haben.

Klassenbewußtsein — auf die Gefahr hin zu wiederholen, stellen wir das voraus — ist letzten Endes die entwickelte Form des Verhältnisses der Klasse zu sich selbst und ihrer sozialen und historischen Lage. Klassenbewußtsein entsteht nicht abgelöst von der wirklichen Geschichte der Klasse, als Reflexion über allgemeine Prinzipien; Klassenbewußtsein entsteht als theoretische Verarbeitung ihrer Kämpfe und Erfahrungen.

Entwickeltes Klassenbewußtsein, sozialistisches Bewußtsein wird gekennzeichnet durch die Erkenntnis, daß der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital die ganze Gesellschaft und nicht nur die betrieblichen Verhältnisse, nicht nur die Arbeitswelt prägt. Daraus ergibt sich im sozialistischen Bewußtsein die Erkenntnis, daß die Arbeiterklasse den politischen Kampf gegen die kapitalistische Klasse und ihre Gewalt führen muß, daß sie die zentrale politische Macht erkämpfen muß und daß sie die kapitalistische Ordnung beiseitigen muß, um eine andere, die sozialistische, an ihre Stelle zu setzen.

Entwickeltes Klassenbewußtsein ist also theoretisches Bewußtsein. Wenn wir darauf bestehen, so heißt das nicht, daß wir es von seiner lebendigen Grundlage, der Lage der Arbeiterklasse gegenüber den anderen Grundklassen und den anderen großen Gruppen der Gesellschaft, ihrer Tätigkeit, ihren Erfahrungen und ihren Organisationen, ablösen wollen. Wir können vielmehr feststellen, wie aufgrund der Lage der Arbeiterklasse und ihrer allgemeinen und konkreten Stellung in der Gesellschaft spontane Prozesse wirksam werden, durch die innerhalb der Arbeiterklasse Erkenntnisse über den Widerspruch zum Kapital vornehmlich auf betrieblicher Ebene und im Arbeitsleben und praktische Erkennt-

1 Überarbeiteter und erweiterter Einleitungsbeitrag für das Kolloquium des IMSF „Krisenentwicklung und Arbeiterbewußtsein“ vom 17./18. Juni 1978. Vgl. den in diesem Band abgedruckten zweiten Einführungsbeitrag von Frank Deppe sowie den Kolloquiumsbericht von Klaus Priester.

Der Aufsatz beruht auf der Untersuchung des IMSF: Jugendliche im Großbetrieb. Studie zum gewerkschaftlichen und politischen Bewußtsein arbeitender Jugendlicher. Verfaßt von J. H. v. Heiseler unter Mitwirkung von D. Hänisch und A. Jansen. Beiträge des IMSF Bd. 5, Frankfurt am Main 1978.

Soweit Zahlen und Ergebnisse unserer Untersuchung hier angeführt werden, ist zu sagen, daß es sich um eine Auswahl aus den männlichen jugendlichen (15—25 Jahre alten) Lehrlingen, Arbeitern und Angestellten aus einem Großbetrieb der chemischen Industrie handelt. Die Verteilungen werden in anderen Teilen der Arbeiterklasse andere sein; die Beziehungen werden sich sicher im wesentlichen ähnlich darstellen. Die Untersuchung beruht auf einer Befragung, die im Sommer 1976 vorgenommen wurde. Soweit im folgenden Text Mehrfeldertafeln aufgenommen wurden, sind diese nicht in dem Band enthalten. Insofern beruhen diese Überlegungen auch gegenüber dem Buch auf zusätzlichem Material.

nisse der Aktionsmöglichkeiten entstehen. Solch ein entsprechend den besonderen historischen und nationalen Bedingungen in kleinerem oder größerem Umfang innerhalb der Arbeiterklasse sich spontan herausbildendes Bewußtsein wird von uns kategorial als noch nicht entfaltetes Klassenbewußtsein, als elementares Klassenbewußtsein, als gewerkschaftliches Bewußtsein bezeichnet.

Auf diese Weise wird auch die Verbindung zwischen dem Klassenbewußtsein und seiner Grundlage in der Lage der Arbeiterklasse, ihre Tätigkeit, ihren Organisationen und Erfahrungen gekennzeichnet. Würde man das Klassenbewußtsein von seiner lebendigen Grundlage ablösen, dann kämen seine Vermittlungen in die Nähe der missionarischen Tätigkeit irgendwelcher Heilslehren. Klassenbewußtsein ist ja Klassenbewußtsein gerade deshalb und insofern, als sich in ihm das Wesen der sich aus der objektiven Lage der Arbeiterklasse ergebenden Aufgaben für die Klasse vorzeichnet. Aber zugleich ist es wichtig, zu betonen, daß das Klassenbewußtsein nicht einfach das jeweils empirisch gegebene Bewußtsein der Arbeiterklasse ist und daß man nicht von einem naturwüchsigen Prozeß des Wachstums von Klassenbewußtsein lediglich im Zuge der sich ergebenden Kampferfahrungen ausgehen kann. Der Prozeß der Aneignung des Klassenbewußtseins durch eine beliebige Gruppe der Arbeiterklasse ist ein Lernprozeß, der spontan beginnt und auf einer spontanen Grundlage beruht, aber als gesellschaftlicher Widerspiegelungsprozeß vermittelt und wesentlich geformt wird durch die ganze Sphäre der Politik und Ideologie, wie sie unter bestimmten Umständen für das Land, die Periode, ja die Region, die Gruppe der Arbeiterklasse usw. gegeben ist. Selbst wenn wir zunächst von der politischen und ideologischen Vermittlung absehen, reicht die Vorstellung seines naturwüchsigen Wachstums nicht hin, weil das Klassenbewußtsein zwar starke spontane Grundlagen in der objektiven sozialen Lage hat, aber zugleich in der Lage des Lohnarbeiters in der kapitalistischen Wirklichkeit ebenfalls spontane Grundlagen für die Entwicklung von bürgerlichem Bewußtsein liegen. Die spontane Anschauungsweise der Arbeiterklasse ist also *zunächst* aus sehr allgemeinen Gründen notwendigerweise widersprüchlich.

Gerade in den sich am Marxismus orientierenden theoretischen und empirischen Ansätzen in den letzten Jahren ist zu Recht oft hervorgehoben worden, daß für die westdeutschen Arbeiter und Angestellten diese Widersprüchlichkeit besonders kennzeichnend ist. Man kann dabei zeigen, daß diese Widersprüche nicht nur im Kopf des einzelnen Arbeiters und Angestellten aufzufinden sind, sondern sich auch im gesellschaftlichen Prozeß der Meinungsbildung unter den Kollegen des Betriebs zeigen. In unserer Untersuchung hat sich gezeigt, daß diejenigen, die in ihren Vorstellungen von möglichen gesellschaftlichen Veränderungen Elemente von Klassenbewußtsein aufwiesen, stärker im Zentrum des betrieblichen Kommunikations- und Meinungsbildungsprozesses standen als die anderen, die diese Vorstellungen nicht hatten. Aber ebenso galt das für die Kollegen mit deutlich sozialpartnerschaftlichen Vorstellungen. Auch sie stehen keineswegs am Rande des Meinungsbildungsprozesses der Belegschaft, sondern mitten darin.

Dieses Ergebnis ist zunächst noch überraschender als die bloße Feststellung widersprüchlicher Vorstellungen und Haltungen bei der Mehrzahl der Arbeiter und Angestellten. Es verweist aber darauf, daß man, will man die Ursachen der bestehenden Widersprüche im Bewußtsein der Arbeiter und Angestellten aufklären, nicht bei der offensichtlichen Tatsache stehen bleiben darf, daß hier fortschrittliche und reaktionäre Meinungsbildende Faktoren einwirken. Es ist sehr richtig darauf hingewiesen worden, daß man hier analytisch zunächst einmal die Grundlagen dieses Prozesses der Herausbildung wider-

sprüchlicher Vorstellungen und Haltungen, auf den dann die ganzen politischen und ideologischen Vermittlungsinstanzen einwirken, erfassen muß.

Aus der wirklichen Lage des Lohnarbeiters muß sich zunächst und spontan ein widersprüchliches Bewußtsein herausbilden. Seine Grundlage liegt einerseits in der Tatsache, daß der Lohnarbeiter seiner Lage nach letzten Endes objektiv darauf angewiesen ist, diese Verhältnisse, die ihn bedrücken, aufzuheben. Das ist die spontane Grundlage antikapitalistischer Haltung und Einstellungen. Aber zugleich verweist auch die Wirklichkeit den Lohnarbeiter immer wieder auf die andere Seite seiner Existenz: Auf die objektive Konkurrenz zwischen dem einzelnen Verkäufer seiner Arbeitskraft und anderen Lohnarbeitern, die selbst Ergebnis und abgeleitetes Moment der tieferen Erscheinung ist, daß der Lohnarbeiter seine Arbeitskraft verkaufen muß, um sein Leben zu sichern. Das ist die Grundlage für das spontane Wachstum bürgerlicher Ideologie unter Lohnarbeitern. Auch hier verweist also das verkehrte Bewußtsein letzten Endes auf eine verkehrte Wirklichkeit. Eine gesellschaftliche Wirklichkeit, in der die Konkurrenz begleitendes Moment der Kooperation der Lohnarbeiter ist, produziert nicht nur mit Notwendigkeit spontane Kritik an diesen Zuständen, sondern sie produziert mit Notwendigkeit auch spontane Illusionen.

Scheinbar steht der Lohnarbeiter als Eigentümer einer Sache, seiner Arbeitskraft, oder wie es ihm scheint, seiner Arbeit, dem Kapitaleigentümer als Kontraktpartner auf gleichem Fuße gegenüber. Wie es diesem zusteht, beliebig mit seinem Kapital zu verfahren, so steht es ihm zu, beliebig mit sich selbst zu verfahren. Die Freiheit gilt für beide Vertragskontrahenten: Er ist frei, seine Arbeitskraft zu verkaufen oder keinen Arbeitslohn für seine Reproduktion zu erhalten; das Kapital ist frei, ihn einzustellen oder ihn arbeitslos zu lassen. Die Freiheit des Kapitals ist, so sieht es in dieser Welt des Scheins aus, auch seine Freiheit. Und um die illusionäre Auffassung seiner eigenen Lage noch tiefer zu begründen, erscheint dem Lohnarbeiter der Arbeitslohn — der Preis seiner zur Ware gewordenen Arbeitskraft — als Geldausdruck des Werts „der Arbeit“. Die Vorstellung vom Lohn als Preis der Arbeit wird begünstigt und unterstützt durch die Lohnformen, die als Berechnungsgrundlage die aufgewandte Arbeitszeit oder die hergestellten Stücke benutzen. Hier verschwindet dann völlig die grundlegende Unterscheidung zwischen notwendiger und Mehrarbeit. Die gesamte Arbeitszeit scheint bezahlte Arbeitszeit zu sein. Jeder Begriff der Mehrarbeit geht verloren und damit auch jeder Begriff von dem durch die Arbeiterklasse produzierten und vom Kapital angeeigneten Mehrwert. Die Vorstellung vom Wert der Arbeit mystifiziert letztlich den Wertbegriff überhaupt.

In seiner Analyse dieser Illusionen besteht *Marx* darauf, daß es sich nicht bloß um ungenaue Metaphern handelt, die durch eine Art Sprachkritik zu beseitigen seien. Er weist nachdrücklich darauf hin, daß sich diese Form von Widerspiegelung elementar aus den objektiven Verhältnissen selbst ergibt, solange die Widerspiegelung noch als nur spontaner Prozeß, noch nicht als aktiver, bewußter Vorgang abläuft. „Auf der Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft erscheint der Lohn des Arbeiters als Preis der Arbeit, ein bestimmtes Quantum Geld, das für ein bestimmtes Quantum Arbeit gezahlt wird. Man spricht hier vom Wert der Arbeit und nennt seinen Geldausdruck ihren. . . Preis.“ „Im Ausdruck — Wert der Arbeit — ist der Wertbegriff nicht nur völlig ausgelöscht, sondern in sein Gegenteil verkehrt. Es ist ein imaginärer Ausdruck. . . Diese imaginären Ausdrücke entspringen jedoch aus den Produktionsverhältnissen selbst. Sie sind Kategorien für Er-

scheinungsformen wesentlicher Verhältnisse. Daß in der Erscheinung die Dinge sich oft verkehrt darstellen, ist ziemlich allen Wissenschaften bekannt."<sup>2</sup>

Die Entwicklung des gewerkschaftlichen und politischen Bewußtseins der Arbeiter und Angestellten vollzieht sich daher nicht als ein einfacher Prozeß des Lernens aus Erfahrung. In den Lernprozeß gehen vielmehr die Elemente der ökonomischen, politischen und ideologischen Situation auf dieser Grundlage ein.

Schon auf der Ebene der Wertorientierungen drücken sich die grundlegenden Widersprüche aus. Als beherrschende Wertorientierung zeigten sich in unserer Untersuchung Jugendlicher im Großbetrieb die Orientierung auf gemeinsames Handeln, die Orientierung auf Kollegialität, auf Gleichheit und auf Leistung. Was den letztgenannten Wert angeht, so ist die Orientierung auf Leistung von Anfang an immer schon beides: Zeichen der Befangenheit in bürgerlichen Bewußtseinsformen, wie in der Untersuchung von *Bierbaum u. a.*<sup>3</sup> gesagt wird, aber zugleich, was hier völlig übersehen wird, möglicher Ansatzpunkt antikapitalistischer Kritik. Die sehr komplexe und in sich selbst widersprüchliche Rolle der Orientierung auf Leistung für das Bewußtsein der Lohnarbeiter wenigstens zum Teil deutlich gemacht haben, ist das Verdienst der Erlanger Studie von *Kudera u. a.*<sup>4</sup> Wie wir in unserer Untersuchung zeigen konnten, geht allerdings sehr starke Orientierung auf den Wert Leistung tatsächlich meist zusammen mit integrationistischen und reaktionären Haltungen in anderen Bereichen. So ist Leistungsorientierung zwar einerseits Element des Selbstbewußtseins der wichtigsten produktiven Klasse, andererseits gelingt es der bürgerlichen Ideologie nach wie vor in starkem Maße, diese Wertorientierung mit der Seite seiner Existenz zu verbinden, die den einzelnen Lohnarbeiter als mit anderen Lohnarbeitern konkurrierenden Anbieter seiner Arbeitskraft erfaßt. Demgegenüber zeigt sich, daß die Orientierung auf Gleichheit, auf gemeinsames Handeln und auf Kollegialität meist mit Elementen von Klassenbewußtsein verbunden waren. Ein absolut beherrschender Wert ist dabei die Orientierung auf Kollegialität; und es zeigt sich, daß es von dieser Wertorientierung Beziehungen zu den Vorstellungen im gewerkschaftlichen und politischen Bereich bis hin zu dem Gesellschaftsbild gibt.

Wenn also davon gesprochen wird, daß sich die Herrschaft der bürgerlichen Bewußtseinsformen gerade in den Wertvorstellungen zeigt (Westberliner Untersuchung), so kann man dem nur sehr bedingt und nicht in dieser Form zustimmen. Die spontane Reproduktion der bürgerlichen Ideologie und das bewußte Aufgreifen dieser spontanen Reproduktion durch die vermittelnden ideologischen Instanzen zeigt sich eine Ebene weiter. Es zeigt sich vor allem in der Tendenz, die Ergebnisse gesellschaftlicher Verhältnisse, gesellschaftlicher Widersprüche, die Ergebnisse von Ausbeutung und Unterdrückung einer Klasse durch die andere als individuelles Geschehen, als individuelles Versagen wahrzunehmen und erscheinen zu lassen. Als Beispiel für eine solche Tendenz kann man die Zustimmung zu der Aussage „Wenn man sich genügend anstrengt, bekommt man auch eine gute Lehrstelle. Die meisten suchen aber nicht richtig, haben zu schlechte Noten oder sind zu pingelig“ ansehen. (In unserer Untersuchung stimmten dieser Aussage immerhin 58 Prozent der befragten Jugendlichen zu, davon 25 Prozent ohne Einschränkung.) Gera-

2 Karl Marx, *Das Kapital*, 1. Bd., in: *Marx/Engels, Werke* Bd. 23, S. 557 und 559.

3 Christiane Bierbaum, Joachim Bischoff, David Eppenstein, Sebastian Herkommer, Karlheinz Maldaner, *Ende der Illusionen?* Frankfurt am Main/Köln 1977.

4 Werner Kudera, Werner Mangold, Konrad Ruff, Rudolf Schmidt, Theodor Wentzke, *Gesellschaftliches und politisches Bewußtsein von Arbeitern*, Erlangen 1976.

de das Ansteigen der Arbeitslosenzahlen hat offenbar zunächst dazu geführt, daß die Individual- und Gruppenkonkurrenz stark betont wurde. Dabei geht in diese Reaktion der Arbeiterklasse auf die für die Bundesrepublik neue Lage selbstverständlich schon das Ensemble von Bedingungen ein, das mit zu der Unterstützung dieser Seite der Arbeiterexistenz und zu der Behinderung der Entwicklung der anderen Seite beiträgt.

Daß das Kapital und seine politischen und ideologischen Institutionen die Seite der Konkurrenz gegenüber anderen Arbeitskraftverkäufern aufgreifen, ist naheliegend. Aber es greift auch die andere Seite auf, die Tendenz nach Solidarität und Kollegialität. Es ist nichts anderes als das Bedürfnis nach Identifizierung nach einer „sozialen Heimat“ das kapitalistisch verbogen und verdreht die Grundlage abgibt für alle Illusionen über eine mögliche und erstrebenswerte soziale Partnerschaft zwischen Lohnarbeit und Kapital. Dabei gehen auch Erfahrungen über die Verknüpfung des Arbeiterschicksals mit der Lage des Kapitals gerade in der Krise in diese Vorstellungen ein.

In unserer Untersuchung zeigte sich, daß sozialpartnerschaftliche Vorstellungen die Zustimmung von zwischen 86 und 96 Prozent der Befragten fanden. Es gibt keinen Grund anzunehmen, die Zustimmungsraten zu sozialpartnerschaftlichen Aussagen seien in anderen Gruppen und Abteilungen der Arbeiterklasse wesentlich niedriger als bei Jugendlichen in einem Großbetrieb.<sup>5</sup> Man kann davon ausgehen, daß selbst in Gruppen, die in bezug auf andere Aussagen zu einem großen Teil antikapitalistischer Kritik zustimmen, ja sogar zur Hälfte Sympathien zu einer sozialistischen Ordnung, oder dem, was sie darunter verstehen, äußern, zugleich überwiegend sozialpartnerschaftlichen Vorstellungen anhängen.

Die Tatsache, daß die bürgerliche Ideologie in der westdeutschen Arbeiterklasse besonders in Form sozialpartnerschaftlicher Vorstellungen erscheint und daß sie in dieser Form selbst solche Teile und Gruppen der Arbeiterklasse (mit Ausnahme kleiner Minderheiten) durchdringt, die in anderer Hinsicht ihren Klassengenossen in der Orientierung auf ihre Interessen voraus sind, ist selbst Ergebnis der ökonomischen und politischen Geschichte der Bundesrepublik. Die lange Phase rascher Akkumulation ermöglichte einen solchen Abbau der Arbeitslosigkeit, daß für lange Zeit selbst die Tiefpunkte des Zyklus sich nicht auf die Beschäftigung auswirkten. Zugleich ermöglichte diese Akkumulationsphase Steigerungen der Löhne und Gehälter, die von den Arbeitern und Angestellten mit dem niedrigen Niveau am Kriegsende verglichen wurden und zugleich selten gewerkschaftliche Aktionen kosteten, wobei die Stärke der Gewerkschaften und die Existenz des sozialistischen Nachbarlandes die Bereitschaft des Kapitals zu Zugeständnissen stark erhöhte. Die Schwäche der kommunistischen Arbeiterbewegung nach den Jahren des Faschismus und ihre Illegalisierung in der *Adenauer*-Ära hatte eine allgemeine Schwächung der an den Klasseninteressen orientierten Strömung in den Gewerkschaften zur Folge. Die dominierende Linie in den Gewerkschaften trat, ohne auf den Rückgriff auf die Mobilisierung der gewerkschaftlichen Militanz gänzlich zu verzichten, einer weiteren Verbreitung der sozialpartnerschaftlichen Illusionen nicht systematisch entgegen.

Es ist nicht verwunderlich, wenn man jetzt feststellt, daß die Anerkennung der Notwendigkeit der Gewerkschaften durch die Bevölkerung nach den Umfragen des Gewerkschaftsbarometers zyklisch und parallel zum ökonomischen Zyklus schwankt. Ausgerech-

<sup>5</sup> Das belegen auch die entsprechenden Ergebnisse in der Hamburger Dissertation von Helmut Moser: *Einstellungen der IndustrieArbeitnehmerschaft zur Mitbestimmung*, Hamburg 1975.

net dann, wenn die Krise eine wirkungsvollere Koalition der Lohnarbeiter verlangt, sinkt die Einsicht in die Notwendigkeit der Gewerkschaften ab. Dies ist das spontane Ergebnis der Bindung der gewerkschaftlichen Organisation an die staatliche Wirtschaftspolitik.

Integrationistische Strömungen spielen bei der Politik der Gewerkschaften eine nicht übersehbare Rolle. Wir können aber empirisch feststellen, daß sie nicht im Einklang mit der sozialen Wirklichkeit der Gewerkschaft an der Basis stehen. Aus unserer Untersuchung, — in der Jugendliche in einem Großbetrieb befragt wurden, in dem die Betriebsratsführung gemeinsam mit der von ihr dominierten Verwaltungsstelle eine Politik des „Betriebsfriedens“ macht — geht hervor, daß sich Gewerkschaftsmitglieder auch unter solchen Verhältnissen gegenüber ihren Kollegen dadurch auszeichnen, daß sie in geringerem Maße sozialpartnerschaftlichen Vorstellungen verhaftet sind. Während von den gewerkschaftlich organisierten befragten Jugendlichen 58 Prozent dem Satz „Wenn die Unternehmer gute Gewinne machen, können die Arbeiter und Angestellten auch gut verdienen“, zustimmten, waren es unter ihren unorganisierten Kollegen 84 Prozent. Und während von den unorganisierten Befragten 62 Prozent waren, die meinten, es verbessere sehr viel, „wenn die Unternehmer und die Gewerkschaften sich besser aufeinander einstellen würden“, waren es unter den befragten Gewerkschaftsmitgliedern 36 Prozent. Wir können daraus schließen, daß sich aus der Funktion der Gewerkschaften als allgemeinem ökonomischen Interessenverband Tendenzen entwickeln, die geeignet sind, sozialpartnerschaftliche Illusionen abzubauen.

Es wird allerdings von der Politik der gewerkschaftlichen Organisationen abhängen, wie diese Tendenz wirksam wird. Daß es notwendig ist, die Wirkung dieser spontanen Tendenz bewußt zu verstärken, zeigen beispielsweise die oben zitierten Zahlen mit gleicher Deutlichkeit.

Am Anfang des Jahres 1976 waren sich die meisten Beobachter darüber einig, daß die Krise und die Arbeitslosigkeit vor allem eine dämpfende Wirkung auf die Aktivität der westdeutschen Arbeiterklasse gehabt hatten. (Allerdings prognostizierten schon damals *Josef Schleifstein* und *Jörg Huffschmid*, ausgehend von den voraussehbaren objektiven Entwicklungen, daß mit zunehmenden Klassenauseinandersetzungen zu rechnen sei.) Im Jahre 1976 kam der erste große Tarifkampf der IG Druck und Papier; es nahmen lokale Aktionen gegen Stilllegungen zu; 1977 kam es zu größeren Aktionen gegen Stilllegungspläne im Saarland, in Bremen und anderswo; 1978 waren es dann die Streiks der Hafentarbeiter, die zweite große Bewegung der Setzer und Drucker und die Aktionen der Metaller, die das Bild veränderten. Für die Aktionen war — anders als 1969 — die Herausbildung der Haltung der gewerkschaftlichen Organisation und Führung von großer Bedeutung — ein Problem auf das später noch einmal eingegangen wird.<sup>6</sup>

Die lähmende Wirkung, die die hohe Arbeitslosenzahl eine lange Zeit ausübte, hätte möglicherweise unter anderen Bedingungen schon früher überwunden werden können. Sicher aber war sie auch und gerade an der gewerkschaftlichen Basis spürbar. Wenn wir von dem Widerspruch zwischen Solidarität und Konkurrenz in der Lage der Lohnarbeiter ausgehen, so verstärkt die Existenz eines Arbeitslosenheeres zunächst und spontan die Seite der Konkurrenz, es sei denn, es sind von der Arbeiterbewegung überlieferte

6 Vgl. hierzu den Beitrag von Klaus Pickshaus, *Krisenbedingungen und Arbeitskämpfe. Zur Entwicklung sozialer Kämpfe in der Bundesrepublik 1975 bis 1978*, in diesem Band.

Interpretations- und Handlungsmuster schon dann wirksam. Solche Interpretations- und Handlungsmuster müssen aber in der Bundesrepublik erst erneut gebildet werden.

Wie stark die Tendenz, die Verantwortung für die Arbeitslosigkeit auf den einzelnen Arbeitslosen oder auf andere Gruppen von Lohnarbeitern (ausländische Arbeiter) zu verlagern, unter den von uns befragten Jugendlichen im Großbetrieb im Herbst 1976 wirksam war, wurde sehr deutlich an einer Frage, in der es hieß: „Schon seit längerer Zeit gibt es eine ziemlich hohe Arbeitslosigkeit in der BRD. Vor allem viele Jugendliche sind arbeitslos. Uns interessiert, woran das wohl liegt. Was meinen Sie dazu?“ Der Vorgabe „Wenn die Ausländer weg sind, gibt es wieder Arbeit für uns“ stimmten 45 Prozent der Befragten zu; der Vorgabe „Die Arbeitslosen sind häufig auch faul; oft arbeiten sie schwarz“ 62 Prozent, mindestens einer von beiden Vorgaben 79 Prozent. Von den gleichen Befragten stimmten andererseits 40 Prozent einer Vorgabe zu, in der prinzipielle antikapitalistische Aussagen zur Arbeitslosigkeit enthalten sind, nämlich der Vorgabe: „Arbeitslosigkeit gibt es, solange es Privatunternehmen gibt, die nur produzieren, um Gewinne zu machen. Da gibt es für Jugendliche und ältere Kollegen keine größeren Unterschiede. Erst wenn die Kapitalistenklasse weg ist, ist auch die Arbeitslosigkeit verschwunden.“ Auf die eingangs geschilderten Widersprüche verweist die Tatsache, daß 32 Prozent der Befragten sowohl einer der beiden das Moment der Konkurrenz hervorhebenden Aussagen als auch der letzten Aussage zustimmten. Die weitaus stärkste Zustimmung aber fand mit 91 Prozent eine Vorgabe, in der das System nicht in Frage gestellt wird und an das, was sich die Befragten unter „Staat“ vorstellen, appelliert wird. Diese Aussage lautet: „Die Arbeitslosigkeit ist schlimm, aber es herrscht nun mal eine Krise. Der Staat müßte aber für die Arbeitslosen und vor allem für die Jugendlichen mehr tun, damit die auch wieder arbeiten können.“

Hier wird deutlich, daß die Erarbeitung einer alternativen Wirtschaftspolitik nicht nur — und das ist selbstverständlich — für die gewerkschaftliche Gesamtstrategie immer notwendiger wird; es zeigt sich, daß diese Aufgabe auch unbedingt vom Gesichtspunkt der Entwicklung des Bewußtseins der Arbeiter und Angestellten angegriffen werden muß.<sup>7</sup> Die Erwartungen an den Staat gerade in der Krise paaren sich bei einem großen Teil der Befragten mit Illusionen über den Charakter dieses Staates; aber sie verbinden sich auch bei einem großen Teil der Befragten mit Handlungsbereitschaft. Nicht selten findet sich beides nebeneinander. 58 Prozent der Befragten erklärten sich bereit, im Falle von betrieblichen Entlassungen dagegen zu streiken, 71 Prozent erklärten, sie würden an einer Demonstration teilnehmen, wenn es eine große Kampagne gegen die Arbeitslosigkeit gäbe.

Wir glauben, daß sich in diesem Nebeneinander von Erwartungen an den Staat und Handlungsbereitschaft ausdrückt, daß in den Erwartungen an den Staat zwar einerseits auch spontan reproduzierte und bewußt gepflegte bürgerliche Ideologie zu finden ist, zugleich aber ist darin auch eine spontane Form der Widerspiegelung der Funktionserweiterung des Staates im staatsmonopolistischen Kapitalismus zu finden. Das bedeutet aber, daß für eine Strategie der Entwicklung des Bewußtseins der Arbeiter und Angestellten in der BRD die Dimension staatlicher Wirtschaftspolitik nicht ausgespart werden kann.

<sup>7</sup> Es ist sehr auffällig, daß das vor allem von den Autoren des „Kritischen Gewerkschaftsjahrbuchs“ und seiner Vorläufer bzw. der Frankfurter Gewerkschaftsstudie (Joachim Bergmann, Otto Jacobi, Walther Müller-Jentsch, Gewerkschaften in der Bundesrepublik, 2. Bd., 2. A. Frankfurt am Main 1976) nicht berücksichtigt wird.

Wir hatten festgestellt, daß Vorstellungen von einer möglichen und erstrebenswerten sozialen Partnerschaft zwischen Lohnarbeit und Kapital offenbar bei den Arbeitern und Angestellten der Bundesrepublik weit verbreitet sind. Diese sozialpartnerschaftlichen Vorstellungen sind eine Hauptform, in der heute bürgerliche Ideologie bei Arbeitern und Angestellten auftritt (und nicht so sehr autoritäre und konservative Varianten bürgerlicher Ideologie, die wohl von *Bierbaum u. a.* in ihrer Bedeutung für die Arbeiterklasse heute überschätzt werden). Dabei zeigen sich aber bedeutsame Unterschiede, je nachdem ob die sozialpartnerschaftlichen Vorstellungen auf den Betrieb und die Kooperation im betrieblichen Rahmen oder ob sie auf die „Arbeitgeber“ und „Arbeitnehmer“ (in der sozialpartnerschaftlichen Terminologie) insgesamt und auf die Krise bezogen waren.

Die eine Vorgabe hieß: „Im Betrieb ist es wie überall im Leben: Wenn man sich nicht verständigt, klappt es nicht. Arbeiter, Angestellte und Betriebsleitung müssen aufeinander Rücksicht nehmen und besser zusammenarbeiten, damit es weniger Probleme gibt.“ Die andere lautete: „Arbeiter und Arbeitnehmer sollten versuchen, miteinander auszukommen und gemeinsam die Krise zu überwinden.“ Beiden Aussagen stimmten jeweils 95 Prozent der Befragten zu. Der Unterschied zeigte sich bei der starken Zustimmung. Diese lag bei der ersten Aussage bei 85 Prozent, bei der zweiten bei 65 Prozent.

Man kann daher annehmen, daß die sozialpartnerschaftlichen Vorstellungen bei den jugendlichen Befragten gleich weit verbreitet waren, gleichgültig, ob es sich um den Bereich der betrieblichen Kooperation oder um den Bereich des Verhältnisses der Klassen in der Krise zueinander handelte; daß aber im ersteren Bereich diese illusionären Vorstellungen in den realen Verhältnissen eine Basis haben und daher fester verwurzelt sind, während sie im zweiten Fall eher auflösbar sind.

Das kann bedeuten, daß innerhalb der bürgerlichen Ideologie im Zusammenhang mit dem Übergang von einer langen Prosperitätsphase zu einer Depressionsphase eine Verlagerung eintritt; es kann bedeuten, daß die Bourgeoisie versuchen wird, dort, wo die sozialpartnerschaftliche Spielart ihrer Ideologie nicht ausreicht, sie durch konservative und autoritäre Spielarten zu ergänzen oder zu ersetzen.

Die bisherige Dominanz sozialpartnerschaftlicher Vorstellungen unter den Arbeitern und Angestellten in der Bundesrepublik war zugleich verbunden mit Ansprüchen auf die Erhaltung des erreichten Status. (Insofern ist es nicht falsch, wenn gesagt wurde, das Lohnbewußtsein der Arbeiter trage — in einem großen Teil der Klasse — systemkonforme Züge. Wenn aber daraus die Schlußfolgerung gezogen wird, daß in diesem Lohnbewußtsein keine Dynamik steckt, die freigesetzt werden kann, so wird die Widersprüchlichkeit des Bewußtseins der Arbeiterklasse unterschätzt).

Die Erbitterung, die in den Kämpfen dieses Jahres zum Ausdruck kam, geht auf den Zusammenstoß der Erfahrungen von Angriffen auf den erreichten Status mit den in den Jahren der Prosperität gewachsenen Klassenansprüchen wie mit den in den gleichen Jahren gewachsenen Sozialillusionen zurück.

Die Erfahrung von Rationalisierungen und Stillelegungen, die Erfahrung des Drucks auf Löhne und Arbeitsbedingungen, der von der Arbeitslosigkeit ausgeht, die Erfahrung der Arbeitslosigkeit selbst sind neue Erfahrungen für die Arbeiter und Angestellten der BRD. Sie haben sich rasch über den Kreis derer, die unmittelbar davon betroffen sind, verbreitet.

Wir können nicht sagen, daß diese neuen Erfahrungen für sich bereits die Widersprüche, die das Arbeiterbewußtsein in der Bundesrepublik kennzeichnen, auflösen. Zu-

nächst werden sich die Widersprüche zwischen illusionären Elementen und Ansätzen von Klassenerkenntnissen eher noch verschärfen.

## II.

Klassenbewußtsein als theoretische Verallgemeinerung der Kämpfe und Erfahrungen der Klasse — darin liegt sowohl die Bestimmung, daß Klassenbewußtsein nicht abgelöst werden kann von der wirklichen Geschichte der Arbeiterklasse, als auch die Bestimmung als theoretisches Bewußtsein, die es abhebt gegenüber dem im Augenblick gerade vorfindlichen und empirisch erfäßbaren Bewußtsein der Klasse. Gerade um das in dieser gegenwärtigen Lage vorhandene Bewußtsein in der Arbeiterklasse beurteilen und einschätzen zu können, um mitzuhelfen an seiner Entwicklung, brauchen wir einen Begriff von Klassenbewußtsein, der nicht einfach mit dem, was gerade schon da ist, zusammenfällt.

Dagegen ist das, was sich zunächst und elementar als Bewußtsein bei Arbeitern und Angestellten herausbildet, immer beides: Es enthält Ansätze zu Klassenbewußtsein, Keime von Klassenbewußtsein, aber zugleich die elementare Reproduktion bürgerlicher Bewußtseinsformen. Erst auf dem Wege der Erfahrungen in den praktischen Kämpfen und Auseinandersetzungen und der Vermittlung von Bildungselementen — beides konkret verknüpft mit den gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiterklasse — löst sich diese Widersprüchlichkeit der Tendenz nach auf, bildet sich eine die eigene Lage angemessen widerspiegelnde Wahrnehmung, die verbunden ist und ausgerichtet ist auf die die Lage der Klasse verändernde Aktion, bildet sich zusammenhängendes Klassenbewußtsein zunächst in seiner elementaren gewerkschaftlichen Form heraus, als notwendige Vorbedingung und Durchgangsstufe für die Entwicklung seiner höheren Form, sozialistischen Bewußtseins.

„Die ‚Idee‘ blamierte sich immer, soweit sie von dem ‚Interesse‘ unterschieden war.“<sup>8</sup> Auf Aktion, letzten Endes auf grundlegende gesellschaftliche Veränderungen gerichtet, ist Klassenbewußtsein immer *insofern* instrumentelles Bewußtsein. Die Bedeutung von der Instrumentalisierungsthese für die Bewußtseinsanalyse kann daher auch nichts anderes als Verwirrung stiften. In letzter Instanz steht hinter der Benutzung der Instrumentalisierungsthese (wie bei der Frankfurter Studie) immer auch das Bemühen, die „Idee“ vom „Interesse“ abzuheben.

Auf der anderen Seite ist der Status von Elementen bürgerlichen Bewußtseins wie von Elementen des Klassenbewußtseins bei den Autoren der Westberliner Studie ungeklärt. Sie entwickeln die Existenz von beidem aus dem Reproduktionsprozeß im Ganzen. Daß die Denkform auf der Grundlage der Gesellschaftsform entsteht, ist *kein* Streitpunkt. Für uns ist aber schon kategorial die gesellschaftliche Lage der Lohnarbeiter wichtiges Glied der Vermittlungskette.

Hieran knüpft sich eine andere Kontroverse. Ich habe nicht die Absicht, noch einmal die Differenzen zwischen unserer Klassenanalyse und der Klassenanalyse der Westberliner Autoren darzustellen. In einem wichtigen Punkt zeigen sich aber an der Bewußtseinsanalyse in der Westberliner Studie die Unzulänglichkeiten ihrer Klassenanalyse. Nach der Auffassung der Mehrheit der Autoren der Westberliner Studie fallen die im öffentlichen Dienst Beschäftigten ganz aus der Arbeiterklasse heraus. (Allerdings wird in „Ende der Illusionen“ im Gegensatz zu dieser Anschauung auch wieder differenziert und eine

<sup>8</sup> Friedrich Engels, Karl Marx, Die heilige Familie, in: Marx/Engels, Werke Bd. 2, S. 85.

„kleine Gruppe industrieller Lohnarbeiter beim Staat“ ausgenommen a. a. O. S. 141) In der Untersuchung zeigt sich nun, daß in einer ganzen Reihe von Fragen es innerhalb der Beschäftigten im öffentlichen Dienst deutlich erkennbare Ansätze von Klassenbewußtsein gibt, in einigen Fragen sogar aufgrund der geringeren Konkurrenz gegenüber anderen Lohnarbeitern im Ansatz weniger widersprüchlich. Dies ist mit dem klassenanalytischen Ansatz dieser Gruppe nicht gut vereinbar. Eigentlich hätte die Begegnung mit der Empirie des Bewußtseins hier auch zur Überprüfung der spezifischen Theorie der Klassenstruktur führen müssen.

Schon auf der Ebene der Wertorientierungen drücken sich unserer Auffassung nach die grundlegenden Widersprüche in der Lage der Lohnarbeiter im Kapitalismus aus. Darüber besteht wohl keine Differenz. Kontrovers wird es aber, wenn wir die Bedeutung einzelner Wertorientierungen zu untersuchen haben, vor allem die Orientierung auf Leistung. Die Autoren der Westberliner Untersuchung geben hier zwei verschiedene Antworten. In der Darstellung in „Ende der Illusionen“ werden verschiedene, gegensätzliche Dimensionen in der Orientierung auf Leistung unterschieden.<sup>9</sup> Auch die Autoren der Erlanger Untersuchung kommen zu dem Ergebnis, daß hier in der Orientierung auf Leistung völlig gegensätzliche Dimensionen zum Ausdruck kommen können. Sie belegen das aus ihrer genaueren Analyse der Art der Leistungsorientierung. In unserer Untersuchung hatten wir festgestellt, daß eine starke Orientierung auf Leistung oft mit reaktionären Auffassungen mit Elementen bürgerlichen Bewußtseins bei den von uns Untersuchten zusammenging, aber daß andererseits in der Orientierung auf Leistung auch Elemente des Selbstbewußtseins der wichtigsten produktiven Klasse zum Ausdruck kommen, Vorstufen eines kollektiven Bewußtseins, das eine antikapitalistische Zuspitzung erfahren kann. Deutlich wird das daran, daß in der von uns untersuchten Gruppe zwar eine Minderheit, aber immerhin 29 % die Aussage „Wer viel leistet, verdient auch gut“ nicht dem kapitalistischen, sondern dem sozialistischen System zuordneten.

Mit der Darstellung in „Ende der Illusionen“ scheint es also keine Widersprüche zu geben. Anders wird es, wenn man den Aufsatz in den ‚Gewerkschaftlichen Monatsheften‘ der gleichen Autoren heranzieht.<sup>10</sup> Hier wird die Orientierung auf den Wert „Leistung“ nur noch eindimensional als Befangenheit in bürgerlichen Bewußtseinsformen interpretiert. Dieser Widerspruch bleibt ebenso in der Diskussion aufzuklären wie die eigenartige Formulierung der gleichen Autoren, wenn sie schreiben: „In den kapitalistischen Staaten verteilt der Markt die Einkommen nach Leistung.“<sup>11</sup> Wenn irgendwo ein Leistungsbegriff vorgewiesen wird, der direkt im Zusammenhang mit der *bürgerlichen* Ideologie der Leistung steht, dann doch sicher hier.

Was allgemein die Frage der Wertorientierungen angeht, so scheint sie mir in allen Untersuchungen, unserer eingeschlossen, nicht ausführlich genug behandelt. Offenbar hat sich bei uns allen erst im Verlauf der Arbeit herausgestellt, wie wichtig diese Fragen für die Erfassung der Prozesse der Bewußtseinsbildung sind. Hier ist vielleicht in der Diskussion festzuhalten, was die Hauptgesichtspunkte für zukünftige empirische Forschungen sein könnten.

Die bürgerliche Ideologie erscheint in der westdeutschen Arbeiterklasse vor allem in der Form sozialpartnerschaftlicher Vorstellungen. Die Ursachen hierfür liegen in der Ge-

9 Vgl. Christiane Bierbaum u. a., a. a. O., S. 89.

10 Siehe: Gewerkschaftliche Monatshefte 7/1976.

11 Ebenda, S. 434.

schichte der Bundesrepublik, der langen Prosperitätsphase als ökonomischer Grundlage, aber auch der Schwäche der kommunistischen Arbeiterbewegung nach den Jahren des Faschismus und der Illegalisierung der Kommunisten in der *Adenauer-Zeit*, der Schwächung der an den Klasseninteressen orientierten Strömung in den Gewerkschaften. Dabei zeigt aber die empirische Untersuchung, daß die soziale Wirklichkeit der Gewerkschaft an der Basis mit sozialpartnerschaftlichen Strömungen nicht im Einklang steht. Dieser Befund verkleinert nicht die Verantwortung, die die Gewerkschaften haben.

Wenn in bezug auf die Gewerkschaften von den Autoren der Kritischen Gewerkschaftsjahrbücher mit dem Begriffspaar „konfliktorientierte Gewerkschaftspolitik“ versus „kooperativ orientierte Gewerkschaftspolitik“ gearbeitet wird — wobei die kooperative Orientierung durchaus die Erhaltung und gelegentliche Erprobung der Streikfähigkeit der Organisation einschließen sollte —, so ist klar, daß hiermit eine bestimmte Entwicklungsphase der Bundesrepublik angesprochen wird. Es fragt sich aber erstens, ob dieses Begriffspaar irgend etwas erklärt — meiner Meinung nach bleibt man damit bei der Beschreibung stehen —, und zweitens, ob es heute unter den veränderten Bedingungen überhaupt möglich ist, auch nur brauchbare Beschreibungen mit Hilfe dieses Begriffspaares zu gewinnen. Es wäre interessant zu erfahren, wie die Diskussion darüber bei diesem Kreis inzwischen steht.

In den Jahren der Prosperität sind sowohl Klassenansprüche als auch Sozialillusionen gewachsen. Mit dem Übergang zu einer eher depressiven Phase verband sich die Erfahrung von Angriffen der Kapitaleseite auf den erreichten Status.

Nun zeigte sich *zunächst* infolge der Existenz der Arbeitslosigkeit, wie stark der lähmende Einfluß der Krise auf das Bewußtsein der Arbeiter und Angestellten sein kann. Von den widersprüchlichen Elementen, die sich aus der Lage des Lohnarbeiters ergeben, wurde zunächst die Seite der Konkurrenz zu anderen Lohnarbeitern oder Lohnarbeitergruppen aktiviert. Haltungen, die dem einzelnen Arbeitslosen oder z. B. den ausländischen Kollegen anlasteten, was Ergebnis kapitalistischer Produktionsverhältnisse war, zeigten sich sehr verbreitet.

Krise, Arbeitslosigkeit und die Aufkündigung der bisher geübten Formen von Sozialpolitik durch die Kapitaleseite boten aber andererseits auch Ansatzpunkte für die Entwicklung von Klassenbewußtsein. Im Zusammenstoß mit den Erwartungen, die sich vorher aufgebaut hatten, lag ein Potential, das mobilisiert werden konnte. Diese These ist zwar von vielen, die heute hier sind, vertreten worden. Aber z. B. *Schumann* und *Wittemann* vertraten noch vor einem Jahr die gegenteilige Ansicht, daß „in der Krise... aus der Differenz von normativer Anspruchshaltung und realer Situation kein Verhaltenspotential erwächst“.<sup>12</sup> Die Entwicklung vor allem durch die Aktionen der IG Druck und Papier hat inzwischen unsere These bestätigt.

Dabei zeigt sich — im Unterschied zur Situation von 1969 —, daß die gewerkschaftliche Organisation und die gewerkschaftliche Führung eine Schlüsselrolle für die Freisetzung dieses Potentials hat. Darauf geht *Frank Deppe* ausführlich ein. Hier ist aber festzuhalten, daß die Richtung, in der die Widersprüche im Bewußtsein, die sich in der Krise schärfer gegenüberstehen, aufgelöst werden, entscheidend von der gewerkschaftlichen Aktion und der Haltung der gewerkschaftlichen Führung abhängt. Die gewerkschaftliche Aktion

<sup>12</sup> Michael Schumann, Klaus Peter Wittemann, Tendenzwende im Arbeiterbewußtsein? in: Frankfurter Hefte 4/1977, S. 73.

und die Haltung der gewerkschaftlichen Führung darf keineswegs, wie das gelegentlich die Tendenz bei den Autoren der ‚Kritischen Gewerkschaftsjahrbücher‘ ist, den Potenzen der Basis entgegengestellt werden. Aber die Haltung der gewerkschaftlichen Führung und die gewerkschaftliche Aktion sind auch keineswegs bloß Reflex der Situation des Arbeiterbewußtseins, wie das der Tendenz nach von den Westberliner Autoren behauptet wird. Meiner Ansicht nach rächt sich hier bei den Westberliner Autoren die Tatsache, daß für die organisatorischen, politischen und ideologischen Vermittlungen bei ihnen theoretisch kein Platz freigehalten wird. Bei ihnen ist das Modell eines Transmissionsmechanismus von der Ökonomik zum Arbeiterbewußtsein und vom Arbeiterbewußtsein zum gewerkschaftlichen Handeln erkennbar, das Modell eines Transmissionsmechanismus, in dem die vermittelnden Glieder überhaupt keine Selbständigkeit mehr besitzen. Dann ist aber auch überhaupt keine kritische Beurteilung der gewerkschaftlichen Aktion mehr möglich. Was auch immer geschieht, es ist — so kann man die Westberliner Autoren verstehen — das jeweils einzig Mögliche. Unter unseren Verhältnissen führt das dann nicht nur zur völlig unkritischen Bestätigung der jeweiligen gewerkschaftlichen Politik, sondern auch zur gleichen Haltung gegenüber der Politik der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung, die mit der gewerkschaftlichen Politik bruchlos in eins gesetzt wird. Bei den Westberliner Autoren heißt es: „Da die in der Bundesrepublik bislang von Regierung und Gewerkschaften verfolgte Politik des Ausbaus sozialer Gerechtigkeit angesichts der starken Verfangenheit in bürgerliche Wertorientierungen von einem Großteil der Befragten unterschätzt wird, erscheint in dieser Situation, wo die ökonomische Stabilität vorübergehend gefährdet erscheint, diejenige politische Orientierung als Ausweg, in der ohne große gesellschaftliche Veränderungen eine Rückkehr zu vertrauten Zuständen angeboten wird.“<sup>13</sup> Ich weiß nicht, ob die Autoren weiterhin die gewerkschaftliche Politik mit der Politik der Bundesregierung gleichsetzen und an der Qualifizierung der Politik der Bundesregierung als einer Politik des Ausbaus sozialer Gerechtigkeit festhalten. Es lohnt sich aber darüber nachzudenken, welche theoretischen Irrtümer zu solchen Entgleisungen führen. Meiner Ansicht nach hängt das mit der — im wörtlichen Sinne — mechanischen Auffassung von Vermittlung zusammen.

Ähnlich weit verbreitet wie die Zustimmung zu solchen Vorgaben, die sozialpartnerschaftliche Haltungen ausdrückten, war bei unserer Untersuchung die Zustimmung zu zwei Vorgaben, die Erwartungen an den Staat ausdrückten. Die eine (3b) lautete: „Lehrstellen sind knapp, weil es eine Krise gibt. Die Betriebe haben nicht das Geld, Leute auszubilden. Deswegen sollte der Staat da mehr helfen.“ Die andere (1d) hieß: „Die Arbeitslosigkeit ist schlimm, aber es herrscht nun mal eine Krise. Der Staat müßte aber für die Arbeitslosen, und vor allem für die Jugendlichen, mehr tun, damit die auch wieder arbeiten können.“ Die starke Zustimmung erreichte bei beiden Vorgaben 76 %; die Zustimmung überhaupt 90 bzw. 91 %. Bei der Interpretation dieser Ergebnisse dürfen wir nicht aus dem Auge verlieren, daß gerade auf dieser Ebene der Abstraktion die gleichzeitige Zustimmung zu widersprüchlichen Aussagen weit verbreitet ist.<sup>14</sup>

Jedenfalls weist aber die hohe Zustimmung zu den Vorgaben mit sozialpartnerschaftlicher Tendenz darauf hin, daß wir mit den Formulierungen offenbar weitverbreitete Stereotype getroffen haben. Das muß aber nicht heißen, daß es sich hier um einen einheit-

13 Christiane Bierbaum u. a., a. a. O., S. 187/188.

14 Vgl. Jugendliche im Großbetrieb, a. a. O., S. 117 ff., insbesondere S. 120.

lichen Kreis von Vorstellungen handelt. Im Gegenteil, gerade die hohe Zustimmung macht es wahrscheinlich, daß sich hier widersprüchliche Elemente in *einem* Stereotyp ausdrücken: sowohl passiv-resignative als auch Erwartungen, die sich unter bestimmten Bedingungen in Motivierungen für Aktionen verwandeln können.

Dabei sind die Ergebnisse unserer Untersuchung insofern aufschlußreich, als sich hier zeigt, daß etwa die starke Zustimmung zu der oben zitierten Aussage 1d), in der die Erwartungen an den Staat im Hinblick auf die Arbeitslosigkeit ausgedrückt werden, in keinem einzigen Fall mit der Ablehnung von Aktionen korreliert. Daß eine solche Beziehung nicht besteht, läßt sich an der folgenden Tafel klar ablesen:

22  
Wenn es jetzt eine große Kampagne gegen die Arbeitslosigkeit geben würde, werden Sie sich dann an einer Demonstration beteiligen?

1d (Arbeitslosigkeit) Die Arbeitslosigkeit ist schlimm, aber es herrscht nun mal eine Krise. Der Staat müßte aber für die Arbeitslosen, und vor allem für die Jugendlichen, mehr tun, damit die auch wie- der arbeiten können.	keine Aktions- bereitschaft		101 (= 100)
	starke Zustimmung	aktionsbereit	
starke Zustimmung	28	73	101 (= 100)
schwache Zustimmung: Ablehnung	55	65	100

Ähnlich sieht es aus, wenn wir die starke Zustimmung zu der Aussage 3b), die Erwartungen an den Staat im Hinblick auf den Lehrstellenmangel ausdrückt, mit der Bereitschaft, sich angesichts der Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung mit anderen Lohnarbeitern und Jugendlichen gegen die Unternehmer zusammenzuschließen, vergleichen.

21  
Arbeiter, Angestellte, Lehrlinge und andere Jugendliche sollten sich gegen die Unternehmer organisieren.

3b (Einstellung zum Lehrstellenmangel) Lehrstellen sind knapp, weil es eine Krise gibt. Die Betriebe haben nicht das Geld, Leute auszubilden. Deswegen sollte der Staat da mehr helfen.	Zustimmung		100
	starke Zustimmung	Ablehnung	
starke Zustimmung	60	40	100
andere	44	56	100

23  
Aktionserfahrung

1d (Arbeitslosigkeit) Die Arbeitslosigkeit ist schlimm, aber es herrscht nun mal eine Krise. Der Staat müßte aber für die Arbeitslosen, und vor allem für die Jugendlichen, mehr tun, damit die auch wieder arbeiten können.	starke Zustimmung		schwache Zustimmung: Ablehnung	100
	keine Aktionserfahrung	Aktionserfahrung		
keine Aktionserfahrung	85	15	100	100
Aktionserfahrung	60	40	100	100

Sowohl die Kollegen des Göttinger Sozialforschungsinstituts (SOFI) wie die Kollegen um das ‚Kritische Gewerkschaftsjahrbuch‘ haben nun die Auffassung vertreten, daß sich in den Erwartungen an den Staat lediglich bürgerliches Bewußtsein ausdrückt und daß die militanten Arbeiter und Angestellten ihre Forderungen nicht gegen den Staat, sondern

gegen das Kapital richten. Dies ist empirisch falsch; auch aus theoretischen Überlegungen kommt man dazu, daß das eine unhaltbare Position ist. Die Auseinandersetzung zwischen den gegensätzlichen Interessen von Lohnarbeit und Kapital kann nicht auf der Ebene des Betriebs künstlich angehalten werden. In der Geschichte der Arbeiterbewegung war es stets ein Zeichen für die Entwicklung des Bewußtseins und der Organisation der Arbeiterklasse, wenn diese den Kampf über die betriebliche Ebene hinaus auf immer höheren Ebenen führen konnte, bis zur Auseinandersetzung auf staatlich-politischer Ebene. Die Entwicklung zum staatsmonopolistischen Kapitalismus bedeutet unter anderem, daß der bürgerliche Staat neue, erweiterte Funktionen erhielt, daß er in stärkerer und qualitativ neuer Weise auf die Bedingungen der Ausbeutung der Lohnarbeit einwirkt. Diese Entwicklung ist Reflex der objektiven Entwicklung der Produktivkräfte unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen. Die vermehrten Erwartungen, die die Arbeiter und Angestellten an den Staat richten, sind daher auch die subjektive Widerspiegelung dieses objektiven Prozesses.

Damit soll nicht gelegnet werden, daß *auch* Tendenzen der Passivität, des Sich-Abfindens mit den Erwartungen an den Staat verbunden sein können. Der Abbau der starken Zustimmung zu der oben genannten Vorgabe der Orientierung auf den Staat durch Aktionserfahrung läßt sich so interpretieren, daß durch die Aktionserfahrung Resignation und Passivität überwunden werden.

Dabei zeigt sich, daß zwar die Erfahrung des Drucks auf Löhne und Arbeitsbedingungen, der von der Arbeitslosigkeit ausgeht, eine für die Arbeiter und Angestellten der Bundesrepublik neue Erfahrung ist. Aber die Erfahrung aus anderen Bereichen läßt sich offenbar in gewissem Maße übertragen und für die Herausbildung von Aktionsbereitschaft auf diesem Felde nutzen.

So zeigte sich, daß diejenigen Jugendlichen, die in einem Konflikt um das Weihnachtsgeld, um den Prüfungsdruck oder um die Beurteilung stärker als ihre Kollegen zu verschiedenen Formen von Aktionen bereit waren, auch im Falle betrieblicher Entlassungen zu einem größeren Anteil streikbereit waren.<sup>15</sup> In hohem Maße hängt auch die Bereitschaft, an einer Demonstration für eine bessere Berufsausbildung, gegen die Bildungsmisere teilzunehmen, mit der Aktionsbereitschaft bei betrieblichen Entlassungen zusammen.

		21 Konflikt um Entlassungen		
		keine Streik- bereitschaft	streikbereit	
20	Aktionsbereitschaft	35	65	100
Berufsausbildungsdemonstration	nicht aktionsbereit	63	38	101 (= 100)

Die Bereitschaft, im Falle von Entlassungen im eigenen Betrieb sich an einem Streik zu beteiligen, also die Bereitschaft zu betrieblichen Aktionen im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, wird daher, so kann man schließen, sowohl von der betrieblichen wie von der überbetrieblichen Aktionsbereitschaft in anderen Fragen befördert.

<sup>15</sup> Ebenda, S. 104 f.

Überbetriebliche Aktionsbereitschaft für eine bessere Berufsausbildung begünstigt aber auch, so scheint es, die Bereitschaft, sich an einer überbetrieblichen Kampagne gegen die Arbeitslosigkeit zu beteiligen.

22

Wenn es jetzt eine große Kampagne gegen die Arbeitslosigkeit geben würde, werden Sie sich dann an einer Demonstration beteiligen?

20

Berufsausbildungsdemonstration

	Aktions- bereitschaft	nicht aktionsbereit	
Aktionsbereitschaft	83	18	101 (= 100)
nicht aktionsbereit	33	67	100

Betriebliche Aktionsbereitschaft gegen Entlassungen wird offenbar auch begünstigt durch die Entwicklung von an den Arbeiterinteressen orientierten Positionen in bezug auf das Verhältnis von Löhnen und Gewinnen.

21

Konflikt um Entlassungen

8a (Lohn- und Einkommensfragen)

Wenn die Gewinne steigen, sinken die Löhne. Nur wenn die Arbeiter und Angestellten den Lohnkampf führen, bekommen sie ein gerechtes Einkommen.

	keine Streik- bereitschaft	streikbereit	
Ablehnung	60	40	100
Zustimmung	33	67	100

Ebenso hängt eine Kombination von Reaktionen zu Fragen der Einkommens- und Vermögensunterschiede, die wir als „stark links“ bezeichnet haben und in der wichtige Klasseneinsichten zum Ausdruck kommen, eng mit der betrieblichen Aktionsbereitschaft gegen die Arbeitslosigkeit zusammen:

21

Konflikt und Entlassungen

11

Einkommens- und Vermögensunterschiede

	keine Streik- bereitschaft	streikbereit	
stark links*	17	83	100
andere	53	47	100

\* ) stark links: Ablehnung der Aussage: „Die Leute mit den großen Vermögen und Einkommen arbeiten eben mehr“, verbunden mit der nicht eingeschränkten Zustimmung zu der Aussage: „Die großen Konzerne machen auch die höchsten Profite. Sie benutzen ihre Macht, um die Einkommensverteilung zu erhalten. Erst wenn die Arbeiter die Konzerne kontrollieren, ist eine gerechtere Einkommensverteilung möglich.“

Neben der Einstellung zu Löhnen und Gewinnen und der Einstellung zu Einkommens- und Vermögensunterschieden ist es vor allem die Einstellung zum Lehrstellenmangel, die mit der Aktionsbereitschaft gegen die Arbeitslosigkeit zusammenhängt. Dabei zeigt sich eine Beziehung sowohl zur betrieblichen wie zur überbetrieblichen Aktionsbereitschaft gegen die Arbeitslosigkeit.

Auflösung der Widersprüche im Arbeiterbewußtsein im progressiven Sinne und Entwicklung von praktischer Orientierung auf Aktionen sind zwei zusammenhängende Dinge. Die Wirkungen der Krise auf das Bewußtsein der Arbeiter und Angestellten in der Bundesrepublik hängen daher wesentlich davon ab, ob die aktionslähmende Wirkung, die verbunden ist mit der Individualisierung oder Parzellierung des Bildes der Gesellschaft, mit der Betonung der Konkurrenz gegenüber anderen Lohnarbeitern oder Lohnarbeitergruppen zur bestimmenden Wirkung wird, oder ob es gelingt, durch die Erfahrung von Aktionen neue Lernprozesse zu ermöglichen.

Gruppenkonkurrenzhaltungen formulieren sich häufig gegenüber den ausländischen Arbeitern in der Bundesrepublik. Nun zeigt sich deutlich, daß diese Parzellierung, diese Haltung der Gruppenkonkurrenz mit der ungenügenden Wahrnehmung der wirklichen wirtschaftlichen Machtverhältnisse zusammenhängt.

9 Vermögenskonzentration

Es wird behauptet, in der Bundesrepublik besitzen weniger als ein Zehntel der Bevölkerung mehr als drei Viertel des Produktivvermögens. Stimmt diese Aussage nach Ihrer Meinung?

	übertrieben; falsch		
	stimmt		
Zustimmung	28	72	100
Ablehnung	50	50	100

1a (Arbeitslosigkeit)

Wenn die Ausländer weg sind, gibt es wieder Arbeit für uns.

Von denen, die die gegen die ausländischen Arbeiter gerichtete Aussage 1a ablehnen, haben deutlich mehr eine Vorstellung von der Konzentration des Produktivvermögens in der BRD. (Ebenso lehnen nur 46 % derjenigen, die die Aussage 9 für übertrieben oder falsch halten, aber 68 % derjenigen, die der Aussage 9 zustimmen, die Behauptung, „Wenn die Ausländer weg sind, gibt es wieder Arbeit für uns“, ab.)

Umgekehrt hängt die Überwindung der Tendenz zur Konkurrenz eng mit der Anerkennung der Notwendigkeit der politischen Organisation zusammen. Dies zeigt sich deutlich, wenn wir die Aussage „Die Arbeitslosen sind häufig auch faul; oft arbeiten sie schwarz“ betrachten. In der Zustimmung zu dieser Aussage drückt sich, so meinen wir, die Neigung aus, die Ursachen der Arbeitslosigkeit nicht in gesellschaftlichen Verhältnissen zu suchen, sondern die Schuld daran den einzelnen Arbeitslosen selbst anzulasten.

17 f

(Einkommens- und Vermögensunterschiede II)

Nur durch ständige Arbeit in politischen Organisationen können wir letzten Endes diese Unterschiede überwinden.

	Nennung		andere
Zustimmung	34	66	100
Ablehnung	67	33	100

1b (Arbeitslosigkeit)

Die Arbeitslosen sind häufig auch faul; oft arbeiten sie schwarz.

Unter denjenigen, die die individualisierende Aussage, die der Tendenz nach dem einzelnen Arbeitslosen die Schuld an seiner Lage selbst zuschreibt, ablehnten, lag die Anerkennung der Notwendigkeit der politischen Organisation für die Überwindung der Einkommens- und Vermögensunterschiede mit zwei Dritteln dieser Gruppe doppelt so hoch wie bei denen, die der individualisierenden Aussage zustimmten.

In der Zeit der Depression verändert sich das spontane Verhältnis von Tendenz zur Konkurrenz und Tendenz zur Solidarität. Die Überwindung der Tendenz zur Konkurrenz wird für die Arbeiterorganisationen zu einer besonders wichtigen Aufgabe. Die Überwindung der Tendenz zur Konkurrenz ist vor allem möglich durch die Erfahrung in Aktionen, durch die Entwicklung von Kampfbereitschaft. Dabei spielt, so haben wir gesehen, die Erfahrung und die Kampfbereitschaft in anderen Bereichen eine wichtige Rolle. Die neue Lage infolge des Endes der Prosperitätsphase macht daher auch auf nicht unmittelbar mit Fragen der Arbeitslosigkeit zusammenhängenden Gebieten die systematische gewerkschaftliche und politische Arbeit und die Entwicklung gewerkschaftlicher Aktion zu einer dringenden Notwendigkeit.

Die Arbeitslosigkeit wirkte zunächst lähmend. Die mit dieser Lähmung verbundene Haltung ist das Sich-Abfinden mit der Arbeitslosigkeit. In der Formulierung: „Die Arbeitslosigkeit ist eine Randerscheinung, die in unserem Sozialstaat keine verheerenden Wirkungen mehr hat. Es gibt in der Wirtschaft nun mal gute und schlechte Zeiten“ kommen geläufigen Klischees der Bagatellisierung der Arbeitslosigkeit, wie sie auch von den bürgerlichen Massenmedien und den systemtragenden Parteien vorgetragen werden, zum Ausdruck. Nun zeigt sich deutlich, daß die Ablehnung der Bagatellisierung der Arbeitslosigkeit mit linkeren Einstellungen auch auf anderen Gebieten zusammenhängt.

Ic (Arbeitslosigkeit)

Die Arbeitslosigkeit ist eine Randerscheinung, die in unserem Sozialstaat keine verheerenden Wirkungen mehr hat. Es gibt in der Wirtschaft nun mal gute und schlechte Zeiten.

3 Lehrstellenmangel

	integro- tionistisch	widersprüchlich u. reformistisch	links	
Zustimmung	49	27	24	100
Ablehnung	29	24	47	100

Diejenigen, die die Bagatellisierung der Arbeitslosigkeit ablehnen, sind zugleich eine Gruppe, von denen auch mehr in der Einstellung zum Lehrstellenmangel eine linke Haltung aufweisen. Ebenso ist es mit der Beziehung zur Einstellung zu den betrieblichen Macht- und Autoritätsverhältnissen:

Ic (Arbeitslosigkeit)

Die Arbeitslosigkeit ist eine Randerscheinung, die in unserem Sozialstaat keine verheerenden Wirkungen mehr hat. Es gibt in der Wirtschaft nun mal gute und schlechte Zeiten.

5 Macht- und Autoritätsverhältnisse

	widersprüch- lich	autoritär	Mitte und links	
Zustimmung	34	29	37	100
Ablehnung	30	5	65	100

Deutliche Beziehungen zeigen sich aber nicht nur zu Einstellungen auf anderen Gebieten, sondern auch zur Aktionsbereitschaft auf anderen Gebieten.

13  
Konflikt um Weihnachtsgeld

Ic (Arbeitslosigkeit)

Die Arbeitslosigkeit ist eine Randerscheinung, die in unserem Sozialstaat keine verheerenden Wirkungen mehr hat. Es gibt in der Wirtschaft nun mal gute und schlechte Zeiten.

	keine Streik- bereitschaft	streikbereit	
Zustimmung	57	43	100
Ablehnung	35	65	100

15  
Beurteilungskonflikt

Ic (Arbeitslosigkeit)

Die Arbeitslosigkeit ist eine Randerscheinung, die in unserem Sozialstaat keine verheerenden Wirkungen mehr hat. Es gibt in der Wirtschaft nun mal gute und schlechte Zeiten.

	aktionsbereit	keine Aktions- bereitschaft	
Zustimmung	46	54	100
Ablehnung	68	32	100

Selbstverständlich ist anzunehmen, daß die Beziehung, die sich hier zeigt, in der sozialen Wirklichkeit vor allem in der umgekehrten als der hier dargestellten Richtung verläuft: Die Entwicklung von Aktionsbereitschaft und Aktionserfahrung in anderen Bereichen trägt mit dazu bei, die Haltung des Sich-Abfindens in bezug auf die Arbeitslosigkeit abzubauen. Die Überwindung der Haltung des Sich-Abfindens und die Entwicklung von Aktionsbereitschaft sind zwei Seiten des gleichen Prozesses. Dieser Prozeß ist ein wesentlich praktischer Prozeß, der jedoch selbst vermittelnde Glieder im Bewußtsein der an ihm Beteiligten hat.

Die Ablehnung der Bagatellisierung der Arbeitslosigkeit macht offenbar auch den Weg frei für die Entwicklung weitreichender Elemente von Klassenbewußtsein. So hängt die Antwort auf die Frage, welches System man vorziehen würde, mit der Ablehnung der Bagatellisierung der Arbeitslosigkeit zusammen.

Nun kann man mit Recht sagen, daß eine Frage, welches System der Befragte vorziehen könnte, wenn er „völlig frei wählen könnte“, so abstrakt ist, daß für die Befragten wahrscheinlich eine Handlungsrelevanz, eine Bedeutsamkeit für ihr heutiges praktisches Verhalten kaum oder sehr schwer erkennbar ist. Aber es zeigt sich, daß gerade die Handlungsbereitschaft in bezug auf Entlassungen sehr eng mit der Antwort auf die Frage nach der Systemwahl zusammenhängt.

## 12 Systemwahl

Nehmen wir an, Sie könnten völlig frei wählen, welches Wirtschaftssystem würden Sie dann vorziehen? Würden Sie lieber in einem kapitalistischen oder lieber in einem sozialistischen Land wohnen?

Ic̄ (Arbeitslosigkeit)

Die Arbeitslosigkeit ist eine Randerscheinung, die in unserem Sozialstaat keine verheerenden Wirkungen mehr hat. Es gibt in der Wirtschaft nun mal gute und schlechte Zeiten.

	lieber Kapitalismus	lieber Sozialismus	
Zustimmung	56	44	100
Ablehnung	36	64	100

## 12 Systemwahl

Nehmen wir an, Sie könnten völlig frei wählen, welches Wirtschaftssystem würden Sie dann vorziehen? Würden Sie lieber in einem kapitalistischen oder lieber in einem sozialistischen Land wohnen?

	lieber Kapitalismus	lieber Sozialismus	
keine Streikbereitschaft	63	37	100
streikbereit	38	62	100

21  
Konflikt um Entlassungen

Von denjenigen, die erklärten, daß sie bei einem Konflikt um Entlassungen im Betrieb bereit wären, zu streiken, erklärten 62 %, sie würden den Sozialismus vorziehen, während von denen, die dies nicht erklärten, nur 37 % angaben, den Sozialismus vorzuziehen.

Aktionsbereitschaft macht den Weg frei für die Auflösung widersprüchlicher Haltungen und für die Entwicklung von Klassenbewußtsein. Aktionsbereitschaft ist eng mit der Kampferfahrung verknüpft und oft ihr Ergebnis. Neue Lernprozesse werden ermöglicht, wenn auch noch nicht gegeben, durch die Erfahrung von Aktionen. Die Auflösung der widersprüchlichen Einstellungen, ihre Polarisierung, die Herausbildung von zusammenhängend rechten, systemkonformen und zusammenhängend linken antikapitalistischen Haltungen erfolgt allgemein einerseits durch die Zufuhr von Bildungselementen (im weitesten Sinne, von der Erhöhung des Anteils von Mittelschülern bis hin zur Bildungsarbeit der Arbeiterorganisationen), andererseits durch die praktischen Kämpfe und Auseinandersetzungen. In den praktischen Kämpfen wird das widerspruchsvolle Nebeneinander von spontaner Kritik und spontaner Illusion der Tendenz nach zerstört durch den Zwang zur Parteinahme für die eine oder die andere Seite des Widerspruchs — das heißt letzten Endes für die herrschenden Zustände oder die eigene Klasse.

Kampferfahrung fördert auf der einen Seite die Entstehung von Elementen von Klassenbewußtsein; zugleich unterstützt sie, auf einer anderen Ebene, überhaupt in sich zusammenhängendere Haltungen oder die Entwicklung zu einem stärkeren inneren Zusammenhang der verschiedenen vorhandenen Einstellungen.

Auch die Vereinheitlichung von Anschauungen und Einstellungen auf Grund der Erfahrung von Auseinandersetzungen und Aktionen bleibt für sich genommen noch in starkem Maße situationsbezogen. Kampferfahrung ist aber einmal das wichtigste und stärkste Moment in der Herausbildung von Kampfereitschaft. Und die — wenn auch noch situationsbezogene — Vereinheitlichung von Anschauungen und Einstellungen bietet bereits eine entwickeltere Grundlage für die Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Ideologie und für die Entwicklung der ersten, unteren Stufe von Klassenbewußtsein in großem Maßstab: dem gewerkschaftlichen Bewußtsein.

## Zu einigen Problemen der Bestimmung des gegenwärtigen gewerkschaftlichen und politischen Bewußtseins der Arbeiterklasse der BRD<sup>1</sup>

Frank Deppe

### I.

Die sozialwissenschaftliche Diskussion über das Arbeiter- und Klassenbewußtsein hat sich der BRD zunächst relativ lange mit der Kritik der bürgerlichen Bewußtseinsforschung und mit der Frage einer angemessenen materialistischen Formbestimmung des gesellschaftlichen Bewußtseins beschäftigt. Dabei ging es nicht nur um die Überwindung von Rückständen auf dem Gebiet der marxistischen Ideologietheorie wie der empirischen Forschung; zugleich waren Bedingungen zu reflektieren, die z. T. von allgemeiner Bedeutung für die hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften, z. T. von besonderer Bedeutung für die BRD sind. Zu diesen Voraussetzungen muß vor allem gerechnet werden: 1. eine — in der bisherigen Geschichte des Kapitalismus — außergewöhnlich lange Periode relativer ökonomischer und politischer Stabilität; 2. die Dominanz sozialpartnerschaftlich-integrationistischer Orientierungen in der Arbeiterbewegung — und 3. die schwache politische Position der kommunistischen Partei — eine Schwäche, die noch durch die langwährende Unterbrechung legaler kommunistischer Organisation und Propaganda seit 1933 verstärkt wird. Angesichts dieser Voraussetzungen — wobei die beiden letzten Punkte die besonderen Entwicklungsbedingungen der BRD charakterisieren — lag es nahe, daß die marxistische Diskussion über das gesellschaftliche und politische Bewußtsein der Arbeiterklasse sich neben dem Nachweis des „Doppelcharakters“ des Arbeiterbewußtseins<sup>2</sup> vor allem auf diejenigen Wirkungszusammenhänge konzentrierte, die die Entwicklung von Klassenbewußtsein blockieren bzw. die für die Überlagerung der Klassenerfahrung durch bürgerliche Wertvorstellungen relevant sind.

Seit dem Ende der sechziger Jahre scheinen sich nun entscheidende Veränderungen vollzogen zu haben. Die Septemberstreiks 1969 leiteten — zunächst bis zum Streik im Bereich des öffentlichen Dienstes (1974) — einen neuen Prozeß gewerkschaftlicher Kämpfe ein.<sup>3</sup> Diese Etappe zeichnet sich durch die folgenden Bestimmungen aus: Teile der Arbeiterklasse beginnen, ein kämpferisches, gewerkschaftliches Selbstbewußtsein zu entwickeln. Sie lernen, ihre Interessen im Kampf gegen die Profitinteressen durchsetzen. Gleichzeitig beschränken sich diese Auseinandersetzungen aber keineswegs auf Lohnkämpfe. Probleme der Arbeitsorganisation, der Abwehr der steigenden Arbeitsintensität und des Gesundheitsverschleißes, Probleme des Kampfes gegen die Auswirkungen der

1 Überarbeiteter Einleitungsbeitrag für das Kolloquium des IMSF „Krisenentwicklung und Arbeiterbewußtsein“ vom 17./18. Juni 1978.

2 Vgl. F. Deppe, *Das Bewußtsein der Arbeiter*, Köln 1971, bes. S. 113.

3 Vgl. u. a. K. Steinhaus, *Streiks in der Bundesrepublik, 1966—1974*, Frankfurt/Main 1975.

gerade zu dieser Zeit sich beschleunigenden Inflation, die Auseinandersetzungen um die staatliche Einkommenspolitik, schließlich auch Probleme gesellschaftspolitischer Reformen im Interesse der Lohnabhängigen (z. B. im Bereich der Bildungs- und Ausbildungspolitik) verbinden sich zeitweilig mit den Kämpfen um die Sicherung der unmittelbaren Reproduktionsinteressen der Arbeitskraft und beeinflussen — auch vermittelt über den ideologischen Klassenkampf — die Entwicklung des politischen Bewußtseins der Arbeiterklasse.

Obgleich diese Phase einen wichtigen Einschnitt in der Gesamtentwicklung der BRD darstellt, so bleiben doch zunächst noch die Grundkonstellationen bestimmend, die den Zusammenhang von relativer kapitalistischer Stabilität und vorwiegend sozialpartnerschaftlich-integrationistischer Orientierung der Gewerkschaftspolitik in den vorangehenden Jahren geprägt hatten. Die Vorstellungen von der ungebrochenen Kontinuität wirtschaftlichen Wachstums und damit verbunden: die Vorstellungen von der kontinuierlichen Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Lohnabhängigen durch Tarifpolitik und staatliche Reformen bilden einen relativ festen „Orientierungsrahmen“. Sie vermitteln zugleich die Illusion, daß mit dem Antritt der Regierung der „sozialliberalen Koalition“ ein „Machtwechsel“ erfolgt sei, und binden damit die überwiegende Mehrheit der Lohnabhängigen, vor allem aber der aktiven Gewerkschafter, noch fester an die Sozialdemokratie. Daß sich gerade in dieser Periode politische Differenzierungsprozesse in den Gewerkschaften weiter entwickeln, kann jedoch nicht verhindern, daß mit dem Übergang in die Krise seit 1974 zunächst einmal ein Rückschlag in der Entwicklung der Kampffähigkeit und des Bewußtseins der Arbeiterklasse erfolgt.

Trotz der wichtigen Entwicklung von Elementen des gewerkschaftlichen Selbstbewußtseins und der Kampferfahrung vollziehen sich demnach die entscheidenden Veränderungen in dieser Phase nicht auf der Ebene des Massenbewußtseins. Wichtiger scheint ein politischer Prozeß zu sein, dessen Tragweite möglicherweise erst in der Gegenwart in ersten Ansätzen faßbar wird. In dieser Periode neuer gewerkschaftlicher Kämpfe nach 1969, im Zusammenhang einer Aktivierung gewerkschaftlicher Interessenvertretung und einer Erweiterung des gesellschaftspolitischen Diskussionspielraumes und insgesamt einer deutlicheren Politisierung auch der innenpolitischen Auseinandersetzungen (z. B. „Ostverträge“, Mißtrauensvotum 1972, Auseinandersetzung um die Bildungspolitik) wächst — vor allem in den Gewerkschaften — eine neue Generation von Kadern der Arbeiterbewegung heran. Dieser „Generationsaspekt“ ist schon deshalb von Bedeutung, als diese jungen Gewerkschafter in ihrer politischen Sozialisation nicht mehr durch die Niederlagen der Restaurationsperiode und der Zeit des „kalten Krieges“, aber auch noch nicht, und: nicht mehr durch die „Wirtschaftswundermentalität“ geprägt sind. Als Jugendvertreter haben sie vielfach Kontakt mit den Universitäten und dem Kampf der jungen Intelligenz; sie nehmen teil an den betrieblichen und überbetrieblichen Kämpfen dieser Jahre und werden darüber hinaus stark geprägt durch den Kampf der Gewerkschaftsjugend für die gesetzliche Reform der beruflichen Bildung. Hier müssen sie die politische Erfahrung machen, daß sich die Regierung — und vor allem die SPD — dem politischen Druck, der Erpressung und der ökonomischen Macht des Kapitals unterordnet.

Eine bedeutende Funktion kommt in diesem Prozeß auch der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit zu. In einigen Gewerkschaften hat sie seit dem Ende der sechziger Jahre ihren Charakter grundlegend verändert. Sie ist zu einem wichtigen Faktor der Bewußtseinsbildung gewerkschaftlicher Kader (Vertrauensleute, Betriebsräte, Gewerkschaftsfunktionä-

re) geworden, indem sie eine Vermittlung herstellt zwischen den unmittelbaren sozialen und betrieblichen Erfahrungen, den unmittelbaren gewerkschaftlichen Kampfzielen auf der einen und der Aneignung von theoretischem Wissen über den geschichtlichen Charakter dieser Gesellschaftsordnung als kapitalistische Klassengesellschaft, über die geschichtlichen Erfahrungen des Kampfes der Arbeiterbewegung auf der anderen Seite. Die Reichweite dieses Prozesses ist gewiß kaum genau zu quantifizieren bzw. jetzt schon im Rahmen empirisch-soziologischer Studien zu erfassen. Gleichwohl bleiben jedoch bestimmte aktuelle Entwicklungen in den Klassenauseinandersetzungen und in der Gewerkschaftsbewegung völlig unverständlich, wenn dieses Heranwachsen einer neuen Generation von aktiven und bewußten Kadern in der Gewerkschaftsbewegung übersehen wird.<sup>4</sup> Deren Vertreter sind heute längst keine Jugendvertreter mehr. Sie stellen schon einen erheblichen Anteil der Delegierten bei Gewerkschaftstagen; sie lösen allmählich gewerkschaftliche Funktionäre auf den unteren und mittleren Ebenen ab. Sie gehörten zu den organisierenden und treibenden Kräften bei den zurückliegenden Streikkämpfen — und (das kann vorerst nur eine Vermutung sein): Sie stellen einen erheblichen Teil der bei den Betriebsratswahlen dieses Jahres neu gewählten Betriebsräte.<sup>5</sup>

Und doch erfolgt — wie bereits angedeutet — mit dem Eintritt in die Krise ab 1974 zunächst ein Rückschlag in der Entwicklung des gesellschaftlichen Bewußtseins und der Kampffähigkeit der Arbeiterklasse der BRD. Für diejenigen, die schon die Kämpfe zwischen 1969 und 1974 als einen qualitativen Wandel im Bewußtsein und der Kampfkraft der Arbeiterklasse interpretiert und dabei auch einzelne Aspekte betrieblicher und spontaner Kämpfe überschätzt hatten, mußte dieser Sachverhalt ernüchternd wirken. *M. Schumann* und *K. P. Wittemann* formulierten daher in diesem Sinne 1977 — auf der Grundlage von Interviews mit Wertarbeitern, die Ende 1976 durchgeführt worden waren — die Frage nach einer „rechten Tendenzwende“ im Arbeiterbewußtsein. Im Hinblick auf die Auswirkungen der Krise — besonders die Erfahrung der Arbeitslosigkeit bzw. die Angst vor Arbeitsplatzverlust — konzedierten sie, „daß zweifelsohne Momente kollektiven Bewußtseins gestärkt werden“; jedoch sei der „kollektive Mangel an Interpretationsfähigkeit der veränderten Situation das hervorstechende Merkmal des gesellschaftlichen Be-

4 Es sei ausdrücklich betont, daß mit diesen Hinweisen keineswegs die materialistische Konzeption des gesellschaftlichen Bewußtseins „auf den Kopf“ gestellt werden soll. Vielmehr beziehen sie sich auf die Frage nach der organisierten und bewußten Vermittlung und politischen Interpretation von Entwicklungen des Massenbewußtseins. Der Nachweis allgemeiner Prozesse der „Auflösung bürgerlicher Wertvorstellungen“, als Reflex der qualitativen Veränderung des kapitalistischen Akkumulationsprozesses, der die Gestalt von „Durchgangsformen“ eines widersprüchlichen Arbeiterbewußtseins (Wahrnehmung der spezifisch kapitalistischen Ungleichheit — Anerkennung sozialpartnerschaftlicher Lösungsformen der Krise) annimmt, reicht nach unserer Auffassung nicht aus, um den Zusammenhang zwischen der Bewußtseinsentwicklung der Arbeiterklasse und der Politik der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiterklasse zu bestimmen. Ob und wie sich Erfahrungen kapitalistischer Krisenprozesse in das Bewußtsein, die Organisation und die Kampffähigkeit relevanter Teile der Klasse umsetzen, hängt nicht nur von einem objektiven „Naturprozeß“ der kapitalistischen Produktionsweise, sondern von der Existenz und der Praxis bewußter Kerne der Arbeiterbewegung, d. h. von ihrer Fähigkeit ab, diese Erfahrungen mit der Einsicht in die Notwendigkeit einer Interessenvertretung im Kampf gegen das Kapital und für qualitative Veränderungen dieser kapitalistischen Produktionsweise praktisch zu verbinden.

5 Es kann natürlich nicht unterstellt werden, daß diese Gruppe automatisch zum Träger einer gewerkschaftlichen Klassenpolitik wird. Auch die Entwicklung dieser Gruppe wird noch durch politischen Druck von rechts (von innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften), die beruflichen und politischen Karriereerwartungen, die ihrerseits Anpassung voraussetzen, durch Frustration und Resignation beeinflußt werden. Dennoch handelt es sich um ein für die neuere Gewerkschaftsentwicklung wichtiges Phänomen.

wußtseins der Arbeiter". Neben einem weit verbreiteten „Gefühl der Ohnmacht“ stellten sie eine „Handlungsblockade“ fest, „der gegenwärtig die Arbeiterbewegung insgesamt unterliegt. Dies Bewußtsein, den Krisenfolgen wehrlos ausgeliefert zu sein, wird aber auch nicht dadurch kompensiert, daß die Arbeiter individuelle Lösungsmöglichkeiten für sich sehen oder gar vorziehen würden; vielmehr sind eher Perspektiv- und Planlosigkeit vorherrschend; obwohl bei den meisten die Vorstellung von Arbeitslosigkeit — trotz von ihnen durchaus anerkannter sozialer Absicherung — eher deprimierend wirkt und den Charakter persönlichen Unglücks nur wenig eingebüßt hat.“<sup>6</sup>

Zum Teil stimmen die Untersuchungsergebnisse des Westberliner Projektes von Bierbaum u. a.<sup>7</sup> hiermit überein. Sie ermittelten eine starke „Akzeptierung von konservativen und autoritären Lösungsformen“ der Krise, eine Aktivierung der individuellen Leistungsorientierung sowie eine Hoffnung auf die baldige Überwindung der Krise durch die „Selbstheilungskräfte“ des kapitalistischen Wirtschaftssystems. „Man hofft, daß die faktisch überlebte wirtschaftliche und soziale Konjunktur durch die auf die unverfälschte Marktwirtschaft orientierten Kräfte wieder hergestellt werden kann.“<sup>8</sup> Die — aus gegenwärtiger Sicht — gewiß wichtigste Aussage dieser Untersuchung scheint jedoch die von der „Durchgangsform“ vorherrschender Wert- und Verhaltensorientierungen zu sein. „Nach unserer Auffassung ist diese Aktivierung von bestimmten Wertorientierungen lediglich vorübergehender Natur. Anhand einer ganzen Reihe von Indikatoren läßt sich zeigen, daß vor allem bei an- und ungelernten Arbeitern sowie bei Facharbeitern dieses Hervortreten bestimmter Einstellungen selbst nur Zwischen- und Durchgangsform für eine realistische Einschätzung der bestehenden Sozialstruktur ist.“ Weiter heißt es: „Angesichts hoher Arbeitslosigkeit, Lehrstellenknappheit etc. werden für traditionelle Gewerkschaftsforderungen — wie Recht auf Arbeit, Vollbeschäftigung und gesicherten Lebensabend — den veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen angemessene Lösungsvorschläge entwickelt werden müssen. Arbeitsplatzsicherung und Reallohnsicherung werden gegenüber qualitativen Forderungen für eine verbesserte Lebensqualität oder Humanisierung der Arbeitswelt an Gewicht in der gewerkschaftlichen Auseinandersetzung gewinnen.“<sup>9</sup>

Diese letzte These gewinnt nun im Hinblick auf die Entwicklung zwischen 1976 und 1978 — besonders eben auf die Streikkämpfe dieses Jahres — ein hohes Maß an Plausibilität. Die Krise mußte zunächst eine gewisse Orientierungslosigkeit begünstigen, weil die vorangegangenen gewerkschaftlichen Aktionen und Programme eine Kontinuität kapitalistischen Wirtschaftswachstums — gleichsam unproblematisch — unterstellt hatten. Darüber hinaus verfügten die Gewerkschaften selbst — was vor allem bei 10. o. DGB-Kongreß, Hamburg 1975, deutlich wurde<sup>10</sup> — über keine strategische Konzeption des Kampfes gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die Arbeiterklasse. Damit wurde sowohl die Orientierungslosigkeit als auch die illusionäre Hoffnung auf einen — gleichsam naturwüchsigen — bald wieder einsetzenden Wirtschaftsaufschwung noch verstärkt.

6 M. Schumann/K. P. Wittemann, Tendenzwende im Arbeiterbewußtsein?, in: Frankfurter Hefte, 4/1977, S. 69 ff., hier S. 73/74.

7 Ch. Bierbaum u. a., Ende der Illusionen? Bewußtseinsänderungen in der Wirtschaftskrise, Frankfurt/M.—Köln 1977.

8 Ch. Bierbaum u. a., Trend zum Konservativen? Ergebnisse einer Untersuchung von Bewußtsein und politischen Einstellungen der Arbeitnehmer, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 7/1977, S. 431 ff., hier S. 435.

9 Ebenda, S. 436.

10 Vgl. F. Deppe, Anmerkungen zum 10. Bundeskongreß des DGB in Hamburg, in: frontal, Oktober/November 1975, S. 19 ff.

Schließlich mußte sich auch die Schwäche der klassenbewußten politischen Organisationen der Arbeiterbewegung — namentlich der DKP, die zwar ihre Position in einigen Betrieben festigen konnte, aber nach wie vor zu schwach ist, um Masseneinfluß zu entfalten bzw. um schon die Entwicklung des gesellschaftlichen Bewußtseins der Arbeiterklasse in politisch relevanter Weise zu beeinflussen — als ein Faktor erweisen, der die Tendenz zur Entsolidarisierung, Perspektivlosigkeit und — teilweise auch — Resignation noch beförderte.

Die gegenläufige Bewegung, die schon 1976 mit dem Druckerstreik einsetzte und die in diesem Jahr mit den Streiks im Druckereigewerbe und der Metallindustrie ihren ersten Höhepunkt erreichte, war zunächst auch ein Ergebnis der Infragestellung jener Illusionen, die noch zu Beginn der Krise vorgeherrscht hatten. Der gesellschaftliche Krisenprozeß selbst zwang zu der Erkenntnis, daß erstens mit der Entwicklung seit 1973/74 der Beginn einer längeren Stagnations- und Krisenperiode eingeleitet worden war und daß damit — im Vergleich zur langen Periode relativer kapitalistischer Prosperität und Stabilität — ein epochaler Wandel sich andeutete. Zweitens zwangen die Tatsachen zu der Einsicht, daß die — mit erheblichem propagandistischem Beiwerk angekündigten — wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Maßnahmen zur Überwindung der Krise sich als untauglich erwiesen, um die großen sozialen Probleme — vor allem die Arbeitslosigkeit — zu lösen.

Dennoch wäre es falsch, die Korrektur solcher Illusionen lediglich als einen Reflex des Arbeiterbewußtseins auf die ökonomische Entwicklung zu begreifen. Diese erneute „Tendenzwende“ kann vielmehr nur im Zusammenhang politisch-ideologischer Vermittlungen und Auseinandersetzungen richtig bestimmt werden. Zum ersten Mal in der Geschichte der BRD ist eine Situation entstanden, in der traditionell höchst erfolgreiche Integrationsstrategien und -ideologien an Wirksamkeit einbüßen. Voraussetzung dieses Wandels ist in erster Linie die Bewegungsform des Widerspruchs von Lohnarbeit und Kapital. Der kapitalistische Krisenprozeß trägt den Klassenantagonismus von Lohnarbeit und Kapital politisch und ökonomisch an die Oberfläche der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Alle Konflikte um die unmittelbaren Reproduktionsinteressen des Kapitals wie der Arbeitskraft sind gegenwärtig nicht mehr bloße Verteilungskonflikte, sondern objektiv „Existenzkonflikte“. In ihnen findet eine „Antinomie“ statt: „Recht wider Recht“ — und zwischen diesen beiden Rechten kann nur der Kampf entscheiden. Die Existenzsicherung des Kapitals — d. h. die Profitsicherung — verlangt weitere Arbeitsplatzvernichtung, Intensivierung der Arbeit, Dequalifikation der Arbeitskraft, Abbau sozialer Leistungen, die Schwächung der Gewerkschaften sowie die Einschränkung ihrer Handlungsautonomie — die Sicherung der durch die Arbeiterklasse der BRD in langen Kämpfen errungenen Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft, des Niveaus des „sozialen Besitzstandes“, der gewerkschaftlichen Freiheiten — und das gilt um so mehr für die Erweiterung und Verbesserung dieser Bedingungen — verlangt eine entwickelte gewerkschaftliche Kampffähigkeit und Kampfbereitschaft, verlangt die Fähigkeit und die Kraft, das Kräfteverhältnis von Kapital und Arbeit im Betrieb wie in der Gesellschaft zugunsten der Arbeiterklasse zu ändern, strukturelle Reformen durchzusetzen, die die ökonomische und politische Macht des Kapitals einschränken.

Der objektiv politische Kern dieser Interessensgegensätze wird jedoch nicht nur vermittelt über die offensiven Strategien des Kapitals in das Bewußtsein der Arbeiter aufgenommen. Entscheidend bleibt die Fähigkeit der bewußten gewerkschaftlichen und politisch organisierten Kader, in den Tageskämpfen, in der Formulierung der Forderungen, der

programmatischen Ziele des Kampfes die Einsicht in den Klassencharakter dieses Grundkonfliktes zu entwickeln und voranzutreiben. Hierauf bezieht sich offenbar die Frage: Gibt es einen „Linksruck in der westdeutschen Arbeiterklasse?“, die *Heinz Jung* gerade — gewiß provokativ überspitzt — aufgeworfen hat. Er macht mit Recht darauf aufmerksam, daß der „sogenannte soziale Konsens, wie er sich in der BRD in Ideologie und Praxis der Sozialpartnerschaft und des Sozialintegrationismus herausgebildet hatte, brüchig geworden ist“ — und daß für „das staatsmonopolistische System eine Lücke entstanden ist, die es nicht mehr voll unter Kontrolle nehmen kann“.<sup>11</sup>

Es gibt in der Tat einige Anzeichen dafür, daß die Gewerkschaften beginnen, diese Lücke theoretisch und praktisch auszufüllen: die zurückliegenden Streikämpfe, die vergangenen Gewerkschaftskongresse (vom IGM-Gewerkschaftstag bis zum 11. o. DGB-Bundeskongreß), die Ergebnisse der Betriebsratswahlen (die freilich noch nicht vollständig ausgewertet sind) deuten an, daß in den Gewerkschaften der Einfluß derjenigen Kräfte wächst, die das lange vorherrschende Modell einer sozialpartnerschaftlich-integrationsistischen Gewerkschaftspolitik in Frage zu stellen beginnen und die diese Politik als Klassenpolitik begreifen.

Gleichwohl dürfen bei der Diskussion dieser Frage auch die entgegenwirkenden Tendenzen nicht übersehen werden. Dabei fällt als erstes auf, daß der qualitativ neue Mobilisierungsprozeß in den Gewerkschaften keinen politisch sichtbaren und relevanten Ausdruck in einem wachsenden Einfluß der politischen Organisationen der Arbeiterbewegung — hier natürlich vor allem der DKP — findet. Bei den zurückliegenden Landtagswahlen hat es vielmehr empfindliche Rückschläge gegeben. Dagegen unternimmt die SPD erhebliche Anstrengungen, diese „Lücke“ politisch auszufüllen und die Solidarisierung mit den Gewerkschaften für die Stabilisierung ihrer Funktion als system- und staatstragende Partei auszunutzen, um auf diese Weise auch einem möglichen Radikalisierungsprozeß in der Arbeiterklasse — gleichsam im Vorfeld — Schranken zu setzen.

Darüber hinaus kann die Gegenbewegung in den Gewerkschaften selbst nicht übersehen werden. Sie erstreckt sich von der Handhabung der „Unvereinbarkeitsbeschlüsse“ in einigen Gewerkschaften über das gelegentlich laute Nachdenken über eine mögliche Erweiterung dieser Beschlüsse bis hin zu antikommunistischen Kampagnen gegen die Gewerkschaftsjugend und die gewerkschaftliche Bildungsarbeit. Schließlich muß sehr genau die unterschiedliche Entwicklung zwischen den einzelnen Gewerkschaften beachtet werden; denn es wäre sicher ein verhängnisvoller Fehler, wenn die IG Druck und Papier — als eine der kleinen Gewerkschaften im DGB — mit *der* Gewerkschaftsbewegung identifiziert würde.<sup>12</sup>

Um diese Widersprüche etwas genauer zu erfassen, sollen in den nachfolgenden Abschnitten vor allem zwei Problemlkomplexe behandelt werden: Der erste betrifft die Frage nach dem Charakter des „sozialen Konsensus“, der sich in ganz spezifischer Weise in den

11 H. Jung, Linksruck in der westdeutschen Arbeiterklasse?, in: *frontal*, Nr. 3/1978, S. 19 ff.

12 Bei einer genaueren Untersuchung der neueren Gewerkschaftsentwicklung müßte u. a. der Frage nachgegangen werden, ob nicht in der jüngsten Zeit wiederum eine Veränderung der Rolle der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes (ÖTV, DPG und GEW vor allem) festzustellen ist. Während diese Gewerkschaften in den gesellschaftspolitischen Reformdiskussionen Anfang der siebziger Jahre, zum Teil auch in den Tarifauseinandersetzungen eine besonders aktive Rolle spielten, scheint sich nunmehr das Zentrum gewerkschaftspolitischer Aktivität mehr zu den Industriegewerkschaften hin zu verschieben. Offensichtlich muß in diesem Zusammenhang die Bewußtseinsentwicklung und die Interessenslage der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes genauer untersucht werden.

fünfziger Jahren in der BRD herausgebildet und gefestigt hat. Mit der Behandlung dieser Frage soll zugleich der These nachgegangen werden, daß aufgrund dieses besonderen westdeutschen Herrschaftsmodells sich politische und soziale Wertvorstellungen verfestigt haben, deren Auflösung — auch unter den Bedingungen der Krise — nur in einem längeren Prozeß sozialer und politischer Kämpfe erfolgen kann. Der zweite Komplex betrifft die Frage nach dem Charakter der zurückliegenden gewerkschaftlichen Streikkämpfe, nach ihren politischen Inhalten. Diese Erörterung scheint schon deshalb wichtig, weil die konkreten politischen Bedingungen in der BRD — nämlich die Schwäche einer politischen Klassenorganisation der Arbeiter — der Gewerkschaftsbewegung ein besonderes politisches Gewicht verleihen.

## II.

Wir behandeln zunächst die historischen Bedingungen des spezifischen „Basiskonensus“<sup>13</sup>, des westdeutschen Herrschafts- und Hegemoniemodells, das sich in den fünfziger Jahren gefestigt hat und das — gleichsam als historischer Ballast<sup>14</sup> — die Bedingungen der Entwicklung von Klassenbewußtsein und Klassenaktion in der Gegenwart nach wie vor erschwert.

Mit dem Begriff der Restauration wird jene Epoche der gesellschaftlich-politischen Nachkriegsentwicklung charakterisiert, die etwa 1947/48 — mit dem Beginn des Kalten Krieges und dem Beschluß über die Gründung eines westdeutschen Separatstaates (Londoner Empfehlungen, Juni 1948) — einsetzte und deren Abschluß mit dem Eintritt der BRD in die NATO (1955) und dem Aufbau einer westdeutschen Armee datiert werden kann. In dieser Phase wurden — in einer scharfen Auseinandersetzung besonders mit den wirtschaftsdemokratischen und sozialstaatlichen „Neuordnungs“-Vorstellungen der Arbeiterbewegung<sup>15</sup> — die grundlegenden Entscheidungen auf dem Gebiete der Innen- und Außenpolitik durchgesetzt: die Wiederherstellung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, die Spaltung Deutschlands und die Einbeziehung der BRD in den von den USA geführten politisch-militärischen und wirtschaftlichen Block der „westlichen Welt“.

Für die Entwicklung der sozialen Beziehungen und des gesellschaftlichen Bewußtseins der Arbeiterklasse dürfte entscheidend sein, daß der Erfolg der Restaurationspolitik — wie er am deutlichsten im eindrucksvollen Wahlsieg der CDU/CSU bei den Bundestagswahlen im Jahre 1957 zum Ausdruck kam — mit der „Zähmung“ und Integration jenes Oppositionspotentials einherging, das sich bis in die fünfziger Jahre hinein um das Programm einer demokratischen Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft und der deutschen Einheit gruppiert hatte. Die materielle Basis dafür bildete zweifellos der wirtschaftliche Aufschwung, das sog. „Wirtschaftswunder“, das eine kontinuierliche Verbesserung der Lebensbedingungen auch der Lohnabhängigen mit sich brachte und das — ob-

13 Vgl. auch H. W. Schmollinger/R. Stöss, Bundestagswahlen und soziale Basis politischer Parteien in der Bundesrepublik (I), in: Prokla, Heft 25, Nr. 4/1976, S. 15 ff., bes. S. 19 ff.

14 „Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen. Die Tradition aller toten Geschlechter lastet wie ein Alp auf den Gehirnen der Lebenden.“ K. Marx, Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte, in: Marx/Engels, Werke Bd. 8, S. 115.

15 Vgl. dazu ausführlich F. Deppe, Der Deutsche Gewerkschaftsbund (1949—1965), in: ders. u. a. (Hrsg.), Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Köln 1977, S. 320 ff.

wohl es auf besonders günstigen Ausbeutungs- und Akkumulationsbedingungen für das Kapital beruhte — als eine Leistung der Wirtschaftspolitik der CDU/CSU erschien.

Dennoch kann die Entwicklung der vorherrschenden Strömungen im Massenbewußtsein, die zugleich auf die Bedingungen der Gewerkschaftspolitik zurückwirkte, keineswegs als ein unmittelbarer Reflex auf diese Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen begriffen werden. Der spezifische Typus bürgerlicher Hegemonie, der sich im „CDU-Staat“ herausbildete, beruhte darüber hinaus wesentlich auf dem Erfolg einer klassenübergreifenden Ideologie- und Konsensbildung, die nicht nur das allgemeine politische Klima, sondern auch die konkreten Methoden der Politik gegenüber der Arbeiterbewegung — bis zum Ende der fünfziger Jahre immer noch ein mächtiges Oppositionspotential gegen den Restaurationskurs — definierte. Dieser Konsens war — und darin liegt die Spezifik der *westdeutschen* Entwicklung — mehr als eine politische Funktionalisierung der „Wirtschaftswunderideologie“. Er konnte sich nur durch die Verschmelzung der „nationalen Frage“ mit dem Antikommunismus und schließlich auch allen Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik festigen.

Eine solche Synthese von Sozialpartnerschafts- und Wirtschaftswunderideologie, von Antikommunismus und „Wiedervereinigung“ vermittelte in erster Linie die übergreifende Ideologie der „Volksgemeinschaft“. In ihr faßten sich verschiedene Elemente der Tradition und der realen Erfahrung zusammen: zum einen die besondere Kontinuitätslinie reaktionärer Gesellschaftspolitik in Deutschland (von *Bismarcks* Sozialgesetzgebung bis zum Führer-Gefolgschaftsverhältnis unter dem Faschismus und den besonderen Varianten des deutschen Betriebspatriarchalismus); zum anderen eine integrationistische Interpretation des angeblich „gemeinschaftlichen Wiederaufbaus“ der zerstörten und geschlagenen Heimat nach 1945. Schließlich waren diese Elemente der Volksgemeinschaftsideologie noch durchdrungen durch die reaktionäre „Wiedervereinigungsideologie“ („Befreiung der Brüder und Schwestern im Osten vom Joch der kommunistischen Diktatur“), d. h. durch die Politik des „Roll-Back“ gegenüber dem Kommunismus (nach innen und außen) und insbesondere gegenüber der DDR.

Die Politik, die im Rahmen dieses Restaurationsmodells gegenüber den Gewerkschaften betrieben wurde, fügte sich nahtlos in diese übergreifende Konzeption ein. Auf der einen Seite wurden die Gewerkschaften und die Tarifautonomie prinzipiell anerkannt. Auf der anderen Seite aber wurden, um eine „Befestigung“ der Gewerkschaften zu erreichen, die autonomen Handlungsspielräume der gesamten Arbeiterbewegung radikal — auch mit dem Instrumentarium administrativer Repression — eingeschränkt und abgebaut. Dazu gehörte nicht nur die Verfolgung der Kommunisten und das Verbot der KPD im Jahre 1956, sondern auch die massive Diskriminierung aller politischen Kräfte, die sich der herrschenden Ideologie widersetzen.

Als eine solche radikale Beschränkung der autonomen Machtpositionen und Handlungsmöglichkeiten der Gewerkschaften muß schließlich auch die Schwächung der Rechte der Betriebsräte und der Gewerkschaften durch das Betriebsverfassungsgesetz von 1952 sowie durch die Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichtes zum Arbeitskampfrecht angesehen werden. Das Verbot des politischen Streiks, die Diskriminierung spontaner Arbeitsniederlegungen, die Anerkennung der Aussperrung als Instrument zur Herstellung von „Kampfpazität“ durch das Bundesarbeitsgericht — alle diese Beschränkungen begründen sich letztlich — vermittelt über den Oktroy des „Sozialadäquanzprinzips“ — auf die arbeitsrechtliche Kodifizierung der Volksgemeinschaftsideologie. Sie bestätigen je-

doch zugleich das Ausmaß an außerökonomischer Gewalt, das zur Einschränkung der Handlungsfreiheit der Arbeiterbewegung eingesetzt werden mußte.

Erst auf dieser Grundlage der Beschränkung autonomer gewerkschaftlicher Handlungsspielräume gewinnt die Anerkennung der Gewerkschaften und der Tarifautonomie ihre spezifisch politisch-ideologische Funktion. In der gleichen Weise konnte auch der Erfolg einer Politik sozialer Zugeständnisse, der Anerkennung gewisser sozialer Rechte, die im CDU-Staat stets auch unter dem Gesichtspunkt des „Drucks aus dem Osten“ und des „Drucks auf den Osten“ betrieben wurde, nur unter der Voraussetzung gesichert werden, daß diese Handlungsgrenzen tatsächlich respektiert und eingehalten wurden. Hier lag der wirklich entscheidende, strategische Knotenpunkt für die westdeutsche Arbeiterbewegung der fünfziger Jahre, nachdem die großen gesellschaftspolitischen Anstrengungen um die „Neuordnung“ bis 1952/53 gescheitert waren und zudem der Einfluß der Kommunisten ausgeschaltet wurde.

Der Wandel in der Politik der SPD, der schließlich mit der Verabschiedung des „Godesberger Programms“ (1959) seinen offiziellen Ausdruck fand, aber auch der Wandel in der Programmatik und Politik der Gewerkschaften — vom ersten Aktionsprogramm (1955) bis zum „Düsseldorfer Grundsatzprogramm“ (1963) — markiert in seiner Substanz die Anerkennung der durch den Erfolg der Restaurationspolitik letztlich vorgegebenen, engen Spielräume durch die sozialdemokratisch orientierte Mehrheit der westdeutschen Arbeiterbewegung. Um die schließliche, breite Verankerung dieses „Restaurationsmodells“ im Massenbewußtsein — auch im Bewußtsein der überwiegenden Mehrheit der Lohnabhängigen — zu ermessen, genügt freilich der Hinweis auf die bloße Anerkennung bzw. Anpassung nicht. Der Widerspruch, der schon in der Nachkriegspolitik der SPD angelegt war<sup>16</sup>, mußte sich nunmehr unter der Voraussetzung des Scheiterns der Neuordnungsprogramme vollends entfalten; denn — trotz ihrer zunächst alternativen gesellschafts- und außenpolitischen Vorstellungen gegenüber dem Block „bürgerlicher Parteien“ — hatte der harte Antikommunismus der SPD-Führung selbst noch zur Zementierung jenes klassenübergreifenden Konsensus beigetragen, den sich die CDU/CSU schließlich auch in ihrer — teils zügellosen — Propaganda gegen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften zunutze machen konnte.

Diese Tendenz mußte noch verstärkt werden, als dann DGB und SPD — seit etwa Mitte der fünfziger Jahre — dazu übergingen, den Einfluß marxistisch orientierter und linkssozialistischer Kräfte in den eigenen Reihen einzuschränken bzw. auszuschalten. Damit wurde die dominante Strömung in der Arbeiterbewegung der BRD — trotz der zahlreichen Konflikte, in die sie immer wieder mit den restaurativen Kräften geriet — selbst noch zu einem aktiven Element bei der Konsolidierung jenes Modells bürgerlicher Herrschaft, das sich in der Kontinuität der neueren deutschen Geschichte ebenso wie unter dem Einfluß des Kalten Krieges und der Spaltung Deutschlands, und schließlich unter dem Einfluß der außergewöhnlich günstigen wirtschaftlichen Entwicklungsbedingungen des internationalen kapitalistischen Systems nach 1948/49 herausgebildet hatte.

Die „Befestigung“ bzw. Integration der Arbeiterbewegung entspricht diesem Prozeß der Formierung eines Typs bürgerlicher Hegemonie, deren Durchsetzung nicht nur auf Zwang, sondern auch auf Konsensus beruhte. Sie reflektiert selbst noch die partielle Anerkennung und Verinnerlichung der Volksgemeinschaftsideologie und -politik, die nicht

<sup>16</sup> Vgl. dazu neuerdings E. Ott, *Die Wirtschaftskonzeption der SPD nach 1945*, Marburg 1978.

nur im Hinblick auf die Bewahrung des inneren „sozialen Friedens“, sondern ebenso auf die Bewahrung der illusionären „deutschen Einheit“ jegliche Form des kämpferischen Austrags antagonistischer Interessenkonflikte mit schärfsten Sanktionen bedrohte. In keinem anderen westeuropäischen Land (mit Ausnahme der faschistisch beherrschten Staaten) ist es — trotz der unterschiedlichen Traditionen, programmatischen Konzeptionen und auch der Organisationsstrukturen der je nationalen Gewerkschaftsbewegungen — gelungen, ein der BRD vergleichbares Modell der gesellschaftlichen und politisch-ideologischen Integration und der „Befestigung“ der Gewerkschaftsbewegung, damit auch der Zerstörung der sozialen und geschichtlichen Identität der Arbeiterbewegung, zu etablieren.

Die Grundstrukturen dieses Modells sind bis in die Gegenwart wirksam geblieben, obwohl es inzwischen offensichtlich in eine Krise geraten ist. Durch die Einbeziehung der SPD in die Regierungsverantwortung seit 1966 wurde zwar dem Sachverhalt Rechnung getragen, daß die Überwindung der bis dahin akkumulierten Widersprüche der inneren und äußeren Entwicklung eine Erweiterung der Herrschaftsbasis und zugleich die Anwendung neuer Methoden der wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen „Globalsteuerung“ notwendig machte. Freilich wurde nunmehr — vor allem seit dem Regierungsantritt der ersten Regierung der „sozialliberalen Koalition“ (1969) — die Politik der Krisenbewältigung mit dem Versprechen der Einlösung gesellschaftspolitischer Reformprogramme verbunden, wie sie auch von den Gewerkschaften formuliert worden waren. Gleichwohl war damit — trotz einer scheinbar grundlegenden Veränderung der politischen Machtkonstellationen — der Inhalt des „Restaurationsmodells“ nicht entscheidend modifiziert: denn die Einbeziehung der Sozialdemokratie wie von Teilen der Gewerkschaftsführung in den Staat mußte Elemente eines illusionären „Staatsbewußtseins“ in der Arbeiterbewegung wie im Bewußtsein der Arbeiterklasse zunächst noch verstärken. Die Reformpolitik fiel in den Zuständigkeitsbereich einer Regierung, die vorab die „Verantwortung gegenüber dem Gemeinwohl“ als bestimmendes Handlungskriterium festlegte und damit noch die Tendenz beförderte, die Politik gesellschaftspolitischer Reformen aus der Sphäre des unmittelbaren Gegensatzes der sozialökonomischen und gesellschaftspolitischen Interessen von Kapital und Arbeit gleichsam abzukoppeln.

Als sich jedoch — als Reaktion auf die verstärkten Krisenprozesse des kapitalistischen Wirtschaftssystems, aber auch als Reaktion auf die Enttäuschung über die sozialdemokratische Regierungspolitik — seit 1972 allmählich eine neue autonome Ebene des gewerkschaftlichen Kampfes um die Sicherung der Reproduktionsbedingungen der Ware Arbeitskraft und gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die arbeitende Bevölkerung herausbildete, begann die wirkliche Krise jenes spezifisch westdeutschen „Herrschaftsmodells“, das sich mit dem Sieg der Restauration etabliert hatte. Daher geht die Bedeutung der Streikaktionen des Jahres 1978 weit über ihren unmittelbaren Anlaß und ihre Ergebnisse hinaus; denn sie markieren einen Bruch in einem langen geschichtlichen Prozeß.

Zum Schluß dieses Abschnittes sei noch einmal knapp auf die Funktion dieser — gewiß sehr groben — historisch-politischen Analyse eingegangen. Es handelt sich dabei um einen ersten Versuch, diejenigen Faktoren zu bestimmen, die die Umsetzung der unmittelbaren Erfahrung von Grundstrukturen der kapitalistischen Klassengesellschaft und ihres Krisencharakters in das gesellschaftliche und politische Bewußtsein der Arbeiterklasse beeinflussen. Unsere These war, daß sich aufgrund dieses besonderen westdeutschen „Herrschaftsmodells“ und „Hegemonietypus“ politische und soziale Wertvorstellungen

verfestigt haben, deren Auflösung — auch unter den Bedingungen der Krise — nur in einem längeren Prozeß der Klassenkämpfe, in einem Prozeß des Lernens und der Organisation überwunden werden kann.

Damit soll und kann nicht das „in letzter Instanz“ bestimmende Moment, die Entwicklung der materiell gesellschaftlichen Verhältnisse, des ökonomischen Reproduktionsprozesses selbst, für die Analyse des Arbeiterbewußtseins gleichsam außer Kraft gesetzt werden. Vielmehr geht es darum, zu einer konkreteren — und damit politischen — Bestimmung der Entwicklung des Arbeiterbewußtseins zu gelangen. Die Politik der Arbeiterbewegung — das sollten gerade die Erfahrungen der kommunistischen Bewegung zwischen 1929 und 1933 unterstreichen — wird scheitern müssen, wenn sie sich darauf beschränken wollte, den Prozeß der Einsicht der Arbeiter in den Klassen- und Krisencharakter der kapitalistischen Produktionsweise und in die Notwendigkeit des Kampfes für eine revolutionäre Umwälzung dieser Produktionsweise lediglich „abzukürzen“. In schweren Krisenperioden — zumal dann, wenn diesen eine lange Periode relativer kapitalistischer Prosperität und Stabilität sowie der Zurückdrängung des Einflusses der klassenbewußten Kräfte in der Arbeiterbewegung vorausgegangen ist — erfolgt kein spontaner Umschwung im Massenbewußtsein hin zu einer Politik qualitativer Veränderungen des existierenden sozialökonomischen und politischen Systems. Vielmehr dominiert zunächst — auch gefördert durch die massierten Anstrengungen der herrschenden Ideologieapparate — Angst und Verunsicherung. Die „Reorientierung“ auf zurückliegende, „bessere Zeiten“, die Angst vor einer qualitativen Veränderung, die möglicherweise die in der vorangegangenen Periode errungenen sozialen und politischen Erfolge in Frage stellen könnte, die — historisch vermittelte — Unfähigkeit, Alternativen zur herrschenden Politik zu erkennen und als richtig und notwendig anzuerkennen, die partielle Hinwendung zu politischen Kräften, die die Rückkehr zu Ruhe, Ordnung und Wohlstand propagieren — all dies folgt zunächst auch spontan aus jener Angst und Verunsicherung.

Und eben in einer solchen Situation erfolgt auch die Aktivierung von sozialen und politischen Wertvorstellungen, die sich in zurückliegenden Stabilitätsperioden verfestigt haben, und die sich gerade dadurch auszeichnen, daß sie keinen unmittelbaren Reflex der jeweiligen ökonomischen Erfahrungen darstellen. Dies zu erkennen und in der praktischen Politik zu berücksichtigen, stellt eine wesentliche Aufgabe für die Arbeiterbewegung dar — insbesondere für die Bestimmung der wesentlichen Inhalte des ideologischen Kampfes, dem für die Entwicklung des Arbeiter- und Klassenbewußtseins stets eine entscheidende Bedeutung zukommt.

Im Feuilleton der FAZ (7. 6. 1978, S. 25) wurden vor kurzem die Berichte ausländischer Journalisten über die BRD kommentiert: „Diese undefinierbare ‚Angst‘ im ökonomisch erfolgreichsten westlichen Land sei die Grundstimmung, so schloß auch eine Deutschland-Analyse der *Times*, und Angst als sozialpsychologischer Faktor der Arbeitswelt ermittelte vor einiger Zeit ein bekanntes westdeutsches Umfrageinstitut.“ Zweifellos kann diese Angst als ein Produkt des Widerspruchs zwischen der Erkenntnis, daß „nichts mehr so sein wird wie vor 1973“ (*Helmut Schmidt*), und der Perspektiv- und Alternativlosigkeit in bezug auf die Möglichkeiten einer qualitativen Veränderung von gesellschaftlichen Verhältnissen, die Krisen hervorbringen, gelten. Die Analyse dieses Widerspruchs scheint auch deshalb wichtig, weil die reaktionären Kräfte und Ideologien die Ausnutzung und Veriefung dieser diffusen „Angst“ schon längst in den Mittelpunkt ihrer politi-

schen Strategien gestellt haben (Terrorismus, Antikommunismus, „Bedrohung aus dem Osten“ als Legitimation für forcierte Rüstungsanstrengungen u. a. m.).<sup>17</sup>

### III.

Die Frage nach dem politischen Charakter der gewerkschaftlichen Interessenvertretung wie des gewerkschaftlichen Kampfes im staatsmonopolistischen Kapitalismus wird oft mit dem allgemeinen — und daher wenig erhellenden — Hinweis auf die engere Verflechtung und Dialektik von ökonomischem und politischem Kampf der Arbeiterbewegung in der Gegenwart beantwortet. Demgegenüber blenden einige neuere Gewerkschaftsanalysen, die in der Tradition einer eher syndikalistischen Interpretation der Gewerkschaftstheorie von *Marx* und *Engels* stehen<sup>18</sup>, die Bedeutung der staatlichen Eingriffe in den Reproduktionsprozeß von Kapital und Arbeit, die Bedeutung der Staatstätigkeit für die Realisierung der allgemeinen Interessen des Monopolkapitals, systematisch aus und tendieren dazu, die politische Qualität gewerkschaftlicher Kämpfe auf die betriebliche Ebene, auf die Konfrontation der Arbeiter mit der Macht des Einzelkapitals — wie sie sich in der Beherrschung des Arbeits- und Verwertungsprozesses, der Investitionsentscheidung und der Gestaltung der Produktivkraftentwicklung, der Beherrschung der Arbeitsorganisation und schließlich der Fremdbestimmung des Arbeitsprozesses manifestiert — zu reduzieren.

Solche Überlegungen übersehen aber den Sachverhalt, daß sich das Feld gewerkschaftlicher Tätigkeit in der Tat erheblich erweitert und verändert hat. Die Sicherung und Verbesserung der Reproduktionsinteressen der Arbeitskraft ebenso wie die Sicherung und Erweiterung gewerkschaftlicher Rechte kann sich längst nicht mehr ausschließlich auf der Ebene der Konfrontation von Kapital und Arbeit im Betrieb oder in einem Wirtschaftszweig vollziehen. Die notwendigen Interventionen des Staates in den Reproduktionsprozeß des Kapitals und der Arbeitskraft sind einerseits Resultat des widersprüchlichen kapitalistischen Vergesellschaftungsprozesses, wie er in der Herausbildung des Monopols und in der ökonomischen Tätigkeit des Staates in der gegenwärtigen Epoche kapitalistischer Entwicklung seinen Ausdruck gefunden hat. Andererseits sind diese ein Ergebnis der Klassenauseinandersetzungen; denn die Erweiterung der staatlichen Sicherung der allgemeinen Reproduktionsinteressen der Arbeiterklasse (z. B. Gesundheitsversorgung, Alterssicherung, Wohnungsbedingungen) folgt nicht abstrakt aus der sich über den Staat verallgemeinernden Logik des Kapitalinteresses. Solche Maßnahmen müssen dem bürgerlichen Staat vielmehr in langen und immer wieder zu erneuernden Kämpfen — vor allem der Gewerkschaften — abgerungen werden. Die Staatstätigkeit muß also dem Vergesellschaftungsgrad und dem inneren ökonomischen und politischen Widerspruchspotential im staatsmonopolistischen Kapitalismus Rechnung tragen; und hieraus folgt objektiv ei-

17 Der „Erfolg“ — i. e. die Massenwirksamkeit — des Hitler-Buches (wie des Filmes) von J. C. Fest wird u. a. darin zu sehen sein, daß hier — und darin liegt einer der wichtigsten politisch-ideologischen Gegenwartsbezüge — der Faschismus als das Produkt eines epochalen Angstsyndroms (Angst vor sozialer Verunsicherung und Krise, vor der Zerstörung traditionaler Wertensysteme, Angst vor der „Modernität“ und Angst vor dem Kommunismus) erklärt werden soll.

18 So z. B. für die Gewerkschaftstheorie: R. Zöll, *Der Doppelcharakter der Gewerkschaften. Zur Aktualität der Marxschen Gewerkschaftstheorie*, Frankfurt/M. 1976; für die Gewerkschaftspolitik in der BRD: J. Bergmann u. a., *Gewerkschaften in der Bundesrepublik*, Frankfurt/M.—Köln 1975.

ne Politisierung (und zugleich: eine Tendenz zur Autonomisierung) der gewerkschaftlichen Politik. In allen hochentwickelten kapitalistischen Staaten ist heute die Lohnentwicklung — und damit auch die „Lohnpolitik“ — zu einem zentralen Parameter wirtschaftspolitischer Strategien geworden. Die Auseinandersetzungen um sozialpolitische Maßnahmen sowie um die Erweiterung arbeitsrechtlicher Schutzbestimmungen und der Mitbestimmungs- und Kontrollrechte der Arbeiterklasse hat in den gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen einen wichtigen Stellenwert.

Zugleich tritt mit dem Übergang zur Krise der politische Charakter des gewerkschaftlichen Kampfes noch offener zutage: Indem die materiellen Voraussetzungen einer über die Staatstätigkeit vermittelten Integration der Arbeiterbewegung durch die Krise in Frage gestellt werden und die Kapitalstrategien sich eindeutig auf eine Politik der Einschränkung des Lohnniveaus, der staatlichen Sozialleistungen sowie der gewerkschaftlichen Handlungsfreiheiten richten, gewinnt schon der gewerkschaftliche Kampf um die Verteidigung vormals errungener Rechte und Erfolge die Dimension eines allgemeinen Klassenkonflikts; denn jeder Schritt in Richtung einer solchen Sicherung und zur Erweiterung von Rechten wirft notwendig grundlegende Probleme der „gesellschaftlichen Macht, zu der sich das Kapital gestaltet“ und grundlegende Probleme einer qualitativen Neuorientierung der staatlichen Politik auf.<sup>19</sup>

Die Beziehungen zwischen ökonomischem Reproduktionsprozeß und Staatstätigkeit wirken auch auf die Entwicklung des gesellschaftlichen und politischen Bewußtseins der Arbeiter ein. In zahlreichen neueren empirischen Untersuchungen ist eine hohe Erwartung gegenüber den Sicherungsfunktionen des Staates, der Regierungspolitik, in bezug auf Wirtschaftswachstum, Arbeitsplatzsicherheit und Preisstabilität ermittelt worden. Gleichzeitig kennen wir aufgrund dieser Untersuchungen auch ein spezifisches Merkmal des „Doppelcharakters“ des politischen Bewußtseins der Arbeiter. Auf der einen Seite wird die Einsicht artikuliert, daß der existierende Staat nicht der Staat der arbeitenden Menschen sei, daß „die da unten“ „da oben“ nichts zu sagen haben. Im gleichen Atemzuge formulieren die Arbeiter jedoch ihr hohes Maß an Zufriedenheit mit den real existierenden politischen Verhältnissen, der Form des politischen Systems als bürgerlich-parlamentarische Demokratie. Nach unserer Überzeugung ist es falsch, solche Erwartungen an den Staat als illusionäre Ausprägungen des „Staatsfetischismus“ oder der „Sozialstaatsillusion“ zu klassifizieren. Wir haben diese Erwartungen vielmehr als „Keimformen eines politischen Bewußtseins“ bestimmt, „das die richtige Erkenntnis in sich aufgenommen hat, daß die Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft gegenwärtig nicht mehr ausschließlich auf der Ebene des Austausches von Lohnarbeit und Kapital. . . gewährleistet werden können. . . mit anderen Worten: Die Erwartung, daß der Staat für die allgemeinen Voraussetzungen der Reproduktion Verantwortung trage, ist prinzipiell eine richtige bewußtseinsmäßige Umsetzung der Tendenz zur Vergesellschaftung — und damit auch zur politisch-staatlichen Vermittlung — des Warencharakters der Arbeitskraft.“<sup>20</sup>

Um Mißverständnisse zu vermeiden, muß diese Interpretation jedoch differenziert wer-

19 Wir können diese Überlegungen hier nicht im Detail weiter verfolgen und begründen; als Vorüberlegung zu dieser Thematik vgl. H. Asseln/F. Deppe, *Die „Staatsfrage“ und die Strategie der Arbeiterbewegung*, in: *Probleme der materialistischen Staatstheorie, Staat und Monopole (II)*, Argument, Sonderband 16, Berlin (West) 1977, S. 84 ff., bes. 110 ff.

20 F. Deppe, *Zur theoretischen und empirischen Analyse des „Staatsbewußtseins“ der Arbeiter*, in: K. H. Braun/K. Holzkamp (Hrsg.), *Kritische Psychologie*, Bd. 2, Köln 1977, S. 420 ff., hier S. 430/431.

den. Diese Erwartungen können nur insofern als Keimformen politischen Bewußtseins begriffen werden, als sie in der praktischen Auseinandersetzung mit der staatlichen Politik — z. B. in einer breiten Mobilisierung und außerparlamentarischen Aktivität für die Durchsetzung der alternativen wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Vorstellungen der Gewerkschaften — entwickelt werden.<sup>21</sup> Illusionär müssen solche Erwartungen so lange bleiben, als sie sich als eine passive Erwartung gegenüber der Tätigkeit des Staates darstellen, indem sich in einer solchen passiven Erwartung — besonders an die sozialdemokratische Regierungspolitik — selbst noch die Trennung von öffentlicher und privater Sphäre als die Trennung der Interessen des „Staates“ und der Arbeiterklasse reproduziert. Unter solchen Voraussetzungen können diese Erwartungen dann auch die Grundlage für eine politische Mobilisierungsstrategie zugunsten von reaktionären und autoritären Lösungen der Krise der Gesellschaft und ihres Staates bilden; denn es ist ja gerade die „Law and Order“-Politik der *Strauß* und *Dregger*, die immer wieder darauf abzielt, diese passive „Staatsfixierung“, wie sie durch die lange Dominanz der Sozialdemokratie in der deutschen Arbeiterbewegung begünstigt worden ist, anzusprechen.

Bei der Analyse der jüngsten gewerkschaftlichen Streikkämpfe kann gewiß nicht auf dieser Ebene der Bestimmung des „Staatsbewußtseins“ der Arbeiter und seiner politischen Relevanz angesetzt werden. Ansatzpunkt für die Entwicklung der gewerkschaftlichen Interessenvertretung und Kampffähigkeit ist gegenwärtig vielmehr die Orientierung „auf die eigene Kraft“<sup>22</sup>, die Durchsetzung von Forderungen nach Arbeitsplatz- und Lohnsicherung im Betrieb bzw. im Wirtschaftszweig, der Kampf um Nahziele, die durch tarifvertragliche Regelungen erreicht werden können.

Zwei Gesichtspunkte sollten bei der Charakterisierung dieser Kämpfe hervorgehoben werden. Erstens: ihr zunächst defensiver Charakter. Es geht in diesen Auseinandersetzungen um die *Verteidigung* von Arbeitsplätzen, um die Verteidigung von Qualifikationen, um die Verteidigung von Sozialleistungen und um die Abwehr von Reallohnsenkungen. Dieser Wandel im Charakter der gewerkschaftlichen Forderungen, der selbst die kapitalistische Krise zur Voraussetzung hat — wird wohl am ehesten zu verdeutlichen sein, wenn der Inhalt des „Tarifvertrages über die Einführung und Anwendung neuer Techniken“ (IG Druck und Papier) sowie des „Tarifvertrages zur Sicherung der Eingruppierung und zur Verdienstsicherung bei Abgruppierung“ (IG Metall) mit den Inhalten und Zielen der Diskussion über die „Humanisierung der Arbeit“ verglichen wird, wie sie in den Gewerkschaften vor 1974 geführt wurde.

Der zweite Gesichtspunkt soll mit dem Problem der „Segmentierung der Arbeiterklasse“ umschrieben werden. Dabei handelt es sich nicht um eine besonders originelle bzw. ausschließlich auf die gegenwärtigen Kämpfe bezogene Erkenntnis, sondern um ein allgemeines Problem gewerkschaftlicher Organisation und Kampffähigkeit und insbesondere der Beziehungen zwischen dem gewerkschaftlichen und dem politischen Klassenbe-

21 Die „Vorschläge des DGB zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung“ (Juli 1977) enthalten z. B. solche alternativen Vorstellungen. Solange freilich die Umsetzung solcher Vorschläge in die gewerkschaftspolitische Praxis offenbleibt, muß auch ihre Funktion zweifelhaft bleiben. Für die Klassengewerkschaften anderer westeuropäischer Länder (z. B. die italienische CGIL oder die französische CGT) ist es schon seit langem selbstverständlich, daß sie ihren Forderungen, die sich auf die Wirtschaftspolitik bzw. auf andere Bereiche staatlicher Tätigkeit richten, durch angemessene gewerkschaftliche Aktionsformen (z. B. durch den Generalstreik) Nachdruck verleihen.

22 Vgl. H. O. Vetter, Grundsatzreferat, 11. o. DGB-Kongreß, Hamburg 1978, vervielf. Man., S. 10/11.

wußtsein der Arbeiter. „Segmentierung“ bezeichnet zunächst den Sachverhalt, daß die Arbeiterklasse aus verschiedenen Gruppen und Schichten zusammengesetzt ist (z. B. Berufs- und Qualifikationsgruppen, Lohngruppen, Männer und Frauen, Verteilung nach Produktionsformen, Betriebsgrößen, Regionen, Altersgruppe u. a. m.), deren soziale Erfahrung nicht identisch ist. Diese Gruppen sind z. T. in sehr unterschiedlicher Weise von den Auswirkungen der Krise und der Arbeitsplatzvernichtung durch die Einführung „neuer Techniken“ betroffen — und: sie sind z. T. auch sehr unterschiedlich in den Gewerkschaften organisiert. Solche Segmentierungen — zumal die neuen Segmentierungsformen, die durch die Krise hervorgebracht werden (die einfachste dieser Formen ist die Teilung von Beschäftigten und Arbeitslosen) — bilden auch die Basis für Entsolidarisierungsprozesse und für einen spezifischen Typus der interfraktionellen Klassenkonkurrenz, die besonders in Krisenperioden aktualisiert wird.

Beide Momente — sowohl der defensive Charakter der Kämpfe als auch die Problematik der „Segmentierung der Arbeiterklasse“ — bestimmen wesentlich die *spontane* Bewußtseinsentwicklung der Arbeiterklasse und begünstigen dabei korporativistische Denk- und Verhaltensmuster, also: ständische Elemente des Bewußtseins und des Kampfes. Dabei muß noch gesehen werden, daß die Organisationsstruktur des DGB selbst — wesentlich das Verhältnis der weitgehend autonomen Industriegewerkschaften zum DGB, das Verhältnis der Einzelgewerkschaften untereinander (große und kleine Gewerkschaften), das Verhältnis von Industriegewerkschaften und Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes — noch als objektive Voraussetzung solche korporativistischen bzw. ständischen Reaktionsweisen unterstützt und reproduziert.<sup>23</sup>

Die Überwindung korporativistischer Denk- und Verhaltensmuster, wie sie durch den defensiven Charakter rein gewerkschaftlicher Kämpfe und durch die intrafraktionelle Klassenkonkurrenz spontan produziert werden, ist stets eine der zentralen Aufgaben der klassenbewußten Kräfte in der Arbeiterbewegung gewesen. Man kann sagen, daß die Diskussionen über das Verhältnis von Partei und Gewerkschaft immer auch von dieser Problematik beherrscht worden sind. Dabei geht es im Kern darum, „eine politische Bewegung“ zu entwickeln, „d. h. eine *Bewegung der Klasse*, um ihre Interessen durchzusetzen *in allgemeiner Form*, in einer Form, die allgemeine, gesellschaftlich zwingende Kraft besitzt“.<sup>24</sup> *W. I. Lenin* hat gerade bei der Bestimmung des „trade-unionistischen“ und des politischen „Klassenbewußtseins“ die besondere — im Unterschied zur allgemeinen — Form des ökonomisch-gewerkschaftlichen Kampfes hervorgehoben: „Der ökonomische Kampf ist ein kollektiver Kampf der Arbeiter gegen die Unternehmer für günstige Bedingungen des Verkaufs der Arbeitskraft, für die Verbesserung der Arbeits- und Le-

23 In diesem Zusammenhang kann auch besser die Diskussion verstanden werden, die unmittelbar nach 1945 über die Organisationsform der Einheitsgewerkschaft geführt wurde. Die Mehrzahl der Gewerkschafter sprach sich zunächst für die Organisationsform der „zentralisierten Einheitsgewerkschaft“ aus. In dieser sollten die Einzelgewerkschaften lediglich den Status von Abteilungen des Bundes haben. Diese Form sollte auch den Erfahrungen der Niederlage gegenüber dem Faschismus Rechnung tragen, indem nunmehr eine einheitliche und gesamtgesellschaftlich und -politisch handlungsfähige und schlagkräftige Organisation geschaffen werden sollte. Unter dem Druck der Westalliierten — aber auch unter dem Druck rechtssozialdemokratischer Gewerkschafter, die den Einfluß der Kommunisten möglichst gering halten wollten — setzte sich dann aber schnell das Konzept der relativ autonomen Industriegewerkschaften, die unter dem Dach des DGB zusammengeschlossen sind, durch. Vgl. dazu A. Weiß-Hartmann, *Der Freie Gewerkschaftsbund Hessen 1945—1949*, Marburg 1977, bes. S. 40 ff.

24 K. Marx, Brief an F. Bolte, 23. 11. 1871, in: Marx/Engels, *Werke* Bd. 33, S. 332/333.

bensbedingungen der Arbeiter. Dieser Kampf ist notwendigerweise ein beruflicher Kampf, da die Arbeitsbedingungen in den verschiedenen Berufen äußerst verschieden sind und folglich der Kampf um die Verbesserung dieser Bedingungen nach Berufen... geführt werden muß." <sup>25</sup> Eben diesen Gedanken hat der italienische Marxist *Antonio Gramsci* aufgegriffen, als er die Notwendigkeit der Überwindung des Korporatismus als eine wesentliche Aufgabe der politischen Arbeiterbewegung, als notwendige Voraussetzung für die Entwicklung der ideologischen und politischen „Hegemonie“ der Arbeiterklasse betonte:

„Keine Massenaktion ist möglich, wenn die Masse selbst nicht überzeugt ist von den Zielen, die sie erreichen will, und von den anzuwendenden Methoden. Um als Klasse herrschen zu können, muß das Proletariat alle zünftlerischen Überreste, alle Vorurteile oder Einschläge syndikalistischer Art abstreifen. Was bedeutet dies? Es bedeutet, daß nicht nur die zwischen den einzelnen Berufen bestehenden Unterschiede überwunden werden müssen, sondern daß die Arbeiterklasse, um das Vertrauen und die Billigung ihrer Haltung durch die Bauern und gewisse halbproletarische Schichten der städtischen Bevölkerung zu gewinnen, manche Vorurteile und egoistische Tendenzen überwinden muß, die in ihr bestehen können und auch tatsächlich bestehen, auch wenn der Berufspartikularismus in ihren eigenen Reihen verschwunden ist. Der Metallarbeiter, der Holzarbeiter, der Bauarbeiter usw. müssen nicht mehr nur als Proletarier, als Metallarbeiter, als Holzarbeiter, als Bauarbeiter usw. denken, sondern sie müssen noch einen Schritt weitergehen. Sie müssen als Mitglieder einer Klasse denken, die die Bauern und die Intellektuellen führen will, einer Klasse, die nur dann siegen und den Sozialismus aufbauen kann, wenn die große Mehrheit dieser sozialen Schichten sie unterstützt und ihr folgt.“ <sup>26</sup>

Eine der Hauptaufgaben gewerkschaftlicher Politik besteht derzeit zweifellos darin, solche korporativistischen Tendenzen zu überwinden, d. h. in den praktischen Kämpfen darauf hinzuwirken, daß sich die sozialökonomischen und gesellschaftspolitischen Interessen der Lohnabhängigen nicht nur als die Interessen einer Betriebsbelegschaft, als die Interessen einer Berufsgruppe, sondern in „allgemeiner Form“ geltend machen. Mit einer solchen Politik können sowohl der defensive Charakter der Kämpfe als auch die Auswirkungen der „Segmentierung der Arbeiterklasse“ aufgelöst werden.

Was heißt das, wenn nicht abstrakte Maßstäbe an die Entwicklung des Bewußtseins und der Kampffähigkeit der Arbeiterklasse der BRD angelegt werden? Zunächst wird es darauf ankommen, den exemplarischen Charakter der betrieblichen und noch auf einzelne Branchen beschränkten Kämpfe um Arbeitsplatz- und Lohnsicherung herauszuarbeiten und allgemein verständlich werden zu lassen. Das heißt: Der Kampf gegen Arbeitsplatzvernichtung, Dequalifikation und Lohnsenkung durch die Einführung neuer Technologien und durch Rationalisierungsmaßnahmen, die am Kapitalprofit orientiert sind, steht erst in seinen Anfängen. Die Einführung „neuer Techniken“ in anderen Wirtschaftsbereichen hat erst begonnen. Insofern haben die Kämpfe im Bereich der Druck- und Metallindustrie einen stellvertretenden und antizipierenden Charakter im Interesse der Gesamtheit der Lohnabhängigen.

Im Zusammenhang der Verallgemeinerung und Vereinheitlichung dieser Kampferfahrungen durch die Gewerkschaftspolitik wird sich — schon bei der Umsetzung der Tarifver-

25 W. I. Lenin, Was tun?, in: ders., *Ausgewählte Werke*, Band I, Berlin 1964, S. 139 ff., hier S. 194.

26 A. Gramsci, *Die süditalienische Frage*, Berlin 1955, S. 14/15.

träge in die betriebliche Praxis — notwendig die Einsicht entwickeln, daß Erfolge nur erlangen und gesichert werden können, wenn die Macht des Kapitals über zentrale Entscheidungsbereiche wie die Investitionen und die betriebliche Arbeits- und Produktionsplanung eingeschränkt wird, d. h. wenn Elemente einer Kontrolle der Lohnabhängigen über diese Entscheidungsmacht des Kapitals durchgesetzt werden.

Darüber hinaus muß der Kampfstrategie des Kapitals, vor allem der Aussperrung, eine solidarische und einheitliche Reaktion der gesamten Gewerkschaftsbewegung entgegengestellt werden. Auch hier geht es darum, den exemplarischen Charakter solcher Kampfmaßnahmen umzusetzen in eine allgemeine Auseinandersetzung um die demokratischen Rechte der Gewerkschaften, um die Sicherung und Erweiterung des Spielraumes der gewerkschaftlichen Handlungsbedingungen.

Schließlich muß der Kampf um die Verwirklichung der Forderung „Recht auf Arbeit“ in die praktischen Auseinandersetzungen einbezogen werden — und zwar nicht nur in die Tarifaussensetzungen, sondern auch in die Auseinandersetzung mit der Regierungspolitik. Hier liegt die besondere Bedeutung der Entwicklung von konkreten und realisierbaren Alternativprogrammen gegenüber der herrschenden Wirtschafts- und Finanzpolitik. Die schwierigste Aufgabe besteht freilich darin, autonome, gewerkschaftliche Handlungsmöglichkeiten und -perspektiven für die Durchsetzung solcher Programme zu entwickeln.

Der Hinweis auf die Notwendigkeit, in den aktuellen Kämpfen den Prozeß der Vereinheitlichung und Verallgemeinerung der Interessen der Lohnabhängigen theoretisch und praktisch voranzutreiben, hat nichts zu tun mit einer Vernachlässigung oder einer Geringschätzung der Kampffähigkeit von Belegschaften oder von Einzelgewerkschaften. Im Gegenteil: die Entwicklung dieser Kampffähigkeit ist eine unabdingbare Voraussetzung für die Verwirklichung dieser Aufgaben.

Wenn jedoch der Bruch mit dem für die Entwicklung der BRD charakteristischen „Basiskonsensmodell“ vollendet werden soll, wenn die Elemente der Defensive und des Korporatismus in den aktuellen Kämpfen überwunden werden sollen und wenn schließlich in diesen Kämpfen auch die Position der politischen Organisation der Arbeiterklasse gestärkt werden soll, dann erscheint es als eine zentrale Aufgabe gewerkschaftlicher Klassenpolitik, auf diese Vereinheitlichung und Verallgemeinerung der Interessen wie der Kampfziele hinzuwirken.

## Krisenentwicklung und Arbeiterbewußtsein Bericht über ein Kolloquium des IMSF

Klaus Priester

Am 17./18. Juni 1978 veranstaltete das Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) in Springen/Ts. ein Kolloquium über theoretische Probleme der Entwicklung des Arbeiterbewußtseins unter Krisenbedingungen. An dem zweitägigen Meinungsaustausch nahmen etwa 40 Wissenschaftler und Gewerkschafter teil. Einführende Referate hielten Dr. J. H. v. Heiseler („Arbeiterbewußtsein und Krise“) und Prof. Dr. F. Deppe („Zu einigen Problemen der Bestimmung des gegenwärtigen gewerkschaftlichen und politischen Bewußtseins der Arbeiterklasse der BRD“).<sup>1</sup>

### I.

Heiseler (IMSF) ging in seinem schriftlich vorgelegten Referat und den mündlichen Ergänzungen auf einige kontroverse Diskussionspunkte ein, die sich aus der Auseinandersetzung mit neueren, sich am Marxismus orientierenden theoretischen und empirischen Untersuchungen zum gesellschaftlichen Bewußtsein Lohnabhängiger ergeben. Er verdeutlichte dabei insbesondere, daß in mit dem Komplex von „Wertorientierungen“, vor allem der Leistungsorientierung, zusammenhängenden Fragen und Problemen z. T. deutliche Differenzen zwischen dem Ansatz der IMSF-Studie „Jugendliche im Großbetrieb“<sup>2</sup> und den in der Westberliner Studie<sup>3</sup> vorgetragenen Positionen bestehen. Man müsse dabei bemerken, daß die Autoren der Erlanger Studie<sup>4</sup> anfangs z. T. ähnliche Thesen wie Bierbaum u. a. vertreten hätten, jedoch auf Grund ihrer eigenen Ergebnisse dann diesen Ansatz stark korrigiert hätten, so daß sich zwischen der IMSF-Untersuchung und der von Kudera u. a. in diesem Punkt starke Konvergenzen fänden.

Anders als bei Bierbaum u. a., die in der von ihnen empirisch festgestellten stark ausgeprägten Leistungsorientierung insbesondere der unmittelbaren Maschinenarbeiter lediglich ein Zeichen der Befangenheit in bürgerlichen Bewußtseinsformen sehen, konstatierte Heiseler als beherrschende Wertorientierungen bei den befragten Jugendlichen die Orientierung auf kollektives Handeln, Kollegialität, Gleichheit und Leistung. Letztgenannte Orientierung wird allerdings nicht als bloße Befangenheit in der bürgerlichen Ideologie gewertet, sondern darüber hinaus auch als möglicher Ausgangspunkt antikapi-

1 Beide Beiträge sind in diesem Band abgedruckt.

2 Siehe J. H. v. Heiseler (unter Mitarbeit von D. Hänisch und A. Jansen), Jugendliche im Großbetrieb. Studie zum gewerkschaftlichen und politischen Bewußtsein arbeitender Jugendlicher. Beiträge des IMSF, Bd. 5, Frankfurt/M. 1978.

3 C. Bierbaum/J. Bischoff/D. Eppenstein/S. Herkommer/K. Maldaner/A. Martin, Ende der Illusionen? Bewußtseinsänderungen in der Wirtschaftskrise. Köln—Frankfurt/M. 1977.

4 W. Kudera/W. Mangold/K. Ruff/R. Schmidt/Th. Wenzke, Gesellschaftliches und politisches Bewußtsein von Arbeitern. Abschlußbericht Juni 1976. Sonderforschungsbereich 22 der Universität Erlangen—Nürnberg. Nürnberg 1976.

talistischer Kritik bezeichnet, wenn die festgestellte Leistungsorientierung auch meist mit integrationistischen und z. T. reaktionären Haltungen in anderen Fragen einhergeht.

Meinungsverschiedenheiten stellte *Heiseler* auch hinsichtlich der Frage heraus, ob die empirisch vorgefundenen Wertorientierungen zu einer Lähmung oder Mobilisierung der Aktionsbereitschaft von Lohnabhängigen allgemein und Arbeitern im besonderen angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Krisenentwicklung führen. Im Zusammenhang mit dieser Frage müsse die Rolle der gewerkschaftlichen Organisation für die Entwicklung bzw. Hemmung von Aktivitäten der Arbeiterklasse analysiert werden. Offenbar, so stellte *Heiseler* fest, hat sich seit den Septemberstreiks von 1969 die Haltung der gewerkschaftlichen Führungsgremien und der Gewerkschaftsorganisation insgesamt zumindest teilweise verändert. Ihnen komme heute eine Schlüsselrolle für die Entwicklung von Aktionsbereitschaft unter den Lohnabhängigen und für die Durchführung von sozialen Bewegungen zu. Allerdings seien die Veränderungen in der Haltung von Gewerkschaftsführungen keineswegs nur als bloßer Reflex auf etwaige Basisströmungen zu sehen.

Als widersprüchlich und differenziert stellt sich das Arbeiterbewußtsein nach *Heiseler* auch hinsichtlich der Erwartungen an den Staat dar. Im Gegensatz etwa zu der von Vertretern der „Kritischen Gewerkschaftstheorie“ im Umkreis des Frankfurter Instituts für Sozialforschung vertretenen Auffassung, Erwartungen an den Staat seien lediglich als Ausdruck bürgerlichen Bewußtseins zu werten, unterstrich *Heiseler*, daß Erwartungen an den Staat — etwa hinsichtlich der Lösung wirtschafts- und beschäftigungspolitischer Probleme — auch als Anzeichen für höherentwickeltes Klassenbewußtsein der Arbeiter gewertet werden müsse — ein Argument, das in der Diskussion von *J. Schleifstein* (IMSF) aufgegriffen und ausgeführt wurde.

## II.

*S. Herkommer* (Westberlin) verdeutlichte im Anschluß an *Heiseler* für die Verfasser der Studie „Ende der Illusionen“ deren Untersuchungsansatz und faßte einige Ergebnisse der Arbeit zusammen. Vier Thesen zum Gesellschaftsbewußtsein der Lohnabhängigen in der Bundesrepublik wurden dabei hervorgehoben:

1) Das Gesellschaftsbewußtsein sei von uneinheitlichen und widersprüchlichen Momenten strukturiert, d. h. einerseits gelten ökonomische und soziale Verhältnisse als durch prinzipielle Freiheit und Gleichheit des Individuums bestimmt — d. h. auch durch persönliche Fähigkeiten und individuelle Leistung —, andererseits werde von den Befragten aber auch gesehen, daß die kapitalistische Gesellschaft prinzipielle Ungleichheiten und soziale Ungerechtigkeit einschließe.

2) Die Mehrheit der Befragten orientiere sich an „traditionellen bürgerlichen Wertvorstellungen“, die angesichts der Wirtschaftskrise als Basis zur Aktivierung von „Vorurteilen“ dienen.

3) Die Mehrheit erwarte die „Wiederherstellung normaler wirtschaftlicher Konjunktur und fortschreitende Verwirklichung des Postulats sozialer Gerechtigkeit“, zugleich verbreite sich aber unter den Befragten eine Ahnung davon, daß die sozialen Konflikte sich verschärfen könnten.

4) Das „Vertrauen in den bürgerlichen Staat“ sei bei allem partiellen Mißtrauen gegenüber dem politischen Apparat noch ungebrochen, sowohl was die Wiederherstellung der

ökonomischen Stabilität als auch was die Priorität der sozialen Sicherheit und Gerechtigkeit betrifft.

Das in der Westberliner Untersuchung insgesamt festgestellte „Dominieren bürgerlicher Vorstellungen und Illusionen“ im Gesellschaftsbewußtsein der Bevölkerung, das im Tiefpunkt der Wirtschaftskrise (1975) ermittelt wurde, wird von den Verfassern der Studie als „Durchgangsstadium“ interpretiert. Gleichzeitig prognostizieren sie „eine stärkere Entwicklung realistischer Vorstellungen von der bestehenden Gesellschaftsordnung und den fortschreitenden Abbau von Illusionen“. Diese Befunde ergeben sich aus der Interpretation der Daten für die Lohnabhängigen des Kapitals und insbesondere für das an Maschinen beschäftigte Personal. Deutlicher als bei der Gesamtbevölkerung sei unter ihnen das Bewußtsein vom unsozialen Charakter der „sozialen Marktwirtschaft“ vorhanden, stärker als in der Gesamtbevölkerung werde von ihnen Arbeit in erster Linie als „notwendiges Übel zur Reproduktion des Lebens“ begriffen, was sie jedoch nicht daran hindere, an Vorstellungen einer „stabilen Demokratie“ und prinzipieller Verläßlichkeit des bestehenden ökonomischen Systems festzuhalten und individuelle Leistung und den persönlichen Spielraum der Individualität als Möglichkeit des sozialen Aufstiegs zu begreifen. „Obwohl auf der einen Seite die Forderung nach Reformen und mehr sozialer Gerechtigkeit steht, wissen die Lohnarbeiter des Kapitals eher, daß die Ungleichheit in der Gesellschaft auch in Zukunft zunehmen wird.“

Stärker als bei dieser Beschäftigungsgruppe seien unter den kommerziellen Lohnarbeitern Vorstellungen verbreitet, der Verschlechterung der sozialen Lage durch individuelle Anstrengungen entgegen zu können.

Die Gewerkschaften werden zwar als notwendiger Zusammenschluß in der Auseinandersetzung mit dem Kapital betrachtet, gleichzeitig wird von den Befragten aber auch die Möglichkeit gesehen, die Verkaufsbedingungen der eigenen Arbeitskraft individuell zu verbessern. Beide Haltungen stehen jedoch nach der Auffassung der Westberliner Autoren nicht in Widerspruch zueinander. Von einer breiten Ausbildung sozialpartnerschaftlicher Vorstellungen oder Illusionen unter den Befragten könne ebenfalls nicht gesprochen werden, da das Wissen von der Ungleichgewichtigkeit in der Verteilung dominant bleibe. Selbst unter den gewerkschaftlichen Repräsentanten dürften nach der Auffassung der Westberliner Autoren sozialpartnerschaftliche Vorstellungen in diesem Sinne eher marginal sein.

In Fortführung ihrer Untersuchung aus dem Jahr 1975 haben *Herkommer u. a.* 1978 die aus den Ergebnissen ihrer ersten Erhebung abgeleiteten Thesen zu konkretisieren versucht. In Gruppendiskussionen sollte festgestellt werden, ob und in welchen Formen unter den unmittelbaren Maschinenarbeitern (aus der Metall- und insbesondere der Automobilindustrie) eine „Auflösung oder Veränderung der Widersprüchlichkeit im Bewußtsein“ stattfindet. Eine erste Auswertung von Diskussionsprotokollen habe ergeben, daß, im Gegensatz zu 1975, 1978 konservative Wertmuster aufgelöst oder in Frage gestellt werden. Thesenartig stellte *Herkommer* drei zentrale Aspekte der Veränderung im Bewußtsein der Lohnarbeiter seit 1975 heraus:

- 1) Die heute vorgefundenen Arbeits- und Lebensbedingungen und die existierende Ungleichheit werden zunehmend als ein Problem der gesellschaftlichen Produktionsstrukturen begriffen. Es sei die Tendenz festzustellen, durch gemeinsames Handeln die „Logik dieser Produktion selbst“ verändern zu wollen.

2) Diskussionen und Ansätze eines entschiedeneren gewerkschaftlichen Handelns bekommen offenkundig auch politischeren Charakter.

3) Die Gewerkschaften werden als organisierende Zentren verstanden, die eine Gleichgewichtigkeit der sich verkaufenden Arbeitskräfte und des Kapitals erst herstellen sollen.

### III.

Die an das Referat von *Heiseler* und den Beitrag von *Herkommer* anknüpfende Diskussion des ersten Tages gruppierte sich auf der theoretischen Ebene hauptsächlich um die Problematisierung der empirischen Befunde zu Wertorientierungen der Lohnabhängigen und deren Relevanz für die Handlungsbereitschaft. Besonderen Raum nahm dabei die Diskussion um Inhalte, Aussagekraft und Operationalisierbarkeit des Begriffs „Sozialpartnerschaft“ bzw. solcher in den erwähnten Untersuchungen als sozialpartnerschaftliche Argumentationsmuster eingestufter Haltungen ein. Schwierigkeiten bereitet auch den marxistisch orientierten Sozialwissenschaftlern offensichtlich noch der Umgang mit dem Begriff „Sozialpartnerschaft“. Gefragt wurde, warum es in den einzelnen empirischen und theoretischen Untersuchungen zu derart gravierenden Differenzen in den Ergebnissen kommen konnte, aus denen sich sozialpartnerschaftliche Haltungen der Befragten ablesen lassen. *J. Schleifstein* fragte in der Diskussion nach den fundamentalen Inhalten sozialpartnerschaftlicher Vorstellungen. Diese bestünden nicht etwa darin, daß unbedingt das im Kapitalismus bestehende soziale Ungleichgewicht gelehnet werde; vielmehr sei ihr Hauptinhalt, daß man glaube, durch bestehende demokratische Mechanismen („Spielregeln“) ließen sich die unterschiedlichen Interessen auf dem Wege der Partnerschaft zwischen Kapital und Arbeit ausgleichen: Sozialpartnerschaft diene also als Ersatz für den Klassenkampf. Insofern, bemerkte *W. Schwarz* (IMSF), sei es fraglich, ob die — in den Untersuchungen konstatierte — Einsicht in die prinzipielle Ungleichgewichtigkeit von Lohnarbeit und Kapital den Rahmen sozialpartnerschaftlicher Vorstellungen bereits sprengt. Zur begrifflichen Klärung grenzte *J. Schleifstein* die spezifischen Inhalte von Sozialpartnerschaft und klassischem Reformismus gegeneinander ab: im Gegensatz zu sozialpartnerschaftlichen Vorstellungen, die sich heute prinzipiell innerhalb des Rahmens der kapitalistischen Gesellschaft bewegen, sei der klassische Reformismus (etwa der *Fabier*, *Bernsteins* und der Zweiten Internationale nach dem Ersten Weltkrieg) zumindest noch verbal und programmatisch davon ausgegangen, daß auf dem Wege der Reform eine Transformation des Kapitalismus möglich und auch notwendig sei.

*H. Werner* (Oldenburg) kritisierte ebenfalls eine zu oberflächliche Fassung des Begriffs „Sozialpartnerschaft“. Sozialpartnerschaftliche Orientierungen würden in empirischen Untersuchungen leicht überinterpretiert. Anhand eigener Befragungsergebnisse zeigte er, daß im Bewußtsein der Befragten oftmals eine völlig andere Vorstellung über den Inhalt von „Sozialpartnerschaft“ existiert als in der sozialwissenschaftlichen Diskussion allgemein vermutet wird.

So stellte sich in *H. Werners* Untersuchung heraus, daß fast drei Viertel der Befragten der Formulierung zustimmten: „Sozialpartnerschaft ist nur dort möglich, wo sich beide Seiten um vertrauensvolle Zusammenarbeit bemühen“ — obwohl auf der anderen Seite 45 Prozent der Befragten Sozialpartnerschaft zwischen Unternehmen und Gewerkschaften ablehnten. Weiter zeigte sich: „Korreliert man diese Einstellung zur Sozialpartnerschaft zu anderen gesellschaftlichen Perspektiven wie Mitbestimmung, Investitionskon-

trolle usw., dann zeigt sich, daß diejenigen, die die Sozialpartnerschaft wünschen, für Investitionskontrolle eintreten, für betriebliche und überbetriebliche Mitbestimmung." Dies sei jedoch nicht als sozialpartnerschaftliches Verhalten im Sinne der herrschenden Ideologie zu interpretieren. Für einen Großteil der Befragten sei mithin ein „Wunsch nach Sozialpartnerschaft“ typisch, verbunden mit der Vorstellung, man müsse die Unternehmer zur Sozialpartnerschaft zwingen, da sie von ihnen immer wieder verletzt werde. *Werners* Untersuchung ergab schließlich, daß lediglich eine Restgröße von 10 Prozent aller Befragten in der Lage sei, durchgängig sozialpartnerschaftliche Inhalte in gestellten Fragen zu erkennen und abzulehnen.

Ein ähnliches Problem, nämlich die Schwierigkeit, geeignete Indikatoren zu finden, die es ermöglichen, Wertvorstellungen genauer zu analysieren und zu interpretieren, zeigte sich bei der Diskussion um die durchgängig in den empirischen Untersuchungen festgestellte Leistungsorientierung von Arbeitern.

Auf eine ungenügende Interpretation der Westberliner Studie im Zusammenhang mit dem konstatierten Zusammenwirken von Leistungsorientierung und reaktionären Haltungen in anderen Fragen machte *J. Bischoff* aufmerksam: Es sei unstrittig, daß die Tätigkeit im kapitalistischen Produktionsprozeß nicht nur unter dem Aspekt der Arbeitsverausgabung, sondern auch unter dem Aspekt der Identifikation mit dem Inhalt der Tätigkeit — also dem „Genußaspekt“ — zu sehen sei.

*W. Roßmann* (Marburg) wies, ausgehend von Erfahrungen des jüngsten Metallarbeiterstreiks in Baden-Württemberg, auf die Mobilisierungsfähigkeit von Leistungsbewußtsein hin. Gerade hier sei an einem vorhandenen positiven Bewußtsein von der eigenen Leistung („Wir haben hier alles aufgebaut“ — „Ohne uns läuft kein Computer“ — „Uns wird hier etwas verweigert“ usw.) als mobilisierender Haltung gegen die Zerstörung produktiver Funktionen durch Rationalisierung anzuknüpfen gewesen.

#### IV.

*F. Deppe* ging in seinem Referat auf einige Probleme der Entwicklung der Klassenausinandersetzungen in der Bundesrepublik ein. Dabei behandelte er vor allem die Streiks seit 1969 und ihren Einfluß auf die Gewerkschaftspolitik, analysierte den Charakter der Sozialpartnerschafts-Ideologie als „besonderem Herrschaftsmodell“ in der Bundesrepublik und wies schließlich auf einige Besonderheiten in den Streiks des Jahres 1978 und neue Züge der Gewerkschaftspolitik hin.

In der sich an das Referat von *F. Deppe* anschließenden Diskussion des zweiten Tages wurde hauptsächlich der Charakter der gewerkschaftlichen Forderungen und Kämpfe der letzten Jahre unter dem Aspekt des — zur Diskussion gestellten — Wandels in den Kampfbedingungen der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik, des Wirkens der besonderen Entwicklungsbedingungen der BRD auf diese Kämpfe sowie Ansätze für eine (Neu-)Bestimmung der Gewerkschaftspolitik in der BRD angesprochen.

*Tb. Hagelstange* (Westberlin) stellte die Ergebnisse seiner empirischen Untersuchung „Gewerkschaftsentwicklung und Krisen in der BRD 1950—1975“<sup>5</sup> dar, die nach den Auswirkungen der Krise auf das Bewußtsein der abhängig Beschäftigten sowie danach fragte, ob es analog zum Konjunkturzyklus auch einen „Bewußtseinszyklus“ gebe. Dieser lasse

<sup>5</sup> Veröffentlicht in: *Das Argument* 109/1978, S. 357—372.

sich — wenn überhaupt — noch am ehesten an den quantitativen Veränderungen der Mitgliedschaft in Gewerkschaften und — bedingt — an der Streiktätigkeit messen. Hinsichtlich der Entwicklung des Organisationsgrades als „geeignetstem Indikator des Bewußtseins“ sei festzustellen, daß dessen Veränderungen „eher längerfristiger Art“ seien, also nicht so sehr in Abhängigkeit vom industriellen Zyklus verlaufen. In der nachfolgenden Diskussion wurde die Aussagefähigkeit dieses von *Hagelstange* gewählten Indikators problematisiert.

*F. Depper* Charakterisierung der aktuellen betrieblichen und überbetrieblichen gewerkschaftlichen Kämpfe der Arbeiterklasse als vorwiegend defensiv fand in der Diskussion zwar generell keinen Widerspruch. Allerdings hob u. a. *J. Schleifstein* hervor, daß näher untersucht werden müßte, was „defensiv“ eigentlich bedeute und daß defensive Forderungen im Verlauf der Kämpfe rasch in offensive umschlagen könnten. In ähnlicher Weise betonte *H. Schäfer* (Redaktion ‚Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik‘), daß von ursprünglich defensiven Forderungen in Streiks auch Impulse für weitergehende Kampfaktivitäten ausgehen könnten. Andere Diskussionsteilnehmer verwiesen darauf, daß — z. B. in den Auseinandersetzungen in der Druckindustrie — „defensiv“ auch beinhaltet habe, Antworten zu geben auf technologische Veränderungen, also als reaktives Verhalten der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften zu verstehen sei.

*K. Pickshaus* (IMSF) bemerkte, daß in jüngster Zeit der Anteil der gewerkschaftlich getragenen Streiks in der Bundesrepublik gestiegen sei und daß die restriktive Unternehmerpolitik zum unmittelbaren Auslöser für den Anstieg der Streikaktivitäten der Arbeiterklasse geworden sei. Dies sei u. a. auf die Verletzung der „Sozialpartnerschaftsregeln“ durch die Unternehmer selbst in der Tarifrunde 1977/78 zurückzuführen. Hauptinhalt der gewerkschaftlichen Forderungen in den zurückliegenden Kämpfen sei die „Sicherung des Erreichten“ gewesen. Dabei habe sich mobilisierendes Potential vor allem in den Bereichen entwickelt, in denen die Unternehmerangriffe auf den sozialen Besitzstand und die Sicherheit der Arbeitsplätze als besonders kraß empfunden wurden und hauptsächlich qualifizierte Facharbeitergruppen betroffen waren: Aus der Verteidigung des Erreichten sei ein Umschlagen in offensive Forderungen, etwa nach der Erweiterung demokratischer und sozialer Rechte möglich, besonders dann, wenn die Streikkämpfe wie im Frühjahr 1978 an Breite und Intensität gewannen. Die Dialektik von defensiven und offensiven Momenten werde auch im breiten Widerstand der Gewerkschaftsbewegung gegen das unternehmerische Kampfmittel der Aussperrung deutlich. Die Aussperrungen in der Druck- und Metallindustrie, mit denen die Gewerkschaften, insbesondere die ohnehin schon geschwächte IG Druck und Papier, finanziell in die Knie gezwungen werden sollten, hätten sich jedoch für die Unternehmer zu einem Bumerang entwickelt, da als Reaktion auf die Aussperrungspolitik der Unternehmer die bislang stärkste Bewegung gegen die Aussperrung in der Bundesrepublik entstanden sei, in deren Verlauf die betroffenen Beschäftigten auch neue Kampfformen entwickelten (Diskussion über die Möglichkeit von Betriebsbesetzungen, faktische Betriebsbesetzungen in Druckbetrieben).

*W. Müller-Jentsch* (Institut für Sozialforschung, Frankfurt/M.) wies auf zwei seiner Ansicht nach zu verzeichnende „Umbruchsituationen“ in der Gewerkschaftspolitik während der letzten zehn Jahre hin. Zum einen sei seit 1969 ein Wandel in den allgemeinen politischen Rahmenbedingungen und der Gewerkschaftspolitik zu verzeichnen gewesen, der sich in der Zunahme von Streikaktivitäten, dem Ansteigen der Mitgliederzahlen der Gewerkschaften — vor allen Dingen bei den Frauen und Angestellten — sowie einer star-

ken Zunahme von SPD-Wählerstimmen und der allmählichen Herausbildung eines allgemein-politischen „Reformklimas“ in der Bundesrepublik ausgedrückt habe. Übergreifend lasse sich diese Entwicklung rückblickend in Übereinstimmung mit *F. Deppes* als „Bruch des sozialen Konsensus“ in der BRD bezeichnen.

Zum anderen sei die „Umbruchsituation“ des Jahres 1974/75 mit dem Stichwort „Existenzbedrohung“ zu kennzeichnen: Trotz der nun durch die Krisenentwicklung bestimmten stärkeren Existenzunsicherheit der Arbeiterklasse sei in dieser ersten Etappe der gegenwärtigen Krise eine „allgemeine Lähmung“ der Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften zu verzeichnen gewesen. Dies verweise vor allem auf die ambivalenten Folgen der durch die Krise verursachten Existenzbedrohung, die sich einmal in Apathisierung und Marginalisierung gerade jener Teile der Arbeiterklasse, die primär von Arbeitslosigkeit bedroht sind (unqualifizierte, ausländische Arbeiter, Frauen), zum anderen in Widerstand gegen die Existenzbedrohung ausdrücken können.

Da die Kerngruppen der Arbeiterklasse, die Stammebelegschaften, wie z. B. die qualifizierten Facharbeiter in der Druckindustrie, die auch den Kern der Gewerkschaftsmitglieder ausmachten, erst in einer späteren Phase der Krise von Rationalisierungsfolgen betroffen gewesen seien und sind, zeige sich eine deutlich gestiegene Kampfkraft der Gewerkschaften ebenfalls erst in dieser zweiten Etappe der Krisenentwicklung (Drucker- und Metallarbeiterstreik).

Am Problem der „Marginalisierung“ oder „Segmentierung“ der Arbeiterklasse entzündete sich eine recht lebhafte Diskussion.

Anhand der Erfahrungen aus den Streikauseinandersetzungen in der baden-württembergischen Metallindustrie im Frühjahr 1978 versuchte *W. Roßmann* seine These zu erläutern, nach der sich gegenwärtig die Differenzen zwischen Erkenntnis und Verhalten, zwischen dem Bewußtsein vom Klassen- bzw. Interessenantagonismus und von der gewerkschaftlichen Basis initiierten Kampfaktionen vergrößert hätten. Es sei dies ein Prozeß des partiellen Rückzugs auf egoistische, privatistische und individualistische Positionen, der sich in einem Rückgang der spontanen Gegenwehraktionen der Arbeitenden gezeigt habe. Eine der Eigentümlichkeiten der Metallauseinandersetzung im Frühjahr 1978 liege darin, daß — anders als in Vorbereitung bisheriger Lohnrunden — „kaum eine Forderung an der Basis erhoben“ worden sei. Zudem seien die Aktivitäten der Gewerkschaftsmitglieder in den Betrieben (Vertrauenskörpersitzungen, Betriebsversammlungen, Bereitschaft zu aktiver Streikteilnahme usw.) im Vorfeld und im Verlauf dieser Auseinandersetzungen schwächer als in vorhergegangenen Tarifrunden und Streiks gewesen.

Andererseits habe sich in der diesjährigen Tarifrunde gleichzeitig und als entgegenwirkende Tendenz ein immenses Potential an Kampfbereitschaft in anderen Bereichen (so der Eisen- und Stahlindustrie und der Bauindustrie) gezeigt, das auch mobilisiert werden konnte. Entscheidend für die Mobilisierungsfähigkeit der Beschäftigten sei, daß den letztlich die Konflikte austragenden Mitgliedern von Beginn an die Konzeption der Kampfführung, die Perspektiven und die Dimension und Bedeutung des Kampfes von seiten der gewerkschaftlichen Führungsorgane verdeutlicht werden müßten.

*N. Beckenbach* (Bremen) berichtete über ein an der Arbeitsstelle Arbeiterkammer der Universität Bremen seit 1974 durchgeführtes Forschungsprojekt zur Situation der Hafenarbeiter in Bremen.<sup>6</sup>

<sup>6</sup> Ein Zwischenbericht mit dem Titel „Hafenarbeit in Bremen“ ist veröffentlicht in: Kooperation (Bremen) 19/20/21, Mai/Juni 1977.

Ausgehend von der Untersuchung der ökonomischen Rahmenbedingungen und der Beschäftigungssituation in den bremischen Häfen analysierte die Forschergruppe die Entwicklung der Arbeitsbedingungen in den verschiedenen Umschlagsbereichen und deren Veränderungen im Zusammenhang mit der wissenschaftlich-technischen Entwicklung. Dabei interessierte vor allem, welche Belastungsanforderungen die verschiedenen Hafentätigkeiten an die Beschäftigten stellen und in welcher Weise Technisierung und Rationalisierung Belastungsformen und Intensität der Arbeit verändern.

Weiter wurde die Entwicklung der Qualifikationsanforderungen und die Verteilung der Qualifikationen auf die einzelnen Bereiche der Hafearbeit dargestellt und nach der Beurteilung der veränderten Arbeitsbedingungen durch die Hafearbeiter selbst sowie dem durch die veränderten Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen begründeten Forderungs- und Konfliktpotential — wie es z. B. im Hafearbeiterstreik 1978 ansatzweise sichtbar wurde — gefragt.

Über eine empirische Untersuchung zu den „Auswirkungen von Rationalisierungsmaßnahmen in der Druckindustrie auf Struktur und Handlungsmöglichkeiten der IG Druck und Papier“, das derzeit an der Hamburger Hochschule für Wirtschaft und Politik im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung durchgeführt wird, berichteten *H. Milz* und *H. Obens*. Das Projekt soll dazu beitragen, das quantitative Ausmaß und die qualitative Struktur der bisherigen technisch-arbeitsorganisatorischen Umstrukturierungsprozesse in der Druckindustrie zu analysieren und versuchen, systematisch Schlüsse auf weitere zu erwartende Rationalisierungsprozesse und deren Folgen abzuleiten. Dabei steht im Zentrum der Überlegungen die Frage nach den Veränderungen des gewerkschaftlichen Handlungspotentials, das durch die branchenspezifische Entwicklung in der Druckindustrie maßgeblich bestimmt wird.

## V.

Die breite Palette der während des Kolloquiums angesprochenen Themen verdeutlicht, daß es in der Bundesrepublik ein kleines, aber intensiv arbeitendes Forscherpotential gibt, das sich mit Problemen des Gesellschaftsbewußtseins der Arbeiterklasse beschäftigt.

Die Vielfalt der Themen und die unterschiedliche methodische Herangehensweise der einzelnen Forschergruppen fordert unterschiedliche, in Einzelbereichen z. T. sogar sich widersprechende Forschungsergebnisse geradezu heraus, die es — wie auf dieser Tagung geschehen — im produktiven Dialog auch weiterhin zu diskutieren gilt.

Zu den vordringlichen Aufgaben auf dem Gebiet einer sich am Marxismus orientierenden Forschung zum gesellschaftlichen Bewußtsein der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik gehört — dies kann als ein wichtiges Ergebnis festgehalten werden — zum einen die intensivere Beschäftigung mit den konstitutiven Elementen der Sozialpartnerschafts-Ideologie und deren konkreten Auswirkungen auf die Meinungsbildungsprozesse und die Handlungs- und Konfliktbereitschaft der Arbeitenden und der Gewerkschaftsorganisationen.

Mit Sicherheit genügt es heute nicht mehr, die augenscheinliche Verfangenheit weiter Teile der Arbeiterklasse in sozialpartnerschaftlichen, reaktionären oder illusionären Wertorientierungen nur festzustellen. Vielmehr müssen Wege und Methoden zu ihrer exakteren Bestimmung und Erfassung ihres tatsächlichen Inhalts gefunden sowie Ansätze zu ihrer Überwindung entwickelt werden.

Zum anderen kommt es gerade angesichts der gegenwärtigen Krisensituation darauf an, die gewonnenen Forschungsergebnisse für die unmittelbare gewerkschaftliche Praxis nutzbar zu machen. In welcher Weise dies geschehen kann, wie Forschungsergebnisse in Schulungs- und Bildungsveranstaltungen umgesetzt, in die Informationspolitik der Gewerkschaften und anderer Arbeiterorganisationen eingehen können — diese Fragen bedürfen weiterer Diskussionen.

## Der Aufbauplan des „Kapital“, die Konkurrenzformen und die Kritiker der Monopoltheorie<sup>1</sup>

Winfried Schwarz

*I. Die dialektische Lösung des Widerspruchs in der Werttheorie — II. Rosdolskys Fehlinterpretation der Marxschen Planänderung — III. Konkurrenzform und Monopoltheorie — IV. Das „Kapital im allgemeinen“ als Einlösung der „allgemeinen Formel des Kapitals“ — V. Das „Kapital im allgemeinen“ unter der Dominanz eines neuen Strukturprinzips*

Die Vorarbeiten von *Karl Marx* zum „Kapital“ scheinen auf den ersten Blick nur von theoriegeschichtlichem Interesse zu sein. Insbesondere die in den letzten Jahren geführte Diskussion, ob das „Kapital im allgemeinen“, also jene Kategorie, auf deren Entfaltung sich die „Grundrisse“ von 1857/58 ausdrücklich beschränken, in der Folge um die Konkurrenz und andere Bestimmungen erweitert worden ist oder nicht, mag den Eindruck erweckt haben, als handle es sich dabei um eine reine Schrulle von anderweitig unbeschäftigten „Marxologen“. Dennoch ist die Klärung gerade dieser Frage von aktueller methodologischer Bedeutung, nicht zuletzt weil in gegenwärtigen politisch-theoretischen Kontroversen, wie z. B. über den Krisen- oder Monopolbegriff, sich immer wieder Positionen finden, die sich durch eine entsprechende Interpretation der Struktur und des Aufbauplans des „Kapital“ methodologisch abzusichern versuchen. So wird z. B. mit einem die Konkurrenz umfassenden „Kapital im allgemeinen“ gegen die Leninsche Imperialismustheorie argumentiert.<sup>2</sup> Indem nämlich die freie, eine gleich große Durchschnittsprofitrate erzeugende Konkurrenz im „Kapital“ dargestellt werde, das „Kapital“ jedoch ausschließlich solche Bestimmungen, und zwar auf der gleichen logischen Ebene, enthalte, die für die gesamte Epoche des Kapitalismus allgemein gültig sind (Kapital im allgemeinen), sei es falsch, innerhalb des Kapitalismus eine bestimmte Entwicklungsetappe zu behaupten, die nicht von der freien Form der Konkurrenz, sondern von monopolistisch dauerhaft deformierter Konkurrenz geprägt sei. Soweit der zusammengefaßte Gedankengang der Kritiker der Monopoltheorie, mit dem wir uns im folgenden auseinandersetzen wollen. Dabei werden wir die Gelegenheit nutzen, unsere eigene Auffassung von der Entwicklung des Marxschen Aufbauplans für das „Kapital“ vorzutragen, eine Auffassung, die sich übrigens mit neueren Resultaten der *Marx-Engels*-Forschung in der DDR und der Sowjetunion weitgehend deckt.<sup>3</sup>

1 Folgender Beitrag ist eine Kurzfassung wichtiger Gedankengänge aus einer breiteren Untersuchung des Autors über die Marxschen Vorarbeiten zum „Kapital“, insbesondere über die Strukturgeschichte. Sie erscheint demnächst bei deb in Westberlin unter dem Titel „Vom Rohentwurf zum Kapital“.

2 vgl. die Antikritik an den Kritikern der Monopoltheorie durch Braunsdorf/Löffler, Kapitalbegriff und Monopol, Westberlin (deb) 1976.

3 vgl. Manfred Müller, Auf dem Wege zum „Kapital“, Westberlin (deb) 1979. Ders., Zu einigen sowjetischen Forschungsergebnissen über die Entstehungsgeschichte des „Kapital“, in: Beiträge zur Geschichte der Marx/Engels-Forschung und -Edition in der Sowjetunion und der DDR, Berlin 1978, S. 114 ff.

## I. Die dialektische Lösung des Widerspruchs in der Werttheorie

Das „Kapital“, in der Gesamtheit seiner 3 Bücher betrachtet, enthält sowohl die inneren Bewegungsgesetze der kapitalistischen Produktion als auch deren widersprüchliche Durchsetzungsweise an der Oberfläche der Erscheinung. Die durchgeführte Vermittlung zwischen den verschiedenen Ebenen des Wertgesetzes ist gerade eine spezifische wissenschaftliche Leistung von *Marx*, die ihn gegenüber den bürgerlichen Klassikern auszeichnet. Das zeigt sich besonders bei der Frage der Konkurrenz.

Der Widerspruch in der Wertbewegung besteht bekanntlich darin, daß in der Konkurrenz die Waren nicht zu ihrem Wert, sondern zu einem Kostpreis plus einem von der Größe des Kapitals und nicht von der wirklich in ihnen vergegenständlichten Mehrarbeit abhängigen Durchschnittsprofit — dem Produktionspreis — verkauft werden. Die Ökonomen vor *Marx*, die auf der Arbeitswerttheorie bestanden, gerieten immer wieder in Widerspruch zur Realität, da sie die unterschiedlichen Geltungsebenen des Wertgesetzes nicht auseinanderhalten konnten. Die Lösung des Widerspruchs in der Werttheorie war überhaupt nur möglich durch vorläufige Abstraktion von der Konkurrenzbewegung der Kapitale, um die innere Grundlage der kapitalistischen Produktion, die Wertbestimmung durch die Arbeit, rein herausarbeiten zu können. Erst auf dieser Grundlage kann nach der Einbeziehung der Konkurrenzverhältnisse die Verkehrtheit und Mystifikation der Erscheinungsformen an der Oberfläche, nämlich die scheinbare Wertbestimmung durch das Kapital unabhängig von der Arbeit begriffen werden.

Dieser Leistung von *Marx* liegt seine besondere wissenschaftliche bzw. dialektische Methode zugrunde, die im Kern darin besteht, die konkreten, verselbständigten Gestaltungen der Produktionsverhältnisse nicht einfach als gegebene zu analysieren, sondern auf ihren Ursprung zu hinterfragen, um das Konkrete aus der inneren Einheit seines allgemeinen Gesetzes genetisch zu entwickeln.<sup>4</sup> Die Darstellungsweise des „Kapital“ folgt diesem Prinzip, vom Abstrakten zum Konkreten zu schreiten. Die Reihenfolge seiner ökonomischen Kategorien bildet insgesamt einen Prozeß der stufenweisen Verkomplizierung, in dessen Verlauf die Verkehrung und Mystifikation der inneren Bewegungsgesetze des Kapitals an der Oberfläche der Produktionsverhältnisse nachvollzogen werden.

Wenngleich die Ebene der Konkurrenz nur eine bestimmte Stufe unter anderen in diesem gesamten Darstellungsprozeß ist, so kommt ihr doch eine besondere Bedeutung zu, weil die Verwandlung des Profits im Durchschnittsprofit nicht nur eine qualitativ-formelle Verschleierung des Kapitalverhältnisses bildet, sondern real und quantitativ die Kapitalverwertung von der wirklichen Ausbeutung der menschlichen Arbeit losscheidet. Fürs erste mag dieser Hinweis auf die herausragende Rolle der Konkurrenz im *Marx*schen „Kapital“ genügen. Wir werden noch auf weitere Momente zu sprechen kommen, die ihr zusätzliche Bedeutung verleihen.

Diese Überlegungen setzen am vollenderen Werk von *Marx* an, an den überlieferten 3 Bänden des „Kapital“. Es ist jedoch klar, daß die Vorarbeiten zum „Kapital“ wichtig werden müssen, wenn man die *Marx*sche Methode, insbesondere seine Darstellungsweise der ökonomischen Kategorien, untersuchen will. Denn dort ist die dialektische Form der Darstellung noch nicht vollendet, vielmehr besteht ein großer Teil der wissenschaftlichen Arbeit von *Marx* in den drei „Kapital“-Manuskripten von 1857 bis 1865 darin, den inneren Gang der Kategorienentwicklung überhaupt erst zu erforschen.

<sup>4</sup> vgl. Karl Marx, Friedrich Engels, Werke (MEW) Bd. 26. 2, S. 490

## II. Rosdolskys Fehlinterpretation der Marxschen Planänderung

Zwei Arbeiten haben gegen Ende der sechziger Jahre die Aufmerksamkeit der sich in der BRD und West-Berlin in neuem Maßstab entwickelnden Beschäftigung mit der ökonomischen Theorie von Marx auf die Vorarbeiten und früheren Aufbaupläne des „Kapital“ gelenkt. *Witali S. Wygodskis* „Die Geschichte einer großen Entdeckung“, welche den Entstehungsprozeß der Theorie in ihren wichtigsten Punkten — Wert- und Geldtheorie, Mehrwerttheorie und Theorie vom Durchschnittsprofit und Produktionspreis — nachvollzieht<sup>5</sup> und *Roman Rosdolskys* „Zur Entstehungsgeschichte des Marxschen ‚Kapital‘“<sup>6</sup>, die einen sehr ausführlichen Kommentar zu den „Grundrissen“ bildet, jenem ursprünglichen „Kapital“-Manuskript von 1857/58.

Beide Autoren zeigen, daß im Zentrum des ersten Darstellungsversuchs von *Marx* die Kategorie des „Kapital im allgemeinen“ steht bzw. daß der Rohentwurf nichts anderes ist als die Entfaltung des „allgemeinen Begriffs des Kapitals“.

Beide sind sich aber auch über die inhaltliche Veränderung, sprich Erweiterung des „Kapital im allgemeinen“ im „Kapital“ gegenüber den „Grundrissen“ einig. Diese Auffassung von der späteren Ausweitung des „Kapital im allgemeinen“, die in modifizierter Form auch von *V. Bader* u. a. oder vom Projekt Klassenanalyse vertreten wird, halten wir für falsch.

Der Aufbauplan für das erste von 6 Büchern über das ökonomische System, das „Buch vom Kapital“, sah innerhalb dieses Buchs zuerst die Erörterung des „Kapital im allgemeinen“ vor, das sich selbst wieder in drei Unterabschnitte teilte: „Produktionsprozeß des Kapitals, Zirkulationsprozeß des Kapitals, Einheit von beiden oder Kapital und Profit, Zins“. Sodann sollte die „Aktion der vielen Kapitalien aufeinander“ betrachtet werden — im Abschnitt von der Konkurrenz. Als dritter war der Abschnitt über das Kreditwesen vorgesehen, als vierter der zum Aktienkapital. Auf das Buch vom Kapital sollten 5 weitere Bücher folgen, so daß sich folgender Aufbauplan für das Gesamtwerk ergibt.

1. Kapital
2. Grundeigentum
3. Lohnarbeit
4. Staat
5. Internationaler Handel
6. Weltmarkt.<sup>7</sup>

Bekanntlich bleiben die „Grundrisse“ in der Reichweite der Darstellung auf den ersten Abschnitt des Buchs vom Kapital, nämlich das „Kapital im allgemeinen“, beschränkt. Die gelegentlichen Bemerkungen über die Konkurrenz tragen dort sämtlich Verweisungscharakter und werden in der Systematik dem nachfolgenden Abschnitt zugeteilt. In gleicher Weise hat *Marx* noch in seinem zweiten „Kapital“-Manuskript von 1861/63, das er mit „Capital im Allgemeinen“ überschrieb<sup>8</sup>, jedenfalls soweit es die bisher veröffentlichten Hefte betrifft, das „Kapital im allgemeinen“ von der Konkurrenz geschieden. Doch im 18. von insgesamt 23 Heften kommt es laut *Rosdolsky* zu einem „radikalen Bruch mit

<sup>5</sup> Witali S. Wygodski, *Die Geschichte einer großen Entdeckung*, Berlin 1967 (Moskau 1965).

<sup>6</sup> Roman Rosdolsky, *Zur Entstehungsgeschichte des Marxschen „Kapital“*, Frankfurt 1968.

<sup>7</sup> vgl. Planskizze im Brief an Lasalle vom 22. 2. 1858, in: MEW Bd. 29, S. 551 und im Vorwort von „Zur Kritik der politischen Ökonomie“, in: MEW Bd. 13, S. 7.

<sup>8</sup> Karl Marx, Friedrich Engels, *Gesamtausgabe (MEGA) Bd. II, 3. 1*, Berlin 1976, S. 4.

dem alten Einteilungsschema des Buches vom Kapital“. Mit dem im Januar 1863 niedergeschriebenen neuen Planentwurf werde „die Absicht einer gesonderten Darstellung der Konkurrenz, des Kreditwesens und des Aktienkapitals fallen gelassen, dafür aber der vom ‚Kapital im allgemeinen‘ handelnde erste Abschnitt des I. Buches fortschreitend erweitert“.<sup>9</sup>

Das dritte Kapitel des „Kapital im allgemeinen“, der Abschnitt über Profit und Zins, werde zum dritten Buch des „Kapital“ ausgeweitet, worin der „wesentliche Teil“ von Konkurrenz, Kredit und Aktienkapital untergebracht würden. Der Rahmen des „Kapital im allgemeinen“ werde dadurch erweitert, der der Konkurrenz „hingegen eingengt“. Bereits in der Form des Planentwurfs vom Januar 1863 komme diese begriffliche Veränderung zum Ausdruck. Denn dort fänden sich in einem und demselben „Abschnitt III“ sowohl die „Verwandlung des Mehrwerts in Profit“ — der ursprüngliche Schlußteil des „Kapital im allgemeinen“ — als auch Verhältnisse der Konkurrenz, nämlich die „Verwandlung des Profits im Durchschnittsprofit“.<sup>10</sup>

Diese formale Einheit von „Kapital im allgemeinen“ und „Konkurrenz“ ist für Rosdolsky ein Hauptindiz dafür, daß die Unterscheidung zwischen beiden, die für den „Rohentwurf“ konstitutiv war und für die „Theorien über den Mehrwert“ bis Dezember 1862 noch galt, im Januar 1863 aufgegeben worden ist, und zwar endgültig, da das „Kapital“ in dieser Hinsicht der neuen Gliederung folgt. Der dritte Band des „Kapital“ sei der dritte Abschnitt des „Kapital im allgemeinen“, und die Tatsache, daß in ihm Fragen der Konkurrenz — einschließlich des Handelskapitals, des Kreditwesens und des Grundeigentums — Platz gefunden haben, sei der eindeutige Ausdruck einer begrifflichen Ausweitung des allgemeinen Kapitalbegriffs, welcher korrespondierend eine Einengung des ursprünglichen Abschnitts der Konkurrenz entspreche.

Wir wollen nun keineswegs die Gegenbehauptung aufstellen, daß Marx den ursprünglichen Abschnitt von der Konkurrenz unverändert gelassen hat. Die Herstellung der allgemeinen Profitrate ist tatsächlich aus ihm heraus- und in die „allgemeine Untersuchung des Kapitals“ hereingenommen worden. Insofern ist der Abschnitt wirklich eingengt worden — wenn er, was gar nicht sicher ist, letztlich überhaupt noch als selbständiger Abschnitt im unmittelbaren Anschluß an die drei Bücher des „Kapital“ aufrechterhalten werden sollte. Genauso falsch wäre es, den Abschnitt über den Durchschnittsprofit im dritten Buch als den ganzen, z. Zt. der „Grundrisse“ bereits in dieser Weise geplanten Konkurrenzabschnitt zu betrachten, um somit jegliche Planänderung abzustreiten. Dennoch sind die unleugbaren Änderungen am Abschnitt von der Konkurrenz kein Beweis auch für Veränderungen des vorausgehenden „Kapital im allgemeinen“.

Die Hereinnahme von ursprünglich dem Abschnitt von der Konkurrenz zugeordneten Bestimmungen des Kapitals in die „allgemeine Untersuchung“ heißt unserer Meinung nach nichts anderes, als daß die „allgemeine Untersuchung“ eben über das „Kapital im allgemeinen“ hinausgeht und mehr ist als dieses. Am „Kapital im allgemeinen“ im ursprünglichen Sinne wollen wir in der Tat festhalten, zwar nicht als Strukturprinzip der gesamten Darstellung, aber als Teil des „Kapital“.

Wenn wir auf der Kontinuität „Kapital im allgemeinen“ im ursprünglichen begrifflichen Sinn bestehen, so müssen wir andererseits auch die neue Gesamtgliederung erklären.

<sup>9</sup> Rosdolsky, a. a. O., S. 26.

<sup>10</sup> vgl. Plan zum III. Teil oder III. Abschnitt des „Kapitals“, MEW Bd. 26. 1, S. 390.

Dies werden wir im Schlußteil dieses Aufsatzes tun. Doch zunächst zu den Konsequenzen der Aufbauplan-Interpretation für die Monopoltheorie.

### III. Konkurrenzform und Monopoltheorie

So unterschiedlichen Kritikern der Theorie vom Monopolkapitalismus wie etwa dem Projekt Klassenanalyse, E. Altvater, M. Wirth, Ch. Neusüß, R. Ebbighausen oder D. Jordan<sup>11</sup> ist gemeinsam, daß sie sowohl das Monopol als bestimmendes ökonomisches Strukturmerkmal des gegenwärtigen Kapitalismus bestreiten als auch — damit zusammenhängend — den Begriff der historischen Niedergangphase des Kapitalismus ablehnen. Monopole werden in dieser mit marxistischem Anspruch auftretenden Kritik nicht als historisch neue Qualität des Kapitalverhältnisses, sondern als zufällige Störungen der tendenziell freien Konkurrenz aufgefaßt, der freien Konkurrenz, welche die dem heute voll entwickelten Kapitalismus adäquate Durchsetzungsform der inneren Gesetze des Kapitals sei.

Sicherlich — um dies nur anzumerken — liegt eine gewisse Ironie darin, daß ausgerechnet aus dieser Richtung, für die keine einzige Kategorie des Marxschen „Kapital“ der historischen Veränderung innerhalb des Kapitalismus zugänglich erscheint, der Vorwurf des Dogmatismus gegenüber den Leninisten erhoben wird, die sich doch gerade um eine Weiterentwicklung der Marxschen Theorie im Sinne der theoretischen Verarbeitung neuer kapitalistischer Phänomene auf dem Boden des „Kapital“ bemühen.

Tatsächlich behandelt Marx im zweiten Abschnitt des dritten Bandes des „Kapital“ die Konkurrenz als freie und uneingeschränkte, die in der Tendenz einen Ausgleich der Profitraten auf ein allgemeines Niveau herbeiführt. Der innere Drang nach maximaler Verwertung, der bereits in der allgemeinen Formel des Kapitals  $G-W-G'$  von Marx analysiert wird, treibt jedes einzelne der vielen Kapitale in den Konkurrenzkampf mit anderen seinesgleichen um die national beschränkte Mehrwertmasse. Jedes Kapital versucht, in die Anlagesphäre mit der höchsten Profitrate einzudringen — und eben diese ständige Bewegung führt im Resultat zur Ausgleichung der individuellen Profitraten, verwandelt die Werte in Produktionspreise.

Damit der Ausgleich gelingt, wird die freie Übertragbarkeit der Kapitale von einer Branche in die andere unterstellt sowie ein Kräftegleichgewicht der Konkurrenten. „Die durchschnittliche Profitrate tritt ein mit dem Gleichgewicht der Kräfte der konkurrierenden Kapitale untereinander.“<sup>12</sup> Abstrahiert wird in der Darstellung von allen Beeinträchtigungen der freien Kapitalbewegung, um das Gesetz rein betrachten zu können. Marx: „In der Theorie wird vorausgesetzt, daß die Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise sich rein entwickeln. In der Wirklichkeit besteht immer nur Annäherung.“<sup>13</sup>

Dennoch handelt es sich nicht um ein fiktives Modell. Die freie Konkurrenz nur als äußere Voraussetzung zu behandeln, um die Gesetze des Kapitals als Theoretiker studieren zu können, dies kreidet Marx in den „Grundrissen“ gerade Ricardo an.<sup>14</sup> An jener Stelle fährt Marx fort: „Aber diese Annäherung ist um so größer, je mehr die kapitalistische Produktionsweise entwickelt und je mehr ihre Verunreinigung und Verquickung mit Resten

11 vgl. Braunsdorf/Löffler, a. a. O.

12 Karl Marx, Das Kapital, Bd. 3, MEW Bd. 25, S. 872.

13 a. a. O., S. 184.

14 vgl. Karl Marx, Grundrisse zur Kritik der politischen Ökonomie (Grundrisse), Berlin 1953, S. 544.

früherer ökonomischer Zustände beseitigt ist.“<sup>15</sup> Oder an anderer Stelle: „Diese Ausgleichung gelingt dem Kapital mehr oder minder, je höher die kapitalistische Entwicklung in einer gegebenen nationalen Gesellschaft ist.“<sup>16</sup>

Die freie Konkurrenz ist demnach keine rein logische Abstraktion, sondern eine reale Tendenz. „Die freie Konkurrenz ist die reelle Entwicklung des Kapitals. . . . Der wechselseitige Zwang, den in ihr die Kapitalien aufeinander, auf die Arbeit etc. auswirken, (. . .) ist die freie, zugleich reale Entwicklung des Reichtums als Kapital.“<sup>17</sup> Aber sie ist nicht nur eine Realität, sondern gleichzeitig eine historisch hervorgebrachte. In seiner Geschichte befreit sich das Kapital von feudalistischen Beschränkungen und entwickelt sich zur freien Konkurrenz hin. Die freie Konkurrenz ist somit selber historisches Produkt der Entwicklung des Kapitalismus. Sie ist deshalb nach *Marx* — und dies gilt es erst einmal festzuhalten — ihrer Natur nach nicht nur eine logische, sondern auch eine historische Kategorie.

Im „Kapital“ behandelt *Marx* die freie Form der Konkurrenz zugegebenermaßen nicht in erster Linie deshalb, weil sie damals gerade die gegebene oder vorherrschende historische Form — etwa im kapitalistisch hochentwickelten England — gewesen ist, sondern ausschlaggebend für diese Darstellungsweise ist ihre logische Dimension. In der Theorie wird die freie Form der Konkurrenz betrachtet, weil sie am meisten dem Begriff des Kapitals entspricht. „Die freie Konkurrenz ist aber die adäquate Form des produktiven Prozesses des Kapitals. Je weiter sie entwickelt ist, um so reiner treten die Formen seiner Bewegung hervor.“<sup>18</sup>

Was heißt dies? Oder warum ist die freie Form der Konkurrenz überhaupt die adäquate Form des Kapitals?

Zu verstehen ist die Marxsche Formulierung nur, wenn man sich die begriffliche Unterscheidung zwischen „immanenten Gesetzen der kapitalistischen Produktion“ und „äußerer Bewegung der Kapitale“<sup>19</sup> bewußtmacht. Gewissermaßen die Instanz, welche die inneren Gesetze des Kapitals in die äußere Realität umsetzt, ist die Konkurrenz. Dies soll heißen, daß sich die innere Natur des Kapitals in Abhängigkeit von der Wucht durchsetzt, mit der die vielen Kapitale aufeinanderprallen. Bei — etwa feudalistisch — eingeschränkter Konkurrenz verwirklichen sich die Gesetze des Kapitals nicht vollständig — äußern sich nur als „Tendenzen“.<sup>20</sup>

Vollständig real können sie nur bei freier, unbeschränkter Konkurrenz werden, weil nur dann der wechselseitige Druck der einzelnen Kapitale aufeinander maximal ist. Das heißt, nur dann gilt das Gesetz der gleichen Profitrate, nur bei freiem Kräftespiel ist jedes einzelne Kapital „bei Strafe des Untergangs“ (*Marx*) durch andere Kapitale gezwungen, seiner inneren Verwertungsnatur vollständig zu gehorchen — sprich: sämtliche Möglichkeiten der Kapitalverwertung optimal auszunutzen. Auf diese Weise muß dem einzelnen Kapital noch die Einhaltung seiner eigenen Gesetze als von fremdem Kapital verursacht erscheinen. Die inneren Gesetze des Kapitals verwandeln sich in Zwangsgesetze der Konkurrenz: „Die Konkurrenz herrscht jedem individuellen Kapitalisten die immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktion als äußere Zwangsgesetze auf.“<sup>21</sup>

15 Das Kapital, Bd. 3, a. a. O., S. 184.

16 a. a. O., S. 206.

17 Grundrisse, S. 544.

18 a. a. O.

19 Karl Marx, Das Kapital, Bd. 1, MEW Bd. 23, S. 335.

20 Grundrisse, S. 543.

21 Das Kapital, Bd. 1, S. 618; vgl. auch S. 286.

Oder: „Durch sie wird als äußerliche Notwendigkeit für das einzelne Kapital gesetzt, was der Natur des Kapitals entspricht.“<sup>22</sup>

Indem in der Konkurrenz jedes einzelne Kapital nur unter dem Druck anderer Kapitale handelt, realisieren alle Kapitale zusammen genommen doch nichts Fremdes, sondern nur ihre eigenen immanenten Gesetze. Und obwohl die Konkurrenz lediglich den eigenen inneren Gesetzen zum Ausdruck verhilft, ist sie doch erst deren Verwirklichungsinstanz.

Wenn aber die Konkurrenz die inneren Gesetze des Kapitals „realisiert“ oder „exequiert“<sup>23</sup> — „was in der Natur des Kapitals liegt, wird nur reell herausgesetzt“<sup>24</sup> —, dann ist sie offensichtlich nur die *Durchsetzungsform* eines ihr vorgegebenen Inhalts. Oder, wie es in den „Grundrissen“ heißt, „die Konkurrenz erklärt daher nicht diese Gesetze, sondern läßt sie sehen, produziert sie aber nicht“.<sup>25</sup> Daraus folgt für die Theorie, daß die immanenten Gesetze des Kapitals unabhängig von der Konkurrenz betrachtet bzw. *vor* ihr dargestellt werden müssen, da sie „auch vor der Konkurrenz und ohne Rücksicht auf die Konkurrenz begreiflich“<sup>26</sup> sind. Gleichzeitig heißt dies, wie Braunsdorf/Löffler zu Recht gegen ein Zusammenwerfen der Konkurrenz mit dem „Kapital im allgemeinen“ auf die gleiche analytische Ebene eingewandt haben, daß die Konkurrenz als Durchsetzungsform eben dadurch bereits auf einer anderen, nämlich niedrigeren Abstraktionsebene liegt als die ihr in der Darstellung vorausgehenden Kategorien des Kapitals.<sup>27</sup>

Diese Differenzierung der Abstraktionsebenen zwischen „Kapital im allgemeinen“ und „Konkurrenz“ kann übrigens als erstes denen entgegengehalten werden, die den im „Kapital“ behandelten Konkurrenzgleich der Profitraten auf die prinzipiell gleiche Darstellungsstufe wie die vorausgehenden Formbestimmungen verlegen wollen, um aus der Durchschnittsprofitrate ein für den gesamten Kapitalismus allgemein notwendiges Gesetz im unmittelbar quantitativen Sinne zu machen, von der gleichen Allgemeingültigkeit wie etwa die Produktion von Mehrwert.

Was mit der Aufdeckung des unterschiedlichen Abstraktionsniveaus gewonnen ist, ist dies, daß die Konkurrenz in ihrer im „Kapital“ dargestellten freien Form zwar am meisten der inneren Natur des Kapitals entsprechen mag, daß aber, und darauf kommt es an, umgekehrt mit der inneren Natur des Kapitals noch keineswegs die freie Form der Konkurrenz gegeben ist.

Die freie Konkurrenz ist einerseits eine spezifische historische Form der Aktion der Kapitale aufeinander, und zwar eine solche, auf die sich der historisch erstarkende Kapitalismus hin entwickelt. Andererseits ist die freie Konkurrenz, weil sie die immanenten Gesetze des Kapitals vollständig realisiert, die dem Kapitalverhältnis begrifflich oder logisch am meisten entsprechende Bewegungsform. Letzterer Umstand ist dafür ausschlaggebend, daß in der allgemeinen Analyse der kapitalistischen Produktion, wie sie in den 3 Büchern des „Kapital“ durchgeführt wird und die über die immanenten Gesetze des Kapitals oder über das ursprüngliche „Kapital im allgemeinen“ hinausgeht, die Konkurrenz in ihrer freien Form behandelt wird. In der freien Konkurrenz bewegt sich das Kapital seinem Begriff gemäß.

22 Grundrisse, S. 544.

23 a. a. O., S. 683.

24 a. a. O., S. 545.

25 a. a. O., S. 450.

26 a. a. O., S. 637/8.

27 Braunsdorf/Löffler, a. a. O., S. 52.

Aus der logischen Übereinstimmung der freien Konkurrenz mit der inneren Natur des Kapitals ergibt sich ihre Darstellungsweise im „Kapital“. Diese logische Übereinstimmung bildet auch die Grundlage oder den realen Ansatzpunkt für die dogmatische und unhistorische Verabsolutierung der freien Konkurrenz bei den Kritikern der Monopoltheorie. Aus der begrifflichen Adäquanz folgt aber keineswegs die historische Unmöglichkeit einer Formveränderung der Konkurrenz innerhalb des Kapitalismus. Legitim ist höchstens der Schluß, daß andere Formen der Konkurrenz, etwa die monopolistische, dem Kapitalbegriff weniger adäquat sind, weil sie als eingeschränkte Konkurrenz die immanenten Gesetze des Kapitals nicht vollständig realisieren können, zu Verzerrungen in der Durchsetzungsweise der Gesetze führen. Geändert hätten sich dann nicht die immanenten Gesetze des Kapitals, geändert hätte sich deren Durchsetzungsweise, was allerdings bedeutet, daß sich das Kapital nicht mehr vollständig seinem Begriff gemäß bewegt. Die historische Unmöglichkeit des Monopolkapitalismus kann mit jener Darstellungsweise der Konkurrenz im dritten Band des „Kapital“ aber nicht begründet werden. Dieser Irrtum entspringt aus einer einseitig logischen Interpretation des Marxschen Hauptwerkes und führt zu einem völligen Unverständnis der historischen Entwicklungsdynamik der kapitalistischen Produktionsweise.

Zwar darf der engere Zusammenhang zwischen inneren Gesetzen des Kapitals und der Konkurrenz nicht zerrissen werden. Solange es viele Kapitalien gibt, gibt es ihre Wechselwirkung aufeinander — eine Wechselwirkung, die den gesellschaftlichen Zusammenhang der durch das Privateigentum voneinander getrennten individuellen Kapitale erst herstellt. Dies ist ein allgemeines Gesetz für die kapitalistische Produktionsweise überhaupt, denn „Kapital existiert und kann nur existieren als viele Kapitalien“.<sup>28</sup>

Jedes einzelne der vielen Kapitale hat die gleiche innere Natur, nämlich den Drang nach unendlicher Verwertung des Wertvorschusses — unabhängig von den Fähigkeiten, ihn zu realisieren; und daraus entspringt der Kampf der Einzelkapitale um den größten Anteil am gesellschaftlichen Mehrwert als notwendiges Gesetz. Der Konkurrenzkampf geht so weit, daß gegenwärtig noch das größte Monopolkapital seinen aus bevorzugter Position im Reproduktionsprozeß entstehenden Extraprofit ständig gegen nationale und internationale Konkurrenten verteidigen muß, ja daß es ihn und seine individuelle Monopolstellung sogar verlieren kann. Was indessen nicht gegen die Monopoltheorie spricht, die keineswegs die Dauerhaftigkeit des einzelnen Monopols, sondern der monopolistischen Struktur als solcher für die Spät- bzw. Niedergangsphase des Kapitalismus behauptet.<sup>29</sup>

Andererseits darf der Zusammenhang zwischen inneren Gesetzen und Konkurrenz nicht mechanistisch mißverstanden werden. Aus der allgemeinen Natur des Kapitals geht die Konkurrenz ihrerseits nur als *allgemeines* Bewegungsgesetz der vielen Kapitale hervor — aber keineswegs schon ihre spezifische Form. Aus den allgemeinen, immanenten Gesetzen des Kapitals läßt sich wohl die Wechselwirkung der individuellen Kapitale ableiten und ebenfalls die spezifisch historische Form der freien Konkurrenz als die dem Kapitalbegriff adäquate Gestalt begründen; die jeweils historisch reale Form der Konkurrenz oder der Durchsetzungsweise der immanenten Gesetze des Kapitals ist mit der allgemeinen Natur des Kapitals aber noch nicht gegeben. Die Form der Konkurrenz, ob freie oder

28 Grundrisse, S. 317.

29 vgl. IMSF (Hrsg.), Das Monopol — ökonomischer Kern des heutigen Kapitalismus, Frankfurt 1976; darin insbesondere die Beiträge von J. Huffschild, H. Jung und R. Katzenstein.

verzerrte, hängt als wechselseitige Aktion der Kapitale aufeinander vielmehr ab von der Struktur des gesellschaftlichen Gesamtkapitals, d. h. wie weit ein Kräftegleichgewicht innerhalb der Gesamtheit der vielen aufeinander agierenden individuellen Kapitale besteht oder nicht.

Wenn wir die Formveränderung der Konkurrenz auf eine Strukturveränderung im gesellschaftlichen Gesamtkapital zurückführen wollen, so haben wir damit zugegebenermaßen weder das eine noch das andere schon erklärt. Die Strukturveränderung, sprich die Herausbildung der monopolistisch bestimmten Struktur des Gesamtkapitals, darf ihrerseits nicht — zirkulär — wieder aus dem Konkurrenzkampf erklärt werden. Sie muß unabhängig von der Konkurrenz aus den immanenten Entwicklungsgesetzen der kapitalistischen Produktion erklärt werden. Und gerade das hat *Lenin* durch die Anwendung der Marxschen Akkumulationstheorie in seiner Imperialismusschrift getan.

Die historische Gesamtentwicklung des Kapitalismus stellt sich bei *Marx* dar einerseits als fortwährendes Größenwachstum des gesellschaftlichen Gesamtkapitals und andererseits — Hand in Hand damit — als kontinuierliche Entfaltung des gesellschaftlichen Charakters des Produktionsprozesses. Der Akkumulationsprozeß der Kapitale entwickelt aktiv die spezifisch kapitalistische, vergesellschaftete Produktionsweise, die ihrerseits ein stets wachsendes Kapitalminimum als Voraussetzung unterstellt. Die freie Entfaltung der gesellschaftlichen Produktivkräfte stieße indessen bald an die Grenzen der individuellen Akkumulationskraft der privaten Einzelkapitale, wenn sich das Wachstum des gesellschaftlichen Gesamtkapitals ausschließlich durch gleichmäßige Erweiterung der vielen individuellen Kapitale vollzöge. Anders gesagt: Die gegebene Struktur des Gesamtkapitals — die Zersplitterung in viele kleine Einzelkapitale — erlaubt die Produktivkraftentfaltung nur bis zu einem gewissen Punkt, an dem sie in eine Fessel derselben umschlagen müßte. Doch sie ändert sich. Zu der Akkumulation des eigenen Mehrwerts oder der Konzentration im engeren Sinne tritt — insbesondere auf der Grundlage des entwickelten Kreditsystems — die Verwendung fremden Kapitals und die Zusammenfassung bereits gebildeter Kapitale zu immer größeren Kapitalmassen. Diese Form der Kapitalakkumulation, die Zentralisation, welche über die entgegenwirkenden, dezentralisierenden Tendenzen dominiert, geschieht sowohl durch Expropriation und Annexion schwächerer Kapitale als auch durch die Verschmelzung von Kapitalen durch Aktiengesellschaften.

Die Aktiengesellschaften sind als assoziierte Formen von privatem Kapital einerseits die Reaktion auf die gewachsene Stufenleiter der gesellschaftlichen Produktion, andererseits die neue Gestalt der Eigentumsverhältnisse zur aktiven Weiterentwicklung der Produktivkräfte. Der grundsätzliche Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktivkräfte und dem privaten Charakter der Produktionsverhältnisse wird dadurch nicht aufgehoben, aber vorübergehend gelöst. *Marx* charakterisiert die neue Eigentumsform im Rahmen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse folgendermaßen: Das Aktienkapital erhält „direkt die Form von Gesellschaftskapital (Kapital assoziierter Individuen) im Gegensatz zum Privatkapital, und seine Unternehmungen treten auf als Gesellschaftsunternehmungen im Gegensatz zu Privatunternehmungen. Es ist die Aufhebung des Kapitals als Privateigentum innerhalb der Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise selbst.“<sup>30</sup> Und: „Aber die Verwandlung in die Form der Aktie bleibt selbst noch befangen in den kapitalistischen Schranken; statt daher den Gegensatz zwischen dem Cha-

30 Das Kapital. Bd. 3, S. 453.

rakter des Reichtums als gesellschaftlicher und als Privatwohlstand zu überwinden, bildet sie ihn nur in neuer Gestalt aus.“<sup>31</sup> Für *Marx* ist das Aktienkapital „die äußerste Form, wozu die Aufhebung geht, die aber zugleich das ultimative Setzen des Kapitals in seiner ihm adäquaten Form“ ist.<sup>32</sup>

Bekanntlich hat später *Engels* noch weitergehende Formen der Assoziation des Kapitals beschrieben, die kapitalistischen Trusts, die er als „die zweite und dritte Potenz der Aktiengesellschaft“<sup>33</sup> bezeichnete. Denn „auf einer gewissen Entwicklungsstufe genügt auch diese (einfache; *W. S.*) Form nicht mehr“.<sup>34</sup> Aktiengesellschaft schließt sich mit Aktiengesellschaft zusammen, es entsteht eine neue Qualität von Kapitalmacht. Die Strukturverschiebung innerhalb des gesellschaftlichen Gesamtkapitals ist mit einer qualitativen Kräfteverschiebung zugunsten jener großen Kapitale verbunden: „In den Trusts schlägt die freie Konkurrenz um ins Monopol.“<sup>35</sup>

Es soll an dieser Stelle keine Auseinandersetzung um diese Bemerkungen von *Engels*, an denen *Lenin* unmittelbar anknüpfte, geführt werden; auch nicht um das Verhältnis beider zu *Marx*. Unabhängig davon gilt es doch festzuhalten, daß schon *Marx* eine historische Veränderung der Struktur des gesellschaftlichen Gesamtkapitals durch das Aktienkapital als Resultat des kapitalistischen Akkumulationsprozesses analysiert hat und daß er diese Strukturveränderung als Ausdruck des sich historisch verschärfenden Widerspruchs zwischen privatkapitalistischen Produktionsverhältnissen und gesellschaftlichen Produktivkräften begriffen hat.

Die an *Marx* und *Engels* orientierte Monopoltheorie geht also keineswegs durch die Behauptung einer historischen Strukturveränderung des gesellschaftlichen Gesamtkapitals über die *Marx'sche* Analyse hinaus und auch nicht dadurch, daß sie die über die einfachen Aktiengesellschaften hinausgehenden Vergesellschaftungsprozesse der Kapitale aus dem sogenannten Grundwiderspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen erklärt, sondern dadurch, daß in ihrer Konzeption die Strukturveränderung des Gesamtkapitals eine neue Qualität erreicht hat und zu einer entscheidenden Modifikation des Verhältnisses der Kapitale untereinander geführt hat: Die großen Kapitaleinheiten erlangen eine dauerhaft dominierende Position im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß gegenüber den kleineren, verwandeln sich in Monopole. Ihre Bewegungsform untereinander und gegenüber den übrigen Kapitalen ist nicht mehr diejenige der freien Konkurrenz. Zwischen den Monopolen ist die freie Aktion von Kapital auf Kapital in ihrer Intensität gezügelt, und im Verhältnis zu den anderen Kapitalen wird die freie Wechselwirkung von Formen einseitiger ökonomischer Beherrschung überlagert. Auf dieser Grundlage ist die allgemeine Profitrate, der gleiche Profit auf gleich großes Kapital, nicht mehr die reale Tendenz des Konkurrenzkampfes, sondern dies, daß das Monopolkapital — auf Kosten der übrigen Kapitale — eine über das durchschnittliche Maß hinausgehende Verwertungsrate erzielt.

Die Monopole stehen demnach nicht außerhalb des Wertgesetzes, sondern die Durchsetzungsform der immanenten Gesetze des Kapitals ist jetzt die monopolistisch modifizierte Konkurrenz. Dieser gelingt nicht mehr die vollständige oder reine Realisierung je-

31 a. a. O., S. 456.

32 Grundrisse, S. 550.

33 Das Kapital, Bd. 3, S. 453.

34 MEW Bd. 19, S. 220.

35 a. a. O.

ner Gesetze. So wird nicht nur das Gesetz der gleichen Profitrate in seiner Geltung eingeschränkt, sondern die monopolistisch eingeschränkte Konkurrenz ist auch nicht mehr in der Lage, sämtliche Einzelkapitale zur absoluten Entwicklung der Produktivkräfte zu zwingen. Es entsteht die Tendenz zur Stagnation, wodurch das Kapitalverhältnis immer mehr seine historische Legitimation einbüßt, die es aus seiner Rolle bezog, die optimale Entwicklungsform der materiellen Produktivkräfte zu sein. Das Kapital bewegt sich nicht mehr vollständig seinem Begriff gemäß. Noch weniger ist dies im staatsmonopolistischen Kapitalismus der Fall, wo sich die immanenten Gesetze des Kapitals überhaupt nur noch mit Hilfe der außerökonomischen Instanz durchsetzen können.

Aus diesen Gründen schließt der Übergang von durch individuelles Privateigentum geprägten kapitalistischen Produktionsverhältnissen in die höhere Vergesellschaftungsform des Aktienkapitals und danach zum Monopol bis hin zum staatsmonopolistischen Kapitalismus trotz ständig wachsender Stufenleiter der Produktion und des Kapitals keine lineare Höherentwicklung der Produktionsweise ein. Die relative Übereinstimmung der grundsätzlich im Rahmen von Privateigentum verbleibenden kapitalistischen Produktionsverhältnisse mit dem wachsenden Vergesellschaftungsgrad der Arbeit durch die Herausbildung neuer Formen der Produktionsverhältnisse im Laufe des Akkumulationsprozesses gelingt vielmehr nur unter Preisgabe von wesentlichen Grundeigenschaften (*Lenin*) des reinen Funktionsmechanismus der ökonomischen Gesetze. Mit anderen Worten: Wir leben gegenwärtig in der historischen Niedergangsphase des Kapitalismus und nicht in der Zeit seiner höchsten Entwicklungsblüte. Zu Unrecht berufen sich daher die Kritiker der Monopoltheorie in ihrem exegetischen Nachweisversuch der freien Konkurrenz auf den Marxschen Satz: Je höher die kapitalistische Entwicklung in einem Land, desto besser gelingt die Ausgleiche der Profitraten.

Die Entwicklungshöhe der kapitalistischen Produktionsweise wird falsch eingeschätzt, wenn man nur entweder die quantitative absolute Ausweitung des Kapitalumfangs betrachtet oder — genauso einseitig — die wachsende Vergesellschaftung der Produktion, nicht aber beide Prozesse in ihrer Einheit analysiert. Die Stärke des Kapitals muß vielmehr stets auf die von ihm getragene gesellschaftliche Produktion bezogen werden. Dabei hat das Wachstum der Kapitale nicht Schritt gehalten mit der Entfaltung der gesellschaftlichen Produktivkräfte der Arbeit. Trotz der Herausbildung neuer Bewegungsformen hat sich der Widerspruch zwischen der grundsätzlich privat begrenzten Kapitalmacht und dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion historisch weiter verschärft. Anders gesagt: Trotz absoluter Größenausdehnung ist das Kapital relativ schwächer geworden. Dies ist der Sinn des berühmten *Marx*-Zitats: „Solange das Kapital schwach ist, sucht es selbst noch nach den Krücken vergangener oder mit seinem Erscheinen vergehender Produktionsweisen. Sobald es sich stark fühlt, wirft es die Krücken weg, und bewegt sich seinen eignen Gesetzen gemäß. Sobald es anfängt, sich selbst als Schranke der Entwicklung zu fühlen und gewußt zu werden, nimmt es zu Formen Zuflucht, die, indem sie die Herrschaft des Kapitals zu vollenden scheinen, durch Züglung der freien Konkurrenz, zugleich die Ankündiger seiner Auflösung und der Auflösung der auf ihm beruhenden Produktionsweise sind.“<sup>36</sup>

Aus den „immanenten Gesetzen der kapitalistischen Produktion“ (*Marx*), den Gesetzen des kapitalistischen Akkumulationsprozesses, muß und kann die Formveränderung

<sup>36</sup> Grundrisse, S. 544/5.

der Konkurrenz in der geschichtlichen Niedergangsphase der Produktionsweise erklärt werden. *Marx* hat im „Kapital“ nicht nur die freie Form der Konkurrenz als dem Kapital begrifflich adäquate Bewegungsform der vielen Kapitalien dargestellt und ihre historische Realisierung mit der Entwicklungshöhe der Produktionsweise korreliert, sondern er hat in der Akkumulationstheorie zugleich die historischen Entwicklungsgesetze des Kapitals analysiert, die zur Aufhebung des Kapitals innerhalb der Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise und zur Aufhebung der freien Konkurrenz führen.

Die Kritiker der Monopoltheorie bestreiten zwar nicht, daß die freie Konkurrenz auch eine historische Kategorie ist; aber Geschichte gibt es bei ihnen nur als permanente Höherentwicklung der kapitalistischen Produktionsweise. Der historische Abstieg und Auflösungsprozeß des Kapitalismus wird ausgeblendet. Darum kann bei ihnen die Konkurrenz nur als freie vorkommen. Allerdings sind sie nicht nur, um wenigstens verbal mit *Marx* übereinzustimmen, gezwungen, die Gegenwart in kapitalistische Hochblüte umzuinterpretieren, sondern sie begangen auch einen schwerwiegenden methodologischen Fehler, wenn sie leugnen, daß das „Kapital“ außer den allgemein gültigen Bestimmungen der kapitalistischen Produktionsweise auch ihre historischen Entwicklungsgesetze enthält.

Damit zurück zur theoriegeschichtlichen Argumentationsweise.

#### IV. Das „Kapital im allgemeinen“ als Einlösung der „allgemeinen Formel des Kapitals“

Alle Autoren, die *Marx* beim Vergleich zwischen fertigem „Kapital“ und den „Grundrissen“ eine Ausweitung des „Kapital im allgemeinen“ unterstellen, sind meines Erachtens zu leichtfertig im Umgang mit der dialektischen Methode. Denn in der Tat ist das Problem schwerwiegend genug: Wenn die dialektische Darstellungsweise den materialistischen Anspruch erhebt, die objektive Struktur ihres Gegenstands nur ideell nachzuzeichnen (was das auch immer heißt), dann darf es nicht gleichzeitig mehrere verschiedene, gleichermaßen „richtige“ Gliederungen oder Aufbaupläne des Gesamtwerks geben.

Zugegebenermaßen machen es sich die Autoren unterschiedlich leicht mit der Erklärung der Ausweitung. *Rosdolsky* gibt noch gar keine, *Bader* u. a. sehen im industriellen Kapital einen abgeschlossenen Bereich und erklären auf diese Weise die Reichweite des „Kapital im allgemeinen“ bis einschließlich zur Durchschnittsprofitrate, und das Projekt Klassenanalyse versucht sogar, die *Marx*schen Vorarbeiten im Zusammenhang zu untersuchen, um die stufenweise Überwindung der ursprünglich falschen Konzeption zu dokumentieren:

Der neue Aufbauplan umfaßt laut Projekt Klassenanalyse ausschließlich Bestimmungen des „Kapital im allgemeinen“, allerdings nicht wie die „Grundrisse“ nur das „Kapital im allgemeinen als Abstraktion“, sondern darüber hinaus noch das „Kapital im allgemeinen“ als „reelle Existenz“. Mit letzterem ist nicht die „reale Bewegung der Kapitalien — Konkurrenz und Kredit“ — gemeint, sondern ein ihr vorgeordneter Bereich — entsprechend der Zwischenstellung des zinstragenden Kapitals als der „reellen Existenz“ des „Kapital im allgemeinen“ zwischen dem „Kapital im allgemeinen“ und den „besonderen Kapitalien“ in den „Grundrissen“.<sup>37</sup>

Die *Marx*sche „Unklarheit“ hinsichtlich der realen Existenz des „Kapitals im allgemeinen“, nämlich lediglich das zinstragende Kapital darunter zu verstehen, werde nun in den

„Theorien“ bis zum Kapitel „Revenue and its sources“ (Heft 15) schrittweise überwunden. Spätestens dann habe *Marx* erkannt, daß zur realen Existenz auch noch die Reproduktion des Gesamtkapitals<sup>38</sup>, der Konkurrenzgleich und der Fall der Profitrate gehören.<sup>39</sup> Nicht zu vergessen die spezifische Form der Verwertung des Grundeigentums, also die Grundrente.<sup>40</sup> Und sogar die Hereinnahme der Akkumulation in Buch I müsse auf jene neuen Einsichten zurückgehen.<sup>41</sup>

Wir sehen: Es gelingt dem Projekt Klassenanalyse, mit einem einzigen — von *Marx* übrigens seit jener Bemerkung in den „Grundrissen“ nicht mehr verwendeten — Begriff, die Existenz so vieler neuer Kategorien im Planentwurf von 1863 und im „Kapital“ zu erklären, und zwar, ohne das „Kapital im allgemeinen“ preisgeben zu müssen. Denn das „Kapital“ sei erstens das „Kapital im allgemeinen“ als Abstraktion und zweitens als reale Existenz.

Diese Lösung, so bestechend elegant sie in ihrer Schlichtheit auch wirkt, ist jedoch inhaltlich und methodologisch nicht diskutabel. Inhaltlich — weil so verschiedene ökonomische Kategorien wie Reproduktion des Gesamtkapitals, Konkurrenzgleich, Zins und Grundrente sowie die Akkumulation nur mit blinder Gewalt unter einem einzigen, so spezifischen Begriff wie „reelle Existenz des Kapital im allgemeinen“ zusammengepfercht werden können. Methodologisch — weil es mehr als Unbekümmertheit gegenüber den Prinzipien dialektischer Darstellungsweise ausdrückt, *Marx* ein derartiges Durcheinander in der Anordnung der Kategorien zu unterstellen, daß er die als zusammengehörig betrachteten Momente der realen Existenz des „Kapital im allgemeinen“ quer über alle drei Bücher des „Kapital“ verteilt hätte — sowohl mitten hinein in das „Kapital im allgemeinen als Abstraktion“ als auch dahinter.

Als zweites Beispiel für die Interpretationsvielfalt seien die Autoren von „Krise und Kapitalismus bei *Marx*“<sup>42</sup> erwähnt. Diese sind gegenüber *Rosdolsky* zwar im Recht, daß „Kapital im allgemeinen“ und „allgemeine Untersuchung des Kapitals“ begrifflich nicht zusammenfallen, und sehen auch richtig, daß der ursprüngliche Begriff der Konkurrenz für die endgültige Darstellung zu „unspezifisch“<sup>43</sup> gewesen ist. Diese an sich richtigen Gedanken werden jedoch falsch, wenn sie zur Rechtfertigung der Auffassung dienen sollen, daß das „Kapital im allgemeinen“ im „Kapital“ auch noch den Ausgleichsprozeß der Profitrate einschließe. Die erwartete Erklärung der Differenz zu den „Grundrissen“ bleibt aus, es sei denn, man gibt sich mit der Erläuterung zufrieden, daß mit dem Konkurrenzgleich das industrielle Kapital als „relativ in sich geschlossenes Teilsystem“<sup>44</sup> fertig entwickelt sei.

Diese zwei Beispiele mögen genügen, die Interpretationswillkür im Umgang mit dem „Kapital im allgemeinen“ zu veranschaulichen. Die größte Akribie in dieser Beschäftigung ist m. E. umsonst, wenn nicht das „Kapital im allgemeinen“ inhaltlich analysiert und auf seine notwendige Funktion im Gesamtsystem der kategorialen Darstellung unter-

38 Damit beschäftigt sich das PKA unter dem Namen „Projektgruppe Entwicklung des Marx'schen Systems“ schwerpunktmäßig in dem „Theorien“-Kommentar: Der 4. Band des „Kapital“?, Westberlin 1975.

39 Diese beiden Punkte sehen zusammen mit dem Zins im Zentrum des Artikels: Die Krise in der Theorie, in: Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus 4/76, S. 85 ff., insbes. S. 108—112.

40 a. a. O., S. 111.

41 vgl. Der 4. Band des „Kapital“?, a. a. O., S. 420—433.

42 V. Bader, T. Hagelstange u. a., Krise und Kapitalismus bei Marx, Frankfurt 1975, 2 Bände.

43 a. a. O., Band I, S. 106.

44 a. a. O., S. 108.

sucht worden ist. Diese Lücke wollen wir zu schließen versuchen, indem wir die Frage stellen: Gibt es für Marx in den „Grundrissen“ zwingende Gründe, das „Kapital im allgemeinen“ mit dem einfachen Profit, also noch *vor* dem Durchschnittsprofit abzuschließen?

Die Strukturanalyse der „Kapital“-Kategorien zeigt, daß sich aus der dialektischen Fortentwicklung des Wertgesetzes über die dritte Bestimmung des Geldes hinaus<sup>45</sup> sowohl in den „Grundrissen“ als auch im „Kapital“ ein gemeinsamer Ausgangspunkt der Kapitalanalyse ergibt: Als erste Bestimmung des Kapitals erscheint der Wert, der durch den Formenwechsel von Geld und Ware hindurch sich verwertet. Dies ist die „allgemeine Formel des Kapitals — G-W-G“ („Kapital“) oder die abstrakte Form des „allgemeinen Kapitalbegriffs“ („Grundrisse“). In diesem notwendigen Ausgangspunkt ist zugleich sowohl der weitere Gang der Analyse als auch die Grenze des allgemeinen Kapitalbegriffs klar abgesteckt.

Was die Grenze betrifft, so liegt sie — allgemein gesagt — dort, wo die „allgemeine Formel“ eingelöst ist, und dies kann wiederum nur diejenige Stelle der kategorialen Entwicklung sein, wo sämtliche in jener Formel abstrakt enthaltenen Bestimmungen herausentwickelt sind, so daß weitergehende Konkretisierung nur mehr durch Einbeziehung zusätzlicher Momente noch möglich ist. Im näheren heißt dies, daß es darauf ankommt, die Verwertungs- oder Kapitaleigenschaft durch Entwicklung der sie bestimmenden Momente zunächst einmal so weit zu begründen, wie es der Rahmen jener allgemeinen Formel gestattet. Zuerst stellt sich das Kapital nur als Kreislaufprozeß dar, innerhalb dessen ein Wertüberschuß hervorgebracht wird (G-W-G'). Aber die nähere Betrachtung der Widersprüche dieses Verwertungskreislaufs stößt auf dessen innere Konturen: Das Kapital ist sowohl wirklicher Produktionsprozeß von Mehrwert als auch gleichzeitig formenwechselnder Zirkulationsprozeß. Dies sind in der Tat die beiden Prozesse, auf deren Grundlage die Verwertungsbewegung G-W-G' vor sich geht und worauf die Entstehung des Kapitals beruht. Folglich hat sich in deren Analyse die von der allgemeinen Verwertungsformel ausgehende dialektische Darstellung hineinzubegeben.

Indem wir die beiden — abstrakt in G-W-G' enthaltenen — verwertungsbestimmenden Momente Produktionsprozeß und Zirkulationsprozeß untersuchen, finden wir die bestimmte Verwertung, die das Kapital in seinem Verwertungskreislauf erzielt. Auf diese Weise stellen wir den Wertüberschuß fest, den das Kapital in seinem Gesamtprozeß aus Produktion und Zirkulation hervorbringt, und jener ist durch seine Beziehung auf das gesamte in Produktion und Zirkulation engagierte Kapital nicht mehr Mehrwert, sondern Profit. Allerdings ist dieser Profit als Frucht ausschließlich des Produktions- und Zirkulationsprozesses vom Mehrwert nur nominell verschieden — oder *einfacher* Profit. Einfacher Profit ist er deshalb, weil er außer dem Produktions- und Zirkulationsprozeß keine weitergehende Bestimmung repräsentiert. Zu seiner Formbestimmung sind lediglich jene beiden Prozesse unterstellt, die, wie wir wissen, schon abstrakt in der allgemeinen Verwertungsformel G-W-G' enthalten sind. Indem der einfache Profit aber ausschließlich aus Bewegungsprozessen des Kapitals hervorgeht, die von der allgemeinen Formel umschlossen werden, geht seine Darstellung folglich selber nicht über den Rahmen des allgemeinen Kapitalbegriffs hinaus.

Gerade hier liegt der entscheidende Unterschied zwischen der einfachen Form des Kapital-Profit-Verhältnisses und den nachfolgend konkreteren Bestimmungen dessel-

45 vgl. Helmut Reichelt, Zur logischen Struktur des Kapitalbegriffs bei Karl Marx, Frankfurt/Wien 1970.

ben. Da der Durchschnittsprofit — im „Kapital“ die nächste Kategorie — schon mehr voraussetzt als bloß den eigenen Produktions- und Zirkulationsprozeß des Kapitals, fällt er bereits aus dem allgemeinen Kapitalbegriff heraus. In der Tat ist er — indem er Resultat der Konkurrenz ist — Folge der *gegenseitigen* Aktion der Kapitale aufeinander, die bereits als fertige Einheit von Produktions- und Zirkulationsprozeß auftreten. Die Konkurrenz wirkt zusätzlich auf diejenige Verwertung ein, soweit sie ausschließliches Ergebnis der eigenen Produktions- und Zirkulationsbewegung ist — und deshalb ist der Durchschnittsprofit nicht wie der einfache Profit immanent aus der allgemeinen Formel des Kapitals ableitbar. Aus diesem Grunde betrachten wir den einfachen Profit als Schlußpunkt des allgemeinen Kapitalbegriffs oder des „Kapital im allgemeinen“. Die Einlösung der allgemeinen Formel des Kapitals ist der Inhalt des „Kapital im allgemeinen“, und der einfache Profit ist sein Schlußpunkt, weil weitergehende Konkretisierung nur mehr außerhalb der Reichweite der allgemeinen Formel möglich ist. An diesem Punkt sind in der Tat sämtliche in der allgemeinen Formel abstrakt enthaltenen Prozesse auf ihren Einfluß auf die Verwertung des Kapitals untersucht und dargestellt. Es handelt sich also um einen Schlußpunkt, der schon notwendig mit seinem Ausgangspunkt, nämlich  $G-W-G'$ , vorgegeben ist.

Wenn allerdings die Grenzen des allgemeinen Kapitalbegriffs in der „allgemeinen Formel des Kapitals —  $G-W-G'$ “ vorbestimmt sind, dann ergibt sich für den Vergleich zwischen der Darstellungsweise der „Grundrisse“ und des „Kapital“ nur ein einziger Schluß: Indem beide Male die Kapitalanalyse denselben Ausgangspunkt hat, nämlich die allgemeine Formel des Kapitals, spricht alles dafür, daß ein „Kapital im allgemeinen“ im Sinne der Einlösung jener abstrakt behaupteten Verwertungsqualität des Werts sowohl in den „Grundrissen“ als auch im „Kapital“ wirksam ist.

#### V. Das „Kapital im allgemeinen“ unter der Dominanz eines neuen Strukturprinzips

Wenn wir die Wirksamkeit des ursprünglichen „Kapital im allgemeinen“ noch in allen drei Büchern des „Kapital“ nachweisen wollen, dann können wir andererseits nicht die Augen davor verschließen, daß sich der auf die „Verwandlung des Mehrwerts in Profit“ folgende Teil keineswegs nach der ursprünglichen Gliederung richtet, ja daß überhaupt die Unterscheidung zwischen „Kapital im allgemeinen“ und „Konkurrenz“ oder „Kredit“ im „Kapital“ nicht mehr das formelle Einteilungskriterium der Gesamtdarstellung abgibt.

Zwar wird zunächst im zweiten Abschnitt des dritten Buches die Konkurrenz behandelt, soweit sie den Profit in Durchschnittsprofit ausgleicht. Doch alles andere, was ursprünglich für den Konkurrenzabschnitt vorgesehen war — periodische Überproduktion, Krisen, Nachfrage und Zufuhr, disproportionale Produktion usw. —, wird ausgespart und in die „Spezialuntersuchung der Konkurrenz“ verwiesen. Die systematische Darstellung nimmt völlig andere Themen in Angriff, und zwar sowohl im Planentwurf von 1863, der übrigens nur der Niederschlag der in den vorausgehenden drei Manuskriptheften vorgenommenen Untersuchungen ist, als auch im dritten Band des „Kapital“, der aus dem nächsten Manuskript von 1865 stammt. Es ist ein einheitliches Prinzip der Kategorienentwicklung erkennbar — von der „Verwandlung des Mehrwerts in Profit“ bis hin zu den „Revenuen und ihren Quellen“. In der Überschrift „Kapital und Profit“ ist es korrekt ausgedrückt, obwohl diese früher nur das *einfache* Profitverhältnis bezeichnet hatte; denn

nunmehr handelt es sich in den Hauptetappen der Entwicklung des dritten Abschnitts tatsächlich um nichts anderes als um weitere Bestimmungen des Kapital-Profit-Verhältnisses.

Durchschnittsprofit, Handelsgewinn, industrieller Profit und Zins sowie Grundrente sind in der Tat alles spezifische Formen des Profits oder verschiedene Ausdrucksweisen des Kapital-Profit-Verhältnisses. Dabei sind sie nicht bloß voneinander verschiedene Formen derselben Einheit, sondern solche, die alle in einem bestimmten Entwicklungsverhältnis zueinander stehen. So haben wir bereits den Durchschnittsprofit als — der Konkurrenz geschuldete — unmittelbare Weiterentwicklung des einfachen Profits kennengelernt. Modifiziert — bzw. vermindert — wird dieser Durchschnittsprofit seinerseits durch die Hereinkunft des Kaufmannskapitals<sup>46</sup>, welches für seine Funktion im Gesamtproduktionsprozeß der Kapitale den üblichen Anteil am Profit verlangt, diesen aber, weil nicht selber an der Profitproduktion beteiligt, den produktiven Kapitalen entziehen muß. Auf diesem neuen Niveau spaltet sich der Durchschnittsprofit wiederum zum einen in den Unternehmervergewinn und zum anderen — nach Maßgabe des allgemeinen Zinssatzes — in den Zins.<sup>47</sup> Der Zins ist der Anteil am Profit, den das Leihkapital beansprucht, welches von seinem Eigner an die Produktiven als Ware verkauft wird, um nach gewisser Frist vermehrt zu ihm zurückzukehren. Die Vermittlung von Produktions- und Zirkulationsprozeß bei der Wertvermehrung, die im Kapital-Profit-Verhältnis noch als „Erinnerung“ und bei der allgemeinen Profitrate „schon sehr verdunkelt“<sup>48</sup> wird, ist im zinstragenden Kapital vollständig verschwunden.

Schließlich wirkt auch die Grundrente begrenzend auf den Profit des Kapitals ein, indem durch sie der in der kapitalistisch betriebenen Landwirtschaft etc. gewonnene Surplus-Profit dem Ausgleichsprozeß der Profitraten vorenthalten wird. Mit dem Grundeigentum will sich Marx im „Kapital“ daher nur beschäftigen, „soweit ein Teil des vom Kapital erzeugten Mehrwerts dem Grundeigentümer anheimfällt“.<sup>49</sup> Auch wenn im Plan von 1863 die Grundrente erst als Illustration konzipiert und die Reihenfolge zwischen zinstragendem und merkantilem Kapital noch keineswegs eindeutig ist, so beweist doch das anschließend vorgesehene „Revenue and its sources“, welches die durchgeführte Ableitung sowohl der Zins- als auch der Grundrentenform des Profits unterstellt, daß die dialektische Entwicklung der allgemeinen Profitformen schon damals das Leitmotiv des dritten Abschnitts bilden sollte.

Halten wir fest: Der dritte Abschnitt „Kapital und Profit“ steht dem Titel entsprechend im Zeichen der dialektischen Entwicklung der Formen des Profits bzw. der dialektischen Fortentwicklung des Kapital-Profit-Verhältnisses. Sein inneres Band ist im wesentlichen das Entwicklungsverhältnis der verschiedenen Profitformen zueinander. Indem der Ausgangspunkt der Ableitung, das einfache Profitverhältnis, seinerseits als Resultat der Fortentwicklung oder als die konkrete Einlösung der in der allgemeinen Formel des Kapitals

46 „Bisher nur gehandelt vom produktiven Kapital. Es tritt jetzt Modifikation ein durch das Kaufmannskapital.“ (Marx an Engels, v. 30. 4. 1868, in: MEW Bd. 32, S. 74).

47 Dies, daß die allgemeine Zinsrate von der allgemeinen Profitrate eingegrenzt und — trotz relativer Eigenbewegung — in gewisser Weise von dieser bestimmt wird, ist übrigens der entscheidende Grund dafür, die Zinsform erst im Anschluß an den Konkurrenzgleichgewicht zu betrachten und nicht diesem vorauszusetzen, wie dies noch die „Grundrisse“ vorgesehen hatten.

48 MEW Bd. 26, 3, S. 447.

49 Das Kapital, Bd. 3, S. 62.

G-W-G' ausgedrückten Verwertungseigenschaft zu begreifen ist, handelt es sich im dritten Abschnitt nur um die Fortsetzung der in den beiden ersten Abschnitten vorgenommenen kategorialen Entwicklung, und zwar so weit, bis im zinstragenden Kapital G-G' die „allgemeine Formel des Kapitals auf ein sinnloses Resümee zusammengezogen“ ist.<sup>50</sup>

Nachdem im ersten Buch der Produktionsprozeß und im zweiten der Zirkulationsprozeß des Kapitals dargestellt worden sind, kann es im nächsten Buch nur um das fertige Kapital gehen, das Einheit von Produktions- und Zirkulationsprozeß ist. Dem Titel „Kapital und Profit“ entspricht daher auch der Titel „Gesamtprozeß der kapitalistischen Produktion“. Denn als Gesamtprozeß von Produktion und Zirkulation ist das Kapital profitproduzierendes, wie der Profit überhaupt der bestimmte Wertüberschuß des als Einheit von Produktion und Zirkulation auftretenden Kapitals ist. Der *einfache* Profit wiederum ist der Wertüberschuß des Kapitals, der sich lediglich dessen eigener Produktions- und Zirkulationsbewegung verdankt, der ausschließlich der Eigenbewegung des Kapitals selbst entspringt — noch unabhängig von den Beziehungen mit anderen Kapitalen. Er ist daher zugleich der Schlußpunkt des „Kapital im allgemeinen“, des rein als solches, nämlich ohne Rücksicht auf die Aktion der Kapitale aufeinander betrachteten Kapitals. G-W-G' ist realisiert, wenngleich noch auf sehr hohem Abstraktionsgrad. Nur diesen einfachen Profit hatte früher die Überschrift des dritten Kapitels gemeint, desjenigen Kapitels, in dessen Anschluß zur Konkurrenz der Kapitalien übergegangen werden sollte.

Damals wie jetzt hatte *Marx* keineswegs die Absicht, bei der Betrachtung des einfachen Kapital-Profit-Verhältnisses stehenzubleiben. Die dialektische Entwicklungsmethode des Aufsteigens vom Abstrakten zum Konkreten, die in der schrittweisen Konkretisierung des Kapitalbegriffs besteht, verlangt nachgerade die nähere und konkretere Bestimmung des Kapitals über die Grenzen des „Kapital im allgemeinen“ hinaus. Weitergehende Bestimmung des Kapitals kann aber, da das Profitverhältnis die zuletzt erreichte Konkretisierungsstufe des Kapitalbegriffs darstellt, nur heißen: weitergehende Bestimmung von Kapital und Profit. Daß dazu zur Konkurrenz übergegangen werden mußte, war *Marx* damals schon klar gewesen — und dies, daß sich an das „Kapital im allgemeinen“ oder an das einfache Profitverhältnis damals wie jetzt die „Konkurrenz“ anschließt, wenn auch jetzt vermindert auf die Herstellung der Durchschnittsprofitrate, macht in der Tat die Kontinuität sämtlicher Aufbaupläne für das „Buch vom Kapital“ aus. Die Geltung der Unterscheidung zwischen „Kapital im allgemeinen“ und „Konkurrenz“ in sämtlichen Darstellungsvarianten bzw. ökonomischen Manuskripten erhebt diese von vornherein über den Rang eines bloßen Arbeitsmodells des Forschungsprozesses hinaus. Die Betrachtung von Konkurrenzbeziehungen im Anschluß an das einfache Profitverhältnis ist auch nach der Konkretisierung des Aufbauplanes für den auf das „Kapital im allgemeinen“ folgenden Bereich immer noch notwendig, da alle nachfolgenden Kategorien die von der Konkurrenz bewirkte allgemeine Profitrate voraussetzen bzw. ihrerseits weitere Modifikationen derselben hervorrufen.

Auf der anderen Seite steht ebenso fest, daß der alte Aufbauplan mit seinem weiten und unstrukturierten Konkurrenzbegriff noch wenig zu tun hat mit den einzelnen Entwicklungsstufen der kategorialen Darstellung im Anschluß an den einfachen Profit, wie sie der Planentwurf von 1863 enthält. Damals war sich *Marx* tatsächlich noch nicht über die Notwendigkeit jener Schritte im klaren gewesen, weder darüber, daß er die Konkur-

<sup>50</sup> MEW Bd. 26, 3, S. 446.

renz zunächst nur so weit einbeziehen konnte, wie zur Weiterbestimmung des Profits erforderlich, noch daß er sich überhaupt im weiteren nur auf die Fortentwicklung des Kapital-Profit-Verhältnisses, auf die „allgemeinen Formen des Kapitals“ im Unterschied zu seiner „realen Bewegung“<sup>51</sup>, beschränken würde.

Aufgrund seiner Konzentration auf das „Kapital im allgemeinen“ war es für ihn noch nicht relevant, daß die stufenweise Konkretisierung des Kapitalbegriffs nicht anders als in der letztlich realisierten Weise vorgenommen werden kann. Aber über die Notwendigkeit jener kategorialen Weiterentwicklung des Kapital-Profit-Verhältnisses zuungunsten einer sofortigen Betrachtung der realen Konkurrenz- und Kreditbewegung mußte Marx spätestens dann Klarheit erlangen, als er zu konkreten Gedanken über die Fortsetzung der Darstellung jenseits des „Kapital im allgemeinen“ gezwungen wurde. Also nicht erst bei der Niederschrift des neuen Planentwurfs im Januar 1863 und wahrscheinlich auch nicht erst im Dezember 1862 während der Arbeit am Text des „Dritten Kapitels. Kapital und Profit“. Möglicherweise hatte er schon in den „Theorien“ die Darstellungsweise präzisiert — wofür einige Bemerkungen in „Revenue and its sources“ über den Profit und die allgemeine Profitrate sprechen<sup>52</sup> —, so daß er jenes Kapitel bereits mit der neuen Konzeption im Kopf anfangen konnte. Vielleicht kann die Veröffentlichung des „Dritten Kapitels“ aus dem zweiten ökonomischen Manuskript diese Frage klären. Unser Hauptinteresse gilt indessen einer anderen Frage, nämlich derjenigen, ob das neue Strukturprinzip der Darstellung das frühere grundsätzlich ausschließt oder ob es ein gewisses Koexistenzverhältnis zwischen ihnen gibt.

Um aus der Tautologie, daß das „Kapital im allgemeinen“ mit dem einfachen Profit endet, weil es mit dem einfachen Profit enden muß, herauszukommen, haben wir jene Kategorie inhaltlich festzulegen versucht, und zwar als Einlösung der allgemeinen Formel des Kapitals. Darüber hinaus müssen wir aber jetzt begründen, warum trotz der Kontinuität des „Kapital im allgemeinen“ seit Dezember 1862 ein anderes Gliederungskriterium für das Buch vom Kapital ausschlaggebend geworden ist. Wenn der mit „Kapital im allgemeinen“ bezeichnete Kategorienbereich immer noch als solcher innerhalb der drei Bücher des „Kapitals“ existiert und wirksam ist<sup>53</sup>, dann müßte, da das „Kapital im allgemeinen“ schon mit dem einfachen Profit abschließt, im „Kapital“ tatsächlich eine gewisse *Überschneidung* zweier verschiedener Strukturprinzipien vorliegen; des alten, das von der Unterscheidung zwischen dem dreigliedrigen „Kapital im allgemeinen“ und der „Konkurrenz“ ausging, mit dem neuen, welches im ganzen nur drei verschiedene Darstellungsebenen kennt. Der Konflikt zwischen beiden ist jedoch offensichtlich eindeutig zugunsten des letzteren gelöst. Den Grund dafür sehen wir aber in Folgendem:

Nachdem durch die konsequente Fortsetzung des Aufstiegs vom Abstrakten zum Konkreten die Kategorienabfolge im Anschluß an das einfache Profitverhältnis nicht mehr von dem, dem „Kapital im allgemeinen“ korrespondierenden, Begriff der Konkurrenz gedeckt wird, indem die Konkurrenz überhaupt „nur so weit, als die Betrachtung der übrigen Themata erheischt“<sup>54</sup> betrachtet wird, hat die Unterscheidung zwischen „Kapital

51 a. a. O., S. 463.

52 a. a. O., S. 451.

53 Ob, warum und seit wann das erste und zweite Buch des „Kapital“ über die notwendigen Mittelglieder zur Ableitung des Kapital-Profit-Verhältnisses oder das „Kapital im allgemeinen“ hinausgehen — dieser Frage wird ausführlich in meiner Untersuchung „Vom Rohentwurf zum Kapital“ nachgegangen. Vgl. Anm. 1. Es betrifft hauptsächlich die Abschnitte Arbeitslohn, Akkumulation, Reproduktion des ges. Gesamtkapitals.

54 Marx an Kugelmann v. 6. 3. 1868, in: MEW Bd. 32, S. 539.

im allgemeinen" und „Konkurrenz" den Anspruch auf das Strukturprinzip für die gesamte Darstellung zweifellos eingebüßt. Obwohl die Änderungen lediglich den Bereich jenseits des „Kapital im allgemeinen" betreffen, tritt dadurch die Tatsache, daß das einfache Profitverhältnis noch Teil des „Kapital im allgemeinen" ist, neben der charakteristischen Gemeinsamkeit des einfachen Profits mit den nachfolgenden, nicht mehr zum „Kapital im allgemeinen" gehörigen Formbestimmungen in den Hintergrund. Das wesentlich Gemeinsame zwischen dem einfachen Profit und den auf ihn folgenden Kategorien, das in der Eigenschaft besteht, Entwicklungsform des Kapital-Profit-Verhältnisses zu sein, ist aber zumindest genauso verbindend wie seine im „Kapital im allgemeinen" begründete Gemeinsamkeit mit dem ersten und zweiten Buch. Alle auf das einfache Profitverhältnis folgenden Kategorien sind nur Stufen seiner eigenen Weiterentwicklung; alles sind Formbestimmungen des als Einheit von Produktions- und Zirkulationsprozeß gesetzten Kapitals.

Es ist diese Gemeinsamkeit, die *Marx* dazu berechtigt, den einfachen Profit zusammen mit den nachfolgenden Formbestimmungen in einem einheitlichen Abschnitt, der nur die Entwicklungsformen des Profits betrachtet, unterzubringen, auch wenn die Grenze des „Kapital im allgemeinen" mitten durch ihn hindurchgeht. Die Tatsache, daß das erste und zweite Buch samt dem ersten Abschnitt des dritten mit dem ursprünglichen „Kapital im allgemeinen" weitgehend zusammenfallen, wird nicht mehr gliederungsrelevant. Auf diese Weise hat, wie *Manfred Müller* sagt, *Marx* die „Grundzüge des ‚Konkurrenz‘-Kapitels organisch mit dem Kapitel ‚Das Kapital im allgemeinen‘" verbunden<sup>55</sup>, so daß das „Kapital" im Unterschied zu den „Grundrissen" nicht nur die immanenten Gesetze des Kapitals enthält, sondern auch deren Durchsetzungsweise an der Oberfläche der Erscheinung in allgemeinen Zügen thematisiert.

Daß das „Kapital im allgemeinen" seit 1863 von einem neuen Strukturprinzip dominierend überlagert wird, ohne daß der mit ihm gemeinte Kategorienbereich als solcher aus der Gesamtdarstellung verschwunden wäre, ist der Grund dafür, daß *Marx* jenen Begriff seither nicht mehr verwendet. Das „Kapital im allgemeinen" ist in der Tat nicht mehr der Hauptstrukturgesichtspunkt der kategorialen Entwicklung, obwohl es immer noch darin wirksam ist. Die im Planentwurf von 1863 zum Ausdruck kommende Planänderung selber, die einsetzen mußte, sobald der Bereich jenseits des „Kapital im allgemeinen" darstellungsrelevant wurde, hat nichts mit der Preisgabe des „Kapital im allgemeinen" zu tun, sondern nur mit seiner veränderten Gewichtung. Sie läßt sich in der Tat mit dem unterschiedlich weit Vordringen des Darstellungsversuchs zum Konkreten hin erklären oder, wenn man so will, mit der unterschiedlichen Reichweite des auf Darstellungsweise gerichteten Forschungsprozesses.

<sup>55</sup> *Manfred Müller*. Auf dem Wege zum „Kapital". Manuskriptseite 158.

## Zur Diskussion um marxistische Kulturtheorie\*

Kaspar Maase

*Kultur als Menschwerdung des Menschen? — Der Gegenstand: Gattung-Mensch-Individuum? — Wie erfaßt man die Kulturprozesse in der Arbeiterklasse? — Probleme: Gegenstandsabgrenzung und Wertung — Einheit von Vielfalt und Bewußtheit — Bewußtheit oder Selbstzweckhaftigkeit?*

Die Tagung des IMSF im Oktober 1977 zum Thema „Kulturelle Bedürfnisse der Arbeiterklasse“ war ein Anlaß zur Ausarbeitung und Gegenüberstellung verschiedener Ansätze für Methode und Begrifflichkeit marxistischer Kulturtheorie. Die Materialien der Konferenz sind inzwischen erschienen. Der folgende Beitrag kann die unterschiedlichen Positionen nicht insgesamt behandeln; er will auch nicht übereinstimmende, „gesicherte“ Erkenntnisse zusammenstellen — es sollen vor allem einige kontroverse Anschauungen erörtert werden. Die Beiträge von Rüdiger Hillgärtner, Thomas Metscher, Wolfgang Fritz Haug und Kaspar Maase, aus denen im folgenden ohne weitere Angabe zitiert wird, sind in dem Band über die IMSF-Konferenz abgedruckt.<sup>1</sup>

### Kultur als Menschwerdung des Menschen?

Zu den gemeinsamen Ausgangspositionen der marxistisch orientierten Forscher zählt heute ein breiter Kulturbegriff. Das heißt, man ist sich weitgehend einig über das Untersuchungsfeld: Für eine Analyse kultureller Entwicklung hat man nicht allein das Verhalten von Menschen gegenüber Kunst, Wissenschaft und Wertsystemen oder deren Entstehung, Veränderung und soziale Funktion zu untersuchen; Kulturentwicklung findet in der gesamten menschlichen Lebenstätigkeit statt. Da der Gegenstandsbereich im Umfang praktisch mit „Gesellschaft“ und „Geschichte“ übereinstimmt, geht es um die nähere Bestimmung jenes Aspekts in der menschlichen Entwicklung, den Kulturanalyse als ihren Gegenstand erfaßt, und um die Maßstäbe der Bewertung.

Thomas Metscher sucht diese Spezifik in der „Anbindung des Begriffs der Kultur an den der Humanität“; mit der Reproduktion seines Lebens schaffe der Mensch „sein eige-

\* Dieser Aufsatz bezieht sich auf den Stand der Diskussion im Oktober 1977. Die seither geführten Diskussionen haben zu einer Weiterentwicklung der jeweiligen Position geführt; daher muß noch stärker als bei der Abfassung des Artikels betont werden, daß ich hier einzig und allein einige mir problematisch erscheinende Implikationen in Thesen von Haug, Hillgärtner und Metscher zuspitzend herausgearbeitet habe. Im Bewußtsein der Vorläufigkeit des eigenen Ansatzes verspreche ich mir von dieser Betonung von Differenzen Anstöße für eine produktive Debatte.

<sup>1</sup> Rüdiger Hillgärtner, Anmerkungen zum materialistischen Kulturbegriff; Thomas Metscher, Kultur und Humanität; Wolfgang Fritz Haug, Zu einigen Problemen der Diskussion über die Kultur der Arbeiterklasse; Kaspar Maase, Arbeiterklasse, Reproduktion und Kultur im heutigen Kapitalismus. Alle in: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (Hrsg.), Kulturelle Bedürfnisse der Arbeiterklasse, München 1978, Damnitz-Verlag.

nes *menschliches Wesen*, seine spezifische ‚Natur‘ als Mensch: *Humanität* als menschliche Gattungsnatur“. Genauer bestimmt *Metscher*: „Diesen Bildungsprozeß menschlicher Bedürfnisse und Fähigkeiten, den Ausbildungsprozeß der menschlichen *Person* als *gesellschaftliche Individualität* in einer Vielzahl sozialer Beziehungen und Tätigkeiten fassen wir unter dem Begriff des Kulturprozesses, seinen Inhalt als ... *Humanität*.“ Ziele des Kulturprozesses, aus denen dann auch Wertungsmaßstäbe folgen, seien: „Selbstverwirklichung des Menschen, die totale Entwicklung und Befriedigung seiner Bedürfnisse“, „gesellschaftliche Genußfähigkeit“, „Genuß im Tätigsein“; „*human* bezeichnet ... die Fähigkeit, schließlich das Bedürfnis von Menschen, in ihrem Denken und Handeln die Bedürfnisse anderer Menschen, schließlich der gesamten Menschheit einzubeziehen; ... also so zu handeln, daß die *Maxime* ihres Willens in der Tat zur Grundlage einer allgemeinen Gesetzgebung dienen kann“.

Hier werden aufklärerische und klassische Humanitäts-Ideale — vermittelt über eine unhistorische Lesart der „Ökonomisch-philosophischen Manuskripte von 1844“ - in Richtung auf marxistische Konzepte interpretiert.<sup>2</sup> Ähnlich verfährt *Rüdiger Hillgärtner*, wenn er Kultur als „die Menschwerdung des Menschen“ bestimmt und als „Gesetz der Menschwerdung“ „die universale Entfaltung aller Eigenschaften der Gattung und des einzelnen“ nennt. Mit unüberhörbaren Anklängen an *Fausts* Wunschtraum „Zum Augenblicke dürft ich sagen: / Verweile doch, du bist so schön“ bestimmt *Hillgärtner* den „eudämonischen Zustand“ der „Übereinstimmung der Menschen miteinander und mit der Natur“: „Im Augenblick des rätigen Genusses. ... ist diese Übereinstimmung absolut. (...) Dieser Augenblick ist schön. Ihm eignet der Aspekt der Unvergänglichkeit, da Gegenwart, Vergangenheit und Zukunft wie in einem Punkte zusammengezogen sind. Alle äußeren Zwecke ruhen. Im einzelnen Menschen ist die Menschheit sich Selbstzweck. (...) Der Augenblick der Erfüllung ist zugleich wahr, da er in der Erkenntnis der Natur und der Selbsterkenntnis des Menschen seinen Grund hat. Schließlich ist er ethisch gut, da er die Anerkennung des Menschen durch den Menschen und die Anerkennung der Natur als des anorganischen Leibes des Menschen beinhaltet. Diese Einheit des Schönen, Wahren, Guten ist begründet in der gesellschaftlichen Praxis und ihren Organisationsformen.“

Im Anschluß an die Marxsche Formulierung, daß „der Mensch nach dem Maß jeder species zu produzieren weiß und überall das inhärente Maß dem Gegenstand anzulegen weiß; der Mensch formiert daher auch nach den Gesetzen der Schönheit“<sup>3</sup> macht *Hillgärtner* zum Kernstück seines kulturtheoretischen Ansatzes den Begriff der Schönheit: „Er bezeichnet die Autonomie des Menschen, über die natürlichen und die eigenen Kräfte frei zu verfügen und sie zur harmonischen Übereinstimmung nach menschlichen Zwecken zu bringen. (...) Er läßt die Empfindung des Glücks ahnen, das in dieser Synthese genossen werden kann.“ Konsequenter bestimmt *Hillgärtner* die Spezifik der Kultur im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß so: „Gestalten und Bilden nach den Gesetzen der Schönheit, Aufhebung des Gestalteten in weiteren, komplexeren und höheren Formen — dies ist die Bewegung der Kultur. Dies ist der kulturelle Aspekt aller Seiten der menschlichen Lebens-tätigkeit. Autonomie und Freiheit sind in ihn ebenso eingegangen wie Sinn und Glück des Lebens.“

2 Zum Status der „Manuskripte“ im Begründungszusammenhang historisch-materialistischer Persönlichkeitstheorie vgl. Lucien Sève, *Marxismus und Theorie der Persönlichkeit*, Frankfurt am Main 1972, S. 61 ff.

3 Karl Marx, *Ökonomisch-philosophische Manuskripte* aus dem Jahr 1844, in: *Marx/Engels, Werke*, Ergänzungsband I, S. 517.

## Der Gegenstand: Gattung — Mensch — Individuum?

Erfüllen die Ansätze von *Metscher* und *Hillgärtner* den eigenen Anspruch auf präzise Abgrenzung von Kultur und Gesellschaft? Liefern sie praktikable Wertmaßstäbe? Welche Aussagekraft haben sie für Kulturpraxis und Kulturauffassung der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik?

Eine wesentliche Beschränkung ergibt sich daraus, daß *Metscher* wie *Hillgärtner* weitgehend auf der Ebene der Gattung, „des“ Menschen verbleiben — mit der Tendenz zur Identifikation von Individuum und Gattung („gesellschaftliche Individualität“ ist bei *Metscher* das Ziel der Gattungsentwicklung!). Wenn man individuelle und gattungsmäßige Entfaltung in eins setzt, gerät man jedoch in Widerspruch zu einer grundlegenden Erkenntnis der materialistischen Persönlichkeitstheorie: „Im Laufe der sozialhistorischen Entwicklung nimmt das Sozialerbe... einen Umfang an, der es unmöglich macht, daß ein einzelnes Individuum es sich in seiner Ganzheit aneignet. Es entsteht die Notwendigkeit einer begrenzten Aneignung, wobei die Grenzen sich aus der gesellschaftlich-technischen Arbeitsteilung ergeben.“<sup>4</sup>

Individuelle Entwicklung kann heute nur eine beschränkte auswählende Aneignung von der Gattung geschaffener Potenzen sein — und die Auswahlprozesse und -kriterien sind zu diskutieren. Die besondere Leistung marxistischer Kulturtheorie wird gerade durch den Widerspruch gefordert, daß die Entfaltung der Arbeitsteilung die Dynamik gesellschaftlicher Reichtumsproduktion ermöglicht und zugleich die Individuen von der Aneignung weiter Bereiche ausschließt. Das absolute Wachstum individueller Entwicklungsmöglichkeiten ist gewaltig — aber das Einholen des Gattungsfortschritts an Kenntnissen und Fähigkeiten, Beziehungen und Tätigkeiten Bedürfnissen und Genüssen durch die Individuen ist keine sinnvolle Zielstellung für den Kulturprozeß.

Positiv steckt in dieser Nicht-Identität aber gerade die Chance reichster Differenzierung der konkreten Individualitäten. Zugleich folgt hieraus die große praktische Bedeutung der Ideen und Aussagen, Normen und Werte, in denen soziale Klassen und Gruppen ihre Vorstellungen von erstrebenswerter Individualitätsentwicklung ausdrücken: der Kulturauffassungen (zu denen in jeweils besonderer Zusammensetzung unter anderem Alltags-einstellungen ebenso wie wissenschaftliche Theorien und künstlerische Bilder gehören).

Der Ansatz von der Gattungsentwicklung her ist somit ungeeignet für die Grundlegung einer historisch-materialistischen Kulturtheorie, der es auf die Untersuchung, Bewertung und Veränderung konkret-historischer Entwicklungsmöglichkeiten der wirklichen Individuen ankommt. Die Ausbildung der konkreten Individuen ist nur zu erfassen, wenn man davon ausgeht, daß ihre Lebensbedingungen (als Entfaltungsbedingungen) dialektisch determiniert sind durch die gesetzmäßige Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse; vor allem die widersprüchlichen Tätigkeitsanforderungen und Handlungsmöglichkeiten für die Individuen als Angehörige verschiedener Klassen bestimmen Lebensweise und Typ der Persönlichkeitsentwicklung.

„Die Einsicht, daß der produzierte gesellschaftliche Reichtum an ‚menschlichen Wesenskräften‘ nur in dem Maße von den Individuen für ihre Entwicklung fruchtbar gemacht werden kann, wie er ihnen in der Gesamtheit ihrer Lebensbedingungen zur Verfügung steht — diese Einsicht förderte die Erkenntnis, daß ‚Kultur‘ kein Sammelbegriff für

4 Karl-Heinz Braun, Kritische Psychologie als materialistische Persönlichkeitstheorie, in: Marxistische Blätter, 15, 1976, 2, S. 77.

alles Gute, Schöne, Wertvolle sein kann, das geschichtlich erzeugt worden ist und in konkreten Zusammenhängen und Situationen seine Brauchbarkeit, seinen Wert bewiesen hat, deshalb kumulativ von einer Generation zur anderen weitergegeben und angeeignet werden muß. Vielmehr ist der Kulturbegriff wesentlich als *abbildende* und *wertende* Erfassung des Verhältnisses von objektiven Bedingungen individueller Entwicklung und tatsächlicher Ausbildung von subjektiven Verhaltensqualitäten zu verstehen.<sup>3</sup> Daher scheint es mir methodisch angemessen, vom Konzept konkret-historischer Vergesellschaftung der Individuen als Teilprozeß der gesamtgesellschaftlichen Reproduktion auszugehen, weil damit genauer das *Verhältnis* von sozialen Entwicklungsbedingungen, Persönlichkeitsqualitäten der wirklichen Individuen und gesellschaftlichem Reichtum (Gartungspotenzen) in den Mittelpunkt gerückt wird. Zugleich erklärt ein solcher Ansatz, weshalb und wie Kulturtheorie als Teil der Kulturauffassung der Arbeiterklasse zu entwickeln ist: Sie hat unter anderem die Funktion, in der Arbeiterbewegung an der Untersuchung und Diskussion der Ziele und Formen individueller Entwicklung der Lohnarbeiter mitzuwirken.

So verstanden, kann marxistische Kulturtheorie heute nicht von einer fixen Vorstellung „objektiver Kultur“ ausgehen, die es für alle Lohnarbeiter anzueignen gelte; vielmehr sind Maßstäbe und Zielsetzungen für die Aneignung und Entwicklung von Elementen des gesellschaftlichen Reichtums *sozial konkret* im Spannungsfeld zwischen den Tendenzen gegenwärtiger Individualitätsentwicklung und realhumanistischen Idealen zu diskutieren. Sie sind *historisch konkret* auf Handlungsanforderungen und -möglichkeiten der Klassenindividuen in der Erappe bis zur Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse zu beziehen.

*Metscher* und *Hillgärtner* suchen qualitative Maßstäbe für individuelle Entwicklung, die deutliche Wertungen kultureller Verhältnisse und Entwicklungsniveaus ermöglichen. Das Ziel „universeller Entfaltung“ allein ist eher unhistorisch-quantitativ und wird auch nicht zu den konkreten Individuen hin vermittelt. Was über totale Entwicklung der Wesenskräfte, der menschlichen Bedürfnisse etc. gesagt wird, ist materialistisch zu interpretieren nur (über die 6. Feuerbachthese) als Qualität des Ensembles der gesellschaftlichen Verhältnisse — nicht als Maß und Ziel der Entwicklung konkret-historisch und sozial bestimmter Klassenindividuen. *Metscher* liefert als nähere Bestimmung im wesentlichen ethische, *Hillgärtner* ästhetische Kriterien aus dem Kanon des aufklärerischen und klassischen deutschen Neuhumanismus. Darin sehen sie philosophisch die allgemeinen Ziele kultureller Entwicklung zusammengefaßt.

Undiskutiert bleibt allerdings auch auf dieser Ebene das Verhältnis objektiver und subjektiver Momente in den Wertkriterien: Wie weit sind Autonomie, Selbstbestimmung, Freiheit, Glück, Eudämonie, Genuß im Tätigsein subjektiv empfundene, aus der Sicht des einzelnen gegenüber der Gesellschaft gesetzte Maßstäbe — wie weit geht in sie die reale Vermittlung individueller Entfaltung über die gesellschaftliche Beherrschung der Lebensbedingungen ein? Gegen die Gefahr einer individualistischen Bestimmung kultureller Ziele bezieht *Hillgärtner* sich auf eine Interpretation von Freiheit als Verwirklichung der gesellschaftlichen Notwendigkeiten — läßt allerdings auch die Hoffnung auf Überwindung dieser Fesseln anklingen. Tätiger Genuß wird gerade in der kollektiven Praxis,

3 Irene Dölling, Kulturtheorie als angewandter historischer Materialismus, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 23, 1975, 3, S. 448.

Harmonie in der menschlichen Gestaltung der Beziehungen zwischen den einzelnen gesehen. *Messcher* nennt Solidarität und bewußte Beachtung der Bedürfnisse anderer als Maßstab für Humanität.

Beiden gemeinsam ist der konsequent demokratische Anspruch: Maß kulturellen Fortschritts ist die Entfaltung aller gesellschaftlichen Individuen, ist die Aufhebung des historischen Widerspruchs, daß kultureller Fortschritt bisher die Form der Entwicklung weniger auf Kosten ausgebeuterter und unterdrückter Massen hatte.

Bei *Hillgärtner* klingt an, daß hier mehr als eine quantitative Problematik liegt, daß diese Entwicklung die Qualität kultureller Werte und Ideale beschädigte: „Auch die Sinne der Wenigen bleiben beschränkt, gebannt in den engen Kreis ihrer Privilegien. (...) Die Genußfähigkeit und die Kräfte bleiben einseitig und verzerrt.“ Allerdings wird dieser wichtige Gedanke, der gerade eine kritische Reflexion der so geprägten klassischen Kulturideale nahelegt, nicht weiter verfolgt; die Auswirkungen der Trennung und Entgegensetzung von Hand- und Kopfarbeit (geistig-sinnlicher Welt- und Selbstgenuß stehen unter der Vorherrschaft intellektuell-reflektierender Praxisformen), die soziale und politische Beschränktheit von Entfaltungsprogrammen, die Künstler und Philosophen aus ihren Lebensbedingungen in der bürgerlichen Gesellschaft entwickelten, wären historisch und sozial zu konkretisierende Hinweise — *Hillgärtner* meint eher eine moralisch-ethische Beschädigung privilegierter Entwicklung. In diesen Überlegungen scheint der enge Zusammenhang zwischen ökonomisch-politischer Verfassung der Gesellschaft und Kulturzustand auf; es wird auch auf die freie Assoziation der gesellschaftlichen Produzenten, gegründet auf gemeinsamen Besitz der großen Produktionsmittel und verwirklicht über die realdemokratische Ausübung politischer Herrschaft, als Voraussetzung für eine neue Stufe kulturellen Fortschritts verwiesen — aber daraus folgt nichts für die Bestimmung der sozialen Handlungsanforderungen und Tätigkeitsformen der Lohnarbeiter, die sozialökonomische Befreiung der Klasse und produktive Persönlichkeitsentfaltung der einzelnen verbinden lassen.

### Wie erfaßt man die Kulturprozesse in der Arbeiterklasse?

Was — entwickelt auf der Ebene von Gattungsentwicklung und Menschheitsgeschichte — mit dem Anspruch präziser und spezifischer Maßstäbe auftritt, zeigt seine Mängel bei der Probe, ob daraus praktikable Kriterien für Entwicklungsstand und Zielstellung der Arbeiterbewegung hier und heute folgen. Zugespitzt formuliert, handelt es sich um Varianten der „Vollstrecker-Theorie“, nach der die kulturelle Aufgabe der sozialistischen Arbeiterbewegung in der Verwirklichung der neuhumanistischen Persönlichkeitsideale für alle Gesellschaftsmitglieder besteht. Es gebe einen Fundus kultureller Werte, Errungenschaften, Leistungen, Modelle, deren Aneignung und praktische Verwirklichung im gegenwärtigen Kapitalismus auf Eliten beschränkt sei — mit *Messcher* (nach *Mühlberg*<sup>6</sup>) die „objektive Kultur“; sozialistische Verhältnisse werden dadurch gekennzeichnet, daß sie grundsätzlich die Möglichkeit zu umfassender Aneignung der objektiven Kultur durch die Arbeiter, die Bauern und andere Werktätige eröffnen, sozialistische Kulturpolitik wird ausgerichtet auf die konkrete, schrittweise Verwirklichung dieser Möglichkeiten.

6 Dietrich Mühlberg, Zur marxistischen Auffassung der Kulturgeschichte, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 12, 1964, 12.

Offenbar sollen kulturpolitische Zielstellungen auch für die Arbeiterbewegung in unserem Land formuliert sein mit *Metschers* Konzept der „Kultur eines realen Humanismus. . . , in der nicht nur für eine privilegierte, aufgeklärte Elite der herrschenden Klasse, sondern für alle Menschen (durch die. . . Reduktion der. . . notwendigen Arbeitszeit) ‚Zeit zu menschlicher Bildung‘ frei geworden ist“. Die radikale Demokratisierung des Modells schöpferischer Existenz, das bisher auf intellektuell-künstlerische Eliten beschränkt ist, strebt auch *Hillgärtner* an. „Es geht. . . um die materialistische Aufhebung jenes in Kunst und Literatur inkorporierten und konzentrierten Elements, auf dem die Freiheits- und Verwirklichungsvorstellungen des Neuhumanismus beruhen. Es geht darum, das objektive Korrelat dessen, was sich in Kunst und Literatur widerspiegelt, in der gesellschaftlichen Praxis festzumachen und. . . ins kulturpolitische Bewußtsein zu heben. (. . .) es geht ferner darum, den in der ästhetischen Produktion und auch der Aneignung prominent ausgebildeten Aspekt des Schöpferischen. . . zu entdecken in allen Tätigkeiten. Die Trennung von Arbeit unter dem Gesetz der Notwendigkeit und Spiel, von labour und travail attractif, von erzwungener Mühsal und freier Selbsttätigkeit ist im ästhetischen Schaffen in historisch besonderer Weise aufgehoben und zugleich perpetuiert.“ Die Aufhebung der Widersprüche des ästhetischen Modells werde „selbst politisches Programm in den Kämpfen der Ausgebeuteten und Unterdrückten“.

*Metscher* zitiert *Marx* zur historischen Notwendigkeit des „total entwickelten Individuums“, um seine Zielstellung auch als Ausdruck der im „Kapital“ herausgearbeiteten sozialökonomischen Gesetzmäßigkeiten zu belegen. Eine Übereinstimmung läßt sich jedoch allenfalls in der Begrifflichkeit feststellen. Methodisch verfährt *Metscher* gerade nicht wie *Marx*; der bezieht die universelle Entwicklung historisch und sozial konkret auf Lebensbedingungen und Handlungsanforderungen, Beziehungs- und Qualifikationsentwicklung der Lohnarbeiter in den Umwälzungsprozessen, die durch die widersprüchliche Entwicklung der Produktivkräfte vorangetrieben werden. In der zitierten Passage interpretiert *Marx* die „totale Entwicklung“ in sehr enger Bindung an die Erfordernisse der großen Industrie — es geht um den universellen Maschinenbediener, für den „wechselnde Arbeitserfordernisse“ und „verschiedene gesellschaftliche Funktionen“ die Persönlichkeitsentwicklung determinieren.<sup>7</sup> *Metscher* liest hier „Das Kapital“ durch die Brille des spekulativen Humanismus; dieser wurde von *Marx* jedoch — unverkennbar beginnend mit den „Thesen über Feuerbach“ und der „Deutschen Ideologie — inhaltlich wie methodisch radikal überwunden und zurückgewiesen, zugleich allerdings in seinen Motiven aufgehoben. Der marxistische wissenschaftliche Humanismus „als Theorie der geschichtlichen Widersprüche und Entfaltungsbedingungen der Individuen“<sup>8</sup> entwickelt Perspektiven und Idealsetzungen konsequent historisch aus der Analyse der widersprüchlichen Bestimmtheit individueller Entwicklung durch die objektiven gesellschaftlichen Verhältnisse.

*Metscher* und *Hillgärtner* setzten Ideale, die sozial und historisch nur außerhalb der unterdrückten Klassen, außerhalb der Arbeiterklasse entstehen konnten, *unvermittelt* als Zielstellung proletarischer Persönlichkeitsentwicklung. Ob und wie solche Ideale für Lohnarbeiter und ihre Familien heute konkrete Orientierungen abgeben können, wie sie

7 Karl Marx, Das Kapital. I. Band, in: Marx/Engels, Werke Bd. 23, S. 512. Auf die Differenzen zwischen verschiedenen Überlegungen Marx', gegründet in unterschiedlichen Perspektiven der Entwicklung der Arbeit, weist Agnes Heller, Theorie der Bedürfnisse bei Marx, Westberlin 1976, v. a. S. 121 ff., hin.

8 Lucien Sève, a. a. O., S. 141.

sich zu den wirklichen Prozessen individueller Entwicklung von Proletariern und zu den materiellen Determinanten dieser Entwicklung verhalten, wo der Klassencharakter kultureller Zielstellungen und Ideale zu bedenken ist — solche Fragen liegen offensichtlich außerhalb dieser Konzeption.<sup>9</sup> *Metscher* betont: Träger der Kulturentwicklung sind Klassen. „Der kulturelle Prozeß . . . ist durchgängig geprägt durch die antagonistische Struktur der überlieferten gesellschaftlichen Formation; er ist Teil der Geschichte als einer Geschichte von Klassenkämpfen.“

Es läuft jedoch auf soziale Verengung und Enthistorisierung hinaus, wie er primär in der Geschichte von Kunst und Literatur „die Bildung der gesellschaftlichen Subjekte in paradigmatischer Form — in ästhetischen Modellen —“ aufspürt. Die Verbindlichkeit dieser einschichtigen Traditionslinie für sozialistische Kulturauffassung heute wird nicht problematisiert; nur unter dem Gesichtspunkt des „Erbens“ wird — sehr zu Recht — auf die „sozialen Kosten“ klassischer Entfaltungskonzepte und auf individualistische Begrenztheit bürgerlicher Persönlichkeitsideale verwiesen. Fruchtbar schiene mir jedoch die Frage nach der sozialen Differenzierung von Persönlichkeitsidealen und nach der Art und Weise, wie sie auf unterschiedliche Lebensbedingungen (der Künstler wie ihrer Figuren) zu beziehen sind, wie sich bürgerlich-humanistische von verschiedenen proletarischen Persönlichkeitskonzeptionen und Wertsystemen unterscheiden und was sie eint. So könnte man sich den Problemen nähern, was bisher an künstlerischen Beiträgen zur Aufhebung der klassisch-neuhumanistischen Persönlichkeitskonzeption in der marxistischen Kulturauffassung der Arbeiterklasse vorliegt.

Kulturtheorie mit diesem Anspruch darf m. E. nicht, wie *Metscher* das tut, bei der Entwicklung ihrer Kategorien und Methoden unmittelbar kulturpolitische Leistungsansprüche zu vorrangigen Kriterien machen: „Was wir benötigen, ist ein wissenschaftlicher Begriff von Kultur, der die Kritik kultureller Deformationen unter kapitalistischen Bedingungen möglich macht, der als theoretische Plattform für das Bündnis aller demokratischen Kräfte im kulturellen Bereich dienen kann.“ Eine gewisse Vereinseitigung und Ver-

9 Diskutiert wird hier nicht die aktuelle Bedeutung humanistischer Ideale in der Entwicklung von Kunst und Philosophie, ihre Rolle als Ansatzpunkt für die Stärkung antiimperialistischer Tendenzen der künstlerisch-ideologischen Entwicklung im breitestmöglichen Bündnis mit demokratisch und humanistisch orientierten geistigen Produzenten. Keinesfalls geht es darum, Elemente der Lebensweise der Arbeiterklasse hier und heute als Ziel jeder weiteren Entwicklung der Kultur des Proletariats zu feierlichisieren und gar noch der Praxis in anderen sozialen Schichten und auf anderen Feldern geistiger Produktion als Norm aufzuzwingen — die Rezeption von Kunstwerken bei „den Arbeitern“ zum alleinigen Wertmaßstab zu ernennen oder ähnlichen Schwachsinn zu fordern. Es geht um die historisch-materialistische Analyse des sozialen Charakters von Kulturauffassungen, ihrer Entstehungs- und Wirkungsbedingungen. Dabei stehen die Fragen im Vordergrund, die sich für die Entwicklung der Kulturauffassung der Arbeiterklasse stellen — nicht als Proletkult-Nostalgie und nicht, „weil die Arbeiterklasse halt die Mehrheit der Bevölkerung ausmacht“, sondern als methodische Konsequenz aus der marxistischen Erkenntnis, daß in der Arbeits- und Lebensweise des Proletariats, das die hochentwickelte kapitalistische Großproduktion meistert, grundlegende Entwicklungslinien, Voraussetzungen und Prinzipien der neuen, von diesen Produzenten in ihrem Interesse bestimmten sozialen Ordnung sich herausbilden. Wie Marx zugespitzt formuliert hat: Die Arbeiterklasse „weiß, daß, um ihre eigene Befreiung und mit ihr jene höhere Lebensform hervorzuarbeiten, der die gegenwärtige Gesellschaft durch ihre eigne ökonomische Entwicklung unwiderstehlich entgegenstrebt, daß sie, die Arbeiterklasse, lange Kämpfe, eine ganze Reihe geschichtlicher Prozesse durchzumachen hat, durch welche die Menschen wie die Umstände gänzlich umgewandelt werden. Sie hat keine Ideale zu verwirklichen; sie hat nur die Elemente der neuen Gesellschaft in Freiheit zu setzen, die sich bereits im Schoß der zusammenbrechenden Bourgeoisgesellschaft entwickelt haben“. (Karl Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich, in: Marx/Engels, Werke Bd. 17, S. 434.)

größerung der legitimen Aufgabe wissenschaftlicher Imperialismuskritik hat in der Vergangenheit beigetragen zur pauschalisierenden Betrachtung der kulturellen Verhältnisse der Lohnarbeiter, die man rein negativ, als Nicht-Verwirklichung humanistischer Ideale und Ausschließung von kulturell wertvoller Produktion und Aneignung erfaßte. Und neben der Formulierung von Bündnisplattformen bedarf es der ständigen klaren und differenzierten Bestimmung der Tendenzen und Aufgaben, die zur kulturellen Emanzipation der Arbeiterklasse als Teil ihrer revolutionären Gesamtstrategie gehören.

Es geht nicht um den totalen Bruch mit der Traditionslinie bürgerlich-humanistischen Denkens, sondern darum, wie die großen humanistischen Ideale in der proletarischen Kulturauffassung aufzuheben sind; polemisch formuliert: Es geht um Aufhebung statt Übernahme. Gerade, wenn ich den in dieser Tradition enthaltenen Anspruch sozial wirksam werden lassen will, muß ich zunächst die wirkliche Persönlichkeitsentwicklung in verschiedenen Klassen und Gruppen unserer Gesellschaft untersuchen, ihre inneren Gesetzmäßigkeiten, Widersprüche und Entwicklungstendenzen objektiv herausarbeiten. Wenn ich dabei feststelle, daß in der Lebenspraxis der Lohnarbeiter heutzutage „kulturelle Kernbereiche“ wie Philosophie, Wissenschaft, künstlerische Produktion und Rezeption, aber auch Körperkultur (*Metscher*) nur am Rande eine Rolle spielen, darf die Analyse eben nicht mit der radikal imperialismuskritischen Wertung beendet werden, wer als Soziologe über Kultur der Arbeiterklasse spreche, müsse zuvörderst über „die imperialistische Massenkultur“ sprechen (*Haug*).

Ausgangspunkt einer wissenschaftlich-humanistischen Konzeption sind die inneren Gesetzmäßigkeiten der gegenwärtigen Kulturprozesse und ein materialistisches „Verständnis der Lebensfunktion, des subjektiven Sinns und der objektiven Notwendigkeit, der Potenzen und Defizite der heutigen Kultur der Arbeiterklasse, des widersprüchlichen Prozesses der Entwicklung ihrer bewußten und persönlichkeitsproduktiven Züge unter den Bedingungen der Ausbeutung und Deformation. Erst das Aufweisen der objektiven Funktion und der subjektiven Bedeutung von Verhaltensweisen als Reaktion auf bestimmte Lebensbedingungen läßt wissenschaftliche Einsicht zu, wie sie real zum entscheidenden Prozeß der Erhöhung der Bewußtheit in der Kultur der Klasse stehen“ (*Maase*).

Der Schlüssel für die Entfaltung der immanenten Widersprüche und Tendenzen in Lebensweise und Persönlichkeitsentwicklung der Lohnarbeiter liegt darin, konsequent von den Anforderungen an ihre Lebenstätigkeit als Lohnarbeit und Reproduktion der Arbeitskraft auszugehen. Das bedeutet nicht, wie *Metscher* mißverstanden hat, der „Reproduktion der Arbeitskraft an sich“ einen „kulturellen Wert“ zuzusprechen. Vielmehr soll konkret die Formbestimmtheit kultureller Entwicklung der Lohnarbeiter im Kapitalismus entfaltet werden: „Die Fähigkeiten und Kenntnisse, Genüsse und Bedürfnisse, Beziehungen und Normen, die über die Produktion und Reproduktion der Arbeitskraft erworben und betätigt werden, bilden in ihrer widersprüchlichen Entwicklung den wirklichen Grundstock für Lebensweise und Persönlichkeitsentfaltung in der Arbeiterklasse“ (*Maase*). Diese Prozesse werden nicht wertfrei, voraussetzungslos beschrieben; sie sind Gegenstand von Klassenkämpfen, es geht um ihre Veränderung nach den Maßstäben kulturellen Fortschritts, mit dem Ziel produktiver Persönlichkeitsentfaltung der Lohnarbeiterindividuen. Daher ist erkenntnisleitend die „Frage, wie mit Erfahrung und Bewußtwerdung der proletarischen Klassensituation bürgerliche Dominanz der subjektiven Kultur zurückgedrängt und über erweiterte Reproduktion der Arbeitskraft erworbene Fähigkeiten, Betätigungsmöglichkeiten, Bedürfnisse und Kenntnisse für kulturellen Fort-

schrift genutzt werden können. Nicht die isolierte Einschätzung von Prozessen der Qualifikations- und Reproduktionsentwicklung steht im Zentrum marxistischer Betrachtung. Die objektiven sozialen Anforderungen an die Arbeitskraft und ihre Wiederherstellung sind zur wirklichen Ausbildung von Lebensweise und Persönlichkeit der Lohnarbeiter vermittelt vor allem über ihren Kampf um bessere Entwicklungsbedingungen, über Organisiertheit und Bewußtheit ihrer eigenen Praxis" (*Maase*).

Die bisher in dieser Richtung vorgetragenen Überlegungen wurden mehrfach als positivistisch bezeichnet. Eine Konsequenz dieser Kritik könnte die Unterscheidung zwischen „Lebensweise“ als rein beschreibender Kategorie und „Kultur“ der Arbeiterklasse sein; letztere bezöge sich dann auf die Seiten der Lebenstätigkeit der Lohnarbeiter, in denen sie „sich ihre Aktivitäten als sinnvoll und genießbar einrichten“ (*Haug*). Eine solche Differenzierung kann im Verlauf der Untersuchungen nützlich sein; als Vorab-Entscheidung engt sie jedoch den Blick der Kulturwissenschaftler auf problematische Weise ein. Ein konsequent historisches Vorgehen verlangt die unvoreingenommene, unbeschränkte Aufarbeitung und Untersuchung der Prozesse, Bedingungen und Widersprüche von Persönlichkeitsentwicklung in der Arbeiterklasse als materiell begründet und gesetzmäßig dialektisch determiniert. Nur in der Spannung zwischen der Perspektive universeller Entfaltung und den heutigen Entwicklungsbedingungen der Lohnarbeiter sind vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus kulturelle Maßstäbe und Zielsetzungen zu entwickeln, die von der konkreten Funktion bestimmter Normen, Verhaltensweisen, Fähigkeiten, Bedürfnisse für die Lebensbewältigung der Lohnarbeiter ausgehen und ihren möglichen Beitrag zu produktiver Persönlichkeitsentwicklung untersuchen. Dabei geht es nicht um positivistisches Festschreiben dieser Verhältnisse, sondern um die materialistische Bestimmung der für die Masse der Proletarier wirklich begehbaren Wege zu vielfältiger Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums — wirklich im Zusammenhang mit materiell fundierten Tendenzen ihrer Lebensbedingungen und Lebensanforderungen. Gegenüber den Ansätzen eines solchen Konzepts — um mehr handelt es sich bisher nicht — scheint mir *Haug*s Sorge unbegründet, man wolle das Verhalten der Arbeiter nach intellektuell-dogmatisch ausgeklügelten Kulturmodellen regeln.

### Probleme: Gegenstandsabgrenzung und Wertung

Bisher vorgebrachte Einwände zielen gleichwohl auf unverkennbare Probleme. Angekreidet werden Vagheit und mangelnde Abgrenzung gegenüber dem Gesellschaftsbegriff. Formen, Bedingungen und Tendenzen der Persönlichkeitsentwicklung sozialer Individuen stellen einen Gegenstand kulturwissenschaftlicher Untersuchungen dar, der theoretisch von „Gesellschaft“ zu unterscheiden ist. Der Anspruch, im Grunde alle Vermittlungen der Persönlichkeitsentwicklung in der gesamten Lebenstätigkeit zu berücksichtigen und die unmittelbaren Lebensbedingungen als spezifisch durch die Produktionsweise determiniert zu erfassen, schafft jedoch wirklich ein Forschungsfeld, in dem alle gesellschaftlichen Verhältnisse unter dem Aspekt ihrer sozialisierenden Funktion bzw. ihrer Wirkung auf Lebensbedingungen zu berücksichtigen sind. Selbst für eine kulturtheoretische Arbeit, die Ergebnisse vieler Einzelwissenschaften zugrunde legt, stellt sich damit das Problem der Kompetenz und der sinnvollen Strukturierung und Hierarchisierung ihres Gegenstands.

Allerdings haben die Vorschläge von *Metscher* und *Parade*<sup>10</sup> noch keine praktikablen Lösungswege gewiesen. Schul- und Bildungswesen, Sport, Informations- und Unterhaltungsindustrie, Philosophie und Wissenschaft sowie künstlerische Produktion und Rezeption als „kulturelle Kernbereiche“ (*Metscher*) zu verstehen, entspricht einer vernünftigen kulturpolitischen Gegenstandsbestimmung; die Heraushebung ideologischer Apparate und Prozesse übergeht jedoch die Einsichten in die persönlichkeitsprägende Funktion von Formen sozialer Praxis wie Berufsarbeit, Familienleben, gewerkschaftlichem und politischem Engagement, alltäglicher persönlicher Kommunikation usw. — Einsichten, die *Metscher* zumindest teilweise selber anführt. Hier sehe ich die Tendenz zur Wiederbelebung ideologie-theoretischer Konzepte, die die Arbeiterklasse im heutigen Kapitalismus primär als Objekt ideologischer Beeinflussung verstehen (kulminierend in der Manipulationstheorie) und die grundlegenden Prozesse spontaner Ideologiebildung nicht beachten. Damit vermag ich aber die Prozesse der Persönlichkeitsentfaltung als aktive Leistung der Klasse in der Auseinandersetzung mit den Lebensbedingungen der Lohnarbeit nicht zu erfassen.<sup>11</sup> Es kann nicht das letzte Wort marxistischer Kulturauffassung sein, in der konkret-historischen produktiven Aneignung und Erweiterung des gesellschaftlichen und natürlichen Reichtums durch die arbeitenden materiellen Produzenten wesentlich nur die „Grundlage (Basis) aller, auch der kulturellen Lebensprozesse“ zu sehen (*Metscher*).

*Parade* will unter Kultur fassen die „Tätigkeiten, Beziehungen und Gegenstände oder Elemente in ihnen, die einzig und allein zum Zweck der Persönlichkeitsbildung geschaffen wurden“, die „primärfunktional der Persönlichkeitsbildung dienen“.<sup>12</sup> Eine solche Zusammenstellung von Elementen des gesellschaftlichen Reichtums hat — wie die Bestimmung der Kernbereiche durch *Metscher* — durchaus analytischen und kulturpolitischen Sinn, vor allem für die Erforschung der Kulturauffassung und der Institutionen zu ihrer Vermittlung. Wenn dann aber *Parade* selber feststellt, daß damit nicht erfaßte „politische, ökonomische oder soziale Erscheinungen... ebenfalls und oft viel nachhaltiger auf Persönlichkeitsentwicklung Einfluß nehmen“<sup>13</sup> qualifiziert er seinen eigenen Vorschlag m. E. selber als zur *Grundlegung* historisch-materialistischer Kulturtheorie ungeeignet. Wie schon gesagt: Den Gedanken liegt ein wirkliches Problem marxistischer Kulturtheorie zugrunde — das aber vor allem in der Sache selber begründet ist und nur sekundär in ungenügendem Stand bisheriger Theorieentwicklung.

Mit der Betonung der Wertungsfragen wird in der bisherigen Debatte das zentrale Problem aufgegriffen. Wie sind hier und heute kulturpolitische und -praktische Orientierungen für die Lohnarbeiter zu begründen? Welche Bedeutung ist darin (neben den für die Klasse wichtiger und leichter zugänglich werdenden Formen künstlerischer Rezeption und Eigentätigkeit) fachlicher Qualifikation und gewerkschaftlichem Engagement, gesellschaftspolitischer Interessenbewußtheit, intensivem Schausportkonsum, erfolgreicher Kleingärtnerei, gekonnter praktisch-technischer Selbsthilfe, Briefmarkensammeln und Taubenzüchten, ausgedehnter Erholung in der Natur, der Kommunikation mit Kollegen

10 Lothar Parade, Die historische Mission der Arbeiterklasse und die marxistisch-leninistische Kulturauffassung, in: Weimarer Beiträge 22, 1976, 4.

11 Vgl. Michel Verret, Über die Arbeiterkultur, in: Marxismus Digest 31, 1977, „Kultur der Arbeiterklasse“; Renate Karolewski, Gesellschaftlicher Reproduktionsprozeß und Kultur, in: ebenda.

12 Lothar Parade, a. a. O., S. 11, 112.

13 Ebenda.

und Nachbarn, Tanz und Feiern in der gegenwärtigen Verfassung zu geben? Wie bewertet man die Ausdehnung der Genüsse und Tätigkeiten, der Erfahrungen und Beziehungen der Lohnarbeiter durch erweiterte Konsummöglichkeiten, mehr Freizeit, Urlaubsreisen und Massenmedien — über ideologiekritische Urteile hinaus? Wie stehe ich zur Bedürfnisdynamik in diesen Bereichen? Wie verhält sich das Ziel „Selbstverwirklichung“ zum Bild des qualifizierten, klassenbewußten, aktiven, in den sozialen Auseinandersetzungen standhaften, einfallreichen, beweglichen, solidarisch handelnden Arbeiters, der Teil einer wirklich gleichberechtigten Familie ist, in seiner beschränkten Freizeit gern schwierige Bergtouren unternimmt, selbstsicher und kritisch die Massenmedien, v. a. das Fernsehen, nutzt, ziemlich regelmäßig Tageszeitung und Gewerkschaftsveröffentlichungen liest, auch bei Bier und Kegeln den Kontakt zu seinen Kollegen hält... (auf eine weitere Ausmalung kann hier verzichtet werden)? Gehört solche Idealbildung aus wirklichen Tendenzen in den Bereich der Politik statt in den der Kultur?

### Einheit von Vielfalt und Bewußtheit

Wie in den genannten Aktivitäten und Qualitäten Elemente und Tendenzen produktiver und bereichernder Persönlichkeitsentfaltung wirken, das ist im einzelnen differenziert, in seinen Widersprüchen und seiner kapitalistischen Formbestimmtheit herauszuarbeiten. Anstelle apodiktischer und menschheitsgeschichtlicher Maßstäbe scheinen mir gegenwärtig die Kriterien der *Vielfalt*, *Genußintensität*, *Produktivität* und *Bewußtheit* in der Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums an Betätigungs- und Befriedigungsmöglichkeiten brauchbar. Produktivität meint, ob solche Aktivitäten insgesamt einen positiven Beitrag leisten können zur Bewältigung der unmittelbaren Lebensaufgaben und Lebensprobleme, die letztlich in einen kollektiven und solidarischen Zusammenhang führen muß, oder ob sie zum Bornierten, Exzentrischen, individualistisch, wirklichkeitsabgewandt und aggressiv Unsolidarischen tendieren, ob sie weitere Entwicklungen anregen oder abbremsen. Solche zurückhaltenden und für das wirkliche Leben offenen Bestimmungen machen es jedoch nötig, die Förderung von Bewußtheit ins Zentrum kulturpolitischer und kulturpraktischer Orientierung der Arbeiterbewegung zu stellen: „Bewußt“ wird umfassend und prozeßhaft verstanden — vom rationalen Verhalten gegenüber der Reproduktion der eigenen Arbeitskraft bis zum entwickelten wissenschaftlichen Klassenbewußtsein. Diese These steht nicht im Gegensatz zur Notwendigkeit, spontane Entwicklungen einzuschließen in die Betrachtung des Prozesses, der mit „Kultur der Arbeiterklasse“ angesprochen ist;<sup>14</sup> aus ihr folgt keine negative Bewertung oder auch nur Herabstufung spontaner, emotionaler, spielerischer, zweckfreier Aktivitäten. Es geht um die Orientierung für das Eingreifen in die Kulturprozesse in der Arbeiterklasse, um die Bestimmung des entscheidenden Kettenglieds für die produktive Entfaltung des gesamten Ensembles der Tätigkeiten und Persönlichkeitsqualitäten der Lohnarbeiter unter unseren historischen Bedingungen.

Zugrunde liegt die These, daß man nicht sinnvoll isolierte Aktivitäten und Interessen bewerten kann, daß ihre Persönlichkeitsproduktivität vielmehr nur im Zusammenhang der gesamten Lebenstätigkeit zu bestimmen ist; sehr stark vereinfacht: Charakter und Perspektive beispielsweise von Briefmarkensammeln oder Kleingärtnerie sind nicht die glei-

14 Vgl. dazu Kaspar Maase, a. a. O.

chen bei einem klassenbewußten und aktiven Arbeiter und seinem Kollegen, der nicht an interessenbewußter Praxis teilnimmt. Sinnvoll ist nicht die Abgabe kultureller Werturteile über Kleingärtnerei, sondern die Förderung der bewußten, selbständigen Elemente in den Entscheidungen und Handlungen der Individuen. Orientierung auf Bewußtheit bedeutet nicht, vorhandene Vielfalt einzuengen und fest in der Lebensweise verankerte Neigungen zu verdämmen, sondern die real vorfindliche und historisch notwendige Tendenz zur Bewußtheit in der Lebenstätigkeit zu stärken. Aus dieser Sicht einige weitere Erläuterungen.

— Die kulturelle Befreiung der Arbeiterklasse und anderer werktätiger Klassen und Schichten ist vermittelt über die Eroberung der politischen Macht und die Schaffung eines neuen, sozialistisch strukturierten Typs von Entwicklungsbedingungen.

— Bewußtheit, Wissen und breiter Horizont sozialer und politischer Interessen und Aktivitäten bilden für die Lohnarbeiter einen wichtigen Durchgangspunkt zur Ausbildung von Motivationen und Qualifikationen, die auf genußreiche und angemessene Kunstrezeption und schöpferische Selbsttätigkeit gerichtet sind.

— Die Entwicklung von Praxis und Theorie im Zusammenhang der Durchsetzung der Interessen der Lohnarbeiter und der Arbeiterklasse stellt mit ihren Erfahrungen und Anforderungen einen erstrangigen Entfaltungsraum proletarischer Persönlichkeiten dar.

— Mit der Stärkung der Bewußtheit in der Lebenstätigkeit können die Lohnarbeiter praktisch eingreifen in den widersprüchlichen Kulturprozeß der Entwicklung ihrer Fähigkeiten und Kenntnisse, Bedürfnisse und Genüsse, Normen und Werte, Beziehungen und Tätigkeiten — widersprüchlich durch kapitalistische Formbestimmung und bürgerliche Ideologie. „Im Maß der bewußten Behandlung, Nutzung und Entwicklung der eigenen Vermögen wird alles im Produktions- und Reproduktionsprozeß Erworbene auf seine Potenz für die Verwirklichung selbstbestimmter Interessen geprüft und nach Möglichkeit in die produktive Persönlichkeitsentwicklung einbezogen“ (Maase), wird die bürgerliche Hegemonie über die Kulturprozesse in der Arbeiterklasse zurückgedrängt.

— Dieses Konzept beinhaltet viele Widersprüche und Probleme, auf die hier nicht eingegangen werden kann; nicht das geringste ist die Gefahr politischer Versimpelung, die das Kulturniveau harmonisierend mit dem Aktivitätsgrad in der sozialistischen Arbeiterbewegung gleichsetzt: „richtiges Bewußtsein = Kultur“. Das dürfte jedoch kein Argument dagegen sein, in einer auf Selbstbestimmung, freie Gestaltung der gesellschaftlichen Lebensform, Sinn (Hilfgärtner), auf Solidarität und Einbeziehung der Bedürfnisse aller (Metscher) orientierten kulturtheoretischen Konzeption die Persönlichkeitsbedeutung individueller Teilnahme an der selbstbestimmten Gestaltung der sozialen Verhältnisse sehr hoch einzustufen. Die Kategorie Bewußtheit bringt zugleich den unverzichtbaren objektiven Bezug in die kulturelle Wertung. Ohne den positiven Zusammenhang mit der kollektiven Beherrschung und entwicklungsfördernden Gestaltung der sozial vermittelten Lebensbedingungen wird jeder Genuß und Selbstgenuß, wird jede selbstzweckhafte Aneignung gesellschaftlichen Reichtums borniert; ohne diesen Bezug gibt es keine Annäherung an das kommunistische Kulturideal, daß „die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“.<sup>15</sup>

Diesen Überlegungen wird sicher entgegengehalten werden, sie liefen auf eine dogmatische Ideologisierung und Politisierung von Kultur hinaus. Dazu nur zwei Bemerkun-

<sup>15</sup> Karl Marx, Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, in: Marx/Engels, Werke Bd. 4, S. 482.

gen. Bewußtheit, Rationalität wird im kulturtheoretischen Zusammenhang sehr viel weiter verstanden als „Kenntnis der gesellschaftlichen Entwicklungsgesetze“, „Wissenschaftlicher Sozialismus“ oder ähnliches — es geht um Vernunft, Bewußtheit in allen Bereichen individueller Lebenstätigkeit. Tendenzen in dieser Richtung sind unter anderem begründet in der Qualität der Arbeiterklasse als rationell die modernsten Produktionsmittel anwendend, in denen immer mehr wissenschaftliche Erkenntnisse vergegenständlicht sind. Dabei geht es für den Kulturtheoretiker letztlich um die bewußte Behandlung der eigenen Entwicklung durch die Individuen — allerdings im bewußten Zusammenhang mit der rationalen Gestaltung ihrer sozialen Bedingungen. Damit wird die wirkliche Rolle von Emotionalität für individuelle Entfaltung und Befriedigung nicht geschmälert.

Wenn hier prononciert von sozialer Interessenvertretung und politischer Aktivität als herausragenden Feldern produktiver Entfaltung der einzelnen Lohnarbeiter die Rede war, so nicht aus der Absicht äußerlicher Politisierung von Kultur um jeden Preis. Die konsequente Beziehung individueller Entfaltung auf die in klassenspezifischen Lebensbedingungen enthaltenen Handlungsanforderungen und -möglichkeiten verweist auf diese Praxisformen als vorrangige Bereiche, in denen von den einzelnen Lohnarbeitern bewußtes und tendenziell selbstbestimmtes Verhalten verlangt wird. Behauptung gegen das Kapital bis zum organisierten, auf wissenschaftlicher Grundlage geführten Kampf für seine Überwindung ist ein objektives Erfordernis für die Lebensbewältigung der Proletarier. Bei der Suche nach Möglichkeiten für proletarische Persönlichkeitsentfaltung, die unter kapitalistischen Bedingungen Elemente freier, sinnvoller, bereichernder und befriedigender Tätigkeit verwirklicht, muß man also auf gesellschaftsverändernde Praxis als ein erstrangiges Entwicklungsfeld stoßen. Ich glaube, der unvoreingenommene Blick auf die Zusammenhänge von aktiver Interessenvertretung und reicher Individualität unter Lohnarbeitern legt nahe, daß hier ein wirklicher Zusammenhang besteht. Daß solche Entwicklungen nicht harmonisch, sondern geprägt durch ihre widersprüchlichen und beschränkten Voraussetzungen verlaufen, ist dabei mitgedacht.

Spätestens an dieser Stelle ist ein Hinweis darauf angebracht, daß die hier vertretene kulturtheoretische Position keineswegs nur als Ergebnis, Zwischenstand immanenter Theorienentwicklung zu betrachten ist. Sie wurde und wird herausgefordert durch kulturpolitische und kulturpraktische Veränderungen der vergangenen Jahre; dazu nur einige stichwortartige Bemerkungen.

Eine derartige Herausforderung war die Debatte um kommunale Kulturpolitik, die ausgelöst wurde in erster Linie durch sozialdemokratische Reformvorschläge auf der Basis eines über Kunstpflege hinaus bedeutend erweiterten Kulturverständnisses. Die Erarbeitung einer eigenständigen Konzeption im Interesse der Arbeiterklasse verlangte differenzierte Überlegungen zur Entwicklung kultureller Bedürfnisse bei den arbeitenden Menschen. Die Verstärkung sozialer und politischer Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik, an denen Teile der Arbeiterklasse teilnahmen, war ein wesentlicher Anstoß dazu, in allen Bereichen marxistisch orientierter Wissenschaft das Proletariat wieder deutlicher und konkreter als *Subjekt seiner eigenen Entwicklung* zu untersuchen. Das schlug sich unter anderem nieder in einer Zunahme sozial- und kulturgeschichtlicher Untersuchungen und Veröffentlichungen, die die selbständigen Leistungen der Lohnarbeiter und ihrer Organisationen bei der Gestaltung einer spezifischen Lebensweise deutlich machten und einen differenzierteren Blick auf die heutigen Lebensverhältnisse der Arbeiter und Angestellten nahelegten.

Dem aufmerksamen Beobachter boten sich viele Anzeichen für ein Wachstum kultureller Bedürfnisse und Ansprüche unter den abhängig Arbeitenden, das im Verlangen nach höherer „Qualität des Lebens“ recht gut zusammengefaßt ist: Eine wachsende Sensibilität für die Persönlichkeitsproduktivität von Lebensbedingungen (abwechslungsreiche und geistige Leistung fordernde Arbeitsplätze, Kommunikationsmöglichkeiten im Wohngebiet, aktive Erholung, Erhaltung natürlicher Umwelt, unverwechselbarer Charakter städtebaulicher Ensembles) vergrößerte die Bereitschaft zum Widerstand gegen Verschlechterungen und erfaßte auch Teile der Industriearbeiterschaft.

Bei der Suche nach den Gründen für solche Tendenzen wandte man sich veränderten Bedingungen der Verausgabung und Wiederherstellung der Arbeitskraft zu; Sicherung und Ausweitung der Reproduktionsmöglichkeiten nahmen einen wachsenden Raum in der gewerkschaftlichen Diskussion und auch ansatzweise im praktischen Engagement ein.

In der Kulturarbeit der Arbeiterorganisationen stehen Formen und Bereiche im Vordergrund wie Schulung und Bildung, agitatorische Genres und Methoden, Aufnahme von Elementen der „Jugendkultur“ (Beat, Rock, Folklore, Lied, Festivals, Motorradclubs), Feste, Feiern und Kommunikation, Förderung aller Formen der Selbsttätigkeit von den Thekenmannschaften bis zu den schreibenden Arbeitern. Selbst im Bereich künstlerisch-ästhetischer Produktion und Rezeption in der Arbeiterklasse entwickelten sich Funktionsbezüge und Wertungsprobleme, die — wie alle angeführten Tendenzen — die Mängel unhistorischer und noch kulturkritisch beeinflusster Kulturauffassungen deutlich werden ließen; angeregt wurde eine Beschäftigung mit Kulturprozessen in der Arbeiterklasse, die stärker die konkreten Bedingungen und Anforderungen berücksichtigt, um reale Zielstellungen zu gewinnen.

### Bewußtheit oder Selbstzweckhaftigkeit?

In der Frage der Bewußtheit liegt der wesentliche Differenzpunkt zu den Auffassungen von *Haug*, der die Elemente von Spontancität und Selbstzweckhaftigkeit im Kulturprozeß verabsolutiert. Er greift die Marxsche Bemerkung zum „Reich der Freiheit“ auf, das charakterisiert sei durch menschliche „Kraftentwicklung, die sich als Selbstzweck gilt“<sup>16</sup>: Der Kulturaspekt in der menschlichen Lebenstätigkeit liege immer dort, wo „sich Menschen als Selbstzweck setzen“ (*Haug*). *Haug* will sich mit diesem „demokratischen Begriff der Kultur ‚von unten‘“ gegen elitär-bürgerliche Konzepte wenden; primär ist seine Argumentation jedoch bestimmt durch die Abgrenzung gegenüber einer Kulturauffassung, die bei der Bestimmung und Schaffung kultureller Entwicklungsmöglichkeiten und -anforderungen für die Lohnarbeiter dem hier und heute verlangten Maß an Bewußtheit, Organisiertheit und Arbeitsteiligkeit in der sozialistischen Arbeiterbewegung Rechnung trägt. *Haug* attackiert den Versuch, „von oben herab bestimmte Kulturstandards nach bestimmten Mustern zu propagieren“ und so „das Verhalten der Arbeiterklasse zu regeln“, er wendet sich gegen „Administrationismus und Edukationismus“ sowie gegen die Instrumentalisierung der Kultur durch ihre Gleichsetzung mit Ideologie. Leider bringt er dafür keine Belege aus der Praxis; in diesem Fall könnte man konkret argumentieren — sicher gab und gibt es Tendenzen und Verfahren, denen gegenüber *Haug*s Einwände und die Betonung des spontanen Elements in der Kulturentwicklung angebracht sind.

16 Karl Marx, Das Kapital. 3. Bd., in: Marx/Engels, Werke Bd. 25, S. 828.

Sein Anspruch ist allerdings, nicht nur Korrekturen, sondern einen eigenständigen Beitrag zur marxistischen Kulturtheorie zu liefern. Was bringt sein Ansatz für die kulturwissenschaftliche Forschung und für die kulturpolitische Orientierung der Arbeiterbewegung in ihrem Kampf gegen die staatsmonopolistische Kulturherrschaft? *Haug* erinnert uns an „die Marxsche Regel, nicht von theoretischen Setzungen, sondern von der wirklichen Praxis der Menschen auszugehen“. In der Dialektik objektiver Handlungsanforderungen und subjektiver Zielstellungen ist die Lebenstätigkeit der Lohnarbeiter primär bestimmt durch die Notwendigkeiten des Verkaufs, der Anwendung und Wiederherstellung ihrer Arbeitskraft für das Kapital — also nicht durch die Sinnvorstellungen und Persönlichkeitsbedürfnisse der Individuen; auch die Anforderungen der Interessenvertretung und des Kampfes zur Überwindung des Kapitalverhältnisses folgen zunächst objektiven sozialen Gesetzmäßigkeiten. Kann man da ausklammern, was in der so bestimmten Praxis, bei der individuellen Bewältigung objektiver Anforderungen, an Persönlichkeitsentwicklung stattfindet? Wie soll die Praxis im Rahmen des Notwendigen gestaltet werden, um den Individuen optimale Entfaltung zu ermöglichen und abzuverlangen? Ist jenseits subjektiver Zwecksetzung kulturelle Entwicklung unmöglich? Schule, Ausbildung, Arbeitspraxis, Arbeitskämpfe können doch produktive Persönlichkeitsqualitäten vermitteln — auch wenn die Individuen darin subjektiv zunächst keinen Sinn für sich selber sehen.

*Haug* zerreißt die reale Dialektik. Er greift einen Gedanken *Marx'* zur kommunistischen Gesellschaft auf und entwickelt daraus als Kriterium für wissenschaftliche Erfassung wie politische Behandlung aktueller Kulturprozesse — ihre Selbstzweckhaftigkeit. Ohne Zweifel ist damit ein richtiger und wichtiger Aspekt der Kulturentwicklung aufgegriffen, für den unter der von *Marx* genannten Voraussetzung „assoziierter Produzenten, . . . (die) ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln“<sup>17</sup> — im Sozialismus/Kommunismus also — zunehmend reale Voraussetzungen geschaffen werden und der unter diesen Bedingungen an Bedeutung gewinnt.

An einer Stelle formuliert *Haug* die Dialektik von objektiven und subjektiven Zwecksetzungen so, daß darin Platz ist für die Erkenntnis und Entwicklung der kulturellen Potenz in den sozialen und politischen Aktivitäten engagierter Arbeiter: kulturelle Zielstellung sei, dem Tun des Notwendigen Genuß und Befriedigung für die Individuen abzugewinnen. Hier steht er ganz nahe bei *Sève's* Konzept des „kämpferischen Lebens“.<sup>18</sup> Der Bezug auf das Notwendige als objektives Element kultureller Bewertung wird jedoch verdrängt durch eine völlig subjektive Bestimmung des Selbstzwecks: „Wir sollten den kulturellen Aspekt. . . unmittelbar von den Lebenszwecken her bestimmen, wie die wirklichen Menschen sie setzen“ (*Haug*; Hervorhebung *K. M.*). Unter denen, die Zwecke setzen, tauchen zwar auch die Organisationen der Klassen und ihre Aktionen auf — aber ohne weitere Konsequenz. Kultur beruhe „nicht. . . auf Einsicht in die Notwendigkeit“, sie sei erkennbar an der Abwehr äußerer Beeinflussungsversuche: „Das Kulturelle ist das, was sich als das Nicht-Instrumentelle auffaßt, was sogar als anti-instrumentell auftritt.“

Die fatale Nähe zu bürgerlichen Konzeptionen von Kultur als dem Zweckfreien, Spielerischen folgt aus der Mißachtung der materialistischen Grundeinsicht, daß Entfaltung, Genuß, Befriedigung der Individuen stets vermittelt sind über die kooperative Sicherung,

17 Ebenda.

18 Lucien Sève, a. a. O., S. 384 f.

Erweiterung und bewußte Regulierung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses. Wie ist *Haug* anders zu verstehen, als daß er Kultur allein aus der Entgegensetzung gegen solche äußeren Zwecksetzungen, Notwendigkeiten und Instrumentalisierungen bestimmt?

Allerdings wird man *Haug* nicht ganz gerecht, wenn man nur auf der Ebene kulturtheoretischer Fragestellungen argumentiert. Um die geht es hier nicht; er nimmt polemisch Stellung zu kulturpolitischen Kontroversen. Der rationale Kern seiner Thesen wird nämlich deutlich, wenn man statt „Kultur“ „Kunst“ sagt (offensichtlich sind Einwände gegen die Kunstpolitik kommunistischer Parteien der reale Bezugspunkt). Die Wendung gegen Instrumentalisierung, Administrationismus und Reduktion auf Ideologie bleibt allerdings abstrakt — und zur Begründung einer praktisch orientierten Kulturauffassung der Arbeiterklasse ist dieser Ansatz denkbar ungeeignet.

Durchgängig polemisiert *Haug* auch gegen eine Analyse des Verhältnisses von Partei und Klasse, wie sie etwa in *Lenins* Feststellung sich ausdrückt, es könne „von einer selbständigen, von den Arbeitermassen im Verlauf ihrer Bewegung selbst ausgearbeiteten Ideologie keine Rede sein“<sup>19</sup>; vielmehr kann ihnen wissenschaftliches Klassenbewußtsein „nur von außen gebracht werden“ — im Zusammenwirken revolutionärer Kreise der Intelligenz mit Arbeiter-Theoretikern und organisiert in die spontanen Entwicklungen hineingetragen durch die wissenschaftlich geleitete Partei.<sup>20</sup> Für die Kulturpolitik zumindest setzt *Haug* dem ein anderes Prinzip entgegen: „Die kulturellen ‚Wertungen‘ sind ein Vorgang im Leben selbst, der Theoretiker kann nur analysieren, wie diese Prozesse ablaufen oder warum sie in bestimmter Weise ablaufen oder blockiert sind; er kann dann . . . die Erkenntnis über den Zusammenhang fördern und dadurch die Selbsttätigkeit unterstützen.“ Kulturpolitik der Arbeiterorganisationen heißt allein: „Pflegen und entwickeln, was es an kulturellen Regungen der Massen gibt, den vorhandenen Versuchen Echo geben, sie verallgemeinern und dadurch anderes ermutigen“ (*Haug*).

Richtig ist dieses Prinzip doch nur, insoweit man wissenschaftliche Maßstäbe für Auswahl und Förderung, für die Entwicklung angemessenen Bewußtseins der Selbsttätigen hat. *Haug* stellt fest, in der Arbeiterklasse gebe es „ein Übergewicht von Verhaltensweisen, die Resultat der Einwirkung der ideologischen Apparate des Imperialismus sind“; sogar hier findet er Elemente von Selbstzweckhaftigkeit: damit dieses Angebot wirksam wird, müsse es „von den Adressaten ergriffen und ‚selbst‘ angenommen werden“. Können unter diesen Voraussetzungen Selbsttätigkeit und Selbstzweckhaftigkeit ohne Bezug auf die historischen Aufgaben der Arbeiterklasse Maßstab für Förderung sein?

So richtig es ist, daß „die Kulturauffassung der Arbeiterklasse aus der ständigen Auseinandersetzung der Arbeiter mit ihren Lebensbedingungen hervor(geht)“<sup>21</sup>, so unverzichtbar ist auch, daß sie als wissenschaftliche von Intellektuellen wie *Marx* und vielen anderen, „also außerhalb der Lebensbedingungen der Klassenindividuen“ und in Weiterführung bisheriger Überbauentwicklungen ausgearbeitet wird. Eine präzise Untersuchung der Lebensbedingungen, die die kulturelle Unterdrückung der Arbeiterklasse determinieren und auch den Charakter spontan entstehender Zwecksetzungen im Sinn der Herrschaft bürgerlicher Ideologie bestimmen, begründet die Notwendigkeit einer Arbeitsteilung in

19 W. I. Lenin, Was tun? In: W. I. Lenin, Werke Bd. 5, S. 395.

20 Vgl. ebenda, S. 385 f., 395.

21 Dietrich Mühlberg, Zur weiteren Ausarbeitung unserer wissenschaftlichen Kulturauffassung, in: Weimarer Beiträge 23, 1977, 7, S. 153.

der Entwicklung der Kulturkonzeption der Arbeiterbewegung und die unverzichtbare Rolle von Wissenschaftlern, die Lebensbedingungen und spontane Selbstverständigung der Massen mit der Erkenntnis der objektiven gesellschaftlichen Bewegungsgesetze vermitteln — um die Selbsttätigkeit bewußter zu gestalten. *Haug* versteht derartige Aussagen offensichtlich nicht als das, was sie sind, als historische Analysen, sondern als technokratische Zielstellung einer intellektuellen Schicht. Wenn er dagegen heute eine Qualität spontaner Selbsttätigkeit voraussetzt, die erst über die von ihm angegriffene Praxis herzustellen ist, verkennt er die wirkliche Dialektik kultureller Befreiung der Arbeiterklasse: es setzen nämlich „die gegenwärtig herrschenden Formen der Volkskultur, die zugleich Auswirkung der Klassenherrschaft und der Reaktion auf diese Herrschaft sind, für die Klassen des Volkes die gegenwärtig unüberwindbaren kulturellen Grenzen der revolutionären Veränderung der Praktiken, die morgen die Überwindung dieser Grenzen ermöglichen wird“.<sup>22</sup>

Ist es denn gefährliche Instrumentalisierung von kultureller Selbsttätigkeit, wenn die brennendsten sozialen Probleme der Lohnarbeiter (Arbeitslosigkeit, Krise, Rationalisierung) zum Grundthema der Ruhrfestspiele 1978 und zum Inhalt für künstlerische Produktionsaufträge gemacht werden? Und ist es wirklich immer „praktisch eine Tat gegen die Konzerne“, „wenn irgendeiner eine Gitarre in die Hand nimmt und Lieder dazu macht“ (*Haug*) — auch wenn er das Drogenparadies besingt oder der in der Arbeiterklasse noch vorherrschenden „Orientierung aufs Private“ (*Haug*) folgt? Ist nicht die genauere Bestimmung der inneren Widersprüchlichkeit solcher Selbsttätigkeit ertragreicher als ihre Fetischisierung?

Das Konzept der Kultur als des Selbstzweckhaften erweist sich als äußerst mißverständlich; es tendiert dazu, Kultur aus den Klassenkämpfen unserer Tage herauszulösen, Bewußtheit und Organisiertheit als grundlegende Tendenzen der Kultur der Arbeiterklasse „in sozialistischer Perspektive“ (*Haug*) auszuklammern und die Untersuchung der realen Entwicklungsbedingungen der Proletarier durch die Beschwörung der abstrakten Wahrheit zu ersetzen, daß die Massen das historische Subjekt seien (*Haug*).

Ich habe aus *Haug's* Überlegungen das Problematische herausgegriffen. Bei allen Einwänden bleibt konstruktiv die Aufforderung, in der weiteren Diskussion der Kulturauffassung der Arbeiterklasse die Dialektik von Notwendigem und Selbstzweckhaftem, Bewußtem und Spontanem genauer zu bestimmen. Das erfordert, die Kategorien und Methoden so auf die wirklichen Prozesse bei den Menschen, vor allem in der Arbeiterklasse, zu beziehen, daß sie uns helfen, hier alle Tendenzen individueller produktiver Entfaltung und kollektiver Befreiung zu erkennen und zu fördern.

22 Michel Verret, a.a. O., S. 88.

## Das ‚Institut für sozialwissenschaftliche Forschung‘, München

Johanna Hund

Das Institut für sozialwissenschaftliche Forschung (München) ist zu den bedeutendsten sozialwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen der BRD zu rechnen, die sich mit Problemen der Arbeit und den Bedingungen ihres Einsatzes, mit Fragen der Qualifikation und des Arbeitsmarktes beschäftigen.

Das ISF in seiner jetzigen Form entstand Ende 1964 und begann mit seiner Arbeit im März 1965. Die Rechtsform ist die eines eingetragenen Vereins mit anerkannter Gemeinnützigkeit. „Die Finanzierung der Forschungsarbeit des Instituts erfolgt zu annähernd gleichen Teilen aus Mitteln der allgemeinen Forschungsförderung (insbesondere der Deutschen Forschungsgemeinschaft) sowie durch Forschungsaufträge öffentlicher Stellen.“<sup>1</sup> Letztere konzentrieren sich auf die Ministerien für Arbeit und Soziales, Bildung und Wissenschaft sowie Forschung und Technologie.

Das Institut beschäftigt ca. 20 Wissenschaftler; es wird geleitet von zwei Forschungsdirektoren: *Dr. Norbert Altmann* und *Prof. Dr. Burkhard Lutz* (Geschäftsführender Direktor). Die innere Struktur gliedert sich in Forschungsteams, die den jeweiligen Hauptschwerpunkten der Forschungsarbeit zugeordnet sind. Die Arbeit wird im Selbstverständnis des Instituts wie folgt skizziert: „Die Forschungsarbeiten des ISF München sind zentriert auf Fragen der Arbeitskräfte- und Berufsforschung. In spezifischer Form nehmen sie auf gesellschaftliche Probleme Bezug, denen auch in der politischen Diskussion der letzten Jahre ein hoher Stellenwert zugemessen wurde: Einsatz von Arbeitskräften und Gestaltung von Arbeitsbedingungen, technisch-organisatorische Veränderung von Arbeitsprozessen in Betrieben und in der öffentlichen Verwaltung, Sicherung gegenüber sozialen Risiken, Qualifizierung und Reform im Bildungs- und Berufsbildungssystem, Mobilität, Funktionsbedingungen und Probleme regionaler und betrieblicher Arbeitsmärkte bzw. Teilarbeitsmärkte. Das ISF versucht, diese Probleme nicht in ausschließlich anwendungsbezogener Orientierung als isolierte Einzelfragen anzugeben, sondern die objektiven gesellschaftlichen Bedingungen ihrer Entstehung und Entwicklung und den Kontext ihrer gesellschaftlichen Thematisierung in die Forschungsperspektive miteinzubeziehen.“<sup>2</sup>

Im Rahmen dieser Vorstellung der Arbeiten des ISF kann leider keine Diskussion über die theoretischen Konzeptionen geführt werden. Sie wäre allerdings sehr wünschenswert und sicherlich auch reizvoll: Das betrifft besonders den sogenannten Betriebsansatz, dessen Kern ein aus marxistischer Sicht recht problematisches Konstrukt einer betrieblichen Autonomie ist. Andererseits hat gerade dieser Betriebsansatz — abstrahiert man von einer nicht befriedigenden Einbettung der Probleme in den gesellschaftlichen Kontext — die Blickrichtung für einzelbetriebliche Strategien des Arbeitskräfteeinsatzes bzw. der konkret betrieblichen Verwertungsbedingungen geöffnet. Dadurch hat man es in den Ergeb-

1 ISF — Institut für sozialwissenschaftliche Forschung München, Arbeiten 1975—1978, München 1978, S. 5.

2 Ebenda, S. 7.

nissen und Aussagen in einer wohlthuenden Weise mit konkreten Problemen und deren wissenschaftlicher Erfassung zu tun.

Im folgenden sollen dem Leser aus den vier Arbeitsgebieten

1. Betrieb und technischer Fortschritt,
  2. Betrieb, Arbeitskraft und öffentliche Interventionen,
  3. Bildung und Arbeit,
  4. Arbeitsmarkt und betriebliche Beschäftigungspolitik<sup>3</sup>
- exemplarisch einzelne neuere Arbeiten vorgestellt werden.

1. *Schultz-Wild, R., Weltz, F., Technischer Wandel und Industriebetrieb. Die Einführung numerisch gesteuerter Werkzeugmaschinen in der Bundesrepublik, Athenäum-Verlag, Frankfurt 1973.*

In dieser Untersuchung geht es um den Einsatz von NC-gesteuerten Werkzeugmaschinen in der Einzel- und Kleinserienfertigung. Die Arbeit konzentriert sich auf die sozialen Bedingungen und Auswirkungen der Einführung dieser NC-Werkzeugmaschinen in die bestehenden Fertigungssysteme. Zwei Untersuchungsergebnisse sollten hervorgehoben werden: Erstens zeigt sich, daß eine Aufteilung von vorher eine Einheit bildenden Arbeitsaufgaben an diesen neuen Maschinen möglich ist und vorgenommen wird. Die Informationseingaben zur Steuerung der Maschinenfunktionen können in einem von der Maschinenbedienung abgetrennten Arbeitsprozeß (programmieren) erledigt werden. Andere Arbeiten, vor allem das Auf- und Abspannen der Werkzeuge, bleiben Teil der (reduzierten) Arbeit an der Maschine. Zweitens gibt es eine „große Variationsbreite in den „Auswirkungen““, d. h. es existieren offensichtlich Spielräume bei der durch den Einsatz neuer Techniken notwendig werdenden Neuorganisation des Arbeitsprozesses und somit auch der Arbeitsbedingungen.

2. *Weltz, F., Schmidt, G., Saff, J., Facharbeiter im Industriebetrieb — Eine Untersuchung in metallverarbeitenden Betrieben, Athenäum-Verlag, Frankfurt 1974.*

Auch in dieser Untersuchung bestätigt sich ebenso wie in der vorher skizzierten, daß die Bedeutung der Facharbeiter für die Betriebe nicht so sehr in deren handwerklich-traditionellen Fähigkeiten liegt, sondern eher in dem mit Facharbeiterqualifikation verbundenen sogenannten Flexibilitätspotential. Denn unter der Voraussetzung, daß einerseits innerbetrieblich nur geringe Lohnunterschiede zwischen Facharbeitern und qualifizierten Angelernten besteht, andererseits aber angesichts sehr teurer Produktionsmittel und entsprechend hoher Maschinenstundensätze die Lohnkosten kaum mehr ins Gewicht fallen, wird gerade das von den Facharbeitern gewährleistete hohe Maß an Zuverlässigkeit und Verantwortungsbewußtsein im Umgang mit komplizierten und teuren Produktionsmitteln zur Voraussetzung für einen reibungslosen Produktionsablauf. Je qualifizierter und damit vielseitiger einsetzbar eine Arbeitskraft ist, um so größer ist das Interesse des Kapitals für sie.

In dieser Untersuchung wird festgestellt: Der Facharbeitermangel hat dazu geführt, die Arbeitsorganisationen so zu strukturieren, daß der Anteil der Arbeitsplätze für Un- und Angelernte wächst. Mit anderen Worten: Es wird die interessante These entwickelt, daß die Qualität des Arbeitskräfteangebotes die Investitionsentscheidungen mit beeinflußt und sich dadurch gleichzeitig sowohl die spezifische Ausprägung der Arbeitsorganisation als auch die Bündelung der Arbeitsaufgaben zu Tätigkeiten verschieden hoher Qualifikation herauskristallisiert.

<sup>3</sup> Ebenda, S. 8.

Gegenwärtig wird an einer umfangreichen Untersuchung im Auftrag des BMFT im Rahmen von Humanisierungsmaßnahmen gearbeitet, und zwar im wesentlichen zu zwei Fragenkomplexen:

*Erstens:* In Produktionsbereichen, wo traditionell körperliche Schwerarbeit vorherrscht (Bergbau und Gießerei), soll anhand der Entwicklung öffentlicher Interventionen (z. B. in Form von Normvorschriften oder tariflichen Übereinkünften) ermittelt werden, wie betriebliche Maßnahmen zur „Humanisierung der Arbeit“ zustande kommen und durch welche innerbetrieblichen oder arbeitsmarktpolitischen Probleme des Arbeitskräfteeinsatzes diese Maßnahmen veranlaßt werden. Die staatlichen Interventionen (nicht ganz klar ist, ob staatlich geförderte Humanisierungsmaßnahmen auch als solche gefaßt werden) werden als Maßnahmen, die eine Gefährdung der Reproduktion der menschlichen Arbeitskraft präventiv vermeiden sollen, charakterisiert. Dabei geht es immer um die Grenzen des Spielraums der Nutzung von Arbeitskraft bzw. darum, wie weit die Schranken der betrieblichen Verwertung ausgedehnt werden können. Das „erkenntnispolitische“ Interesse bei dieser Untersuchung wird als die Frage nach den staatlichen und/oder gesellschaftlichen Eingriffsmöglichkeiten in die individuellen Produktionsbedingungen formuliert. Im theoretischen Ansatz vermißt man allerdings eine tiefergreifende Erfassung des Staates, und somit bleibt auch die Funktion staatlicher Interventionen in die Reproduktionsbedingungen der Arbeitskräfte unklar.

Aus dem *zweiten* Untersuchungsschwerpunkt liegen schon einige Ergebnisse vor. Hier geht es um betriebsspezifische Qualifizierungsprozesse zum Zweck des Erwerbs notwendiger zusätzlicher oder andersartiger Qualifikationen für Anforderungen, die aus den Veränderungen durch sogenannte Humanisierungsmaßnahmen resultieren. Es wird festgestellt, daß diese betriebsspezifischen Qualifizierungsprozesse — bei den Humanisierungsmaßnahmen finden ausschließlich betriebsspezifische Qualifizierungsprozesse statt — genauso ablaufen wie bisher bei traditionellen qualifizierten Angelernten. (Diese befinden sich insbesondere in den Produktionsbereichen, wo traditionell wenig Facharbeiter tätig sind und die Arbeitsvorgänge wenig zerlegt werden können und wo gleichzeitig kaum traditionelle Ausbildungsberufe existieren.)

Die Qualifizierungsmaßnahmen sind auf die betriebsspezifischen, oft sogar lediglich arbeitsplatzspezifischen Erfordernisse zugeschnitten. Im wesentlichen werden die ohnehin vorhandenen Qualifikationspotentiale ausgeschöpft, indem lediglich die Anpassung an neue Anforderungen erleichtert wird. In der Regel verfügen die über diese Maßnahmen qualifizierten Arbeitskräfte kaum über Qualifikationsgrundlagen, die über die unmittelbar abgeforderten Kenntnisse und Fertigkeiten hinausgehen, d. h. ihre Fähigkeiten bleiben ausschließlich auf den praktischen Umgang mit den jeweiligen Produktionsanlagen begrenzt. Theoretische Kenntnisse als Voraussetzung für die Einsicht in größere technologische und ökonomische Wirkungszusammenhänge bleiben ausgespart. Diese Qualifizierungsprozesse finden meistens nach dem Prinzip „learning by doing“ statt, also während der faktischen Arbeitstätigkeit. Dadurch kann der Aufwand für den Einsatz von qualifizierten Ausbildern entfallen.

Die Folge ist eine verstärkte Abhängigkeit vom Betrieb insbesondere aus zwei Gründen: Einmal bekommt der Arbeitende kein Zertifikat. Verläßt er den Betrieb, ist er wieder „Hilfsarbeiter“. Zum anderen ist die Rekrutierung der für die Qualifizierungsmaßnahmen „geeigneten“ Arbeitskräfte eine Selektion nach ausschließlich betriebsspezifischen Interessen und doch zugleich eine scheinbar vorhandene individuelle Aufstiegsmöglich-

keit. Erwartungen, daß sich über die Qualifizierung der Arbeitenden — im Zusammenhang mit Humanisierungsmaßnahmen allgemein postuliert — auch die subjektive Situation sowohl hinsichtlich der Arbeit als auch bis hinein in den privaten Bereich wesentlich ändern, müssen mit Skepsis betrachtet werden.

3. *Altmann, N., Böhle, F., Betriebspezifische Qualifizierung und Humanisierung der Arbeit; in: Institut für sozialwissenschaftliche Forschung, München (Hrsg.): Betrieb — Arbeitsmarkt — Qualifikation, Band 1 — Beiträge aus der laufenden Forschungsarbeit, Aspekte-Verlag, Frankfurt 1976.*

In diesem Zusammenhang auch:

4. *Maase, M., Sengenberger, W., Weltz, F., Weiterbildung — Aktionsfeld für den Betriebsrat? — Eine Studie über Arbeitnehmerinteressen und betriebliche Sozialpolitik, Europäische Verlagsanstalt, Köln 1975.*

Hier wurde am Beispiel der betrieblichen Weiterbildung untersucht, ob die mit dem novellierten Betriebsverfassungsgesetz von 1972 „formal-gesetzlich erweiterten Einflußspielräume auch für eine wirksame Durchsetzung von Arbeitnehmerinteressen genutzt werden“. Ähnlich wie in der Studie über betriebspezifische Qualifizierung wird — über einen anderen Zugang zum Problem — festgestellt, daß die innerbetrieblichen Qualifizierungsprozesse fast ausschließlich in der Hand des jeweiligen Managements liegen und somit vorrangig auch die Interessen des Betriebes an Qualifikation oder weitergefaßt an Personalplanung realisiert werden. Trotz der Mitwirkungsrechte des Betriebsrats nach dem BVG kann gegenwärtig nicht von einer wirksamen Einflußnahme im Interesse der abhängig Beschäftigten die Rede sein. Die Studie arbeitet die spezifischen Handlungsbedingungen der Betriebsräte heraus, also die verschiedenen Schwierigkeiten und Hemmnisse bei Wahrung des Mitwirkungsrechts für Weiterqualifizierung.

Eine umfangreiche Studie ist dem Problem der Qualifizierung und des betrieblichen Einsatzes von sogenannten Jungarbeitern gewidmet. Jungarbeiter sind Jugendliche, die ohne Ausbildung ein Arbeitsverhältnis eingegangen sind. In ihrer übergroßen Mehrzahl sind sie ohne Hauptschulabschluß, kommen sie von Sonderschulen und werden sie als sogenannte (Lern-)Behinderte bezeichnet. Die empirischen Untersuchungen zum Problem der beruflichen Perspektive von Jungarbeitern wurden 1974 durchgeführt, also zu einer Zeit, als sich die Krise 1973/74 noch nicht in vollem Ausmaße bemerkbar machte.

5. *Drexel, I., Nuber, Ch., Behr, M. v., Zwischen Anlernung und Ausbildung. Qualifizierung von Jungarbeitern. Zwischen Betriebs- und Arbeitnehmerinteressen, Frankfurt 1976.*

Die Autoren tragen folgende Thesen vor: Der Mangel an Facharbeitern und Auszubildenden läßt die Rekrutierung und Qualifizierung von Jungarbeitern geboten erscheinen; demzufolge werden gesonderte Qualifizierungsmaßnahmen durchgeführt, um sich den notwendigen Bedarf an Arbeitskräften zu sichern. Jungarbeiter werden entweder zu Produktionsarbeitern oder zu sogenannten Teilfacharbeitern herangebildet. Der Produktionsarbeiter ist ein Arbeitskräftetyp für weite Teile der Industrie, die nicht auf Facharbeiterproduktion beruhen: Für diesen Arbeitskräftetyp ist zwar keine anerkannte Ausbildung erforderlich, er repräsentiert aber auch keine Hilfsarbeit. Die Arbeitsplätze der Produktionsarbeiter sind gekennzeichnet durch generell besonders belastende Arbeitsbedingungen wie Akkordarbeit, Schicht- oder Kontischichtarbeit, Hitze, Lärm und Schmutz, Gefährlichkeit, Repetitivität und Monotonie der Arbeit, hohen körperlichen Kraftaufwand, Anspannung, unerfreuliche Arbeitsumgebung und Situierung in den unteren Be-

reichen der betrieblichen Hierarchie. (Vgl. S. 138) Diese Arbeitsplätze unterliegen fast ausschließlich dem Jugendarbeitsschutzgesetz, so daß die betreffenden Jugendlichen hier erst ab dem 18. Lebensjahr eingesetzt werden können. In der Studie wird zu Recht vermutet, daß der Einsatz von Facharbeitern an derartigen Arbeitsplätzen mit größeren Schwierigkeiten verbunden sein dürfte als bei den hierfür gesondert qualifizierten Jungarbeitern.

Bei dem anderen Arbeitskräftertyp, dem Teilfacharbeiter, handelt es sich um Arbeitsplätze in eher typischen Facharbeiterbereichen (facharbeiterintensive Fertigung, Reparatur- und Instandhaltungswerkstätten etc.), nur mit deutlich geringeren Anforderungen. Die Teilfacharbeiter sind quasi Facharbeiterhelfer unterschiedlichen Qualifikationsniveaus und Spezialisierungsgrades, sie verrichten Zuarbeiten für einzelne Facharbeiter, Gruppen oder auch Abteilungen von Facharbeitern (vgl. S. 217).

Die Qualifizierungsmaßnahmen von Jungarbeitern obliegen keiner öffentlichen Normierung und Kontrolle; die Betroffenen erhalten auch keine arbeitsmarktgängigen Zeugnisse. Die Maßnahmen haben den Charakter zusätzlicher freiwilliger Leistungen, nicht aber den einer vom Betrieb zu erbringenden Qualifizierungsleistung, die ein Jugendlicher einfordern kann, wenn er einen Ausbildungsvertrag hat (vgl. S. 211).

Diese Art der Qualifizierung führt objektiv zu einer spezifischen Abhängigkeit vom Betrieb; subjektiv erzeugt sie nach den erlebten vorberuflichen Mißerfolgen ein Gefühl der „Dankbarkeit“ dafür, daß man doch noch eine — wie auch immer reduzierte — Ausbildung erhalten hat. Dies beides hat eine ausgeprägte Betriebsloyalität zur Folge.

Es ist bedauerlich, daß diese außerordentlich sorgfältige und ins Detail gehende Studie sich nur auf Phänomene wie z. B. Facharbeiterknappheit und Notwendigkeit der Besetzung besonderer Arbeitsplätze beschränkt. Dadurch bleiben die Gesetzmäßigkeiten spezifischer Arbeitskräftepolitik (auch hinsichtlich der Rekrutierung von Facharbeitern) ausgeklammert, und der Leser empfindet angesichts der gegenwärtigen Situation des Lehrstellenmangels und jugendlicher Arbeitslosigkeit eine ärgerliche Unzufriedenheit.

Die Arbeiten zu *Arbeitsmarktproblemen* sind insbesondere hinsichtlich der Erarbeitung eines analytischen Kategoriensystems von Bedeutung. Bahnbrechend für diese Arbeiten war die sogenannte Augsburg-Studie:

6. Lutz, B., unter Mitwirkung von Nase, H., Sengenberger, W. und Wetz, F., *Arbeitswissenschaftliche Modelluntersuchungen eines Arbeitsmarktes, Zusammenfassung, RKW-Projekt A 44, RKW (Hrsg.) Frankfurt/Main 1973.*

Es handelt sich um eine empirische Modelluntersuchung eines (geschlossenen) regionalen Arbeitsmarktes. Dabei wurde festgestellt, daß nicht der vermeintliche Lohnreiz der dominierende Faktor für allgemeine zwischenbetriebliche Fluktuationsprozesse ist. Dagegen lassen sich drei Typen in sich relativ geschlossener betrieblicher Teilarbeitsmärkte beobachten:

1. Teilarbeitsmärkte für fachliche Nachwuchskräfte, 2. fachliche Arbeitsmärkte für betriebsunspezifische Fachqualifikationen und schließlich 3. fachliche Teilarbeitsmärkte für „Jedermanns-Qualifikationen“. Zwischen diesen drei Typen von Teilarbeitsmärkten und den ihnen entsprechenden Arbeitskräftertypen bestehen nur begrenzte und zumeist einseitige Übergangs- und Übertrittsmöglichkeiten. Eine neuere Arbeit in diesem Problemfeld ist:

7. Schultz-Wild, R., *Betriebliche Beschäftigungspolitik in der Krise, Campus-Verlag, Frankfurt 1978.*

Diese Studie untersucht das widersprüchliche Interesse der Betriebe an der von überbetrieblichen Arbeitsmarktschwankungen relativ unabhängigen Verfügung von Arbeitskräften (d. h. der Herausbildung stabiler betrieblicher Arbeitsmärkte) sowie einer möglichst kostengünstigen Nutzung dieser Arbeitskräfte (was Anpassungsmöglichkeiten an den überbetrieblichen Arbeitsmarkt voraussetzt). Ausgehend von der These „realativer betrieblicher Autonomie“, die „zwar einerseits die Bedeutung externer nicht unmittelbar durch den Betrieb beeinflusst- und kontrollierbarer Bedingungen des betrieblichen Produktionsprozesses zu erfassen sucht, andererseits jedoch betriebliche Aktionen und Reaktionen nicht eindeutig durch die äußeren (Markt-, Konkurrenz-) Bedingungen determiniert sieht“ (wobei ersterer Aspekt de facto in der Studie zur Bedeutungslosigkeit gerät), wird ein Katalog möglicher betrieblicher Strategien sowohl zur Personalstabilisierung als auch zur Personalanpassung bei Nachfrageschwankungen entwickelt. Es zeigt sich, daß Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wie z. B. Produktspezifizierung, -differenzierung und -diversifikation oder auch erweiterte Lagerhaltung oder Einführung von Lieferfristen als Maßnahmen in der Regel ausscheiden, im Gegenteil eher auf der Basis geringeren Personaleinsatzes mit Hilfe neuer technischer Verfahrensweisen, also über Rationalisierungsmaßnahmen versucht wird, sich den Absatzschwankungen anzupassen. Mit anderen Worten erfolgt nach anfänglicher Drosselung der Ausbau der Produktion mit weniger Personal. Somit sind auch die betrieblichen Maßnahmen vorrangig an der Reduzierung des Arbeitskräfteeinsatzes orientiert (Abbau von Überstunden, Entlassungen, Einstellungssperre, Kurzarbeit). Lediglich bei Großunternehmen ist eine relative Tendenz zur Personalstabilisierung zu beobachten, wobei gerade hier die Inanspruchnahme von staatlichen Mitteln, z. B. bei Kurzarbeit u. ä., am ehesten möglich ist und auch am häufigsten erfolgt.

In einer weiteren neueren Arbeit:

8. Sengenberger, W., *Die gegenwärtige Arbeitslosigkeit — auch ein Strukturproblem des Arbeitsmarktes*, Campus-Verlag, Frankfurt 1978,

wird die Bedeutung von Arbeitsmarktstrukturen für Arbeitslosigkeit untersucht und eine zunehmende Segmentierung (Spaltung) des Arbeitsmarktes in einen stabilen-primären Sektor (Stammebelegschaften in den Hauptbetrieben der Großkonzerne) und einen instabilen-sekundären Sektor (Randbelegschaften in Zweit- und Zulieferbetrieben) festgestellt. Sengenbergers Hauptthese ist, daß dieser Segmentierung eine Strategie zugrunde liegt, bei Aufschwung die sich wieder ausweitende Produktion möglichst mit der Stammebelegschaft z. B. über Überstunden zu bewältigen, um teure Nachfolgekosten bei Ein- und Ausgliederung von Arbeitskräften zu vermeiden. Gleichzeitig besteht aber auch ein Interesse am instabilen Sektor des Arbeitsmarktes, weil hiermit die Abwälzung der Kosten auf die betrieblichen Randbelegschaften möglich ist. Die besondere Betroffenheit der Randbelegschaften von Arbeitslosigkeit ist insbesondere hierauf zurückzuführen. Es muß aufgrund dieser Arbeitsmarktstrukturen mit einem anhaltenden Sockel von Erwerbslosen gerechnet werden, der zahlenmäßig nicht sehr viel geringer sein wird als die jetzt offiziell registrierte eine Million.

Das ISF leistet — das zeigen die hier ausgewählten Publikationen — einen wichtigen Beitrag zur Erforschung der Bedingungen des Einsatzes von Arbeitskraft und deren Reproduktion. In den Arbeiten wird der Versuch deutlich, sich an den Interessen der Lohnabhängigen zu orientieren. Sie sind insofern auch ein wertvolles Material für den gewerkschaftlichen Kampf.

## Über die Tätigkeit des Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR

S. L. Woronkow

*Hauptforschungsrichtungen — Organisation und Tätigkeit des Instituts — Internationale Verbindungen — Publikationen*

Das Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR (IMEMO) wurde im Jahre 1965 auf Beschluß des Präsidiums der Akademie der Wissenschaften gegründet. Es ist das führende wissenschaftliche Zentrum der Sowjetunion für die umfassende Erforschung der wichtigsten internationalen Entwicklungstendenzen sowohl auf dem Gebiet der Wirtschaft und Politik als auch im Bereich der internationalen Beziehungen. Die Tätigkeit des Instituts, das zur Abteilung Ökonomie der Sektion Gesellschaftswissenschaften gehört, wird vollständig von der Akademie der Wissenschaften der UdSSR finanziert. Leiter des Instituts ist der Deputierte des Obersten Sowjets der UdSSR und Träger des Staatspreises der UdSSR, Mitglied der Akademie der Wissenschaften N. N. Inosemzew, der dem Präsidium der Akademie der Wissenschaften der UdSSR angehört.

Das Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen arbeitet eng mit einer Reihe von Instituten und wissenschaftlichen Räten der Akademie der Wissenschaften zusammen. Genannt werden sollen u. a.: das Institut für Ökonomie des sozialistischen Weltsystems; das Institut für USA- und Kanada-Studien; das Institut für Fern-Ost-Studien; das Afrika-Institut; das Latein-Amerika-Institut; das Institut für Internationale Arbeiterbewegung; das Institut für Staat und Recht; das Institut für wissenschaftliche Information auf dem Gebiet der Gesellschaftswissenschaften; der wissenschaftliche Rat für Probleme der Abrüstung; der wissenschaftliche Rat für ökonomischen Wettbewerb der beiden Weltsysteme. Das IMEMO arbeitet weiterhin mit dem staatlichen Komitee des Ministerrates der UdSSR für Wissenschaft und Technik, mit der staatlichen Plankommission, mit Ministerien, Behörden und ihren wissenschaftlichen Zentren sowie gesellschaftlichen Organisationen der UdSSR zusammen.

### Hauptforschungsrichtungen

Das Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR führt komplexe Forschungen auf dem Gebiet der Probleme des modernen Kapitalismus durch. Untersucht werden die Widersprüche und Entwicklungstendenzen des heutigen Kapitalismus unter den Bedingungen des Gegensatzes, des Wettbewerbs und der Zusammenarbeit des kapitalistischen und sozialistischen Gesellschaftssystems in der Periode des Übergangs von der Konfrontation zur friedlichen Koexi-

stanz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung. Das Institut widmet der Erforschung der Besonderheiten der allgemeinen Krise des Kapitalismus der Gegenwart große Aufmerksamkeit, wobei die Gesamtheit der ökonomischen, politischen, sozialen und ideologischen Beziehungen in der kapitalistischen Gesellschaft im Mittelpunkt steht. Insbesondere geht es um die Eigenart und Widersprüche des staatsmonopolistischen Kapitalismus, die Prozesse der Reproduktion und Preisbildung, die Beziehung von Staat und Monopolen, um die Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung des Kapitalismus und der Zentren der imperialistischen Konkurrenz.

Im Rahmen dieser Untersuchungen werden solche Probleme erforscht wie neue Tendenzen im Mechanismus des staatsmonopolistischen Kapitalismus; die Möglichkeiten und Grenzen staatlicher Eingriffe in die Wirtschaft; die Preisbildung und die Hauptfaktoren der Inflationsprozesse; die Wechselwirkung zyklischer und inflationärer Faktoren in der Ökonomie einzelner kapitalistischer Länder; die Probleme der Entwicklung von Inflation und Arbeitslosigkeit; die Besonderheiten und Widersprüche des staatsmonopolistischen Kapitalismus in den entwickeltsten kapitalistischen Ländern und Formen und Umfang ihrer außenwirtschaftlichen Verflechtung und Beziehungen.

Ein weiterer Gegenstand der wissenschaftlichen Untersuchungen des Instituts sind die Hauptentwicklungsrichtungen der wissenschaftlich-technischen Revolution und ihr Verlauf unter den Bedingungen der Systemkonkurrenz. In diesem Rahmen werden die Wege zur Intensivierung der Wirtschaft der kapitalistischen Länder, die Effektivität der Nutzung der Ressourcen der materiellen Produktion, die Veränderung der Struktur der Produktion und des Verbrauchs, die Dynamik und die Faktoren zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität in der materiellen Produktion und in den einzelnen Branchen, die Entwicklungsrichtung der Verflechtung zwischen Industriezweigen und die Probleme der Erhöhung der Effektivität der Leitung untersucht.

Die Ergebnisse der Erforschung der oben genannten Probleme finden sich in einer Reihe grundlegender Arbeiten, die vom Institut in den letzten Jahren veröffentlicht wurden. Einen besonderen Platz nimmt unter ihnen der Doppelband „Politische Ökonomie des heutigen Monopolkapitalismus“ ein, dessen zweite Ausgabe mit dem Staatspreis der UdSSR für das Jahr 1977 ausgezeichnet wurde.<sup>1</sup> In ihm werden die Gesetzmäßigkeiten und die Entwicklungstendenzen des modernen Kapitalismus sowie neue Erscheinungen seiner Ökonomie und Politik untersucht. Besondere Aufmerksamkeit widmen die Autoren der Analyse der Verschärfung der Widersprüche des Kapitalismus, wie sie für das Ende der sechziger und die erste Hälfte der siebziger Jahre charakteristisch sind. In der Arbeit wird der Platz des Imperialismus in der gegenwärtigen Welt analysiert, und es werden neue Erscheinungen der allgemeinen Krise des Kapitalismus, der wissenschaftlich-technischen Revolution und ihrer Widersprüche charakterisiert. Neuen Gesetzmäßigkeiten, die in der Entwicklung der Monopole und der Reproduktionsprozesse auftreten, werden ebenso untersucht wie die ökonomischen Grundlagen des staatsmonopolistischen Kapitalismus und die Rolle der Staatsfinanzen bei der Entwicklung der staatlichen Regulierung in den kapitalistischen Ländern. Weiterhin behandeln die Autoren des Kollektivs die Probleme des kapitalistischen Weltmarktes und des Kapitalexports der internationalen Monopole, die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus auf der interna-

<sup>1</sup> „Politische Ökonomie des heutigen Monopolkapitalismus“. In zwei Bänden. 2. überarbeitete Ausgabe, verantwortliche Redakteure N. N. Inosemzew, A. G. Milejkowski, W. A. Martynow. Moskau. „Mysl“. 1975.

tionalen Ebene, die Klassenstruktur der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaft, die Besonderheiten des Klassenkampfes und der nationalen Befreiungsbewegungen.

In den letzten Jahren veröffentlichte das Institut eine Reihe kollektiv erarbeiteter Monographien wie „Die Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus“, „Die Leninische Theorie des Imperialismus und die Gegenwart“, „Wirtschaftswachstum unter den Bedingungen des monopolistischen Kapitalismus: Probleme und Widersprüche“, „Niveau und Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Hauptländer“. Weiter ist eine aus sieben Bänden bestehende Serie von Monographien unter dem Titel „Ökonomie und Politik der Länder des modernen Kapitalismus“ zu nennen sowie u. a. die Studien „Lenkung der Entwicklung der Produktion in Industriekonzernen der USA“ und „Folgen der wissenschaftlich-technischen Revolution in der Landwirtschaft Westeuropas“.<sup>2</sup>

Eine weitere Forschungsrichtung des Instituts besteht im Studium der Weltwirtschaft und der internationalen Beziehungen in der Gegenwart und der Analyse der Entwicklungsmöglichkeiten gleichberechtigter, auf gegenseitigem Vorteil beruhender ökonomischer Beziehungen der UdSSR mit kapitalistischen und Entwicklungsländern. Im Rahmen dieser Richtung werden solche Probleme untersucht wie die Entwicklungstendenzen der modernen kapitalistischen Weltwirtschaft (internationaler kapitalistischer Handel, kapitalistischer Weltmarkt, internationale Valuta-Kredit-Beziehungen, kapitalistische Integration, internationale Monopole), die Ernährungs- und Energieprobleme der Welt, die neue internationale ökonomische Ordnung, die natürlichen Ressourcen in der Weltwirtschaft, neue Formen der ökonomischen Beziehungen der UdSSR mit kapitalistischen und Entwicklungsländern.

Die Forschungsergebnisse dieser Arbeitsrichtung sind in einer fünfbändigen Serie „Internationale Monopole und imperialistische Integration“ veröffentlicht worden. Ferner sind bereits drei Bücher der Serie „Kapitalistische Weltwirtschaft und internationale ökonomische Beziehungen“ erschienen sowie neben anderen eine kollektiv erarbeitete Monographie „Die Energiekrise in der kapitalistischen Welt“ und ein Buch von *W. L. Tjagunjenko* „Internationale Arbeitsteilung und die Entwicklungsländer“.<sup>3</sup>

2 „Die Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus“. Red. Akad. N. N. Inosemzew, korrespond. Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR E. M. Primakow, Kandidat der Wirtschaftswissenschaft I. E. Gurjew, Moskau, „Mysl“ 1976, 358 S.; „Die Leninische Theorie des Imperialismus und die Gegenwart“. Red. N. N. Inosemzew u. a., Moskau, „Mysl“, 1977, 454 S.; „Ökonomisches Wachstum unter den Bedingungen des Monopolkapitalismus. Probleme und Widersprüche“. Verantwortliche Redakt. korresp. Mitgl. AdW UdSSR A. G. Milejkowski, S. M. Nikirin, Moskau, „Nauka“, 1975, 431 S.; „Niveau und Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Hauptländer (ökonomische Gegenüberstellung)“, verantw. Red. W. M. Kudrow, E. A. Gromow, Ju. N. Pokatajew, Moskau, „Nauka“, 1977.

Eine Serie aus sieben Bänden „Ökonomie und Politik der Länder des modernen Kapitalismus“. Verantw. Red. W. Ja. Aboltin u. a.

„Die Vereinigten Staaten von Amerika“, Moskau, „Mysl“, 1972, 460 S.; „Japan“, Moskau, „Mysl“, 1973, 454 S.; „Großbritannien“, Moskau, „Mysl“ 1972, 478 S.; „Bundesrepublik Deutschland“, Moskau, „Mysl“, 1975, 472 S.; „Frankreich“, Moskau, „Mysl“, 1973, 464 S.; „Die kleinen Länder Westeuropas“, Moskau, „Mysl“, 1972, 456 S.; „Italien“, Moskau, „Mysl“, 1973, 476 S.

„Lenkung der Entwicklung der Produktion in Industriekonzernen der USA“, verantw. Red. Ju. P. Wasiljew, Moskau, „Mysl“, 1977, 353 S.; „Die Folgen der Industrialisierung der Landwirtschaft in den Ländern Westeuropas“ (in russischer und deutscher Sprache). Redaktionskollegium: G. Godorowitsch u. a., Moskau, „Nauka“, 1975, 304 S.

3 Serie aus fünf Bänden „Internationale Monopole und imperialistische Integration“, unter der Redaktion von M. M. Maximowa u. a.:

M. M. Maximowa, „Hauptprobleme der imperialistischen Integration“, Moskau, „Mysl“, 1971; Ju. u. W.

Zu den zentralen Aufgaben der wissenschaftlichen Tätigkeit des Kollektivs des IMEMO gehört das Studium der Hauptentwicklungstendenzen der internationalen Beziehungen und des Kampfes für die Festigung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung. Im Rahmen dieser Studienrichtung erarbeitet das Kollektiv des Instituts Grundlagen der Theorie der internationalen Beziehungen; es werden Lösungen für die Probleme der weltweiten Entspannung und die Prognostizierung der internationalen Beziehungen ausgearbeitet, wobei die Entwicklung neuer Erscheinungen und globaler Schlüsselprobleme in der Phase des Übergangs vom „kalten Krieg“ zur friedlichen Zusammenarbeit besonders geachtet werden. Einen sehr wichtigen Platz in der Tätigkeit des Instituts nehmen die Probleme der internationalen Sicherheit, die Begrenzung der Rüstung und die Reduzierung der Streitkräfte, die Abrüstung, Fragen der Ergänzung der politischen Entspannung durch die militärische, also die Materialisierung der Entspannung auf den verschiedenen Gebieten ein. Bei der Erforschung der internationalen Beziehungen findet das Studium der internationalen Organisationen besondere Beachtung. Gleiches gilt für die UNO und ihre Rolle bei der Entspannung und der friedlichen Koexistenz. Die Positionen regionaler Ländergruppen sowie einzelner Länder in den internationalen Organisationen finden ebenso Aufmerksamkeit wie die internationalen nicht regierungsgebundenen Organisationen, die Wechselbeziehungen zwischen öffentlicher Meinung und der außenpolitischen Praxis; ferner die Probleme des Umweltschurzes.

Die Ergebnisse der Forschungen sind in einer Reihe von Monographien publiziert worden; genannt werden sollen die Kollektivarbeiten „Die Strategie des Imperialismus und der Kampf der UdSSR für Frieden und Abrüstung“, „Die Öffentlichkeit und die Probleme von Krieg und Frieden“, „Militärische Macht und internationale Beziehungen“, „Die internationalen Beziehungen in Westeuropa“, „Umweltprobleme in der Weltwirtschaft und den internationalen Beziehungen“, das Buch von G. I. Morosow „Internationale Organisationen. Einige Fragen der Theorie“, die Studie von A. N. Kaljadin „Probleme des Verbots der Versuche mit Kernwaffen und ihrer Verbreitung“ sowie der Band „Materialisierung der Entspannung: Ökonomische Aspekte“<sup>4</sup> und viele andere.

Schischkow und R. A. Nowikow. „Internationale Kooperation kapitalistischer Unternehmen“, „Mysl“, 1972; T. Ja. Belous, „Internationale Industriemonopole“, Moskau, „Mysl“, 1972; E. N. Selichow, „Internationale Banken und Bankengruppen“, Moskau, „Mysl“, 1973; W. I. Markuschina, „Internationale wissenschaftlich-technische Verbindungen im System des modernen Kapitalismus“, Moskau, „Mysl“, 1973, 271 S.

Serie „Kapitalistische Weltwirtschaft und internationale ökonomische Beziehungen“, Buch I der Serie: „Das Wertesystem des modernen Kapitalismus (Tendenzen und Perspektiven)“, Autor O. S. Bogdanow, Moskau, 1976; Buch II: „Internationaler kapitalistischer Handel: Tendenzen und Perspektiven“, Moskau, 1976, Autor P. N. Chwojnik; Buch III: „Nachkriegsveränderungen in der industriellen und Rohstoffstruktur der kapitalistischen Weltwirtschaft“, Autor W. W. Rymalow, Moskau 1977.

„Die Energiekrise der kapitalistischen Welt“, verantw. Red. E. M. Primakow, Moskau 1975, „Mysl“, 478 S.; W. L. Tjagunjenko „Internationale Arbeitsteilung und die Entwicklungsländer“, Moskau, „Nauka“, 1976, 304 S.

- 4 „Die Strategie des Imperialismus und der Kampf der UdSSR für Frieden und Abrüstung“, verantw. Red. W. Ja. Aboltn, Moskau, „Nauka“, 1974, 432 S.; „Die Öffentlichkeit und die Probleme von Krieg und Frieden“, verantw. Red. G. N. Morosow, Moskau, „Internationale Beziehungen“, 1976, 319 S.; „Militärische Macht und internationale Beziehungen. Militärische Aspekte der außenpolitischen Konzeption der USA“, verantw. Leiter des Kollektivs W. M. Kulisch, Moskau, „Internationale Beziehungen“, 1972, 239 S.; „Die internationalen Beziehungen in Westeuropa“, verantw. Red. D. E. Melnikow, Moskau, „Internatio-

Die Soziologen des IMEMO befassen sich mit dem Studium der sozialen Widersprüche und des Klassenkampfes in der kapitalistischen Gesellschaft, mit ihren Produktionsverhältnissen, ihrer sozialen Struktur, mit den Veränderungen, wie sie in der Nachkriegszeit im Bewußtsein und der Psychologie der Arbeiterklasse sich vollzogen haben. Untersuchungsgegenstand sind die Tendenzen der Entwicklung der demokratischen Bewegungen in den kapitalistischen Ländern ebenso wie die Voraussetzungen, die in ihnen die Bildung umfassender, antimonopolistischer Koalitionen und das Vorankommen auf dem Wege der Demokratie und des sozialen Fortschritts ermöglichen. In diesem Rahmen nimmt die Analyse der Entwicklung der revolutionären Weltbewegung unter den Bedingungen der Veränderungen des Kräfteverhältnisses zwischen den beiden sozialen Systemen und der internationalen Entspannung sowie das Problem der demokratischen Alternative zur Wirtschaftspolitik des staatsmonopolistischen Kapitalismus breiten Raum ein.

Über die Ergebnisse der Forschung der Wissenschaftler des IMEMO auf diesem Gebiet geben folgende Bücher Aufschluß: *S. P. Peregudow*, „Die Labourpartei im sozialistischen System Großbritanniens“, Moskau, „Nauka“, 1975, 413 S.; *W. W. Pestschanski*, „Angestellte in der bürgerlichen Gesellschaft (am Beispiel Englands)“, Moskau, „Nauka“, 1975, 379 S.; *W. W. Ljubimowa*, „Frankreich: Staatliche Regulierung von Beschäftigung, Erwerbslosigkeit und Löhnen“, Moskau, „Nauka“, 1976, 248 S.; *N. K. Kisowski*, „Staatliche Wirtschaftstätigkeit und der politische Kampf in Italien (1960—1975)“, Moskau, „Nauka“, 1977, 238 S.; „Die Bewegung der linken Studenten in den kapitalistischen Ländern“, ver. Red. *S. S. Salitschew*, Moskau, „Nauka“, 1976, 311 S.; *G. I. Weinstein*, „Amerikanische Arbeiter: Veränderungen im gesellschaftlichen Bewußtsein“, ver. Red. *G. G. Diligenskij*, Moskau, „Nauka“, 1977, 217 S.

Wachsende Bedeutung erlangt die vom IMEMO durchgeführte Erforschung der Probleme der Ökonomie und Politik der Entwicklungsländer, der nationalen Befreiungsbewegungen und der Entwicklungswege der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas unter den Bedingungen des Wettstreits der beiden Systeme und der wissenschaftlich-technischen Revolution. Es wird untersucht, auf welchem Wege die Entwicklungsländer ihre politische Unabhängigkeit festigen und ökonomische Unabhängigkeit erlangen können und welche Rolle ihre Wirtschaft im System der Weltwirtschaft spielt.

Das Institut veröffentlichte eine Serie von Monographien, die diesen Problemen unter dem Gesamttitel „Ökonomie und Politik der Entwicklungsländer“ gewidmet sind. Darunter befinden sich als Kollektiv-Arbeiten: „Die Entwicklungsländer: Gesetzmäßigkeiten, Tendenzen, Perspektiven“. Ver. Red. *R. M. Awakow*, *K. L. Maidanik*, Moskau, „Mysl“, 1974, 463 S.; „Die Entwicklungsländer: Wissenschaft, Technik, ökonomisches Wachstum“, Moskau, „Mysl“, 1975, 367 S. Folgende Buchpublikationen können erwähnt werden: *G. I. Mirski*, „Dritte Welt‘. Gesellschaft, Macht, Armee“, Moskau, „Nauka“, 1976, 408 S.; *O. D. Ulrich*, „Dritte Welt‘: Probleme der Entwicklung des staatlichen Sektors“, Moskau, „Nauka“, 1975, 248 S.; *R. M. Awakow*, „Entwicklungsländer: Wissenschaftlich-technische Revolution und das Problem der Unabhängigkeit“, Moskau, „Mysl“, 1976, 295 S.; *A. J. Eljanow*, „Entwicklungsländer: Probleme des ökonomischen Wachstums und der Markt“, Moskau, „Mysl“, 1976, 295 S.

In den letzten Jahren entwickelte sich eine Untersuchungsrichtung im Institut, deren Gegenstand die Kritik der bürgerlichen, reformistischen und revisionistischen Theorien über die ökonomische und sozialpolitische Entwicklung des modernen Kapitalismus ist. Zu diesem Problem wurden einige umfangreiche Monographien herausgegeben: „Kritik

der bürgerlichen politischen Ökonomie", Moskau, „Nauka“, 1977; „Die gegenwärtige bürgerliche Theorie der internationalen Beziehungen. Kritische Analyse“, Moskau, „Nauka“, 1976. Eine fünfbändige Reihe „Der heutige Kapitalismus und der ideologische Kampf“<sup>5</sup> und andere Publikationen.

### Organisation der Tätigkeit des Instituts

Die Hauptrichtungen der wissenschaftlichen Forschungen und die Formulierung der wissenschaftlichen Probleme und Themen legt der wissenschaftliche Rat des Instituts fest, der sich aus führenden Spezialisten, den Leitern der wissenschaftlichen Abteilungen und den Mitgliedern der Direktion zusammensetzt. Die Pläne der einzelnen wissenschaftlichen Forschungsvorhaben begutachtet und bestätigt die Leitung des Instituts.

Organisatorisch ist das Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen in Abteilungen und Sektoren gegliedert, die sowohl nach Problemfeldern als auch unter regionalen Gesichtspunkten gebildet werden. Es gibt einige Dutzend solcher wissenschaftlicher Abteilungen. Die Struktur des Instituts wird ebenso wie auch die Arbeitsteilung innerhalb der Kollektive und unter den Mitarbeitern in entscheidendem Maße von den objektiven Prozessen bestimmt, die durch die Veränderungen im globalen Maßstab bedingt werden. Die innere Struktur des Instituts ist deshalb beweglich und wird entsprechend den Erfordernissen ergänzt.

Die wissenschaftlichen Hauptabteilungen des Instituts sind:

Abt. Effektivität der ökonomischen Entwicklung des Kapitalismus;

Abt. Außenökonomische Probleme des Kapitalismus;

Abt. Ökonomie der Hauptzweige der materiellen Produktion der entwickelten kapitalistischen Länder;

Abt. Internationale Beziehungen;

Abt. Internationale Organisationen;

Abt. Innenpolitische und soziale Probleme der entwickelten kapitalistischen Länder;

Abt. Wirtschaft und Politik der Entwicklungsländer;

Abt. USA;

Abt. Westeuropa;

Abt. Japan und andere.

Das Institut verfügt über eine umfangreiche Informationsabteilung, die die Literatur vieler Länder der Welt auswertet und die Daten bearbeitet. Zu ihrer Funktion gehört der Aufbau eines Informationsfonds, die informelle Betreuung der wissenschaftlichen Mitar-

nale Beziehungen", 1974, 303 S.; „Umweltprobleme in der Weltwirtschaft und den internationalen Beziehungen", Moskau, „Mysl", 1976, 359 S.; „Materialisierung der Entspannung: Ökonomische Aspekte", Moskau, „Mysl", 1978, 376 S.; G. N. Morosow „Internationale Organisationen. Einige Fragen der Theorie", Moskau, „Mysl", 1974, zweite Auflage, 392 S.; A. N. Kajadin „Probleme des Verbots der Versuche mit Kernwaffen und ihrer Verbreitung", Moskau, „Nauka", 1976, 325 S.

5 Autorenkollektiv, verantw. Red. W. A. Tscheprawow, „Ideologisch-politische Strömungen des Imperialismus", Moskau, „Mysl", 1975, 317 S.; G. S. Sogomonjan, „Apologetische Konzeptionen des Sozialreformismus", Moskau, „Mysl", 271 S.; Autorenkollektiv, „Kritik der bürgerlichen Konzeptionen der wissenschaftlich-technischen Revolution", Moskau, „Mysl", 1976, 271 S.; Autorenkollektiv, verantw. Red. W. A. Tscheprawow, R. A. Tuschamedow, „Kritik der Theorie des Nationalismus und Rassismus"; Autorenkollektiv, verantw. Red. S. N. Nadel, „Der moderne Kapitalismus und die Arbeiterklasse: Kritik der antimarxistischen Konzeptionen", Moskau, „Mysl", 1976, 360 S.

beiter und Abteilungen des Instituts und die Zusammenstellung von wissenschaftlichem Informationsmaterial.

Die Bibliothek des IMEMO gilt als eine der besten der UdSSR für Probleme der Weltwirtschaft und der internationalen Beziehungen. Ihr Bestand umfaßt 600000 Exemplare.

Weit verbreitet ist im Institut die Zusammenstellung spezieller Forschungsgruppen für die operative Erweiterung wichtiger wissenschaftlicher Vorhaben auf interdisziplinärer Basis. Die Mitarbeiter solcher Forschungsgruppen kommen aus den verschiedenen Abteilungen.

Die Forschung des Instituts wird von Wissenschaftlern durchgeführt, die hochqualifizierte Spezialisten auf den Gebieten der politischen Ökonomie, der Weltwirtschaft, der internationalen Beziehungen und der internationalen Organisationen und der Soziologie sind. Am ersten Januar 1978 waren am Institut ein ordentliches Mitglied und zwei korrespondierende Mitglieder der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, 73 Doktoren und 265 Kandidaten der Wissenschaft beschäftigt. Dazu kommt noch jüngeres wissenschaftliches und qualifiziertes wissenschaftliches Hilfspersonal. Die Leitung der laufenden Arbeit des Instituts obliegt der Direktion, die aus folgenden Personen besteht: Direktor — Akademiker *N. N. Inosemzew*; stellvertretende Direktoren: Doktor der Wirtschaftswissenschaften *W. A. Martynow*; Doktor der Geschichtswissenschaften *O. N. Bykow*; Kandidat der Wirtschaftswissenschaften *I. E. Gurjew*; wissenschaftlicher Sekretär — Kandidat der Geschichtswissenschaften *L. S. Woronkow*.

### Internationale Verbindungen des Instituts

Das IMEMO hat umfangreiche und vielseitige Verbindungen mit einer Reihe internationaler Organisationen, mit wissenschaftlichen Zentren in sozialistischen, kapitalistischen und Entwicklungsländern. Vorrangige Bedeutung wird der wissenschaftlichen Zusammenarbeit mit den Instituten der sozialistischen Länder beigemessen, deren Richtung in erster Linie auf der Grundlage der Arbeit der Kommissionen für vielseitige Zusammenarbeit der Akademie der Wissenschaften „Probleme des modernen Kapitalismus“, „Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit“ und „Ökonomie und Politik der Entwicklungsländer“ aufbaut.

Die Zusammenarbeit mit führenden wissenschaftlichen Zentren der kapitalistischen und Entwicklungsländer vollzieht sich über die Durchführung gemeinsamer Konferenzen und Symposien, über die Realisierung gemeinsamer Projekte und den Austausch von Wissenschaftlern, Aspiranten usw. Gegenwärtig unterhält das IMEMO ständige Verbindungen mit 46 wissenschaftlichen Zentren der sozialistischen Länder und 71 wissenschaftlichen Einrichtungen kapitalistischer und Entwicklungsländer.

Mit der laufenden Arbeit für die Verwirklichung der Zusammenarbeit des Instituts mit ausländischen wissenschaftlichen Zentren und Wissenschaftlern ist der wissenschaftliche Sekretär für internationale Verbindungen, der Kandidat der Wirtschaftswissenschaften *W. B. Jakubowski* betraut.

### Publikationen

Die wissenschaftliche Arbeit des Instituts orientiert sich auf die Erforschung der Haupttendenzen der Weltentwicklung, auf grundlegende theoretische Untersuchungen allge-

meinen Charakters und auf die Ausarbeitung von hierauf basierenden Vorschlägen und Empfehlungen an die interessierten Stellen. Die Mitarbeiter des Instituts geben jedes Jahr bis zu 40 kollektive oder individuell erarbeitete Monographien heraus, die ein weites Spektrum von Problemen der Weltwirtschaft und internationalen Beziehungen behandeln. Ein großer Teil dieser Bücher wird vom Verlag der Akademie der Wissenschaften „Nauka“ herausgegeben. Das Institut unterhält ebenso ständige Verbindungen mit den Verlagen „Progreß“, „Mysl“, „Internationale Beziehungen“, dem „Politverlag“ und anderen. Das IMEMO verfügt über eine eigene Druckkapazität und gibt eine Monatszeitschrift „Weltwirtschaft und internationale Beziehungen“ heraus (Auflage 40000 Exemplare), die auch eine spezielle Jahresbeilage „Die wirtschaftliche Lage der kapitalistischen und Entwicklungsländer“ enthält. Weiter veröffentlicht das IMEMO ein „Internationales Jahrbuch. Politik und Ökonomie“ in russischer Sprache und, gemeinsam mit dem Institut für internationale Beziehungen der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR, in deutscher Sprache<sup>6</sup>. Das Jahrbuch gibt einen Überblick über die wichtigsten Ereignisse des Jahres in der Welt und, gesondert, in den sozialistischen, kapitalistischen und Entwicklungsländern.

Von Anfang an war die Tätigkeit des IMEMO, war seine ganze wissenschaftliche Forschung untrennbar mit der Lösung von Aufgaben verbunden, die von der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und der sowjetischen Regierung gestellt wurden und den praktischen Zielen des kommunistischen Aufbaus in unserem Lande dienen. Das wissenschaftliche Kollektiv des Instituts ist ständig bemüht, Ergebnisse seiner Arbeit vorzulegen, die für die weitere Entwicklung der marxistisch-leninistischen politischen Ökonomie und Theorie der internationalen Beziehungen Bedeutung gewinnen.

Für seinen bedeutenden Beitrag im sozialistischen Wettbewerb zu Ehren des hundertsten Geburtstages von *W. I. Lenin* erhielt das Institut vom ZK der KPdSU, dem Präsidium des Obersten Sowjet der UdSSR, dem Ministerrat der UdSSR und dem Zentralrat der Gewerkschaften der Sowjetunion die Leninsche Jubiläumsehrenurkunde.

Für seine Erfolge auf dem Gebiet der Erforschung der Weltwirtschaft und internationalen Beziehungen und der Heranbildung hochqualifizierter Kader wurde das Institut vom Obersten Sowjet der UdSSR in einem Erlaß vom 2. Februar 1971 mit dem Orden des Roten Arbeitsbanners geehrt.

6 Jahrbuch der Internationalen Politik und Wirtschaft, erscheint im Staatsverlag der DDR.

## Das ‚Institut für wirtschaftspolitische Studien‘ der IKP (CESPE)

Anna Morre / Walter Micheli

Das CESPE (Centro Studi di Politica Economica del Partito Comunista Italiano — Institut für wirtschaftspolitische Studien der IKP) besteht seit März 1966. Die Hauptgründer des Instituts waren *Giorgio Amendola* und *Eugenio Peggio* (beide Mitglieder der Kommission „Ökonomie und soziale Probleme“ beim ZK der IKP), die auch der erste Präsident bzw. Sekretär waren. Die rechtliche Stellung des CESPE ist die einer Arbeitsgruppe (sezione di lavoro) der IKP, d. h. das Institut hat keinen eigenen juristischen Status und wird ausschließlich mit Mitteln der Partei finanziert. Zur Zeit sind im Institut neun wissenschaftliche Mitarbeiter beschäftigt.

Das CESPE hat in den Jahren seit 1966 die wichtige Funktion gehabt, Positionen der IKP in den Fragen der aktuellen Wirtschaftspolitik auszuarbeiten. Die Diskussion über wirtschaftspolitische Probleme wurde früher hauptsächlich von den Parteien des Centro sinistra, d. h. von gewissen Teilen der Democrazia cristiana und der Sozialistischen Partei geführt, während die IKP an dieser Diskussion nur in geringerem Maße beteiligt war. Die Gründe hierfür sind in der damals noch stärkeren antikommunistischen Diskriminierung, aber auch darin zu sehen, daß es der Partei an spezialisierten Wissenschaftlern fehlte, die in der Lage waren, die Vermittlungen zwischen den theoretischen Analysen auf dem Gebiet der politischen Ökonomie und den Fragen der konkreten Wirtschaftspolitik herzustellen. Durch die Publikation der zweimonatlich erscheinenden Zeitschrift „Politica ed Economia“, in der die laufenden Forschungsergebnisse und Stellungnahmen des CESPE veröffentlicht werden, und durch die Organisation verschiedener Tagungen und Kongresse ist es dem CESPE gelungen, eine Reihe von Diskussionen und Auseinandersetzungen über wirtschaftspolitische Probleme anzuregen und damit Beziehungen zu sozialen und politischen Kräften herzustellen, die vorher nicht bestanden. An den Tagungen des CESPE — aus den letzten Jahren sind zu nennen die Tagung über die öffentlichen Unternehmen (imprese pubbliche), über die internationale Beeinflussung der italienischen Wirtschaft (Condizionamenti internazionali sull'economia italiana) und über die kleinere und mittlere Industrie in der Krise der italienischen Wirtschaft — nahmen neben den Vertretern der Gewerkschaften auch die Wirtschaftsexperten der Christdemokraten und der Sozialistischen Partei, Vertreter der staatlichen und halbstaatlichen Unternehmen, der Confindustria (= italienischer Unternehmerverband) und z. B. auch der Präsident der Banca d'Italia teil.

Bei der Vorbereitung und Durchführung der Kongresse wurde das CESPE von einer steigenden Zahl freiwilliger Mitarbeiter unterstützt — meistens Mitglieder oder Sympathisanten der kommunistischen Partei, die sich im Rahmen der Universität mit ökonomischen und wirtschaftspolitischen Studien befassen. Viele von ihnen sind bereits spezialisiert auf empirische Analysen der einzelnen Wirtschaftssektoren und betrachten ihre Mitarbeit auch ihrerseits als wichtig zur Herstellung eines größeren Forschungszusammenhangs.

Gegenwärtig befindet sich das CESPE in einer Phase der Umstrukturierung. Wenn die Arbeitsschwerpunkte in den vergangenen Jahren auf der Organisation der Tagungen und den verschiedenen Publikationen<sup>1</sup> lagen (außer der Zeitschrift „Politica ed Economia“ gibt das CESPE noch laufend ein „Bulletin“ für Abonnenten heraus, das Teilergebnisse der jeweiligen Forschungsarbeit veröffentlicht, und „Quaderni di Politica ed Economia“<sup>2</sup>, die monographischen Charakter haben, z. B. zur Energiekrise oder zu den ökonomischen Problemen Südiraliens) — so soll das Institut jetzt dahingehend reorganisiert und ausgebaut werden, daß es in größerem Maße als bisher in der Lage ist, kontinuierlich systematische Forschungen und empirische Untersuchungen anzustellen. Seit November letzten Jahres wird das CESPE von einem Gremium (Ufficio di Presidenza) geleitet, dem *Giorgio Amendola*, *Giorgio Napolitano* und *Eugenio Peggio* angehören, während *Silvano Andriani* die Aufgaben *Peggios* als Sekretär übernommen hat.

Der Grund dieses Umstrukturierungsprozesses liegt in den neuen Erfordernissen, die in der jetzigen politischen Situation an die IKP gestellt werden. „Die Partei“, so *Andriani*, „charakterisiert sich — außer als Kampfpartei — allmählich mehr als Regierungspartei. Wir sind jetzt Teil der (Parlaments-)Mehrheit, morgen könnten wir Teil der Regierung sein. Daraus entwickelt sich das Erfordernis einer systematischeren Kapazität der Forschungsarbeit. Die Partei muß dem Bedürfnis nach konkreten Antworten auf allen Ebenen Rechnung tragen.“

Intern ist das CESPE in zwei Abteilungen gegliedert, eine für ökonomische und eine für soziale Forschungen. Die Abteilung für soziale Forschungen besteht erst seit ca. einem Jahr und wird von *Aris Accornero* geleitet.

Der gegenwärtige Arbeitsschwerpunkt der Abteilung Ökonomie ist eine Untersuchung der einzelnen Industriesektoren. Diese Analysen — untersucht werden die Sektoren Chemie, Eisenindustrie, Elektronik, Textil/Bekleidungsindustrie, Elektroindustrie, Elektrizität — sollen genauere Daten liefern zur Unterstützung der Politik der IKP bei der Anwendung des neuen Gesetzes 675 über die Umstellung der industriellen Strukturen (*ri-conversione di strutture industriali*), das die Ausarbeitung von sektoralen Programmen als Instrumente der Industriepolitik vorsieht, und des Gesetzes über die wirtschaftliche Förderung des „Mezzogiorno“, das ebenfalls Interventionen sektoraler Natur beinhaltet. In diesem Zusammenhang ist eine vergleichende Studie über die Industriepolitik der EWG in einigen europäischen Ländern geplant sowie eine Untersuchung der staatlichen Beteiligungen an Industrieunternehmen.

<sup>1</sup> Das CESPE gibt folgende Publikationen heraus: *Bollettino CESPE. Mensile del Centro Studi di Politica Economica del PCI*; *Politica ed Economia. Rivista bimestrale del CESPE*; *Quaderni di Politica ed Economia*. Die Publikationen können über *Editori Riuniti, Sezione Periodici, Piazza Grazioli 18, Roma*, bezogen werden.

<sup>2</sup> In der Reihe der „Quaderni“ sind Publikationen zu folgenden Themen bisher erschienen (Konferenzprotokolle): *Wirtschaftsprogrammierung in der Lombardei* (1971); *Region und Kredit-Politik* (1971); *Die italienischen Kommunisten und Europa* (1971) (Auszüge hieraus auf deutsch erschienen in Bd. 7 der *Arbeitsmaterialien des IMSF*: EWG/EG. Dokumente, Statistiken, Analysen, 1974, S. 83—157); *Wirtschaftsentwicklung und Territorialstruktur*; *Die Kommunisten und die öffentlichen Forschungsunternehmen* (1972); *Vorschläge der IKP für eine neue Wirtschaftsentwicklung in Venedig* (1972); *Öffentliche Unternehmen und demokratische Programmierung* (1973); *Die Energie-Krise* (1973); *Wirtschaftskrise und industrielle Rekonstruktion* (1975); *Investitionen und Programmierung in der Energiewirtschaft* (1975); *Wirtschaftskrise und Stellung Italiens in der internationalen Wirtschaft* (1976); *Das Mezzogiorno und die Krise Italiens* (1976); *Probleme und Perspektive der chemischen Industrie* (1976); *Kampf gegen die Inflation* (1977).

Eine andere Forschungsrichtung beschäftigt sich mit Problemen des Staatshaushalts, und zwar geht es um Fragen, die die Beziehungen zwischen den staatlichen Finanzen (*finanza del centro*) und den Finanzen der Regionen und Provinzen / Kommunen betreffen. Weiter wird an einer Einschätzung der Rolle des Finanzkapitals in der aktuellen Phase der Wirtschaftsentwicklung Italiens gearbeitet.

Die Arbeit der Abteilung für soziale Forschungen geht hauptsächlich in zwei Richtungen. Zum einen wird eine Studie über die Zusammensetzung der Arbeiterklasse in Italien erstellt. Ein Teil dieser Untersuchung — die auch die Analyse der Arbeitsbedingungen, der Mobilität der Arbeit, der Lohnentwicklung etc. beinhaltet — ist anlässlich der VII. Arbeiterkonferenz der IKP im Frühjahr dieses Jahres vorgelegt worden.<sup>3</sup> — Die andere Richtung beschäftigt sich mit der Einkommensverteilung in Italien. Zur Zeit wird versucht, die Steuerbelastung der werktätigen Bevölkerung zu berechnen. Diese Untersuchung soll jedoch ausgedehnt werden auf den Versuch einer Gesamteinschätzung der Einkommensverteilung, die man in Italien bekanntlich nicht kennt. Es gibt hierzu nur eine Studie der Banca d'Italia, aber keine offiziellen Daten des italienischen Staates. Die Abteilung nimmt an, durch diese Forschungsreihen schon im nächsten Jahr in der Lage zu sein, einen Bericht über die soziale Lage Italiens im allgemeinen vorlegen zu können. Eine Analyse dieser Art wird zwar jedes Jahr vom CENSIS (halböffentliches Institut für sozialwissenschaftliche Forschungen) durchgeführt, vom CESPE jedoch als nicht sehr überzeugend angesehen.

Bei den genannten Untersuchungen, die natürlich die Aufarbeitung einer großen Zahl von Daten erfordern, arbeitet das CESPE zum einen mit dem Material des ISTAT (staatliches Statistikinstitut, entspricht dem Statistischen Bundesamt in der BRD), betreibt aber auch selbst Feldforschung, besonders bei der sektoralen Analyse.

Die Zahl der freiwilligen Mitarbeiter bei den aktuellen Untersuchungen liegt bei etwa 220. Damit stellen sich auch beträchtliche organisatorische Probleme, die in der Zukunft noch besser gelöst werden sollen. Ein wichtiger Gesichtspunkt ist dabei die Organisation einer kontinuierlichen, systematischeren Zusammenarbeit, also einer Zusammenarbeit, die sich nicht mehr wie bisher primär auf die Vorbereitung einer Tagung konzentriert.

### Die Zeitschrift „Politica ed Economia“

Die neue Folge der Zeitschrift „Politica ed Economia“ wird seit Juli 1970 in zweimonatigem Abstand herausgegeben. Zwischen 1957 und 1962 erschien die erste Folge einer Zeitschrift desselben Namens unter der Leitung von *Antonio Pesenti*, Mitglied des Zentralkomitees der IKP und einer der renommiertesten marxistischen Ökonomen Italiens; damals regte die Zeitschrift eine Vertiefung der marxistischen Debatte auf wirtschaftstheoretischer Ebene und eine kritische Analyse der Wirtschaftsentwicklung Italiens an.

In der Vorstellung der neuen Folge von „Politica ed Economia“ wurde in der ersten Nummer das redaktionelle Konzept dargelegt: „Politica ed Economia“ beabsichtigt, eine umfassende Information, Forschung und Diskussion über die grundlegenden ökonomischen und wirtschaftspolitischen Probleme in Italien und in der Welt zu betreiben, auf der

<sup>3</sup> Ein Auszug aus diesen Untersuchungen des CESPE wurde kürzlich in *Critica Marxista* publiziert: A. Accornero, F. Carmigniani, *La Composizione della classe operaia italiana*, *Critica Marxista* 2/1978, S. 91—130. Zur Arbeiterkonferenz vgl. *Rinascita* Nr. 10 v. 10. März 1978, S. 3—6.

Grundlage eines breiten Meinungsaustauschs und unter direkter Beteiligung von Politikern und Wissenschaftlern der verschiedenen Abteilungen der Arbeiterbewegung und der verschiedenen Kräfte der Linken."

Die Zeitschrift gliedert sich im wesentlichen in drei Teile: Neben zahlreichen Beiträgen zur theoretischen Forschung behandelt der erste Teil einzelne Aspekte des wirtschaftlichen Lebens unter besonderer Berücksichtigung der italienischen Situation. Den zweiten Teil bildet eine Reihe von Rubriken: Italienische Konjunktur, Weltkonjunktur, Arbeitskämpfe in Italien, Arbeitskämpfe in der Welt, Chronik der politischen und parlamentarischen Tätigkeit in Italien, Wirtschaftliche Zusammenarbeit (insbesondere auf EG-Ebene). Dieser Teil enthielt auch einen Überblick von italienischen, französischen, deutschen, britischen, nordamerikanischen und sowjetischen Zeitschriftenartikeln zu wirtschaftlichen Fragen. Mit Ausnahme der italienischen Zeitschriften wurde dieser Überblick im Jahre 1977 eingestellt. Statt dessen verlagerte sich der Schwerpunkt verstärkt auf Bücherrezensionen. Ein dritter Teil schließlich ist der Dokumentation gewidmet: Hier werden vor allem die wichtigsten Dokumente der IKP zur Wirtschaftspolitik, aber auch Vorschläge und Resolutionen zu Gewerkschaftsfragen veröffentlicht.

Im Laufe der Zeit hat sich der Schwerpunkt der Analysen von Italien weg auf die hochentwickelten kapitalistischen Länder verlagert. So ist beispielsweise die Rubrik „In den sozialistischen Ländern" weggefallen, die seit Erscheinen der Zeitschrift bis 1977 in jedem Heft ihren festen Platz hatte und die sich mit der wirtschaftlichen Entwicklung der sozialistischen Länder befaßte. Was die italienische Wirtschaft betrifft, haben sich die Analysen in den letzten 2—3 Jahren verstärkt auf einzelne Aspekte der Struktur, der Entwicklung und der notwendigen Reformen der italienischen Wirtschaft konzentriert. Die wirtschaftstheoretische Debatte hat so an Gewicht verloren und hat in zunehmendem Maße in der theoretischen Zeitschrift der IKP „Critica Marxista" ihr Forum gefunden. Die Zeitschrift hat immer einen offenen Charakter gehabt, aber in den letzten Jahren sind die Stimmen von anderen Strömungen der Arbeiterbewegung und selbst von der Unternehmenseite verstärkt zu Wort gekommen.

## IMSF — 1978

### Übersicht über Publikationen (ohne Zeitschriftenpublikationen) und Konferenzen und Kolloquien des IMSF im Jahre 1978

#### I. Publikationen

1. Beiträge des IMSF, Bd. 5: Jugendliche im Großbetrieb. Studie zum gewerkschaftlichen und politischen Bewußtsein arbeitender Jugendlicher. Verfasser: *Johannes Henrich von Heiseler* unter Mitwirkung von *Dirk Hänisch* und *Albert Jansen*. 268 Seiten, DM 20,—
2. IMSF-Informationsbericht Nr. 20: Arbeitsbedingungen und gewerkschaftlicher Kampf. Verfasser: *Eberhard Dähne*, *Klaus Priester*. 236 Seiten, DM 10,—
3. IMSF-Informationsbericht Nr. 30: Kritik an der Preisindexziffer für die Lebenshaltung eines „Arbeitnehmerhaushaltes“. Verfasser: *Eberhard Dähne* und *J. Dieckhoff*. 120 Seiten, DM 8,—
4. IMSF-Informationsbericht Nr. 31: Wirtschaftskrise und Frauenemanzipation in der BRD. Verfaßt von einem Autorenkollektiv. 264 Seiten, DM 10,—
5. IMSF-Informationsbericht 32: Kritik des Sachverständigengutachtens. Verfasser: *Renate Faust*. 120 Seiten, DM 8,—
6. Theorie und Methode, Bd. 1: *G. G. Diligenski*. Sozialpsychologie und Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse im heutigen Kapitalismus. Hrsg. vom IMSF, 252 Seiten, DM 15,—
7. Soziale Bewegungen. Analyse und Dokumentation des IMSF: Stahlkrise an der Saar. Ein Kampf um die Arbeitsplätze. Verfasser *A. Lenhardt*, *G. Weiß*. 96 Seiten, DM 5,— (Nachrichten-Reihe 11, Nachrichten-Verlags GmbH, Frankfurt/M.)
8. Soziale Bewegungen. Analyse und Dokumentation des IMSF: Arbeitskämpfe '77. Verfasser: *G. Hautsch*, *J. Huffschmid*, *W. Schwarz*, *P. Wiener*. 94 Seiten, DM 5,— (Nachrichten-Reihe 12; Nachrichten-Verlags GmbH, Frankfurt/M.)
9. Soziale Bewegungen. Analyse und Dokumentation des IMSF: Rationalisierung und gewerkschaftliche Gegenwehr — die Arbeitskämpfe in der Druck- und Metallindustrie 1978. Verfasser: *K. Pickshaus*, *W. Roßmann*. 96 Seiten, DM 5,— (Nachrichten-Reihe, Nachrichten-Verlags GmbH, Frankfurt/M.)
10. *G. Hautsch*, Das Imperium AEG-Telefunken. Ein multinationaler Konzern. 250 Seiten, DM 11,— (Verlag Marxistische Blätter GmbH, Frankfurt/M.)
11. *H. Jung*, *J. Schleifstein*, Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus und ihre Kritiker in der Bundesrepublik Deutschland. (Verlag Marxistische Blätter GmbH, Frankfurt/M.)
12. *E. Sanio*, Geld und Währung. Aktuelle Probleme in der Sicht der marxistischen Geldtheorie. 144 Seiten, DM 7,50 (Verlag Marxistische Blätter GmbH, Frankfurt/M.)
13. *F. Rische*, Antimonopolistische Wirtschaftspolitik für die Bundesrepublik. Aufsätze — Artikel — Reden, ca. 250 Seiten (Verlag Marxistische Blätter GmbH, Frankfurt/M.)

14. DGB wohin? Dokumente zur Programmdiskussion, eingeleitet von *Frank Deppe*. Herausgegeben vom IMSF. 280 Seiten, DM 14,— (Nachrichten-Verlags GmbH, Frankfurt/M.)

15. Die Auseinandersetzung um die Länderverfassungen in Hessen und Bayern 1946. Dokumente. Herausgegeben vom IMSF. Mit einer Einleitung von *W.-D. Schmidt*. (Verlag Marxistische Blätter GmbH, Frankfurt/M.)

16. Kulturelle Bedürfnisse der Arbeiterklasse. Materialien der IMSF-Tagung „Kulturelle Bedürfnisse der Arbeiterklasse“ vom 22./23. Oktober 1977 in Frankfurt am Main. Herausgegeben vom IMSF. 274 Seiten, DM 15,— (Damitz Verlag GmbH, München)

17. Autorenkollektiv. Sozialismus und Arbeiterklasse in der Volksrepublik Polen. Redaktion *A. Wajda, W. Wesolowski*. Herausgegeben vom IMSF, 280 Seiten, DM 15,— (Verlag Marxistische Blätter GmbH, Frankfurt/M.)

18. Arbeiterklasse im heutigen Kapitalismus. Studien über die Sozialstruktur der BRD. Sammelband mit Beiträgen des IMSF und seiner Mitarbeiter. Polnische Redaktion *A. Wajda*. Herausgegeben vom Institut für Grundprobleme des Marxismus-Leninismus beim ZK der PVAP, Warschau (Verlag Ksiazka i Wiedza, Warschau; polnisch)

19. Klassen und Klassenkampf in der BRD. Herausgegeben vom Institut für Internationale Arbeiterbewegung der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED und dem Institut für Marxistische Studien und Forschungen. 296 Seiten (Verlag Nauka, Moskau; russisch)

20. Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse. Vierteljährliche Konjunkturübersicht. Verfasser: *Jörg Goldberg, Klaus Pickshaas*. Beilage zur Zeitschrift Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik (Nachrichten-Verlags GmbH, Frankfurt/M.). Vier Ausgaben

## II. Konferenzen und Kolloquien

1. Konferenz des Instituts für Grundprobleme des Marxismus-Leninismus des ZK der PVAP (IGML), Warschau, und des IMSF über „Die Arbeiterklasse in der BRD und in der VR Polen“ am 30. und 31. Mai 1978 in Mierki/VR Polen. Teilnehmer ca. 25 Wissenschaftler. Referate: *B. Samojlik*, Grundprozesse der ökonomischen und sozialen Entwicklung in der VR Polen; *A. Owieczko*, Die Beteiligung der Arbeiterklasse der VR Polen an der Verwaltung der Nationalwirtschaft; *A. Wajda*, Die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei im Prozeß des sozialistischen Aufbaus in Polen; *Z. Sufin*, Merkmale der Lebensweise der Arbeiterklasse; *R. Turski*, Die Dynamik des Bündnisses zwischen Arbeitern und Bauern; *J. Bluszkowski*, Vereinheitlichungsprozesse des Charakters der Arbeiterklasse und der Intelligenz in der sozialistischen Gesellschaft; *F. W. Mleczek*, Die schöpferische kulturelle Rolle der industriellen Arbeiterklasse; *H. Jung*, Zu den Kampfbedingungen der Arbeiterklasse der BRD in der Gegenwart und zu aktuellen Aufgaben der DKP; *G. Hautsch*, Zu den Konzeptionen des westdeutschen Monopolkapitals zur Krisenüberwindung; *K. Pickshaas*, Probleme des Kampfes um Mitbestimmung und demokratische Rechte in der BRD; *K. Priester/W. Schwarz*, Entwicklungstendenzen der Arbeitsbedingungen und Arbeitsbelastungen in der BRD; *A. Leisewitz*, Strukturveränderungen der Arbeiterklasse der BRD; *J. H. v. Heiseler*, Gewerkschaftliche und politische Vorstellungen

gen arbeitender Jugendlicher; *K. Maase*, Zu einigen Aspekten der Entwicklung kultureller Bedürfnisse und kulturpolitischer Kampfziele in der Arbeiterklasse der BRD.

*Konferenzbericht*: Marxistische Blätter 16, 1978, 4, S. 91—94

2. Kolloquium des IMSF „Krisenentwicklung und Arbeiterbewußtsein“ am 17. und 18. Juni 1978 in Springen/Ts. Teilnehmer ca. 40 Wissenschaftler und Gewerkschafter. Hauptreferate: *J. H. v. Heiseler*, Arbeiterbewußtsein und Krise; *F. Deppe*, Zu einigen Problemen der Bestimmung des gegenwärtigen gewerkschaftlichen und politischen Bewußtseins der Arbeiterklasse der BRD.

*Konferenzberichte*: Hauptreferate und Konferenzbericht in diesem Band von ‚Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF‘; Marxistische Blätter 16, 1978, 5, S. 97—99

3. Gemeinsames Kolloquium des Marxistischen Studentenbundes Spartakus und des IMSF anläßlich des 16. Weltkongresses für Philosophie in Düsseldorf am 26. 8. 1978 „Der Marxismus über die Beherrschbarkeit des wissenschaftlich-technischen Fortschritts“. Teilnehmer ca. 120 Wissenschaftler und Gewerkschafter aus dem In- und Ausland.

4. Gemeinsame Konferenz des Antiimperialistischen Informationsbulletins (AIB) und des IMSF am 23. und 24. 10. 1978 „BRD — Neokolonialismus und antiimperialistischer Befreiungskampf“ in Frankfurt/M. Teilnehmer: vorauss. ca. 150 Wissenschaftler und Vertreter antiimperialistischer Befreiungsbewegungen. Hauptreferate: *Prof. Dr. J. Schleifstein* und *Prof. Dr. D. Boris*. Beiträge von Vertretern antiimperialistischer Befreiungsbewegungen.

*Konferenzbericht*: Voraussichtlich Konferenzprotokoll in Buchform.

5. Kolloquium des IMSF „Stagnation der kapitalistischen Wirtschaft“ am 2. und 3. Dezember 1978. Teilnehmer: vorauss. ca. 40 Wissenschaftler. Hauptreferat: *Jörg Goldberg*, mit Ko-Referaten.

*Konferenzbericht*: voraussichtlich Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF, 2/1979

## Ökonomische Theorie - Bewußtseinstheorie - Soziale Bewegung

W. F. Haug  
**Vorlesungen zur Einführung  
ins „Kapital“**  
2., überarb. Auflage  
196 Seiten, DM 12,80

J. Huffschild/H. Schui (Hrsg.)  
**Gesellschaft im Konkurs?**  
Handbuch zur Wirtschaftskrise  
in der BRD  
2., erweiterte Auflage  
583 Seiten, DM 16,80

H.-J. Axt  
**Staat, multinationale  
Konzerne und politische  
Union in Westeuropa**  
450 Seiten, DM 14,80

Peter Römer  
**Entstehung, Rechtsform und  
Funktion des kapitalistischen  
Privateigentums**  
236 Seiten, DM 14,80

Karl-Heinz Uhlig  
**Marketing**  
Strategie des manipulierten  
Marktes  
264 Seiten, DM 14,80

E. Rau  
**Verfall des Fortschritts-  
gedankens in der  
ökonomischen Theorie**  
Zum Irrationalismus der  
bürgerlichen Ökonomie  
260 Seiten, DM 12,80

Ch. Butterwegge  
**Alternativen der  
Wirtschaftslenkung**  
Zur Begründung eines Konzepts  
gesamtgemeinschaftlicher Planung  
155 Seiten, DM 9,80

S. L. Wygodski  
**Der gegenwärtige  
Kapitalismus**  
Theoretische Analyse  
Aus dem Russischen  
548 Seiten, DM 14,50

R. Opitz (Hrsg.)  
**Europastrategien des  
deutschen Kapitals  
1900—1945**  
1069 Seiten, Studienausgabe  
DM 68,—

F. Deppe  
**Das Bewußtsein der Arbeiter**  
Studien zur politischen Soziologie  
des Arbeiterbewußtseins  
3. Auflage  
359 Seiten, DM 12,80

M. Tjaden-Steinhauer  
**Das Gesellschaftsbewußtsein  
der Arbeiter**  
Umriss einer theoretischen  
Bestimmung  
184 Seiten, DM 12,80

F. Deppe/S. Herkommer/  
A. Leisewitz u. a.  
**Soziale Stellung und  
Bewußtsein der Intelligenz**  
384 Seiten, DM 6,—  
(früher 14,80)

Helmut Lange  
**Wissenschaftlich-technische  
Intelligenz**  
Neue Bourgeoisie oder neue  
Arbeiterklasse?  
239 Seiten, DM 5,—  
(früher 12,80)

M. Buhr/G. Kräber  
**Mensch, Wissenschaft,  
Technik**  
Versuch einer marxistischen  
Analyse der wissenschaftlich-  
technischen Revolution  
345 Seiten, DM 14,80

P. Hinrichs/L. Peter  
**Industrieller Friede?**  
Arbeitswissenschaft, Rationali-  
sierung und Arbeiterbewegung  
in der Weimarer Republik  
298 Seiten, DM 12,80

Ch. Preiß  
**Humanisierung der  
Arbeitswelt**  
Entstehungsbedingungen,  
Konzepte und Modelle  
132 Seiten, DM 12,80

F. Deppe (Hrsg.)  
**Arbeiterbewegung und  
westeuropäische Integration**  
368 Seiten, DM 14,80

F. Deppe/G. Fülberth/  
J. Harrer u. a.  
**Geschichte der deutschen  
Gewerkschaftsbewegung**  
2., durchgesehene Auflage  
475 Seiten, DM 12,80

**Mitbestimmung als  
Kampfaufgabe**  
Grundlagen, Möglichkeiten,  
Zielrichtungen, IMSF-Studie  
282 Seiten, DM 4,50  
(früher 10,—)

G. Bauß  
**Die Studentenbewegung der  
sechziger Jahre**  
in der Bundesrepublik und  
Westberlin  
Ein Handbuch  
353 Seiten, DM 14,80

U. Bracht/B. Hülsmann/  
D. Keiner (Hrsg.)  
**Hochschulrahmengesetz,  
Hochschulpolitik und  
Klassenauseinandersetzun-  
gen in der BRD**  
360 Seiten, DM 12,80

W. v. Bredow/G. Kade (Hrsg.)  
**Abrüstung**  
Politische Voraussetzungen,  
sozioökonomische Folgen und  
Aufgaben der Wissenschaftler  
Vorwort von R. Kühnl  
151 Seiten, DM 9,80

R. Sorg (Hrsg.)  
**Kooperation zwischen  
Gewerkschaften und  
Hochschulen**  
64 Seiten, DM 6,—

**Pahl-Rugenstein Verlag · Gottesweg 54 · 5000 Köln 51**

Fordern Sie bitte unser Gesamtverzeichnis an. Sonderprospekte „Philosophie“ und „Wissen über Faschismus“.

G. Bohring

# Technik im Kampf der Weltanschauungen

Ein Beitrag zur Auseinandersetzung  
der marxistisch-leninistischen  
Philosophie mit der bürgerlichen  
„Philosophie der Technik“

226 Seiten. 147 x 215 mm,  
Pappband, 11,— M, Ausland 15,— M  
Bestellnummer: 570273 5  
Kurzwort: Bohring, Weltanschauung

---

Das Werk gibt eine gedrängte Darstellung der technischen Entwicklung und ihrer Reflexion im gesellschaftlichen Bewußtsein und setzt sich mit der spätbürgerlichen „Technikphilosophie“ auseinander. Der Autor weist nach, daß der „Technikpessimismus“, die angebliche Verselbständigung der Technik, ihre „Entfremdung“ usw. Ausdruck der Perspektivlosigkeit des Imperialismus sind, die durch die bürgerlichen Ideologen verabsolutiert wird. Es geschieht dies in der Form, daß in chronologischer Folge die Auffassungen einer stattlichen Reihe repräsentativer bürgerlicher „Technik-Philosophen“ vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart in der BRD untersucht werden. Der Autor beweist, daß eine sinnvolle technische Entwicklung zum Wohle der Menschen nur im Sozialismus möglich ist. Interessenten: Gesellschaftswissenschaftler aller Fachverbände, Angehörige der technischen Intelligenz.

---



VEB Deutscher Verlag  
der Wissenschaften

---

DDR — 108 Berlin, Postfach 1216

ISSN 0012-1045

Manfred Müller  
**Auf dem Wege zum „Kapital“**  
 Zur Entwicklung des Kapitalbegriffs von Marx in den Jahren 1857 bis 1863  
 160 Seiten, Brosch.,  
 DM 14,80

Diese Geschichte des Marx'schen Hauptwerkes, unter besonderer Berücksichtigung der Entstehung der Werttheorie und des Begriffs „Kapital im allgemeinen“ in den Marx'schen ökonomischen Manuskripten vor und nach 1859, untersucht insbesondere welche Teilarbeiten von Marx neben den „Grundrissen“ in „Das Kapital“ eingegangen sind und welches die zeitliche Reihenfolge der Arbeiten zum „Kapital“ war.

**Vorankündigung**  
 Winfried Schwarz  
**Vom „Rohentwurf“ zum „Kapital“**  
 Die Strukturgeschichte des Marx'schen Hauptwerkes  
 ca. 250 Seiten, Brosch.,  
 ca. DM 19,80

Zwischen 1857 und 1867 hat Karl Marx vier Entwürfe für sein ökonomisches Hauptwerk geschrieben, von denen bisher nur das erste („Grundrisse“) und letzte („Das Kapital I“) veröffentlicht waren. In russischer Übersetzung lag dem Autor bereits außerdem das zweite und dritte „Kapital“-Manuskript vor, so daß er den Gesamtzusammenhang des Marx'schen Forschungs- und Darstellungsprozesses analysieren konnte. Dies ist die erste derartige Untersuchung im deutschen Sprachraum.

Die Arbeit ist nicht nur von großem theoriegeschichtlichem Interesse: Konsequenz diskutiert werden können auf diese Weise methodologische Streitfragen wie die nach der Kontinuität und Veränderung des ursprünglichen kategorialen Aufbauplans, dem Schicksal der Kategorie des „Kapital im allgemeinen“ und andere Probleme der dialektischen Methode von Marx. So der Übergang vom ersten zum zweiten Buch des „Kapital“, das Verhältnis von Marx zu den klassischen bürgerlichen Ökonomen, die „Resultate des unmittelbaren

# deb '78 Neuerscheinungen

ren Produktionsprozesses“, die Entstehung der Kapitel „Arbeitslohn“ und „Reproduktion des gesellschaftlichen Gesamtkapitals“ oder anderer im Rohentwurf noch nicht vorhandener Abschnitte.

Die kritische Auseinandersetzung mit den entsprechenden Positionen von u. a. Rosdolsky, Reichelt, Projekt Klassenanalyse, sowjetischen Autoren wirkt neues Licht auf aktuelle marxistische Kontroversen. Stichwort: Ableitung von Krise, Staat, Monopol.

Ein Buch, das der marxistischen Theorie-Diskussion neue Impulse verleihen wird.

A 4846 FX  
**SOPO**  
 45  
 SOZIALISTISCHE POLITIK  
 10. JAHRGANG HEFT 3  
 SEPT. 1978 DM 8,80

**Inhalt:** Monopolkritik an  
 Arbeiter und Konsumenten  
 von Friedrich Erasmus Schöfer  
 Kulturarbeit  
 Bürger und Staat  
 von Michael Paetau  
 Klassenanalyse  
 Die schwarze Karte  
 der roten Brigaden  
 von Michael Eilwardt  
 Renaissance (I)  
 von Erika Hültenschmidt/Gert  
 Schubring  
 Kritik an Ruben und Rilling  
 Rezensionen



K. Müller, H. Müller,  
 H. Preiss, E. Schöfer  
**Perspektiven  
 gewerkschaftlicher  
 Kulturarbeit**

Kaspar Maase, Henning Müller,  
 Hans Preiss, Erasmus Schöfer  
**Perspektiven gewerkschaftlicher  
 Kulturarbeit**

Reinhard Bayreuter  
 Monopolkritik bei Altvater  
 und Katzenstein  
 Michael Paetau, Michael Eil-  
 wardt  
 Winfried Roth  
 Inflationsdiskussion  
 Arnheim Neussuss  
 Bürger und Staat  
 Friedrich Tomberg  
 Studentenstreiks  
 Alessandro Mazzone  
 Der schwarze Kern der roten  
 Brigaden  
 Jens Brockmeier  
 Renaissance (I)  
 Erika Hültenschmidt/Gert  
 Schubring  
 Kritik an Ruben und Rilling  
 Rezensionen

N.I. Kondakow  
**Wörterbuch der Logik**  
 Herausgeber der deutschen  
 Ausgabe: Erhardt Albrecht  
 und Günter Asser  
 1. Auflage, ca. 3000 Stich-  
 worte, 650 Seiten,  
 Leinen, DM 28,-

## SOPO SOZIALISTISCHE POLITIK

Wissenschaftliche Zeitschrift für  
 marxistische Diskussion und  
 demokratischen Fortschritt

Vierteljährlich herausgegeben  
 in Berlin (West), 10. Jahrgang

Preis des Einzelheftes DM 9,80  
 Jahresabo (4 Hefte) DM 36,-  
 incl. Porto

SOPO 46 Dez. '78  
**Schwerpunkt Gewerkschafts-  
 politik;**  
 Arbeitsbedingungen und gew.  
 Kampf, Bürgerinitiativen und  
 Gew., Rationalisierung, Mittel-  
 stand  
**Schwerpunkt Kritischer Ratio-  
 nalismus und Sozialdemokratie**  
 Fortsetzung des Kulturschwer-  
 punkts aus SOPO 45  
 Ideologie

verlag das europäische buch  
 Thielallee 34, 1000 Berlin 33

## Marxistische Ästhetik + Kulturpolitik

### **Moissej Kagan**

#### **Vorlesungen zur marxistisch-leninistischen Ästhetik**

820 Seiten, Leinen, DM 23,50

„Interessant für den westdeutschen Leser ist dabei insbesondere, daß nicht nur die sozialistische, sondern auch die bürgerliche Kunstentwicklung bis in die Gegenwart theoretisch verallgemeinert und eine beispielhafte Polemik gegen modernistische, bürgerliche und revisionistische Positionen der Kunstproduktion und ihrer ästhetischen Reflexion geführt wird. Beispielhaft, weil hier nicht dogmatische Verdikte an die Stelle von Argumenten treten, sondern die Ursachen von Fehlansätzen und -schlüssen aufgezeigt werden; korrekte Einzelergebnisse positivistischer und strukturalistischer Forschung werden dabei durchaus anerkannt und für die eigene Untersuchung nutzbar gemacht.“

*Das Argument*

### **Autorenkollektiv**

#### **Imperialismus und Kultur**

660 Seiten und 32 Seiten Abbildungen, Leinen, DM 18,—

„Der Leser kann erfahren, was der Begriff ‚Kultur‘ von marxistischer Seite aus bedeutet. Dazu wird auf den Zusammenhang hingewiesen, der zwischen Arbeitsprozeß, technischem Fortschritt, Entwicklung der Lebensgewohnheiten und wissenschaftlichen oder künstlerischen Produkten im engeren Sinne besteht. Nach einer anderen Seite ist der Leser eingeladen, sich mit der deutschen Kulturentwicklung seit Beginn unseres Jahrhunderts zu beschäftigen.“

*Deutsche Volkszeitung*

#### **Weitere Titel aus der Theorie-Reihe des Damnitz-Verlags:**

**Berthold Beiler / Weltanschauung der Fotografie**

208 Seiten mit 46 Abb., broschiert, DM 12,—

**Richard Hiepe / Die Taube in der Hand**

288 Seiten und 16 Seiten Abbildungen, broschiert, DM 18,—

**Anton Hiersche / Sowjetische Gegenwartsliteratur und wissenschaftlich-technische Revolution**

240 Seiten, broschiert, DM 8,50

**Hans-Klaus Jungheinrich — Luca Lombardi (Herausgeber) Musik im Übergang**

184 Seiten, broschiert, DM 24,—

**Fritz Mierau / Revolution und Lyrik**

220 Seiten, broschiert, DM 7,50

**Werner Mittenzwei / Brechts Verhältnis zur Tradition**

300 Seiten, broschiert, DM 9,50

**Ursula Reinhold / Herausforderung Literatur**

342 Seiten, broschiert, DM 8,—

**Rainer Rosenberg / Literaturverhältnisse im deutschen Vormärz**

300 Seiten, broschiert, DM 8,50

**Jürgen Schwalm und Peter Wetterau / Politische Arbeit mit Film**

112 Seiten, broschiert, DM 10,—

**Anna Seghers / Willkommen, Zukunft!**

302 Seiten, broschiert, DM 16,—

**Nyota Thun / Das erste Jahrzehnt**

236 Seiten, broschiert, DM 7,50

**Arbeitstagung der DKP zu Fragen der Literatur**

192 Seiten, broschiert, DM 8,80

**Bestellungen über den Buchhandel oder direkt bei**

**Damnitz Verlag GmbH, Hohenzollernstraße 144, 8000 München 40.**

**Telefon (089) 30 10 15 oder 16**

# MARXISTISCHE PAPERBACKS

Lucien Sève  
MARXISTISCHE ANALYSE  
DER ENTFREMDUNG  
93 Seiten, DM 6,80

Wolfgang Segeth  
MATERIALISTISCHE DIALEKTIK  
ALS METHODE  
124 Seiten, DM 9,—

Werner Martin Skcoj  
MATERIE, GESELLSCHAFT UND PRAXIS  
IN DER PHILOSOPHIE  
ALFRED SCHMIDTS  
112 Seiten, DM 7,—

Horst Holzer  
GESELLSCHAFT ALS SYSTEM  
104 Seiten, DM 6,50

Walter Friedrich (Hrsg.)  
KRITIK DER PSYCHOANALYSE  
UND BIOLOGISTISCHER KONZEPTIONEN  
Mit Beiträgen von: L. Sève, S. Kätzel,  
W. Hollitscher, W. Friedrich  
197 Seiten, DM 11,50

**VERLAG** Hedderheimer Landstraße 78 a  
6000 Frankfurt/Main 50  
**MARXISTISCHE BLÄTTER**

---

# Karl Marx/Friedrich Engels Gesamtausgabe (MEGA)

Herausgegeben vom Institut für Marxismus-Leninismus  
beim ZK der KPdSU und vom Institut für  
Marxismus-Leninismus beim ZK der SED

## Erste Abteilung

### Band 1

**Karl Marx: Werke · Artikel  
Literarische Versuche  
bis März 1843**

Text und Apparat

135,— M

Bestell-Nr. 7448005

## Erste Abteilung

### Band 10

**Karl Marx/Friedrich Engels:  
Werke · Artikel · Entwürfe  
Juli 1849 bis Juni 1851**

Text und Apparat

135,— M

Bestell-Nr. 7448013

## Zweite Abteilung

### Band 1.1

**Karl Marx:  
Ökonomische Manuskripte  
1857/58**

Text und Apparat

135,— M

Bestell-Nr. 7448494

## Zweite Abteilung

### Band 3.1

**Karl Marx:  
Zur Kritik der politischen  
Ökonomie**

(Manuskript 1861—1863)

Text und Apparat

135,— M

Bestell-Nr. 7448507

## Zweite Abteilung

### Band 3.2

**Karl Marx:  
Zur Kritik der politischen  
Ökonomie**

(Manuskript 1861—1863)

Text und Apparat

135,— M

Bestell-Nr. 7448515

## Dritte Abteilung

### Band 1

**Karl Marx/Friedrich Engels:  
Briefwechsel bis April 1846**

Text und Apparat

135,— M

Bestell-Nr. 7448996

## Vierte Abteilung

### Band 1

**Karl Marx/Friedrich Engels:  
Exzerpte und Notizen  
bis 1842**

Text und Apparat

135,— M

Bestell-Nr. 7449489

# Marx-Engels Jahrbuch

Das MARX-ENGELS-  
JAHRBUCH erscheint als  
wissenschaftliches Publi-  
kationsorgan auf dem Ge-  
biet der Marx-Engels-  
Forschung und -Edition in  
unmittelbarer Verbindung  
mit der Herausgabe der  
Marx-Engels-  
Gesamtausgabe (MEGA).

## Band 1

Etwa 660 Seiten · Kunstle-  
der. DDR und Ausland  
38,— M

Best.-Nr. 7368101

Bestellwort: M/E, Jahr-  
buch 1

Fortsetzungsnummer: 389

## Aus dem Inhalt:

Artikel · Zur Bedeutung der „Kritik  
des Gothaer Programms“ für die  
Entwicklung der Theorie von der  
kommunistischen Gesellschaft  
und ihren zwei Phasen · Probleme  
der politischen Ökonomie in der  
„Kritik des Gothaer Programms“  
von Karl Marx · Marx und Engels an  
der Seite der Sozialdemokrati-  
schen Arbeiterpartei im Kampf um  
die revolutionäre Arbeiterereinheit ·  
Das Dilemma der bürgerlichen Kri-  
tiker und revisionistischen Interpre-  
ten der Marx'schen „Kritik des Go-  
thaer Programms“ · Zu einigen Pro-  
blemen der Entwicklung der Marx-  
schen politischen Ökonomie von  
1850 bis 1836.

Die „Grundrisse der Kritik der poli-  
tischen Ökonomie“ und ihr Platz im  
Kampf für die politische Ökonomie  
der Arbeiterklasse · Probleme der  
weltanschaulichen Entwicklung  
von Marx in der Zeit von März 1841  
bis März 1843 · An den Quellen des  
wissenschaftlichen Kommunismus  
— Zum Erscheinen des ersten  
Briefbandes der MEGA · Die Revue  
der „Neuen Rheinischen Zeitung“ ·  
Dokumente und Materialien · Nach-  
trag zu Band III/1 der MEGA · Aus  
Briefen verschiedener Personen  
über Leben und Wirken von Marx  
und Engels in den Jahren 1841 bis  
1846 · Berichte und Rezensionen.



**DIETZ VERLAG BERLIN**

102 Berlin, Wallstraße 76—79

Aus dem ARGUMENT-Programm 1978:

## ARGUMENT - SONDERBÄNDE AS



### AS 19 ENTWICKLUNG DER ARBEIT

Projektgruppe Automation und Qualifikation Band II:

Entwicklung der Arbeitstätigkeiten und die Methode ihrer Erfassung

Methodenteil einer empirischen Untersuchung von Tätigkeiten und Qualifikationen an automatischen Anlagen in der BRD. (vgl. AS 7 und AS 31). Aufbauend auf den Analysen der Kritischen Psychologie wird die These verfochten, daß die Kategorien zur empirischen Erfassung von Arbeitstätigkeiten historisch entwickelt werden müssen. Den Schwerpunkt bildet der Versuch, einen Überblick über die Entwicklung der Tätigkeiten von der Urgesellschaft bis zur großen Industrie zu geben.

242 S.; ISBN 3-920037-90-1

### AS 21 SCHULE UND ERZIEHUNG (VI)

Reformpädagogik

Verhaltensstörungen und Motivationskrise! Was tun? - Abschaffung der Schule als Institution?

Kritische Analysen der Gegenschulbewegung (Negt u.a.) und ihrer Vorläufer.

A.u.B. Rang, G. Rückriem, A. Hopf, J. Held, J. Hoffmann u.a.

Berufspädagogik

Arbeit, Qualifikation und Persönlichkeit—Eine kritische Einführung mit Beiträgen von M. Ehrke, P. Faulstich, J. Dikau, M. Mende, W. Qultzow, M. Kipp, G. Miller.

276 S.; ISBN 3-920037-11-1



### AS 32 GESELLSCHAFTSFORMATIONEN IN DER GESCHICHTE

Erstmalig wird von Gesellschafts- und Geschichtswissenschaftlern der BRD versucht, einen Überblick über den Diskussionsstand zum Problem der Gesellschaftsformationen in der Geschichte zu gewinnen und diese Kategorie in der forschenden Erörterung einzelner Gesellschaftsformationen zu erproben.

Mit Beiträgen von L. Krader, H. D. Selbel, M. Schmidt, L. Kuchenbuch, B. Michael u. H.H. Nolte, K.H. Tjaden, W. Küttler, K. Naumann, P. Brokmeier, B. Heidtmann, F. Tomberg

216 S.



Einzelpreis DM 15,50, im Abo DM 13,- für Schüler / Studenten DM 12,-, im Abo DM 10,-  
(AS 25/ 26 doppelter Preis)

ARGUMENT-Vertrieb · Tegeler Straße 6 · 1000 Berlin 65  
Telefon: (030) 4 61 90 61

# Informationsberichte des IMSF

---

## **Wirtschaftskrise und Frauenemanzipation in der BRD**

Bd. 31, 220 S., 17 x 24 cm, Frankfurt a. M. 1978, Arbeitsgruppe des IMSF. DM 10,—

## **Kritik an der Preisindexziffer für die Lebenshaltungskosten eines „Arbeitnehmerhaushaltes“**

Bd. 30, 120 S., 17 x 24 cm, Frankfurt a. M. 1978, DM 8,—. Verfaßt von E. Dähne u. J. Dieckhoff

## **Zum Ausbau des staatlichen Repressionsapparates seit Ende der sechziger Jahre**

Bd. 29, 109 S., 17 x 24 cm, DM 6,—. Verfaßt von J. Blau

## **Arbeitslosigkeit von Hoch- und Fachhochschulabsolventen in der BRD**

Bd. 28, 105 S., 17 x 24 cm, Frankfurt a. M. 1977. Verfaßt von B. Güther

## **Arbeitszeit — Freizeit — Freizeitpolitik**

Bd. 27, 84 S., zahlr. Tabellen, DIN A 4, Frankfurt a. M. 1976, DM 8,—. Verfaßt von Dr. Kaspar Maase

## **Politische Disziplinierung und Behinderung gewerkschaftlicher Arbeit im Betrieb**

Darstellung und Dokumentation

Bd. 26, 107 S., DIN A 4, Frankfurt a. M. 1976, DM 6,—. Verfaßt von einer Arbeitsgruppe des IMSF

## **Neuere Marx-Engels-Forschung. Zur Marx-Engels-Gesamtausgabe**

Bd. 24, 48 S., Frankfurt a. M. 1976, DM 6,—. Mit Beiträgen von Günter Heyden, Wladimir Sewin und Sofia Lewiowa

## **Wyhi — Analyse einer Bürgerbewegung gegen Kernkraftwerke**

Bd. 23, 150 S., DIN A 4, Frankfurt a. M. 1976, DM 8,—. Verfaßt von Rainer Obst unter Mitarbeit von Klaus Pickshauss

## **Berufsverbote in der BRD. Eine juristisch-politische Diskussion**

Bd. 22, DIN A 4, 110 S., Frankfurt a. M. 1975, DM 6,—. Vier Ausgaben in deutscher, englischer, französischer und italienischer Sprache

## **Betriebsbesetzung — eine Kampfform zur Sicherung von Arbeitsplätzen**

Bd. 21, 83 S., Dokumentenanhang, Frankfurt a. M. 1976, DM 8,—. Verfaßt von Hartwig Bär u. a.

## **Arbeitsbedingungen und gewerkschaftlicher Kampf**

Bd. 20, 248 S., 17 x 24 cm, Frankfurt a. M. 1978, DM 10,—. Verfaßt von E. Dähne u. K. Priester

## **Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise in der BRD in den siebziger Jahren**

Bd. 19, DIN A 4, 81 S., Frankfurt a. M. 1975, DM 8,—. Verfaßt von Albert J. Probst

## **Investitionskontrolle und Investitionlenkung**

Bd. 18, 107 S., DIN A 4, 8 Tabellen, DM 8,—. Verfaßt von Bernd Güther

---

**Institut für Marxistische Studien und Forschungen e.V. (IMSF)**  
**Liebigstraße 6, 6000 Frankfurt am Main**

# Beiträge des IMSF

---

## Beiträge des IMSF 1

### Die Septemberstreiks 1969

Darstellung, Analyse, Dokumente der Streiks in der Stahlindustrie, im Bergbau, in der metallverarbeitenden Industrie und anderen Wirtschaftsbereichen

Herausgegeben vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen, Frankfurt/Main;

Redaktion: Dr. Heinz Jung, Prof. Dr. Josef Schleißein, Dr. Kurt Steinhaus

277 Seiten, 129 Seiten Dokumente, DM 11,80, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln

„Dieser erfreulich übersichtlich geordnete Band hat einen Vorteil: Die Ausgangsposition ist von der Arbeiterlage her bestimmt. Die vorliegende Studie ist ein modernes Geschichtsbuch, ein Lehrstück über die Ursachen und die Formen sozialer Konflikte, ein spannendes zu lesendes Nachschlagewerk... Im politischen Unterricht sollte diese Streikdarstellung, ihres exemplarischen Charakters und ihrer didaktischen Inhalte wegen, künftig nicht fehlen.“

DIE ZEIT

## Beiträge des IMSF 2

### Mitbestimmung als Kampfaufgabe

Grundlagen — Möglichkeiten — Zielrichtungen

Eine theoretische, ideologiekritische und empirische Untersuchung zur Mitbestimmungs-

frage in der Bundesrepublik. Herausgegeben vom Institut für Marxistische Studien und

Forschungen, Frankfurt/Main; Redaktion: Dr. Johannes Henrich v. Heiseler, Dr. Heinz Jung,

Prof. Dr. Josef Schleißein, Dr. Kurt Steinhaus

Überarbeitete Studienausgabe, 282 Seiten, DM 10,—, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln

## Beiträge des IMSF 3

### Klassen- und Sozialstruktur der BRD 1950—1970

Theorie — Diskussion — Sozialistische Analyse

Erschienen in 3 Teilen im Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt am Main

#### TEIL I: Klassenstruktur und Klassentheorie

Beiträge von Dr. H. Jung, Chr. Kievenheim und Dr. M. Tjaden-Steinhauer / Prof. Dr. K. H. Tjaden

#### TEIL II: Sozialstatistische Analyse

Verfasser: Arbeitsgruppe des IMSF

#### TEIL III: Die Intelligenz der BRD 1950—1970

Verfaßt von Chr. Kievenheim und D. Pollmann

## Beiträge des IMSF 4

### Wirtschaftskrise und Wirtschaftspolitik

Zu den Beziehungen zwischen Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftspolitik in der BRD in der Periode 1966/67 und 1975/76

Verfaßt von 29 Autoren, u. a. Prof. Dr. F. Deppe, Prof. Dr. D. Boris, Dr. J. Janssen,

Prof. Dr. J. Huffschild, Prof. Dr. J. Schleißein

Redaktion: Dr. J. Goldberg, Dr. H. Jung

Umfang XII + 506 + 21 Seiten, brosch., 17 x 24 cm, Preis DM 28,—, Frankfurt am Main 1976

„Eines der interessantesten sozio-ökonomischen Nachschlagewerke der BRD.“

(Wirtschaftswoche Nr. 43/76)

---

**Institut für Marxistische Studien und Forschungen e.V. (IMSF)**  
**Liebigstraße 6, 6000 Frankfurt am Main**

# Beiträge des IMSF

---

Beiträge des IMSF Band 5

## **Jugendliche im Großbetrieb. Studie zum gewerkschaftlichen und politischen Bewußtsein arbeitender Jugendlicher**

Verfaßt von Dr. Johannes H. von Heiseler, unter Mitwirkung  
von Dirk Hänisch und Albert Jansen

Etwa 270 Seiten, 17 x 24 cm, DM 20,—

Die Studie beruht auf der Auswertung einer Untersuchung unter jugendlichen männlichen Lehrlingen, Arbeitern und Angestellten eines chemischen Großbetriebes in der Rhein-Region im Sommer 1976

Aus dem Inhalt:

- I. Einstellung zu Lohnfragen, Macht- und Autoritätsverhältnissen, Lehrstellenmangel und Arbeitslosigkeit
  - II. Die Aktivitätsbereitschaft in verschiedenen betrieblichen und gesellschaftlichen Bereichen
  - III. Das widersprüchliche Bild der Gesellschaft
  - IV. Sozialismus-Vorstellungen und DDR-Bild
  - V. Zur Herausbildung von Klassenbewußtsein heute: Vermittlungsformen und Hemmnisse
- 

**Institut für Marxistische Studien und Forschungen e. V. (IMSF)  
Liebigstraße 6, 6000 Frankfurt am Main**

